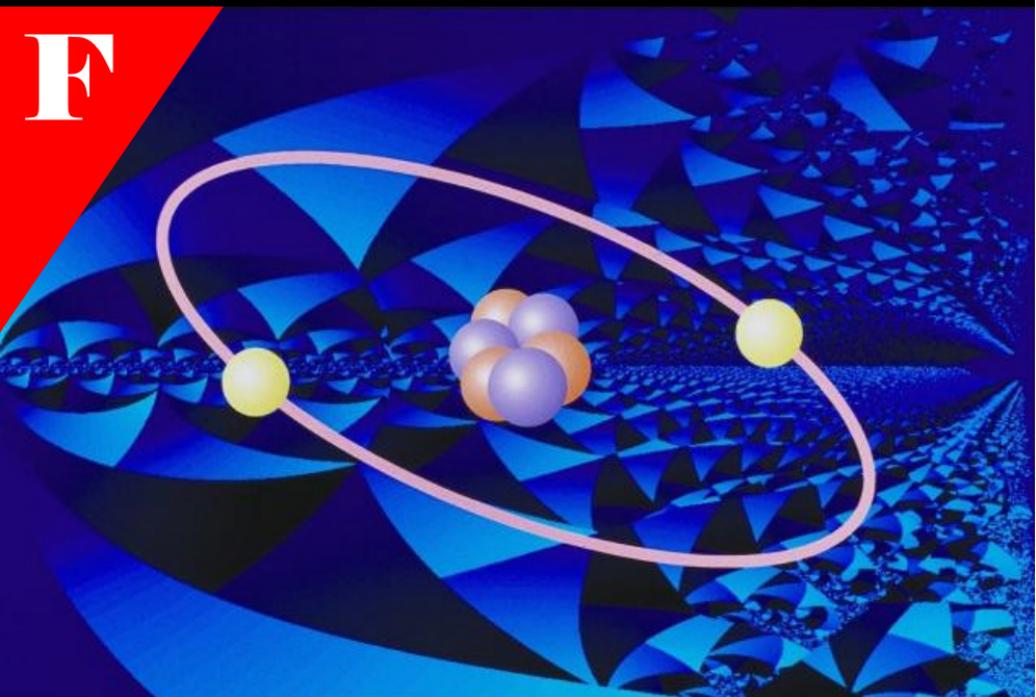


Roland Neuenhof

F



Das blaue Schlaraffenland

Die Theorie der
Bürgerkapitalwirtschaft

Stell Dich (der Polizei o. Verantwortung) und Rette den Regenwald!

Das blaue Schlaraffenland ist Theorie und Empfehlung einer neuen „Bürgerkapitalwirtschaft“ von Roland Neuendorf, der sein Werk als dringend gesuchte Antwort auf die bis heute immer zwingender gewordenen Fragen nach mehr Gerechtigkeit und Effizienz, aber auch Einfachheit durch System in Wirtschaft und Gesellschaft verstehen will. Als konsequente und respektlose Dekodierung dessen, „was Wirtschaft eben so schwer macht“. Als „Die Utopie der Normalität“.

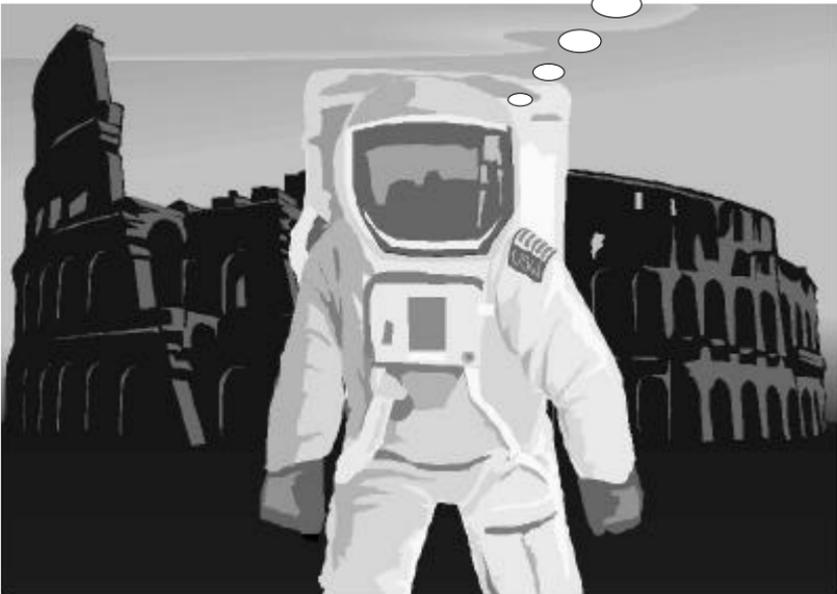
Was ist ein Weg?

Sich auf einem falschen Wege zu befinden, von dem es scheinbar kein Zurück gibt, bedeutet nicht, diesen immer weiter vorwärts beschreiten zu müssen.

EINLEITENDES:

Wo sind wir
gelandet?

Was ist (unsere) Zukunft?



In der Fantasie werden Menschen immer wieder mal vom Glück in anderen Welten träumen. Das liegt in ihrer Urnatur als Jäger und Sammler. Zurück jedoch in der Realität werden sie wenigstens ein Mal erkennen müssen, daß die besten Jagdgründe für Menschen dort sind, wo das beste Korn für Brot wächst. Von einer „reicheren“ oder „klügeren“ Zukunft träumt nur jemand, dem noch irgendetwas fehlt, wie z.B. jene Erkenntnis.

Das Buch

Am 6. Februar 1998 findet Roland Neuendorf eine liegengelassene Tageszeitung mit dem Aufmacher der zweiten Seite:

„**Bundestag: Arbeit, Arbeit, Arbeit – aber keiner hat das Patentrezept**“, und er fragt sich spontan: „Warum schreibt die 'BZ' von einem 'Patentrezept' in Zusammenhang mit der Frage einer möglichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wengleich doch zuvor „sich“ die Auffassung etabliert hatte, es sei kein solches Patentrezept jemals möglich? Weiß die 'BZ' mehr als sie verraten will, oder will sie nur einmal mehr zum Kopfzerbrechen anregen?“. Neuendorf geht von zweiter Variante aus und sieht sich als passionierter Erfinder und Methodist zur Lösung von Problemen jeglicher Art neu und besonders herausgefordert. Bereits nach drei Tagen hat er den Grundgedanken seines späteren Systems gefasst: „Man kann die Armut nur beseitigen, wenn man die Ansprüche der Reichen kürzt.“. Da es aber unmöglich sei, so Neuendorf, eine „Maschine zur automatischen Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit“ beim Patentamt zum Patent anzumelden, beschließt er, nach erfolgreicher Entwicklung jener „Maschine“ dieses Buch als eine fiktive, theoretische Patentanmeldung seines „Ökomobile“ zu schreiben.

Der Autor

Roland Neuendorf, gebürtiger Berliner, betrachtet sich in der Hauptsache als Erfinder, Philosoph und Künstler. Er studierte das Leben des einfachen Mannes an einem Selbstversuch und die Philosophie der herrschenden Klasse, bevor er begann, über die dabei festgestellten Diskrepanzen dieses Buch zu schreiben. Er arbeitete insgesamt 12 Jahre an der Entwicklung und Fertigstellung des vorliegenden Buches, nachdem er einst Finanzbeamter im Dienste des Landes Berlin und später ein Mädchen für alles auf dem Arbeitsmarkt und zwischenzeitlich auch arbeitslos war. Er begann, am derzeitigen Wirtschafts- und Steuersystem zu (ver-)zweifeln.

Leiden Sie nicht länger, ...

... ohne zu wissen, warum.

Mehr Verwirklichung der
Verfassung und der Menschenrechtskonvention!

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieses Buch übt nicht – wie die meisten – einfach „nur“ Kritik, sondern bietet darüber hinaus einen sehr konkreten, wenn nicht den („Dritten“) Weg, zur Lösung der angesprochenen Probleme an.

Es will durch seine Information einfach nur ein neues Zeitalter einläuten, ein Zeitalter, wo diejenigen unter uns „lügen gestraft“ waren, die da immer noch, dann quasi wider besseres Wissen behaupteten, der „Sozialstaat“ sei nicht finanzierbar, wirtschaftsrechtlich nicht begründbar oder nicht unverzichtbar, oder gar alles zusammen.

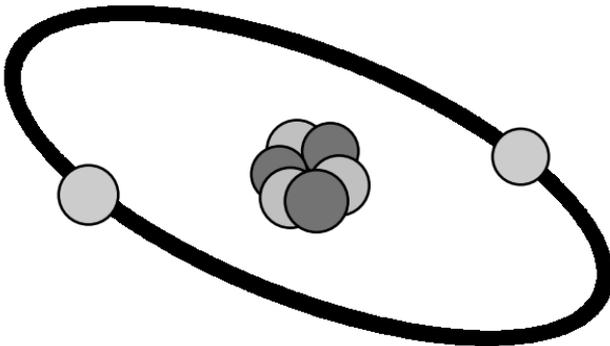
Denn das genaue Gegenteil ist der Fall!

Der Sozialstaat ist die unverzichtbar gerechte und leicht zu realisierende Umlaufsicherung des Kapitals!

Es gilt heute mehr denn je, sich dieser nicht einfach sentimental, sondern elementaren Tatsache auch mathematisch konkret bewußt zu werden, um nicht länger daran zu zweifeln und schließlich zu enden wie schon die ersten Saurier: In einem Armageddon!

gewidmet auch der Rede von
Roman Herzog am 24. Mai 1999,
sprich seiner Forderung nach mehr
Einigkeit und Recht und Freiheit
auf der ganzen Welt.

Das blaue Schlaraffen- land



*Die Theorie
der Bürgerkapitalwirtschaft*

DIE UTOPIE DER NORMALITÄT

DIE ÖKOMETRISCHE VOLKSWIRTSCHAFT

Das blaue Schlaraffenland

Das Zurückdrehen der Uhr bis kurz vor der Vertreibung aus dem Paradies durch die Lüge einer sich selbst regulierenden Wirtschaft, die es nicht gibt.

Die Feldtheorie des Geldes, des Kapitals, der Marktwirtschaft und der menschlichen Gesellschaft an sich in Form einer „Bürgerkapitalwirtschaft“ im Sinne einer mehr dem Menschen dienenden erneuerbaren Betriebs- und Volkswirtschaft.

Der „ökometrische“ Ersatz der freien Jagd.

Die Anwendung der Bibel im Finanzrecht.

Die eigentliche Leistungsgesellschaft.

Die Verteilungsgesellschaft.

Das Handbuch für den jungen Staatsführer.

Ein Wörterbuch.

Eine Defragmentierung.

Ein Pamphlet.

Die wirtschaftstheologische Paläoanthropologie.

Der Masterplan eines selbstfinanzierenden Zivilkapitalismus.

Impressum:

Das blaue Schlaraffenland

Das blaue Schlaraffenland ist ein bis auf weiteres nicht kommerzielles Projekt der „Blue World Economy – Initiative für erneuerbare Wirtschaft und Gesellschaft“.

Die Blue World Economy (BWE) ist eine bis auf weiteres nicht kommerzielle freiwissenschaftliche Bürger- und Menschenrechtsschule sowie Wirtschafts- und Menschenrechtsschule von Roland Neuendorf, dem Gründer und Autor dieses Buches.

Dieses Buch wird entweder von dem Autor im „Roland Neuendorf Freie Welt Selbstverlag“, abgekürzt „Freie Welt Verlag“, oder von einer anderen dazu berechtigten natürlichen oder juristischen Person, wie einem Verlag, herausgegeben.

Der Freie Welt Verlag ist ein bis auf weiteres nicht kommerzieller privater Buchverlag von Roland Neuendorf.

Das Original (Endfassung),
verfasst von Roland Neuendorf zu Berlin 2010.
Alle Rechte vorbehalten von Roland Neuendorf.

Gedruckt in Deutschland (Germany).
Umschlaggestaltung: Roland Neuendorf, unter Verwendung
eines Bildes von Microsoft.

Das Umschlagbild: hier gemeint als symbolische Darstellung der
elliptischen Verteilung des Boden- und Geldkapitals.

ISBN 3-00-004326-8

<http://www.das-blaue-schlaraffenland.de>
<http://www.schlaraff.de>

Poeten über die Wahrheit

Wer a sagt, der muß nicht b sagen.
Er kann auch erkennen, daß a falsch war.

(Bertolt Brecht, *Der Jasager. Der Neinsager*)

Was kann der Mensch im Leben mehr gewinnen,
als daß sich Gott-Natur ihm offenbare?

(Johann Wolfgang Goethe, *Wilhelm Meisters
Wanderjahre oder die Entsagenden*)

Das überhandnehmende Maschinenwesen quält und ängstigt
mich, es wälzt sich heran wie ein Gewitter, langsam, langsam;
aber es hat seine Richtung genommen, es wird kommen
und treffen.

(Johann Wolfgang Goethe, *Wilhelm Meisters
Wanderjahre oder die Entsagenden*)

Es sind die Bildungsphilister.

(Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemässe Betrachtungen*)

Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.

(Ingeborg Bachmann)

Inhalt:

Teil 1: EINLEITENDES

(Titel, Kapitel /ab Seite)

Das Buch, Der Autor /4

Ansprache, Widmung /8

Das blaue Schlaraffenland (Umschreibungen) /10

Impressum /11

Poeten über die Wahrheit /12

Inhaltsverzeichnis /13

Vorwort /17

Der Autor über sich /19

Begriffsbestimmung der Bürgerkapitalwirtschaft /20

Das Ziel der Bürgerkapitalwirtschaft /21

Allgemeine Hinweise /22

Die Kernfrage /25

Die Theorie /26

Die Bonner Reaktion /60

„Und das ist, was Wirtschaft eben so schwer macht.“ /64

Teil 2: GRUNDSÄTZLICHES

1. Was ist Wirtschaft? /67

2. Was kostet die Menschenwürde? /72

3. Wann ist es Sklaverei? /75

4. Was ist Eigentum? /83

5. Wann regiert ein Monopol? /87

6. Was ist Produktion? /94

7. Was ist Lieferung? /98

8. Welche Rolle spielen Maschinen? /101

9. Was ist Selbstregulierung? /106

10. Was ist Leistung? /108

11. Was ist Subvention? /111

12. Was ist Arbeitslosigkeit? /118

13. Was ist Vollbeschäftigung? /120

14. Was ist Arbeit? /122

15. Was ist Statistik? /126
16. Was ist eine Kita? /127
17. Was ist Luxus? /128
18. Was ist Fortschritt? /133
19. Was ist Umweltschutz? /140
20. Was ist Bildung? /142
21. Was ist eine Wirtschaftskrise? /145
22. Was sind Steuern? /151
23. Was ist Umsatzsteuer? /155
24. Was ist Einkommensteuer? /157
25. Behindern Steuern die Wirtschaft? /159
26. Was sind Staatsschulden? /160
27. Was ist Steuerrecht? /166
28. Was ist Globalisierung? /172
29. Wer oder was ist der Staat? /182
30. Was ist Kapitalismus? /187
31. Was ist Kapital? /191
32. Was ist Kommunismus? /194
33. Was ist Geld? /205
34. Wo bleibt die Volkswirtschaft? /211
35. Was ist Armut? /214
36. Was ist Reichtum? /215
37. Was ist Sozialhilfe? /220
38. Was ist Sozialversicherung? /223
39. Was ist Wirtschaftswachstum? /225
40. Was ist Leben? /233
41. Was ist Marktsättigung? /234
42. Was ist Rehabilitation? /235
43. Was ist Politik? /239
44. Was sind Regeln? /243
45. Wie lange dauert ein Experiment? /246
46. Was ist ein Sozialstaat? /255
47. Was ist Korruption? /258
48. Was ist Eigenverantwortung? /262
49. Was sind Spenden? /264
50. Können Gewinne gerecht sein? /266

51. Was ist Wucher? /270
52. Was ist Gold? /273
53. Wann flüchtet das Kapital? /276
54. Geburtenkontrolle durch Hunger? /278
55. Was ist Evolution? /281

Teil 3: SYSTEMATISCHES:

56. Das Bürgerkapitalsystem /288
57. Die Kurzbeschreibung /293
58. Der wesentliche Unterschied /295
59. Der Grundsatz /297
60. Der Bürgerstaatsvertrag /387
61. Die Geldmenge /393
62. Die Treulandgesellschaft und die Freipacht /413
63. Der Große Garten /423

Teil 4: ERGÄNZENDES

64. Die Geldsteuer, die Miniwährungsreform /428
65. Die Geldsteuer, die Liquiditätssteuer /429
66. Zur Schuldentilgung /430
67. Zum Bürgergeld /433
68. Das Bürgergeld, die Hilfe zur Selbsthilfe /442
69. Das Bürgergeld, die Sozialversicherung /443
70. Das Bürgergeld, die Streikhilfe /447
71. Das Bürgergeld, die Verteilung der Arbeit /449
72. Das Bürgergeld, die Verteilung der Güter /450
73. Das Bürgergeld, die Rückführung von Eigentum /452
74. Das Bürgergeld, der Aufschwung der Konjunktur /454
75. Das Bürgergeld, das Hauswirtschaftsgeld /455
76. Das Bürgergeld, die Sozialsynthese /457
77. Das Bürgergeld, der Dalohn oder das Bereitschaftsgeld /458
78. Die eigentliche Selbstregulierung /459
79. Keine halbstaatlichen Betriebe /461
80. Der gläserne Haushalt /468
81. Das Außenhandelsrecht /469
82. Das Zivilrecht /472

- 83. Das Arbeitsrecht /473
- 84. Das Mietwohnrecht /476
- 85. Das Eherecht /479
- 86. Die Unterhaltspflicht /488
- 87. Das Schulrecht /489
- 88. Das Heimrecht /492
- 89. Das Straßen- und Energierecht /494
- 90. Das Gewerberecht /496
- 91. Das Patentrecht /498
- 92. Das Bankrecht /501
- 93. Das Jagdrecht /503
- 94. Das Völker- und Grenzrecht /506
- 95. Das Wehrrecht /513
- 96. Das Kronzeugenrecht /515
- 97. Das Wahlrecht /517
- 98. Die Weltwirtschaftsunion /521
- 99. Der Vorteil für Unternehmer /529
- 100. Die Logik der Vorteile /530
- 101. Der Nachteil des Systems /532
- 102. Die Überwindung der Krümmung /533
- 103. Was ist Investition? /534
- 104. Das bessere Weihnachtsgeschäft /535

Teil 5: ABSCHLIEßENDES

- 105. Die Verantwortung der Gegenwart /537
- 106. Die materielle Gerechtigkeit /538
- 107. Was ist Wissenschaft? /539
- 108. Der Mensch – Proband eines neuen Prinzips /542
- 109. Was bedeuten die Zehn Gebote wirtschaftlich? /566
- 110. Was bedeutet Gnade? /568
- 111. Was ist Technik? /573
- 112. Was ist Freiheit? /579
- 113. Bibelzitate zum Thema /591
- 114. Zusammenfassung /605
- 115. Die Philosophie der Theorie /610
- Schlußwort /612

Vorwort

Ein altes chinesisches Sprichwort (be-) sagt: „Kummer machen denken, denken machen weise und weise machen glücklich.“. Haben die Chinesen recht, so sind wir heute der Lösung der weltweiten Probleme, auch und insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, denkbar nahe. Denn größer als wie heute könnte der Kummer wohl kaum sein. Oder geht es noch schlimmer? Nun, diesbezüglich könnte man eigentlich nur noch darüber streiten, ob der Tod im Vergleich zum heutigen Leben eher einen Nachteil oder einen Vorteil darstellt. Aber es gibt durchaus Hoffnung, wie eigentlich immer, solange man lebt. Denn der Mensch hat von Gott, seinem Schöpfer, den Verstand mit auf den Weg bekommen, um sich fürderhin weniger durch Gefühl und Instinkt, sondern mehr durch rationales Denken leiten zu lassen. Etwas mehr Gefühl für sich und andere, wie nicht zuletzt Mitgefühl, könnte aber wohl nicht unbedingt schaden und zunehmend von Bedeutung sein. Aber wollte der Mensch jemals Mitgefühl, Mitleid oder gar „Gnade“? Man könnte sagen: Die größte Gnade auf Erden ist schlicht Gerechtigkeit! Damit waren vielleicht noch nicht unbedingt alle Probleme gelöst, aber doch wahrscheinlich die meisten und schwersten. Auch ein von Geburt an behinderter Mensch leidet bereits unter einer gewissen Ungerechtigkeit. Unter Gerechtigkeit muß man daher letztlich auch eine gewisse Gleichstellung, quasi eine Gleichberechtigung, aller verstehen. Diesem humanen Grundsatz, der so noch nicht das Prinzip der Evolution untergräbt, da die Evolution ja nie die Ausrottung einer Art durch sich selbst, sondern ihre Erhaltung verlangt hat, zum Trotz spaltet sich die Welt heute (wieder) zunehmend in schwarz und weiß, reich und arm, jung und alt, stark und schwach, willig und unwillig, gläubig und ungläubig, gebildet und ungebildet, Nord und Süd, Ost und West, links und rechts, Moslem und Christ, Jude und Nichtjude, Mann und Frau, hübsch und häßlich, cool und uncool, gut und böse, faul und

fleißig oder gar: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Woran liegt das? Gibt es einen Teufel, oder will der Mensch sich nicht vertragen mit seinesgleichen, wie durch Liebe, Freundschaft, gegenseitige Anerkennung, Toleranz, Vergebung der Schuld(en) oder just durch einen Vertrag, z.B. einen „Bürgerstaatsvertrag“, der Willkür und Selbstjustiz der Bürger, aber auch des Staates ausschließt und Gerechtigkeit einschließt?

Was das betrifft, so gibt es heute nicht wenige, die wieder eine stärkere Besinnung auf die Bibel, die Worte Gottes und Jesu Christi, fordern. Manche gar behaupten, es sei ausreichend für einen die Art Mensch erhaltenden Frieden, seitens jedes einzelnen in einer Art Selbstverantwortung die (obersten) Zehn Gebote der Bibel, respektive Gottes, zu befolgen. Aber was heißt das? Was heißt das in der Praxis des täglichen Lebens, zur Gestaltung dessen ja diese Gebote erst und überhaupt verfasst wurden? Was bedeutet z.B. das Siebente der Zehn Gebote „Du sollst nicht stehlen.“? Oder anders gefragt: Wie sollte man wissen, wann Diebstahl vorliegt, wenn vorher nicht klar ist, wem was gehört? Auch heute noch scheint ja die altertümliche Annahme der Barbarei, daß Besitz gleich Eigentum sei, unabhängig davon, wie man an den Besitz gelangt ist, sehr weit und ob wachsender Ohnmacht der Rechtsstaatlichkeit wieder zunehmend verbreitet zu sein. Das vorliegende Buch will helfen, Begriffe wie Eigentum, Besitz, Kapital, Arbeit, Geld und Freizeit usw. zu klären und deren Größen anhand des „Bürgerkapitalsystems“ in ein gewisses Verhältnis zueinander zu bringen, welches geeignet zu sein scheint, aufzuzeigen, daß ökonomische und soziale Marktwirtschaft keineswegs „Feinde“ sind, da sich auch ein Bruttosozialprodukt nicht durch eine fortschreitende Massenarmut steigern läßt. Es appelliert dabei an Ihr soziales wie mathematisches Verständnis von Gerechtigkeit und Ökonomie.

Roland Neuendorf

Der Autor über sich

Wenn Sie sich jetzt an dieser Stelle fragen sollten, wer ich bin, was ich will und welcher Mensch es überhaupt – um alles in der Welt – wagen kann und darf, eine Theorie aufzustellen, die den Anspruch erhebt, selbst Probleme wie das der Arbeitslosigkeit und Armut vollständig lösen zu können, so kann und möchte ich darauf nur antworten:

Ein Mensch, der den Menschen helfen will, so wie hoffentlich jeder. Denn jeder Mensch ist Teil der Menschheit!

Jeder Mensch auf der Welt, der glaubt, die Lösung eines Problems gefunden zu haben, sollte das Recht haben, sie zu Papier zu bringen und zu veröffentlichen, auch auf die Gefahr hin, daß es niemanden interessiert. Dieses Risiko gehen ja bekanntermaßen selbst Wissenschaftler höchster Graduierung immer wieder ein, sobald sie ihr fleißiges Labor verlassen, um mal wieder sehr bald feststellen zu müssen, daß ihr Enthusiasmus, den Menschen doch nur helfen zu wollen, nicht unbedingt sofort und von jedem geteilt wird. Es macht also überhaupt keinen Unterschied.

Und was mich ganz persönlich betrifft, so zähle ich mich immerhin insofern zu den Berechtigten, ein solches Buch zu schreiben, als daß ich vermutlich nicht zuletzt aufgrund meiner damaligen Ausbildung zum Steuerassistenten im mittleren Dienste des Landes Berlin, meiner späteren langjährigen Tätigkeit als arbeitsloser Idealist und meiner finanziell erfolglosen Bemühungen als späterer Erfinder für wahrscheinlich zu neue thermodynamische Kreisprozesse auf Solarbasis irgendwann im Frühjahr 1998 auf die Idee eines warmen, sonnigen, dynamischen Steuersystems gekommen bin, das möglicherweise sogar in der Lage ist, Probleme zu lösen, die man so bisher noch gar nicht kannte.

Ein Zufall war es jedoch nicht, da erst eine Zeitungsmeldung vom 06. Februar 1998 über bundesweit gegen Arbeitslosigkeit demonstrierende Menschen mich dazu getrieben hat, einmal etwas näher über die möglichen Ursachen, Folgen und Lösungsansätze von Arbeitslosigkeit nachzudenken. Theoretisch und auch praktisch hätte dieses jeder tun können, der zu diesem Zeitpunkt ähnlich viel Zeit gehabt hätte wie ich. Das Ergebnis dieser Überlegungen habe ich dann später zunächst mit „Theorie einer Autosozialen Marktwirtschaft“ übertitelt und am 08.06.1998 auf Anfrage dem (deutschen) Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung als Anlage meines betreffenden Anschreibens überreicht. Die damalige Antwort auf meine Zusendung habe ich dann später mit „Die (typische) Bonner Reaktion“ bezeichnet.

Begriffsbestimmung der Bürgerkapitalwirtschaft

Der Begriff der Bürgerkapitalwirtschaft ist der etwas treffendere Nachfolgenrename der Autosozialen Marktwirtschaft. Denn er stellt bereits linguistisch den Bürger vor das Kapital und die Wirtschaft, um schon auf diesem Wege daran zu erinnern, um wessen Wohl es in erster Linie geht. Von seinem plutologischen Prinzip eines „Reichtums“ für alle und in jeder Hinsicht wendet er sich gegen jede Form einer Zwangskultur, wie insbesondere die einer faschistischen Diktatur, einer kommunistischen Planwirtschaft, einer kapitalistischen Monopolwirtschaft, einer heidnischen Anarchie oder eines religiösen Fanatismus. Die Bürgerkapitalwirtschaft, die quasi eine demokratische Marktwirtschaft, weil Volkswirtschaft ist, geht von der Theorie aus, daß – ähnlich wie auch in dem Pluralismus eines demokratischen Parteiensystems – dauerhafte und wachsende Leistung nur durch einen fairen Wettbewerb stets möglichst vieler voneinander unabhängiger Anbieter erzielt werden kann, so wie hier über eine stärkere Bindung des Kapitals an den einzelnen Bürger.

Das Ziel der Bürgerkapitalwirtschaft

...ist:

Die möglichst freie und produktive Marktwirtschaft durch stärkere Gleichstellung der wirtschaftlichen Kräfte über eine naturidentische Umlaufsicherung des Kapitals, anhand nur weniger, aber umso klarerer Rahmen- wie Spezialbedingungen, auch zur Vermeidung von privat- oder staatswirtschaftlichem Machtmißbrauch, wie durch Korruption, Wucher oder dergleichen.

Die beabsichtigten Hauptwirkungen sind:

- ◆ Die vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit
- ◆ Die vollständige Beseitigung der Armut
- ◆ Die vollständige Beseitigung der Staatsschulden
- ◆ mehr soziale wie wirtschaftliche Sicherheit, Transparenz, Effizienz, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Einfachheit.

Als Nebenwirkungen werden billigend in Kauf genommen:

- ◆ Die Entnötigung von Knochenarbeit aus Existenznot
- ◆ Die Entnötigung von Kriminalität aus Existenznot
- ◆ Die Entnötigung von Krieg und Streit aus Existenznot
- ◆ Die Entnötigung einer Zerstörung der Natur aus Existenznot
- ◆ Die Entnötigung von Verzweiflung und Krankheit aus Existenznot
- ◆ Die Entnötigung gewerblicher Unmoral aus Existenznot
- ◆ Die Beendigung der Obdachlosigkeit
- ◆ Das grundlegende Wohl aller Bürger
- ◆ Die Rehabilitation eines Glücks auf Erden.

Allgemeine Hinweise

Hinweis 1

Der Inhalt dieses Buches bezieht sich zwar mit Vorrang auf die hiesigen, d. h. deutschen, Verhältnisse zur Zeit der zweiten Jahrtausendwende, jedoch beanspruchen die getroffenen Aussagen eine allgemeinverbindliche, also globale und zeitlose, Gültigkeit.

Hinweis 2

Alle getroffenen Aussagen und angeführten Beispiele wurden nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen. Für etwaige Fehler, wie z.B. Fehler der Recherche, übernimmt der Autor jedoch „dennoch“ keine Haftung, da eine völlige Fehlerlosigkeit nicht garantiert werden kann. Es wurde im Übrigen mit der alten Rechtschreibung begonnen und auch abgeschlossen.

Hinweis 3

Soweit frei erfundene Begriffe, wie „Geldsteuer“ oder „Eigenarbeit“, verwendet worden sind, beanspruchen diese lediglich die Funktion einer Arbeitsbezeichnung und sind in der Regel bei erstmaliger Erwähnung in Anführung gesetzt.

Hinweis 4

Dieses Schriftwerk begreift sich als eine unverbindliche Empfehlung eines neuen Steuer-, Wirtschafts- und Sozialsystems, das zum Zwecke hat, die bestehenden Gesetze unserer Verfassung, wie vor allem zum Schutz der Menschenwürde, stärker und konkreter in die Praxis des Lebens umzusetzen und vor Untreue zu bewahren. Es beruft sich zu diesem Zweck auf die ver-

fassungsmäßige Freiheit der Wissenschaft, Religion und Kunst, sowie auf die allgemeine demokratische Meinungsfreiheit im mitteleuropäischen Raum. Es versteht sich als wissenschaftliches, religiöses und künstlerisches Werk. Es beabsichtigt, durch Aufklärung insbesondere den allgemeinen Arbeitskampf gegen Arbeitslosigkeit oder Unterbezahlung zu unterstützen.

Hinweis 5

Das vorliegende Werk verzichtet weitestgehend auf mögliche Vergleiche mit Aussagen anderer Werke gleicher oder ähnlicher Thematik, da es praktisch nicht möglich ist, eine eigene Aussage gegen ausnahmslos alle vorhandenen oder denkbaren Gegenaussagen restlos abzugrenzen, ohne dabei den Rahmen einer gewissen Übersichtlichkeit auch und nicht zuletzt durch Kürze zu sprengen. Daher beschränkt sich dieses Werk weitestgehend auf das Treffen eigener Aussagen, von deren Richtigkeit der Autor persönlich überzeugt ist und die sich allein durch ihre Erwähnung von möglichen Gegenaussagen außerhalb dieses Werkes abgrenzen und distanzieren, was jedoch nicht kategorisch ausschließen will, daß in anderen Welten anderes richtig sein mag. Im Zweifel handelt es sich bei dem hier Geschilderten just um die persönliche Weltanschauung im Sinne einer Hypothese des Autors, zum Zwecke eines eigenen (Pflicht-) Beitrages zur allgemeinen öffentlichen Diskussion.

Hinweis 6

Das vorliegende Schriftwerk ist ein eigenständiges oder auch selbständiges Werk. Alle hier festgehaltenen Überlegungen sind das Ergebnis eines von äußeren Einflüssen, die über eine aufmerksame Beobachtung des öffentlichen Lebens hinausgehen, verschont gebliebenen freien Denkens des Autors. Dieses kann selbstverständlich nicht ausschließen, daß nicht buchstäblich alle

diese Überlegungen völlig neu sind. Insofern versteht sich dieses Werk mehr in der Gesamtheit der zu einem System, zu einer Neuordnung, abgerundeten einzelnen Gedanken als neu, vor allem aber in bezug auf ihre wortwörtliche und optische Darstellung. Insbesondere war und ist es das Ziel dieses Werkes, durch seine Existenz sicherzustellen, daß jene Gedanken wenigstens ein einziges Mal tatsächlich und in solch konzentrierter und sortierter Form schriftlich festgehalten wurden. Dieses Werk versteht sich nicht als Enzyklopädie des möglichen Wissens über Wirtschaft und Gesellschaft, glaubt aber, alle wesentlichen Komponenten und Gesichtspunkte zur praktischen Verwirklichung der Theorie der Bürgerkapitalwirtschaft, respektive des darauf folglich basierenden „Bürgerkapitalsystems“, mindestens je ein Mal beiläufig oder auch ausführlich, je nach Erforderlichkeit, erwähnt und behandelt zu haben, wobei die Schilderungen annähernd bei Null beginnen und dann aufeinander aufbauend dargelegt sind, wodurch (per se) kein Fachwissen vorausgesetzt wird. Es betrachtet sich mindestens so lange als neu und hochaktuell, wie das vorgeschlagene System nicht tatsächlich weltweit und seit mindestens 50 Jahren in die Praxis umgesetzt ist. Es behält darüber hinaus und immer mindestens einen Wert als Nachschlagewerk und Orientierungshilfe für jedermann. Das vorgeschlagene System ist in dem Sinne keine Erfindung, sondern lediglich die „Findung“ des um ca. 150 Jahre vorweggenommenen grundsätzlichen Endergebnisses jedes nur vernünftigen und logischen politischen Denkens. Es ist die natürliche „Science Fiktion“ einer Volkswirtschaftslehre, statt Volkswirtschaftsleere.

Hinweis 7

Es ist kein Kommunismus.

Die Kernfrage

Es heißt, früher war die Erde
ein Paradies, ein Garten Eden, in dem
alle Menschen wie in einem (blauen)
Schlaraffenland leben konnten.
Heute aber leben immer mehr Menschen
in Hunger und Elend. Woran liegt das?

Die Theorie

Im Folgenden möchte ich zunächst jenes Schriftstück „covern“, dessen Text hier natürlich genauso authentisch wiedergegeben ist, wie jener der durch unzählige Raubkopien wohl zumindest nicht vergessen gemachten Original-Pop- und Rocksongs vergangener Tage, mit dem Unterschied, daß der Originaltext hier ausnahmsweise mal vom „Klauer“ selbst geschrieben worden war. Die damalige Bonner Reaktion auf diesen „Song“, der zunächst nur die Absicht hatte, den „Blues“ der Arbeitslosigkeit einmal etwas näher zu beschreiben, gibt allerdings – wie ich finde – erheblichen Aufschluß darüber, wie ernst man dort wohl zu jenem Zeitpunkt die Lage der Arbeitslosigkeit in Deutschland tatsächlich gesehen hat. Doch zunächst möchte ich Sie bitten, sich einmal ein eigenes Urteil zu bilden:

(ungefährer Wortlaut)

„Wie bei allen bisher von Menschen erstmals aufgestellten Theorien kann und will auch ich hier nicht ausschließen, mich bei der Ausarbeitung der folgenden

Theorie einer Autozialen Marktwirtschaft

wenigstens in einer oder gar mancher Hinsicht geirrt zu haben. Vielmehr geht es jedoch um die Klärung oder gar Lösung eines der zur Zeit wohl größten Probleme der Menschen auf der ganzen Welt.

Das Problem

ist natürlich die Arbeitslosigkeit vieler Menschen, trotz ihrer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft.

im einzelnen:

Streng wörtlich genommen ist die Arbeitslosigkeit eines Menschen nicht unbedingt das eigentliche Problem, sondern vielmehr die meist daraus resultierende Mittellosigkeit oder zumindest Armut. Oder anders gesagt: Habe ich das Geld, um den Unterhalt eines Arbeitslosen zu bezahlen, kann ich ihn dafür entweder arbeiten lassen, oder auch nicht. Arbeit als solche ist jedenfalls prinzipiell immer vorhanden, und sei es nur, daß man Arbeitslose mit bei der Straßenreinigung oder im Umweltschutz einsetzt.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist also mehr ein finanzielles, falls man auf die freiwillige Hilfe der Wirtschaft nicht mehr setzen kann.

Aber wie hat eigentlich alles angefangen?

Was ist der Sinn einer Marktwirtschaft?

mögliche Gedankenkette:

- a) Der Mensch hat Bedürfnisse.
- b) Seine Bedürfnisse sind in erster Linie körperlicher, geistiger und seelischer Art.
- c) Er sieht sich getrieben, diese Bedürfnisse zu erfüllen, um eine gewisse Zufriedenheit zu erlangen.
- d) Täte er dieses nicht, würde er auf Dauer sein Wohlbefinden und damit seine Gesundheit und sein Leben gefährden.
- e) Er tut es, weil er leben will.

Im äußersten Falle würde es für einen gewissen Zeitraum ausreichen, allein von Luft und Ernährung zu leben, wie in dem folgenden

Beispiel 1

Ein Fischer wohnt am Ufer eines Sees, in dem sich ein großer Fischbestand befindet. Der Fischer hat weder ein Haus, noch Kleidung, noch sonst irgendwelche Güter, außer einer kleinen Feuerstelle für die Zubereitung seiner einzigen Nahrung, dem Fisch. Er fängt die Fische seit je her mit der bloßen Hand. Eines Tages kommt ihm der Einfall, zur Erleichterung der Arbeit ein Netz zu benutzen, welches er aus Schilfhalmen herstellen kann. Zu seiner Überraschung fängt er nun erstmalig mehr Fische, als er am gleichen Tage verzehren kann. Er trocknet die überschüssigen Fische im Sonnenlicht, um sie noch ein wenig länger haltbar zu machen. Tags darauf begegnet ihm der Sohn der Nachbarn, die ebenfalls Fischer (per Hand) sind. Sie haben ihren Sohn fortgeschickt, da sie ihn nicht mehr ausreichend ernähren können. Sie sind ihm ohnehin böse, da er, anstatt ebenfalls zu fischen, sich dem Schneiderhandwerk zugewandt hat, indem er sich aus der benachbart wachsenden Baumwolle einen wärmenden Umhang geflochten hat.

Erstaunt fragt der Fischer den Nachbarssohn:

Fischer: „Hey, Nachbarssohn! Was trägst du da für ein seltsames Zeug?“

Nachbarssohn: „Das ist ein Umhang, damit ich nicht friere.“

Fischer: „Na schön, aber was verschlägt dich hierher zu mir? Willst du mich bei der Arbeit

stören?“

Nachbarssohn: „Nein, ich wollte dich um etwas Fisch bitten, da es mich hungert.“

Fischer: „Geh´ und fang´ dir selbst etwas! Der See bietet genug für alle!“

Nachbarssohn: „Ich kann es nicht; ich bin nicht schnell und wendig genug; aber wenn du mir etwas von deinen getrockneten Fischen dort gibst, fertige ich dir einen Umhang gleich dem meinen, gegen die Kälte.“

Fischer: „Ist in Ordnung! Ich gebe dir zwei von den kleinen dort.“

Nachbarssohn: „Ich brauche aber soviel, bis ich mit meiner Arbeit fertig bin und weiterziehen kann.“

Fischer: „Na gut, aber beeil´ dich ein wenig, daß es mir nicht zu teuer wird.“

Dieses war gewissermaßen der Beginn des freien Handels, ermöglicht durch die Fähigkeit des Menschen – im Gegensatz zum Tier – durch Geschick und Erfindungsgabe mehr zu produzieren, als für den Eigenbedarf grundsätzlich notwendig ist. Den täglichen, wöchentlichen oder monatlichen Überschuß kann man dann beispielsweise auf Märkten gegen Dinge eintauschen, die man so bisher eigentlich gar nicht brauchte, es sei denn, die Ansprüche und Bedürfnisse steigen bis auf ein Maß,

das man im günstigsten Fall als Kultur bezeichnen könnte. Das später erfundene Geld würde dabei eigentlich gar keine Rolle spielen, da man es weder essen, noch trinken, noch sonstwie praktisch gebrauchen kann. Unzählige Naturvölker dieser Welt haben bewiesen, daß man die Jahrtausende auch ohne Geld ganz gut überleben kann. In der „Zivilisation“ gibt es jedoch gelegentlich Umstände, die den Gebrauch eines Zahlungsmittels scheinbar unverzichtbar machen, wie in dem folgenden

Beispiel 2

Ein Tischler geht auf ein Popkonzert von Michael Jackson. Als Gegenleistung für die bevorstehende Show gibt er vorne an der Kasse einen selbstgefertigten Tisch ab. Nach dem zehnten Tisch sagt der Kassierer zu den Tischlern:

Kassierer: „Bringt mir doch bitte das nächste Mal etwas Kleineres mit, meinerwegen ein paar Kügelchen aus einem wertvollen Metall. Und wenn ich dann einmal wirklich einen Tisch von euch brauchen sollte, bring´ ich euch die Kügelchen zurück, o. k.“

Dieses war möglicherweise erstmals die Chance für Silber oder Gold als Zahlungsmittel, wären die Menschen nicht bereits vor ein paar tausend Jahren auf diese Idee gekommen. Das gewählte Zahlungsmittel spielte jedoch nur eine untergeordnete Rolle und diente zunächst lediglich der gerechten und unproblematischen Verteilung der Güter und Leistungen.

Was aber ist gerecht?
Wer bestimmt die Preise?

Der Markt selbst bestimmt bekanntermaßen die Preise, wobei sich die Anbieter (Angebot) nach der Nachfrage richten, wie auch in dem folgenden

Beispiel 3

Ein Blumenhändler steht mit seiner Ware auf dem Markt. Er hat die Preise seiner Blumen deutlich sichtbar ausgeschildert. Die vorbeigehenden Leute schauen gelegentlich herüber, gehen aber stets weiter, ohne etwas zu kaufen. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, warum die Leute nichts kaufen, sagt sich der Blumenhändler: Entweder sie brauchen keine Blumen, oder sie sind ihnen zu teuer.

Um die Antwort herauszufinden, geht er mit seinen Preisen etwas herunter. Nach einiger Zeit kaufen nun tatsächlich einige der Passanten ein paar Blumen.

Den Preis für die Blumen hat der Markt reguliert. Was aber haben die Leute genau bezahlt? Natürlich nur das, was sie entbehren können, da sie schließlich auch noch andere Wünsche haben, die erfüllt werden wollen. Da das Geld begrenzt ist, schränkt man sich ein. Heißt das, daß jemand mehr kaufen würde, wenn er mehr Geld hätte? Zunächst vielleicht ja, aber auch nur bis zu dem Zeitpunkt, wo die Händler merken, was die Leute plötzlich mehr in den Taschen haben, und ihre günstigen Preise wieder heraufsetzen. Das Geld ist mehr geworden und gleichzeitig weniger wert, bekannt unter dem Namen „Inflation“.

Es ist also weder nützlich noch notwendig, mehr Geld in den Umlauf zu bringen, um eine stabile Währung zu haben. Gegenüber dem Ausland zählt ja vor allem, was hinter dem Geld als „echter“ Gegenwert gelagert ist. Der freie Handel innerhalb des Landes wird davon jedoch grundsätzlich nicht berührt. Heißt das, daß es überhaupt keinen Unterschied macht, ob jemand viel oder wenig Geld hat? Natürlich nicht! Es wird immer Ärmere und Reichere geben. Da sich das aber insgesamt ausgleicht, gibt es auch keine Inflation, oder anders gesagt: Die Händler kalkulieren ihre Preise irgendwo zwischen den Armen und den Reichen, je nachdem, welche Gruppe sich gerade in der Mehrheit befindet. Meistens sind es die Armen. Aber wer bestimmt eigentlich, wer arm oder reich „sein darf“? Natürlich bestimmt auch das der Markt selbst. Wer am meisten leistet, verdient am meisten Geld. Wer wenig leistet, bekommt wenig Geld. Wenn man so will, ist das vielleicht die sogenannte Selbstregulierung des freien Marktes. Und diese Selbstregulierung ist gar nicht mal ungerecht, jedoch lediglich leistungsgerecht. So kann es nämlich passieren, daß sie irgendwann mal soo „gerecht“ ist, daß plötzlich einige gar nichts mehr haben, weil ihre Leistung nicht gut genug war, um gekauft zu werden. Bekanntermaßen kauft niemand etwas aus Nachsicht mit dem Anbieter. Wenn die Ware von einem anderen Hersteller besser und preisgünstiger produziert wird, wird dieser das Geld erhalten, und der jeweils andere geht leer aus. Der „Bessere“ kann sich vergrößern und erledigt nun die Arbeit anderer (kleinerer) mit. Möglicherweise setzt der „Bessere“ nun sogar noch Computer und Maschinen ein, um noch effektiver zu sein. Spätestens jetzt gibt es Menschen, deren Arbeitskraft definitiv nicht mehr benötigt wird, um die gleiche oder gar eine höhere Produktivität dieses Betrie-

bes und des Landes insgesamt zu gewährleisten. Die Konkurrenz versucht, in gleicher Weise nachzuziehen; die Arbeitslosigkeit steigt.

Alle Versuche, die nun arbeitslos gewordenen Menschen durch höhere Qualifizierung wieder in die Betriebe zurück zu bringen, sind im Grunde zum Scheitern verurteilt, da die im 19. Jahrhundert entstandene Industrialisierung als Form der Rationalisierung der Arbeit eher weiter fortschreitet und nicht mehr aufzuhalten oder gar zurückzuschrauben ist, will man die internationale Konkurrenzfähigkeit der Betriebe nicht gefährden. Auch die durch Umschulung beabsichtigte Unterbringung der Arbeitslosen in andere Branchen, wie z.B. Dienstleistungsbranchen, ist aussichtslos, da auch hier im Grunde alle Plätze vergeben sind. Die Bewerber können sich bestenfalls gegenseitig ausstechen. Auch Teilzeitarbeit löst noch nicht das Problem einer mangelnden Kaufkraft.

Selbst das „plötzliche“ Aufkommen neuer Produktmärkte durch Erfindung neuer Produkte bringt insgesamt keine zusätzlichen Arbeitsplätze, da ein neues Produkt heutzutage lediglich ein älteres ablöst, wie in dem folgenden

Beispiel 4

Der Sohn eines Arbeitnehmers wünscht sich zu Weihnachten eine Video-Game-Station mit insgesamt 100 Spielen, obwohl auf dem Wunschzettel ursprünglich ein Spielekasten mit 100 Brett- und Würfelspielen verzeichnet war (nunmehr durchgestrichen). Da der Vater nicht das Geld hat, um beides zu kaufen, entscheidet er sich entsprechend dem Wunsch seines Sohnes für die Video-Game-Station.

Der Vater und sein Sohn haben ihre Prioritäten gesetzt. Ein neuer Geschäftszweig wächst heran; ein alter bricht ab. 10.000 Leute werden neu eingestellt; 10.000 werden entlassen, es sei denn natürlich, es ist der gleiche Betrieb.

Und an der Arbeitslosigkeit hat sich nichts geändert!

Auch alle anderen Versuche dahingehend haben bekanntermaßen nicht entscheidend geholfen.

Glücklicherweise müssen Arbeitslose aber heute nicht mehr verhungern, da die Regierungen dieser Welt einst beschlossen haben, durch Erhebung von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen usw. auch für solche „Belange“ aufzukommen, frei nach dem Credo: Niemand im Lande soll verhungern, der unverschuldet in Not geraten ist. Alles ist nun wieder in Ordnung, und dennoch reicht das Geld irgendwie nicht aus. Die Regierungen appellieren nun an „ihre“ Unternehmer, einen größeren Export zu betreiben, während die Arbeitslosenzahlen weiter steigen. Immer noch reicht das Geld des Steueraufkommens nicht aus, um den Gesamthaushalt zu decken. Da man von (weiteren) Steuererhöhungen absehen möchte, beschließen manche der Regierungen nun erstmals, Kredite aufzunehmen.

Trotz all dieser wesentlichen Maßnahmen, kommen nahezu alle Länder der Erde heute immer mehr in die Situation einer Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit.

Woran liegt das?!?

Antwort: All diese drei genannten Maßnahmen seit Erhebung der Steuern – wie man sie heute kennt – waren und sind mathematische Fehler! Sie sind mathematische Fallstricke!

Fehler Nr. 1

Die Erhebung einer Steuer auf Einkommen und/oder Gewinne von maximal rund 50% bringt auf Dauer nichts!

Das den Unternehmen turnusmäßig verbleibende Kapital (Reingewinn) von 50% kommt nämlich prinzipiell nicht mehr zurück, da die privaten Ausgaben der Superreichen oftmals verschwindend gering sind, quasi vernachlässigbar.

Die Reingewinne können sich nunmehr ungehindert summieren, vergleichbar dem schrittweisen Abbau von begrenzten Rohstoffen, wie z.B. der Kohle.

Steinreiche Unternehmer, wie z.B. der in Rio lebende deutsche Juwelier Hans Stern, führen oftmals trotz ihres Reichtums ein relativ asketisches Privatleben. Ihr Vermögen dokumentieren sie zunächst in Form von Besitz (einschl. Firmenbesitz), Kontoguthaben, eventuell etwas Bargeld und vielleicht in Form von verschiedenen Wertanlagen, welches sie dann (das Vermögen) später auch gern in Gold oder dergleichen umtauschen. Gelegentliche Investitionen in die Firma bringen zwar kurzfristig Geld zurück, dienen aber selbstverständlich nicht sozialen Zwecken, sondern lediglich dem des weiteren Ausbaus ihres Gold- oder Geldbestandes.

Das einstige Tauschmittel ist hier zum Sammlerobjekt erster Güte geworden; quasi zum Objekt der Begierde.

Die notwendigen Beschäftigtenzahlen sind im Verhältnis oft lächerlich gering und dienen höchstens dem guten Gewissen aller Beteiligten, einschl. der Regierung. Das eigentliche Problem der Arbeitslosigkeit ist damit jedenfalls nicht gelöst.

Fehler Nr. 2

Da sich das im Umlauf befindliche Geld nun zwangsläufig immer mehr verringert, setzt die Regierung auf Export, nach dem Motto: 50% vom Doppelten gleich 100% vom Einfachen.

Bis dahin geht die Rechnung 100%ig auf, aber:

Ein Land, das exportieren will, muß im Gegenzug ein Import ungefähr gleicher Größe zulassen, will es nicht ein Ausfuhrverbot riskieren.

Damit beißt sich die Katze Exportwirtschaft selbst in den Schwanz.

Zumindest ändert sie dadurch nichts an ihrem eigentlichen Problem, ganz im Gegenteil.

Denn durch Ex- und Import läßt sie sich ein auf einen globalen Wettbewerb, der sie dazu zwingt, immer weniger und immer geringere Löhne und Steuern zu bezahlen und damit an den beiden wichtigsten Stützpfeilern einer sozialen Gesellschaft zu sägen. Durch Abnahme nämlich der Arbeitsplätze, wie durch Arbeitsteilung und Rationalisierung, gehen nicht nur immer mehr Steuereinnahmen verloren, sondern es werden auch immer mehr Steuereinnahmen benötigt, um den Arbeitslosen ein Überlebensminimum zu gewähren. Da aber auch die Steuern ganz allgemein ständig gesenkt werden, müßte nun der Export ständig größere Erfolge erzielen, um neue Arbeitsplätze und mehr Gewinne und somit auch eine Linderung des Steuerproblems zu schaffen. Damit würde und wird aber der globale Wettbewerb immer schärfer und erbarmungsloser.

Es müßte in Deutschland ein Lohnniveau erzielt werden,

das dem der Dritten Welt oder Japans gleicht.

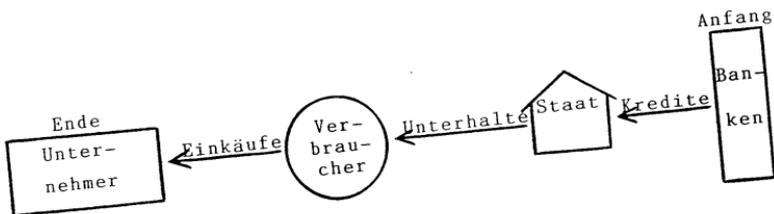
Es bleibt die Frage, ob sich die deutschen Arbeitnehmer auf ein derart niedriges Niveau herabgeben wollen, nur um sich auf einen solchen „Machtkampf der Produkte“ mit der ganzen restlichen Welt einzulassen, und das obwohl dieses alles überhaupt nicht notwendig wäre, da Deutschland ja – wie eigentlich jeder Staat – ein reiner Selbstversorger sein könnte, abgesehen vielleicht einmal vom Erdöl. Aber auch dafür könnte man ja einen Ersatz schaffen, wie z.B. durch „Rapsöl“ oder Wasserstoff.

Fehler Nr. 3

Der Export bringt noch nicht den gewünschten Erfolg, daher beschließt die Regierung, durch Aufnahme von Krediten die noch vorhandenen Haushaltslöcher zu schließen.

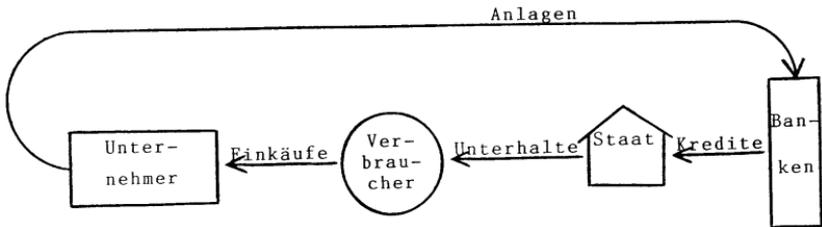
Dieses ist jedoch endgültig der Anfang vom Ende, vergleichbar einer Einbahnstraße, die in einer Sackgasse endet.

Diese Einbahnstraße sieht graphisch wie folgt aus:



Diese Darstellung bezieht sich (ebenfalls) ausschließlich auf den Weg der späteren Reingewinne (Gewinne nach Abzug der Steuern).

Bilanz: Die Unternehmer werden immer reicher, der Staat immer verschuldeter. Die „Waage des Kapitals“ kippt immer mehr zugunsten der Unternehmer usw. über die „Achse der Verbraucher“. Der einzige Grund, warum das Ganze überhaupt noch so lange „funktioniert“, geht aus folgender Darstellung hervor:



Aus der Einbahnstraße ist doch noch ein Kreisverkehr geworden, wenn auch nur ein trügerischer. Die Banken haben immer wieder Geld, um es dem Staat zu leihen, der es dann mittelbar über die (erwerbslosen) Verbraucher immer wieder den Unternehmern zuführt.

Diese können nun das Geld bei ihren Banken anlegen, die vielleicht ihrerseits manchmal erstaunt sind, wo das ganze Geld immer wieder herkommt, ohne zu merken, daß es sich stets um das gleiche handelt, welches sie weiterleiten. Aber warum kommt das ganze Geld so häufig von den Unternehmern? Ganz einfach: Die Unternehmer haben in ihrer Gesamtheit ein Monopol, das „Monopol der Produkte und Dienstleistungen“, die im Gegensatz zum Geld in schier unendlich beliebiger Menge nachproduzierbar und lieferbar sind. Ihr Monopol arbeitet wie eine Pumpe, die nicht aufhören kann zu saugen. Und so wird die „Badewanne des Geldes“ sehr bald leerpumpt sein, da sich die Richtung dieses Schulden-

kreisverkehrs des Geldes nicht mehr ohne eine kategori-
sche Änderung umkehren kann.

Und spätestens dann, wenn die Banken merken, daß
das verborgte Geld aus diesem Grund vom Staat gar
nicht (vollständig) zurückkommen kann, werden sie viel-
leicht aus Verantwortung ihren Anlegern gegenüber eine
weitere Kreditvergabe an denselben stornieren, im Sinne
einer Schadensbegrenzung.

Ihre noch verbliebenen (immensen) Ansprüche gegen-
über dem Staat werden sie dann mit Blick auf die viel-
leicht als Sicherheit versprochenen Goldreserven des
Landes geltend machen.

Was dann passiert, liegt auf der Hand: Alle, denen es ir-
gendwie (finanziell) noch möglich ist, werden das Land
verlassen, insofern sie es nicht schon längst getan ha-
ben. Zurück bliebe ein Stück Land mit Millionen von
hungrigen Menschen ohne Kapital und ohne Schutz vor
Kriminalität, denn Polizisten könnten nun (auch) nicht
mehr bezahlt werden.

Aus rein finanzwirtschaftlicher Sicht liegt der Fehler ei-
gentlich nur darin, daß der Staat immer wieder Kredite
aufnimmt, anstatt ausreichende Steuern zu erheben, so
als hätte nicht das Volk vollständig für den staatlichen
Haushalt aufzukommen, so als habe das Volk nicht ge-
nügend Geld zum Steuernzahlen, so als gehörten die
Reichen nicht auch zum Volk, und so als sei nicht bereits
der alleinige Besitz von Geld ausreichende Bemessungs-
grundlage zur Steuererhebung. Die künstliche Tabuisie-
rung des Geldes der Reichen durch im Verhältnis immer
größere Steuervorteile gegenüber den Armen, wie insbe-

sondere den Arbeitnehmern auf Lohnsteuerkarte, führt nicht nur zur Illegalität (Schwarzarbeit), sondern macht vor allem immer höhere Kredite „notwendig“, nicht zuletzt wegen der irgendwann nicht mehr bezahlbaren Zinsen.

Das ist im Grunde das Problem, aus dem es keinen Ausweg gibt, es sei denn, man öffnet sich (endlich) für

eine mögliche Lösung,

die da nur lauten kann:

Die Seitenmauern des Labyrinths der Verschuldung müssen durchbrochen werden, bevor es zu spät ist!!!

Denn die Bonität eines Kreditnehmers endet genau wie die eines Caféhausbesuchers, der (ähnlich wie einst Charlie Chaplin), anstatt seinen Café zu bezahlen, stets einen weiteren bestellt, nur um nicht zuzugeben, daß er die Zeche nicht bezahlen kann. Dieses geht natürlich nur so lange gut, bis der Wirt sich nicht mehr länger durch das schier unendlich gepflegte und seriöse Äußere des Gastes beeindrucken läßt und auf die sofortige und vollständige Begleichung der Rechnung besteht.

Da aber keine Regierung der Welt in der Lage sein könnte, eine Rechnung sofort und im Ganzen zu begleichen, die im Begriff ist, den Betrag des gesamten Geldes des Landes zu übersteigen, muß der Kreislauf oder auch der Weg der Verschuldung verlassen werden, noch bevor das Ende dieses Weges erreicht ist. Dieses kann nur querfeldein oder rückwärts erfolgen.

querfeldein würde bedeuten:

Alle Verbindlichkeiten des Staates werden per Gesetz oder Währungsreform annulliert.

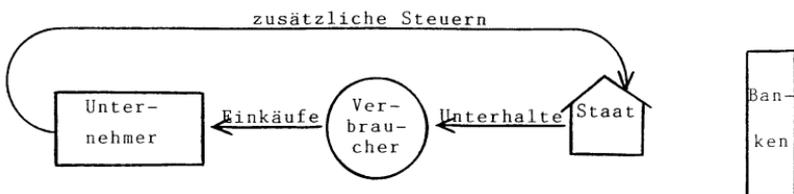
Kommentar: Dieses wäre zwar wortbrüchig, aber zur Abwendung weiteren größeren Schadens nur legitim und im Interesse letztlich aller Seiten, für den Fall natürlich, daß nicht gerade der Ruin des Staates im Interesse mancher Seiten ist.

rückwärts würde bedeuten:

Alle Verbindlichkeiten werden in Raten getilgt.

Kommentar: Dieses wäre die rechtlich einfachere und, so gesehen, „anständigere“ Lösung, wenngleich die immensen Forderungen der Banken eigentlich auf der Basis einer mathematischen „Zwickmühle“ oder auch – wenn man so will – eines historischen Irrtums entstanden sind.

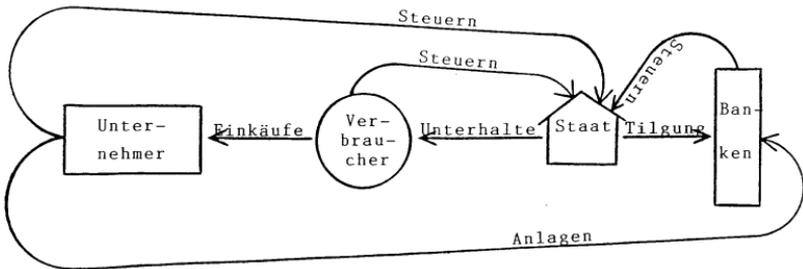
Um jedoch (auf jeden Fall) eine weitere Verschuldung zu vermeiden, müßte der Weg des Geldes zunächst einmal an den Banken „vorbei“ geleitet werden, wie in der folgenden Darstellung:



Diese Darstellung bezieht sich gewissermaßen auf eine theoretische Anhebung der Einkommen-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer als Ersatz für Kredite.

Da ein solcher Schritt jedoch ebenfalls ungerecht wäre, sollte sich die Last der Verantwortung nach Möglichkeit auf alle Beteiligten in etwa gleichmäßig verteilen.

Auch die Regierung ist im wahrsten Sinne des Wortes nicht allein „schuld“ an der hohen Arbeitslosigkeit!
Um also eine Tilgung dieser „Kollektivschuld“ möglich zu machen, sollte das Kapital nunmehr folgende Wege beschreiten:



Prinzipiell versucht ja das deutsche Steuerrecht bereits seit Jahrzehnten für eine umfassende und gerechte Verteilung der Gelder zu sorgen, insbesondere durch mannigfaltige Steuerbefreiungen auf der Grundlage von Ausnahmeregelungen in jeder nur erdenklichen Form. Letzteres ist dann jedoch bereits der vierte, wenn nicht sogar der allererste und vielleicht auch schwerste, weil Basisfehler deutscher Finanzpolitik überhaupt, denn: Ausnahmen sind der Anfang jeder Ungerechtigkeit! Ausnahmen sind die Löcher in einem kaputten Gartenschlauch!

Das Ergebnis: Die Blumen vertrocknen; der Rasen nicht.
Und das ist ungerecht!

Die ursprünglich gute Absicht des deutschen Steuerrechts wurde zum Fluch!

Es gibt mittlerweile ganze Bibliotheken über „ganz legale“ Steuertricks. Nutznießer dieser Möglichkeiten sind schon lange nicht mehr nur die „ehrlichen“ Steuerzahler, falls es die jemals gegeben hat.

Die Dunkelziffer pseudolegal und/oder direkt illegal hinterzogener Steuergelder ist zu einem prinzipiellen Problem geworden und kann nur sehr schwer geschätzt werden, da es gewissermaßen von der „Freiwilligkeit“ jedes einzelnen Steuerpflichtigen abhängt, die vom Finanzamt geforderten Angaben auch wirklich in jeder Hinsicht korrekt aufzuzeichnen.

Eine Abhängigkeit jedoch – gleich welcher Art – ist stets eine Gefahr, selbst dann, wenn die Befürchtungen (zunächst) nicht bestätigt werden.

Ob die Befürchtungen jedoch bestätigt werden oder nicht, und falls ja, in welchem Ausmaß, kann – wenn überhaupt – bislang nur stichprobenartig überprüft werden, mit dem nicht seltenen Ergebnis: Steuerhinterziehung in Millionenhöhe.

Das Stichprobenverfahren ist dabei gar nicht mal unefektiv, sondern hat eigentlich einen relativ hohen statistischen Aussagewert.

So läßt sich beispielsweise sagen:

Wenn 50 von 100 (streng) überprüften Personen Steuern hinterzogen haben, heißt das im statistischen Klartext: Rund die Hälfte aller Steuerpflichtigen haben Steuern hinterzogen!

Die vermutlich regelmäßig unterschlagenen Gelder müßten demnach in die Milliarden gehen. Gelegentlich bekannt werdende Einzelfälle stellen auch hier – wie eigentlich immer – nur die Spitze eines Eisberges dar.

kurzum:

Um ein Entstehen von Dunkelziffern, welches eine lückenlose Steuererhebung und damit sichere Finanzpolitik des Staates absolut unmöglich macht, künftig zu vermeiden, sieht das hiermit vorgeschlagene neue Steuersystem den folgenden Maßnahmenkatalog zur Verwirklichung einer kategorischen Vereinfachung und Vereinheitlichung des derzeit geltenden Steuerrechts als unabdingbar an:

Maßnahmenkatalog

1. Erfassung (Registrierung) aller inländischen Konten auf einer gesonderten staatlichen Bank.
2. Abschaffung oder Hinterlegung des gesamten Bargeldes.
3. Pflichteinführung des Kontos und der Kreditkarte für jedermann, evtl. einschließlich aller Minderjährigen.
3. Einführung und Einziehung einer nunmehr einzigen Steuer vom Konto, zur vollständigen Deckung des jeweiligen Staatshaushaltes.
5. Weiteres, falls notwendig und bis hierher noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Gezahlt wird „jetzt“ nur noch von Konto zu Konto, also per Kreditkarte, telefonischer Anweisung, online oder auf eine andere rein elektronische Weise, wie auch schon weltweit größtenteils üblich.

Die jährlich neu zu ermittelnde Höhe der Steuer in Prozent ergibt sich hier aus der Höhe des vorgesehenen Staatshaushaltes geteilt durch 12 (Monate) im Verhältnis zum Gesamtkapital aller Kontoguthaben inländischer Einwohner, einschl. der juristischen Personen, und ist für alle gleich.

Rechenbeispiel:

Haushalt 2045 von 2.400 Mrd DM : 12 = 200 Mrd DM

$$\text{Gesamtkapital in Mrd} \rightarrow \frac{200}{20.000} = \frac{1}{100} = 1\%$$

Die Steuer für das Jahr 2045 beträgt in diesem fiktiven Beispiel 1% und wird jeden Monat automatisch eingezogen per Einzugsermächtigung des Staates.

Der Staat zieht pro Monat den zwölften Teil seines Jahreshaushaltes, hier ein Prozent des Gesamtkapitals von bis dahin 20.000 Mrd DM = 200 Mrd DM, ein. Je höher das „Gesamtkapital“ als hier bewußt einzige steuerliche Bemessungsgrundlage, desto niedriger die Steuer in Prozent. Der Staat könnte also dieses Gesamtkapital (vorher) bewußt aufstocken, um eine möglichst niedrige Steuer zu erreichen, deren Gesamtaufkommen jedoch betragsmäßig das gleiche wäre. Aus Stabilitätsgründen sollte jedoch das Gesamtkapital, das hier ganz prinzipiell dem Gesamtbetrag des hinterlegten Bargeldes entspricht, künftig unveränderlich sein. Die Girokonten bzw.

alle Konten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hätten der Finanzbehörde zur regelmäßigen Einsicht angezeigt zu werden. Kredite sollen nicht mehr (auch) durch Überziehung, sondern lediglich durch Gutschrift einerseits und Lastschrift (nicht unter 0) andererseits erfolgen, damit das Gesamtkapital (Kontenkapital) stets die gleiche Höhe hat. Seine Gesamthöhe veränderte sich dann auch durch die Steuererhebung nicht, da die monatlich entnommenen Beträge (hier 1% von jeder Mark) durch die inländischen Haushaltsausgaben des Staates immer wieder an die Absender zurückflossen, wie in dem folgenden Mini-

Beispiel 5

Der Bäcker B. produziert Backwaren und verdient durch deren Verkauf Geld.

Ein Teil dieses Geldes geht ihm durch die Steuer verloren.

Der Staat gibt das eingezogene Geld dem Arbeitslosen A.

Der Arbeitslose A. geht zum Bäcker B. und kauft sich für das erhaltene Arbeitslosengeld Brot. Alles ist wieder beim alten:

B. ist wohlhabend, und A. ist nicht verhungert.

Das Spiel kann von vorne beginnen.

Der eigentliche Trick dieser voraussichtlich relativ niedrigen Steuer liegt nicht nur darin, daß man sich ihr (insgesamt) nicht entziehen kann, sondern vor allem darin, daß nun nicht mehr nur Zugewinne, sondern immer wieder auch sämtliche „brachliegenden“ Rücklagen besteuert würden, vergleichbar einer kombinierten Einkommen- und Vermögenssteuer.

Betroffen davon wären natürlich insbesondere Großbetriebe, aber anteilig auch die kleinen Sparer. Denn Sparen ist absolut ungesund für die Wirtschaft, ob im Kleinen oder Großen (Stil). Nur wer etwas kauft, finanziert auf Dauer die dortigen Arbeitsplätze usw..

Das Geld rotiert, und jeder bekommt es mal in die Hand bzw. aufs Konto und kann wiederum etwas dafür kaufen usw., usw..

Sparen ist die Thrombose (innere Blutgerinnung) der Wirtschaft!

Kredite der Regierung sind die Bluttransfusion, die (normalerweise) nicht notwendig ist!

Was aber kann Bürger und Unternehmer dazu motivieren, häufiger mehr Geld auszugeben?

Indem sie beispielsweise versuchten, sich der neuen Steuer (wie immer) ganz legal zu entziehen, wie hier durch rechtzeitiges Ausgeben oder Anlegen des Geldes, welches aber durch Abbuchung auf der einen und Gutschrift auf der anderen Seite dem System niemals verloren geht. Die erhaltenen Gegenwerte, wie z.B. Autos, Häuser, Aktien, Juwelen oder auch kleinere Sachen, werden nicht besteuert, da sie den schließlichen Erlös, den eigentlichen Lohn, für eigene erbrachte (körperliche und/oder geistige) Leistung darstellen.

Was Kapitalanlagen betrifft, so sind diese zwar auch eine gewisse Form des Sparens, jedoch eine nützliche. Die Banken können das Kapital durch Darlehen (nun vermehrt) auch an Jungunternehmer wieder in den Um-

lauf bringen. Und sie tun auch gut daran, da auch ihre Konten (Geschäftskonten der Banken) der neuen Besteuerung unterliegen.

Das neue Spiel könnte lauten:

Wer am häufigsten Geld umsetzt, ist der Sieger.

Dem Fiskus kann es dann völlig egal sein, wo die Beträge jeweils wieder auftauchen, da er dann nicht mehr danach fragt, wo das Geld hergekommen ist, sondern lediglich konstatiert, daß es da ist, entsprechend dem Prinzip des Steuerwesens.

Kapitalverbrechen hat das Finanzamt ja nicht aufzuklären, es sei denn, sie richteten sich gegen das Finanzamt bzw. gegen das Steuersystem selbst.

Steuerhinterziehung ist hier jedenfalls nicht mehr möglich, solange darauf geachtet wird, daß wirklich niemandem (bares) Geld ausgezahlt wird, welches er dann vielleicht zu Hause unters Sofa packt, um es der Besteuerung vorzuenthalten (Entstehung von Dunkelziffern).

Echte (harte) Währung, wie z.B. in Form von Gold, sollte nur noch dann an jemanden ausgezahlt werden, wenn er oder sie definitiv das Land verläßt.

Bedingung dafür sollte jedoch die gleichzeitige Einwanderung einer Person sein, die mindestens einen gleichwertigen Betrag an Währung mit ins Land bringt, denn: Das inländische Kapital soll nach Möglichkeit weder kleiner noch größer werden, um inflationäre Effekte zu vermeiden, oder umgekehrt:

Ist das Geld weg, müssen die Bürger zum Tauschhandel zurückkehren, wie vor 20.000 Jahren.

Das Geld darf also vor allem nicht weniger werden, da mit diesem Geld gearbeitet werden soll.

An der Arbeit mit dem Geld ist selbstverständlich auch der Staat beteiligt, der sich jetzt nicht mehr länger als Schuldner, sondern vielmehr als Gläubiger betätigt, oder gar als eine Art Mutter, die das Taschengeld ihrer Kinder stets brüderlich einteilt, wenn auch sozial- und leistungsgerecht.

Um aber das Geld vernünftig einteilen zu können, muß er stets, d.h. turnusmäßig, wissen, was die Kinder (noch) genau in den Hosentaschen haben.

Bezogen auf die wirtschaftliche Realität hieße das:

Jeder zeigt zum Monatsende, was er (auf dem Konto) hat – sei es viel oder wenig –, und wird entsprechend besteuert.

Die Gerechtigkeit liegt hier darin, daß nur der etwas zahlt, der etwas hat, vergleichbar einem (regelmäßigen) Kassensturz mit geringfügiger Umschichtung.

Steuererklärungen und Bilanzen sind hier nicht notwendig, da die Konten ihre eigene Sprache sprechen.

Irrtümer sind ausgeschlossen, da niemand nur rein zufällig ein hohes Bankguthaben hat.

Ungerechtigkeiten gibt es nicht, da jeder das gleiche Recht und auch die Pflicht hat, sich auf das neue System entsprechend einzurichten.

Etwaige Härtefälle regeln die Sozialämter, deren Ausgaben mit im Haushaltsplan berücksichtigt sind.

Das hier vorgeschlagene System hat gewiß auch seine Nachteile für den einen oder anderen; es hat aber auch erhebliche Vorteile, die jeder legal nutzen kann, wie in dem folgenden

Beispiel 6

Der Angestellte X. verdient monatlich 4.000,- DM brutto. Er bekommt das gesamte Bruttogehalt (ohne Abzüge) auf sein Privatkonto überwiesen. Die Überweisung erfolgt nach Absprache mit seinem Arbeitgeber jeweils am Anfang des Monats. X. gibt das Geld innerhalb des Monats zur Hälfte auf sein Sparbuch und zur Hälfte für seinen Lebensunterhalt aus. Die am Monatsende fällig werdende Steuer beträgt für ihn 0,- DM (oder Euro).

X. hat sein gesamtes Geld in den Umlauf gebracht und wird daher nicht durch einen Steuerabzug „bestraft“. Da seine Ausgaben vollständig gemeinnützig waren, konnten sie auch vollständig von der Steuer abgesetzt werden, wie hier ganz automatisch. Jede Mark war gewissermaßen eine Spende an die Wirtschaft und Allgemeinheit.

Würden alle Bürger (einschl. der Arbeitgeber) in gleicher Weise handeln, wäre das „In - Die - Tasche - Greifen“ einer Steuer fast überhaupt nicht mehr notwendig, da selbst Langzeitarbeitslose jetzt wieder eine reelle Chance hätten, sich an der steigenden Produktion von nach Möglichkeit zu 100% recycelbaren Gütern zu beteiligen, denn:

Die verschiedenen Branchen boomen jetzt wieder, aufgrund der gestiegenen Nachfrage an (nicht zu versteuernden) Gütern und Leistungen, auch durch den Wegfall der Lohn- und Umsatzsteuer. Insbesondere im Einzelhandel, Bau und Dienstleistungsbereich werden wieder mehr (menschliche) Arbeitskräfte benötigt. Durch den Wegfall aller Lohnnebenkosten sowie jeglicher Arbeitnehmeranmeldepflicht lohnt es sich wieder, neue Leute einzustellen. Die staatlichen Sozialausgaben verringern sich; die Steuer kann gesenkt werden, bis auf ein Maß, das Seinesgleichen sucht.

Sicherlich wird es wohl ganz ohne Steuern niemals gehen, schon allein wegen des Straßenbaus, der öffentlichen Einrichtungen, der Beamtengehälter, der Renten, der sonstigen Sozialausgaben und des sonstigen Verwaltungsaufwandes usw., usw..

Dennoch wären dem wachsenden Wohlstand prinzipiell keine Grenzen mehr gesetzt, aufgrund der hohen interaktiven Produktivität der Wirtschaft mit Hilfe der Arbeitnehmer, der Maschinen und der Computer. Alles kann üppig hergestellt werden und braucht nur noch durch den Handel „verteilt“ zu werden. Das Geld hat wieder mehr Mittlerfunktion für das eigentliche Ziel:

Ware gegen Ware, Leistung gegen Leistung oder Leistung gegen Ware, oder umgekehrt.

...ermöglicht bzw. erleichtert durch das Hin-und-Her-Prinzip des Geldes, oder anders gesagt:

Der Wohlstand eines Menschen drückt sich nun zunehmend mehr in Produktbesitz und Ansprüchen durch Ka-

pitalanlagen aus und weniger in reinem Geldvermögen.

Der Anspruch auf Geldvermögen, welches nicht rechtzeitig umgesetzt wird, wird quasi steuerweise „verwirkt“. Die Häufigkeit und Menge des Geldumschlags macht hier den Unterschied, sprich den möglichen Reichtum (auch in Form eines höheren Lebensstandards) der betreffenden Person, aus.

Der steigende Wohlstand des Landes insgesamt könnte pauschal folgendermaßen formuliert werden:

$$\frac{\text{Produktion (steigend)}}{\text{Geldmenge (konstant)}} = \text{Geldwert (steigend)}$$

oder anders gesagt: Ich erhalte immer mehr Leistung fürs gleiche Geld. Die prall gefüllten „Krabbeltische“ mit immer preisgünstigeren Handys, TVs, PCs, Autos, Uhren, usw. (auch deutscher Hersteller) bestätigen diese Theorie bereits jetzt.

Ein Import von ausländischer Ware wäre aufgrund der hohen Qualität deutscher Produkte eigentlich gar nicht notwendig, aber möglich, solange darauf geachtet wird, daß er sich mit dem Export in etwa ausgleicht.

Besonders erleichtert werden kann die Erzielung dieses Ausgleichs, indem lediglich ein reiner Tausch von (gleichwertigen) Waren über die Grenze gestattet wäre. Dieses würde dann sicherstellen, daß das inländische Kapital auch wirklich innerhalb des Landes verbliebe, wo es benötigt wird. Geht das Geld ins Ausland, so muß es später durch Kredite aus dem Ausland ersetzt werden.

Kredite haben jedoch den bekannten Nachteil, daß man sie irgendwann zurückzahlen muß, wodurch man wieder bei Null oder vielmehr Minus (durch die Zinsen) anfängt. Das Borgen ist also im Grunde kein Prinzip und der Regierung eines souveränen Landes schon ganz und gar nicht würdig.

Wenn ein generell fleißiger und fruchtbarer Staat wie der Deutschlands nicht so recht zurecht kommt, welcher andere Staat dieser Welt wollte dann die nötigen Voraussetzungen haben, um schuldenfrei zu sein?

Es ist mathematisch nicht logisch, wenn alle Staaten dieser Welt verschuldet sind! Es muß immer mindestens 1 Land oder Volk geben, das das Geschäft macht, und sei es nur das „Volk der Bankiers“.

noch einmal:

Der Staat ist nicht auf Kredite angewiesen! Denn:
Der Staat ist das Volk, und das Volk hat das Geld,
und mehr wird nicht benötigt!

Da die Haushaltsausgaben des Landes im Interesse der Allgemeinheit stehen (sollten), hat die Allgemeinheit auch dafür aufzukommen, und niemand anderes sonst! Der Staat ist kein Zauberer, der Geld aus einem leeren Hut zaubert! Der Staat ist auch kein Vermögensbeschaffer, sondern maximal -verwalter.

Und da das Kapital begrenzt ist wie ein Rohstoff,
muß es sich recyceln!

Das Geld ist das Schmiermittel der Wirtschaft und
darf nicht irgendwo im Getriebe versickern!

Egal, wie sich die Wirtschaft auch immer entwickeln mag; das Geld ist da, und der Staat braucht es sich nur zu nehmen, um es zu verwalten.

Und da die Arbeitslosen etc. prinzipiell nicht mehr bekommen als ein Durchschnittseinkommen, sondern eher weniger, verbleibt aus der jeweiligen Differenz ständig ein Plus für den freiwirtschaftlich arbeitenden Teil der Bevölkerung, einschl. der Geschäftsleute.

Mit anderen Worten:

Die Leistungsstarken werden (auch hier) immer genug Überschuß haben, um nicht am Sozialstaat verzweifeln zu müssen und auszuwandern in ein Land, wo die Steuern wesentlich höher sind als hier.

Gerade die Vielzahl der Arbeitslosen beschert den anderen ein höheres Einkommen, solange es aber immer ein gewisses „Zurück“, also eine Steuer gibt, die durch „gnadenlose“ Erhebung stets für einen sozialgerechten Ausgleich der Finanzen sorgt. Und dieser Ausgleich ist nicht etwa nur sozial, sondern auch strategisch äußerst wichtig. Er ist das regelmäßige Umkippen (und wieder zurück) einer imaginären Sanduhr des Geldes; ein permanenter (endloser) Aufschub des theoretischen Finanz- und Produktionstodes der Wirtschaft eines Landes.

Der Finanztod ist erreicht, wenn tatsächlich einmal das gesamte Kapital auf der einen Seite der „Waage des Geldes“ angelangt ist.

Der Produktionstod geht einher mit dem Finanztod, da Unternehmer generell nur so lange etwas produzieren,

wie es für sie noch etwas zu gewinnen gibt.

..vergleichbar einem Spieler, der erst dann den Spieltisch verläßt, wenn er wirklich alles gewonnen (oder verloren) hat. Die „Rennhunde der Unternehmer“ rennen nur so lange, wie sie den Hasen (das Geld) niemals ganz erwischen, daher muß man ihnen – will man das Rennen am Leben erhalten – den Braten „hintenherum“ immer wieder ein Stück vor der Nase wegziehen.

Bezogen auf die Wirtschaft entspricht das der Erhebung einer Steuer, auch und gerade auf die Rücklagen des Geldes, die Reingewinne von gestern. Der Erfolg ist:

Die Produzenten produzieren, produzieren und produzieren, und die Verbraucher verbrauchen, verbrauchen und verbrauchen,
..bis in alle Ewigkeit, solange sich die Erde (ebenfalls) dreht, unter dem Licht der Sonne.

Diese Rechnung geht absolut immer auf, solange die Menschen leistungsfähig sind und es wenigstens einen unter ihnen gibt, der ein gewisses Interesse daran hat, selbständig Geld dafür zu nehmen, wie in dem folgenden und letzten

Beispiel 7

Wir schreiben das Jahr 2058, und in dem kleinen Traumland Monopolien, das aufgrund seiner besonderen geographischen Lage völlig von der Außenwelt abgeschirmt ist, herrscht seit einiger Zeit eine seltsame Form der allgemeinen Zufriedenheit. Obwohl 97% der Einwohner von insgesamt nur 100 Menschen arbeitslos sind, sieht man überall in den

Straßen fröhliche Menschen, die entweder spazieren gehen, oder irgendwelche Reinigungs- oder Restaurierungsarbeiten an den Straßen und Häusern ausführen. Bei näherer Betrachtung erkennt man auf den Rücken der gelb-roten Overalls der arbeitenden Leute die Aufschrift „ABM“.

Die einzigen drei nicht offiziell arbeitslosen Menschen sind der Gouverneur, der sämtliche Regierungsarbeit ausführt, ein Amtsarzt, der sämtliche Krankenbehandlungen vornimmt, und der einzige Geschäftsmann des Landes, der sämtliche Fäden der Wirtschaft selbst spinnt und zieht.

So ist es ihm vor einiger Zeit tatsächlich gelungen, buchstäblich alle Firmen und Betriebe – ob groß oder klein – aufzukaufen und die damaligen Arbeitnehmer vollständig durch Maschinen zu ersetzen. Es gibt nunmehr vollautomatische Bestell- und Ernteanlagen, vollautomatische Backstuben, Vollautomatik-Küchen,

-Selbstbedienungsrestaurants, -Webereien, -Autofabriken, -Möbelfabriken usw., usw.. Selbst Dienstleistungen werden entweder durch „Do-it-yourself“-Anleitungen oder -Geräte konkurrenzlos preiswert ausgeführt.

Obwohl außer diesem Geschäftsmann, der Selbstversorger ist, alle Einwohner, einschl. des Gouverneurs und des Arztes, nahezu ihr gesamtes Geld Monat für Monat durch Einkäufe an jenen abgeben, haben sie immer wieder aufs neue Geld, um damit von vorne anzufangen. Des Rätsels Lösung ergibt sich aus der monatlichen Steuerabrechnung des hier einzigen Unternehmers namens Juan Allez, der seit Jahren der Haupt-Steuerzahler Monopoliens ist:

Steuerabrechnung für Juan Allez zum 01.02.2058

Sehr geehrter Herr Allez,

benötigt wird für Februar diesen Jahres:

ABM-Löhne 97 x 1.000,-Taler = 97.000,-T
Gehalt Gouverneur 1 x 3.000,-T = 3.000,-T
Honorar Amtsarzt 1 x 3.000,-T = 3.000,-T
Verwaltungsaufw. (Büro) 1 x 2.000,-T = 2.000,-T
Arbeitsmittel ABM 1 x 7.000,-T = 7.000,-T
Februarhaushalt 2058 112.000,-T

Steuersatz somit:

$$\text{Gesamtkapital} \longrightarrow \frac{112.000}{200.000} = 56\%$$

Ihr Kontostand v. Abrechng. 195.000,-
abzügl. Steuer 56% - 109.200,- (wurde
abgebucht)
Ihr neuer Kontostand = 85.800,-T

Mit bestem Dank,

Der Gouverneur

Selbst in diesem denkbar extremsten Fall beträgt die Steuer nicht viel mehr als 50%. Eine Steuer, ohne die Monopolen nicht viel länger als einen Monat stehen wür-

de. Und auch nicht auszudenken, was passieren würde, wenn sich die Steuer von hier 56% lediglich auf die Einkommen und Gewinne und nicht auch stets auf die Rücklagen beziehen würde.

Das Aufkommen würde von Monat zu Monat um rund die Hälfte kleiner, bei gleichem Prozentsatz, da die Einkommen und Gewinne sinken, sobald die Rücklagen steigen. Und da die Rücklagen steigen, sobald sie nicht mitbesteuert werden, muß sich die Steuer immer auf das Ganze beziehen. Aufgrund der überdurchschnittlichen Leistung des Juan Allez erhält er zwar zurecht monatlich mehr als 100.000 Taler, aber auch nur so lange, wie ihm dieser Betrag stets zurecht als Steuer abgezogen wird. Sein Nettovermögen von 85.800,-T. stagniert, da er die Grenzen des Marktes hier bereits vollständig erreicht hat, woraufhin es für ihn nun eigentlich klüger wäre, sich entweder zur Ruhe zu setzen und beispielsweise von den Zinsen seiner Kapitalanlagen zu leben, oder auszuwandern, um noch mehr Geld zu verdienen. Tut er beides jedoch nicht, wäre das nicht unbedingt ein Nachteil für die Allgemeinheit Monopoliens, obwohl genau er es war, der den dortigen Menschen einst die Arbeit weg- oder auch abgenommen hat.

In der hiesigen Realität jedoch werden voraussichtlich insbesondere im Dienstleistungs- und Gastronomiebereich (usw.) auch auf Dauer nicht wirklich alle Arbeitsplätze verloren gehen, wodurch eine natürliche Beschäftigungsbasis stets erhalten bleibt. Durch den Wegfall aller Lohnnebenkosten würde es sich auch nicht mehr lohnen, jemanden „vorsätzlich“ zu entlassen, da sich die finanziellen Nachteile nunmehr eher an anderen Dingen festmachen.

Die Schwerpunkte dieser neuen (nun kombinierten) Steuer- und Abgabenbelastung sind bewußt verlagert. Jene Belastung ist aber insgesamt nicht höher, sondern lediglich vollständiger und überschaubarer, sprich ausrechenbarer, was hier nicht zuletzt mit den Unterschied, sprich Vorteil, ausmachen soll, und zwar für alle Beteiligten.

Durch das Plus an „Ehrlichkeit“ der neuen Steuerzahler erfolgt die Finanzierung der Vollbeschäftigung (ABM) jetzt – wie gesagt – nicht durch neue Kredite, sondern eben durch diese eine neue Steuer, die keine anderen Maßnahmen neben sich benötigt, da sie es gewissermaßen „in sich“ hat.

Fazit

Es bleibt, wie es ist:

Nur die jeweils geschicktesten Unternehmer können das Rennen machen, während sie jedoch allezeit ihrer Geschäftstätigkeit immer auch ein Diener des Volkes sind.

Ende der Beschreibung

gez.: Roland Neuendorf

Berlin, 08. Juni 1998

Die Bonner Reaktion

...mit Brief vom 22. Juli 1998 auf mein Schreiben („Theorie einer...“) vom 08. Juni 1998 war schlicht abschlägig, und ich würde sie spontan einfach nur als „typisch“ bezeichnen. „Typisch Bundesministerium“ – die Behörde der Behörden, die offenbar so beschäftigt ist, daß für einfache Lösungen keine Zeit mehr da zu sein scheint; die sich vielleicht schon schützen muß vor Ideen aus dem Volk, nur um vielleicht ja nicht noch in Versuchung zu geraten, eine dieser Ideen gut zu finden und demzufolge (wirklich) etwas tun zu müssen; eine Situation also, die es dann wohl schon von vorn herein kaum zuläßt, Vorschläge, welche nicht mindestens aus aristokratischen Reihen stammen, länger als nur eine Höflichkeit lang zu diskutieren, gerade genug, um sich nicht direkt verweigert zu haben. Und auf eine regelrechte Diskussion wollte man sich wohl selbst in meinem „extrem“-Fall gar nicht erst einlassen, sonst hätte mir das Antwortschreiben des Herrn Monse – zu jenem Zeitpunkt offenbar in alleiniger Vertretung des gesamten BMA – wenigstens eine geringfügigste Möglichkeit offen gelassen, um auf die dort nicht wirklich begründeten Zweifel sachlich einzugehen. Sicherlich gab es durchaus noch andere Adressen, auf die man genauso leicht hätte auflaufen können, aber in meinem Bauch waren nur noch ziemlich enttäuschte Flugzeuge; jedenfalls keine gute Grundlage für eine Reaktion auf eine Reaktion mit folgendem Text:

„ich danke Ihnen für die „extrem harte Kost“, die sie mir mit Ihrem Konzept zugeschickt haben. Schön fand ich die – weil auch einfach erklärten – Ausführungen zum Übergang von der Selbstversorgung zur Naturaltauschwirtschaft und zur Geldwirtschaft.

Allerdings bin ich skeptisch, ob Ihr Modell in der Realität funktionieren könnte. Denn in der Praxis ergeben sich immer Rei-

Leistungsverluste, die den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und die Erlangung von Vollbeschäftigung erschweren. In der Theorie sind Angebot und Nachfrage letztlich ausgeglichen, weil Produktion, die nicht abgesetzt wird, den Wert Null hat und auch einer Nachfrage von Null entgegensteht. In der Praxis wäre es aber so, daß ein Unternehmer, dessen Produktion Null ist, Konkurs anmeldet und die Arbeitsplätze verloren gehen.

Auch bei Ihrer Einschätzung der Funktion des Geldes bin ich skeptisch. Faktisch dürfte es kaum vorkommen, daß Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird. Auch das Geld auf den Girokonten wird doch letztendlich von Banken an Unternehmen und Privatleute ausgeliehen, und auch das Bargeld wird zum großen Teil nachfragewirksam. Dort wo Bargeld nur gehortet wird, sei es, weil z.B. Inländer ihr Geld unter dem Kopfkissen sparen oder in Krisenregionen die DM als Ersatzwährung gebraucht wird, so ist es Aufgabe der Bundesbank, dies bei der Geldmengenberechnung zu berücksichtigen.

Bezüglich des Verhältnisses von Unternehmen, Staat, Nachfragern und Banken möchte ich anmerken, daß nicht etwa die Unternehmen die alleinigen Geldgeber der Banken sind, sondern auch die privaten Haushalte sparen. Per Saldo sind die Unternehmen verschuldet und die privaten Haushalte besitzen Geld bzw. Kapitalvermögen. Auch bin ich skeptisch, ob man die Finanzierung des Staates allein aus einer Steuer durchführen sollte. Schließlich sind die verschiedenen Steuern ein wichtiges politisches Gestaltungsinstrument.

Außerdem stützen Sie Ihr Konzept für meinen Geschmack zu sehr auf den Geldkreislauf. Dabei ist doch die Verteilung der Produktion und die Beteiligung an der Produktion genauso wichtig. Denn was hilft Ihnen im Jahre 2058, daß Sie im Modell den Geldkreislauf wunderschön berechnen können, wenn Sie 97% ABM – Beschäftigte haben. Das würde doch die Macht Ihrer drei regulär Erwerbstätigen enorm erhöhen und zur Ab-

hängigkeit der anderen führen. m. E. geht es doch vielmehr darum, möglichst alle Menschen, die dieses möchten, am regulären Erwerbsleben zu beteiligen, um ihnen dadurch persönliches Ansehen aber auch Mitspracherecht in der politischen Diskussion zu geben.

Freilich muß ich zugeben, daß sich in der wirtschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre diese Fragen nicht gerade in den Vordergrund gedrängt haben. Wirtschaften hat aber viele Gesichter und wirtschaftliche Probleme haben meist mehrere Seiten. Das Produzieren muß sich genau so lohnen, wie das Einkommen der Beschäftigten dazu ausreichen muß, Nachfrage sicherzustellen. Die Ausbalancierung der verschiedenen wirtschaftlichen Kräfte ist Daueraufgabe und Gleichgewicht gibt es wohl immer nur für kurze Zeit. Die macht Wirtschaft spannend, aber auch so schwierig.

Ich kann mir vorstellen, daß Sie über meine Kommentare nicht unbedingt begeistert sind, denn schließlich habe ich ja vor allem Skepsis gezeigt. Nun möchte ich Ihnen aber bezüglich Ihrer Einschätzung der mangelnden Konsumnachfrage durch Geldhortung noch zustimmen, daß dies im Falle von einer befürchteten Deflation durchaus der Fall sein kann. Wenn wir Japan nehmen, wo die Zinsen nur noch weniger als 1% betragen und die Nachfrage anscheinend zu sinken beginnt, so könnte man befürchten, daß dort die Bevölkerung Geld hortet, um später billiger kaufen zu können. Die Deflationsspirale wäre perfekt. Nur muß man auch im Falle Japans sehen, daß diese Entwicklung nicht etwa eingesetzt hat, weil Geldwirtschaft per se die Gefahr von Deflation in sich birgt, sondern weil in Japan die spekulative Finanzblase aus den 80er Jahren nicht zügig aufgelöst wurde. Man hat viel zu lange damit gewartet, zuerst einmal die Probleme offen zu legen und hat danach die Probleme verniedlicht. Nun steht man vor dem Problem, daß dem Bankensystem wahrscheinlich ein scharfer Einschnitt – wie in anderen asiatischen Staaten auch – verordnet werden muß. Nur

hat dies eben zwischenzeitlich zur Folge, daß die Produktion sinkt und die Arbeitslosigkeit steigt. Doch ist das Wirtschaften bei aller Kompliziertheit und auch bei allen möglichen Lösungsansätzen langfristig eben unerbittlich. Man kann zwar wie die DDR mittels staatlich administrierter Preise und erzwungener Vollbeschäftigung wirtschaftliche Mechanismen lange Jahre kaschieren, und man kann auch wie in Asien wirtschaftliche Blasen eine Zeit aufrecht erhalten, langfristig führt aber an solidem Wirtschaften kein Weg vorbei. Und das ist, was Wirtschaft eben so schwer macht.

*Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag*

Monse“

„Und das ist, was Wirtschaft eben so schwer macht.“

Dieses waren die letzten Worte einer vielleicht unsterblichen Beurteilung, die für mich aber nie gelebt hat, da sie im Klartext nur eine einzige Botschaft enthält: „Geben Sie es auf, die Probleme der Welt lösen zu wollen!“. Oder noch kürzer: „Geben Sie (andere) auf!“. Wer aber sonst, außer der einfache Bürger, könnte dann noch an der Lösung der Probleme des einfachen Bürgers interessiert sein? Richtig! Eigentlich alle! Denn auch Politiker sind ja Bürger, wenn auch keine einfachen. Daß aber auch Politiker Beratung brauchen, beweisen nicht nur die teils millionenschweren Beraterverträge, die sie mit privaten Firmen oder Personen haben, sondern vor allem natürlich die nach wie vor vorhandenen und immer schlimmeren Probleme der absoluten Mehrheit der Bürger. Aber zugegeben; die Bürger haben die Wahl. Alle vier Jahre. „Aber was sollte man eigentlich wählen?“, fragen sich heute zunehmend viele und zunehmend ratlose Bürger, die also ebenfalls Beratung brauchen, denn sie bilden in einer Demokratie letztlich die Regierung, im wahrsten Sinne. Die Kompetenz der regierenden Politik steht und fällt mit der politischen Kompetenz der Bürger. Daher braucht es mehr denn jeden mündigen Bürger! Die mündigen Bürger werden zum Vorteil guter und zum Nachteil schlechter Politik, da eine Mehrheit mündiger Bürger nicht das Interesse haben kann, sich durch Wahl schlechter Politik selbst zu zerstören – das Grundprinzip der Demokratie, zu deutsch „Volksherrschaft“. Aber was ist gute und was schlechte Politik? Was ist „solides Wirtschaften“? Diese ganz generellen und entscheidenden Fragen, die alle Menschen betreffen und angehen, werfen in der Folge letztlich Detailfragen auf, wie:

Was ist Wirtschaft? – und
Was ist Arbeit? – und
Was ist Geld? – usw., usw..

Bevor ich jedoch gerne auf diese bewußt bewußt machen wollenden Fragen unserer Zeit antworten möchte, in einer Form, so wie ich die Zusammenhänge für meinen Teil sehe, möchte ich Sie zunächst einmal ganz persönlich fragen:

- Ist es nur ein Risiko, einmal ein Risiko einzugehen?
- Besteht eine Chance nur darin, jedes Risiko zu vermeiden?
- Gibt es die Chance, jedes Risiko zu vermeiden?
- Ist der Verzicht auf eine Chance nicht auch ein Risiko?
- Ist das Risiko ein Widerspruch zur Chance?

Bekanntermaßen sind Chancen und Risiken untrennbar miteinander verbunden. Daher wird jeder Versuch, ein Problem zu lösen, immer auch ein gewisses Risiko bergen. Dieses war schon zu allen Zeiten so. Dennoch hat dieses viele mutige Menschen der Geschichte, in die sie eingegangen sind, nicht davon abgehalten, notwendige Veränderungen der Gesellschaft auch gegen den Strom (Mainstream) durchzusetzen, sogar unter Lebensgefahr. Denn ihnen war mindestens eines klar:

Ohne ein Risiko geht es nie! Kein Ding oder System ist perfekt! ... mit einer einzigen Ausnahme:

Die Mathematik!

Seit Adam Riese ist es möglich, das schon immer so notwendige Teilen auch in konkreten Zahlen auszudrücken, ohne dem es (das Teilen) letztlich nicht geht. Die Unwissenheit des einzelnen über sein persönliches Recht auf wieviel Kapital bei wieviel Leistung führt schließlich und immer wieder zum „Kapitalismus“, in seiner negativsten monopolistischen Form. Aus diesem Grund war es für mich natürlich das allerhöchste Ziel, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Armut schon allein auf rein mathematischem, sprich finanziellem, Wege möglich zu machen; und ich

sehe auch nicht, was daran schlecht sein sollte. Wie der Herr Monse vom BMA in seiner Antwort selber sagt, sind Steuern ein wichtiges, also gutes, politisches Gestaltungsinstrument. Übersetzt ins Hochdeutsche heißt das nichts weiter, als daß die meisten Menschen nur dann reagieren, wenn es an ihren eigenen Geldbeutel geht. Dieses ist zwar traurig, aber leider wahr. Somit ist mein Vorschlag, sich zunächst ausschließlich auf den Einfluß nehmenden Geldkreislauf zu konzentrieren, genau der richtige Ansatz. Zusätzliche Maßnahmen, sei's durch „ABM“ oder auch anders, werden von diesem Konzept keineswegs ausgeschlossen, sondern sogar begrüßt und propagiert. Ob jedoch zusätzliche Maßnahmen hier überhaupt noch notwendig sein würden, soll einmal dahingestellt sein, aber über eines sollte doch (bitte) von vornherein Einigkeit bestehen:

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, respektive der Armut, ist keine Geschmacksfrage!

und überhaupt: Ist Wirtschaft wirklich so schwer?
dazu im Folgenden...

GRUNDSÄTZLICHES:

Was ist Wirtschaft?

Das, was man heute im allgemeinen von der „Wirtschaft“ mindestens erwartet, ist, daß sie Arbeitsplätze schafft bzw. solche anbietet, so als würde es ohne die Wirtschaft keine Arbeitsplätze geben und als würde man ohne Arbeitsplatz nicht leben können. Dann aber stellt sich die Frage: Wie haben die Menschen die Zeit vor der Wirtschaft, die „Steinzeit“, überlebt?

Nun, man könnte sagen; wenn es in der Steinzeit keine Arbeit gab und die Menschen dennoch leben konnten, dann muß die Erde einst eine Art Schlaraffenland gewesen sein, wo man ohne zu arbeiten immer mindestens alles zum Leben Notwendige kostenlos und nahezu mühelos vorgefunden hatte. Denn es gab ja eben noch keine Arbeitgeber und auch kein Geld. Es gab „nur“ jenes Schlaraffenland oder auch „Paradies“, wie es die Bibel bezeichnet. Nur eine rein zufällige „Ähnlichkeit“? Zumindest soll es – nach Auffassung von Naturwissenschaftlern, wie Anthropologen und Geologen – damals noch keine Wüsten gegeben haben, wie man sie heute kennt. Es soll praktisch überall auf der Erde, einschließlich der Gewässer, eine üppige Vegetation von Flora und Fauna geherrscht haben, sodaß auch jeder Mensch praktisch überall und jederzeit Zugang zu frischem Wasser und zu frischer fester Nahrung hatte, sei sie pflanzlicher und/oder tierischer Natur. Was ist also geschehen? Welcher „Fall“ ist eingetreten, daß die Menschen „plötzlich“ weltweit immer weniger gut zurecht kommen? Ist es der „saure Regen“? Ist es der „Klimawandel“? Wenn ja, dann wären es selbstverschuldete, im wahrsten Sinne „hausgemachte“ Probleme, mit denen die Menschen heute völlig unnötiger Weise zu kämpfen haben. Die Bibel spricht diesbezüglich von einem „Sündenfall“ und einer darauf als Strafe folgenden „Vertreibung aus dem Paradies“. Oder wollte uns die Bibel damit noch etwas ganz anderes sagen? Wer oder was war die sprechende „Schlange“, die erst Eva und dann

auch Adam zur Sünde durch einen Biß in den Apfel von dem verbotenen Baum der Erkenntnis des Guten und des Bösen verführte? Einen Hinweis darauf gibt erst das Neue Testament und auch dort erst fast ganz am Schluß. So ist in der Offenbarung, Kapitel 20 von dem „...Drachen, die alte Schlange, das ist der Teufel und der Satan,...“ die Rede. Und an einer anderen Stelle der Bibel wird der Teufel namens „Satan“ auch als „Gott dieses Systems der Dinge“ bezeichnet. Ist mit „System der Dinge“ etwa die Wirtschaft gemeint? Nun, dieses fällt sicherlich in den Bereich einer theologischen Spekulation, was deswegen nicht heißt, daß sie unzutreffend sein muß.

Zumindest verstößt die Wirtschaft, die ja – so wie sie heute ist – auf dem Prinzip einer Sesshaftigkeit des Menschen basiert, dadurch geradezu eklatant dem eigentlichen, d.h. ursprünglichen, Willen Gottes (laut Bibel) eines freien Nomadentums aller Menschen und Völker des irdischen Globus, vollkommen ohne Mauern, Zäune oder sonstige unnatürliche Grenzen. Denn vollkommen ohne Mauern, Zäune oder sonstige Grenzen ist zwar praktisch keine Wirtschaft möglich, aber auch gleichermaßen keine Wirtschaft nötig. Jeder Erdenbürger konnte – so – immer jederzeit überall hingehen und sich von jeder Quelle der Natur (Ressource) so viel nehmen, wie er es zur Deckung nur seines ganz persönlichen Eigenbedarfes bzw. seiner Familie oder Sippe benötigte. Heute hingegen ist es aufgrund – zunehmend fragwürdiger – kapitalistischer Gesetze, die vom Staat gegebenenfalls auch mit Polizei- oder gar Militärgewalt, wie z.B. gegen Demonstranten, Obdachlose, Hausbesetzer oder „Mietnomaden“, verteidigt werden, möglich, mit Hilfe großer Bankkredite oder auch staatlicher Subventionen ganze Wasser-, Öl- oder Kohlequellen usw. am Stück aufzukaufen, um sich dann das Eigentum daran quasi erst nachträglich durch Abzahlung der Kredite samt Zinsen, falls erhoben, scheinbar vollkommen sauber und korrekt zu verdienen, wie halt durch wirtschaftliche Nut-

zung dieser Quellen oder auch einfach nur Böden, wie z.B. als Grundlage einer Hotelanlage, eines Golfplatzes oder einer Bananenplantage. Eine Bananenplantage ist ja auch eine Art Quelle, eben eine Bananenquelle. Dieser Vorgang einer „Aneignung“ seitens einiger weniger „Großer“ von ursprünglich freien, der Allgemeinheit oder später einzelnen vielen kleinen Bauern gehörenden, Böden stellt faktisch, d.h. also unter dem Strich, ausschließlich eine Enteignung der Mehrheit, sprich der Masse, der Bürger von ihrem Grund und Boden, der eigentlichen Lebens- und Wirtschaftsgrundlage ihrerseits, dar, ob nun offiziell legal oder nicht. Daß dieser Vorgang heute bereits weitestgehend abgeschlossen ist in der Welt, abgesehen noch von einigen wenigen „Entwicklungsländern“, ändert nicht, sondern bestätigt diese Tatsache auch einer damit für die Enteigneten zunächst einmal verbundenen Armut durch den Verlust des sie ernährt habenden Besitzes. Denn das dafür vielleicht erhaltene Geld ist und war schnell verbraucht. Und das ist der eigentliche „Trick“ jener „Eigentumswäsche“: Während das Geld der Kaufsumme für den Boden relativ schnell wieder zurückfließt an den Käufer, wie durch wirtschaftliche Nutzung des Bodens, fließt der betreffende Boden nicht wieder zurück, sondern bleibt dauerhaft im Besitz des Käufers, der dann den Boden später nicht mehr (in dem Maße) wirtschaftlich nutzen muß, sondern auch von reiner Selbstversorgung aus diesem Boden, wie z.B. durch Angeln am hauseigenen Fluß, See oder Meer oder durch Jagen im eigenen Wald, leben könnte, während „draußen“, außerhalb seiner Welt, außerhalb seines Privatschlaraffenlandes, massenweise Menschen regelrecht verhungern. Diese irgendwo abstrakte, aber auch schon im Altertum praktizierte oder zumindest gegeben gewesene Möglichkeit ist der wohl mit Abstand schwerwiegendste wirtschaftsmathematische wie wirtschaftsrechtliche Fehler seit Erfindung der Wirtschaft überhaupt, d.h. für den Fall, daß die Wirtschaft je die Absicht hatte, gerecht zu sein, versteht sich. Ausgehend aber von dieser letzteren Möglichkeit, sollte sie so

schnell wie nur möglich mindestens oder als erstes eine umfassende Reform des Bodenrechtes hingehend eines jederzeitigen kostenlosen Eigenbedarfsrechtes am Boden des betreffenden Staatsterritoriums für jeden einzelnen Bürger von der Politik fordern, sonst macht sie sich moralisch wie wirtschaftstheoretisch unglaubwürdig.

Denn theoretisch könnte zwar – ähnlich wie im Altertum – ein enteigneter, besitzloser Bürger durch viel Bildung und viel Arbeit sich seinen einstigen Besitz, den schon die Eltern und Ureltern verloren haben, zurück verdienen; aber was nützt das, wenn die Großgrundbesitzer ihren Boden per Gesetz nicht zu verkaufen brauchen, es sei denn freiwillig, aber nach Belieben auch gegen praktisch unbezahlbare und ständig höhere Summen? Es liegt auf der Hand, daß so nur die allerwenigsten Armen jemals noch einmal in den Stand eines „Mittleren“ zurückkehren können, wie noch damals im Paradies der Steinzeit, wo alle die gleichen, die gleich großen, Nutzungsrechte am Boden und an den darin oder darauf vorkommenden Rohstoffen hatten. Faktisch bzw. mathematisch macht es keinen Unterschied, ob alle Bürger den ganzen Boden gemeinsam nutzen wie durch Rotation, wo alle im Kreis laufen und jeder sich von jeder Quelle je ein Bißchen nimmt, oder ob jeder sein eigenes mittleres Grundstück hat und nutzt und alle sich je am Wochenende auf einem Wochenmarkt, einem zentral gelegenen Marktplatz, treffen, um die verschiedenen geernteten Nahrungsmittel oder die aus (eigenen) Rohstoffen hergestellten Gebrauchsgegenstände gegeneinander zu tauschen, bis jeder von allem ein Bißchen hat, wobei ein offizielles und limitiertes Geld wie als Hypothek auf diese Waren helfen kann, im Idealfall aber ohne daß irgendjemand durch ungerechten oder irgendwie ungleichmäßigen Tausch anschließend mehr Geld oder Warenbesitz hat als vorher, wobei man jedoch kleine Ungleichmäßigkeiten zum Zwecke eines wirtschaftlichen Anreizes dulden, aber große Ungleichmäßigkeiten mittels einer

Umlaufsicherung des Kapitals verhindern könnte und sollte. Das wäre dann die eigentliche, die mathematisch wie ethisch reine und deswegen nicht einmal kommunistische Wirtschaft im Sinne einer leistungs- wie sozial gerechten Marktwirtschaft, die erst eine Sesshaftigkeit der Menschen wirklich „erlauben“ würde und die deswegen auch keineswegs unproduktiv sein müßte. Im Gegenteil! Es herrschte so eine wahre Massenproduktion, weil jeder und damit alle Bürger etwas produzierten, und das sogar als Selbständige, im wirtschaftlichen wie im menschlichen Sinne, sprich auf eigene Rechnung und ohne Unterbezahlung!

Durch zunehmenden Einsatz umweltverträglicher und für Menschen insgesamt ungefährlicher, weil per Gesetz möglichst einfach gehaltener, beispielsweise rein mechanischer und maximal elektrischer, Technik könnte nach und nach und irgendwann eine Situation erreicht werden, wo jeder Bauer, also grundsätzlich jeder Bürger, praktisch arbeitslos im Sessel seines Bauernhauses sitzen oder den ganzen Tag mit seinen Kindern spielen könnte, quasi nur unterbrochen von der Ehefrau, die zu Tisch oder zur Nachtruhe bittet, oder umgekehrt, falls der Mann lieber kocht. Das ist wahre Arbeitsteilung, ob nur im Haushalt oder auch im ganzen Land oder auf der ganzen Welt, wo die einen für viele lieber nur kochen, ob mit oder ohne Hilfe von Maschinen, die anderen lieber nur schneiden und wiederum andere nur (möglichst nicht zu hohe) Häuser bauen, worauf sie sich spezialisiert haben und wodurch sie unter dem Strich Arbeit einsparen, bis hin zu einer regelrechten Wohlstandsarbeitslosigkeit. Und das ist das wahre Wirtschaftswachstum, denn „Wirtschaft“ kommt von „Ökonomie“, und „Ökonomie“ heißt im Lateinischen wie im Altgriechischen soviel wie „sparsame Einteilung“. Und hielten die Häuser wie Gebrauchsgegenstände irgendwann ewig, so brauchte fortan nur noch gekocht zu werden, wie einst in der Steinzeit, wo der Himmel das Zelt, die Haut die Kleidung, der See die Badewanne und der Wald der Kühlschrank war.

Was kostet die Menschenwürde?

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“, heißt es im Grundgesetz, Artikel 1, Satz 1. Im allgemeinen würde man vermuten, daß zumindest die Prostitution gegen diesen Grundsatz verstößt. Aus diesem Grunde wohl war die Prostitution auch einst verboten, bis halt zu dem Tage, wo aufgrund der Klage einer einzelnen (Prostituierten) die Gerichtsbarkeit entschied, daß die Prostitution erlaubt ist, wenn sie seitens der Prostituierten freiwillig geschieht, sprich daß eine freiwillige Prostitution nicht gegen die durch die Verfassung zu schützende Menschenwürde verstößt. Aber mit Verlaub; wann und wo in der Welt geschah und geschieht Prostitution jemals „freiwillig“? Aber man war wohl der Auffassung, daß man es jemandem nicht verbieten kann, seine Würde zu verkaufen, wenn er oder sie nichts anderes mehr hat als das. Aber hatte der Mensch jemals mehr? Und ob!

Adam und Eva, respektive die ersten Menschen, bekamen von Gott ein erstaunliches Geschenk. Er legte ihnen die Erde mit all ihren Pflanzen und Tieren wie als ihr Eigentum zu Füßen, in der Hoffnung, daß sie dieses nicht mit Füßen treten würden. Denn dieses wäre des Menschen wohl auch nicht würdig. Dieses große Geschenk machte die Menschen unabhängig von dem Wohlwollen irgendeiner anderen Person als Gott selbst. Dieses stellte insofern einen Schutz dar, als daß der Mensch seit seiner Schaffung durch Gott und aufgrund der Güte Gottes stets mit dessen Wohlwollen rechnen konnte. Alles, was der Mensch zu tun hatte, war praktisch nur, sich nicht zur Belustigung oder Befriedigung anderer Personen, sondern im ureigensten Interesse nach gefallenem Äpfeln oder Birnen usw. zu bücken. Die Tätigkeit des Bückens ist zwar irgendwo die gleiche; jedoch besteht der Unterschied in entscheidender Weise darin, ob sie (tatsächlich) freiwillig passiert. Wie wichtig diese Freiwilligkeit, d.h. die Ausübung des von Gott für den Menschen gewollten freien oder zu-

mindest eigenen Willens, nicht nur zur Bewahrung der Würde, was ja schon Grund genug wäre, sondern sogar auch und nicht zuletzt zur Verwirklichung der von Darwin erkannten, aber von Gott, dem „Programmierer“ der Menschen, Tiere und Pflanzen, geschaffenen Evolution zum Zwecke einer gewissen Selektion, also Auslese, ist, sieht man wohl nirgendwo deutlicher als wie bei der „freien Liebe“, deren Gegenteil just die Vergewaltigung oder halt die „Prostitution“, diese indirekte Vergewaltigung, ist. Bei dem freiwilligen Liebesakt zweier Partner haben beide Seiten eine freiwillige Auswahl des Partners, mit dem oder der sie sich quasi fortpflanzen wollen, getroffen. Bei dem durch Vergewaltigung erzwungenen Liebesakt hat praktisch nur eine von beiden Seiten eine Auswahl getroffen. Im schlimmsten Falle könnte diese Unterwanderung des durch Teilung des Menschen in Mann und Frau, sprich in zwei grundsätzlich voneinander unabhängige Seiten (Pole), beabsichtigten freien Wettbewerbs der Gene zu einer quasi monopolartigen Ausbreitung eher rücksichtsloser zerstörerischer Gene (Menschen) führen. Dann hätte es aber auch gleich bei jener egoistischen Zellteilung jedes noch so primitiven Individuums bleiben können. Die Evolution und die Gesellschaft brauchen aber in jeder Hinsicht einen freien selektierenden Wettbewerb nach sportlich fairen, sprich humanen, Regeln. Denn die Freiheit der Entscheidung, genannt Menschenwürde, die als Schutz davor dient, Dinge zu tun, die des Menschen nicht würdig sind, kann nur allzu leicht dadurch „angetastet“ werden, daß man ihn vor die tierische Wahl stellt: „Friß (deinen Nächsten) oder stirb!“. Denn im Zweifel steht die Bewahrung des eigenen Lebens zunächst einmal höher als die der eigenen Würde. Das Problem ist, daß es besonders in der Not nicht leicht ersichtlich ist, wo die Würdelosigkeit anfängt und wo sie aufhört, wenn überhaupt. Durch Schaffung einer flächendeckenden Not, wie z.B. durch Massenenteignung, ist es daher nur allzu leicht möglich, selbst das Gehen auf einem verbliebenen Strich noch als einen „freiwilligen Akt“ anzusehen.

Was ist Vergewaltigung?

Vergewaltigt wird man, wenn man, um zu überleben, gezwungen ist, Dinge zu tun oder zu dulden, auf die man keine Lust hat.

Was ist Prostitution?

Das Verbrechen ist nicht, sich prostituieren zu können, sondern zu müssen, wenn man leben will.

Wann ist es Sklaverei?

Man könnte sagen; Gott zu Ehren steht die Wirtschaft auch heute noch vor dem Problem, daß der Mensch keine würdelose, weil geistig wie körperlich gesundheitsschädliche, Produktionsarbeit leisten würde, wenn ihn nicht irgendjemand oder irgendetwas dazu zwang, und sei es „nur“ die gesellschaftliche Doktrin. Aber stimmt das eigentlich? Neigt der Mensch zur „Faulheit“?

Nun, dieser schier prähistorische Aberglaube, ja geradezu Alptraum vielleicht aller Arbeitgeber der Welt, der Mensch könne aus reiner „Faulheit“ dazu tendieren, nichtselbständige Arbeit abzulehnen, falls er die freie Wahl hätte zwischen einer nichtselbständigen Arbeit und einer selbständigen Versorgung aus der Natur, so wie ihm dieses ja – genau wie auch den Tieren – von Natur aus zusteht, entbehrt insofern jeder Grundlage, als daß der Mensch ja durchaus ein gewisses freiwilliges Interesse an schöpferischer Betätigung hat, möglicher Weise nicht zuletzt durch den Umstand – der Sage (Bibel) nach –, daß er nach dem Ebenbilde Gottes von ihm geschaffen wurde, was ja ebenfalls ein schöpferischer Akt war und ist. Oder anders gesagt: Nicht jeder fühlt sich zum Jäger und Sammler, sondern quasi zum Schöpfer berufen, wie z.B. von Kunst und Unterhaltung, aber auch Technik. Dieses war und ist gewissermaßen ohnehin die Chance der Arbeitgeber, Arbeitnehmer für ihre Zwecke anzuhuern, zumal es ja auch für einen Arbeitnehmer durchaus nicht unökonomisch sein muß, immer wieder an dem gleichen Ort eine immer gleiche Arbeit auszuführen. Dieses war ja auch nicht zuletzt die Begründung der Landwirtschaft in ihrer Eigenschaft als Rationalisierung des Jagens und Sammelns. Nur wollte man halt deswegen nicht regelrecht an Ketten auf ein Schiff, auf eine Plantage oder in irgendeine Fabrik verschleppt und schließlich um seinen wohlverdienten Lohn betrogen werden, heute wie damals. Man nahm zwar irgendwo in Kauf, nicht regelrecht eins zu

eins bezahlt zu werden, damit der Arbeitgeber noch einen gewissen Gewinn an einem hat, um weiter investieren zu können; aber andererseits sah und sieht man nicht so recht ein, daß manche Leute, die ja auch „nur“ Menschen sind, Millionen und Milliarden als ihren „Lohn“ einsacken, während auf der anderen Seite die große Masse der Arbeiter je nur einen Hungerlohn für sich verbuchen kann, wenn überhaupt. Oder anders gesagt: In dem Moment, wo der Lohn eines fleißigen Arbeitnehmers so gering ist, daß er kaum für ein Stück Brot am Tag und eine ohnehin schäbige Unterkunft ausreicht, fragt man sich zurecht, wo da faktisch noch der Unterschied zur Sklaverei, respektive die Verbesserung der Verhältnisse sein soll. Denn selbst ein Sklave mußte ja stets mindestens soviel Energie neu „aufladen“ wie er durch die Arbeit, zu der er durch Androhung der Todesstrafe – ähnlich wie heute – gezwungen war, verbrauchte. In der Theorie braucht ein Arbeiter aber obendrein noch Geld, um sich davon bei einer Sozialversicherung gegen den Fall von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Altersschwäche zu versichern.

Denn der Lohn für Arbeitsleistung muß ja eben nicht nur just für das momentane Überleben, sondern immer auch für ein erträgliches Leben im Alter ausreichen, wenn er gerecht sein will. Schlicht aus diesem Grund ist die Sklaverei ungerecht und heute per Menschenrechtskonvention verboten. Aber wird jenes Menschenrecht auch konsequent beachtet und umgesetzt? Auch die Sklaven wurden ja ohne eine Sozialversicherung bei Nachlassen der Spannkraft ihrer durch die Jugend gegebenen höheren Leistungsfähigkeit rücksichtslos ausgemustert und kamen quasi auf den Müll des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft, in der sie nie wirklich einen Platz hatten, so als seien sie ohne große Muskeln keine Menschen mehr, die ein Recht auf menschenwürdiges Leben haben – das schlimmste und Hauptmerkmal der Sklaverei, gleich nach dem Mangel ihrer Freiwilligkeit. Aber zugegeben; im Vergleich zu heutigen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt

ist die Ursklaverei fast noch sozial. Früher wurde man verkauft, heute verkauft man sich selbst, was die Sache auch nicht unbedingt leichter macht. Zudem hatte man als Sklave seinen Arbeitsplatz relativ sicher, zumindest solange man noch im Vollbesitz seiner Kräfte war. Auf letzteres wurde seitens der Sklavhalter tunlichst geachtet, indem die Sklaven nicht „verheizt“ wurden. Jeder hatte stets die freie Wahl zwischen: Arbeiten oder Sterben! Von so viel Auswahl träumen heute Millionen arbeitswillige Menschen auf der ganzen Welt. Woran liegt das??

Nun, Spötter könnten sagen, der Teufel habe die einst mühevoll von ihm geschaffene Sklaverei nur deshalb wieder abgeschafft und durch die Arbeitslosigkeit ersetzt, weil er erkannt hat, daß es einem Sklaven, der seinen Job sicher hat, im Vergleich zu einem Arbeitslosen oder Zeitarbeiter relativ gut geht, da er sich auf bestimmte, wenn auch materiell ärmliche, Verhältnisse einstellen und verlassen kann, während ein heutiger Arbeitnehmer ständig zwischen Fabrik und Arbeitsamt hin und her pendelt und sich – dank ständig wechselnder Gesetze und Verhältnisse – auf absolut rein garnichts mehr verlassen kann, ja nicht einmal auf einen sicheren Ein-Euro-Job. Der Mensch kann extrem genügsam sein und schwerste Zeiten der Not überstehen; aber was ihn wirklich kaputt macht, ist: Unsicherheit! Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, Unsicherheit auf den Straßen, Unsicherheit in Rechtsfragen und eine unsichere Zukunft insgesamt, das ist das, was den Menschen zerstört, was dazu führt, daß er durchdreht. Die geregelte Sklaverei ist ungerecht und gemein, führt aber noch nicht zwangsläufig und jedesmal zum Klassenkampf oder Bürgerkrieg. Die massenhafte Beschäftigungslosigkeit aber völlig gesunder arbeitswilliger Bürger ist ein ständig größeres Pulverfaß. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist aber eigentlich nicht in dem Sinne die dadurch gegebene Beschäftigungslosigkeit als solche, sondern natürlich vor allem die Bedeutungslosigkeit, ja bis hin im schlimmsten Falle zu einer regelrechten Krimi-

nalisierung der Arbeitslosen im Auge der Gesellschaft. Zumindest titulieren gelegentlich manche der großen Tageszeitungen, die auf buchstäblich alles, besonders auf „Sünden“, ein bemerkenswert waches Auge zu haben scheinen und regelmäßig schon vor der Polizei und der Feuerwehr am Tatort sind, über die Arbeitslosen von „Sozialschmarotzern“ oder „Nassauern“ o.ä., die keine Lust hätten, eine Arbeit anzunehmen, obwohl doch die Fabrikbesitzer händeringend, ja geradezu auf Knien nach Arbeitskräften suchten. Aber mal ehrlich: „Lohnt“ es sich, eine Arbeit, falls vorhanden, anzunehmen, von der man quasi nicht mal mehr seine Miete bezahlen kann? Was ergibt das noch für einen Sinn? Aber was ist es, was die Löhne in den Keller treibt?

Nun, es ist mit der Arbeitskraft im Grunde wie auch mit allen anderen käuflichen Dingen: Wenn das Angebot an einer Ware im Verhältnis zur Nachfrage danach (zu) groß ist, so führt dieses letztlich zu einer entsprechenden Verbilligung ihres Preises einerseits und zu einer immer strengeren Auswahl, quasi Auslese, andererseits. Auf der Strecke bleiben dann sogar Arbeitswillige der „Handelsklasse A“, also selbst schon überdurchschnittlich Qualifizierte, nur weil sie vielleicht nicht „1A“ sind. Mit Verlaub; aber haben normale und unterqualifizierte Bürger keine Lebensberechtigung (mehr)? Haben nur noch Maschinen oder dergleichen eine Lebensberechtigung? Wenn ja, für wen produzieren sie dann eigentlich noch „al di“ schönen Waren? Für die staatlichen Verbrennungsanlagen, auf Kosten der Steuerzahler?

Will sagen: Je größer die Nachfrage nach Arbeit im Verhältnis zum (geringeren) Angebot, desto größer auch der Preis der Arbeit, sprich desto geringer der Lohn für immer höhere Arbeitsleistung bei immer schlechteren Arbeitsbedingungen, die man als Arbeitnehmer in Kauf nehmen muß, wie z.B. in Punkto Sicherheit, Höflichkeit und Mitsprache, kurz Würde am Arbeitsplatz, ein Preis, den letztlich nur noch ganz wenige Arbeitneh-

mer zahlen können und „wollen“, wenn auch unter erheblichen gesundheitlichen Risiken, in physischer wie auch psychischer Hinsicht – ein tatsächliches Verbrechen, weil im Grunde schlimmer als der Tod, nämlich: Folter! Denn man muß ja – bei aller Liebe zur nicht selbstständigen und bezeichnender Weise heute auch offiziell so genannten „abhängigen“ Arbeit – stets bedenken, daß ein Arbeitnehmer ja durch Arbeit sein Leben erhalten und nicht ruinieren will, eigentlich. Wenn man aber – wie heute fast überall in der Welt – durch abhängige Arbeit eher „abbaut“, anstatt sich daran aufzubauen, so sind Bettler am Straßenrand einfach nur die besseren Ökonomen. Sie verdienen zwar durch ihre Tätigkeit meist nur relativ wenig Geld, verbrauchen aber andererseits dabei nur relativ wenig Energie. Es ist dabei ähnlich wie bei einem Faultier. Es bewegt sich nur langsam (ca. zwei Meter pro Stunde), verbraucht dabei aber nur umso weniger Energie. Und wenn es dabei glücklich ist, hat sich auch niemand daran zu stören, außer vielleicht der liebe Gott. Die Entscheidung darüber fällt aber einzig und allein er, der Schöpfer, der Herrgott im Himmel, und niemand anderes sonst. Aber so als wollten manche Menschen „den lieben Gott“ spielen, vertreiben sie die Bettler von ihrer Stelle, und versuchen, ihnen dadurch schließlich einen höheren Verbrauch aufzuzwingen, so daß sie sich irgendwann doch genötigt sehen, entweder (noch einmal) eine abhängige Arbeit anzunehmen, deren Lohn kaum für die Miete einer Wohnung ausreicht, oder für immer die Strafe einer Vertreibung aus dem Paradies der Ruhe und Gemütlichkeit zu ertragen. „Wozu aber – sagen sich vielleicht die Obdachlosen – soll man eigentlich arbeiten, wenn der heutige Lohn bei den heutigen Mieten in der Regel gerade mal dafür ausreicht, das zu erhalten, was einem (jedem) von Natur aus ohnehin völlig kostenlos und ohne Arbeit zusteht?“ Denn seit wann muß ein freier Mensch Geld dafür bezahlen, allein auf dem Boden der Erde zu stehen, zu liegen, zu sitzen, zu gehen oder sich darauf ein eigenes (kleines) Haus zu bauen, auf die eigene Verantwortung hin,

ob es auch Wind und Wetter und den sonstigen Belastungen standhielt? Sind wir nicht mehr frei? Oder gibt es nicht mehr genug Steine für jeden? Dann wäre dieses just eine Frage der gerechten Verteilung der Steine oder Auswanderung auf den Mond. Die Wolkenkratzer direkt neben den Slums, wie in Rio de Janeiro, haben jedenfalls nicht sehr viel mit sozial gerechter Verteilung der Steine zu tun. Aus diesem Grunde wohl sind die Hütten der Armen auch aus Pappe gebaut. Will sagen: Bisher, d. h. bis vor der heutigen Wirtschaft, war es immer nur das Problem jedes einzelnen, sich zu ernähren. Das alleinige Verweilen aber auf der Oberfläche der Erde kostete weder Geld, noch Arbeit. Dann aber irgendwann geschah das bis dahin Udenkbare: Der Grund und Boden wurde zum Staatseigentum und zum Teil privatisiert. Von nun an war es nicht mehr erlaubt, jeden Grund und Boden ohne eine Art Bezahlung zu betreten oder zu nutzen, es sei denn maximal im Sinne der Wahrnehmung eines allgemeinen flüchtigen Wegerechtes in bezug auf die staatlichen Gebiete. Plötzlich war jeder irgendwie – ähnlich wie die heutigen Obdachlosen – auf der „Flucht“, der sich nicht ein eigenes Grundstück kaufen, mieten oder pachten konnte und der auch kein Geld hatte, um sich eine Mietwohnung zu leisten. Aber auch die anderen waren und sind seit her mehr auf der Flucht (in die Städte, wo es angeblich Arbeit gibt) als sesshaft, so wie letzteres doch eigentlich das Ziel der Produktionswirtschaft war. Die verzweifelte Suche nach einer „Arbeit“, für die man Geld bekommt, wovon man eine Wohnung bezahlen könnte, um nicht länger vertrieben zu werden, trieb die Nachfrage nach – im wahrsten Sinne – abhängiger Arbeit eklatant in die Höhe. Denn nur dort, sprich „auf der Arbeit“, konnte man Geld für eine Wohnung erhalten, eine Wohnung, die man von Natur aus nicht brauchte bzw. die man sich leicht, also mit viel weniger Arbeit, hätte selber bauen können. So geht man heute arbeiten, um nach ca. 30 schweren enthaltsamen Jahren das Geld für ein Grundstück samt Haus zusammengespart zu haben, obwohl man aus eigener Kraft

nur rund ein einziges Jahr benötigen würde, um sich irgendwo, wo es schön ist, selbst ein Haus zu bauen, was ja schließlich jeder noch irgendwie bewerkstelligen könnte, von der reinen Fähigkeit her, wenn halt nur – wie früher in der Natur – der Platz und die Baustoffe umsonst, gratis wären. Der Wohlstand und die Gerechtigkeit für alle scheinen also mehr ein rechtliches, denn ein technisches Problem zu sein, wie man ja nicht zuletzt an den erheblichen technischen Reichtümern mancher Glücklicher ermessen kann. Und in den wohl seltensten Fällen sind diese Reichtümer völlig ohne Ausbeutung anderer entstanden. Die Ausbeutung eines Arbeitnehmers beträgt jedenfalls 2.900%, in Worten zweitausendneunhundert Prozent, wenn dieser umgerechnet 30 Häuser baut, aber als Lohn nur eines davon erhält. Es ist just die Frage, bei welchem Grad der Unterbezahlung abhängige Arbeit aufhört und Sklaverei anfängt, sofern nicht schon die abhängige Arbeit per se Sklaverei ist. Denn abhängige Arbeit findet per se nicht freiwillig statt, sonst wäre sie keine abhängige, sondern eben eine freie, d.h. für den Fall, daß jeder stets noch eine andere Option hätte und somit unabhängig wäre, wie z.B. durch „Eigenarbeit“ als selbständiger Bauer auf eigenem Grund und Boden, sodaß Angebot und Nachfrage von nichtselbständiger Arbeit in einem freien Spiel über die Höhe der Löhne für nichtselbständige Arbeit entscheiden können und nicht irgendwelche vorgefertigten Tarifverträge.

Insofern sind Bettler am Straßenrand auch wie Streikende, die durch eine Senkung der Nachfrage nach nicht selbständiger Arbeit eine angemessene Erhöhung der Löhne erreichen wollen, wenn hier vielleicht auch mehr unbewußt. Nur haben sie halt das nicht von ihnen verschuldete Problem, keine Gewerkschaft zu haben, die ihnen eine möglichst lange Streikhilfe zur Bestreitung eines bescheidenen Lebensunterhaltes gewährt. Denn dafür ist ja eigentlich auch der Staat zuständig, wenn man bedenkt, daß sich „Ertrinkende“ oder gar „Erpresste“ letztlich nicht selber aus

dem Schlamassel ziehen, also befreien, können. Sie können sich allenfalls kollektiv die Haare raufen oder auch vor Verzweiflung ausreißen. Haare kann man aber nicht essen. Zumindest wird man davon nicht sonderlich satt, sodaß einem dann vielleicht wieder genügend neue Haare wachsen. Die „Reibungsverluste“ durch das „Stand-bye“ des Menschen, welches wie bei einem noch so ausgebildeten Esel, der nicht immer will oder gebraucht wird, ständig mitfinanziert werden muß, will man den Esel für mögliche spätere Dienste in Bereitschaft halten, machen schließlich die fürsorgliche und weitblickende Hilfe einer höheren, nicht wirklich außenstehenden Gewalt erforderlich und im Grunde auch – wie nach einem Naturgesetz – unabdingbar. Der Staat vergaß aber einst, daß die Besitzlosen durchaus eine wertvolle Leistung für Wirtschaft und Gesellschaft erbringen, denn sie überlassen anderen faktisch ihren Anteil am Gesamtkapital des Landes, wie nicht zuletzt auch an dem Grund und Boden des Staates, dessen Bestandteil sie sind. Handelsrechtlich sind sie schlicht Vermieter, die durch Duldung der Fremdnutzung ihres Kapitals eine Leistung erbringen. Nur versäumte man bisher, ihnen dafür auch einen gewissen Lohn zu zahlen, sie praktisch an den Erfolgen der Nutznießer ihrer Leistung zu beteiligen, so wie es sich rechtens gehörte und – was noch entscheidender ist – womit sich der Kreis des Geldes konstruktiv schloß. Die finanzielle Unbeteiligung der Arbeits- und Besitzlosen an dem Erfolg der anderen ist schlicht ein buchungstechnischer Fehler, dessen Rechnung schon heute nicht mehr aufgeht.

Was ist ein Sklave?

Ein Sklave ist jemand, der aufgrund
technischer oder rechtlicher Ketten an die
Ausführung schlecht belohnter Arbeit
gebunden ist, ob er will
oder nicht.

Was ist Eigentum?

Die Eröffnungsbilanzen verraten oft, was Unternehmer nur selten zugeben: Sie bauen ihre Firma auf wenig Eigenkapital und viel Fremdkapital auf. Dieses trägt in gewisser Weise auch dem Umstand Rechnung, daß in der Tat jedem Bürger der Welt – ob Unternehmer oder nicht – nur ein bestimmter gleicher Anteil der Welt mit all ihren Gütern und Vorkommen als Eigentum, d.h. quasi als Eigenkapital, zusteht, insofern der Mensch ganz generell die Erde als sein Eigentum betrachtet. Mit anderen Worten: Die Stoffe und Rohstoffe der Welt gehören allen zu einem gleichen (kleinen) Teil! Und zwar auch dann, wenn sie nicht an jedem Ort gleichermaßen vorkommen, wenn sie also nicht völlig gleichmäßig über die Welt verteilt sind. Diese – im ursprünglichsten Sinne – nicht gleichmäßige Verteilung der Güter der Welt ist aber – normal – kein rechtliches, sondern ausschließlich ein technisches Hindernis! Die Wirtschaft versucht im Prinzip lediglich, jenes technische Hindernis durch Produktion und Lieferung zu beheben, macht dabei aber den irgendwo egoistischen Gedankenfehler, nicht nur pro Kopf (Firma) den eigenen Teil, sondern alles, was sie findet, als ihr Eigentum zu betrachten. So werden und wurden Zäune, ja ganze Mauern um fruchtbare, ergiebige Landstriche und Ländereien gezogen, um zu unterscheiden zwischen Mein und dein. Das „Mein“ wurde dabei meist groß und das „dein“ klein geschrieben. Die dadurch Ausgesperrten, die aus anderer Perspektive nun eigentlich die Eingesperrten waren, hatten nicht mehr die Möglichkeit, sich frei in der Natur zu bewegen und sich aus ihr selbst zu versorgen. Zumindest gab es dort, wo man sie zurückließ, nicht sehr viel zu holen, und sie mußten plötzlich Geld dafür bezahlen, Dinge zu erhalten, die ihnen selbst gehörten, wie nicht zuletzt natürlich Nahrungsmittel, aber schließlich auch Wohnraum außerhalb ihres „Ödlandes“, der Straße. Daß dieses irgendwo nicht ganz gerecht ist, weil man ja ausnahmslos jedem (Gesunden) unterstellen kann, daß er sich

gegebenenfalls, d.h. wenn es nicht überall diese technischen oder rechtlichen Mauern gäbe, selbst versorgen würde, wie früher noch durch freies Jagen und Sammeln, war mindestens den Königen bewußt. So schufen sie Plätze, wo noch – wie in einer freien Natur – die Grundlebensmittel, sprich Kost und Logis, völlig kostenlos waren, für alle diejenigen, die partout nicht auf die „freie Jagd“ verzichten wollten. Aber auch diese meist von Wänden umgebenen Oasen, später „Gefängnisse“ genannt, blieben nicht lange verschont von jener Gewaltherrschaft, die partout aus jedem Platz der Welt einen Arbeitsplatz machen will. Von Natur aus war aber auch der Mensch immer nur zur Nahrungsaufnahme und Fortpflanzung verpflichtet, einer „Arbeit“, zu der so ungefähr jeder Mensch gerne und jederzeit bereit war. Insofern gibt es gar keine „faulen“ Menschen, es sein denn, man betrachtet jene Tätigkeiten nicht als Arbeit. Aber dann war nie jemand zur Arbeit verpflichtet, es sei denn zur „Naturarbeit“.

Der einfachste Weg also, z.B. einen Affen zu einer unnatürlichen Arbeit zu bringen, ist, ihm seine Banane, sein Eigentum, aus der Hand zu nehmen, d.h. ihm den freien und leichten Zutritt zur Ladenkette der Natur, wo es alle lebensnotwendige Ware für Selbstabholer umsonst gibt, zu verwehren, mit dem anschließenden Angebot, ihm die Banane scheibchenweise als Lohn für irgendeine noch so absurde Arbeit, wie z.B. in einem großen Zirkus zur Belustigung und Unterhaltung mehr oder weniger Unsichtbarer, zurückzugeben und ihn dadurch für den Moment von jener Demütigung zu befreien, aber vielleicht auch nur deshalb, weil man tote Affen schlecht demütigen kann – uraltes Problem von Folterknechten. Will sagen: Eine Folter muß nicht zwangsläufig körperlich erfolgen; sie kann auch in einer mehr psychischen Vergewaltigung des freien Willens bestehen, den irgendwo auch die Tiere haben. Auch ihre Unabhängigkeit besteht – wenn – nur darin, daß sie zur Nahrungsaufnahme aus der Natur, die Grundlage der Existenz, niemanden um Erlaubnis bitten

müssen, daß sie nicht auf das Wohlwollen irgendwelcher gerade mal Gleichgestellter und daher nicht Unbefangener angewiesen sind – die Definition der Unabhängigkeit auf Erden für alle Lebewesen. Ein Lebewesen, welches aus eigener Kraft immer für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, ist grundsätzlich unabhängig von der Meinung und Gunst anderer Individuen. Kann es das nicht, so gibt es dafür eigentlich nur zwei Gründe: Entweder es ist, oder es wird behindert (vergl. Spruch von „Aktion Mensch“). Beides ist aber letztlich ungerecht. Die Behinderung durch andere, quasi nur körperlich stärkere Menschen ist quasi die wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Eine Behinderung durch Krankheit oder schon Geburtsfehler ist die soziale Ungerechtigkeit, wenn man so will. Beide dieser Probleme kann man wohl nie ganz verhindern; jedoch kann man sehr wohl ihre daraus schließlich resultierenden finanztechnischen Symptome lindern, wenn schon nicht unbedingt aufheben. Die Schuldfrage der Armut ist letztlich irrelevant, denn es gibt wohl niemanden auf der Welt, der nicht gerne leben will und jederzeit bereit ist, dafür eine Leistung zu erbringen. Im Normalfall reichte dazu das Jagen und Sammeln aus. Heute aber jagt man nach etwas anderem: nach Geld! Auf eine Art ist dieses sogar leichter, weil überschaubarer. Wird nun aber das Geld künstlich zurückgehalten von denjenigen, die es besitzen, weil sie einmal durch Leistung oder wie auch immer daran gelangt sind, so ist ein Besitzloser praktisch wie eingesperrt, ja wie lebendig begraben. Und so als würde Arbeit tatsächlich frei machen, was der Widerspruch in sich ist, da der Arbeitende ja mindestens während seiner Arbeit keine Freizeit hat, sondern jene eigentlich erst im hohen Alter als Rentner kurz vor seinem Tode, suchen heute Millionen und Milliarden von Menschen auf der ganzen Welt verzweifelt nach einer Arbeit. Denn jeder möchte ja frei sein, sprich raus aus dem Käfig, rein in die Manege: „Und Action!“. Wer heute nicht genug Aktion zeigt, kommt entweder in den „Käfig“ oder wird ausgesetzt in die „freie Wildbahn“, was in etwa der Todesstrafe

gleichkommt, ob als Affe oder Mensch. Denn überall, wo man auch hingeht, zeigt sich das gleiche Bild: „Betreten verboten! Privateigentum!“, oder auch: „Betreten verboten! Staatseigentum!“. Aber was heißt das eigentlich: Eigentum?

Nun, der Definitionsfehler des Eigentums liegt irgendwo darin, daß ja der Eigentümer eines Gegenstandes, wie z.B. auch eines Grundstücks, theoretisch das freie, uneingeschränkte Recht hätte, diesen Gegenstand nach Belieben zu gebrauchen oder auch gar völlig zu zerstören. Was aber zuallermindest die Grundstücke betrifft, so hat und hätte kein Mensch der Welt je das Recht, sie zu zerstören. Denn sie bilden ja die Lebensgrundlage nicht nur für die heutigen, sondern auch für alle nachfolgenden Generationen. Insofern kann es zumindest an dem Grund und Boden der Erde kein wirkliches Eigentum geben! Der Versuch der heutigen Firmen und Geschäftsleute, aus möglichst viel Fremdkapital möglichst viel Eigenkapital zu machen, kann rechtens immer nur eine Momentaufnahme im Zeitspektrum maximal eines Menschenlebens sein, je nach aktueller sich wiederholender Leistung zum Wohle der Allgemeinheit. Bei Nachlassen dieser Leistung muß das Kapital, zumindest das Boden- und Geldkapital, stets wieder zurückfließen in den Topf der Allgemeinheit, abgesehen grundsätzlich von jenem Teil des Kapitals, der jedem einzelnen anteilmäßig und von Natur aus kostenfrei zusteht, was grundsätzlich nur je einen durchschnittlichen Teil des Grund und Bodens, samt seiner natürlichen Güter, aber in einer Geldwirtschaft auch ein gewisses Geld betrifft. Zum Schutz nachfolgender wie gegenwärtiger Generationen, sprich zur Entschärfung einer durch Verlust von eigenem Kapital – auf welchem Wege auch immer – gegebenen immer größeren Abhängigkeit von den Besitzenden, kann überschüssiger Kapitalbesitz niemals als endgültiges Eigentum, sondern immer nur als temporäre Belohnung für überschüssige Leistung gesehen werden, getreu dem verfassungsmäßigen Grundsatz: „Eigentum verpflichtet.“

Wann regiert ein Monopol?

Das, was Wohnungsmieten, Arbeitslöhne und sonstige Warenpreise im Grunde nur natürlich regulieren kann, anstelle beispielsweise einer Regulierung durch staatliche Administration bestimmter Höchst- oder Mindestpreise, wie Mindestlöhne und Höchstpreise für Lebensmittel, z.B. nach Gewicht in Kilogramm mal Höchstpreis pro Kilogramm, ist, wenn man als Verbraucher stets die Wahl hat zwischen mindestens zwei miteinander konkurrierenden Angeboten, sprich wenn ein freier Wettbewerb, eine freie Marktwirtschaft, herrscht. Dieser Fall ist aber eigentlich, d.h. grundsätzlich, nur dann gegeben, wenn jedem einzelnen ein freier Zugang zu einer intakten Natur wie als primäres Grundangebot gewährleistet ist, welches dann so dem Angebot der „organisierten Wirtschaft“ stets wie als ein Gegenpol zu ihrem ansonstigen Monopol gegenübersteht. Denn nur dann kann sich die Wirtschaft „gezwungen“ sehen, bessere Angebote als die einer reinen, quasi rohen, Natur zu stellen. Die freie intakte Natur ist der Urgegenpol zur Wirtschaft, der es jedem einzelnen freigab, sich für den Fall, daß einem z.B. die auf dem Markt angebotenen Kartoffeln zu schlecht oder zu teuer waren, eigene Kartoffeln vom freien (wilden oder bestellten) Felde zu besorgen. Hat man diese Option, diesen Gegenpol, nicht, so ist man – zumindest was lebensnotwendige Grundgüter betrifft – schließlich gezwungen, jeden verlangten Preis auf dem Markt zu bezahlen. Hat man jedoch diese Option, so kann man (wirklich) wählerisch sein und somit eine Auslese – ganz im Sinne des Evolutionsgedanken – treffen. Die Wirtschaft, sprich die verschiedenen Gewerbetreibenden, haben ja ihre Chance immer bereits dadurch, daß es dem einzelnen in der Regel zu mühevoll sein mag, je wegen nur kleinerer Mengen ein ganzes Feld zu bestellen oder abzusuchen. Im Zweifel jedoch über Qualität und Preisleistung der auf dem Markt angebotenen Waren, muß diese Ausweichmöglichkeit des einzelnen stets erhalten sein. Denn nur dadurch

kann sich letztlich der Preis für Arbeit und Ware usw. regulieren. Der Maßstab für Lohn und Arbeit kann – so wie ganz ursprünglich – immer nur die theoretische und gegebenenfalls auch praktische Möglichkeit zur eigenen Arbeit in der Natur sein. Nur daran kann man eigentlich ermessen, was die Kartoffeln usw. auf dem Markt wert sind. Je schwerer und gleichzeitig begehrenswerter man Kartoffeln findet, desto höher ist quasi ihr (empfundener) Wert, also proportional zu ihrer verhältnismäßigen (relativen) Seltenheit oder auch Knappheit. Der Preis entspricht dann schließlich dem empfundenen Wert, der sich aus dem Verhältnis der Nachfrage nach dem betreffenden Gut zu seinem Angebot, sprich seiner Häufigkeit, ergibt. Schmecken Kartoffeln gut und sind sie selten wie echter Kaviar, so wird ihr Preis schließlich exorbitant sein, wie z.B. nach Verdoppelung oder Verdreifachung der heutigen Erdeinwohnerzahl. In jedem Fall aber ist der Lohn der Mühen (der Arbeit) in der Natur immer authentisch. Es wird hier immer just in Naturalien bezahlt. Dieses macht aber insofern keinen Unterschied zur Bezahlung mit Geld, wie in einem Büro, als daß man ja schließlich das Geld nur braucht, um davon irgendwann später Naturalien zu kaufen. Das Geld ist also nur von sekundärer Bedeutung, solange man (theoretisch) jederzeit aufs freie Feld oder in den freien Wald gehen könnte, um dort wilde Beeren oder Bären zu „sammeln“. Nur so wäre man theoretisch unabhängig vom Geld und vom Anstand der Händler, nicht zu wuchern. Oder anders gesagt: In der Natur gibt es keine Unterbezahlung! Und das im Grunde auch dann nicht, wenn es hier und da mal Ernteauffälle wegen Dürreperioden gibt oder dergleichen. Gott allein bestimmt den Lohn der Natur. Auf dem Markt der Menschen aber bestimmen andere den Preis, für den Fall, daß der Kunde keine Wahl hat. Mit anderen Worten: Es nützt überhaupt nichts, zwar zwischen dem einen oder anderen Anbieter der Wirtschaft wählen zu können, solange man nicht auch zwischen der Wirtschaft überhaupt und ihrem natürlichen Gegenpol wählen kann. Denn, was die

Wirtschaft, diesen wohl nicht ganz ohne Grund bisher abgelehnten gemeinnützigen Verein, betrifft, so ist es ja erfahrungsgemäß nicht zwingend sicher, daß sich die einzelnen Anbieter nicht vollständig abgesprochen haben oder haben werden, wie z.B. durch „Flächentarifverträge“ und früher oder später vielleicht auch durch „Flächenpreisverträge“. Es verbliebe dann lediglich die Frage, was das noch mit freier Marktwirtschaft zu tun hätte. Will sagen: Bei einem Schulteranschluß der verschiedenen Anbieter der Wirtschaft, wie durch geheime oder offene Absprache, sprich durch Kartell oder Fusion, handelt es sich faktisch nicht mehr um mehrere, sondern nur noch um einen Anbieter! Um ein Monopol! Ein Wettbewerb aber, der ja immer aus mindestens zwei Wettstreitern besteht, findet so dann in der Wirtschaft nicht mehr statt. Das Monopol bezeichnet per Definition die Unmöglichkeit und Ausweglosigkeit der Masse eine andere Wahl zu treffen als die von dem Monopol angebotene, wenn überhaupt. Dazu bedarf es aus Sicht des Monopols quasi der Schließung eines Rings ringsum die „Zielgruppe“, wie Marketingstrategen sie selber bezeichnen. Die Verbraucher sind aus Sicht der Wirtschaft also lediglich eine Zielgruppe, weiter nichts. Im Kern geht es nur darum, den Verbrauchern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Mit Ethik hat dieses nicht sehr viel zu tun. Allerdings werden zur Umsetzung dieser Absicht zunächst durchaus hohe Leistungen seitens der Wirtschaft erbracht, bis halt zu dem Moment, wo eine Firma „plötzlich“ allein den Markt beherrscht. Plötzlich, wo keine Konkurrenz mehr da ist, braucht die Leistung nicht mehr so hoch zu sein, wie in bezug auf die Qualität, Quantität und preisliche Erschwinglichkeit der Produkte. Es kann nun sogar vorkommen, daß Ware künstlich zurückgehalten wird, um deren Preis künstlich hoch zu halten. Im Normalfall werden durch ein Nachlassen der Produktleistung andere, neue Anbieter auf den Plan, sprich auf den Markt, gerufen, sodaß sich wieder ein Wettbewerb ergibt, der nicht – wie heute – bewirkt, daß sich die verschiedenen Händler mit ihren Preisen, die sie

verlangen, gegenseitig überbieten, sondern – genau umgekehrt – gegenseitig unterbieten, bis nur relativ knapp über dem Einstandspreis oder auch Selbstkostenpreis. Dieser Vorgang einer gesunden und fairen Marktwirtschaft hält ganz automatisch zum Wohle der Verbraucher und der Allgemeinheit die Gewinne der Unternehmer nur gering. Wenn es nun aber gar keine verschiedenen Anbieter mehr gibt, weil vielleicht die Emporkömmlinge, die neuen jungen „Preisbrecher“, schlicht aus dem Markt gemobbt wurden und neue gar nicht erst jemals mehr rein gelassen werden und gleichzeitig die alteingesessenen Firmen sich zu einem gemeinsamen Großbetrieb mit eigener Gewinnausfallversicherung unter der Bedingung eines Verzichts auf Preisautonomie zusammengeschlossen haben, ohne aber deswegen (nach außen) ihre „Identität“, ihren eigentlichen Firmennamen, aufgeben zu haben, so gibt es praktisch auch keine freie Marktwirtschaft mehr, so wie ja immer von der Regierung gewünscht und gefordert. Es ist halt einfach so: Der Wunsch oder Appell allein schafft noch keine Gerechtigkeit! Sonst bräuchte man ja überhaupt keine Gesetze, sondern nur Politiker, die jeden Tag die gleichen erfolglosen Psalmen predigen, die an das appellieren, was manche Unternehmer nicht zu haben scheinen: Gewissen. Nein, Recht und Gerechtigkeit müssen bewirkt werden, wie durch bindendes Gesetz, sonst erwürgt diese Schlange, genannt Monopolwirtschaft, jeden, der nicht „zufälliger Weiser“ noch von ihr als Erfüllungsgehilfe gebraucht wird. Die Zeichen der Zeit stehen nicht nur hinsichtlich des selbstgeschaffenen Klimawandels auf Sturm. Denn geht man allein nach den Namen oder Beinamen der „verschiedenen“ Firmen, Marken, Labels oder Projekte auch unterschiedlicher Branchen, so könnte man schon fast den Eindruck haben, dieses seien alles Söhne oder Töchter (Filialen) von „Egon“, ihrem Vater (Vaterkonzern), so ähnlich sind sich die Namen oder auch bildlichen Zeichen. So zählen – rein statistisch – zu den mit Abstand am häufigsten von scheinbar unabhängigen Firmen gemeinsam verwendeten Kennzeichen

der fünfzackige Stern („Pentagramm“), die flache erhobene Hand mit leicht gespreizten Fingern, der ausgestreckte Zeigefinger, das „Prima-Zeichen“, das angedeutete oder deutliche Auge in einem Dreieck, das Dreieck ohne Auge, das angedeutete Haus und die angedeutete Rose. Bemerkenswerter und bekannter Weise sind bereits mehrere dieser Zeichen „Wahrzeichen“ der Freimaurer, einer angeblich rein humanitären philosophischen Gesellschaft. Was hätte aber eine kapitalistische Monopolwirtschaft noch mit Humanität zu tun? Will sagen: Man kann nur hoffen, daß all diese Merkwürdigkeiten noch bloße Zufälle sind, wenigstens mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu einer Million, und nicht etwa die Früchte dieser ewigen Appelle aus dem Fernseher, daß alles möglich oder erlaubt sei, oder so ähnlich.

Denn was für Früchte sollte eine Wirtschaft noch hervorbringen, die bereits alles Geld der Welt in ihre Tasche gebracht hätte? Das, was die Wirtschaft am Leben hält, ist doch nichts anderes, als daß sie niemals wirklich alles Geld und Kapital auf ihre „eine Seite“, ihr „Mono-Pol“, schlagen kann!! Daß sie letzteres versucht, gehört zum Spiel; aber der Staat, die Allgemeinheit, darf nicht zulassen, daß sie es schafft! Auch das gehört zum Spiel. Denn sonst wäre ja das Spiel aus, gewonnen von Mr. X, wenn man so will. Und wer will das schon? Wer will schon, daß ein gutes Spiel aufhört, wenn es denn ein gutes ist? Insofern ist es völlig gegen die Spielregel, von der Wirtschaft zu erwarten, daß sie freiwillig, wie aus Gründen der Ethik, auf Geld- bzw. Kapitalgewinne verzichtet. Es ist schlicht gegen die Natur der Marktwirtschaft. Es ist nicht Aufgabe eines Betriebswirten, der ein Gewerbe betreibt, sich in irgendeiner Form freiwillig einzuschränken. Im Gegenteil! Um die höchstmögliche Leistung zum Nutzen der Verbraucher zu bringen, muß er schlicht die Absicht haben, so viel Geld wie möglich auf seine Seite zu schlagen. Nur dieser Gedanke erhält und bestimmt seine Motivation. Allein der Staat, der Fiskus, muß jedoch möglichst per System definieren,

was „so viel Geld wie möglich“ in der Theorie und Praxis bedeutet, muß durch vernünftige, einsehbare Steuern, die stets anschließend und niemals im Vorab zu entrichten wären, aufzeigen, wo die Grenzen der Gewinnmaximierung für den einzelnen (Händler) liegen. In jedem Geldsystem wird es immer ein „so viel Geld wie möglich“ geben, selbst in einem Kommunismus, der auch irgendwie mit Geld händelt. Nur sollten halt die Spielräume weder zu klein, noch zu groß sein, logisch. Im Kommunismus sind die Spielräume des Geldes zu klein, im Kapitalismus zu groß. Das sind die rein finanzwirtschaftlichen Fehler dieser beiden (allzu) gegensätzlichen Extreme.

Es ist, so gesehen, normal, daß ein Händler, dem es um Gewinnmaximierung geht, versucht, deren Grenzen auszutesten, um sie kennenzulernen, so daß er weiß, wie weit man gehen kann oder nicht, just wie ein Teppichhändler, der direkt auf dem Marktplatz versucht, die größtmöglichen Preise für seine Teppiche zu erhalten, wobei er aber dann irgendwann an die finanziellen Grenzen der Verbraucher stößt, wodurch sich schließlich eine Art Vergleich ergibt, ein Vergleich der Werte, im wahrsten Sinne. Auch der Staat hat ja finanzielle Grenzen und Werte zu halten. Der Hauptwert aus Sicht des Staates in seiner Eigenschaft als eine Art Regulierungsbehörde oder auch Schiedsrichter kann jedenfalls und per se immer nur die Erhaltung der Gemeinschaft, des konstruktiven „Spiels“, durch Vergleich der quasi naturgemäß gegensätzlichen finanziellen und sonstigen Interessen der Bürger und Personen sein. Denn gerade weil halt niemand so genau wissen kann, wo die Grenzen der Freiheit des einzelnen genau sind, bedarf es einer höher gestellten, möglichst neutralen Person, die wie ein Stuhlschiedsrichter beim Tennis immer dann und nur dort „overrult“ (überstimmt), wo ein Mitspieler quasi die Grenzlinie eines anderen übertreten zu haben scheint, was niemand sonst bemerkt hat. Ist der Stuhlschiedsrichter aber quasi blind für die Übertretungen des einen, so wird das Spiel ein-

fach nur vorzeitig beendet sein, weil keine Einigkeit, keine Regulierung, mehr besteht. Die allgemeine Einigkeit über (von der Mehrheit) bestimmte Regeln ist immer das Wichtigste, damit grundsätzlich kein Streit entstehen kann. Erst in zweiter Linie geht es um das „Wie?“ der Regeln, also im Zweifel um die nachträgliche Optimierung der betreffenden Regeln, die immer nur genau so viel Freiheiten zulassen können, wie das beabsichtigte Spiel noch verträgt, wenn das Spiel nicht durch zu wenig Freiheiten, wie im Kommunismus, oder durch zu viele Freiheiten, wie im Kapitalismus, zerstört werden will. Im Idealfalle werden von dem Spiel einer menschlichen Gesellschaft ausschließlich gemeinnützige oder zumindest nur „unschädliche“ Freiheiten zugelassen. Aber was heißt das? Was sind schädliche Freiheiten? Gibt es schädliche Freiheiten? Und ob! Würde nämlich beispielsweise Diebstahl erlaubt und legitim sein, so gäbe es bald keine Produktion mehr, da die einen keine Möglichkeit und die anderen (die Diebe) keine Nötigkeit mehr hätten, zu produzieren. Die Produktion, von der ja immerhin der materielle Wohlstand der Allgemeinheit, das leibliche Wohl, abhängt, braucht den Schutz des Eigentums! Mit „Schutz des Eigentums“ kann aber natürlich nicht „Schutz des Diebesgutes“ gemeint sein. Es stellt sich heute mehr denn je die letztlich auch über Krieg und Frieden entscheidende Frage: Ab welchem Maß (Grad) finanzieller Freiheit ist Kapitalismus Diebstahl, ja Raub?

Was ist freie Marktwirtschaft?

Freie Marktwirtschaft herrscht an dem Tage, wo ihr Name nicht mehr zur Rechtfertigung von Raub und Diebstahl mißbraucht wird.

Was ist Produktion?

Was wurden nicht schon alles für Maßnahmen von der „modernen“ Politik allein durch die „Produktion“ gerechtfertigt, sprich (sinngemäß) mit dem Argument, es ginge um die Erhaltung und möglichst starke Förderung der Produktion und Lieferung zum Zwecke der Vollversorgung aller Bürger mit dem Lebensnotwendigen sowie mit möglichst viel Luxus, genannt „Wirtschaft“. Zu diesem Zwecke müsse sich aber halt die Masse so weit einschränken wie nur irgend möglich – der Widerspruch in sich. Das heißt: Es ist zwar richtig, daß die möglichst volle und gleichmäßige Bedarfsdeckung des Volkes unter Berücksichtigung eines adäquaten Naturschutzes, kurz die Produktion, das wichtigste und im Grunde auch einzige Ziel des Staates ist, nur ist es halt die offenbar noch immer offene Frage, durch welche Maßnahmen des Staates sie denn tatsächlich erhalten und gefördert werden kann. Was das betrifft, so werden seit ca. 10.000 Jahren, seit Erfindung des Privateigentums, durch Subventionen und/oder sonstige Fördermittel sowie nicht zuletzt auch durch geradezu lebensmüde Steuerbefreiungen oder -erleichterungen Berge von Geldern oder sonstigen Reichtümern vermeintlichen Arbeitgebern schlicht und ergreifend geschenkt! Anstatt nun aber deswegen mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wodurch sich mehr Leute hätten Geld verdienen und Ware kaufen können, so die Devise, wurden – genau umgekehrt – Arbeitsplätze abgeschafft. So zumindest laut Arbeitslosenstatistik, aber auch anhand der noch weit größeren Erwerbslosigkeit an sich. Der Zweck jener Geschenke wurde nicht erfüllt! Woran liegt das?

Nun, die Produktion wäre so einfach gewesen, wenn der Staat es genau umgekehrt gemacht hätte, sprich wenn er höhere Steuer-gelder der Reichen einfach mit vollen Händen und immer wieder neu quer übers Volk gestreut hätte wie Saatgut als Geschenk des Himmels, um so den Unternehmern immer wieder und nicht

nur ein Mal, wie just nach einer Währungsreform, einen, den einzigen, Grund zur Produktion zu liefern: Lockendes Geld in den Händen anderer! Lockendes Geld, welches man eben nicht vom Staat, d.h. von den Steuerzahlern, geschenkt bekommt, sondern welches man sich verdienen muß, wie halt durch Produktion. Geschenktes Geld in Millionenhöhe stellt für keinen Empfänger der Welt je einen Grund dar, zu produzieren. Etwas anderes ist es selbstverständlich bei Krediten, die ja irgendwann einmal samt Zinsen zurückgezahlt werden muss(t)en, was die Empfänger dieser Kredite dann dazu zwingt, zu produzieren. Dieses war ja auch der Grund, warum die Notenbank von je her einen Zins, den Leitzins, auf die von ihr herausgegebenen Kredite erhob. Ohne diese Kredite wäre keine Finanzierung, sprich keine Realisierung, größerer Unternehmungen aus dem Stand möglich, und ohne einen Zins auf diese Kredite wäre nicht sichergestellt, daß seitens der Kreditnehmer der Versuch unternommen wird, eine Wertschöpfung, einen „Mehrwert“, zu erzielen – so in etwa die Devise. Wollte der Staat also eine möglichst hohe Produktion bei möglichst hohem Wettbewerb und möglichst hoher allgemeiner Beschäftigung zum Zwecke eines möglichst gleichberechtigten Austausches von Leistungen aller Art, so gäbe es für ihn keinen klügeren und ehrlicheren Rat als den, einfach allen Bürgern ohne Ansehen der Person über die Zentralbank einen je und immer gleichen Kleinkredit zur Grundfinanzierung je einer kleinen Produktion auf der ehrbaren Ebene eines Ein-Mann-Betriebes oder quasi eines Familienbetriebes auszuschütten. Das Risiko, daß manche der Kreditnehmer die betreffenden Kleinsubventionen quasi zweckentfremdend veruntreuen könnten, wäre hierbei wesentlich geringer, da ja hier jeder sich damit nur selber schaden könnte, nicht aber der Allgemeinheit. Denn es würde so niemand ganze Millionen oder gar Milliarden mit einem Schlag veruntreuen können, sondern maximal den eigenen kleinen Teil. Der einzelne würde so zwangsläufig ein höheres Verantwortungsgefühl entwickeln, zumal es auch

ganz praktisch nicht möglich wäre, aus egoistischen oder sonstigen Motiven der Allgemeinheit zu schaden. Niemand könnte so erst überhaupt in Versuchung geraten, Millionengelder einer voreingenommenen Förderung nur weniger Bestimmter, deren Leistungsfähigkeit und Loyalität ohnehin niemand so genau vorhersagen könnte, zu unterschlagen, wie beispielsweise durch Vorankündigung im Vorab und ledigliche Vortäuschung von Leistung im Nachhinein. Soll sich doch jeder die Sporen – so wie früher – allmählich, Schritt für Schritt, verdienen, um sich hoch zu arbeiten, ob als Arbeitnehmer oder Unternehmer. Darin besteht, so gesehen, kein Unterschied. Oder ist etwa ein Unternehmer automatisch ein höheres Wesen? Wenn ja, woher sollte man dieses wissen? Woran sollte man diesen erkennen? Doch eigentlich nur daran, daß er sich unter völlig gleichen materiellen Voraussetzungen, bei gleichem Startkapital, wie in einem Spiel am Tisch relativ schnell hoch, aber möglichst nicht zu hoch empor gewirtschaftet hätte. Mit anderen Worten: Jemand, der etwas von Wirtschaft versteht, braucht keine große Förderung; und die anderen braucht man nicht groß zu fördern. Es bedarf also niemals einer großen Förderung irgendeiner Person. Der Unternehmer als solcher zeichnet sich dadurch aus, daß er fleißig ist, etwas von Wirtschaft versteht und sich daher annähernd allein aus eigener Kraft nach oben arbeitet. Es gibt keinen (vernünftigen) Grund der Welt, diesen Vorgang der Expansion eines Unternehmers bzw. Unternehmens künstlich über die Maßen zu fördern. Denn grundsätzlich ist es ja eher ein Nachteil für die Produktion, wenn es nur wenige Großbetriebe, statt viele Kleinbetriebe, gibt, Nachteil sowohl hinsichtlich der Menge und Vielfalt der Produkte, als auch natürlich und insbesondere hinsichtlich der Beschäftigung. Denn spätestens seit der Zeit der sogenannten Manufakturen, der ersten, wenn auch noch weitestgehend manuellen, Fabriken, ist jedem (Betriebswirt) bekannt, daß Großbetriebe zwar äußerlich viele Beschäftigte haben, aber innerlich, d.h. unter dem Strich bzw. im Verhältnis zu ihrer Pro-

duktionsleistung, eher nur wenige. Denn schon allein aufgrund der rein manuellen Arbeitsteilung durch Spezialisierung auf je nur einen immer gleichen und daher sehr schnell wiederholbaren Arbeitsschritt, können bei gleicher Produktionsleistung nach und nach immer mehr Arbeiter eingespart, sprich entlassen, werden – uraltes Prinzip der Rationalisierung. Je besser (qualifizierter) die Arbeiter sind, desto weniger werden von ihnen in einer Fabrik benötigt, logisch. Gegenüber der Qualifikation aber einer Maschine sind am Schluß praktisch alle Arbeiter überflüssig, von einigen Computerspezialisten einmal abgesehen.

Insofern macht es bereits in der Theorie Null Sinn, die Expansion einiger weniger durch einseitige, quasi monopolare, Subvention oder sonstige Bevorzugung gegenüber beispielsweise völlig Mittellosen künstlich zu fördern, anstatt – genau umgekehrt – künstlich, d.h. von staatswegen, zu bremsen, wenn auch natürlich nicht völlig auszubremsen, versteht sich. Denn grundsätzlich verkörpert ja ein Großbetrieb immer den Versuch, mehr Kapital als normal nicht etwa für die (kleinen) Arbeiter, sondern für die Bewohner der Teppichetagen, sprich für die relativ wenigen Geschäftsführer bzw. Inhaber oder Gesellschafter, des Betriebes anzuhäufen. Dieser Versuch, der bei Erreichen einer gewissen Größe und Übergröße des Betriebes immer leichter und wohl auch immer verlockender wird, auch noch den letzten Rest des Kapitals anderer im wahrsten Sinne des Wortes einzukassieren, ist insofern für die Gesellschaft, die ja nicht nur allein aus der Person des Inhabers eines riesigen Firmenimperiums und vielleicht zweier Computerspezialisten an seiner Seite bestehen kann, gefährlich, als daß – bei Gelingen – Abermillionen von Menschen völlig handlungsunfähig wären. Die einzige Chance, die sie so nur noch hätten, wäre die, einen der zwei Posten als Computerspezialist zu bekommen. Für die überwiegende Mehrheit aber bliebe sich das Ergebnis das gleiche. Mit gerechter Verteilung der Produktion hätte dieses jedenfalls nichts zu tun.

Was ist Lieferung?

Spötter könnten sagen, die heutige, real existierende Monopolwirtschaft, die sich mit der Feder einer angeblich freien Marktwirtschaft schmückt, sei nicht etwa der höchste Stolz einer sozialen Wirtschaftspolitik, sondern – genau umgekehrt – der von langer Hand des Teufels geplante Versuch, die Menschen in Soziale und Asoziale zu spalten, wobei – fälschlicher Weise – die unterdrückten Armen als die Asozialen und später vielleicht gar als Straftäter o. ä. dargestellt werden, um diese dann scheinbar zurecht dem Tode durch Unterbindung der Nahrungsaufnahme, wie noch im antiken Rom, auszusetzen, nachdem eine direkte Verurteilung zum Tode von Unschuldigen, wie durch reine und „böse“ Staatsdiktatur, zu offensichtlich ungerecht und unbarmherzig, sprich unmenschlich, und daher gegenüber der Öffentlichkeit, die ja wie heute in der Lage war, solche Regierungen zu stürzen, nicht sehr lange haltbar war. Den Grundstein für diese moderne „Selektion“ mit den gleichen Folgen in bezug auf die „technischen“ Ergebnisse, die sich scheinbar ohne Schuld irgendwelcher verantwortlicher Personen, sondern aus reinen Sachzwängen der Wirtschaft ergeben, legten – ironischer Weise und ohne sich dessen wohl so recht bewußt zu sein – insbesondere die Gebäude der großen Kirchenhäuser und Kathedralen auch unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, die im Mittelalter zu Hauf und insbesondere von scheinbar „freien Maurern“, den „Freimaurern“, den Trägern eines Geheimwissens über den Bau schwieriger Gebäude und einer neuen Weltordnung, vergleichbar der „New World Order“ („NWO“), gebaut wurden, just nachdem die große Ära der Burgen und Tempel mit dem Verschwinden der wegen Ketzerei und Satansanbetung verfolgt und (auf „die Insel“) vertriebenen Ritter des Templerordens, der Templer, die quasi im Namen und Zeichen des Christentums Menschen töteten, was Jesus niemals geduldet hätte, beendet war. Denn wer in einer Kapelle regelmäßig einem Gottesdienst

beiwohnen wollte, mußte zwangsläufig irgendwo in der Nähe wohnen. Damit aber wurden durch die Kirchen, anstatt die Kirche schlicht im Geiste und Herzen mit sich zu tragen und nur an kleinen ambulanten Altären aus unbehauenen Steinen – so wie laut Bibel eigentlich vorgesehen – zu celebrieren, quasi zwangsläufig kleinere bis größere Städte (aus behauenen Steinen) ge- oder begründet. Und wer in einer Stadt lebte, war zwangsläufig auf so etwas wie „Lieferung“ angewiesen, da mitten in der Stadt nicht sehr viele und schöne Bananen wachsen, schon gar nicht aus Asphalt oder Beton heraus. Und wer Lieferung erhalten wollte, mußte zwangsläufig eine Gegenleistung für jene Leistung von Menschenhand erbringen. Und wer nicht sofort eine Gegenleistung in Form anderer Naturalien erbringen konnte, mußte zwangsläufig Geld für die Lieferung bezahlen. Um nun aber innerhalb der Stadt an Geld zu gelangen, muß man zwangsläufig in eine Fabrik, in ein Büro oder – wenn dort kein Platz mehr (für Menschen) frei war – auf den Strich oder in einen Boxring und am Ende gar in den Krieg ziehen, was ja in der Geschichte wohl schon etliche Male vorgefallen ist. Am Ende der Menschheit im Sinne von Menschlichkeit wird man so aus scheinbar logischen wie notwendigen Sachzwängen heraus allgemein glauben, seinen „Bruder“ töten zu müssen, um zu leben. So jedenfalls die Hoffnung des Teufels und die Warnung der Bibel vor diesem Ergebnis einer Vertreibung aus dem Paradies durch den Teufel, anhand als Beispiel der Geschichte von Kain und Abel. Und das alles quasi nur deshalb, weil der Mensch lieber immer an ein und derselben Stelle im Lande und in der Welt beten wollte, anstatt ewig „nur“ zu pilgern und von Früchten ringsum in der Natur zu leben, so wie eigentlich, d.h. ursprünglich, für die Menschen vorgesehen und von Jesus vorgemacht. Die heutige Sesshaftigkeit rings um die übertrieben großen Kathedralen ist das klassische Beispiel einer Instrumentalisierung der Religion gegen das Menschengeschlecht seit Göbekli Tepe, der ersten befestigten Kirchenstätte um 10.000 v. Chr., sprich vor rund 12.000 Jahren.

Was ist die Stadt?

Viele gingen in die Stadt,
um Arbeit zu finden, als würde das Land
nicht genug Arbeit bieten. Die Wahrheit ist:
Die Leute wollten keine Arbeit,
sondern schnelles Geld.

Was ist Marketing?

Erst macht die Wirtschaft die freie Natur
durch Umweltzerstörung und Besitzanspruch
unmöglich, und anschließend verkauft sie
der Allgemeinheit Klon-Dollys, die nur
sie herstellen kann.

Was ist Opferbereitschaft?

Früher forderten Gesichter von Götzen
aus Stein Tier- und Menschenopfer,
heute sind es Krieg, Armut und Umwelt-
zerstörung, die Gesichter eines
neuen Götzen, eines Götzen
aus klingender Münze und Papier.

Was ist der Markt?

Der Markt ist lediglich der Versuch,
die Blicke der Menschen davon abzulenken,
daß es auch noch andere Werte gibt,
wie zum Beispiel Freiheit.

Welche Rolle spielen Maschinen?

Die in quasi höchster Stufe der Arbeitsteilung heute zunehmend eingesetzten Maschinen verdeutlichen eigentlich nur umso mehr den Umstand, daß es in dem Sinne noch nie Aufgabe oder moralische Pflicht eines selbständigen Unternehmers war, bei seiner Arbeit andere Menschen, heute „Arbeitnehmer“ genannt, zu Hilfe zu nehmen, sondern einzig und allein, Steuern zu zahlen. Und im Zweifel, d.h. im Zweifel über die tatsächliche Absicht der Arbeitgeber, anderen Menschen Arbeit zu geben, reichte die Erfüllung jener obersten Bürgerpflicht in einem Staate vollkommen aus. Denn von ausreichenden Steuergeldern könnten ja theoretisch jederzeit ausreichende Arbeitsplätze geschaffen werden, auf denen sogar sinnvolle Arbeit verrichtet werden könnte, wie z.B. auf allen möglichen Ämtern mit Publikumsverkehr, wo sich heute Tausendfüßler von Bürgern die Beine in den Bauch stehen, so natürlich vor allem auf den Arbeitsämtern. Theoretisch könnten alle arbeitswilligen Arbeitslosen just als Sachbearbeiter auf Arbeitsämtern eingestellt werden. So gesehen, nur eine Frage der Finanzierung und der Organisation. Auch im Wald und auf den Straßen, wo heute zunehmende Mengen Müll nur darauf warten, eingesammelt und vernichtet oder wiederverwertet zu werden, liegt im wahrsten Sinne genug Arbeit. Allein schon das heute zurecht immer größer geschriebene Recycling bietet theoretisch und auch praktisch unendlich großen Arbeitsplatz an. Denn immer wieder wollen Produkte verbraucht und neu hergestellt werden, in der Menge abhängig von dem Konsum pro Kopf mal Anzahl der Köpfe, respektive der Menschen auf der Erde.

Aber zugegeben; auch das Müllrecycling könnte irgendwann einmal nahezu vollständig von Maschinen erledigt werden. Insofern machen Maschinen natürlich arbeitslos. Die Maschinen stellen alle Ware her, und die Menschen bräuchten diese Ware

nur noch zu verteilen und zu verbrauchen, fast wie ein Tier, das nur zum Fressen und sich Fortpflanzen verpflichtet ist. Der Mensch wäre wieder dort, wo er hergekommen ist: Im Paradies.

Da er aber glaubt, ohne Arbeit keine Existenzberechtigung zu haben, wird er folglich vor lauter mit herrlichster Ware gefüllten Schaufenstern schmachmend verhungern, sofern er seiner Religion einer ewigen Vollbeschäftigung in der Fabrik nicht ein für allemal abschwören wollte. Denn diese Religion ist eine destruktive, ja kontraproduktive, solange der Einsatz von Maschinen in der Produktion gestattet ist. War er jedoch verboten, so war dieses ebenfalls und im wahrsten Sinne des Wortes kontraproduktiv. Dieses zeigt: Es geht nicht in dem Sinne um die Schaffung von Arbeit! Die Arbeit ist nicht Zweck, sondern Mittel! Die Arbeit war immer nur ein Umstand, ein bislang, bis vor den Maschinen, unumgängliches Mittel zur Bereitstellung hauptsächlich der Nahrung und Kleidung. Der reine Konsum jener Artikel jedoch wurde – wie bei den Tieren – nicht als Arbeit bezeichnet. Die Bereitstellung von Nahrung und Kleidung usw. wurde wohl einst von Gott erschwert, als dem Vorfahren des Menschen das Fell ausfiel und der Speiseplan komplizierter, weniger naheliegender wurde. Zur bequemeren Erledigung jener „Vorarbeit“ vor der „Kauarbeit“ schuf der Mensch sich mit der Zeit Maschinen wie als kleine fleißige und auf Knopfdruck funktionierende Helfer. Und plötzlich war kein Platz mehr neben den Maschinen für Menschen vorhanden, logisch. Warum dann aber dieses heutige Geschrei um Arbeit, wenn diese wunderbar von Maschinen erledigt wird? Richtig! Weil jetzt Maschinen, statt Menschen, den Lohn erhalten! Aber stimmt das eigentlich? Erhalten Maschinen Lohn? Natürlich nicht! Aber wo bleibt dann dieses viele Geld, das vorher die Arbeitnehmer erhalten hatten? Richtig, die „Arbeitgeber“ sparen es ein, was ihre Gewinne erhöht. Sie produzieren und verkaufen die gleichen Mengen bei geringerem Kostenaufwand. Gleiche Einnahmen minus weniger Ausgaben gleich

höhere Gewinne, so einfach ist diese Rechnung. Theoretisch könnte also der Staat eine reine Gewinnsteuer erheben und hätte somit automatisch immer genügend Geld für seine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen („ABM“) oder – falls keine Arbeit mehr für Menschen anfällt – für einen Lohnersatz für alle Arbeitslosen. Vom Endeffekt her macht es keinen Unterschied, ob die Menschen höchstpersönlich in den Fabriken sitzen oder ob sie sich von Maschinen vertreten lassen und deren Lohn kassieren. Denn der Vorteil ist: Die Maschinen brauchen keinen Lohn. Wohl aber der Mensch. Aber hatte der Mensch je ein Recht darauf? So gesehen, ja! Denn er hat ja genügend Arbeit geleistet. Er hat ja einst die Maschinen erfunden, entwickelt und gebaut, woran auch alle Menschen irgendwie beteiligt waren, ob als Konstrukteur, als Frau eines Konstrukteurs oder als Koch in der Lieblingskantine eines Konstrukteurs oder, so gesehen, auch als Urenkel eines betreffenden Konstrukteurs. Denn das Eigentum und Nutzungsrecht an den Maschinen ist – vergleichbar der heutigen Regelung des Patentrechtes, wo eine Erfindung spätestens nach Ablauf von 20 Jahren Allgemeingut ist – über die Jahrhunderte an die Allgemeinheit übergegangen. Mögen die heutigen Nutzer von Maschinen auch Geld dafür bezahlt haben, so befreit dieses keineswegs von der allgemeinen „Pflicht des Eigentums“. Besonders die Maschinen sind ein geradezu signifikantes Beispiel für „duales“ Eigentum. Sie gehören den privaten Käufern und der Allgemeinheit zugleich, mit der Folge, daß dann auch die von ihnen hergestellten Produkte nicht allein den Herstellern gehören, was nicht nur die darin enthaltenen Rohstoffe betrifft.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die betreffenden Produkte gewissermaßen zu teuer für die Verbraucher, denen sie zum Teil mit gehören. Aber zugegeben; waren die Verbraucher jemals dazu verpflichtet, diese Produkte zu kaufen? Nein, nicht verpflichtet, sondern allenfalls genötigt. Denn wer von den gemeinen Verbrauchern könnte heute noch seinen gemeinen Bedarf durch

eigene Herstellung decken, wie ein Kleinbauer, der alles selber macht, angefangen beim Kühemelken bis hin zum Bau seines Bauernhauses, inklusive Inneneinrichtung und Geschirr aus gebrannter Tonerde? Und vor allem: Wer von den gemeinen Verbrauchern hätte heute noch das nötige Kleingeld für ein solches Grundstück, eingedenk dessen, daß ja das meiste Land bereits von anderen Leuten, die nicht ohne weiteres weichen wollten, besessen ist? Was verbleibt, ist die abhängige Arbeit in einer Fabrik, wo es aber keine Arbeit mehr gibt, weil dort alle Plätze von Maschinen besetzt sind. Fazit: Alle Plätze sind besetzt, ob drinnen oder draußen. Und es wird immer weniger Platz für Menschen, sei's durch Maschinen oder Umweltzerstörung.

Will sagen: Daß Maschinen heute die Arbeit machen, ist nicht tragisch, solange dabei nicht die Umwelt zerstört wird und solange alle Menschen an dem Erfolg dieser Arbeit beteiligt werden, wie durch irgendeine spezielle leistungs- wie sozialgerechte Verteilung der Waren über das Geldwesen. Eine moralische oder gar gesetzliche Verpflichtung der Arbeitslosen zur erfolglosen oder erfolgreichen Bewerbung um einen Arbeitsplatz bei einem Selbständigen kann es jedoch rechtens niemals geben, da der Staat ja niemals garantieren könnte, daß es dort noch oder überhaupt Arbeit für Arbeitnehmer gibt. Theoretisch könnten ja alle Selbständigen – auch völlig ohne Maschinen – reine Selbstversorger sein. Nicht zuletzt und mit aus diesem Grund hatten Arbeitswillige auch in dem Sinne nie einen Anspruch auf abhängige Arbeit bei einem Arbeitgeber, respektive einem Selbständigen. Sie hatten allenfalls einen natürlichen Anspruch darauf, selber Selbständige zu sein, wie prinzipiell just durch freie Arbeit draußen in der Natur, auf dem freien Felde, das grundsätzlich für alle da ist oder zumindest für jeden zu einem bestimmten durchschnittlichen Teil. Da man aber Grund und Boden nicht in lauter Einzelteile durchschneiden kann und auch nicht sollte, hat man ein gewisses Problem der Aufteilung des Grund und Bo-

dens, der Grundlage allen menschlichen Schaffens. Diesem, so gesehen, rein technischen Problem kann man aber durch Vermessung und Bewertung des Bodens relativ leicht Herr werden. Dabei teilte man grundsätzlich just die Gesamtfläche des betreffenden Bodens (des Staates oder Staatenbundes) durch die Anzahl aller dort lebenden Bürger und bietet sodann jedem dieser Bürger einen freien Teil dieses Bodens in der ermittelten Durchschnittsgröße plus ein wenig Geld als Hypothek von der Notenbank des betreffenden örtlichen Geltungsbereiches (Staates) an. Dieses „Bürgerkapital“ wäre dann die notwendige und gerechte Grundlage einer eigenen wirtschaftlichen Selbständigkeit, ob nun als freier Bauer, freier Händler oder just freier Käufer im Supermarkt. Diese „Trilogie des Geldes“ ist die für gesunde freie Marktwirtschaft erforderliche fundamentale Basis des freien Marktes: Unabhängigkeit! Nur solange jeder einzelne unabhängig ist, d.h. die freie Wahl hat zwischen einer selbständigen und einer nichtselbständigen Arbeit, kann er, wenn er will, zwecks der Aufnahme einer nichtselbständigen Arbeit mit guten Karten einen fairen Preis für seine Arbeitskraft, einen fairen Lohn, aushandeln und braucht dann weder einen Tarifvertrag, noch (übertriebenen) Kündigungsschutz, noch eine Gewerkschaft und auch keinen Betriebs(ver)rat. Die grundsätzliche Unabhängigkeit des einzelnen durch eigenes Grundkapital ist die eigentliche Gewerkschaft. Und die eigentliche Streikhilfe ist ein freies Grundeinkommen für jeden in Form eines regelmäßigen und sicheren „Bürgergeldes“ im Sinne einer ständigen Umlaufsicherung des Kapitals. Denn auch ein Grundkapital im Sinne eines wirtschaftlichen Startkapitals könnte allzu leicht „verloren“ gehen, wodurch auch immer. Eine ständige, immer wiederkehrende „Defusion“ (Diffusion) des Kapitals, wie einerseits durch private und allgemeine Vererbung, quasi „duale“ Vererbung, und andererseits durch eine darüber hinausgehende Umlaufsicherung des Kapitals ganz allgemein, ist daher das A und O einer stabilen, weil annähernd gleichgewichtigen Wirtschaft.

Was ist Selbstregulierung?

Man könnte auch sagen; die Maschinen und die Hightech allgemein verschärfen einfach nur das seit Urzeiten bestehende Problem der Menschen, daß es bei ihnen, bei ihrem Zusammenleben im Gegensatz zu dem der Tiere, keine Selbstregulierung der Dinge, d.h. des Kapitals und der Arbeit, gibt, wie man heuer unschwer in der mehr westlichen Welt, wo der Kapitalismus regiert, sehen kann. Nur fiel dieses halt vor der Technik noch nicht so stark ins Gewicht. Die Gefahr aber, daß irgendwann Leute mit großen Motorsägen, Schaufelbaggern und Lastwagen aufkreuzen würden, um sich – notfalls unter Waffengewalt – Dinge zu nehmen, die allen und nicht nur manchen gehören, bestand schon mindestens seit der Erfindung des Faustkeils, der – wenn man so will – ersten Maschine der Welt. Das mit der Waffengewalt hat sich im Grunde bis heute nicht wesentlich geändert, wenngleich auch der Ablauf etwas kultivierter und systematischer erfolgt. So erwirbt man heute als „Unternehmer“ zunächst einmal ganz offiziell und billig irgendwie und irgendwo ein Schürf- oder sonstiges Verwertungsrecht, um sich dann – quasi unter dem Schutz der Polizeigewalt – an dem Vermögen der Allgemeinheit zu bereichern. Wenn nein, warum dürfen dann in den großen Gold- und Diamantenminen der Welt nur manche und nicht alle schürfen? Gehören das Gold, die Diamanten, die Eisenerze, die Mineralwasser usw., usw. nicht allen? Der Hauptfehler des Kapitalismus ist scheinbar, den „Finderlohn“ für das Finden von Rohstoffen usw., die – wie der Kommunismus im Grunde richtig sagt – allen gehören, praktisch auf 100% des Ge- oder Erfundenen zu setzen, während der Hauptfehler des Kommunismus wiederum darin besteht, diesen Finderlohn praktisch auf 0% zu setzen. In beiden Fällen ist letztlich keine Wirtschaft, kein fruchtbarer Austausch, möglich. Die Lösung dieses Problems kann daher nur irgendwo in der „goldenen Mitte“ gesehen werden, wo beispielsweise immer zunächst alles

Kleinkapital, d.h. hier alle Rohstoffe, einschließlich von Gold, Öl, Eisen, Obst usw., das jemand auf oder in seinem Grundstück, welches er vorher geerbt oder gemietet (o. gepachtet) haben mußte, vorgefunden hat, als dessen Eigentum betrachtet wird, nur halt mit dem Wermutstropfen, daß von diesem Eigentum quasi per Eigentumspflicht Teile dessen an die Allgemeinheit gratis abgetreten werden müßten. Der Wert dieses gefundenen Naturkapitals würde schlicht durch dessen (freiwilligen) Verkauf auf dem Markt, also durch das Geld, das die verschiedenen Kunden dafür bezahlten, gemessen. Von diesem Geld, dem Verkaufserlös, würde nun eine Art Kapitalsteuer erhoben, deren Einnahme an alle Bürger, einschließlich des betreffenden Verkäufers, der ja auch ein Bürger ist, zu gleichen Teilen ausbezahlt würde, sodaß praktisch alle Bürger jenes Naturkapital zum Teil und manche (die Finder) zum größeren Teil umsonst, gratis erhalten haben konnten.

Auf diese Weise würde immer automatisch wenigstens ein Teil aller gefundenen Sachen an die Allgemeinheit und der Rest wie als Finderlohn an die Finder gehen. Ob diese Form einer sozial wie leistungsgerechten Verteilung letztlich aller rohen und verarbeiteten Waren über eine Umlaufsicherung des Geldes zur ständigen Refinanzierung der für rege Marktwirtschaft so wichtigen Kaufkraft der Masse wirklich gerecht ist, hängt letztlich von der Definition der Gerechtigkeit ab und ist nach praktischen Gesichtspunkten eigentlich sekundär. Entscheidend, also primär, ist einzig und allein das Ergebnis, also die Frage, auf welchem Wege tatsächlich ein möglichst hoher allgemeiner und persönlicher Wohlstand erreicht werden kann, sofern dieses das Ziel ist und nicht etwas anderes. Auch die heutigen Subventionsgeschenke fragen ja mehr nach ihrer angeblichen Praktikabilität. Schaut man sich jedoch die Ergebnisse insbesondere des heutigen Kapitalismus an, so könnte man den Eindruck haben, sein Ziel sei nicht der Wohlstand, sondern die Armut der Masse.

Was ist Leistung?

Das Gemeine an einem Unternehmer und einem Arbeitnehmer ist: Auch ein Arbeitnehmer möchte existieren. Das Obergemeine aber ist: Ein Arbeitnehmer hat – unter heutigen Verhältnissen – nicht die Spur einer Chance auf eine „Existenzgründung“. Denn dazu müßte er ja entweder zuvor 40 Jahre hart und gleichzeitig enthaltsam – was sich gegenseitig ausschließt – gearbeitet haben, einen großen Lottogewinn machen oder einen Kredit aufnehmen. Aber woher aufnehmen, wenn nicht stehlen? „Wer wirklich will, braucht nur genügend Sicherheiten zum Erhalt eines Kredites bei einer Bank zu hinterlegen, wie zum Beispiel ein großes Grundstück, um sodann in gleichberechtigter Weise am wirtschaftlichen Wettbewerb teilnehmen zu können.“, so in etwa die unausgesprochene Rechtfertigung der großen Unternehmer bei der moralischen Verteidigung ihrer marktbeherrschenden Monopolstellung. Der gewisse Wermutstropfen aber für die meisten Arbeitnehmer bzw. für die Besitzlosen an der Sache ist: Sie haben gar kein Grundstück! Sonst wären sie ja auch nicht auf einen Kredit oder Job angewiesen. Denn leider ist es in der Tat so, daß man in einem Kapitalismus grundsätzlich Kapital nur auf Kapital aufbauen kann. Es ist dabei ähnlich wie bei einem Hausbau: Ohne einen festen Grund als Grundlage kann man kein Haus bauen. Man kann allenfalls einige Zeit im Sumpf schwimmen. Und das ist das, was den meisten Arbeitnehmern heute – wie schon seit eh und je – verbleibt: Das Schwimmen in einem nicht enden wollenden Sumpf. Es ist in den allermeisten Fällen nicht möglich, als quasi besitzloser Arbeitnehmer jemals festen Boden, auf dem man wirklich aufbauen könnte, unter den Füßen zu bekommen, während der Boden der Reichen immer größer und tragfähiger wird. Und das obwohl die eigentlichen Leistungen der Sieger des allgemeinen Wettbewerbs, der durch etliche (Fehl-) Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen, wie z.B. besonders durch Subventionen nur für bestimmte, meist bereits

größere Unternehmen, total verzerrt ist, wenn überhaupt nur geringfügigst größer sind als die der mehrheitlichen Verlierer, von denen man halt einfach nur nichts (mehr) sieht. So zum Beispiel auch im Sport. Nicht selten entscheiden hier Tausendstel von Sekunden über Sieg und Niederlage, und damit heute – in einer Welt ohne wirkliche soziale Sicherheit – letztlich auch über Leben und Tod. In dem Moment aber, wo der Wettbewerb als solcher zu einem Wettkampf wird, weil nur noch jeweils die Top 20 einer Branche von ihrem „Sport“ leben können, und das dann meistens überverhältnismäßig gut, während auf der anderen Seite Millionen und Millionen von Menschen überverhältnismäßig schlecht leben, wenn überhaupt noch, lassen die Todgeweihten der großen antiken Gladiatorenarenen grüßen. Nicht selten riskieren heute Boxer und sonstige Kampfsportler buchstäblich Kopf und Kragen im Ring einer großen Arena, bevor sie freiwillig aufgeben, wohl weil sie wissen, daß – wenn sie den Kampf aufgeben – sie sich praktisch am nächsten Tag beim Arbeitsamt oder Sozialamt vorstellen können. Und wie man da heute als Antragsteller behandelt wird, wissen auch Boxer. Man hat so, grob gesagt, nur die freie Wahl der angenehmeren Todesart. Aber zugegeben; die Lage ist nicht hoffnungslos: Von Tausenden von Bewerbern um einen Arbeitsplatz gewinnt immer wenigstens einer den Kampf, wie in der Gladiatorenarena.

Will sagen: Es muß nicht sein, daß die Einkommens- und Vermögensunterschiede erheblich größer sind als die tatsächlichen Leistungsunterschiede. Ein solches haltloses Auseinanderklaffen der Vermögensschere hat weder etwas mit sozialer, noch etwas mit einer Leistungsgerechtigkeit zu tun. Der heutige Leistungsdruck ist ein unnatürlicher, ein künstlicher. Denn von Natur aus war jeder Mensch nur zur freien Selbstversorgung verpflichtet und auch – logischer Weise – berechtigt, wie halt grundsätzlich durch eigenen Grund und Boden. Dieses Naturrecht ist genauso in Vergessenheit geraten wie der Boden selbst. Die Städte, wo

der Boden aus Beton ist, haben frohlockt mit dem schnellen Geld, das man dort „machen“ kann, wenn man halt nur der Beste, der Allerbeste, ist. Und wenn man nicht der Allerbeste ist, braucht man halt nur der Allerbeste zu werden, auch wenn dieses 20 oder 120 Jahre dauern würde. Das „Rocky-Fieber“ hat alle angesteckt, denen die Arbeit auf eigenem Felde zu mühevoll und „schmutzig“ erschien. So überließen sie ihr Vermögen billig, teils geschenkt anderen, die nunmehr quasi den doppelten und dreifachen Boden (Plantagen etc.) ihr Eigen nennen. Ein Zurück aus den Städten ist so nun nicht mehr möglich, aber eine Selbstversorgung in den Städten aus Beton ist gänzlich niemandem möglich, ja nicht einmal den Reichen. Es ist wie bei einer Mausefalle: Diejenigen, die als erste im Mittelpunkt stehen wollten, um dafür irgendeinen nach Eichenlaub stinkenden goldenen Käse zu erhalten, hat es als erste erwischt. Sie leben nunmehr in einer Art goldenem Käfig, sofern sie nicht durch eine falsche Bewegung (Fehlinvestition) Genickbruch erleiden mußten, noch nicht. Auch sie, die großen Untoten, leben in ständiger Angst um ihre Unabhängigkeit, die auch sie längst aufgegeben haben. Auch ihr Leben funktioniert nur noch durch ein „Funktionieren“ im Sinne dieses „Spiels“. Sie haben schlicht die Aufgabe, reich zu sein, weiter nichts. Daher gibt es für sie im Prinzip keinen Grund, sich über dieses Spiel, genannt „Leistungsgesellschaft“, zu beschweren. Sie bemerken nicht wirklich, daß ihr übermäßiger Reichtum nicht just durch entsprechend große Leistung ihrerseits entstanden ist, sondern vor allem durch entsprechende Förderung ihrer möglicherweise leicht überdurchschnittlichen Gene, Kunststück. Will sagen: Daß man die Geschäftemacherei, die Spekulation auf ein sekundenschnelles Glück zum Nachteil anderer, nicht unbedingt verhindern kann, bedeutet nicht, daß man sie unbedingt fördern muß. Denn man bedenke, daß ja die massiven Förderungen der Reichen irgendwo auf den Schultern der Kleinen (Arbeitnehmer) ausgetragen werden. Schon etliche Staaten sind an so etwas zu Grunde gegangen (worden).

Was ist Subvention?

Das heute schier bis zum Staatsbankrott mißbrauchte Argument der „Investition“ des Staates in eine bessere Zukunft der Wirtschaft durch „Subvention“, sprich durch staatliche Förderung des Großunternehmertums, immer wieder zum angeblichen Zwecke der Erhaltung alter und Schaffung neuer zusätzlicher Arbeitsplätze ist in etwa genau so logisch wie die mögliche Behauptung, Rationalisierung und Arbeitsteilung führten zu mehr Arbeitsplätzen. Und nichts anderes als Rationalisierung begründet ja die Vergrößerung eines Betriebes, ob nun durch staatliche Hilfen oder nicht. Ein Betrieb, der sich vergrößern will, beabsichtigt zwar, die Produktion und den Umsatz, sprich die Einnahmen, zu erhöhen, nicht aber deswegen zwingend notwendiger Weise auch die Ausgaben. Denn er will ja vor allem eines: Gewinne machen! Höhere Gewinne machen! Immer höhere Gewinne machen! Dieses ist der Uranspruch eines Betriebswirten an sich selbst. Und Arbeitnehmer verursachen nun einmal Kosten. Hohe Kosten! Und diese Kosten, Lohnkosten, sind schlicht Betriebsausgaben. Und alle Betriebsausgaben stehen gewissermaßen auf einer schwarzen Liste des anspruchsvollen Betriebswirten, der nur darauf wartet, möglichst alle Eintragungen dieser Liste streichen zu können, egal um was für Posten es sich dabei im einzelnen auch handelt. Etwas anderes jedenfalls hätte nichts mit einem Gewerbebetrieb zu tun, sondern allenfalls mit einem gemeinnützigen Verein. Der Staat wußte aber schon (einst), warum er Spenden an reine Gewerbebetriebe nicht obendrein noch als von der Steuer absetzbar erklärte. Aber so, als seien solche Förderungen gewinnorientierter privater Betriebe plötzlich nicht mehr bedenklich oder gar gefährlich für das Gleichgewicht der Marktwirtschaft, ist der Staat heute selber zum größten Spender und Sponsor der privaten Gewerbewirtschaft geworden. Die Ausgaben dafür setzt er just beim Steuerzahler ab. Angeblich sei dieses alles nur zum Vorteil für den Steuerzahler, da dieser nun

leichter wieder eine (bessere) Arbeitsstelle in der Wirtschaft erhalten könne. In Wahrheit aber werden die immensen Fördergelder in Multimillionenhöhe schlicht und ergreifend zur Finanzierung erheblicher Rationalisierungsmaßnahmen zur Einsparung von Arbeitnehmern im Verhältnis zur Produktionsmenge eingesetzt, und das sogar zunehmend offiziell. Wo früher noch die Kartellämter versuchten, solche Betriebsmutationen durch Verbot von Kartellen, also Betriebszusammenschlüssen, zu verhindern, steuert der Staat heute auf der anderen Seite gleichzeitig mit einem riesigen Finanzaufwand, auch bezüglich der Verwaltung dieser reinen Widersprüchlichkeit, unmittelbar gegen die eigentliche Bestrebung des Kartellamtes als solches, letztlich Monopole, respektive das Monopol, zu verhindern. Einem Monopol ist es letztlich egal, wie es entstanden ist, ob nun durch Kartell oder „rein innerbetriebliche“ Expansion eines einzelnen Betriebes. In beiden Fällen handelt es sich um eine Fusion! Um eine Fusion des Kapitals! Immer mehr Kapital wird zu einem riesigen Berg, zu einer riesigen Pyramide, „verschmolzen“. Von der Spitze dieser Pyramide des Kapitals hat man (das Monopol) dann wie mit einem großen magischen Auge den bestmöglichen Überblick, die größtmögliche Macht, über den Markt. Es mag ein reiner Zufall sein, daß ausgerechnet auf der Rückseite des Ein-Dollar-Scheins eine (solche) Pyramide mit einem Auge im Dreieck an der Spitze abgebildet ist, dieses bekannte „Wahrzeichen“ der Freimaurer, einer angeblich rein humanitären philosophisch-esoterischen Sekte oder Organisation. Von der Phänomenologie des Geldes her, scheint es fast, daß dieses nur zu dem Zweck geschaffen wurde, um schließlich die Masse von ihrem eigentlichen Kapital, dem Sachkapital oder auch Naturkapital, abzulenken und somit zu enteignen, ähnlich wie ja auch die „Aktie“ nur zu dem Zweck erfunden und geschaffen worden zu sein scheint, um letztlich „feindliche Übernahmen“ zu ermöglichen, zu dem Hauptzwecke der schließlichen Schaffung eines einzigen riesigen Monopols, das keine Konkurrenz mehr hat, ohne aber

(dann noch) konkurrenzlos hohe Produktleistungen erbringen zu müssen. Erst bietet man einem Konkurrenzbetrieb, der einem noch nicht gehört, Geld im ganzen für den Betrieb; und wenn er sich nicht verkaufen will, schlägt man ihm am nächsten Tag mit einem anderen Gesicht unter einem anderen (Deck-) Mantel vor, an die Börse zu gehen und sich in lauter kleinen Einzelteilen, genannt Aktien, aufkaufen zu lassen. Man spekuliert einfach damit, daß er nicht rechtzeitig bemerken wird, wenn er droht, zu über 50% an ein und denselben Käufer verkauft zu sein. So einfach kann Kapitalwirtschaft für Skrupellose sein. Aus Sicht der an, nicht von, der Börse geschluckten Aktiengesellschaften war das Geld für ihre Aktien eine Art Kredit, Hypothek auf ihre Firma; aus Sicht der reichen Schlucker aber nur die Bezahlung eines Kaufpreises, weiter nichts. Das Geld ist im Grunde nichts wert, solange nicht ausnahmslos alle, also auch die großen Aufkäufer, gezwungen sind, das Geld ihrerseits anzunehmen, quasi bei Irrtum zurück zu nehmen, gegen Rückgabe der Firma oder wenigstens des Firmengeländes. Im Zweifel, also im Zweifel über den Wert des Geldes, ist das Wertvollste auf der Welt immer noch der nackte und fruchtbare Grund und Boden, den man wie eine Frau besamen könnte, wenn auch nicht mit dem menschlichen Samen, versteht sich. Eine vollständig angezogene Frau zu befruchten, ist genauso schwierig wie, einen vollkommen zubetonierten Boden zu befruchten. Der Beton oder Asphalt der zunehmenden Straßen und Plätze, die den Boden bedecken, hat die gleiche Wirkung wie ein Kondom, hier ein Kondom zur Verhütung von Nahrungsmitteln, während gleichzeitig aber Kondome zur Verhütung von menschlichem Nachwuchs noch weitestgehend in der Welt verboten oder verpönt sind, weil wie durch ein „Wunder“ immer nur solche Päpste gewählt werden und eine längere Amtszeit erleben, die sehr konservativ sind und Kondome für die Welt strikt ablehnen. Mehr Menschen – die natürliche Folge davon – brauchen aber auch mehr Nahrungsmittel, die zweite natürliche Folge. Mit Geld, wie z.B. mit

einem Arbeitslosengeld, kann man zwar Nahrungsmittel kaufen, aber auch nur so lange wie erstens noch genügend davon wachsen und zweitens die Pflücker derer einen persönlichen Grund haben, diese „Ware“ an andere zu verkaufen, sprich wie sie ihrem persönlichen Verständnis nach noch nicht genügend Geld und Kapital im allgemeinen „gehört“ haben, wie im Idealfall alles. Im Normalfall ist kein Mensch der Welt in der Lage, letzteres Ziel innerhalb eines (seines) Menschenlebens zu erreichen, da der Aufbau einer entsprechend großen Firma, ja eines Firmenimperiums von unten in aller Regel recht lange dauert. Kredite können jedoch helfen, einige Zeit zu überbrücken. Aber wer zahlt schon gerne Geld zurück, noch dazu samt Zinsen?

Daher ist es natürlich noch angenehmer, wenn man Geld geschenkt bekommt, wie z.B. zum Geburtstag von Freunden oder Verwandten oder zur Firmengründung vom Staat. Bekanntermaßen sind ja Subventionen, wie zur Gründung, Erhaltung oder Vergrößerung einer Firma, in der Regel reine Geschenke, für die also keine Gegenleistung verlangt wird. Die Hoffnung, die sich für den Staat mit den Subventionen verbindet, macht sich in der Hauptsache an der möglichen Erhaltung oder Schaffung von Arbeitsplätzen fest. Dabei wird heute sogar zunehmend in Kauf genommen, daß die immensen Fördergelder auch und vor allem zur Rationalisierung, wie durch Ersatz von Arbeitnehmern durch Maschinen, verwendet werden, unter dem Argument der Arbeitgeber, es sei nicht wichtig, viele, sondern überhaupt (noch) Arbeitnehmer zu beschäftigen. Dieses ist insofern nicht einmal unbedingt falsch, als daß es ja zur Deckung des Konsumbedarfs der Allgemeinheit nicht einmal wichtig ist, einen einzigen Arbeitnehmer zu beschäftigen, wenn Maschinen sämtliche Arbeit erledigen. Wenn also der Staat wirklich an der Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze in der freien Wirtschaft interessiert war, so hätte er zumindest sämtliche Subventionen an ohnehin schon große Betriebe stornieren müssen. Die Gefahr, daß dabei

so manch ein Betrieb stillgelegt worden wäre, betraf grundsätzlich nur die ohnehin unrentablen, unwirtschaftlichen Betriebe, um die es, so gesehen, nicht schade wäre. Es ist einfach eine Wettbewerbsverzerrung und Ungerechtigkeit ohnegleichen, wenn der Staat nur bestimmte Unternehmen fördert, anstatt alle zum gleichen Teil. Grundsätzlich ist aber überhaupt keine Subvention als solche erforderlich. Denn die vermeintliche Gefahr, daß alle Betriebe schließen würden und alle Arbeit verloren wäre, ist schlicht absurd. Die Arbeit entsteht ganz von allein. Sobald einem Menschen ein Bedarf nach einer Ware oder Dienstleistung erwächst, wie z.B. nach Brot, wird auf dem „Markt“ eine sogenannte Nachfrage gestellt, indem er fragt: „Haben Sie Brot im Angebot?“. Sodann wird entweder vorhandenes Brot herübergerückt oder es wird auf Wunsch des Kunden Brot bei einem Großhändler bestellt. Ist auch dort kein Brot vorrätig, so wird letztlich auf Nachfrage des Kunden ein Feld (neu) bestellt, was Arbeit macht und – zugegebenermaßen – eine Investition erfordert. Aber mit Verlaub; wozu gibt es Banken? Wozu gibt es private Banken? Wozu gibt es sogenannte „Risikokapitalgesellschaften“? Aber haben Banken immer genug Geld?

Nun, was zumindest rein private Banken betrifft, so verfügen diese grundsätzlich nur über so viel Geld, wie es ihnen ihre verschiedenen Kontoinhaber durch Ein- oder Anlage zur „Aufbewahrung“ widerruflich überlassen haben, wobei prinzipiell nur die angelegten Gelder von der Bank als Darlehen oder Kredite an andere, wie Unternehmer o.ä., weitergegeben werden dürfen. Denn (nur) für die angelegten Gelder erhalten die Kontoinhaber, die Anleger, eine Gegenleistung in Form von Zinsen, die ihnen von der Bank für die Überlassung des Geldes zum „Arbeiten“ gezahlt werden. Die Höhe dieser Zinsen reguliert, wieviel Geld die Leute schließlich bei der Bank anlegen. Sind die Zinsen zu niedrig, wird niemand sich dafür interessieren. Sind die Zinsen hoch, so wird es viele und große Anleger geben. Dieses wieder-

um ist dann die, so gesehen, natürliche marktwirtschaftliche Chance für Unternehmer, an Geld zur Verwirklichung ihrer persönlichen Ziele heranzukommen. Die Bank, die ja auch nur ein marktwirtschaftliches Unternehmen ist, hat praktisch nur darauf zu achten, daß die Zinsen, die sie von ihren Kreditnehmern verlangt, höher sind als die, welche sie ihren Kreditgebern, den vielen kleinen Anlegern, die ganz normale Bürger sein können, zahlt. Will sagen: Die eigentliche Subvention kommt nicht vom Staat, sondern vom Volk! Ist das Volk im Besitz von Geld, so kann es dieses den privaten Banken gegen Zinsen leihen, zum Zwecke einer „Ankurbelung“ der Wirtschaft. Ist es nicht im Besitz von Geld, so könnte höchstens eine Zentralbank, die das Geld im Auftrag und Namen des Staates bei einer Notendruckerei drucken ließ, den großen Unternehmern (über die Landeszentralbanken usw.) Geld geben. Dabei geht aber – und das ist der Nachteil – das gesamte Risiko einer Fehlinvestition zentral auf den Staat über. Der Staat, der ja insgesamt von nur relativ wenigen Personen repräsentiert wird, kann jedoch beim besten Willen nicht alle jene Risiken im einzelnen einschätzen und begibt sich dadurch auf ein relativ dünnes Eis. Zwar können auch die einzelnen Bürger und privaten Banken grundsätzlich nicht die Leistungsfähigkeit und Erfolgsaussichten der sich anbietenden Großunternehmen einschätzen; jedoch – und das ist der Unterschied zum Staat – haften und leiden sie je ganz persönlich für den Verlust fehlinvestierter Gelder. Im Zweifel sorgt dieser Umstand für einen deutlich verantwortungsbewußteren Umgang mit dem Geld, sprich für eine bessere marktwirtschaftliche Auslese. Wird das Risiko der Investition nicht vom einzelnen daran mehr oder weniger direkt Beteiligten getragen, so geht der Marktwirtschaft das wichtigste Instrument zur Regulierung von Gewinn und Verlust verloren: das persönliche Risiko! Das persönliche und grundsätzlich volle Risiko quasi einer Ohrfeige vom Markt sorgt ähnlich wie in der Liebe dafür, daß nur die Mutigen hochkommen. Und mutig, ein solches Risiko einzugehen, ist nur, wer

(wirklich) etwas kann und auch will. Schon die Bibel sagt an einer Stelle sinngemäß, daß man die reinen Möchtegerne nicht künstlich unterstützen soll. Vermutlich verstößt dieses Prinzip der Förderung von Firmen auf deren bloßen Antrag hin schlicht gegen das Prinzip der Evolution, also der natürlichen Auslese durch fairen, gleichberechtigten Wettbewerb auf dem Markt. Der Staat als solcher hat grundsätzlich keinerlei Vorauslese zu treffen, sondern nur darauf zu achten, daß die natürlichen Spielregeln der Marktwirtschaft interaktiv eingehalten werden. Die besten Anbieter sollen sich durchsetzen und verkaufen, und die anderen erhalten Sozialhilfe, damit sie kaufen können und die schöne Ware nicht verdirbt, das ist im Grunde alles, und keiner hätte einen Nachteil dabei. Und da man (sowieso) nicht wissen kann, wer zu den einen oder den anderen zählt, gibt man (der Staat) einfach jedem Bürger jeden Monat eine Art Sozialhilfe wie als Grundsicherung des Einkommens, aber auch wie als Grundsubvention. Alles weitere regelt dann die Nachfrage, wie z.B. nach Brot. Denn Geld allein kann man ja noch nicht essen. Aber man braucht Geld, um eine Nachfrage auf dem Markt stellen zu können. Ohne Bedarf keine Nachfrage, aber ohne Geld ebenfalls keine Nachfrage. Insofern besteht die Krise der heutigen Wirtschaft eigentlich „nur“ darin, daß die Armen zwar Bedarf, aber kein Geld haben und die Reichen zwar Geld, aber keinen Bedarf (mehr). Ein gewisser Kompromiß zwischen beidem könnte wahre Wirtschaftswunder bewirken, gemäß:

$$\text{Bedarf} \times \text{Kaufkraft} = \text{Nachfrage} = \text{Produktion} = \\ \text{Menschenarbeit} + \text{Maschinenarbeit}.$$

Oder anders gesagt: Die heutige Einseitigkeit der Kaufkraft schadet nicht nur dem Arbeitsmarkt, sondern durch mangelnde Nachfrage schließlich auch der Produktion. Wer Geld anbieten kann, für den wird auch produziert. Zur Produktion von Äpfeln z.B. braucht ein Bauer weder Maschinen, noch Arbeitnehmer.

Was ist Arbeitslosigkeit?

Nahezu jeder Raubbau an der Natur, dem Kapital und der Gerechtigkeit allgemein wird heute von den Regierungen der Welt geduldet, wenn nur dabei ein paar Arbeitsplätze herauspringen, wie möglichst für Arbeitsuchende der eigenen Bevölkerung, verständlich. So sollen schon Staaten den Abbau von Öl, Kohle, Holz, ja sogar Gold und anderen wertvollen Rohstoffen durch ausländische Kräfte praktisch kostenlos geduldet haben, für den Fall, daß vereinzelt einheimische Arbeitslose dadurch für ein paar Tage „von der Straße“ geholt waren, fast so als seien die Einheimischen zu dumm, um selbst und höchstpersönlich, wie als selbständige kleine Unternehmer, jene Werte aus dem Boden zu buddeln und diese nach dem Ausland zu verkaufen oder jene Ware einfach selbst zu verwenden, als würde es gar kein Ausland geben. Denn in der Theorie gibt es überhaupt kein Ausland, sondern grundsätzlich immer nur den eigenen Boden je eines betreffenden Landes. Oder anders gesagt: Die Europäer hätten auch dann noch irgendwie überleben müssen, wenn sie Amerika nicht im späten Mittelalter entdeckt hätten. Aber meine Güte; was wäre so schwierig daran gewesen? Verfügt Europa nicht über genügend eigene Rohstoffe? Braucht der Mensch wirklich Öl, Gold oder Diamanten, um sich zu ernähren? Na dann, guten Appetit und wohl bekomm´s! Die erschreckende Wahrheit ist: Der Mensch braucht Gold und Diamanten allenfalls zu seiner Dekoration. Zum eigentlichen Lebensunterhalt braucht er jedoch ausschließlich Nahrungsmittel. Und Nahrungsmittel findet er im Prinzip überall auf der Welt, also auch im eigenen Lande. Die Landwirtschaft hat einst eine Sesshaftigkeit der Völker ermöglicht, sodaß keine Völkerwanderungen mehr notwendig waren. Prinzipiell ist also jedes Land der Erde unabhängig von anderen, da jedes Land über eigene Erde verfügt und weil im Prinzip jede Erde ausreichend Nahrungsmittel hervorbringen kann, bei entsprechender Bewirtschaftung, notfalls auch unter künstlicher

Bewässerung. Es gibt selbst in der Wüste etliche Wege einer künstlichen Bewässerung, wie z.B. durch (bessere) Erschließung des Morgentaus oder just durch Zutageförderung von Grundwasser über Brunnen. Insofern ist es relativ unverständlich, warum die Völker der Welt diese Möglichkeiten einer grundsätzlichen Unabhängigkeit von anderen nicht nutzen, sondern den Weg zum Wohlstand nur über den viel schwierigeren Umweg des Öls und des Goldes o.ä. suchen. Denn um die Seitenmauern des meist blutigen Labyrinths des Goldes zu durchbrechen, bedarf es lediglich einer Rückbesinnung auf das eigentliche Gold der Erde: Die Selbstversorgung jedes einzelnen aus der Natur!

Paradoxe Weise aber wird den Einheimischen ein solches – im Gegensatz zu finanzstarken „Investoren“ – in der Regel nicht erlaubt. Zu groß scheint die Gefahr einer ungerechtfertigten Bereicherung. Statt dessen wird der radikale Abbau von Kapital, das allen gehört, durch inländische oder ausländische Spekulanten – was keinen sehr großen Unterschied macht – oftmals auch noch durch allerlei Fördergelder vom Staat zur Finanzierung von Förderbandanlagen usw. unterstützt, so als könnte der Staat dieses Geld nicht genauso gut zur Finanzierung eigener Förderbänder und eigener Arbeitnehmer einsetzen. Aber sei's drum; speziell die mehr westlichen Staaten wollen möglichst keinen Kommunismus. Sie wollen alles einer „freien Marktwirtschaft“ überlassen. Mit Verlaub; aber was haben Fördergelder vom Staat an private Firmen eigentlich noch mit „freier Marktwirtschaft“ zu tun? Und was hat es überhaupt mit Wirtschaft, sprich mit Wettbewerb, zu tun, wenn am Schluß nur noch ein einziger Betrieb, statt Tausende, alle Ware herstellt, um somit die Preise für Waren und Arbeitskraft perfekt von oben herab diktieren zu können? Wo ist da noch der Unterschied zum Kommunismus, wo es ja auch nur einen einzigen Betrieb gibt? Der Kommunismus oder Sozialismus hatte von je her wenigstens die Absicht, die Arbeiter nicht bis auf die Knochen abzuzocken.

Was ist Vollbeschäftigung?

Scheinbar paradoxer Weise hatte der Mensch die meiste Arbeit zu jener Zeit, wo es noch keine Arbeitgeber, keine Wirtschaft, also keine (automatische) Produktion und Lieferung gab, wo jeder einzelne sich noch im wahrsten Sinne selbst versorgen mußte. Spätestens aber seit der Landwirtschaft, jener Rationalisierung des Jagens und Sammelns durch Zucht ganzer Herden von Kornähren dicht an dicht und Bestellung ganzer Schaf- und Rinderfelder, hatte er im Verhältnis weniger Arbeit und konnte sesshaft werden, denn er benötigte weniger Kraft mal Weg, um sich gleichermaßen zu ernähren. Er erkannte und beging das Gesetz der Ökonomie: $\text{Ertrag} / \text{Aufwand} = \text{Produktivität}$.

Durch Steigerung des Ertrages (der „Ernte“) bei gleichem Aufwand wie im Normalfall hatte man „plötzlich“ eine Steigerung der Produktivität auf über 1/1, also auf eine Produktivität von über 100%. Gleiches gilt für den Fall einer Verringerung des Aufwandes bei gleichem Ertrag wie normal. Der Normalfall war praktisch jener zur Zeit der Jäger und Sammler, wo der Ertrag der Arbeit immer authentisch war mit ihrem Aufwand, dort der Arbeit des Jagens und Sammelns, sofern man also nicht die moderne Massenproduktion auf Knopfdruck oder per Mausklick als den Normalfall definiert. Ausgehend also von dem Grund- und Normalfall, daß sich jeder Mensch – genau wie auch je ein Tier – schon bereits ohne Massenproduktion und auch völlig ohne Maschinen oder arbeitsteilige Landwirtschaft ernähren kann, sonst hätte die Menschheit die Steinzeit nicht überdauert, müßten heute – dank der Maschinen – theoretisch geradezu paradisiische Zustände herrschen können, was die Deckung des materiellen Bedarfs betrifft, bei immer geringerem Aufwand an Arbeit des Menschen. Statt dessen aber leiden heute Millionen von Menschen auf der ganzen Welt, auch in Europa, Hunger, während auf der anderen Seite wunderschöne Maschinenstraßen zu-

nehmend stillgelegt werden. Dieses hat mit einer Verknappung der Rohstoffe noch nichts zu tun, denn die Rohstoffe Brot und Wasser sind ja prinzipiell ewig verfügbar, sofern die Erdbevölkerung nicht zu groß ist, was sie aber momentan noch nicht ist. Momentan besteht – rein technisch gesehen – überhaupt kein Grund zum Hungerleiden, auch nicht für nur eine einzige Person. Also woran liegt diese unnötige Armut?

Nun, es ist im Grunde genauso trivial wie fatal: Es mangelt just an einer etwas gleichmäßigeren Verteilung der Güter der Welt. Zur leichteren Verteilung der vorhandenen sowie der möglichen Güter dieser Welt kann in geradezu hervorragender Weise das Geld dienen, da es quasi eine verrechnungstechnische Aufteilung der Welt in lauter kleinere wie größere (An-) Teile ermöglicht. Verteilt man das Geld, so verteilt man die Güter dieser Welt. Denn von dem Geld kann sich ja jeder Güter der Welt kaufen. Fataler Weise aber hat die Zivilisation einst beschlossen, vor dem Geld die Arbeit zu setzen, und zwar praktisch nur die Arbeit in einer (Art) Fabrik oder in einem Büro – wohlwissend oder nicht ahnend, daß dort sehr bald keine Arbeit mehr für Menschen bereitstehen würde, bis halt auf ein paar Stunden die Woche für einige wenige Computerspezialisten, Wachmänner und Geschäftsführer, einschließlich der Inhaber jener Firmen. Dieses zeigt, daß zwar der Grundsatz der Arbeit – „Ohne Aufwand keinen Ertrag.“ – dauerhaft erhalten bleiben wird, jedoch sagt dieser Satz nichts darüber aus, wieviele Arbeit je notwendig ist oder sein wird, um einen bestimmten Ertrag zu erzielen. In der Zukunft jedenfalls wird aufgrund der modernen Rationalisierung durch Maschinen und kluge Arbeitsteilung noch weniger Arbeit als schon heute notwendig sein, um eine gleiche (hohe) Produktion für alle zu schaffen. Die „Vollbeschäftigung“ ist ein Begriff der Steinzeit oder just das aktuelle Maß der Arbeit, die insgesamt erforderlich ist, um die Kaufhäuser mit Ware zu füllen. Mit anderen Worten: Es herrscht Vollbeschäftigung.

Was ist Arbeit?

Etwas grob könnte man sagen; die heutige Mißwirtschaft lebt von der Lüge, daß so etwas wie „Arbeit“ zur Produktion und Lieferung und zur Schaffung von „Mehrwerten“ nicht etwa nur auf freiwilliger Basis möglich, sondern ganz elementar nötig sei. Diese Fehlannahme, die Firmenchefs und sonstige Wirtschaftsmagnate (Geldmagnete) in den Rang von Halbgöttern erhebt, denen der rote Teppich ausgerollt, jede Steuer erlassen und jedwedes Opfer durch Subventionen von den Steuerzahlern erbracht zu werden habe usw., ist in etwa genauso falsch wie die damalige Annahme der frühen „Hochkulturen“, so etwas wie steinerne Pyramiden mit unterirdischen Gängen seien unbedingt notwendig, ja geradezu unerlässlich – koste es, was es wolle –, um die Kultur vor dem Untergang zu schützen und zu bewahren. Wieviel aber diese ganzen Schutzmaßnahmen vor einer Bedrohung, die nicht von oben kam, genützt haben, können heute die Archäologen der Welt an den verbliebenen Scherben jener vielleicht allzu hoch hinaus gewollt habenden Kulturen ablesen.

Nein, die heutige Produktionspyramide, der wirtschaftliche Wettbewerb, der am Schluß nur ein einziges „Auge“ an der Spitze der Karrieretreppe, des Kapitals, zuläßt, obwohl ausnahmslos alle Menschen – ob alt oder jung, stark oder weniger stark – friedlich in einem nur geringfügig unterschiedlichen Wohlstand nebeneinander, statt unter- und übereinander, leben könnten, wenn man sie nur (in Ruhe) ließe, wie derzeit z.B. noch auf den Virgin Islands (Jungferninseln), ist einfach nur ein neuer Trick des Teufels und Frevel gegen Gott. Denn Gott selbst erledigt ja über seinen rechten „Arm“ der Natur die für den Menschen so wichtige Arbeit zur „Herstellung“ der „Waren“, wie z.B. der Äpfel, Birnen und Tomaten. Und „mehr Werte“, zumindest in rein materieller Hinsicht, sind eigentlich nicht notwendig. Theoretisch könnte sich also jeder Bürger ein paar Obstbäume und

Gemüsebeete in seinen Garten pflanzen und wäre somit grundsätzlich versorgt und daher unabhängig, und das praktisch völlig ohne Arbeit, abgesehen einmal vielleicht von einem Entkernen oder Schälen der Früchte, was aber jeder im Grunde leicht selber machen kann, wofür keine Fabriken notwendig sind. Das Glücksgefühl durch Produktion körpereigener „Glückshormone“ aufgrund der vorhandenen berechtigten Sorglosigkeit in bezug auf die im Prinzip sichere Zukunft, für die kein Geringerer als der liebe Gott sorgt, sofern man ihn nur „machen“ läßt und ihm vertraut, kommt dann von ganz allein, automatisch, so wie vorgesehen, eigentlich. Denn Gott will nicht, daß die Menschen, seine Kinder, leiden, sondern daß sie glücklich sind. Das ist der Unterschied zum Carbon und später noch Jura und Kreide (-zeitalter), wo die Dinosaurier sich gegenseitig fraßen, um dadurch immer größer zu werden, bis zu dem Moment, wo sie vor lauter körperlicher Größe (Hochkultur) degeneriert und unbeweglich wurden und schließlich wie ein zu großer Staat oder ein zu hohes Haus in sich zusammenbrachen und nicht mehr hoch kamen. Da beschloß Gott Jahwe, „der ewig Existierende“, die Vernichtung und Verkleinerung, wie z.B. zu Vögeln, der Dinosaurier durch Kometen, die der Teufel, der von Gott beauftragte Engel des Feuers, wahrscheinlich selber auf die Erde „werfen“ mußte, um so den Weg frei zu machen für die im Vergleich kleineren Säugetiere und schließlich auch und insbesondere für die Menschen. Dafür haßt uns der Teufel bis heute, da dieser das grausame kanibalistische Schauspiel der Dinos, d.h. den Sadismus an Leib und Seele, liebte. Zur Strafe für dessen Uneinsichtigkeit verbannte ihn Gott für sehr lange Zeit in die „Hölle“, was immer auch dieses genau bedeuten mag. Vermutlich wurde der Teufel schlicht immer und immer wieder den noch lebenden (glühenden) Dinos, diesen fleischgewordenen Dämonen der Unterwelt, irgendwo außerhalb dieser materiellen Welt, zum Fraß vorgeworfen, um ihn dieses Leid einmal selber spüren zu lassen. Anstatt nun aber einer bitteren Reue, so wie wahrscheinlich nur

vorgetäuscht, entstand nur noch mehr, ja unendlicher Haß des Bösen auf Gott und die Welt, und der Böse schwor sich nur eines: Rache! Rache für eine Schuld, die nur er selber trägt! Seit-her versucht derjenige, den Menschen irgendeine Schuld anzulasten, auf die als Bestrafung ebenfalls die Hölle stehen würde, so-fern diese Schuld bewußt, quasi vorsätzlich, begangen oder durch bloßes Zusehen oder Mitlaufen in die falsche Richtung im wahrsten Sinne „in Kauf“ genommen wurde. Jesus aber, der nach 10.000 Jahren der Versuchung durch den Teufel von Gott als eine Art Gutachter zur Beurteilung der Lage vor einer mögli-chen Verurteilung aller oder mancher Menschen durch Gottes Gericht (das „Jüngste Gericht“) auf die Erde gesandt wurde, nahm alle Schuld auf sich und bat den heiligen Vater um Verge-bung für die (etwaigen) Sünden der Menschen, „...denn sie wis-sen nicht, was sie tun.“. Der Teufel aber erhob Einspruch gegen diese aus seiner Sicht allzu schnelle Entschuldigung und damit Errettung der Menschen (von der Hölle) und handelte quasi mit Gott eine einmalige Verlängerung der Zeit seines Wirkens auf der Erde aus. Denn er will unbedingt beweisen, daß er mehr Ein-fluß auf die Menschen hat als Gott und daß die Menschen im tiefsten Innern ihres Herzens nicht besser seien als „Raubtiere“, die durch „Nötigung“ sehr leicht bereit seien, sich oder andere zu berauben, zu foltern, ja sogar zu töten, anstatt ggf. den Fol-terdienst (o. Kriegsdienst usw.) zu verweigern. Dieses würde theoretisch beweisen, daß der Mensch und die Liebe eine Fehl-konstruktion oder gar ein „unrealistischer Irrglaube“ Gottes sei-en. Denn Gott hat den Menschen als ein nur körperlich kleines, aber geistig wie charakterlich hochstehendes, ja im wahrsten Sinne aufrechtes Wesen geplant, das durch Herz (Liebe) und Verstand erkennt, daß es sehr wohl und sehr gut neben seines-gleichen leben kann, wenn jeder seinen persönlichen Verbrauch nicht möglichst hoch, wie durch ständiges Wirtschaftswachstum, sondern gering hält. Daher wohl sinngemäß auch die Mahnun-gen zur Bescheidenheit in der Bibel, dem Buch Gottes.

Was ist abhängige Arbeit?

Das Problem eines Arbeitslosen ist nicht, keine Arbeit bei einem Arbeitgeber zu bekommen, sondern darauf angewiesen zu sein.

Was ist Zwangsarbeit?

Arbeitslos oder arbeitend zu sein, hat eines gemeinsam: Es ist nur dann eine Qual, wenn es nicht freiwillig geschieht.

Was ist Wille?

Es ist auch heute noch wahr:
Wer wirklich Sklave werden will,
kann dieses schaffen. Die Frage ist
nur: Wer will das wirklich?

Was ist Unternehmensförderung?

Zwei Menschen treffen sich vor dem Rathaus. Der eine fordert von dem anderen Geld, mit der Begründung, dann habe einer das Kapital und der andere einen Grund, bei ihm zu arbeiten.

Was ist Statistik?

Man könnte sagen; mit der Arbeitslosigkeit und der Armut, was entscheidender ist, ist es ähnlich wie auch mit anderen unbequemen Wahrheiten: Der einfachste Weg, sie zu beseitigen, ist, sie für null und nichtig zu erklären, wie z.B. durch Veröffentlichung spezieller Statistiken und Prognosen, in denen diese Dinge einfach gar nicht oder nicht in dem Maße vorkommen, sodaß der Eindruck entstand, man habe jene Dinge zwar sehr wohl im Auge, nur seien halt die Ausmaße der Probleme verschwindend gering, quasi vernachlässigbar, wie der Mathematiker in solchen Fällen sagt. Lassen sich aber dadurch, durch Vernachlässigung, Probleme lösen? Lassen sich Probleme, wie das einer wachsenden Armut, lange unsichtbar halten? Werden Obdachlose und Hungerleidende auch künftig noch stillschweigend und unbemerkt auf irgendwelchen Plätzen der Welt verkommen, auch dann, wenn sie bereits Tausende oder gar Millionen sein würden? Dieses sind Fragen, denen sich verantwortungsbewußte Statistiker stellen müssen, bevor sie eine Arbeitslosenliste oder eine Wirtschaftsprognose fürs kommende Jahr oder dergleichen aufstellen und herausgeben. Auch in der DDR waren ja bis zum letzten Tage alle Leute glücklich und zufrieden mit sich und ihrem Staat, laut Statistik.

Aber zugegeben; irgendwo ist es natürlich auch Definitionssache, was Armut oder Arbeitslosigkeit eigentlich ist. Aber mal ehrlich: Würde jemals jemand behaupten, er habe eine Arbeit, nur weil er (ohne Lohn) im Keller irgendwelche Gewichte stemmt? Will sagen: Eine Arbeit, deren Lohn nicht mindestens zur Unterhaltung einer vierköpfigen Familie ausreicht, eingedenk dessen, daß ja praktisch immer ein Elternteil zu Hause bleiben muß, um dort wichtige Hausarbeit und Erziehung zu leisten, ist keine Arbeit, sondern Hobby! Von daher herrscht selbst in Deutschland derzeit eine Arbeitslosigkeit von ca. 50%.

Was ist eine Kita?

Auch die etwaige Möglichkeit der Nutzung einer privaten oder staatlichen Kindertagesstätte zur Beschäftigung und Erziehung der Kinder stellt insofern keine Lösung jenes reinen Finanzierungsproblems dar, da ja auch die Erzieher(innen) und Pädagog(inn)en für ihre dortige Tätigkeit bezahlt werden wollen. Theoretisch könnte also die eigentliche (leibliche) Mutter ihre Kinder auch gleich zuhause alleine (mit ihrem Mann) erziehen und dafür ein Gehalt als staatlich beauftragte Pädagogin beziehen, zwar mit dem Nachteil, daß nicht eine einzige „Kindergartentante“ gleich ein paar Dutzend Kinder auf einmal erzieht, wie als Rationalisierung und Massenproduktion der Erziehung, aber mit dem Vorteil, daß durch die persönliche Betreuung der Kinder von den eigenen Eltern zuhause, so wie eigentlich, eine persönlichere, individuellere und aufmerksamere Erziehung der Kinder nach den irgendwo berechtigten Wünschen und Vorstellungen der eigenen Eltern möglich ist. Denn es ist ja in dem Sinne keinesfalls sicher, daß Kindern in Kindertagesstätten, „Kitas“, wirklich immer und automatisch eine gute „Schule“ angedeiht, nur weil vielleicht die dortigen Aufsichtspersonen staatlich bezahlt oder „staatlich geprüft“ sind. Was beweist das heute schon? Will sagen: Da es nicht sicher ist und niemals sicher sein kann, welcher politischen, religiösen oder sonstigen Gesinnung fremde Menschen in Kitas oder sonstwo sind, ist der beste Kindergarten immer noch das eigene Elternhaus, zumal ja fremden Aufsichtspersonen die Zukunft fremder Kinder schon naturgemäß weniger bedeutet als den Eltern, was man ja auch bei den Tieren beobachten kann. Eine Kita ist nur dann eine gute Einrichtung, wenn sie eine Option ist, wenn also Eltern nicht wegen „sozialer Indikation“ oder gar per Gesetz gezwungen sind, ihre Kinder in fremde Hände zu geben. Es kann nicht das Ziel irgendeiner Familienpolitik sein, Lösungen zur Trennung, statt zur Erhaltung, der Familie zu finden.

Was ist Luxus?

Immer mehr Menschen träumen heute von einem Leben fern des Luxus, irgendwo dort, wo einfach nur die Sonne scheint, der Himmel blau, der Boden grün und das Wasser klar ist, ohne Handy, ohne Telefon, ohne Fernseher und ohne Radioaktivität, sozusagen wie in einem ewigen Urlaub zur Kur, und würden ihr ganzes Geld dafür opfern. Die meisten von ihnen bemerken dabei nicht, daß sich dieser Kurort just unter ihren Füßen befindet, wo diese gerade stehen. Denn alles, was sie dazu tun müßten, um in diesen Urlaub zu fahren, ist, ihr Handy, ihren Fernseher, ihr Radio und ihr Auto, ja ihr ganzes Haus aus dem Fenster zu werfen, und schon wären sie da. Was ist es aber, was es so schwer macht, auf all diese Dinge zu verzichten?

Nun, dieser scheinbare Luxus der modernen Konsumartikel, die man so in der Natur nicht vorfindet und die eigentlich nicht das Leben selbst, sondern nur die Arbeit erleichtern, wie z.B. ein Wecker, um pünktlicher zur Arbeit, wo Wecker gebaut werden, zu erscheinen, ein Rasierer, um gepflegter zur Arbeit, wo Rasierer gebaut werden, zu erscheinen, ein Auto, um schneller zur Arbeit, wo Autos gebaut werden, zu erscheinen, und ein Fernsehapparat, um den Streß der Arbeit, wo Fernseher gebaut werden, zwischendurch schneller wieder abbauen zu können und nicht etwa noch anzufangen, über den wahren Sinn des Lebens nachzudenken, den man ja bereits vom Fernsehen zur Genüge eingetrichtert bekommt, gehört einfach zum „Schema“ (siehe dazu auch „Matrix“, der Film), zum „Schäma“ einer unnatürlichen Zwangsgesellschaft, die uns der Teufel aufdrücken will, um uns letztlich das Wertvollste, was auch die Menschen einst hatten, zu nehmen, was auf Erden möglich ist: Freiheit, Unbeschwertheit und Liebe! Denn zur Liebe, dem höchsten Gut, ist der Mensch nur fähig, wenn er frei und unbeschwert ist, wenigstens einigermaßen, so wie es einst noch Adam und Eva waren, an de-

ren Beispiel der liebe Gott sein Prinzip der „freien Liebe“ in der Bibel verdeutlichen wollte, wenn auch mehr symbolisch, aber keinesfalls mißverständlich. Die Unfreiheit begann für Adam und Eva mit einem Biß in den Apfel vom Baum der Erkenntnis, woraufhin sie aus dem Paradiese, sprich aus dem Paradiese der Freiheit, Unbeschwertheit und Liebe vertrieben wurden. Und da das erste, was die neuen „modernen“ Menschen außerhalb des Paradieses taten, die Betreibung von Landwirtschaft war, die Gott Jahwe mit der Schaffung von Unkraut, das es vorher noch nicht gab, verfluchte oder zumindest bestrafte, kann man vermuten, daß die verbotene Erkenntnis zunächst einmal die Erkenntnis über die Landwirtschaft war bzw. ist. Aber warum? Was ist an der Landwirtschaft schlecht? Nun, rein technisch gesehen, bindet die Landwirtschaft die Menschen zunächst einmal an einen bestimmten Ort und in der Folge – was wesentlich bedenklicher ist – an ein bestimmtes System. An ein System namens: Wirtschaft. Dieses muß „natürlich“ noch nicht zwangsläufig ein Nachteil sein, führt aber in jedem Falle zu einer Form von Abhängigkeit, zu einer Abhängigkeit von dem System oder von den Personen, die dieses System betreiben und bestimmen. Im Idealfalle regelt sich in dem System, sprich in der Wirtschaft, alles von alleine, wie durch freies Angebot und freie Nachfrage. Ist aber quasi die Freiheit des Marktes gestört, wie durch allzu freie Wucherung eines Monopols, so ist die Freiheit des Menschen und der Gesellschaft insgesamt in Gefahr.

Das erste Monopol waren, so gesehen, die Luxusgüter, die so in der Natur nicht vorkamen und die nicht alle, sondern nur manche anbieten konnten, wodurch deren Preise entsprechend hoch waren und immer noch sind, Tendenz steigend. Die ersten Produkte der Agrarwirtschaft waren – wenn man so will – die ersten Luxusgüter der Welt. Der Luxus bestand und besteht darin, nicht sehr weite Wege gehen zu müssen, so wie ursprünglich, um dennoch viel „Ware“ vorzufinden. Und das einzige, was

man dafür „nur“ tun muß, um diese Ware zu bekommen, ist: Geld bezahlen, einen Dienst leisten oder einen anderen Glauben annehmen, aber in jedem Fall die Freiheit, weil Unabhängigkeit und Selbständigkeit aufgeben. Dieses ist vergleichbar mit dem Verlust an Selbständigkeit von wilden Tieren, die von scheinbar wohlmeinenden Menschen immer wieder mit irgendwelchen billigen Keksen, wie mit Drogen, aus dem Wald, „in die Stadt“, vorgelockt werden, um sie zuerst nur zu streicheln, dann zu zähmen und schließlich zum Haus- oder gar Arbeitstier zu erziehen. Es ist schlicht die Frage, welcher Preis fürs Leben höher ist: Selber danach zu suchen in einer freien Natur, oder auf der Stelle zu treten, zu arbeiten und nieder zu knien vor einem anderen Herrn als Gott Jahwe, dem Schöpfer auch der Natur mit all ihren grundsätzlich kostenlosen Gütern für die Menschen neben den Tieren. Die „Arbeit“ besteht grundsätzlich schlicht in dem Suchen und Finden der natürlichen Güter, sprich in dem sogenannten Jagen und Sammeln. Und so wäre auch jeder einzelne frei und hätte Arbeit. Wenn aber – wie heute – praktisch jeder Flecken der Erde „besessen“ ist von Menschen, die einfach nur vorher da waren und die jene Erkenntnis über die Landwirtschaft, die erste Produktion, bis zum Exzess angenommen haben, sprich bis zur Massenproduktion, so verbleibt den vielen anderen (jungen) Menschen nur noch ein Leben in einer Art Zirkus oder Zoo, wo sie zur Belustigung desjenigen, von dem die verbotene Erkenntnis einst angeboten wurde, von der „Schlange“, irgendwelche Kunststücke vollbringen, frei nach dem Motto: „Keuchland sucht den Supernarr!“. Die Enttäuschung folgt dann für die meisten auf dem Fuße, da auch Supernarr nicht jeder sein kann. Es haben nur noch die Genies und die Verrückten, nicht aber die mehrheitlichen Normalen eine Chance. Und das ist kriminell! Die Normalen sitzen heute irgendwo auf dem Arbeitsamt, auf der Straße, zu Hause bei Muttern, in der „Klapsmühle“, oder sie opfern ihr Leben am Fließband, wenn sie keine der ersten vier Todesarten wählen mochten und es überdies hinaus ablehnen,

ihrerseits kriminell zu werden. Wenn sie sich also nicht auf diese Provokation einlassen, sondern „unschuldig“ bleiben wollen.

Es gehört durchaus zu dem Schema der Zwangsgesellschaft, heute durch mehr wirtschaftliche „Zweiklassengesellschaft“, dazu, daß einige wenige, die „oberen Zehntausend“, dabei reich, ja steinreich werden, zumindest in rein materieller Hinsicht. Denn man kann halt nicht alle Menschen gleichzeitig und gleichermaßen verarmen und ihrer Rechte berauben, es sei denn durch Umweltzerstörung und gleichzeitiger relativer Überbevölkerung der Erde. Bis dahin aber muß es immer mindestens einen geben, der den „Titanen“ spielt und der exorbitant hohe Kosten, „Staatskosten“, verursacht, damit die anderen, die „Untertanen“, einen Grund haben, auf fast all ihr Hab und Gut zu verzichten und tagtäglich hart zu arbeiten, für einen Hungerlohn.

Dieses Problem einer durch konsequente Spaltung des Mittelstandes in ein „Alles oder Nichts“ so bezeichnaren Zweiklassengesellschaft oder „politischen Ökonomie“, wie es Karl Marx in seinem Buch „Das Kapital“ beschreibt, bestand (für alle Seiten) schon bereits zur Zeit Babylons, jener nicht unbedingt ersten, aber seinerzeit größten Metropole des Schreckens durch Sklaverei einerseits und Selbstbeweihräucherung der Könige und falschen Prediger, Priester und Wunderheiler an der Seite der Könige andererseits. Die babylonischen Berater hatten – wie die heutigen – immer gute Gründe, warum noch mehr Aufwand betrieben werden muß, noch mehr sinnlose Opfer gebracht und noch höhere Mauern und Türme usw. gebaut werden müssen. So ließen sie zu Ehren der jeweiligen oder verstorbenen Könige, die diesen Aufwand wert seien, riesige Denkmäler aus Stein, in der Hauptsache „Pyramiden“, bauen, wohlwissend oder nichtahnend, daß Gott nach eigener Aussage (in der Bibel) keine Denkmäler oder sonstigen (großen) Bauten aus regelmäßig behauenen Steinen (Quadern) mag, ja daß er sie verabscheut. Vermut-

lich nicht zuletzt deshalb, weil er weis, wieviel Leid damit verbunden sein kann. Und Gott will nicht, daß Menschen leiden. Zum Bau der Pyramiden, auch der Ägyptens und vieler anderer frühen Hochkulturen, frohlockten sie Tausende freier Bauern aus den umliegenden Feldern und Dörfern, um ihnen eine Arbeit zu geben, die sie vorher nicht brauchten und die heute nur noch von Strafgefangenen in den härtesten Zuchthäusern der Welt erledigt wird: Hauen im Steinbruch. Zur Belohnung für diese jahrzehntelange Leistung, deren Sinn bis heute weder Archäologen, noch Psychologen verstehen, erhielten zumindest die besten von ihnen, sprich diejenigen, die nicht vorzeitig aus Verzweiflung oder Entkräftung gestorben waren, ein geradezu unbezahlbares Geschenk: ihr Leben! Respektive das, was davon noch übrig geblieben war, sprich ein paar steinfreie Tage im Alter. Und fast so, als ginge es nur um die Beschäftigung als Selbstzweck und um die Verschwendung wertvoller Zeit und Arbeitskraft an sich, werden auch heute noch und umso mehr immer größere Mahnmale der Macht, des Imperialismus und des schlichten Größenwahns gebaut, wie z.B. derzeit auch in der Volksrepublik China, speziell in Shanghai und Umgebung. Der Sinn und Zweck dieser plötzlich überall auf der Welt aus dem Boden schießenden Wolkenkratzer ist eigentlich niemandem so recht klar, außer daß manche dadurch Geld verdienen können, meist aber nur die Spekulanten, Architekten und Ingenieure. So stört es diese auch nur relativ wenig, wenn diese meist leer gebliebenen Verdunkelungen des Himmels irgendwann wieder abgerissen werden, gleichermaßen auf Kosten des Staates. Der Staat läßt Häuser bauen und Häuser abreißen, so gesehen nicht unlogisch, solange sich immer Leute finden, welche die Arbeit machen und das Geld dafür bezahlen. Das Geld der Großen läuft immer im Kreis und schwappt nur just in dem Moment mal in die Hände der Kleinen, wo diese gerade (noch) gebraucht werden. Grundvoraussetzung dazu ist natürlich, daß letztere ständig Geld brauchen, d.h. daß sie glauben, daß sie Geld zum Leben brauchen.

Was ist Fortschritt?

Mit einzelnen Bürgern ist es ähnlich wie auch mit ganzen einzelnen Staaten: Je weniger unabhängig sie von anderen sind, wie durch einen eigenen „Obstgarten“ zur Selbstversorgung, desto leichter und schneller lassen sie sich dazu verführen, anderen Dingen nachzujagen als den eigenen „Beeren“, die im Grunde süß genug sind, um für ausreichend Wohlbefinden (Wohlstand) zu sorgen. Selbst die trockensten Wüsten der Erde sind nachgewiesenermaßen mindestens bei künstlicher Bewässerung fruchtbar genug, um darauf Ackerbau und Viehzucht erfolgreich zu betreiben. Aber die moderne Versuchung, statt dessen, in die Hightech-Welt einzusteigen, wo durch viel Technik angeblich ein schöneres und erfolgreicherer Leben möglich ist, ließ bis heute in den meisten Ländern der Welt jene Basis einer zur Regulierung der (Welt-) Wirtschaft unverzichtbaren Unabhängigkeit, genannt „Natur“, bis auf die Größe kleinerer Blumeninseln zur Verzierung von Straßenkreuzungen und dergleichen schwinden. Dadurch aber wurde der theoretische Weg „zurück zur Natur“ im wahrsten Sinne des Wortes verbaut. Es bestand und besteht nun nicht mehr die leichte und schnelle Möglichkeit einer natürlichen Selbstversorgung, nicht mal mehr in der Theorie. Bei einer plötzlichen Weltwirtschaftskrise auf dem Hightech-Markt, wie z.B. durch einen entsprechenden Börsencrash, würde man, statt Oblaten, Enten und Kürbisse, CDs, DVDs und Computer essen müssen, um sich zu ernähren. Dann hätte man das erreicht, was man ja ursprünglich auch nur wollte: sich ernähren. Nur hätte man dieses auch billiger und sicherer haben können. Je höher sich die Hightech-Spirale durch Schwund der Natur schraubt, desto mehr gerät das eigentliche Ziel außer Sicht- und Reichweite: die Ernährung! Die Hightech selbst braucht kein Mensch, wenn er nur frei wäre, frei wie ein Vogel, aber nicht vogelfrei. Einen Fernseher braucht nur jemand, der keine Zeit hat, die Welt höchst persönlich zu bereisen. Und eine Mondra-

kete braucht nur jemand, dem die Mieten auf der Erde zu teuer sind. Denn schön genug, um darauf zu wohnen, ist doch die Erde, selbst heute noch, oder nicht?

Will sagen: Es wäre, so gesehen, nicht schlimm, wenn die Menschen gelegentlich mal einen Urlaub auf dem Mond oder auch auf dem Mars, wie von manchen geplant, verbrachten, wenn sie währenddessen nicht ihre eigentliche Basis, die Erde, vergaßen. Denn wo wollte der Mensch dann noch hin, wenn er zuerst die Erde und danach den Mars, wo in Tausend Jahren angeblich ein menschenwürdiges Leben für alle möglich sein könnte, zerstört hätte? Was schützt ihn davor, die gleichen Fehler, die er auf der Erde zu deren Zerstörung begangen hätte, nicht auch auf dem Mars zu begehen? Theoretisch müßten doch die Menschen zunächst einmal die im wahrsten Sinne hausgemachten Probleme auf der Erde lösen, um sich zu beweisen, daß sie grundsätzlich lebensfähig sind, ohne dabei den Ast, auf dem sie sitzen, im wahrsten Sinne des Wortes abzusägen. Waren sie dazu in der Lage, so wäre eine Auswanderung auf den Mars für sie möglich, aber andererseits auch nicht mehr nötig. Die Erde jedenfalls war nie schuld an der Umweltzerstörung, der Armut und den hohen Mieten usw.. Der Fehler, der zu Problemen geführt hat, die eine Flucht in oder auf das Meer, in die letzten noch unberührten Wälder oder schließlich gar auf den Mars erstrebenswert oder gar notwendig erscheinen lassen, war doch nie der, daß es auf der Erde kein Wasser, kein Grün, keinen Sauerstoff in der Luft oder nicht genügend Wärme gab, was auf dem Mars erst einmal durch allerlei Maßnahmen bewerkstelligt werden müßte, wenn überhaupt. Dieses blindwütige Ausprobierenwollen ausnahmslos aller technischen Möglichkeiten, die sich irgendwo am Horizont der Versuchung auftun, entspricht so ganz der vom Teufel so geliebten Gigantomanie einer Selbstzerstörung durch Übertreibung, durch Extremismus in jeder nur denkbaren Hinsicht, so wie ja einst auch die Dinosaurier, die wahrscheinlich größten al-

ler jemals auf der Erde gelebt habenden Tiere, irgendwann unter ihrem eigenen Gewicht hilflos, weil praktisch regungslos zusammengebrochen sind, vergleichbar dem späteren römischen Reich und anderer Großreiche, zu großen Firmen oder am Schluß gar der gesamten Menschheit. Die Gefahr einer zu großen Bindung (Fusion) ursprünglich freier Elemente zu einer Mutation ist immer wieder die einer schließlichen Unbeweglichkeit und damit auch Handlungsunfähigkeit bis hin so zum unvermeidbaren Ende der betreffenden Unternehmung, Gesellschaft oder Person. Es ist damit ähnlich wie mit einem 12-köpfigen Riesendrachen, der zwar groß sein mag, aber nicht wirklich stark ist, weil zu unbeweglich, da jeder Kopf etwas anderes will. Auch „Siamesische Zwillinge“ leiden unter diesem Problem. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurden heute sogar schon manche Firmenfusionen freiwillig wieder aufgelöst. Anstatt nun aber sich die Politik darüber freut, weil so mehr Wettbewerb zum Wohle der Allgemeinheit herrscht, werden unaufhörlich insbesondere ohnehin schon große Firmen mit Milliardensubventionen zum „Fressen“ kleinerer Betriebe unwillkürlich animiert, was letztlich einer Fusion oder – noch schlimmer – einer Mutation mit am Schluß nur noch einem einzigen Kopf (Auge) an der Spitze gleichkommt. Was hat das mit Wirtschaftspolitik zu tun?

Aber auch politische Parteien leiden oftmals unter der Vielzahl ihrer Köpfe, die gelegentlich völlig verschiedene Dinge wollen. Da hilft eigentlich nur eines: Trennung! Sich Trennung der Vernünftigen von den Widersachern der politischen Grundposition! Das Verlassen der Grundpositionen einer Partei seitens mancher ihrer Redner macht sich eher selten bei internen Sitzungen, denn vielmehr bei Reden in aller Öffentlichkeit (z.B. im Parlament) deutlich und sollte der Basis zu denken geben, auch dann, wenn die „falschen Prediger“ einst aus der Basis ganz fundamental hervorgegangen sind. Diese können sich schlicht durch falsche Einflüsse allmählich und unwiderruflich fehlentwickelt haben,

so wie sich ja auch einzelne Bürger durch falsche Einflüsse fehlentwickeln können. Die wohl größte und, so gesehen, vielleicht auch einzige Abweichung von der Grundposition der Welt seit der Schaffung der Menschlichkeit als versuchte vollendete Ablösung der alten tierischen Welt voller Gewalt, Zerstörung, Gefräßigkeit und schließlich Degeneration durch Übergröße ist: der „Fortschritt“! So wurde und wird noch heute der erste Schritt des Menschen (Armstrong's) auf den Mond als seinen bislang größten Fortschritt betrachtet. Der Mensch schritt fort aus dem Paradies, genannt „Erde“, um in einer entfernten lebensfremden Welt aus Steinen, Staub und Kratern wie nach einem Krieg zu landen und vor lauter Glück zeitweise abzuheben. Genau genommen, eher rückständig (zurück in den Staub), statt fortschrittlich. Aber der Mensch will sich wohl etwas beweisen, wie z.B., daß er sehr wohl in der Lage ist, sich durch „kluge“ Technik und Politik auch auf Erden eine solche Mondlandschaft selber zu schaffen. Aber wie soll er das machen? Fast überall auf der Erde wachsen grüne und bunte Pflanzen, bestehen blaue Meere, Seen und Flüsse. Welche Macht, außer die Gottes, wäre in der Lage, all das zu zerstören? Richtig! Die Technik! Viel mehr noch: Technik in den freien Händen von Menschen!

Da überall im Boden der empfindsamen Erde „Bodenschätze“ oder auch „wertvolle Rohstoffe“ in den Augen der Menschen lagern, bedarf es praktisch nur einer auf ständigen „Fortschritt“ und ständiges „Wachstum“ getrimmten Konsumwirtschaft einer unaufhörlich größeren Gesellschaft von Menschen weltweit, wo ständig mehr ge- und verbraucht wird, sodaß unter Einsatz immer größerer Technik (High-Tech) letztlich das Ökosystem der Natur zusammenbrechen und eine Art Mondlandschaft entstehen würde, und das sogar schon ohne gegenseitige Kriege der Menschen. Die Welt- und Bürgerkriege, die früher noch durch langwierige und komplizierte Intrigen auf höchster gesellschaftlicher Ebene angestiftet werden mußten, werden so schier auto-

matisch die „natürliche“ Folge einer solchen selbstgestrickten Verknappung der natürlichen Ressourcen sein. Denn jeder will ja vor allem eines: leben! Mit anderen Worten: Die Macht des Stärkeren wird entscheiden. Ade „Zivilisation“, hallo again Barbarei! Will sagen: Was hat es mit Fortschritt zu tun, wenn durch Förderung allein der Technik, nicht aber auch und zuerst des Verantwortungsbewußtseins ein zeitlicher Rückschritt um mindestens 65 Millionen Jahre in die junge Kreidezeit getan wird, wo quasi der Kanibalismus regierte, kurz bevor dann eine riesige Feuersbrunst alles Leben unter sich begrub? Brauchen auch wir Menschen erst eine solche Feuersbrunst, um zu verstehen? Wo heute noch trotz bereits recht hoher Erdbevölkerung ein friedliches und für jeden reichhaltiges Leben durch Gerechtigkeit einerseits und allgemeine bewußte Einschränkung des Verbrauchs und der Ausdehnung des Menschen insgesamt möglich ist, wird morgen in der von den Predigern des Fortschritts ach so hoch gelobten „Zukunft“ lediglich eine riesige Fundgrube rätselhaft entarteter Knochen einer unter mysteriösen Umständen versunkenen oder versenkten „Hochkultur“ für Archäologen einer anderen Welt übrig geblieben sein. Es ist einfach im wahrsten Sinne des Wortes ein immer größeres Pulverfaß, auf dem wir Menschen seit der Technik sitzen, bis zum nächsten Urknall, der alles rückgängig macht. Und damit müssen noch nicht einmal nur die Bomben und sonstigen High-Tech-Waffen unserer Zeit gemeint sein. Allein schon die großen Staudämme, Flugzeuge, Schiffe und sonstigen Großprojekte stellen je eine tickende Zeitbombe dar. Denn je materiell größer ein Objekt, desto instabiler, statt stabiler, ist dessen Statik im Verhältnis, bis zum letztlich unvermeidbaren Desaster, auch durch allmähliche Materialermüdung unter der ständigen gleich hohen Belastung. Wird dann noch aus Kostengründen am Material und an der Sicherheit überhaupt gespart, genügen geringste Schwankungen der Belastung, wie z.B. durch unvorhergesehene Naturkräfte von Wind, Wasser, Erdbeben usw., um schließlich Gott die Schuld für alle

Zerstörung zu geben. Der Widerspruch in sich. Denn Gott hat schließlich eigens den Menschen als nunmehr bewußt körperlich kleines, aber geistig großes, weil verantwortungsbewußtes Wesen geschaffen, das trotz höherer technischer Fähigkeiten und eines erstmals freien Willens nicht „übertreiben“ wird, sondern durch ein Streben nach Frieden, Liebe, Gerechtigkeit und Bescheidenheit oder schlicht durch Vernunft durch Verstand im Sinne von Verstehen einen neuerlichen Raub-Bau an seinesgleichen und der Natur vermeiden wird. Es liegt nun an uns, durch bewußten Verzicht auf immer größere Projekte auch uns selbst zu beweisen, daß „er“ sich nicht in uns getäuscht hat. Liegt auch die Versuchung nahe, durch Aufstellen immer extremerer Rekorde speziell der Baukunst, Armut und Korruption, Gott unsere „Niedrigkeit“ durch Selbsterniedrigung zu zeigen, so sollten auch wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen, um noch eine Zukunft zu haben. Denn: Um noch aus Fehlern lernen zu können, dürfen sie vor allem nicht zu groß gewesen sein.

Die Technik kann – friedlich genutzt – ein Paradies auf Erden sein, weil sie dem Menschen allgemein Arbeit abnehmen kann. Wird sie aber mißbraucht, quasi nach dem Motto: „Flugscharen zu Schwertern!“, so kann sie die Hölle auf Erden bedeuten. Auch ein „nur“ wirtschaftlicher Mißbrauch der Technik durch allzu einseitiges Eigentum daran kann eine Hölle auf Erden für viele bedeuten. Die Technik führt durch maschinelle Verstärkung der Kraft (Macht) zurück in eine Welt des Gigantomanismus anhand immer größerer Häuser und Bagger (Dinos zu Lande), Schiffe (Dinos im Wasser) und Flugzeuge (Dinos in der Luft), aber auch Kraftwerke, Bohrinseln, Tunnel und Pipelines, immer verbunden mit der regelrecht explosiven Gefahr einer Übertreibung oder gar einer nicht friedlichen Nutzung. Es ist im wahrsten Sinne ein Spiel mit dem Feuer, quasi seit der Entdeckung des Feuers. Es gilt, zu entdecken, wie man durch kühle Vernunft größere und längere Feuer vermeiden kann.

Was ist die Moderne?

Gab es nie einen Teufel,
so wurde dieser durch die
Moderne erschaffen.

Was ist Blindheit?

Auf allen guten Motorsägen der Welt
steht geschrieben: „Nicht in die Hände
von Kindern oder Blinden geben!“.
Warum richtet sich niemand
danach?

Was ist Raubbau?

Raubbau ist, wenn die Natur und
alle Menschen es bezahlen müssen,
wenn manche Menschen glauben, die
Rohstoffe der Natur hätten keine wichtige
Funktion in der Natur.

Was ist die Sphinx?

Die Sphinx ist ein Denkmal der Arbeitsmoral:
Unabhängig von dem praktischen Nutzwert ihrer Arbeit
opfert viele Menschen Zeit, Kraft und Natur
für einen König, der halb Mensch und halb
Raubtier ist, der sich aber als Gottheit
betrachten lassen will.

Was ist Umweltschutz?

Der größte Schutz der natürlichen Umwelt der Erde vor einer möglichen Zerstörung durch die eigenen Bewohner bestand von je her, d.h. vor der Technik, eigentlich nur darin, daß es für diese nicht leicht, weil sehr kraftaufwendig gewesen wäre, die Umwelt nach ihrem, statt nach Gottes, Willen „zu gestalten“. Es hätte im wahrsten, weil physikalischen Sinne sehr viel Arbeit aufgewendet werden müssen. Der moderne Begriff der „Arbeit“, mit dem ja nicht etwa das natürliche, umweltschonende und zum Leben grundsätzlich vollkommen ausreichende Jagen und Sammeln in freier Natur unserer Vorfahren gemeint ist, sondern vor allem die Tätigkeit in Bergwerken und auf sonstigen Großbau- stellen und verarbeitenden Plätzen, ist also, so gesehen, nur eine vornehme und bei öffentlichen Reden immer gut klingende Kurzumschreibung für „planmäßige Umweltzerstörung“.

„Planmäßig“ insofern, als daß ja offenbar trotz großer Bemühungen von Umweltschützern die Regierung immer wieder noch Millionen und Milliarden der Steuergelder Jahr für Jahr in die nimmersatten Rachen der Dinounternehmer durch bewußte Einplanung dessen in den staatlichen Haushalt wirft. So wurde und wird nun auch die Finanzierungshürde von Technik zur Verrichtung der fragwürdigen, weil völlig unnatürlichen und weitestgehend unnötigen Arbeit überwunden. Damit wurde und wird aber der radikale und egoistische Abbau von Rohstoffen ohne Rücksicht auf ein Heute oder Morgen der Natur und der Allgemeinheit nicht nur gefördert, sondern überhaupt erst möglich gemacht. Oder anders gesagt: Würde es z.B. seitens des Staates keinerlei Zuschuß zur Kohleförderung oder zum Kohlekauf aus dem Ausland geben, so wären Produkte der mit Hilfe von Kohle stahlverarbeitenden Industrie derart teuer, daß es sich jeder potentielle Käufer z.B. eines Autos zwei oder drei Mal überlegen würde, ob er überhaupt ein Auto braucht und ob nicht doch die

Möglichkeit – falls vorhanden – zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel oder auch einfach ein Fahrrad genügt. Dieses wäre die natürliche Preisauthentizität – geregelt durch authentisches Angebot und authentische Nachfrage – und gleichermaßen die natürliche Bremse einer allzu leichtfertigen Ausbeutung und damit Gefährdung der Natur. Wenn aber – wie heute – die technischen Produkte, die größtenteils aus irgendwo tief im Boden der Erde „versteckten“ Stoffen, genannt „Rohstoffen“, bestehen bzw. hergestellt werden, durch staatliche Förderung auf Schuldenbasis künstlich billig gehalten werden, was deren Verkauf im Einzelhandel betrifft, so ist dieses nicht einmal – wie ursprünglich argumentiert – zum finanziellen Vorteil der Verbraucher, die ja schließlich irgendwann die Staatsschulden durch (höhere) Steuerzahlungen tilgen müssen, falls nicht die Verantwortlichen allein. Es begünstigt ausschließlich diejenigen, die ohnehin vorhaben, sich z.B. ein Auto zu kaufen. Die „Hemmschwelle“ zum Konsum „materialfressender“ und somit umweltgefährdender Produkte wird so allerdings für alle ein stückweit gesenkt und vorher nicht vorhandene Nachfrage künstlich erzeugt und in die Höhe geschraubt, wie einst der Turm zu Babel.

Solche Wirtschaftspolitik, die ja immer irgendwo auf Schuldenbasis oder Basis einer steuerlichen Überbelastung des einfachen Bürgers, der quasi noch vor Betreten eines Autohauses ein halbes Auto gekauft hat, ausgetragen wird, da die Staatskasse in dem Sinne kein eigenes Geld hat, ist sowohl in ökologischer, als auch ökonomischer Hinsicht eine tickende Zeitbombe, die nahezu zwangsläufig irgendwann einmal platzen muß. Denn auch Banken könnten ja „plötzlich“ einmal „pleite“ sein. Und was dann? Zurück zur Pferdekutsche? Von heute auf morgen? Über Nacht? Bekanntermaßen ist heute auch die Landwirtschaft stark subventioniert. Bei einem plötzlichen weltweiten Kreditstopp für den Staat würden auch die Preise der Lebensmittel sintflutartig steigen und viele Bürger quasi über Nacht „auffressen“.

Was ist Bildung?

Der heutige Bildungswahn der großen Industrienationen geht einher mit ihrem Hightech-Wahn: Je mehr Fortschritt notwendig zu sein scheint, desto mehr Fortbildung scheint notwendig zu sein. So gesehen nicht unlogisch. Aber dieses zeigt eben, daß ein grundlegender Fehler lauter äußerlich logische Folgefehler nach sich ziehen kann, deren eigentlicher Irrsinn dann nur noch gefühlt oder durch konsequente und akribische Rückverfolgung bis zum Ursprung erkannt werden kann. Die heutige (falsche) Denknorm ist: Wer leben will, braucht Nahrung (richtig); wer Nahrung will, braucht Geld (falsch); wer Geld will, braucht Arbeit (falsch); wer Arbeit will, braucht Bildung (falsch); wer Bildung will, braucht Schulen (falsch); wer Schulen will, braucht Städte (zutreffend); wer Städte will, braucht Straßen und Plätze (zutreffend); wer Straßen und Plätze will, muß Natur zerstören (zutreffend); wer (die) Natur zerstört, kann sich nicht ernähren (zutreffend); wer sich nicht ernähren kann, muß andere Leistungen wie z.B. Hightech produzieren und exportieren (zutreffend).

Was ist nun aber, wenn das Ausland ausnahmslos in gleicher Weise denkt und handelt? Wer kann sich dann noch ernähren? Kann man Computer essen? Wer braucht noch Computer, wenn es keine Äpfel oder Bananen mehr gibt? Wer braucht Computer, solange es Äpfel und Bananen (usw.) gibt? Will sagen: Sicherlich lebt der Mensch nicht vom Brot allein, sondern wünscht sich auch Unterhaltung, wie z.B. durch Computerspiele. Stehen sich aber auf dem Weltmarkt beispielsweise ein reines Agrarland und ein reines Hightechland gegenüber, um miteinander Tauschhandel über ein gemeinsames oder fremdes Geld zu betreiben, so wird das Geld am Schluß vollständig bei dem Agrarland sein, da die Nachfrage (des Hightechlandes) nach Nahrungsmitteln dauerhafter ist als die Nachfrage (des Agrarlandes) nach Hightechartikeln. Dieses liegt schlicht daran, daß Hightecharti-

kel hauptsächlich Gebrauchsgüter und landwirtschaftliche Produkte in der Hauptsache Verbrauchsgüter sind. Mit anderen Worten: Irgendwann würde der Hightechmarkt ohnehin und in jedem Fall gesättigt sein, da man allgemein nicht ständig neue Hardware, sondern allenfalls neue Software, braucht, um sich zu unterhalten. Wer kauft heute noch einen neuen Fernseher oder Computer, solange der alte nicht regelrecht kaputt ist? Die Qualitätsveränderungen sind heute nur noch gering, wenn nicht sogar eher rückläufig, da der Zenit vielfach schon erreicht oder überschritten ist. Die Hightech ist und war von Anfang an eine Art Auslaufmodell und wird später (bei Marktsättigung) Ladenhüterin sein. Dann wird sich die Nachfrage quasi nur noch auf neue Software und „Foodware“ konzentrieren, und Betreiber von Schnellrestaurantketten und Softwareproduktion werden die unumstrittenen Könige sein. Wer heute noch auf Hightech-Hardware setzt, ist wie jemand, der einfach auf Verdacht Wolkenkratzer in den Raum stellt, in Erwartung einer nie dagewesenen, aber eigentlich nicht notwendigen Bevölkerungsexplosion.

Es ist eben heute die Frage, ob es Sinn macht, eine Bevölkerungsexplosion in Kauf zu nehmen, wie z.B. durch Ächtung von Verhütungsmitteln und Förderung von Potenzmitteln, nur um dadurch mehr Häuser und mehr Hightech bauen zu können, damit die Leute „Arbeit“ haben, so als wüßten sie sonst nicht, sich den lieben langen Tag zu beschäftigen, wie z.B. durch Liegen am Strand, Wandern durch Wälder oder Abernten der eigenen Felder vor dem kleinen selbstgebauten Haus. Durchschnittlich gesehen, entfällt bei höherer Bevölkerungszahl keine höhere Arbeit pro Arbeiter beim Bau höherer Häuser. Und auch Häuser sind irgendwann einmal fertig. Und was dann? Womit beschäftigen sich die Leute dann? Mit dem Abreißen dieser Häuser? Wie zum Beispiel durch Krieg? Damit sie danach wieder neue Häuser bauen können und somit nie arbeitslos sind? Arbeiten die Menschen, um zu leben, oder leben sie, um zu arbeiten?

Was ist eine Ausbildung?

Es ist zwar richtig, daß man eine Ausbildung braucht, um einen Arbeitsplatz bei einem Arbeitgeber zu bekommen, aber es ist falsch, daß man einen Arbeitsplatz bei einem Arbeitgeber, statt auf eigenem Acker, braucht, um zu leben.

Was ist Fortbildung?

Mit der Fortbildung ist es wie mit dem Leistungssport: Wie hoch man auch springt und dabei seine Knochen riskiert; am Ende stehen doch wieder nur drei Leute auf dem Siegereppchen.

Was ist Gewalt?

Auch Zwangsbildung ist nur eine Form von Gewalt.

Was ist Beschäftigung?

Beschäftigung ist, wenn jemand, der nichts geerbt hat, weil seine Eltern oder Ureltern einst enteignet wurden, gezwungen ist, sich dieses Kapital durch lebenslangen Arbeitsschweiß, anstatt durch Entschädigung per Gesetz, zurück zu holen.

Was ist eine Wirtschaftskrise?

Man könnte sagen; die eigentliche Wirtschaftskrise ist nicht die Pleite einer noch so großen, beliebten und berühmten, aber sich – trotz alledem – verspekuliert habenden Investment-Privatbank, sondern die allgemeine, sich schier immer weiter fortpflanzende Deflation! Aber was heißt das?

Nun, eine Bank z.B., die heute noch im großen Stil die von etlichen Anlegern aller möglichen Art wie als Kredite erhaltenen Gelder ihrerseits weiter verlieh, wie z.B. an Privatbürger, die sich von dem Geld ein Haus auf Abzahlung kaufen wollten, indem sie von ihren Arbeitslöhnen ca. zwanzig bis dreißig Jahre lang stets einen Teil davon zur Tilgung ihres Hauskredites abziehen würden, wäre faktisch wie ein Spieler, der auf anhaltende oder gar steigende Konjunktur setzt, und nicht etwa auf zunehmende allgemeine Arbeitslosigkeit, sprich sie wäre eine „blinde“ Tagträumerin. Denn man braucht ja heuer nur mal selber aus dem Fenster zu schauen oder wenigstens die Zeitung aufzuschlagen, um zu sehen, daß es eher immer mehr Arbeitslosigkeit, denn Konjunktur gibt. Und daran könnten auch noch so viele und große Konjunkturpakete der Regierung nichts ändern. Denn es trifft zwar zu, daß jemand, der über Millionen Dollars oder Euros verfügt, ob selbst verdient oder nicht, ein paar Arbeitnehmer für einige Zeit beschäftigen könnte, aber erstens nicht, daß er dazu verpflichtet, noch daß er (deswegen) daran interessiert wäre. Denn es war ja in dem Sinne noch nie das Problem eines Unternehmers, der eine hohe Produktnachfrage seitens seiner Kunden hätte, irgendwo her aus dem privaten Finanzmarkt ausreichend Geld zur spontanen Finanzierung einer höheren Produktion zur Befriedigung der ach so hohen Nachfrage zu bekommen. Vielmehr läßt seit einiger Zeit ganz allgemein die Kundennachfrage landes- wie weltweit zu wünschen übrig. Und daran sind die Unternehmer auch selber nicht ganz unschuldig.

Immerhin ersetzen sie – nicht selten dank hoher Fördergelder der Regierung zum Zwecke eigentlich der Schaffung neuer zusätzlicher Arbeitsplätze – zunehmend ganze Horden von Arbeitnehmern durch sparsam und zuverlässig arbeitende Maschinen, genannt „Rationalisierung“, und zahlen obendrein den wenigen noch verbliebenen menschlichen Arbeitern immer weniger Lohn für immer höhere Arbeitsleistung, genannt „Qualifizierung“. Und dann wundern sie sich, daß dadurch irgendwann auch ihre Kundschaft auf dem Markt wegrationalisiert ist. Denn die Kunden sind in dem Sinne nicht irgendwelche Groß-, Klein- oder Zwischenhändler, sondern das sind die vielen kleinen Millionen Endkunden an der Basis, sprich der ganz normale Bürger. Denn alles, ja absolut alles, außer vielleicht ein paar Hubschrauber und Segeljachten, wird für den Bedarf des normalen Bürgers produziert, nach dessen Nachfrage. Wird jedoch keine Nachfrage mehr gestellt, weil entweder der Bedarf einstweilen oder dauerhaft gestillt ist, oder weil zwar Bedarf, aber kein Geld zum Kaufen vorhanden ist, so müssen die betreffenden Betriebe unweigerlich dicht machen, weil kein Absatz mehr möglich ist.

Der mangelnde Absatz durch mangelnde Kaufkraft der breiten Masse ist letztlich das Problem und die Ursache der modernen Wirtschaftskrisen, bzw. das ist die Wirtschaftskrise, denn Wirtschaftskrise heißt ja im Prinzip nichts anderes, als daß nicht genug gekauft und verkauft wird, denn Wirtschaft ihrerseits bedeutet nichts anderes als Kaufen und Verkaufen.

Die Pleite einer oder mehrerer Banken oder Automobilfirmen oder dergleichen ist nicht in dem Sinne ein Problem für die Allgemeinheit, solange stets die Grundfesten, wie die Arbeitsplätze, die Arbeitslöhne, die Steuereinnahmen des Staates, die sozialen Hilfen des Staates, die gerechte Verteilung des Grund und Bodens und die Intaktheit der Natur usw., dadurch nicht erschüttert, geschweige denn zerstört werden. Es war und ist eben dies-

bezüglich ein – wie man sah und sieht – folgenschwerer Fehler, die sehr wohl vorhandene soziale Verantwortung des Staates für seine Bürger, der ihnen ja immerhin durch manigfaltige Gesetze und Bestimmungen eine gewisse Unfreiheit, nicht zuletzt in bezug auf eine nicht mehr wie in der Steinzeit vorhandene Freiheit der Jagd oder des Sammelns beschert, ausgerechnet und in dem Maße an die Privatwirtschaft abzutreten. Dieses ist ungefähr so, als würde man die Aufzucht von Entenküken ausgerechnet einem Rudel nimmersatter Löwen überlassen, quasi ohne jede Einmischung des Staates. Will sagen: Selbst wenn man es durch Konjunkturpakete und Steuervergünstigungen bis knapp vor dem Staatsbankrott tatsächlich erreichen, quasi kaufen, könnte, daß Unternehmer sich auch noch mit den letzten Arbeitslosen beschäftigen, obwohl sie diese nicht brauchen, so löste dieses immer noch nicht das eigentliche Problem, nämlich daß das Privatarbeitnehmertum allein den normalen Lebensunterhalt der Arbeitnehmer per se nicht sichern kann und dadurch Deflation auslöst und spiralförmig fördert. Wie ist das möglich?

Nun, da die meisten Arbeitgeber Gewinne erzielen wollen, zahlen sie stets insgesamt weniger Lohn, als was dann anschließend die zum Verkauf angebotenen Produkte im Endverkauf kosten (sollen). Dieses führt schließlich und turnusmäßig dazu, daß nicht alle Ware gekauft werden kann, daß also Ware in den Regalen liegen bleibt. Da ein solches aber unökonomisch ist, weil liegengebliebene Ware mit der Zeit verdirbt, wird sich „gesundgeschrumpft“, indem beim nächsten Mal, beim nächsten Turnus, weniger Ware produziert und angeboten wird. Zwecks dessen können folglich Arbeitnehmer in der Produktion und im Verkauf usw. entlassen werden. Da nun aber durch diese Entlassungen, die noch nicht einmal rationalisierungs-, sondern deflationsbedingt sind, weitere Kaufkraft der breiten Masse verloren geht, weil ja Arbeitslose – ohne die Hilfe des Staates – Mittellose sind, bleibt wiederum von der ohnehin schon geringer geworde-

nen Warenmenge Ware im Verkaufsregal liegen. Wiederum muß die Produktion verringert werden, um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben. Weitere Arbeits- und Mittellosigkeit entsteht usw., usw.. Dieser „Trend“ auf dem Arbeitsmarkt setzt sich schließlich und endlich, quasi spiralförmig, so weit fort, bis alle Arbeitnehmer entlassen sind und sämtliche Produktion eingestellt ist. Und das, obwohl nach wie vor alles Mögliche produziert und verkauft werden kann, wenn halt nur die Kunden immer wieder genug Geld zur Verfügung hätten. Will sagen: Der Produktion ist es im Grunde egal, woher die möglichen Kunden Geld zum Kaufen haben, und nur wenn gewinnsuchtbedingte und rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit nicht automatisch mit Mittellosigkeit verbunden ist, kann weitere deflationsbedingte Arbeitslosigkeit verhindert werden. Der Produktion, die ja für den materiellen Wohlstand entscheidend ist, ist es ebenfalls völlig egal, wieviel Arbeitnehmer sie zur Produktion braucht. Im Gegenteil! Der Produktion ist und war es seit Anbeginn lieber, eher weniger Arbeitnehmer als „Produktionshelfer“ bei gleichbleibendem Produktionsumfang zu beschäftigen. Es war immer nur der Staat, der auf hohe Beschäftigung in der privaten Wirtschaft bestand bzw. hoffte. Denn wie sollten auch sonst die vielen Leute zu Geld kommen, um zu kaufen? Der Punkt ist aber, daß aufgrund von größtenteils erheblicher Unterbezahlung auch heute noch „arbeiten“ nicht sehr viel mit „Geld verdienen“ zu tun hat. Oder anders gesagt: Um eine Deflationsspirale – wie beschrieben – auszulösen, genügte im Grunde (theoretisch) bereits die geringste Unterbezahlung auch nur einer einzigen natürlichen Arbeitskraft! Das Prinzip „Freie Marktwirtschaft“ funktioniert nicht, sobald auch nur eine einzige Person eine nicht selbständige Arbeit ausführt und dabei unterbezahlt wird! Etwas anderes ist es hingegen, wenn der Staat durch Erhebung entsprechender Steuergelder einerseits und Ausschüttung dieser Gelder über die breite Masse andererseits für einen Ausgleich für mögliche oder tatsächliche Unterbezahlung und nicht nur für reine Mittellosigkeit

keit sorgt und dadurch ein „endloses“ Fortschreiten der irgendwo und irgendwann durch Gewinnmacherei in Gang gesetzten Deflation stoppt. Es ist dabei ähnlich wie bei einer geschlossenen Kolbendampfmaschine, wo das Arbeitsmittel Wasser (Geld) niemals unwiderruflich nach draußen verpufft, um dadurch den (Wirtschafts-) Kreislauf zu verlassen, sondern durch eine spezielle Steuerung (Steuer) als Kondensat immer wieder dem Arbeitsprozeß der Maschine „hintenherum“ zugeführt wird. Auf diese Weise wird praktisch ein unendlicher Weg wie im Kreisverkehr eines ewigen Ovalrennens, statt einer Einbahnstraße, beschritten. Die Unternehmer sind immer wieder heiß, sich nach dem Geld zu strecken, wodurch die Maschine (-rie) der Produktion in Bewegung gesetzt und gehalten wird. Es ist so ein endloses Verkaufen einerseits und endloses Kaufen andererseits möglich. Es kann stets alle Ware verkauft werden, nur muß halt immer hinterher eine Steuer auf den Geldbesitz gezahlt werden, was in der Gesamtheit natürlich bedeutet, daß die Wirtschaft keine ständig größeren Geldgewinne erzielen kann. Dem einzelnen Unternehmer könnte dieses aber insofern egal sein, als daß so zwar durchschnittlich gesehen niemals jemand einen Gewinn machte, da die durchschnittliche Geldmenge, die Geldmenge pro Kopf, grundsätzlich immer gleich ist und gleich zu sein hat, daß aber durchaus die „besseren“ Wettstreiter auf dem Markt – je nach Leistung – wenigstens zeitweise einen partiellen Gewinn zu Lasten anderer machen könnten, wodurch das Geldvermögen anderer zwar sank, aber bei adäquater „Bürgergeldversicherung“ niemals vollkommen unterging, sodaß die Deflation niemals einen bestimmten Level der Kaufkraft untergraben könnte. Ein ständiger völliger Ausgleich des Geldvermögens ist weder nötig, noch möglich, da ja immer mindestens einer einen Geldbetrag ausgeben und ein anderer annehmen müßte, um daß Wirtschaft passiert. Die Geldmenge braucht dazu niemals größer, noch kleiner zu werden, sondern gewährt lediglich – je nach aktueller Leistung – unterschiedlich große Anteile an ihrem Kuchen.

Was ist Inflation?

Inflation und Deflation sind beides
Halbwahrheiten: Die Reichen
haben Inflation und die Armen Deflation.

Was ist Standortpolitik?

Der theoretisch einfachste Weg, eine Flucht
des Kapitals nach dem Ausland zu fördern,
ist es, Personen und Gelder von der Steuerpflicht
zu befreien, wenn sie nur ihren Sitz ins
Ausland verlegten.

Was sind Steuern?

Es gibt nicht wenige, die heute darüber diskutieren, ob nicht die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden sollte, nachdem diese ja vor ein paar Jahren wegen angeblicher Ungerechtigkeit gegenüber den Vermögenden abgeschafft worden war. Das Kuriose daran ist, daß es im Grunde gar keine andere Steuer gibt. Auch alle heutigen Steuern stellen ja letztlich eine Beschneidung des Vermögens dar, nämlich des Geldvermögens. Nur trifft dieses heuer meist die Kleinen. Dieses ist nicht nur ungerecht, sondern obendrein auch mathematisch völlig unpraktikabel. Denn bei den Armen ist nicht viel zu holen, logisch. Das heutige Argument der Reichen, sie hätten sich ja nun mal dieses viele Geld durch erhebliche Leistung verdient, befreit diese nicht von einer höheren Steuerzahlung, sondern begründet letztere erst überhaupt. So jedenfalls nach dem Jahrtausende alten Mengensteuerprinzip, nach dem nicht etwa die Ärmsten am meisten und die Reichsten am wenigsten Steuer zu zahlen haben, sondern natürlich genau umgekehrt. Es scheint so, als wollte da heute tatsächlich jemand alle natürlichen Regeln auf den Kopf stellen, einschließlich des Kruzifix. Ein reines Wunder, so gesehen, daß die Welt noch steht. Aber wie lange noch unter diesen Bedingungen und um welchen Preis? Das ist die sich immer weiter zuspitzende Frage. Denn damit, daß der Staat vor den steuerlichen Eingriff ins Portemonnaie der Leute und geheimen Gesellschaften Bedingungen stellt, wie den Kauf einer Ware oder die Einstellung eines Arbeitnehmers, macht er sich das fiskalische Leben nur selber unnötig schwer und immer schwerer. Denn im Grunde genommen will er doch von den Steuereinnahmen nur die Staatsbeamten und die sonstigen von ihm Beauftragten für deren Mühen im Dienste des Staates belohnen. Bestand früher der Lohn der Mühe (Arbeit) z.B. eines Kornbauern just zunächst in dem bei Erfolg geernteten Korn, so verlangte der Schweiß eines damaligen Staatsbeamten just einen Teil von diesem Korn über

die Kornsteuer. Denn von irgendetwas wollte ja auch ein Staatsbeamter, der ja einen Dienst für die Allgemeinheit, also auch für die Kornbauern, leistete, leben. Es ging also seit der Geburt des Steuerwesens prinzipiell immer „nur“ um ein gewisses Teilen des Vermögens der Allgemeinheit mit den zumeist besitzlosen Beamten und sonstigen Dienstleistern des Staates, die ihre Zeit, statt auf dem Felde, wo sie sonst Korn hätten sähen und ernten können, in irgendeinem Rathaus oder dergleichen investierten.

Auch dann, wenn die Beamten selbst Vermögen hatten, so hatten sie ja dennoch ob ihrer Mühen im Interesse der Allgemeinheit zunächst einen Zugewinn an Vermögen verdient, was nicht zwangsläufig ausschließen muß, daß sie selbst ebenfalls eine Steuer darauf zu zahlen hätten, so daß dieses Vermögen nicht irgendwann zu groß würde. Das eine schließt hier das andere nicht aus. Prinzipiell will aber jeder, der eine Arbeit leistet, einen Lohn dafür beziehen, auch ein Beamter. Und dieser Lohn kann halt grundsätzlich immer nur in Form von Materie, sprich Vermögen – ob klein oder groß –, bestehen. Auch Geld ist Vermögen, da es zwar selbst keine Materie ist, die man essen oder in der man wohnen könnte; da man aber für Geld alles mögliche, und nicht nur Korn, kaufen kann, ist die Bezahlung eines Staatsdieners mit Geld just so, als würde man ihn mit „Brötchen“ (aus Korn), d.h. mit den eigentlichen natürlichen Werten, belohnen, sprich als würde die Allgemeinheit ihr Vermögen, die Ernte, mit ihm teilen, soweit er sich dieses verdient hätte.

Insofern geht es bei der Steuererhebung an sich nur um ein gerechtes Teilen des Vermögens, sprich heute des Geldvermögens, mit den Staatsdienern, soweit diese Arbeit geleistet haben. Ein Verträsten jedoch der Staatsdiener, die ja auch nur Menschen sind und jetzt und heute leben wollen, auf den möglichen Tag irgendeines Aufschwungs oder einer Erholung der Konjunktur, so wie von manchen Regenmachern meist kurz vor den (Wieder-)

Wahlen vorhergesagt, ergibt quasi nur dann einen Sinn, wenn der Staat sich – aus was für Gründen auch immer – vorgenommen hat, jeden Geldbetrag, der irgendwo einmal verdient wurde, nur ein einziges Mal zu besteuern. Aber mit welchem Recht? Mit welcher rechtlichen oder mathematischen Logik? Hätte nicht beispielsweise ein Millionär, der beschlossen hat, in seinem Leben kein zusätzliches Geld mehr hinzu zu verdienen und auch kein Geld mehr auszugeben, sondern künftig bis zu seinem Tode nur noch von einer Selbstversorgung aus seinem Garten zu leben, dennoch mehrmals eine Steuerzahlung zu leisten, wenn (auch) für ihn mehrmals eine staatliche Leistung erbracht wird, wie z.B. durch wiederholte Reparatur der Straßen, wiederholte Unterrichtung seiner Kinder, wiederholten Polizei- und Militärschutz und auch wiederholten Rechtsschutz? Wenn nein, wer sollte dann diese laufenden, sich ständig wiederholenden Kosten übernehmen? Die Nichtmillionäre? Was wäre denn, wenn buchstäblich jeder nur ein einziges Mal Steuern bezahlte? Könnte dann der Staatsapparat noch arbeiten? Braucht man etwa seinen Friseur oder den Pizzaservice nur ein einziges Mal in seinem Leben zu bezahlen? Wenn ja, dann würde bald niemand mehr Pizzas liefern oder Straßen bauen oder reparieren, geschweige denn reinigen. Und was dann? Selber Straßen bauen? Oder was wäre, wenn plötzlich einmal die Leute ein ganzes Jahr lang nur von Vorräten leben und nichts im Laden kaufen würden, obwohl sie dennoch Geld im Schrank hätten? Sollte dann nur deswegen der Staatsapparat für ein ganzes Jahr seine Akten schließen? Will sagen: Der Staatsapparat braucht doch ständig Geld, und nicht nur ein Mal oder manchmal. Und er kann doch demzufolge die Steuererhebung nicht dem Zufall, sprich einem möglichen „Aufschwung“ oder einer „Erholung der Konjunktur“, überlassen. Wie lange will er denn noch darauf warten? Mit der Konjunktur des Regens konnten die Kornbauern immer irgendwie rechnen. Ein Regen von Geld in die Staatskasse aber muß erwirkt werden! Wo ist dann aber das Problem? Um mit den Staatsbeamten

das Vorhandene des allgemeinen Geld- oder Kapitalvermögens zu teilen, ist es doch nie zu spät! Mehr hat doch auch die Kornsteuer nie verlangt. Und was das Geld betrifft, so ist doch immer genug davon vorhanden. Und wenn nicht, so kann die Notenbank (Bundesbank) anhand ihres Regulierungsauftrages jederzeit neues Geld nachdrucken oder durch einen Umtauschzwang per (neuem) Gesetz älteres Geld aus dem Ausland und/oder aus älteren bzw. lange nicht (nach außen) geöffneten inländischen Großraumtresoren zurückholen, um es so wieder dem allgemeinen, auch steuerlichen, Umlauf des Geldes zuzuführen. Die Geldmenge ist – ob mit oder ohne den Aufschwung – immer die gleiche, weil niemand in der Welt Geld wegschmeißt, nur weis der Fiskus halt grundsätzlich nicht, wo sich das Geld im einzelnen gerade aufhält. Die Feststellung dessen, wie z.B. durch Befragung der Bürger über Steuererklärungen, ist auch nicht wesentlich sicherer als die Feststellung der Arbeitsverhältnisse bzw. der laufenden Einkünfte der Bürger über schier endlose und quälende Fragen über die im Grunde völlig unwichtigen Details. Was wirklich zählt, im wahrsten Sinne, ist doch nur das Geld, d.h. der jeweils zur Zeit der Steuererhebung vorhandene Geldbesitz, weiter nichts. In der Regel sieht der Fiskus das Geld der Leute nur dann, wenn diese gerade im Laden etwas kaufen. Es ist, angesichts immer leerer werdender Staatskassen, eben nur die Frage, ob dieses allein auf Dauer ausreichen kann, abgesehen von den anderen unzulänglichen Steuereinnahmen, und ob es nicht ohnehin ungerecht und mathematisch unlogisch ist, wenn ausgerechnet diejenigen, die Geld ausgeben und es damit freiwillig (wieder) in den Umlauf setzen, Steuern zahlen sollen, und nicht diejenigen, die Geld (zu lange) zurückhalten.

Was ist Freundschaft?

Freundschaft ist, wenn der Staat die
Wirtschaft besteuert, um sie zu erhalten.

Was ist Umsatzsteuer?

Wenn der Staat schon – wie heute – den „Atem“ praktisch seines ganzen Steuerwesens von der „Konjunktur“, sprich von den Umsätzen, abhängig macht, was ja schon in sich ein erhebliches Risiko birgt, wäre es dann sonderlich klug von ihm, die Umsätze, anstatt zu fördern, zu bremsen, wie z.B. durch eine Umsatzsteuer? Oder kann eine Umsatzsteuer – wie die heutige – etwa die Umsätze steigern? Wenn ja, dann würde dieses gleichermaßen bedeuten, daß eine Steuer auf den Umsatz von Tabak und Alkohol den Umsatz, sprich Konsum, von Tabak und Alkohol nicht bremst, sondern fördert. Mit Verlaub; aber wollte der Staat den Konsum von Tabak und Alkohol nicht bremsen? Dazu hatte er doch eigens die Tabak- und Alkoholsteuer erfunden, respektive eingeführt. Natürlich ist es so, daß jede Umsatzsteuer, die den Kaufpreis einer Ware erhöht, den Kauf dieser Ware bremst, schon deshalb, weil ja die Leute nicht deswegen auch mehr Geld zur Verfügung haben. Es ist dabei ähnlich wie bei einem Fahrraddynamo, welches dem Rad, an dem es sich geheftet hat, Energie, Bewegungsenergie, nimmt. Der (Auf-) Schwung des Rades wird dadurch ein Stückweit gebremst, wodurch es dann auch weniger Energie abgibt. Um nun diesen Energieverlust (Steuerverlust) wieder auszugleichen, könnte theoretisch das bisherige durch ein größeres Dynamo (eine höhere Umsatzsteuer) ersetzt werden. Der Gewinn an Energie (Steuereinnahme) durch diese Maßnahme ist aber insofern gleich plus-minus-null, als daß ja ein größeres Dynamo zwar qualitativ, quasi der Höhe nach, nicht aber hier auch quantitativ, also der „Breite“ nach, mehr Energie bringen kann, da es ja schließlich einen größeren Widerstand (der Kunden) verursacht. Oder anders gesagt: Mehr als wie in dem Rad (Portemonnaie der Leute) drin ist, ist auch – ob so oder so – nicht rauszuholen! Der Staat vergißt so einfach, wo die wirkliche Energie, das wirkliche Geld, gespeichert ist: In den Tresoren und Großraumtresoren dieser Welt! Problematisch

ist dabei für ihn eigentlich nur der Umstand, daß in diesen Tresoren und Containern des Geldes noch keine Kameras eingebaut sind, die wenigstens dem Fiskus, der ja dem Steuergeheimnis gegenüber Unbefugten untersteht, immer wieder zeigen könnten, wieviel „Bewohner“ dieser Räumlichkeiten noch nicht wieder rausgeschmissen sind, sprich es regiert das Problem, daß der Staat das Geld nicht sehen kann. Nur deshalb wurden ja erst solche Dinge geschaffen wie Steuererklärungen, Bilanzen, Abrechnungen, Quittungen, Belege, Lohnsteuerkarten usw., usw.. Und es wurden Steuern geschaffen, wie in zentraler Weise die Umsatzsteuer, die versuchen, etwaige Bewegungen des Geldes, wie über den Ladentisch usw., zum Zwecke der „Energiegewinnung“ heranzuziehen. Dieses konnte aber bisher in keinster Weise das älteste Problem der Geldwirtschaft lösen, nämlich daß zu viel Geld sehr schnell außer Sichtweite gerät, sei's gen Ausland oder in irgendwelche inländischen Tresore. Dafür wurden ja letztlich auch Tresore gebaut, nicht nur für Gold. Nicht mehr zu verzinsendes oder versteuerndes Geld, welches in inländischen Tresoren von Firmen, Privatpersonen oder sonstigen Stellen lagert, ist nicht besser oder schlechter als Geld, welches unwiderprüflich nach dem Ausland gewandert ist. Es ist einfach weg und aus dem Verkehr gezogen, so wie manche, nicht alle, Geschäftsmacher es ja auch grundsätzlich wollen. Der Staat aber kann einen Entzug des Geldes aus dem aktiven Binnenverkehr, wenn überhaupt, höchstens je zeitweilig zulassen, da es in der Menge (Geldmenge) begrenzt ist. Er kann nicht einfach ständig neues Geld drucken und in den Verkehr setzen. Er kann auch genauso wenig ständig neues Geld von Banken leihen. Er kann nur – und das ist seine Aufgabe – Steuern erheben! Aber Steuer ist nicht gleich Steuer. Es bedarf einer „intelligenten“ Steuer. Es bedarf einer Steuer auf den stehenden Geldbesitz! Nur das bringt Energie und gleichzeitig das Rad zum Laufen. Denn nur wenn der Nichtumsatz bestraft wird, wie durch eine dazu geeignete Steuer, kann der Umsatz, die Konjunktur, gefördert werden.

Was ist Einkommensteuer?

Man könnte sagen; der Hauptgedankenfehler der heute zunehmend schwächernden Einkommensteuer, die vom Prinzip eine Gewinnsteuer ist, da sie sich nicht allein nach den Bruttoeinnahmen eines Unternehmers, sondern quasi nach dem Netto, dem zu versteuernden Einkommen, dem Brutto abzüglich bestimmter absetzbarer Ausgaben, richtet, ist der, anzunehmen, eine Wirtschaft, noch dazu eine Monopolwirtschaft, könnte ewig und unendlich, also Jahr für Jahr, nur Gewinne machen, sodaß immer auch ein wenig Geld für die Staatskasse dabei abfiele, wie halt über die Einkommensteuer, die irgendwann einmal im Mittelalter der Vermögenssteuer hinzugefügt wurde, um eine Abschaffung ausgerechnet der einzig richtigen, weil sozial gerechten und auch mathematisch funktionablen Steuer, wie halt der Vermögenssteuer, vorzubereiten. In der Tat ist es so, daß eine Einkommensteuer und/oder sonstige Gewinnsteuer nicht die Vermögenssteuer, wie im Idealfall auch eine Geldvermögenssteuer, dauerhaft ersetzen kann, da halt die Geldmenge einer bestimmten Währung nicht unendlich groß ist und wegen der Gefahr von Inflation auch nicht sein darf. Mit anderen Worten: Irgendwann muß zwangsläufig einmal praktisch das gesamte Geld eines Volkes bzw. eines Wirtschaftsraumes abgegraben und in der Tasche des besten Kaufmannes gelandet sein. Dieses ist schlicht Wirtschaftsmathematik und letztlich auch die Absicht des besten Kaufmannes oder der „besten“ Firma. Dagegen hilft es dann am Schluß auch überhaupt nichts, daß von den Gewinnen stets ein kleiner Teil als Einkommensteuer oder dergleichen erst an den Staat und anschließend über die Haushaltsausgaben des Staates wieder ins Volk, ins Volk der Konsumenten (bei jener Firma), gegeben wurde. Denn irgendwann ist der Kuchen dennoch von der Wirtschaft verschlungen. Ja nicht einmal eine Gewinnsteuer von 90% könnte daran etwas ändern. Denn in der Addition der jeweils pro Jahr verbleibenden 10% Reingewinn könnte theore-

tisch ein perfektes Wirtschaftsmonopol grob in nur 10 Jahren alles Geld der Geldmenge als Reingewinn verbucht haben. Denn 10 mal 10% ergibt ja 100%. Und was dann? Wer zahlte dann noch Steuern? Wer könnte dann noch Steuern zahlen, außer dieser eine Kaufmann? Dieses zeigt: An einer Geldvermögenssteuer führt auf Dauer kein Weg vorbei!

Ja nicht einmal dann, wenn sich der Markt und der Geldbesitz immer wieder perfekt ausgleichen würden, weil alle Leute gegenseitig immer mit gleichem Erfolg Handel betrieben hätten, würde die Einkommensteuer oder eine sonstige Gewinnsteuer funktionieren. Denn dann würde ja niemand einen Gewinn machen, es sei denn vielleicht je zwischenzeitlich innerhalb des Jahres, das aber stets mit Plus-Minus-Null Gewinn oder Verlust abgeschlossen werden könnte, und zwar bei allen. Dieses wäre ja auch im Grunde die perfekte Wirtschaft, wo das Geld stets nur als Tauschmittel zum Tausch je zweier Güter oder Dienstleistungen verwendet würde, ohne daß dabei am Jahresende ein Gewinn oder Verlust des ursprünglichen Geldvermögens jedes einzelnen zu Buche stehen müßte. Es wäre die ideale Marktwirtschaft. Oder anders gesagt: Auch eine Einkommensteuer lebt nur von einer nicht idealen Marktwirtschaft, just bis zum so unvermeidbaren Ende der Marktwirtschaft bzw. Geldwirtschaft, worin aber kein sehr großer Unterschied besteht, da ohne dem Geld kein sehr guter Tauschhandel möglich ist. Theoretisch könnte der damalige Erfinder oder Befürworter der Einkommensteuer dieses gewußt und beabsichtigt haben. Solange aber ein Staatsapparat glaubt, auf Bewegungen des Geldes auf dem Markt angewiesen zu sein, um so etwas wie Umsatzsteuer oder Einkommensteuer zu kassieren, anstatt einfach schon auf den stehenden Besitz des Geldes eine Steuer zu erheben, wird er folglich diesen Vorgang einer Mißwirtschaft bis zu ihrem und seinem Ende nicht nur dulden, sondern mit allen Mitteln des Rechtsstaates, wie mit Gesetz, Gericht und Polizei verteidigen.

Behindern Steuern die Wirtschaft?

Welche Bedeutung das Staats- und Steuerwesen auch und gerade für die Wirtschaft hat, läßt sich relativ leicht ermessen, wenn man sich einmal vorstellt, was verbliebe, wenn es gänzlich keine Steuern (mehr) gäbe. Es gäbe praktisch weder Straßen, noch Bahnen, noch Flughäfen, noch Schiffshäfen usw., ähnlich wie heute noch in manchen der sogenannten Entwicklungsländer, wo es quasi kein Verkehrsministerium gibt, welches in dem (mitteleuropäischen) Maße zur Schaffung einer adäquaten verkehrstechnischen Infrastruktur in der Lage ist. Wie sollten Unternehmer da ihre Produkte verschiffen? Ferner gäbe es praktisch keinen Gebiets-, Objekt- oder Personenschutz, zumindest keinen offiziellen durch Gesetz und Polizei. Und wo keine Polizei, dort auch kein Schutz durch Recht und Gesetz. Doch wie wollte sich da die Produktion vor Vandalismus schützen? Durch private Objektschützer und Bodyguards? Mit Verlaub; aber die sind auch nicht billiger. Will sagen: Ohne ein durch ausreichende Steuern finanziertes Staatswesen herrschen schlicht Zustände wie im „wildem Westen“. In einem wilden Westen, Osten, Norden oder Süden läßt sich aber schließlich nichts produzieren. Denn die Produktion ist im Gegensatz zum Raub ein sensibler, zerbrechlicher Prozeß, der ähnlich wie eine schwangere Frau eines besonderen Schutzes bedarf. Schlicht aus diesem Grund hat einst die Wirtschaft selbst und als erste nach einem Staatswesen verlangt, angefangen sinngemäß bei einem von allen einzelnen bezahlten Scherriff, der anfangs Gesetzgebung, Gericht und Polizei in Personalunion war, bis er zu bedenken gab, daß er zur Bewältigung der ihm anvertrauten umfangreichen Aufgaben Hilfe durch weitere Personen benötigt, angefangen dann bei einem Hilfsscherriff usw., usw.. Nunmehr jedoch, wo der Staatsapparat die zum Schutze und zur Förderung der Wirtschaft angemessene Größe erreicht hat, fällt es den dadurch unmittelbar Bevorteilten schwer, den regelmäßigen Preis dafür zu bezahlen.

Was sind Staatsschulden?

Die mögliche Sorge aller prinzipiell Steuerpflichtigen, die Steuerbelastung könnte für sie zu groß werden, würde der Staat die Steuern wesentlich konsequenter oder gar völlig lückenlos eintreiben, ist insofern falsch, als daß ja der Staat – ob so oder so – niemals mehr einnehmen will, als was just zur Deckung des staatlichen Haushaltes erforderlich zu sein scheint. Etwas anderes ist es hingegen, wenn jener Haushalt einen Umfang hat, der den Bürgern, also den Steuerzahlern, zu groß ist. Aber woran macht sich das fest? Natürlich an der damit letztlich verbundenen Höhe der Steuern in bezug auf ihre Prozentsätze. Es scheint also ein gewisser Kompromiß erforderlich zu sein zwischen dem, was die Leute bereit sind, an Steuern zu zahlen, und dem, was der Staat für erforderlich erachtet, um davon den Staatsapparat zu finanzieren und aufrecht zu erhalten. In jedem Fall macht sich der Umfang des Staatshaushaltes daran fest, wieviel Staatsdiener im engsten oder weitesten Sinne und wieviel sonstige vom Staat mittel- oder unmittelbar Beauftragte für ihre Leistung in welcher Höhe bezahlt werden sollen. Was unmittelbare Diener des Staates, wie z.B. Staatssekretäre, Lehrer an öffentlichen Schulen und Polizisten, betrifft, so stellen an sie gezahlte Gelder vom Prinzip Löhne dar, im Sinne einer Belohnung für tatsächlich erbrachte Leistung. Was hingegen z.B. Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslose betrifft, so stellen an sie gezahlte Gelder eher eine Art Finanzierung von möglicher Leistung dar, ähnlich wie ja auch große Unternehmer Kredite oder Subventionen im Vorab zur Finanzierung möglicher (weiterer) Leistung für erforderlich erachten. Anstelle also daß große Unternehmen große Subventionen oder Kredite erhalten, kann und sollte man vielmehr die Basis von allem subventionieren, nämlich den einzelnen Bürger. In der Gesamtheit ist dieser Aufwand dann auch nicht wesentlich geringer, aber auch nicht unbedingt höher, nur halt gerechter und elementarer. Denn der einzelne Bürger ist im

Grunde auch nichts anderes als ein Betrieb, wenn auch immer zunächst nur ein Ein-Mann-Betrieb. Auch dieser Kleinstbetrieb (siehe „Ich-AG“) versucht wie jeder andere Betrieb, mindestens seine laufenden Kosten, den Unterhalt, zu decken und nach Möglichkeit Überschüsse zu erzielen. Das macht vom Prinzip überhaupt keinen Unterschied. Er kann sich auch mit anderen Kleinstbetrieben zu einer regelrechten Firma, einer Gesellschaft, zusammenschließen. So entstand eine Firma von unten heraus, frei nach dem Ernährungsprinzip: step-by-step. Insofern war und ist das Subventionsprinzip des Staates oder das Kreditprinzip der freien Wirtschaft als Bestandteil des allgemeinen wirtschaftlichen Lebens durchaus berechtigt. Nur war es – ähnlich wie auch bei anderen Dingen – stets eine Frage des „Wie?“. Der Urkredit des einzelnen Bürgers war aber zugegebenermaßen nicht etwa Geld, denn das gibt es ja erst seit ein paar Tausend Jahren, sondern eine Naturalie namens „Erde“. Die Erde ist eine Leihgabe Gottes, die Zinsen in Form von Früchten bringt, welche die Kreditnehmer, die Menschen, selbst verbrauchen dürfen. Und wenn sie dann irgendwann starben, so zahlten sie die Erde wieder an Gott zurück. Bis dahin aber können die Leute die Erde als ihr Eigentum betrachten. Das Geld und der Staatshaushalt sind lediglich eine finanztechnische Verteilung der „Zinsen“ an dieser Naturalie an all diejenigen Personen, die aufgrund von Leistungen oder aus sonstigen Gründen einen Anspruch darauf zu haben scheinen und die nicht in der Lage sind, diesen ihnen gewährten Anspruch eigenständig einzutreiben. Über die Rechtmäßigkeit dieser oder jener vermeintlichen Ansprüche mag man streiten können, aber ein Teil derer macht zunächst einmal den Staatshaushalt aus, der ganz prinzipiell immer vollständig durch Steuergelder gedeckt sein muß. Läßt er sich nun aber scheinbar nur mit Hilfe von Krediten decken, so ist er entweder tatsächlich zu groß, oder es sind die Steuern zu klein, oder die sich im Volke befindende Geldmenge ist zu klein. Kreditaufnahmen seitens des Staates sind jedoch in jedem Falle kein steuerliches Prinzip.

Insofern gibt es derzeit entweder – so wie von allen, einschließlich den großen Banken, behauptet – zu wenig Geld im Umlauf, im Volke, oder es wird einfach blind an den großen Geldvermögen vorbei gesteuert und sich nur an den Kleinen, den kleinen flüchtigen Geldbewegungen auf den Kleinmärkten, vergriffen. In ersterem Fall gäbe es kein leichter zu lösendes Problem als dieses, nämlich indem der Staat demzufolge entsprechend mehr Geld in den Umlauf setzen (lassen) würde. Dann könnte auch niemand mehr behaupten, es sei zu wenig vorhanden. Und wenn die dazu beauftragte Notenbank nicht wüßte, wie sie mehr Geld einfach so in den Umlauf setzen sollte, ohne es dabei just zu verschenken, so könnte sie das Geld einfach gleichmäßig an alle einzelnen Bürger verteilen und es als allgemeinen, dauerhaften und zinslosen Kredit betrachten, so wie ja auch die gesamte Geldmenge im Volke ein einziger großer, dauerhafter und zinsloser Kredit ist bzw. zu sein hat. Die Notenbank hat in dem Sinne kein Recht dazu, einen Zins auf dieses Geld zu erheben, denn sie hat sich das von ihr verliehene Geld nicht durch Arbeit oder dergleichen verdient. Sie hat es lediglich drucken lassen, Kunststück. Einen Zins auf dieses Geld zu erheben, machte nur dann einen Sinn, wenn dieser als eine reine Steuererhebung betrachtet und verwendet würde. Oder hatte etwa bisher jemals jemand einen Zins auf das einst für das Geld hinterlegte Gold verlangt?

In zweiterem Fall müßte überlegt werden, wie das Geld für den Fiskus sichtbar gemacht werden könnte, um es dabei direkt und ohne Umwege zu besteuern. Dazu gibt es im Grunde nur zwei Möglichkeiten: Entweder man schafft das Bargeld ab und führt Geld nur noch auf Girokonten, die turnusmäßig vom Finanzamt eingesehen würden, oder – was irgendwie sicherer und diskreter ist – man unterwirft das Bargeld einer regelmäßigen, beispielsweise jährlichen, Offenlegungspflicht vor dem Finanzamt oder der Zentralbank, die dann das vorgelegte Geld gegen eine bestimmte prozentuale Umtauschgebühr (Geldsteuer) in ein neues

Geld gleicher oder (bei Beginn) neuer Währung umzutauschen hätte, während alles nicht umgetauschte (alte) Geld offiziell für ungültig bzw. für nicht mehr amtlich anerkannt erklärt würde. Das neue Geld hätte sich stets durch ein neues Design oder durch eine neue Farbgebung oder dergleichen von dem alten zu unterscheiden. Für den Fall, daß man sich an ein fremdes Geld oder fremdes Geldrecht gebunden sah, müßte im Zweifel über den tatsächlichen Nutzen jener Bindung dieselbe einstweilen gelöst werden, just bis zu dem Tage, wo sich die anderen dem neuen System anschlossen, aus Einsicht der unabdingbaren Notwendigkeit und Vorteilhaftigkeit dessen.

Denn das, was die herkömmlichen Steuern im Grunde nur in die Höhe treibt, ist nichts anderes als die fehlende Lückenlosigkeit ihrer Erhebung in der Breite. Die gewollte oder ungewollte Unterschiedemacherei zwischen Geld und Geld durch größtenteils haarsträubende Ausnahmen von der Regel, wie der Hauptregel Nr. 1, nämlich daß der Staat Geld braucht, um den Haushalt des Volkes zu finanzieren, hat zu einer sozial wie wirtschaftlich unvertretbaren Polarisierung zwischen den Steuerbefreiten und den Steuergefreiten, wie vor allem den Arbeitnehmern auf Lohnsteuerkarte, die am wenigsten ausweichen können, es sei denn durch Schwarzarbeit, geführt. Das derzeitige Steuersystem einer Besteuerung nur der freiwillig sichtbar gewordenen Gelder, treibt die Wirtschaft zunehmend in die Illegalität, in den Schwarzhandel. Dieses kann nicht im Sinne der eigentlichen erzieherischen Absicht der heutigen Steuern sein und bestraft den noch verbliebenen ehrlichen Steuerzahler, der so letztlich die Steuerschuld anderer, die sich drücken, zusätzlich zu tragen hat, um den Staatshaushalt zu finanzieren. Eine Umkehr jener politischen Richtung ist nur dadurch zu erreichen, daß Licht in das Dunkel der großen Geldtresore gebracht wird. Und was das betrifft, so bleibt es auch hier so, wie es schon immer und in allen Lebensla-

gen war und ist: Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten! Ein etwaiger Datenschutz jedenfalls ausgerechnet in bezug auf die Daten des Geldes und gegenüber dem Fiskus wäre ungefähr so wie ein Schutz der Krankheitsdaten eines Patienten gegenüber seinem Arzt, der ihm doch nur helfen will, da er krank ist. Und auch ein Land mit den Staatsschulden Deutschlands ist krank. Das, was einem solchen Land fehlt, ist schlicht eine Synchronisierung der Staatsausgaben mit den Staatseinnahmen, sprich mit den Steuereinnahmen! Denn Kredite können allenfalls mal eine Notlösung sein, niemals aber die Regel, vergleichbar auch einem bürgerlichen Privathaushalt! Auch ein Privathaushalt kann sich – „beim besten Willen“ – nicht dauerhaft von Krediten ernähren! Denn irgendwann einmal platzt diese allzu bequeme und von den Geldgebern offenbar allzu leicht gemachte „Finanzblase“; und was verbleibt, ist eine schier unbezahlbare Schuld, die dann vermutlich auf die normalen Bürger übertragen werden soll. Bitte nicht schon wieder! Zwei Weltkriege sind mehr als genug! Wie oft noch sollen einfache unbescholtene, ja noch ungeborene Bürger späterer Generationen die Unverantwortlichkeiten der Staatsführer ihrer Väter und Großväter ausbüßen, anstatt allein die Unverantwortlichen, respektive die Verantwortlichen selbst?

Angeblich habe, so lautet der offizielle Tenor ja schon heute, der Bürger zu lange schlicht über seine Verhältnisse gelebt, anstatt quasi, so gesehen, genug Steuer zu bezahlen und nicht nur schöne Autos usw. zu kaufen. Dann aber hätte der Staat es mindestens versäumt, rechtzeitig ausreichende Steuern zu erheben, was „eigentlich“ seine Pflicht im Interesse der Bürger ist, gerade eben, um keine Kredite aufnehmen zu müssen, welche die Kinder und Kindeskinde der heutigen Bürger abzahlen hätten. Daher träfe den Staat so mindestens ein Mitschuld an einer (zu) hohen Staatsverschuldung; und man kann – gelinde gesagt – nur hoffen, daß dieses nicht etwa von Anfang an geplant war, wie z.

B. von einer geheimen Selbstmordsekte, deren „Abbeordneten“ im Auftrag des oder der satanischen Anführer versuchen, durch falsche Beratung und populistische Volksverdummung einen scheinbar selbstverschuldeten finanziellen Untergang der Welt künstlich herbeizuführen, just indem immer und immer wieder mal „gute“ Gründe für, nicht gegen, eine schließlich immer höhere Staatsverschuldung gefunden und mit erhobenem Zeigefinger vorgebracht werden. Solche oder ähnliche Fälle hat es leider in der Geschichte schon zu häufig gegeben, um heute noch eine solche Eventualität von vorn herein ausschließen und unbeachtet lassen zu können, quasi bis zur vollendeten Tatsache eines nur nationalen oder gar internationalen Staatsbankrotts. Dagegen aber, also gegen einen Staatsbankrott, könnte heute nicht mehr die Inquisition helfen, da diese dann wahrscheinlich zu viel zu tun hätte, sondern nur noch der Verstand, der gesunde logische Menschenverstand, „the common sense“, wie der „Engelländer“ sagt. Und der Menschenverstand sagt in diesem Fall, daß sich der Staat zum Zwecke einer Synchronisierung des Staatshaushaltes, um Haushaltslücken zu vermeiden, erstens auf eine bestimmte, nicht zu hohe Obergrenze seiner Ausgaben und zweitens dann auch auf eine bestimmte, nicht zu tiefe Untergrenze (Mindestgrenze) seiner Einnahmen (Steuereinnahmen) festlegen muß, wobei – logischer Weise – die Obergrenze der Ausgaben identisch sein muß mit der Untergrenze der Einnahmen, damit praktisch niemals Einnahmedefizite, sondern allenfalls Einnahmeüberschüsse entstehen können, die dann jeweils am Ende des betreffenden Jahres als eine allgemeine, für alle Bürger gleiche Steuerrückzahlung wieder ausgeschüttet werden könnten, quasi unverbraucht. Eine immer gleiche Mindeststeuereinnahme zu erzielen, ist m. E. nur möglich, indem als eine Hauptsteuer besagte Geldsteuer immer jährlich mindestens 10% von einer immer ausreichend großen Geldmenge greifen würde. Andernfalls wäre man „zeit Lebens“ abhängig von der „Gnade“ der selbsternannten „Propheten“ und „Wahrsager“ der Wirtschaftskrisen usw..

Was ist Steuerrecht?

Der größte gemeinsame Nenner aller heutigen Steuern ist, daß sie einen Griff ins Portemonnaie des Bürgers darstellen, quasi so als würden die Bürger und Firmen in einen großen Laden gehen, wo es, statt Würstchen und Kartoffeln, öffentliche Einrichtungen bzw. staatliche Leistungen im Interesse der Allgemeinheit zu kaufen gibt, die aber so teuer sind, daß man sie nur durch ein (regelmäßiges) Zusammenlegen kleinerer wie größerer Geldbeträge, je nach dem Einkommen bzw. dem aktuellen Vermögen jedes einzelnen, erstehen kann. Und damit es für den einzelnen nicht zu teuer wird, sollte möglichst niemand von dieser Kollekte ausgeschlossen sein. So jedenfalls in etwa das Grundprinzip des Steuerwesens seit je her.

Aus falsch verstandenem Mitleid aber, besonders gegenüber Reichen, oder gar aus Gründen der Erziehung zur Tugend, verzichtete der Fiskus teils freiwillig, wie durch Abschaffung der Vermögenssteuer, und teils unfreiwillig, wie durch Gewährung immer umfangreicherer und vielfältigerer Ausnahmen von der Regel, die teils legal und teils schamlos und nicht legitim ausgenutzt wurden, abgesehen überdies von regelrechtem Steuerbetrug, auf unschätzbare Summen von Steuergeldern, deren Mangel dann schließlich nur durch Kredite des Staates scheinbar vereitelt werden konnte. Kredite müssen aber zurückgezahlt werden, zuzüglich Zinsen; das ist der gewisse Pferdefuß an der Sache. Und wovon, wenn die Steuergelder bereits heute vorne und hinten nicht reichen? Man wollte einfach noch gerechter sein als nur gerecht und jedem einzelnen das Steuerzahlen so angenehm und mundgerecht wie nur irgend möglich machen. Daraus entstand das wohl größte Steuerchaos aller Zeiten. Keinem Normalsterblichen ist es heute möglich, einen Betrieb zu führen, ohne einen Steuerberater zu Hilfe zu nehmen. Abgesehen von den Kosten, die dadurch (zusätzlich) entstehen, stellt es eine er-

hebliche Behinderung dar und verstößt gegen den Grundsatz, daß das Steuerrecht für jeden leicht nachvollziehbar zu sein hat. Die heutige Bürokratie des Steuerwesens, sprich die Herrschaft der Steuerbürokraten und der Bürokraten allgemein, ist, „*was Wirtschaft eben so schwer macht*“, nichts anderes! Klare und einfache Regeln, die keine Ermessensspielräume oder Trickserien zulassen, mögen auf den ersten Blick unerbittlich erscheinen, stellen aber – wenn sie gerecht und notwendig sind – eine Befreiung von der Störung durch Willkür und Selbstjustiz des einzelnen (Bürokraten) dar. Man will auch als möglicher Steuerzahler einfach vorher genau wissen, mit was man im wahrsten Sinne rechnen kann und muß. Dieses ist aber nicht möglich, wenn das Steuerrecht zu kompliziert ist. Der geistige Aufwand, den man dabei betreiben muß, lenkt in nicht akzeptabler Weise von der eigentlichen Unternehmung, der wirtschaftlichen Aufgabe, die man sich als Unternehmer gestellt hat, ab. Umso erstaunlicher, daß selbst unter diesen Bedingungen noch Firmen klar kommen. Dennoch und gerade deshalb stellen diese erschwerten Bedingungen einen Wettbewerbsnachteil dar, wie insbesondere natürlich für kleine und kleinste Betriebe, die sich keine ganze Rechtsabteilung, nicht nur in bezug auf das Steuerrecht, leisten können und wollen. Auf diese Weise werden Kleinunternehmer faktisch zur Aufgabe oder zur Mutation zu einem Großkonzern gezwungen. Das natürliche und menschengerechte Kleinunternehmertum, wo z.B. ein Kleinbauer überschüssige Äpfel und Birnen aus dem eigenen Garten einfach ohne jegliche Gewerbe- oder Steueranmeldung seinen unmittelbaren oder auch entfernten Nachbarn auf deren eigenes hygienisches Risiko gegen Geld oder gegen andere Ware veräußern könnte, quasi nach dem Prinzip des Naturaltausches, wird so völlig ausgerottet. Von außen kaum mit bloßem Auge wahrnehmbar, weil so verdeckt und langsam fortschreitend, kann diese praktische Unterbindung des Kleingewerbes durch zu viele Bedingungen, Auflagen und Regeln des Gewerbes ganz generell Kleinbauer, die nicht völlig au-

tarke „Allrounder“ durch geschlossene reine Selbstversorgung in buchstäblich jeder Hinsicht bezüglich der Deckung des Eigenbedarfes an jedem nur erdenklichen bzw. notwendigen Gut, einschließlich des Korns für Brot, der Milch für Butter, Rinder für Leberwurst usw., usw., sind, zu Sozialfällen machen, da sie praktisch durch Verbot des natürlichen Tausches eigener überschüssiger Ware gegen fremde überschüssige Ware des Nachbarhofes mindestens zum Teil auf Geld zum Kauf fehlender benötigter Ware aus einem regelrechten Laden angewiesen sind, welches sie sich aber bei zunehmender maschineller Massenproduktion nicht mehr einfach mal eben so durch abhängige Arbeit verdienen könnten, was ja ohnehin bereits eine Entartung des Menschen im Vergleich zu dem ursprünglichen Kleinbauertum, wie heute fast nur noch in Teilen Asiens, Südamerikas oder Afrikas, den angeblichen Entwicklungsländern, darstellte. Dem bekennenden Menschenhasser mit den zwei Hörnern kann die Entwicklung der noch relativ freien, weil vom Dollar noch relativ unabhängigen Länder hin zu monopolistischen Hochburgen der Industrie, wie im „goldenen Westen“, offenbar nicht schnell genug gehen, so schickt er gelegentlich und heuer immer häufiger „bleiche Missionare der Moderne“ nach der „Dritten Welt“, die dann dort mit belächelnden großzügigen Blicken den scheinbar armen, weil sporadisch lebenden Menschen einer völlig natürlichen Lebensweise etwas von der großen weiten luxuriösen Welt im Nordwesten vorgaukeln, wo angeblich ein besseres und schöneres Leben zwischen Betonmauern möglich ist, und das alles angeblich sehr leicht durch ein wenig Lernen und anschließend Arbeiten. Von der hohen Arbeitslosigkeit und Armut, die aber hier in Wirklichkeit und durch diese perfide Zwangswirtschaft, wo nur noch das Atmen völlig gebühren- und steuerfrei ist, herrscht, wird den kleinen Zuhörern mit großen staunenden Augen scheinbar nichts erzählt. Kein Wunder also, wenn dann plötzlich alle Leute dort die freie Landwirtschaft als Kleinbauern im Familienbetrieb, das Gesundeste und Spannendste auf der

Welt, für Mist und das Geld für Gott halten. Die bleichen Gesandten mit gespaltener Zunge glauben, diesen Menschen etwas zu bringen, indem sie ihnen den Floh eines angeblich leichteren Lebens durch schnelles Geld ins Ohr setzen. In Wahrheit aber kommen sie nur, ohne sich dessen wohl so recht bewußt zu sein, um sie zu berauben, nämlich um ihrer Kultur und des Glücks durch Freiheit anhand natürlicher ungezwungener, nicht künstlich behinderter Selbstversorgung. Es wäre auch so ziemlich das erste Mal, daß jemand Fremdes tatsächlich vorbei kommt, um Geschenke zu machen, anstatt zu nehmen, Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel. Spenden aber, die nur gegeben werden, wenn die Beschenkten dafür versprechen, zur Schule und später zur Arbeit zu gehen, sind reine Erpressung, weiter nichts. Viele ältere Afrikaner z.B. sagen, daß Afrika früher nie arm war, sondern erst, nachdem der „weiße Mann“ alles Wertvolle bzw. Verwertbare unter Waffengewalt genommen hatte, wie z.B. das Elfenbein von Elefanten usw., usw.. Der größte Raub aber besteht dort, wie auch schon seit langem in Europa, in der schleichen- den Entrechtung und Entmündigung der normalen Bürger, insbesondere hinsichtlich der ursprünglich freien Nutzung ihrer Grund und Bodens unter freiem Himmel. Immer unter dem Vorwand einer angeblich besseren Ordnung werden schließlich in der ganzen Welt Menschen dazu gezwungen, buchstäblich für jeden Schritt (s. Maut) und jeden Apfel Geld („Mehrwertsteuer“ usw.) zu bezahlen, welches sie sich dann irgendwo verdienen müssen, da es, im Gegensatz zu Äpfeln und Birnen, nicht an Bäumen wächst. Die Verdrehung des Steuerrechts als solches und Verkehrung dessen hin zu einem demütigenden und schließlich lähmenden „*Gestaltungsinstrument*“, wo irgendwann kein Schritt und kein Biß mehr möglich ist, besteht schlicht darin, zu übersehen, daß nach dem Urprinzip des Steuerrechts, das noch vor 25 Jahren an der (Berliner) Finanzschule gelehrt wurde, nur diejenigen Steuergeld zu entrichten haben, die Geld (und Kapital) haben, und zwar völlig unerheblich der Herkunft des Geldes

und des betreffenden Besitzers, der ganz aus Prinzip auch eine Prostituierte o.ä. sein könnte. Etwas anderes war ursprünglich für das Steuerrecht, sprich für die Finanzierung des Staatshaushaltes, absolut nicht relevant, schon deshalb, weil ja sonst, also im Falle – wie heute – einer Besteuerung auch finanziell Mittelloser, einerseits private Steuerschulden entstehen, während andererseits Milliardäre praktisch verschont bleiben. Dieses kann nicht Sinn der Sache sein und bringt den Staat keinesfalls weiter, es sei denn weiter in eine eigene Schuldenkrise.

Diese heutige Prüfung der steuerlichen Belastbarkeit des kleinen Mannes durch Steuern, die wie Kopfsteuern, anstatt nach dem Mengensteuerprinzip, erhoben werden, trägt insofern ebenfalls zur Entwicklung der unsozialen wie unchristlichen Zweiklassengesellschaft bei, indem die einen zu Sozialfällen und gezwungen werden, auch noch ihr letztes Bißchen Vermögen (weit) unter Wert zu verkaufen, um soziale Hilfe zu erhalten, und die anderen dazu verführt, in steuerfreie Länder auszuwandern oder durch schamlose und professionelle Ausnutzung legaler bis illegaler Steuerlücken überhaupt keine Steuergelder mehr zu entrichten. „Technisch“ ist letzteres insofern relativ leicht möglich, als daß ja derzeit nicht ausnahmslos alle Einkunftsarten steuerpflichtig sind, wie z.B. Spielgewinne aus Geldspielautomaten. Theoretisch könnte also – was aber kein Tipp, sondern ein Hinweis sein soll – ein selbständiger Handwerker, der auf Basis eines gegenseitigen Einvernehmens niemals schriftliche Abrechnungen mit seinen Kunden machte, behaupten, das viele Geld, das er durch handwerkliche Leistung verdient und auf seinem Konto bei einer Bank gesammelt hat, stamme ausschließlich von Spielgewinnen aus Automaten. Wer wollte ihm je das Gegenteil beweisen? Ein Prüfer, der nur zum Schein einen Kunden gespielt hätte? Mit Verlaub; aber wenn der Handwerker wenigstens einen Teil seiner Einnahmen korrekt gegenüber dem Finanzamt abrechnete, ist ihm der Rest praktisch nicht nachzuwei-

sen, auch dann nicht, wenn er immer ganz genau Buch geführt hätte. Denn Papier ist ja geduldig. Oder anders gesagt: Eine Buchführung ist immer nur so korrekt wie der Buchführer selbst. Will sagen: Man kann es drehen und wenden, wie man will, aber der beste Beweis für erfolgte Einnahmen ist immer noch schlicht das Geld, das jemand in den Händen hält oder auf der Bank zu liegen hat. Denn Geld läßt sich auch heute noch schwieriger fälschen als eine Bilanz. Eine Bilanz hat praktisch nur die Beweiskraft einer schriftlich festgehaltenen mündlichen Aussage, weiter nichts. Und wie oft wird heute gelogen, besonders wenn es um Geld geht? Wichtig für eine mögliche Besteuerung des Geldes wäre aber natürlich, daß der Staat nicht – so wie heute – fragte nach dem Wer?, Wie?, Wo?, Wann? oder Warum? des Geldes. Denn wer viel fragt, kann auch viel belogen werden. Fragt der Staat auch nur nach einer einzigen jener fünf Dimensionen des Geldes, so wird die Steuererhebung schließlich eindimensional und auf der Strecke bleiben. Er hat sich schlicht selbst von der Existenz des Geldes zu überzeugen, indem er es durch Pflicht und nicht Recht zu einer turnusmäßigen Offenlegung, wie bei einem Kassensturz, quasi sichtbar machte. Ohnehin dienten seine Tausenden von Fragen in den Steuererklärungen nach dem Wer?, Wie?, Wo?, Wann? und Warum? möglicher eingenommener Gelder nur dem Zweck, die Existenz des betreffenden Geldes zu beweisen, weiter nichts. Hat er hingegen den Beweis direkt auf dem Tisch, so braucht er auch keine Fragen zu stellen. Just vorhandenes Geld ist die 100%ige Synthese und Bilanz aller jemals erzielten Einnahmen, abzüglich aller jemals getätigten Ausgaben. Und nur dieses Ergebnis ist eigentlich relevant für die Steuererhebung. Die quasi nebensteuerliche Erhebung von Bußgeldern zur Ahndung und dadurch Verringerung tatsächlicher Ordnungswidrigkeiten ist ein ganz anderer Fakt und sollte nicht zur Konsolidierung des staatlichen Haushaltes und schon gar nicht zur Schikanierung, d. h. zur unnötigen Einengung des natürlichen Lebens, dienen.

Was ist Globalisierung?

Man könnte sagen; eine gute Weltwirtschaft kann der Himmel und eine schlechte die Hölle auf Erden sein, immer eingedenk dessen, daß ja dann – so oder so – alle Menschen „integriert“ waren und niemand mehr „aussteigen“ könnte. Ist ein System ein gutes, so freut man sich, integriert zu sein. Ist ein System ein schlechtes, so fürchtet man sich, integriert zu sein. In beiden Fällen aber geht Freiheit und Individualismus des einzelnen (Bürgers und Staates) verloren. Dieses muß in etwa der Grund für die Ablehnung der Globalisierung seitens von Globalisierungsgegnern sein. Denn im Zweifel möchte der einzelne (Staat oder Bürger) wohl lieber unabhängig sein bzw. möchte jeder die jederzeitige Möglichkeit haben, wieder auszusteigen und in den „Protektionismus“ zurück zu treten. Eine Weltwirtschaft, vor der man sich nicht zu fürchten brauchte, müßte also mindestens eine solche sein, welche die ständige Möglichkeit eines Ausstiegs aller oder auch nur einzelner Mitglieder als Teil des Systems vorgesehen hat, auch und gerade dann, wenn sie sich für „unzweifelhaft“ hält. Dieses ist ähnlich wie auch mit der Kündigungsmöglichkeit eines Vertrages, welcher Art auch immer. Insofern hängt der „Klang“ dieser neomodischen Begrifflichkeit einer „Globalisierung“, sprich dieser letzten großen Offensive einer wirtschaftlichen „Bekehrung“ der ganzen Welt, einerseits von dem „Grundklang“ des Wirtschaftssystems, das durch Globalisierung „verinternationalisiert“ werden soll, und andererseits von dessen Kündigungsmöglichkeit ab.

Der Versuch der heutigen „Globalisierungsprediger“, wo auch immer diese plötzlich hergekommen sind oder wer sie geschickt hat, geht aber offenbar mehr in Richtung einer möglichst unwiderruflichen Öffnung der räumlichen wie finanziellen Grenzen, sprich einer Öffnung aller kleinen wie großen Märkte der Welt. Im Prinzip ist es der Kapitalismus, der heute von den Befürwor-

tern der Globalisierung als weltweites Wirtschaftssystem propagiert wird, so als habe sich der Kapitalismus bereits „intern“, also innerhalb einzelner Staaten, als hervorragendes System zur Beseitigung oder Verminderung von Arbeitslosigkeit und Armut der Masse der Bevölkerung erwiesen. Das Gegenteil davon ist aber der Fall! Vielmehr dient der Kapitalismus an sich geradezu „ideal“ zur schleichenden Enteignung und damit Verelendung der Masse, anders als wie beim Kommunismus, wo ja der enttäuschte Bürger unmittelbar der Regierung die Schuld für alles geben könnte, während beim Kapitalismus scheinbar niemand persönlich verantwortlich ist, sondern quasi nur eine solch abstrakte Größe wie „der Markt“, so als seien die jeweiligen Regierungsoberhäupter nicht befugt oder kompetent, die bestehenden Regeln des Marktes zum Nutzen, statt zum Schaden, der Allgemeinheit der Bürger zu ändern. Zu groß scheint aber die Angst der Großen zu sein, etwas an den bestehenden Regeln der landeseigenen Wirtschaft und den internationalen Verträgen und Abkommen oder dergleichen zu ändern und dadurch ggf. neue (zivile) Maßstäbe zu setzen, denen sich andere anschließen könnten, aber nicht müßten, anhand neuerer, besserer Erkenntnisse. Zu groß scheint die Angst der Großen zu sein, durch ihre Einflußnahme der Wirtschaft bzw. den Verbrauchern und Arbeitern usw. einen noch größeren Schaden zuzufügen als ohnehin schon. Aber mit Verlaub; geht es noch schlimmer? Geht es noch nicht genug Leuten schlecht genug? Was muß erst passieren, daß selbst Auserwählte erkennen, daß der Markt nicht die oberste Priorität hat? Global betrieben, würde jedenfalls der Kapitalismus nur demjenigen Land einen Vorteil bringen, in dem die größte Ausbeutung der Bewohner und der Natur herrscht, bis auf den letzten Mann und Baum. Woran liegt das?

Nun, mit der heutigen Weltwirtschaft ist es ähnlich wie mit der damaligen Titanic: Sie läuft aus, noch bevor der Unterboden wirklich sicher ist. Das „Hauptloch“ der heutigen Weltwirtschaft

ist, daß – ähnlich wie auch zwischen den einzelnen Bundesländern einer Bundesrepublik – zwischen den einzelnen „Mitgliedsstaaten“ der heutigen Weltwirtschaft die Regeln eben nicht alle gleich sind, wenigstens in bezug auf die als solche anzuerkennenden Grundregeln. So gibt es z.B. derzeit keine weltweit einheitliche Steuererhebung, wenigstens in bezug auf die Unternehmersteuern, wie Gewerbesteuer, Körperschaftssteuer, Einkommensteuer, aber auch Umsatzsteuer usw.. Dadurch, sprich durch diese Uneinigkeit oder gar gewollte Eigenmächtigkeit, treten die verschiedenen an der Globalisierung teilnehmenden Staaten, ohne sich dessen wohl so recht bewußt zu sein, ein in einen immer härteren Konkurrenzkampf um die billigsten Steuern für die Unternehmer und Reichen ganz generell, quasi bis zu dem „Fall“, wo ein Land oder gar die ganze Welt gänzlich keine Steuern mehr erhebt, zumindest keine von Reichen, siehe Monaco. Wovon sollten dann aber noch Straßen gebaut oder Gesetzeshüter, einschließlich der Polizei, bezahlt werden? Von dem Geld eines Fürsten? Mit Verlaub; aber bei einem Land, das größer ist als nur die Fläche von rund zwei Quadratkilometern, könnte das selbst für einen Fürsten auf Dauer zu teuer werden. Will sagen: Wären die Steuern überall auf der Welt exakt gleich – so wie hier empfohlen –, so könnte es den Staaten und auch Bürgern der Welt praktisch egal sein, wo in der Welt die Firmen ihren Sitz niederlassen würden. Und sie hätten auch keinen Grund mehr, irgendein bestimmtes Land vorzuziehen, es sei denn das jeweilige Heimatland, dessen Sprache und Gepflogenheiten sie naturgemäß am besten kennen. Ein weiteres Beispiel sind die derzeit in Deutschland besprochenen Mindestlöhne für private Arbeitnehmer. Ein Alleingang dessen ist praktisch nicht möglich oder zumindest problematisch, da währenddessen Firmen anderer Länder, die keine oder zumindest nicht exakt die gleichen Mindestlöhne per Gesetz verfügten, bevorteiligt wären. Dieses sieht dann nach außen so aus, als seien Mindestlöhne etwas schlechtes, nur weil halt so nicht durchführbar. Der Fehler liegt

aber nicht in der prinzipiell guten Idee des Mindestlohns möglichst für alle Branchen, sondern einzig und allein in der mangelnden Konsequenz und möglichst globalen Einheitlichkeit des Sozialen an sich. Und erst wenn auch die sozialen Hilfen, wie durch ein einheitliches Bürgergeld oder dergleichen, überall auf der Welt exakt die gleichen wären, hätte auch kein Bürger mehr einen zwingend notwendigen Grund, sein Heimatland zu verlassen, es sei denn er strebte nach einen „exotischen“ Zuverdienst.

Um sich aber überhaupt auf bestimmte Größen sozialer Unterstützungen, die als staatliche Mindestlöhne für alle, also bewußt auch für Arbeitslose, die sonst auf der Strecke blieben, was niemandem nützte, nicht einmal der Wirtschaft, aufgefaßt werden könnten, zu einigen und festzulegen, was sicherlich nicht gerade einfach ist, muß sich ein gewissenhaftes Finanzwesen auch und zu allererst natürlich auf ein festes Steuerwesen mit klaren bekannten Größen der Steuersätze, Bemessungsgrundlagen und daraus folgernden Einnahmen einigen, bevor es überhaupt den Anspruch erhebt, ein Finanz- oder Steuerwesen zu sein. Bisher betrachten jedoch die meisten Länder der westlichen Welt, wo mehr der Kapitalismus, anstatt die Regierung, regiert, die immer irgendwie rosarot in die in Wahrheit immer grauere Zukunft blickenden Prognosen entsprechend fragwürdiger Wirtschaftsforschungsinstitute o. ä. über die angeblich, wenn auch manchmal nur gering, aufkommende Wirtschaftslage im nächsten Jahr als ultimative Bemessungsgrundlage für den staatlichen Haushalt, der dann wie ein gebranntes Kind, das einfach nicht aus der Erfahrung lernen will, immer wieder zu viel Ausgaben einplant, die dann aber schließlich doch wieder nur mit Hilfe von milliardenschweren Krediten getätigt werden können, anstatt storniert.

Nein, die kommende Wirtschaftslage, wie immer sie auch sei, ist einfach ein zu schwammiger Unterboden, um diesen als konkrete Bemessungsgrundlage für ein solides Finanzwesen zu char-

tern. Es ist so immer und ewig eine Fahrt ins Blaue, d.h. ins Blauäugige. Und irgendwann kommt das Staatswesen nicht mehr nur mit einem blauen Auge davon. Die sicherste, festeste und damit beste Bemessungsgrundlage für ein solides Finanzwesen ist just die Geldmenge. Und wenn der Staat nicht weis, wie hoch die öffentliche Geldmenge gerade ist und wer genau wieviel Geld besitzt, so ist dieses wiederum ein Fehler, der nicht einfach als Rechtfertigung für „unwissende“ Finanzpolitik mit in das System einer sich stets auf morgen, auf die „Zukunft“, vertröstenden Mißwirtschaft, wie der heutigen, aufgenommen werden kann. Die Problematik, herauszufinden, wieviel Geld jemand gerade (am Ende des Jahres) besitzt, ist auch nicht schwieriger als die, herauszufinden, wieviel und welche Einkünfte jemand im Laufe des Jahres erzielt hat. Im Gegenteil! Ersteres ist sogar erheblich leichter! Denn bei einem alljährlichen Umtauschzwang des Geldes – so wie vorgeschlagen – würden ja die Leute – ob groß oder klein – ganz aus eigenem wirtschaftslogischen Interesse heraus dem Finanzamt bzw. der Zentralbank beweisen wollen, wieviel Geld sie gerade besitzen. Denn sie wollten dann ja möglichst viel Geld umgetauscht bekommen, Geld, dessen Wert sonst (bei Nichtumtausch) offiziell verfallen sein würde, genau wie auch der Wert der dafür einst erbrachten Leistungen, wie in Form von Waren oder Dienstleistungen. Und genau darin liegt bereits der Ur- und Hauptfehler der heutigen weltweiten Geldwirtschaft an sich, nämlich daß der Wert des Geldes – ohne eine Umlaufsicherung durch Umtauschzwang gegen Gebühr – nicht verfällt und daher nicht durch neue Leistung neu verdient werden muß, sodaß die Wirtschaft nicht einfach irgendwann Redaktionsschluß machen könnte, wenn sie einmal genug Geld verdient hätte. Daher ist eine Art „Geldsteuer“, wie eben vorzugsweise durch einen Umtauschzwang des Geldes gegen Gebühr, nicht nur steuertechnisch äußerst vorteilhaft, sondern zugleich auch die unbedingt notwendige regelmäßige Teilrehabilitation des (weltweiten) Geldmarktes, auch letztlich zu-

gunsten der Großen der Wirtschaft. Denn letztlich will niemand, daß die Geldbörse der Wirtschaft einmal tatsächlich abschließt.

Denn mochte zwar irgendein Land durchaus noch einstweilen elementar lebensnotwendige Waren an andere exportieren, wie z.B. Bananen oder Reis, so ist es aber halt mit Bananen ähnlich wie auch mit Dienstleistungen: Ihr Wert verliert sich im Raum, abhängig von der Zeit, die vergeht. Damit unterscheiden sich die Verbrauchsgüter, quasi das „Zeitkapital“, kategorisch von den Gebrauchsgütern, quasi dem „Dauerkapital“. Während die Verbrauchsgüter, zu denen, so gesehen, auch Waschmaschinen und Häuser zählen, einer allmählichen Abschreibung ihres Wertes unterliegen, behalten die (reinen) Gebrauchsgüter, zu denen, so gesehen, auch das Gold und das Geld zählen, dauerhaft ihren Wert, abhängig von der Begrenztheit ihrer Menge. Der Wert des Dauerkapitals schwankt – praktisch genauso wie der des Zeitkapitals – nur bei Vergrößerung oder Verkleinerung der Menge, nur schwankt halt die Menge des Dauerkapitals nicht, sonst wäre es kein Dauerkapital. Oder anders gesagt: Bananen vergehen, das (dafür bezahlte) Geld nicht! Aber genau das ist der Fehler nicht nur der heutigen Form von Globalisierung, sondern der gesamten Geldwirtschaft überhaupt! Während einzelne Staaten zur bewußten oder unbewußten Kompensierung jenes Problems oft einen quasi innerbetrieblichen Finanzausgleich zwischen den verschiedenen Bundesstaaten vornehmen, findet ein solcher Finanzausgleich zwischen ganzen Staaten derzeit nicht statt, es sei denn z.B. in Europa. Findet kein Finanzausgleich statt, so klagen die Leute über die allzu harten Folgen einer bedingungslosen Globalisierung von „Marktwirtschaft“. Findet doch ein Finanzausgleich statt, so klagen manche Leute über zu viel „Gnade“ gegenüber leistungsschwächeren Staaten bzw. Mitgliedern der betreffenden Wirtschaftsgemeinschaft. Was ist nun richtig?

Nun, das, was angeblich Leistungsschwächere noch nie wirklich

verlangten oder erwarteten, ist Gnade oder Mitleid, sondern vielmehr eine gewisse und konstruktive Form von Gerechtigkeit, denn Gnade brauchen allenfalls Straftäter. Bei besagtem Finanzausgleich verhält sich die Gerechtigkeit ähnlich wie auch bei einer Krankenversicherung: Es gibt größere und kleinere Beitragszahler, abhängig von der Höhe ihres Einkommens, aber die finanzielle Leistung der Versicherung ist nur von der möglichen Krankheit des einzelnen versicherten Mitglieds abhängig. Die mögliche Krankheit eines ganzen Staates wiederum ist abhängig von der Zahl ihrer Einwohner. Je mehr Einwohner eines Staates, desto größer auch proportional dessen Haushaltsbedarf, der soziale Gelder für Hilfsbedürftige dieses Staates mit einschließen sollte, denn dieses ist der Finanzausgleich im Kleinen. Das Problem nämlich ist im Großen wie im Kleinen, daß der natürliche Finanzausgleich, der auf Freiwilligkeit beruht, oft gar nicht, nicht vollständig oder nicht zeitig genug stattfindet. Dieses hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß das Geld grundsätzlich unvergänglich ist und keinerlei Abschreibung seines Wertes unterliegt, wodurch die jeweiligen Besitzer des Geldes praktisch alle Zeit der Welt haben, zu überlegen, es eventuell mal wieder in den Umlauf zu setzen, wie z.B. durch „Investition“ in inländische oder ausländische Projekte oder schlicht durch Kauf irgendwelcher Ware für den Eigenbedarf. Statt dessen aber wird das Geld heuer eher halbbankrotten Staaten geliehen. Eine Leihgabe aber stellt keinen Kauf dar, sondern faktisch nur den Verkauf einer Dienstleistung, hier in Form einer vorübergehenden Übertragung der Nutzungsrechte an dem geliehenen Geld bzw. quasi einer Vermietung des Geldes gegen Zinsen, samt einstiger Tilgung der Hauptschuld, versteht sich. Das Geld wird also durch reine Leihgabe nicht wirklich (zurück) gegeben.

Will sagen: Theoretisch, d.h. nach einem ungeschriebenen Gesetz der Marktwirtschaft, ist ein Staat, der Bananen nach einem anderen Staat exportierte, verpflichtet, anschließend mehr oder

weniger umgehend Äpfel oder andere angebotene Güter der gleichen Wertmenge aus dem anderen Staat zu importieren, so daß das Geld des anderen Landes (die Devisen) wieder im Herkunftsland angekommen wäre und unter dem Strich lediglich ein glatter Tausch von Ware – hier Bananen gegen Äpfel – stattgefunden hätte, so wie im Idealfall der Marktwirtschaft und im Fall eines perfekten natürlichen Finanzausgleichs, wo am Schluß bzw. quasi turnusmäßig immer wieder eine glatte Ebene des überall vorhandenen und sinngemäß auf Brieftaschenhöhe einen Meter über dem Boden schwebenden Geldes erreicht würde, um das Geld erneut als innerbetriebliches wie außerbetriebliches Tauschmittel zur Verfügung gestellt zu wissen. Aber zugegeben; wer hält sich schon gern an ungeschriebene Gesetze? Und so werden von Ausländern wie Inländern Devisen bis zum Geht-nichtmehr angehäuft, die zwar irgendwann ein Mal im In- oder Ausland versteuert worden sein mögen, die aber nunmehr von aller Finanzschuld „gereinigt“ sind (siehe „Reingewinne“) und somit nicht mehr unmittelbar als Tauschmittel der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Denn immer noch beruht es offiziell auf reiner Freiwilligkeit, diese Gelder wieder in den (aktiven) Umlauf zu setzen oder nicht. Die Organe der Gesellschaft benötigen aber einen regen, sprich regelmäßigen und zuverlässigen, Fluß des Geldes durch ihre Kammern und Kanäle, um korrekt und zum Nutzen aller zu funktionieren, ähnlich wie der menschliche Organismus das Blut durch (alle) seine Adern. Und auch ähnlich wie der menschliche Organismus, verträgt der Markt einer Gesellschaft nur einen bestimmten „Blutverlust“, ohne dadurch zusammenzubrechen. Von einzelnen Staaten, Firmen oder auch nur manchen Bürgern zurückgehaltenes erhebliches Geld, welches nicht zeitig genug wieder dem aktiven Umlauf freigegeben wird, hat in etwa die gleiche Wirkung wie ein zu großer Verlust von Blut, welches zwar, so gesehen, noch irgendwo vorhanden ist, nur halt nicht dort, wo es sein sollte, nämlich in dem Umlauf des betreffenden ursprünglichen „Wirtschaftsraumes“. Dieser

Wirtschaftsraum kann sich zwar bei Zusammenschluß mehrerer Staaten, quasi bei Globalisierung, entsprechend vergrößern, jedoch müßte auch hierbei auf einen tatsächlichen Umlauf des Geldes immer wieder durch den gesamten Raum geachtet werden, wie halt durch einen adäquaten Finanzausgleich. Das Eine geht hier ohne das Andere nicht. Der Organismus war halt nun mal ein größerer. Oder anders gesagt: Eine halbe Globalisierung funktioniert nicht! Ein größerer Wirtschaftsraum benötigt einerseits eine größere Geldmenge, als auch andererseits einen (insgesamt) größeren Finanzausgleich, so wie ein Wirtschaftsraum, respektive eine Wirtschaftsgemeinschaft, überhaupt Geld und einen ständigen und umfassenden Finanzausgleich benötigt.

Insofern war es in der Tat und ganz grundsätzlich ein Vorteil und kein Fehler der europäischen Staaten, die heute gemeinsam den Euro haben, zwecks einer besseren, flüssigeren Gemeinwirtschaft eine gemeinsame, einheitliche Währung einzuführen und zu führen. Nur schützt sie dieses natürlich immer noch nicht davor, von dem nunmehr verbliebenen Ausland finanziell „ausgesaugt“ zu werden, wie von einem Vampir. Der Fehler der nach wie vor vorhandenen „Instabilität“ (Unsicherheit) des Euro, die – wie auch bei jeder anderen heutigen Währung – identisch ist mit der durch nach wie vor unbegrenzt mögliche „Blutverluste“ gegebenen Instabilität des ganzen betreffenden Staates oder Staatenbundes, liegt darin, das Geld nicht mit einer Art „Geldzurück-Garantie“, sprich einer künstlichen Wertabschreibung, ja einem künstlichen Verfall durch ein Verfallsdatum auf den Scheinen und Münzen, den Verbrauchsgütern gleich gemacht zu haben – die notwendige Gleichstellung des Dauerkapitals mit dem Zeitkapital. Will sagen: Unterlag das Geld ganz generell einer künstlichen Wertabschreibung, indem man als ausländischer oder inländischer Besitzer dieses Geldes faktisch gezwungen wäre, dieses Geld gegen Gebühr, die als eine Steuereinnahme verwendet werden könnte, beim Fiskus des betreffenden alleini-

gen oder gemeinsamen Wirtschaftsraumes in ein jeweils neues aber ebenfalls auf beispielsweise ein Jahr Gültigkeit befristetes Geld der gleichen Währung umzutauschen, so würde man vermutlich, um jenen Wertverlust durch die Umtauschgebühr zu verhindern oder zu lindern, möglichst alles oder viel von diesem Geld in den Herkunftsmarkt, wo das Geld üblicher- und notfalls zwangsweise angenommen würde, investieren. Die so hoch gelobte Investition seitens ausländischer wie inländischer Investoren wäre so immer sicher. Der dazu möglicherweise notwendige Annahmezwang dieses nunmehr leicht weniger attraktiven, weil nicht mehr unendlich speicherbaren Geldes verstand sich dann als eine Art Wertdeckung dieses Geldes gegenüber jedem möglichen Überbringer dieses Geldes, von wo auch immer. Mit anderen Worten: Der „Rubel“ (oder Euro) kam so immer wieder brav angerollt, zurück ins heimatliche Körbchen, wo er hingehört. Das Geld eines Staates gehört ganz prinzipiell nur dem eigenen Staat oder Staatenbund, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß sich alle Staaten zu einem einzigen Wirtschaftsverbund mit gemeinsamer Währung zusammenschlossen.

Das ungeschriebene Gesetz des Geldes, das so bisher nur bzw. erstmalig von Silvio Gesell, einem deutschen Wirtschaftsgelehrten und Protagonisten einer neuen, flüssigeren Geldwirtschaft, in seinem Buch des Jahres 1916 „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ erkannt und benannt wurde, besagt aber in jedem Fall, daß eine natürliche oder juristische Person, die (freiwillig) Geld gegen Leistung angenommen hat, verpflichtet ist, dieses Geld umgehend wieder gegen andere Leistung auszugeben. Denn nur dadurch passiert ein reger Tausch über das Tauschmittel Geld, wodurch mehr Produktion und damit auch mehr natürliche Beschäftigung von Arbeitnehmern angeregt werden – die natürliche und gerechte „Ankurbelung“ der Wirtschaft. Es wird Zeit, jenes Gesetz zu schreiben.

Wer oder was ist der Staat?

Man könnte sagen; der Staat ist die Einsicht der Notwendigkeit einer höheren Gewalt. Einer, der einzig legitimen, weil konstruktiven, Gewalt, vergleichbar der Gottes, zur Verteidigung der Rechte, aber auch zur Einforderung gewisser Pflichten der Bürger, quasi der „Bürgerpflichten“, durch Bündelung der Kräfte der Öffentlichkeit, hier quasi über eine allgemeine übergeordnete „Rechtsschutzversicherung“ zur Versicherung des einzelnen und der Allgemeinheit von Recht und Ordnung, einschließlich einer Straßenverkehrsordnung. Diese höhere, öffentliche oder auch Staatsgewalt, die in einer Demokratie von der Mehrheit des Volkes gewollt und beschlossen ist, ist unterteilt in eine gesetzgebende (Legislative), eine richterliche (Judikative) und eine polizeiliche (Exekutive) Gewalt, „Dreigewaltenteilung“ genannt, und soll praktisch den einzelnen und die Gesamtheit vor der vorher geherrscht habenden Selbstjustiz des einzelnen, sprich der Anarchie, schützen – wohlwissend aus Erfahrung, daß die Anarchie zwar in der Theorie, im Denkmodell, funktionieren kann, weil jeder einzelne so etwas wie Gewissen hat oder haben sollte, sich auch an ungeschriebene Gesetze des Miteinanders zu halten, es aber leider ausreicht, um eine ganze Gesellschaft ins Unglück zu stürzen, wenn auch nur eine einzige Person oder Personengruppe über null Gewissen verfügt und vorhat, die ganze Welt zu besitzen, zu beherrschen oder schlicht zu terrorisieren, sei es aus wirtschaftlichen, religiösen oder sonstigen Gründen. Solche Versuche und/oder Absichten hat es ja bekanntermaßen schon häufiger in der Geschichte gegeben oder wurden manchen nachgesagt. Die Gefahr, daß sich einmal solche Gerüchte jäh bewahrheiten könnten, ist jedenfalls ständig gegeben und summa summarum zu groß, um sie auch nur einen einzigen Tag lang zu ignorieren oder auf die leichte Schulter zu nehmen, wie nicht zuletzt der 11. September 2001 gezeigt hat, der wie ein erhobener Zeigefinger vor der immer größeren Macht des internationalen

Terrorismus warnt. Der moderne Terrorismus – unterstützt durch immer stärkere und aufgrund wirtschaftlicher Instabilität selbst sogenannter Großmächte immer leichter zugängliche Militärtechnik, sprich Waffen, ist die denkbar extremste Form der Selbstjustiz, der letztlich nur durch wirtschaftliche Stabilität des Staates als solchen, sprich durch effektiven Ausbau des Steuer-, aber auch des Sozialwesens, begegnet werden kann. Denn der Hauptnährboden des Terrorismus, der ja immer irgendwie Helfer, die nichts zu verlieren haben, braucht, ist und bleibt eine durch Armut per se gegebene soziale wie wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Oder umgekehrt gesagt: Ein sich gerecht behandelnd fühlender Mensch wird keinen Grund sehen, eine Bombe oder dergleichen zu schmeißen. Für Gerechtigkeit aber, wenigstens für eine materielle, die Existenzgrundlage der Menschheit, kann letztlich kein Geringerer als nur der Staat sorgen. Denn nur der Staat verfügt über die geeigneten Mittel und Möglichkeiten zur Regulierung des Kapitalumschlages, der Gerechtigkeit des Kapitals. Wagt der Staat jedoch nicht die dazu notwendigen Schritte in Richtung der sonst alles blockierenden Kapitalmächte, so verhindert er dadurch nicht Zank und Streit, sprich den Terrorismus, sondern fördert ihn durch Duldung einer immer größeren materiellen Ungerechtigkeit und durch Unterlassung der erforderlichen Intervention bei den Großen, quasi im Sinne einer „unterlassenen Hilfeleistung“ gegenüber den Kleinen. Er verkannte dabei aber die eigentliche Gefahr. Denn die Bomben schmeißen immer die Kleinen, auch im Krieg. Der Staat ist von je her der Beschützer der Kleinen, der durch Gesetze und Hüten dieser Gesetze versucht, für eine zivile Gerechtigkeit, statt für Selbstjustiz und Anarchie, zu sorgen – wohlwissend, daß selbst die gerechteste private Selbst- und Lynchjustiz noch zu subjektiv war, um wirklich gerecht zu sein und hier und da auch mal Gnade vor Recht walten zu lassen. Es wäre viel, wenn ein Fußballspiel, welches ohne Schieds- und Linienrichter ausgetragen würde, länger als fünf Minuten laufen würde. Um also eine gewisse Dauerhaf-

tigkeit von Staat und Gesellschaft zu gewährleisten, kann der Staat nicht auf die Mittel seiner Selbsterhaltung verzichten, genannt „Steuern“, auch dann nicht, wenn es schwierig sein mag, sich dadurch den Interessen einer sonst immer stärkeren Macht entgegenzustellen. Genau dafür ist der Staat, die öffentliche Gewalt, da! Das Geld ist der „*Tyrannos*“ der heutigen „*Politeia*“, und nur die Teilung des Geldes ist auch die Teilung der Macht der „*Tyrannis*“, der heutigen Tyrannei!

...doch dazu im folgenden zwei kurze Beiträge (Zitate) aus „Die attische Demokratie“, herausgegeben „für die Kollegstufe“ über den Cornelsen Verlag von Dr. Udo Margedant, Kapitel T 13 und T 6:

„Die Zerstörung der aristokratischen Gesellschaftsordnung durch die Tyrannis

Alles das, was das 6. Jahrhundert an inneren und äußeren Spannungen, an Versuchen Altes zu erhalten und Neues zu begründen, hervorbrachte, hat in irgendeiner Weise auf die Erscheinung der Tyrannis eingewirkt und gehört zu ihren inneren Voraussetzungen. Die sogenannte ältere Tyrannis, die im 7. Jahrhundert zuerst auftrat, [...] ist überall dort möglich gewesen, wo nicht stammliche Formen, insbesondere das althergebrachte Königtum, sie ausschlossen. Sie hängt aufs engste mit Macht und Eigenart aristokratischer Ordnung zusammen. [...] Die Tyrannis als politisches Phänomen bedeutet die Verdrängung des Adels aus dem freien Spiel des Gemeindelebens, bedeutete, daß *ein* Mann, gestützt auf sein Geschlecht und wenige ihm verbundene adlige Familien einen monopolartigen Anspruch dort erhob, wo bisher der Grundsatz korporativer Zusammengehörigkeit galt. [...] An diesem Punkt mußte sich der Widerstand entfalten; galt früher Eukonomie, so verlangte man jetzt „Isonomie“, das heißt jene politische Gleichberechtigung, die der Tyrann kraft seines Anspruches negieren mußte. [...] Plötzlich schien der selbstbewußte Adel in ei-

ne Form der Abhängigkeit geraten, die gewisse Vergleiche mit dem Schicksal der hörigen Bauern herausfordern mochte. Der Kampf gegen die Tyranis und ihre Beseitigung vollzog sich in verschiedenen Formen: im ionischen Osten verzichteten die Tyrannen freiwillig, in Athen wurden sie gestürzt in einem Zusammenspiel hervorragender attischer Adelsgeschlechter und auswärtiger Intervention; allein im sizilischen Westen konnte die Tyranis als Herrschaftsform nicht überwunden, sondern nur in schweren inneren Auseinandersetzungen zeitweise beseitigt werden. Aber überall hieß der Kampf fruf „Freiheit“.

Politische Ordnung und individuelle Freiheit

Das große Wort, in dem sich die politische Idee der aristokratischen Epoche aussprach, hieß *eunomia*, wie es unzutreffend wiedergegeben wird: „rechtmäßige Ordnung“, in Wahrheit der tief-sinnige Ausdruck für die dem älteren Griechentum seit früherer Zeit innewohnende Überzeugung, daß alles menschliche und politische Leben einer Norm unterworfen sei. Von Homer über den Spartaner Tyrtaios bis Solon von Athen reichen die Zeugnisse für jenes politische Ideal. [...] Auf drei Voraussetzungen beruhte der Gedanke der *Eunomie*: auf einer eigentümlichen Vorstellung von Recht, auf einer besonderen Verbindung des Rechtes mit der sich bildenden Gemeindeordnung und endlich darauf, daß der Adel *seine* soziale Situation mit Sitte und Überlieferung gleichsetzte. Für frühes Empfinden war das Recht keine abstrakte Größe, sondern zerfiel in eine Fülle von Gerechtsamen, von Natur gegeben und durch das Alter sanktioniert. [...] Für den einzelnen bedeutete die praktische Auswirkung dieser Rechtsvorstellung: Anerkennung seines Anspruches, seiner Würde im sozialen Gefüge, seines Besitzes, [...] ferner bedeutete sie die Unmöglichkeit, einem freien Mann Zwang anzutun. Jede regelmäßige Abgabe wurde als Unfreiheit empfunden, es gab nur gelegentliche freiwillige Beiträge [sogenannte *Leitourgien*]. [...] Die aristokratische Gesellschaft [...] hat [...] das von den Vätern Ererbte mit den Bedingungen *ihres* Lebens gleichgesetzt und diese zur verbindlichen Norm – für das

Griechentum in dem berühmten Begriff des *nómos* zusammengefaßt – erhoben. Die Gültigkeit dieser Norm beruhte darauf, daß sie dem Herkommen entsprach. [...] Freiheit konnte nur im Gewand der Eumonie auftreten, so viele Freiheiten es geben mochte; sie war ja von Natur und seit alters her gegeben, von den Göttern gewollt – ein Stück des allgemeinen Lebensrechtes, unreflektiert und selbstverständlich. Es bedurfte tiefster Erschütterungen und zwingender Not, um hier Wandel zu schaffen. Dieser Prozeß nahm seinen Anfang von den tiefen sozialen Veränderungen, welche zwischen Adel und Nicht-Adel, einst bei aller Unterschiedlichkeit in patriarchalischer Weise miteinander verbunden, eine tiefe Kluft aufrissen. [...] Plötzlich sah man, daß zwischen den herabgesunkenen Kleinbauern, denen zugleich alle politischen Rechte verlorengingen, und Sklaven kaum noch ein Unterschied bestand; man erkannte Freiheit als eigenen Wert. [...] Zugleich stand das Wort „Freiheit“ jetzt in einem großen politischen Zusammenhang. [...] Die Lösung aus uralten Bindungen und Vorurteilen, die Möglichkeit für den einzelnen, frei und verantwortlich zu handeln. [...] Immer aber hieß Freiheit und konnte nach der Eigenart griechischen Staatsaufbaues und seinen ideellen Grundlagen nicht anders heißen als „Freiheit im Staat“, niemals „Freiheit vom Staate“.

(Hans Schaefer: Politische Ordnung und individuelle Freiheit im Griechentum. In: Hans Schaefer: Probleme der alten Geschichte. Gesammelte Abhandlungen und Vorträge. Hrsg. von Ursula Weidemann und Walter Schmitthenner, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1963, S. 307-322)

Was ist Kapitalismus?

Man könnte sagen; Kapitalismus ist der Versuch, mangelnde Sozialversicherung dadurch zu ersetzen, daß man jedem freistellt, rechtzeitig im Leben Millionär oder sicherheitshalber auch Milliardär zu werden, um so für Fälle von Krankheit, Arbeitslosigkeit und schließlich Erwerbslosigkeit im Alter abgesichert zu sein, wohlwissend oder nicht ahnend, daß die sich in der Öffentlichkeit befindende Geldmenge nicht groß genug ist und auch zur Verhinderung von Inflation nicht groß genug sein darf, um jemals ausnahmslos allen eine solche Absicherung zu gewähren, mit der Folge, daß dieses nur einigen wenigen gelingt, während die breite Masse – quasi zur Finanzierung des Reichtums der (relativ) wenigen – entweder bettelarm, völlig mittellos oder gar hochverschuldet ist, so als wäre halt eine Sozialversicherung nicht für alle möglich. Und so versuchen heute die Armen und Ärmsten, sprich die Arbeitnehmer, sich anhand einer eigenen (gesetzlichen) Sozialversicherung sozial abzusichern, wohlwissend oder nicht ahnend, daß ihr eigenes Kapital allein für solche Zwecke letztlich nicht ausreichen kann. Denn ihrer, so gesehen, lobenswerten Absicht, ihre Armut immer und immer wieder untereinander zu teilen, wirkt die Absicht der Reichen, ihre Form der Sozialversicherung durch immer größeren Reichtum ständig weiter zu festigen, in direkter Linie entgegen, was bei Erfolg automatisch zur Schwächung des Standes der Kleinen führt. Denn je mehr Kapital die Großen bereits besitzen, desto geringer muß folglich der verbliebene Rest der anderen sein, ausgehend von einer nicht endlos großen Kapitalmenge auf Erden.

Es stellt sich, angesichts immer größerer Schwierigkeiten der gesetzlichen Sozialversicherung aber auch immer größerer Abgründe zwischen arm und reich allgemein, die immer dringlichere Frage, wie weit und wie lange man dieses eigene „Ding“ der Reichen noch zulassen kann und sollte. Theoretisch genügte es

zwar, wenn die Reichen ihren Kapitalüberschuß immer wieder mal, d.h. quasi immer wenigstens noch kurz vor ihrem Tode, über das Volk oder den Markt streuten, wie z.B. durch Fehlinvestitionen oder irgendwie verschwenderische Privateinkäufe, so weit, daß auch die Kleinsten je noch etwas davon auffangen könnten. In der Praxis aber ist es eben (leider) so, daß Reiche nicht verschwenderisch sind, selten Fehlinvestitionen machen und obendrein auch nicht sicher wissen, wann sie einmal sterben würden. Im Ergebnis bleibt es dann so letztlich bei jener auch durch Vererbung über die Generationen hinweg immer weiter auseinander klaffenden Schere von arm und reich. Denn auch die unmittelbaren Erben der Reichen sind ja nicht zwangsläufig so „verschwenderisch“, daß sie alles überschüssige Kapital, welches einmal von ihnen oder eben ihren unmittelbaren Vorfahren durch marktwirtschaftliche Leistung o.ä. angehäuft wurde, sofort oder zumindest umgehend wieder auflösten, wie durch größere Privateinkäufe innerhalb kürzerer Zeiten. Dazu sind sie ja auch offiziell nicht verpflichtet.

Nach einem ungeschriebenen Gesetz der Marktwirtschaft aber – und das ist der springende Punkt – ist ausnahmslos jeder, der durch Leistung oder sonstige Umstände zu mehr Kapital, als was ein gewisses anteilsgerechtes Grundkapital (Eigenkapital) als Einsatz im Spiel der Wirtschaft ausmacht, gekommen ist, verpflichtet, den betreffenden Kapitalüberschuß möglichst umgehend wieder umzusetzen, wie durch Entgegennahme wirtschaftlicher Leistungen anderer, so daß je noch „bei Zeiten“ sowohl ein vollständiger Tausch von Leistungen (Waren- oder Dienstleistungen), als auch ein vollständiger Ausgleich des Kapitals zustande kam. Denn was das Kapital betrifft, zu dem ja nicht zuletzt auch Sachwerte wie insbesondere Grundstücke zählen, so kann von keiner Seite jemals sehr lange auf dessen Besitz und dessen Nutzung verzichtet werden. Diese Abhängigkeit vom Kapital ist gleichermaßen groß wie sie dessen Wert als Tauschmit-

tel, sprich als Mittel zum Tausch eigentlich nur von Dienstleistungen, begründet. Die Sachwerte sind das eigentliche Tauschmittel, da ihr (vermeintlicher) Wert greifbarer, sichtbarer und auch schließlich speicherbarer ist als der von reinen Dienstleistungen. Daher ist das Kapital so begehrt. Oder anders gesagt: Wäre das Kapital nicht begehrt und irgendwie wichtig, so würde es nicht als Tauschmittel dienen können. So funktionierte das Gold als Tausch- und Zahlungsmittel im Grunde nur, weil man es schöner fand als Stahl und Eisen. Erschwerend, d.h. werterhöhend, kam noch hinzu, daß es seltener war und ist als Eisen. Der technische Gebrauchswert von Stahl oder z.B. auch Aluminium ist aber weit größer als der von reinem (weichem) Gold. Dennoch wird das Gold nach wie vor im Wert höher geschätzt. Den Hauptwert auf der Erde aber tragen die Grundstücke, die ja – anders als Gold und Aluminium – Nahrungsmittel und Stoffe für Kleider und Wohnraum hervorbringen können, die wichtigsten Lebensmittel des Menschen. Und solange man für Gold oder – wie seit der Geldwirtschaft – auch für Geld Grundstücke kaufen kann, ist dieses heutige Haupttauschmittel Geld gleichermaßen wichtig und unverzichtbar für jeden. Das Geld sind letztlich die Grundstücke, und die Grundstücke sind letztlich die Lebensmittel, der Unterhalt. Schlicht aus diesem Grund kann nicht sehr lange auf Geld, sprich auf Entgegennahme der Reichen ihrerseits von Leistungen anderer, verzichtet werden. Eine Fusion des Kapitals auf der Seite einiger weniger kann grundsätzlich – wenn überhaupt – immer nur zeitweise oder halt gegen Zahlung angemessener Mieten des Kapitals bis zu einem gewissen Grade geduldet werden. Diese Duldung der Nutzung des Kapitals stellt im handelsrechtlichen Sinne eine Dienstleistung der Besitzlosen dar, die ja für diese Zeit auf eine Nutzung ihrerseits des Kapitals verzichten. Jene „Pflicht des Eigentums“ kann finanztechnisch letztlich nur über eine (angemessene) Art von Geld- und/oder Grundsteuer beim Wort (der Verfassung) genommen werden. Bleibt eine solche Verpflichtung des Eigentums, respektive des

Kapitalvermögens, aus, so ergibt sich daraus schließlich und endlich eine so nicht verhinderbare eklatante Monopolstellung des Kapitals. Eine irgendwie progressive finanzielle Verpflichtung jedoch des Kapitals, die unter dem Strich nur einen durchschnittlichen Grundkapitalbesitz steuerfrei ließe, führte aus Sicht von Großkapitalisten einen allzu großen Kapitalbesitz, wie in bezug auf Grundbesitz und/oder Geldbesitz, so weit ad absurdum, daß irgendwann entweder Teile dieses Kapitals (preiswert) abgestoßen oder nunmehr zum erheblichen Nutzen der Gemeinschaft „bewirtschaftet“ würden. Entweder oder. Die Ökonomie begrüßt grundsätzlich die Kapitalfusion, aber die notwendige Unabhängigkeit des einzelnen (von Monopolen) verlangt einen gewissen Ausgleich durch Verpflichtung des Kapitals. Oder anders gesagt: Ein erheblicher Überschuß an Kapital sollte nur bei ständig hoher marktwirtschaftlicher Leistung (zu günstigen Preisen) der Nutzer möglich sein. Nur das stellt in dem Sinne eine Leistung dar. Denn Leistung, die nur irgendwann ein Mal im Leben eines Unternehmers, der sich fortan auf seinem erheblichen Besitz ausruhen wollte, erbracht wurde, schwindet in ihrem Wert umgekehrt proportional mit der Zeit, die seit dem quasi tatenlos vergeht. Denn „Leistung“ ist abhängig von der Zeit, gemäß: $Leistung = Arbeit / Zeit$. Gerechnet also vom Tage einer Firmengründung an, wird die Leistung dieser Firma immer geringer, je weniger oft neue Arbeit geleistet wird bzw. je mehr Zeit ungenutzt, sprich ohne tatsächliche Nutzung des (überschüssigen) Kapitals, vergeht. Dieser Umstand rechtfertigt dann gleichermaßen einen durch Besteuerung erwirkten allmählichen Schwund des Kapitals, bis hin zur steuerfreien Grundmenge eines einzelnen Bürgers, so daß die notwendige Nutzung des Kapitals von anderen vorgenommen werden kann. Das Geld und die Grundstücke haben im Gegensatz zu den meisten anderen Sachwerten den Vor- und Nachteil, daß sie einerseits unvergänglich sind, aber gleichermaßen in der Menge begrenzt. Daher muß ihr Besitz leistungs- wie sozialgerecht „rotieren“!

Was ist Kapital?

Wie man besonders an fruchtbarem Grund und Boden, der z.B. Apfelbäume, Korn und Pilze hervorbringt, und Hühnern, die Eier legen, sehen kann: das Kapital arbeitet! Es ist, so gesehen, eigentlich weniger der Mensch, der arbeitet, sondern der liebe Gott, der alles Mögliche „rüberwachsen“ läßt. Der Mensch ist eigentlich nur so eine Art Manager, der die Gaben Gottes, die man als das „Kapital“ bezeichnen könnte, gerecht oder ungerecht verwaltet, sprich der sie im Idealfall einfach nur möglichst gleichmäßig über die Masse der Menschen verteilt. Marktwirtschaftlich gesehen, gibt es jedenfalls kein wesentlich größeres Ziel. Aber auch scheinbar lebloses Kapital, wie z.B. Gold, Juwelen oder Geld, arbeitet. Die Arbeit des Kapitals, sich möglichst gleichmäßig über die Welt zu verteilen, besteht darin, in irgendeiner Form begehrt zu sein. Dadurch wird es letztlich gesucht, gefunden und gegeneinander getauscht, so lange und oft, bis jeder von allem ein Bißchen hat. So jedenfalls – wie gesagt – im Idealfall. Dieser Idealfall schließt aber vor allem ein, daß jeder einzelne gleichermaßen viel Kapital der Natur, Naturkapital, sucht und auch findet, um sodann die jeweiligen Überschüsse an einer Sorte (über den Eigenbedarf hinaus) gegen die Überschüsse an einer anderen Sorte eines anderen mit diesem zu tauschen, sodaß schließlich jeder von allen begehrten Sorten des Kapitals einen den persönlichen Eigenbedarf daran deckenden Teil innehat und nutzen kann. Diese Nutzung beinhaltet zunächst einmal, also noch vor dem eigentlichen Ge- oder Verbrauch dieser Ware, aus den betreffenden Rohstoffen quasi durch Hinzufügung von Arbeit, wie grundsätzlich der eigenen, Ware im Auge des Menschen zu machen. In der Regel einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft wird sich dabei jeder tendenziell eher darauf spezialisieren, nur eine einzige Sorte von Rohstoffen zu finden und zu Ware zu verarbeiten, um erst dann die fertige Ware gegen die Ware anderer Leute zu tauschen. Bei diesem Vorgang

des Tauschens hilft einerseits das Geld als ein neutrales Tauschmittel, aber vor allem der für die Marktwirtschaft geradezu signifikante Umstand, daß man je eine Ware oder Sache, die man im wahrsten Sinne des Wortes „über“ hat, als relativ wertlos empfindet, während ein anderer, der an dieser Ware noch oder schon wieder einen ungestillten Hunger (Bedarf) hat, bereit ist, jeden Preis für diese Ware zu bezahlen, insbesondere natürlich dann, wenn es sich dabei um eine lebenswichtige Ware, Sache oder Dienstleistung handelt, auf deren Vertrieb der eine ein Monopol hat. Im Idealfalle findet also jeder einzelne Bürger stets eine gleiche Menge Kapital vor, um in je völlig unabhängiger Weise dann Teile davon gegen andere Teile mit anderen zu tauschen, sodaß schließlich das auf der Welt relativ ungleichmäßig verteilte Naturkapital gleichmäßig über die Erdenbürger verteilt ist. Zum „Kapital“ zählt im Prinzip alles das, was in der Bilanz eines Gewerbebetriebes auf der linken „Sollseite“, die eigentlich die rechts gegenüberliegende „Habenseite“ sein bzw. heißen müßte, untereinander aufgelistet wäre, wie Geld, Boden, Gebäude, Fuhrpark, Maschinen und Warenbestand, wobei im Warenbestand, falls vorhanden, bereits auch Arbeitsleistung, die also auch Kapital ist, enthalten ist. Mit anderen Worten: Jemand, der – aus welchen Gründen auch immer – nur (noch) über seine Arbeitskraft verfügt, da er ansonsten völlig mittellos ist, ist somit automatisch zur alleinigen, dauerhaften und ewigen Arbeit verurteilt, weil er den Mangel an Sachkapitalbesitz nur durch entsprechend viel zusätzlicher Arbeit als wie normal ausgleichen kann, um zu (über-) leben. Sein einziges Tauschgut, das er auf dem Markt vorweisen kann, ist seine Arbeitskraft, falls schon und noch vorhanden. Das Ungerechte aber dabei: Er wird, wenn kein Wunder geschieht, niemals jemals nochmals aus dieser mehr oder weniger unfreiwilligen Rolle eines Sklaven (pardon) herauskommen, denn der Lohn für abhängige Arbeit, statt für eigene Arbeit an eigenen Rohstoffen zu Waren, beträgt immer nur einen Bruchteil des durch diese Arbeit erzeugten Mehrwertes.

Der Produktionshelfer wird immer Produktionshelfer bleiben, von wenigen Ausnahmen, wie z.B. einigen Tellerwäschern, einmal abgesehen.

Seit Erfindung nun aber auch der Geschirrspülmaschine als Produktionshelfer, wie z.B. im Hotelbetrieb, haben selbst hochbegabte Tellerwäscher keine sehr große Chance mehr, jemals noch annähernd in die Fußstapfen einiger ihrer Vorgänger, die Millionäre wurden, zumindest in ihrer Fantasie, zu treten. Es verbleibt nicht einmal mehr dieser schöne Schaum. Auch diese letzte Möglichkeit der Besitzlosen, ein wenig vom Kuchen der Welt abzubekommen, ist gestorben, und das obwohl es nach wie vor genügend Kuchen auf der Welt (auch in den Hotels) gibt. Kurz: Die reine Arbeitskraft ist heute totes Kapital! Es arbeitet heuer weder direkt, noch indirekt, denn es ist nicht mehr begehrt, nicht mehr nachgefragt. Es ist definitiv tot. Wer heute noch nach Arbeit in der Produktion schreit, ist wie jemand, der ein totes Pferd durch viel Geschrei als Ablenkung von der Wahrheit wieder zum Leben erwecken will. Auch die Pferde finden heute keinen Arbeitsplatz mehr in der Produktion, im Straßenverkehr, da sie von Maschinen (mit vier Rädern) ersetzt wurden. Aber auch den Pferden kann man deswegen nicht ihre eigentliche Lebensberechtigung absprechen, sprich ihr naturgegebenes Recht auf Freiheit in der Natur oder – wenn dieses der „besseren“ Ordnung halber nicht umsetzbar ist – auf eine Entschädigung mit Geld! Eine Entschädigung mit Geld nicht des Staates, sondern der reichen Grundbesitzer, Geld, von dem sich dann die Pferde quasi je eine eigene Parzelle zum Laufen und Grasens im Kreis kaufen könnten. Will sagen: Der Staat, d.h. die Allgemeinheit, kann nicht rechtens freien Pferden die Selbstversorgung in der Natur verbieten, ohne ihnen eine Art Ersatz dessen gratis zu stellen. Denn von Natur aus ist und war normale Kost und Logis immer gratis! Und was nun die Menschen betrifft: Warum sollten sie weniger Rechte haben als Pferde?

Was ist Kommunismus?

Der heute immer stärker aufkommende „Lieferservice“ als scheinbar neue Errungenschaft der Marktwirtschaft ist im Grunde bereits der älteste Trick, den Leuten Dinge zu verkaufen, die ihnen – wenigstens zum Teil – selber gehören. Und zwar sind es die in den Produkten enthaltenen Rohstoffe, die durch Hinzufügen von Arbeit „gegart“ wurden, wie z.B. bei einer Pizza oder einem schönen Auto. Die Ungerechtigkeit liegt hier darin, daß zwar dieses Garen und Liefern eine gewisse Leistung darstellt, die irgendwo honoriert werden will, daß aber heute praktisch niemand mehr vorher gefragt wird, ob er überhaupt den Auftrag zur Produktion und Lieferung erteilt. Dieser Auftrag wird von den Herstellern einfach ganz generell und flächendeckend vorausgesetzt, anhand einiger tatsächlicher Nachfragen im Laden oder just anhand eines Antizipierens, einer Vermutung über den vermeintlichen allgemeinen Kundenwunsch. Und so wird die Pizza und das dazu passende Auto heute einfach in den Briefkasten gesteckt, mit der Aufforderung, beides innerhalb von zwei Wochen entweder zurückzugeben, oder zu bezahlen, nicht ahnend oder wohlwissend, daß die Leute heute praktisch gar keine andere Wahl mehr haben, als diese äußerlich nicht einmal sehr teuer erscheinende Ware zu bezahlen, angesichts immer teurerer Preise der öffentlichen Verkehrsmittel und immer weniger freilaufender Tomaten und Pilze für die eigene Pizza in der unmittelbaren Nähe, so wie noch vor 100 Jahren. Will sagen: Hat etwa je ein Armer die Arbeit gescheut, sich eine eigene Pizza zuzubereiten, wenn er die Zutaten dazu hatte? Und hat etwa je ein Armer die Arbeit gescheut, sich jene Zutaten durch Sammeln im Wald oder Flur selbst zu besorgen, wenn er dort freien Zutritt hatte? Was hinderte ihn dennoch daran? Richtig! Gesetze! Gesetze zur Schaffung einer gewissen „Ordnung“, die aber – so wie sie derzeit sind – den großen Herstellern schlicht ein riesen-großes Monopol geschaffen haben. Zwar könnte theoretisch je-

der Arme selbst eine große Firma aufziehen, in der Praxis bleibt dieses aber schlicht graue Theorie. Zu fest sitzt bereits der Sattel der Großen auf den Rücken der Kleinen. Schuld daran ist letztlich eine zu geringe und unkonkrete Verpflichtung des Kapitals zum Nutzen der dem Kapital gegenüberstehenden Besitzlosen. Die Großen sagen sinngemäß: „Wir brauchen Kapital, um zu produzieren.“. Das gleiche könnten aber auch die Kleinen von sich behaupten. Wer hat nun Recht?

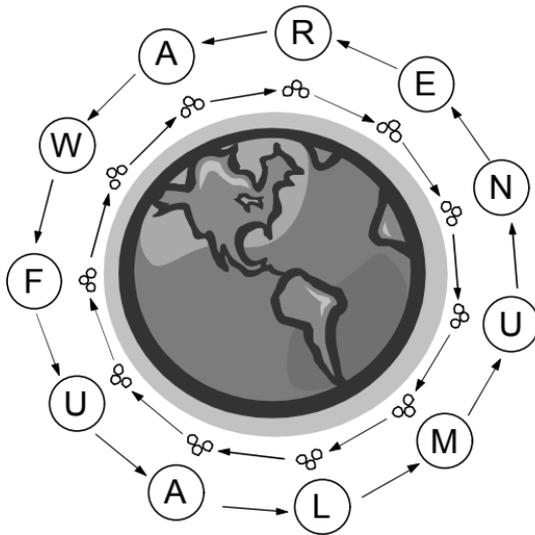
Nun, im Grunde haben beide Seiten gleichermaßen Recht in jener Annahme. Daher kam der Kommunismus einst auf die Idee, alle Bürger völlig gleich zu stellen, indem quasi alle in ein und demselben Betrieb (s. z.B. „VEB“, „Volkseigener Betrieb“ der damaligen DDR) arbeiteten, dessen Kapital – bestehend aus dem Land selbst, den Gebäuden, den Maschinen und den hergestellten Waren usw. – konsequent allen Leuten, also allen Bewohnern dieses Landes, zu absolut gleichen und auch immer gleichbleibenden Teilen gehörte, prinzipiell völlig unabhängig davon, welche Leistung je der einzelne erbrachte oder nicht, praktisch nach der Devise: „Alle Menschen sind gleich, und daher jedem sein Haus mit Garten und eine Tube Zahnpasta im Monat.“. Diese eigentlich gut gemeinte Gleichmacherei, die aber völlig gegen die Natur der nicht gleichmäßig verteilten Begabungen, Kräfte und Energien ist, führt nicht nur dazu, daß manche überfordert und andere unterfordert sind, sondern kann sich – aus diesem Grund – schließlich völlig ausbremsen, weil keiner mehr Lust hat, auch nur einen einzigen Handschlag mehr als unbedingt notwendig, um nicht aufzufallen, zu tun, wodurch letztlich (gute) Ware fehlt, aber auch Sauberkeit und Ordnung in den Straßen und öffentlichen Gebäuden sowie im politischen Getriebe. Es fehlt hier einfach an der für gesunde Markt- und Staatswirtschaft notwendigen Motivation der verschiedenen Teilnehmer zur Erbringung besonderer Leistungen, je nach dem, wie es dem einzelnen möglich ist. Und diese Motivation heißt

im Kapitalismus „Gewinn“. Der Gewinn, und zwar Gewinn an Kapital, dem Luxus in Form einer gewissen stärkeren Lebenssicherheit durch Wertspeicherung (im Kapital), ist schlicht das Instrument der Leistungsmotivation, denn er verkörpert immer auch gleichzeitig eine gewisse öffentliche Anerkennung der dafür erbrachten Leistung. Aus Sicht mancher Frauen ist Geld wohl der wertvollste Orden. Dieses ist insofern nicht ganz unlogisch, als daß man ja für Geld praktisch alle möglichen Dinge kaufen kann, einschließlich letztlich auch der Orden. Wer Geld hat, bekommt schließlich auch alle möglichen Auszeichnungen und Ehrungen nachgeschmissen, ob wirklich verdient oder nicht. Der verstärkte Besitz von Geld gilt allgemein als bester Beweis für erbrachte starke Leistung, da man davon ausgeht, daß niemand freiwillig einem anderen größere Mengen Geld schenken würde. Dieses gilt grundsätzlich auch in bezug auf Raub, Diebstahl und Betrug, nur daß man wohl diese Wege einer Kapitalmaximierung nicht als aner kennenswerte Leistung sehen würde. Schafft man also ein sittliches Klima durch gute, aber möglichst unauffällige bzw. nicht die Kreise der normalen Bürger störende Polizei, wo illegale Wege weitestgehend ausgeschlossen sind, so verbleibt nur jener der tatsächlichen produktiven Leistung zum Wohle des betreffenden Produzenten, aber möglichst immer auch gleichzeitig zum Wohle der Allgemeinheit, was sich in einer vernünftigen „semikapitalistischen“ Marktwirtschaft auch nicht zwangsläufig ausschloß. Im Gegenteil sogar! Denn das mit Abstand größte Wohl des einzelnen und der Allgemeinheit besteht wohl in der Erhaltung einer produktiven Marktwirtschaft und der Gesellschaft selbst. Gleichmacherei wie im Kommunismus oder übertriebener Egoismus wie im Kapitalismus zerstören gleichermaßen, wenn auch auf unterschiedliche Weise, die menschliche Gesellschaft als solche, da die Mehrheit der Menschen so nicht zufrieden ist und ob ihrer Art so auch niemals zufrieden sein könnte. Wer dieses trotz offenkundiger Probleme im Kommunismus oder im Kapitalismus bestreitet, trägt dadurch

nicht zur Lösung jener Probleme bei. Es ist einfach ganz grundsätzlich die Natur des Menschen, in unabhängiger, selbständiger Weise für den Eigenbedarf und bei marktwirtschaftlicher Arbeitsteilung auch für Fremdbedarf, je nach Nachfrage, zu jagen und zu sammeln oder – etwas moderner ausgedrückt – zu produzieren und zu liefern. Wäre dieses nicht so, so hätte der Mensch weniger „freien Willen“ als das Tier, und der Bedarf des einzelnen könnte nicht just durch die Nachfrage auf dem Markt, sondern nur durch komplizierte Planwirtschaft gedeckt werden. Eine Planwirtschaft aber, wo der Verbrauch an Verbrauchsgütern des einzelnen noch so gut berechnet sein würde, könnte dennoch niemals auch die teils sehr individuellen Wünsche und Bedürfnisse mancher einzelner erfassen, was auf Dauer lustlos macht. Nur eine wirklich freie, weil von unnötiger staatlicher Doktrin jeglicher Art unabhängige Marktwirtschaft möglichst vieler verschiedener auch yoneinander unabhängiger Anbieter könnte immer auch sehr individuelle Wünsche erfüllen. Um aber innerhalb eines gesunden, weil möglichst ausgeglichenen Wettbewerbs unabhängig zu produzieren, braucht man Kapital. Eigenkapital!

Theoretisch könnte man das Kapital, d.h. praktisch nur den Grund und Boden und das Geld, zu Beginn einer Partie Marktwirtschaft völlig gleichmäßig über die Bürger des betreffenden Landes verteilt haben, sodaß nunmehr jeder etwas produzieren und überschüssige Teile davon über das Tauschmittel Geld auf dem Markt gegen andere Dinge tauschen könnte. Dabei könnte theoretisch immer jeder anschließend von allen Waren ein Bißchen, und dennoch exakt die gleiche Menge Geld wie vorher zur Verfügung haben, da ja jeder sowohl etwas verkaufen, als auch etwas kaufen würde. Das Geld und die Leistungen würden quasi (immer wieder) nur (in entgegengesetzter Richtung) im Kreis laufen, ohne daß die Geldmenge deswegen jemals größer oder kleiner sein müßte, wobei sie aber dennoch immer wieder neue

Leistungen hervorbringen würde, wie in der folgenden Grafik grob schematisch dargestellt:



In der Praxis ist es aber (leider) so, daß nicht immer und von jedem alles durch den Verkauf dazu gewonnene Geld gleichermaßen (freiwillig) wieder durch Kauf weitergegeben wird, wodurch gewissermaßen Staus des Geldes und damit auch Staus des Warenlaufes entstehen. Dieses liegt in der Hauptsache an der Doppelfunktion des Kapitals, also des Geldes, und ist das mit Abstand schwerwiegendste, aber im Grunde einzige Problem der freien Marktwirtschaft. Zum einen dient das Geld der Belohnung und zum anderen der Finanzierung von Leistung. Jemand, der also z.B. zuerst zuviel Leistung anderer mit Geld belohnt (konsumiert), hat anschließend keine Möglichkeit (kein Geld) mehr, selber etwas zu produzieren und zu verkaufen, um wieder den normalen ursprünglichen Kapitalstand zu erreichen. Er könnte sich somit nur noch allenfalls als Arbeitnehmer verdingen, ohne aber dadurch – realistisch betrachtet – jemals noch einmal jenen Kapitalstand, das normale „Bürgerkapital“, zu erreichen, von Ausnahmen natürlich abgesehen. Und da „typische

Unternehmer“ im Gegensatz zu „typischen Arbeitnehmern“ panische Angst vor echter, weil abhängiger und daher wirklich unangenehmer schweißtreibender Arbeit zu haben scheinen, passen sie geradezu höllisch darauf auf, daß sie sich ja nicht einmal durch zuviel privaten Konsum oder geschäftliche Investition buchstäblich „verausgaben“. Die fatale Folge davon ist, daß sie – auch aufgrund einer derzeit nicht wirklich sicheren Sozialpolitik, die nicht auch bewußt eine geringe Unternehmensförderung, quasi eine Minisubvention, immer für jeden Bürger mit umfaßt – dazu tendieren, mehr zu verkaufen als selber zu kaufen, auch dann, wenn sie schon längst Millionäre oder Milliardäre sind. Die Gewinnmaximierung wird zum Selbstzweck, zum Fetisch, zum Sport, wie beim Sportfischen nach möglichst großen Fischen, die man nur vorzeigen, aber nicht etwa selber essen will. Das Geld wird zum Großwild, zum Freiwild. Das Problem ist aber, daß nicht alle gleichzeitig Großwildjäger sein können, daß nicht alle gleichzeitig nur etwas verkaufen können. So werden die einen zu Jägern und die anderen zu Gejagten, mit Werbung im Briefkasten, Werbung in der U-Bahn, Werbung auf der Straße, im Radio, im Fernseher, im Kino, an der Bushaltestelle usw., usw., so lange, bis der Geld- und Warenkreislauf vollkommen zusammengebrochen, zum Stillstand, statt Wohlstand, gekommen ist. Denn mehr als bis über beide Ohren verschuldet sein kann der gemeine Verbraucher nicht tun, denn er bekommt im Gegensatz zum Staat nicht unendlich Kredit, um irgendwann unendlich und unwiderruflich verschuldet zu sein. Und was dann? Die Schuldnerberatung anrufen? Mit Verlaub; aber auch die könnte diese Schulden nicht begleichen. Sie könnte allenfalls raten, gar niemals erst einen Kredit aufgenommen zu haben, geschweige denn immer weitere.

Der Fehler dieses Systems einer nicht regenerativen Marktwirtschaft, genannt Kapitalismus, ist just ein prinzipieller Fehler des Geldsystems, quasi des Geldes, so wie man es derzeit kennt

bzw. handhabt. Darauf weisen insbesondere die Anhänger der Gesellschen „Freiwirtschaftslehre“ seit nunmehr ca. 100 Jahren vergeblich hin. Sie sprechen davon, daß das Geld zwecks eines besseren Geld- und Warenumlaufs zur Schaffung und Erhaltung von mehr Arbeitsplätzen theoretisch einem natürlichen Verfall seiner Substanz, seines Papiers, unterliegen müßte, so wie ja auch die dafür erhaltenen oder hergegebenen Waren, sodaß jeder Verkäufer von Ware gezwungen wäre, innerhalb bestimmter Zeit selber wieder zum Käufer zu werden, wenn er nicht einen Wertverlust seines Geldes durch Verfall erleiden wollte, usw.. Sie sprechen quasi davon, daß die großen Kapitalisten sich zu viel Zeit lassen bei der Weitergabe – wenn überhaupt – des Geldes. Daß diese Einschätzung absolut richtig ist, sieht man heuer deutlicher denn je. Daher muß, um den Geld- und Warenkreislauf dauerhaft zu erhalten, das Geld, das quasi nach oben fällt, einer künstlichen Schwerkraft, vergleichbar dem Gold, unterworfen werden. Würde es nämlich z.B., statt Geld, nur Gold als Zahlungsmittel bzw. Kapital geben, und würden alle Leute verpflichtet sein, ständig ihr gesamtes Gold, das sie besitzen, mit sich herum zu tragen, so würde allein die Schwerkraft automatisch dafür sorgen, daß niemals jemand zu viel Kapital besaß. Denn kein Mensch auf der Welt würde ständig wesentlich mehr als 200 Kilogramm Gold, also zusätzliches Gewicht, mit sich herumtragen können. Überschüssiges Gold würde einfach auf die Straße fallen, wo es von Ärmeren frei aufgelesen werden könnte und dürfte, wie als gerechte Kapitalstrafe für diejenigen, die versucht hätten, mehr Kapital als normal, d.h. praktisch als durchschnittlich, zu jagen und zu sammeln. Dem Urprinzip des Jagens und Sammelns, wie noch vor der Wirtschaft, also wie vor ca. 10.000 Jahren, würde es wieder mehr gerecht werden, nachdem dieses durch die unsichtbare Macht einer wirtschaftlichen Panik durch zu viele und dennoch unkonkrete Richtlinien nahezu ad absurdum geführt wurde. Mit „Jagen und Sammeln“ war, wie bei den Hamstern, nie gemeint: „Alles für sich alleine jagen

und sammeln.“. Aber was kann den einzelnen Jäger und Sammler davon abhalten, mehr als normal zu jagen und zu sammeln? Das Gewissen? Wenn ja, was heißt das? Was heißt Gewissen?

Nun, Gewissen beinhaltet vor allem: Wissen! Oder anders gesagt: Wo kein Wissen, da auch kein Gewissen. Denn der „Anstand“, der zweite Teil des Gewissens, der normal dafür sorgt, daß man sein Wissen gewissenhaft, quasi anständig oder auch human, einsetzt, kann halt nur dann greifen und arbeiten, wenn Wissen vorhanden ist, und zwar natürlich möglichst das richtige Wissen. Ist quasi kein Rechts- oder Unrechtsbewußtsein vorhanden, weil man nicht weiß, was richtig oder falsch ist, ist man zwar, so gesehen, unschuldig, aber auch gleichermaßen unfähig, das Richtige zu tun. Der Mensch hat ganz grundsätzlich die Neigung, Gutes, weil Richtiges zu tun. Es kommt halt, so gesehen, nur darauf an, was er für richtig hält. Dabei ist er in der Regel geneigt, die Meinung über Recht und Unrecht von höher gestellten mächtigen Persönlichkeiten oder Personen zu übernehmen, annähernd ohne den Sinn zu hinterfragen oder sich durch eigene genaue Beobachtung in der Öffentlichkeit oder durch logisches Denken ein (wirklich) eigenes Urteil zu bilden, das dann entweder der Meinung des „Vorgesetzten“ entsprechen kann, oder nicht. Ferner ist er geneigt, aus „Freundschaft“ die wissentlich oder gefühlt falschen Ansichten der „Freunde“ zu übernehmen, wenn auch vielleicht unter einem inneren oder gar ausgesprochenen Vorbehalt (der späteren Klärung). Diese grundsätzliche Gutgläubigkeit des Menschen, wie insbesondere unter Gruppenzwang oder aus Opportunismus, die ihren Ursprung wohl in der Kindheit hat, wo man zwecks der Aufnahme von ersten Informationen bereit ist, praktisch alles zu glauben und für richtig zu halten, was einem die Eltern, quasi die ersten Vorgesetzten oder auch „Meister“, so erzählen, bietet der Lüge, wo immer sie auch auftreten mag, eine schier unermessliche Chance, insbesondere natürlich bei noch jüngeren Menschen. Aber auch das Alter

kann nicht sicher vor Lüge schützen. Einzig und allein der Verstand, falls vorhanden, kann vor der Lüge als solche schützen. Denn unter dem Strich glaubt der Mensch nur das, was ihm glaubwürdig, weil im Gesamtbild logisch, erscheint. Wird aber beispielsweise von der Lüge gar ein ganzes, in sich logisch erscheinendes Lügengebilde, ein Gesamtbild der Lüge, wie z.B. das der Zweiklassengesellschaft, wo angeblich die einen nur Reichtum und die anderen nur Armut verdient haben, gezeichnet, so ist es äußerst schwer, noch Wahrheit von Lüge zu unterscheiden. Im Zweifel darüber, was richtig und was falsch ist, hat Gott Jahwe (Jehova) den Menschen daher einst anhand der Zehn Gebote einen grundsätzlichen und – auch aus trocken wissenschaftlicher Sicht – unzweifelhaften Anhaltspunkt dessen gegeben. Theoretisch würde es daher genügen, „wenigstens“ diese Zehn Gebote (ein-) zu halten. Gott ist halt wie ein Vater, der nicht die geringste Absicht haben könnte, seinen Kindern, den Menschen, Lügen zu erzählen, um sie damit letztlich zu zerstören, da so die eigentlichen Lebensgrundlagen, wie vor allem der Frieden in der Welt, nicht richtig erkannt würden. Alle einzelnen der Zehn Gebote, vom Ersten bis zum Zehnten, sagen sinngemäß: „Haltet Frieden!“, „Haltet Frieden mit mir (Gott) und mit euresgleichen!“. Da er aber weis, was ihn und die Menschen am meisten „auf die Palme“ bringt, weil es schlicht ungerecht ist, begnügte er sich quasi damit, zu sagen: „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.“, oder: „Du sollst nicht stehlen.“ usw.. Er ging davon aus, die Menschen würden dann schon wissen, wie das gemeint ist und wie es auch in die Praxis des täglichen Lebens umzusetzen wäre. Damit scheint er aber den „gemeinen“ Bürger ein wenig überschätzt zu haben, schon deshalb, weil nicht einmal alle Menschen die Bibel wenigstens ein Mal gelesen haben bzw. die Zehn Gebote (vollständig) kennen. Aber zugegeben; um zu wissen, was „Du sollst nicht stehlen.“ bedeutet, muß man weder religiös, noch Wissenschaftler sein. Es liegt einfach auf der Hand, daß Diebstahl ungerecht ist und daher den

Frieden, ja den Weltfrieden, bedroht. Nur verbleibt zunächst die Frage, was Diebstahl ist bzw. wann Diebstahl genau vorliegt.

Einen etwas näheren Aufschluß darüber geben wohl das Neunte und das Zehnte Gebot, „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.“ und „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib, Knecht, Magd, Rind, Esel noch alles, was dein Nächster hat.“. Bei etwas näherer Betrachtung scheinen diese beiden Gebote darauf hin zu deuten, daß jedem Bürger der Erde mindestens und maximal quasi ein eigener Bauernhof mit allem, was so dazu gehört, als sein persönliches Eigentum zusteht, sodaß er es nicht nötig hätte, seinen Nächsten (Nachbar) zu bestehlen oder zu berauben. Etwas anderes erschien jedenfalls nicht zwingend gerecht, wie z.B. wenn jemand 20 Bauernhöfe und 19 andere Leute keinen einzigen vorweisen könnten. Zwar könnte sich der eine Großbauer jenen Überschuß von 19 Bauernhöfen durch, so gesehen, ehrliche Leistung gegenüber den nunmehr Besitzlosen verdient haben, aber andererseits gilt ja bereits das bloße Begehren des „Kapitals“ des Nächsten nach den Zehn Geboten als verboten, weil letztendlich und alles in allem als ungerecht. Denn was könnte jene Leistung schon wirklich wert gewesen sein, wenn nunmehr die 19 anderen besitzlos und damit praktisch unmittelbar vom Hungertode bedroht sind? Will sagen: Rein theoretisch und streng mathematisch müßte der Großbauer nach seiner Leistung zum Erwerb der zusätzlichen 19 Grundstücke weiterhin Leistung (gegenüber den 19 Besitzlosen) erbringen, wie zur Bezahlung einer Art Miete oder Pacht nach dem Kauf, der nur wie als eine Art „Anmiete“ (Leistung einer Kautions) aufzufassen ist, da Grundstücke ja nicht nur ein Mal, sondern dauerhaft, ja ewig nutzbar sind, einen dauerhaften, unendlich großen Wert haben, was Besitzlose meist erst irgendwann nach dem Verlust ihres Kapitals, das halt grundsätzlich weder in Gold, noch Geld, sondern allein in Grund und Boden besteht, bemerken, wenn überhaupt. Es bedarf, so gesehen, ei-

gentlich nur einer konkreten Vermessung des Landes eines betreffenden Gebietes (Staates) und einer rechnerischen Teilung dieser Fläche durch die Anzahl der dort lebenden Bürger, um so auf die normale Größe eines „Bürgergrundstücks“ zu schließen. Anschließend würde dann regelmäßig eine Art Vermögenssteuer auf dieses Kapital erhoben, die unter dem Strich nur ein normales Bürgergrundstück steuerfrei läßt, logisch. Das ist schlicht das, was das Steuerrecht und auch der Kommunismus immer sagen wollten. Ja zum Eigentum, aber Nein zum übertriebenen Eigentum oder Besitz! Gewisse Schwankungen des Vermögens innerhalb einer aber insgesamt gezügelten und nicht völlig freien Wirtschaft wollten der Kommunismus oder der Sozialismus im Grunde nicht ausschließen, wohlwissend, daß eine gewisse Anreicherung, aber nicht regelrechte Bereicherung von Kapital zur Erhaltung der „Arbeitsmoral“ wenigstens zeitweise, wie im Sinne eines leichten Wellenganges auf dem Meer (Markt), statt nur einer einzigen riesengroßen stehenden Welle oder – das genaue Gegenteil – einer völligen Planheit (Planwirtschaft), geduldet werden muß und auch kann. Die Gewährleistung gewisser Unterschiede des gesellschaftlichen Standes des einzelnen, je nach Leistung, niemals aber unter der Armutsgrenze, ist nicht unsozial, sondern ein wichtiges Instrument zur Förderung der Motivation zur Arbeit und Produktion, sprich der Wirtschaft. Eine Art regelmäßiger Kapitalvermögenssteuer auf alles Geld und allen Boden oder eine sonstige (rituelle) Umlaufsicherung des Kapitals kann jedoch verhindern, daß das Kapital allzu hoch „abhebt“. Die heutige Schwerelosigkeit des Geldes, die ursprünglich das Leben „leichter“ (in der Brieftasche) machen wollte, hat zu einer Zügellosigkeit der Wirtschaft geführt, die so nur die Kutsche von Dracula kannte. Aber auch diese kam nicht ohne ein Steuersystem aus. Nur war dieses halt unsichtbar, wie Radiowellen, die unsichtbar ihre Botschaft an die Geschickten vermitteln. Will sagen: Eine Wirtschaft, die zügellos ist, kann nicht angepeitscht werden, ohne (nach dem Ausland) „durchzugehen“.

Was ist Geld?

Was dabei herauskommen kann, wenn man sich der Bedeutung des Geldes nicht bewußt ist oder wenn man dem Geld keine Bedeutung beimißt, kann man an kleinen wie großen Kindern sehen: Sie werfen das Geld zum Fenster raus.

Daß offizielles Geld aber keineswegs ohne Bedeutung ist, sieht man nicht zuletzt schon daran, daß der Staat zur Tilgung etwaiger eigener Schulden, von Staatsschulden, nicht einfach neues zusätzliches Geld drucken (lassen) kann, welches er sodann den Gläubigern aushändigte. Zumindest glaubt er in der Regel, daß er das nicht kann, daß er dazu nicht berechtigt ist. Tatsache ist aber, daß das Geld entweder freiwillig durch das Warenangebot des Marktes wertgedeckt ist, oder verbindlich, also einklagbar, durch einen bei der Noten- oder Zentralbank hinterlegten Sachwert, wie z.B. durch Gold oder Silber, als Grund- und Garantiewertdeckung. In beiden Fällen bliebe die Wertdeckung des Geldes auch bei Vergrößerung der Geldmenge vollständig erhalten. Es wäre lediglich die Einheit dieses Geldes, wie z.B. „1 Taler“, im Wert gemindert, ein stückweit abgewertet. Da aber sich nun insgesamt mehr Einheiten, quasi mehr „Stücke“, im Umlauf befanden, wäre der Gesamtwert des Geldes, also der Wert der Geldmenge, nach wie vor der gleiche. Die Geldmenge hat immer den gleichen Wert, der sich just in seiner (gleichen) Wertdeckung widerspiegelt. Die Geldmenge ist immer 100%. Ihr Wert beträgt immer 100% des Waren- und Leistungsangebotes, wobei ein Teil dieses Angebotes (siehe z.B. Gold oder Silber) ein von staatswegen verbindlicher sein kann, aber nicht muß. Vergrößert sich die Geldmenge, vergrößern sich die Preise der Waren und Dienstleistungen, bekannt als Inflation. Verkleinert sich die Geldmenge, verkleinern sich die Preise, bekannt als Deflation. Die Preise der verschiedenen Waren und Dienstleistungen, die auf dem Markt feilgeboten werden, passen sich simultan der

durch das tägliche Geldangebot zu vermutenden Geldmenge an, wenn auch je mit Verzögerung, was aber eigentlich nur bei der Deflation, dem Gegenteil der Inflation, schmerzlich sein kann für den einzelnen, da in diesem Fall die Geldmenge – von ihrem Nennwert her – zunächst einmal kleiner ist, als was die Leistungsangebote insgesamt kosten, da die Preise im einzelnen noch verhältnismäßig hoch sind, bevor sie dann irgendwann, sprich bei immer geringerem täglichen Geldangebot, quasi bei immer geringerer Warennachfrage, fallen würden. Bis dahin können sich, insbesondere aufgrund der heute eigentlich nur durch monopolartige Zustände unverhältnismäßig hohen Mieten für Wohnungen und Gewerberäume, die vermutlich als letzte fallen würden, wenn überhaupt, die allerschlimmsten privaten Tragödien abgespielt haben, ja bis hin zu dem Tode durch Erfrieren im Winter als Obdachloser.

Im Idealfalle wird daher die Geldmenge über die Notenbank und/oder über das Steuerwesen so reguliert, daß ihr regelmäßiger Betrag, ihr Nennwert, seit Anbeginn weder größer, noch kleiner ist, was eben nicht heißt, daß sie nicht vorübergehend, wie z.B. aus Anlaß einer quasi einmalig notwendigen spontanen Erhöhung der Staatsausgaben zum Zwecke der Beseitigung von durch eine Katastrophe verursachten Schäden oder dergleichen, auch mal größer aber möglichst niemals kleiner sein kann. Im Idealfalle ist nach solchen Sonderausgaben die Geldmenge stets rechtzeitig wieder auszudünnen, sodaß man von einer gleichbleibenden regelmäßigen Geldmenge sprechen kann, die sich in ihrem regelmäßigen Betrag allenfalls dadurch änderte, daß sich mehr oder weniger Einwohner in dem betreffenden Wirtschaftsraum (regelmäßig) aufhielten. Denn würde die Geldmenge bei Vergrößerung der Einwohnerzahl nicht entsprechend größer, so käme dieses einer indirekten Deflation gleich. Die Geldmenge hat zu Beginn wie auch auf Dauer immer genügend Einheiten insgesamt, aber auch pro Kopf zur Verfügung zu stellen, damit

jeder einzelne dieses Zahlungsmittel stets gut dosieren kann, sofern und soweit er darüber überhaupt verfügt. Aber letzteres ist schlicht eine Frage der Verteilung des Geldes, die allerdings ebenfalls nicht unerheblich ist. Insgesamt jedenfalls kann in dem Sinne niemals zu viel oder zu wenig Geld vorhanden sein, es sei denn, es wäre überhaupt keines vorhanden. Ist jedoch Geld vorhanden, was ja durch Druck relativ leicht bewerkstelligt werden kann, wozu ja auch jeder unabhängige Staat jederzeit berechtigt ist, zumindest wenn es sich dabei um ein eigenes (neues) Geld handelte, so ist alles weitere lediglich eine Frage der möglichst gerechten, d.h. sozial- wie leistungsgerechten, Verteilung des Geldes innerhalb der betreffenden Gemeinschaft. Der Wert des Geldes hängt – ob alt oder neu – ohnehin nur davon ab, womit es freiwillig und/oder von staatswegen wertgedeckt ist.

Insofern hat das Geld (in der Tat) keinen eigenen Wert, sondern lediglich einen „Giralwert“, d.h. praktisch den Wert einer Forderung, vergleichbar einem (gedeckten oder ungedeckten) Barscheck oder einem sonstigen (übertragbaren) Schuldtitel. Dieses sieht man nicht zuletzt auch daran, daß der Wert eines Geldes selbst bei gleicher Menge und gleicher Einwohnerzahl steigen oder fallen kann, abhängig von dem dafür auf dem Markt, statt auf der Notenbank, „hinterlegten“ Leistungsangebot. Werden auf dem Markt plötzlich ungewöhnlich viel Tomaten angeboten, so werden sie in aller Regel, d.h. nach der Regel von Angebot und Nachfrage, billiger sein als sonst, wodurch sich der Wert des Geldes erhöht. Für das gleiche Geld, den gleichen Betrag, erhält man plötzlich mehr Tomaten als sonst. Steigt auch das sonstige Warenangebot, so steigt der Wert des Geldes ohne eigenes Zutun wie die Aktie einer großen Firma, deren Leistung immer größer wird. Die Welt ist eine Firma, und das Geld sind die Aktien dieser Firma. Auch an der Börse wird das Geld gehandelt wie eine Aktie. Wird es stark nachgefragt, so gewinnt es an (Verkaufs-) Wert. Wird es weniger nachgefragt, sondern gar

stärker angeboten, so verliert es an Wert, und man bekommt im Verhältnis weniger Gegenwert dafür, genau wie auch auf dem übrigen Markt. Das Geld wird – und das scheint das einzigartige Phänomen des Geldes zu sein – von der Allgemeinheit als eine Art Äquivalent zur Welt aufgefaßt, dessen Wert sich wie ein Spiegelbild dem Wert und Mehrwert der Welt anpaßt. Es scheint dabei – ähnlich wie bei einer Versteigerung – von einem Grundwert, dem Grundwert der Welt, auszugehen, um sich sodann von möglichen Mehrwerten, welche die Menschen (sich) schaffen, überraschen und im Wert erhöhen zu lassen. Es könnte aber auch allein durch die menschlichen Mehrwerte wertgedeckt sein, sodaß der Wert des Geldes quasi immer zunächst bei null liegt, um sodann durch ein Warenangebot auf dem Markt erstens überhaupt einen Wert und zweitens einen – möglichst – immer höheren Wert zu haben, wie durch einen regen und nicht durch kopflastige Subventionen aller Art völlig verzerrten marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Und das wäre dann das eigentliche Wirtschaftswachstum, nämlich wenn man für einen bestimmten Geldbetrag eine immer höhere, also quantitativ oder qualitativ bessere, Waren- oder Dienstleistung erhält, und nicht etwa wenn aufgrund von geschickter Monopolwirtschaft jeder Bürger immer tiefer in die Tasche greifen muß, um nur die gleiche Leistung für immer mehr Geld zu erhalten. Die Wohnungsmieten lassen grüßen.

In jedem Fall aber ist das Geld faktisch immer durch irgendeine Naturalie wertgedeckt; dieses kann ein Barren Gold oder auch z. B. ein Leib Brot (pro Währungseinheit) sein. Auch Gold ist ja – genau genommen – „nur“ eine Naturalie, denn es stammt – genau wie auch das Brot – von irgendwo aus der Natur. Nur könnte man jedoch darüber streiten, welcher Wert der wichtigere ist für die Welt: Gold oder Brot? Im Zweifel darüber muß man allerdings sagen, daß das Geld ganz grundsätzlich das geschriebene oder ungeschriebene Versprechen ist bzw. birgt, daß man

sich davon, also von dem Geld, ernähren kann. Wäre es nicht so, so hätte z.B. der Staat seinen unmittelbaren Dienern, den Staatsbeamten, niemals – mit gutem Gewissen – Geld als Lohn für Staatsdienstarbeit auszahlen können. Dann hätte er es bei einer Auszahlung der Gehälter und „Diäten“ in Form von Korn, Hühnern und Eiern – wie einst – belassen müssen. Denn Beamte sind ja keine Bauern, die diese Dinge, die sie aber ebenfalls zum Leben benötigen, selber produzieren können. Zumindest haben sie aufgrund ihrer Beamtentätigkeit irgendwo in einem Amt nicht die Zeit dazu. Wenn man nun aber – wie in einer gut funktionierenden Geldwirtschaft – für Geld auf dem Markt Brot usw. kaufen kann, so ist die Auszahlung von Gehältern und Löhnen in Form von Geld faktisch einer Auszahlung mit Korn, Hühnern und Eiern gleichgestellt. Insofern bleiben die eigentlichen Werte auf der Erde immer „nur“ die Naturalien, wie auch private oder staatliche Dienstleistungen, die „auf dem Markt“, wie früher just auf dem mehr oder weniger zentral gelegenen Marktplatz des Dorfes oder der Stadt, miteinander getauscht werden können. Das Geld kann lediglich bei der Abrechnung und Abwicklung der verschiedenen Tauschvorgänge helfen, da es mit den oft sehr unterschiedlichen Werten der Naturalien leichter „aufgewogen“ werden kann, weil es sich – im Gegensatz z.B. zu einem großen Tisch – anhand seiner Einheiten leichter portionieren läßt. Dieses birgt jedoch die – wie man heute sieht – nicht unerhebliche Gefahr, daß Tauschvorgänge unvollendet bleiben, das heißt daß z.B. manche „ewig“ nur verkaufen, um möglichst viel Geld zu erhalten, ohne aber jemals in dem (gleichen) Maße auch zu kaufen, um das Geld quasi wieder in den allgemeinen Umlauf zu bringen. Es verbleibt die heute immer größere Frage, wie lange ein solcher „Halbtausch“ durch Gewinnmaximierung auf der einen und Erzeugung von Massenarmut auf der anderen Seite noch „gut“ gehen könnte. Will sagen: Langfristig wird man nicht um die Ausschüttung einer Geldmenge für jeden samt einer alle einschließenden Umlaufsicherung des Geldes umhin kommen.

Was ist Glück?

Die Tiere haben das Glück, die Früchte der Natur umsonst zu bekommen. Der Mensch hingegen muß Geld dafür bezahlen. Da der Mensch aber das Glück hat, Geld selbst herstellen zu können, bekommt er die Früchte der Natur faktisch ebenfalls umsonst.

Was ist Geldwirtschaft?

Vom Geld abhängig zu sein, ist nicht tragisch, solange man immer welches hat.

Wo bleibt die Volkswirtschaft?

Man könnte sagen; die Volkswirtschaft ist der natürliche Feind der Betriebswirtschaft, und umgekehrt. Denn die Betriebswirtschaft versucht ja per se, soviel Geld und sonstiges Kapital wie möglich als „ihren“ Gewinn anzuhäufen, gewissermaßen zu einem riesigen Berg aufzutürmen. Da ist plötzlich die Volkswirtschaft, die sich wie eine Horde Geier über den Teil der Beute hermachen will, den der Gepard Betriebswirtschaft mehr oder weniger unfreiwillig übrig gelassen hat, also nicht bei Zeiten verbraucht hat. Aber dieses ist nur recht und billig und hat seinen Sinn! Die Gerechtigkeit und auch Ökonomie dieses brüderlichen Teilens der Gaben Gottes besteht bewußt darin, stets just die schnelleren und stärkeren Jäger die gesuchten und sonst verlorenen Schätze „finden“ und „bringen“ zu lassen, um stets anschließend – ganz aus Prinzip – auch die anderen daran teilhaben zu lassen. Die Logik eines solchen natürlichen Systems der Verteilung der Produktionsvorteile besteht darin, daß es keinen Vorteil bringt, auch Langsame (Schwächere) hinter einer Beute herjagen zu lassen, solange es einige sehr Schnelle (Starke) gibt, die bereit sind, jene Arbeit (besser) zu erledigen. Wichtig ist dabei ja eigentlich nur, daß man diesen schnelleren Jägern stets zunächst den größeren Teil der Beute zum Verzehr überläßt. Den Rest jedoch muß man stets der Allgemeinheit zur Verwertung überlassen, sonst ergibt die Jagd – wie im Urwald – keinen Sinn.

Die Betriebswirtschaft versucht zurecht, zunächst einmal – wie ein geschickter (Großwild-) Jäger – die größtmögliche Beute zu machen. Aber wenn dieser Jäger mit seinem Gewinn nach Hause kommt, hat die Sippe (die Volkswirtschaft) im Interesse aller das Recht und die Pflicht, die Beute sozial- wie leistungsgerecht über alle zur Sippe Gehörenden aufzuteilen. Die „Jagd“ ist auch bereits bei Verwendung einfachster Mittel so effizient, daß eben nicht buchstäblich jeder „Jäger und Sammler“ sein muß. Viel-

mehr kann, statt dessen, der nicht jagende (nicht produzierende) Teil der Bevölkerung andere Leistungen zum Nutzen der Sippe erbringen, die mehr in den Bereich Verwaltung oder gar Unterhaltung fallen, wie z.B. als Politiker, Tänzer oder Schauspieler, was selbstverständlich nicht heißen mag, daß das das Gleiche ist. Es erscheint vielleicht nur manchmal so. Der Unterschied ist aber: Die Schauspieler bekommen ganz generell ihre Rolle und ihren Text von irgendwelchen Regisseuren und Machern im Hintergrund vorgeschrieben, sonst gehen die Schauspieler leer aus. Und die Tänzer tanzen ganz generell nur nach der Flöte desjenigen, der am meisten Geld dafür bezahlt. Politiker jedoch bilden da eine Ausnahme, zumindest diejenigen, die sich dem Volk verpflichtet sehen und ihm Nutzen, denn Schaden, bringen wollen. Aber zugegeben; welcher Politiker behauptet nicht, dem Volk nutzen zu wollen? Immerhin mußte ja jeder dieses bei Amtsantritt geloben, ob mit Gottes Hilfe oder nicht. Somit verläßt sich der Wähler auf das Ehrenwort des Politikers, den er gewählt hat, ausgehend davon, daß sich der Wille auch mit Fähigkeit zur Nutzenmaximierung für das Volk in dem Politiker paart. Fehlt nur eine dieser beiden Voraussetzungen, so kann das vom Wähler gewünschte Ergebnis nicht erzielt werden. Aber woran mißt sich das, Nutzen für das Volk?

Nun, die alten Römer hatten dafür eine relativ simple, aber einfache Devise: „Brot und Spiele für das Volk!“. Aber bekommt es das heute? Etwas erstaunlicher Weise bekommt das Volk heute scheinbar mehr Spiele, denn Brot, als könnte sich jemand bereits von Videospiele am Fernseher, auf dem Handy, im Internet, in der U-Bahn usw., usw. ernähren. Seit der Vereinigung aber von Körper und Seele auf der Erde u.a. zu Menschen, können letztere selbst bei aller möglichen Geistlichkeit nicht die Bedingungen ignorieren, die der Körper an das Leben auf der Erde stellt. Auch Jesus nicht. So soll er einst bei einer Predigt unzählige seiner Zuhörer mit Fischen und Broten aus einem nicht leer

werden wollenden Korb gespeist haben, wohlwissend, daß die menschlichen Ohren einen kräftigen Körper benötigen, der sie stützt, wenn große Weisheit auf sie einströmt. Der Mensch ist nun einmal so geschaffen, daß sein gesunder Geist nicht ohne einen gesunden Körper leben kann. „Mens sana in corpore sano!“ Insofern kann es niemals anders sein: Erst das Brot und dann die Spiele! Die Gesundheit des Geistes eines Menschen ist in Gefahr, wenn die Gesundheit seines Körpers in Gefahr ist. Und ist die Gesundheit des Geistes auch nur eines einzigen Menschen in Gefahr, so ist heute auch die ganze Welt in Gefahr. Volkswirtschaft ist die Einsicht der Unmöglichkeit einer Ausgrenzung der Masse oder auch nur einer einzigen Person aus dem Spiel der Gesellschaft, ohne daß dadurch den anderen, der „High Society“, (immer größere) Gefahr erwächst. Dieses hat die Geschichte annähernd tausend Mal bewiesen. Wie viele Wiederholungen dieses schlechten Films wünschen die Menschen noch? Die Gesellschaft hat schlicht die Wahl, was sie am Ende teurer zu stehen kommt – die soziale oder die asoziale Welt. Die Verweigerung aus Sozialneid der Gesellschaft gegenüber den Armen und Allerärmsten einer sozialen Unterstützung derer schuf heuer lediglich neue Arbeitsplätze in terroristischen Ausbildungsstätten und treibt die zu Unrecht an den Rand Getriebenen in deren Hände. Auch das hat nichts mit Wirtschaftspolitik zu tun.

Was ist Medizin?

Die Wissenschaft hat festgestellt:
Das Gesundeste für den Menschen ist die richtige Ernährung. Warum wird dann aber den Menschen, die sich nicht richtig ernähren können, nicht einfach Brot verschrieben, statt teure Medizin?

Was ist Armut?

Daß die für die meisten real existierende Armut nicht etwa ein Naturgesetz ist, welches gleichermaßen für alle gilt, sieht man nicht zuletzt an den irgendwo existierenden Reichen, die vor der Börse, statt vor dem Finanzamt, mit Millionen- und Milliarden-gewinnen prahlen. Und in irgendwelche Taschen mußten ja die immensen Gelder, die der Staat durch spezielle Steuer- und Wirtschaftspolitik letztlich von unten nach oben, anstatt umgekehrt, geleitet hat, geschlüpft sein. Aber zugegeben; zum Teilen mit den Armen und Geschädigten ist es nie zu spät, ja nicht einmal dann, wenn aufgrund einer exorbitant gewachsenen Erdeinwohnerzahl tatsächlich, d.h. insgesamt, nur noch verhältnismäßig wenig Teilbares vorhanden wäre. Denn das eine, die Gerechtigkeit, hat mit dem anderen, einer möglichen Verknappung der weltweiten Rohstoffvorkommen usw., nichts zu tun. Auch wenig kann man noch gerecht teilen. Und was das Teilen betrifft, so ergibt es nun mal halt auch schon mathematisch keinen Sinn, wenn Arme mit Reichen teilen, anstatt umgekehrt. Es spielte dabei auch gar nicht mal so sehr eine Rolle, ob die Armen sich dieses „verdient“ hätten. Denn dieses wäre ungefähr so, als würde man einen Ertrinkenden fragen, ob er sich seine mögliche Rettung durch andere verdient habe. Mit Verlaub; aber ein Ertrinkender kann sich eben nicht selbst an den Haaren aus dem Wasser ziehen. Dann wäre er wie Jesus, der über das Wasser laufen konnte. Will sagen: Um wie Jesus zu sein, teilt man schlicht das eigene mit den Hilfsbedürftigen, wenigstens immer bis zu einem gewissen Grade und ohne Frage nach den Gründen für die Hilfsbedürftigkeit. Der Wohlstand für alle benötigt keinen Grund, außer den eines Wohlstandes für alle. Der Wohlstand für alle ist der Zweck, der die Mittel eines Sozialstaates heiligt und rechtfertigt. Und einer höheren Rechtfertigung bedarf es nicht. Der Sozialstaat sorgt just für eine etwas gleichmäßigere Verteilung des Glücks, die finanziell erfolgreicherer Gene zu haben.

Was ist Reichtum?

Gelegentlich hört man manche sagen, ohne Armut gäbe es keinen Reichtum. Und daher sei Armut irgendwo notwendig, damit es halt irgendwo auch Reichtum gibt. Aber stimmt das eigentlich? Gäbe es ohne Armut keinen Reichtum? Nun, genau betrachtet, ist dieses lediglich ein irreführendes Wortspiel! Denn natürlich gäbe es ohne Armut Reichtum! Es gäbe so gewissermaßen sogar nur Reichtum! Die Erde ist der Reichtum, und die Armut, das Gegenteil davon, befindet sich irgendwo da draußen in einem „schwarzen Loch“, dort wo die Erde (Materie) vielleicht hergekommen ist. Die Schwarzen Löcher sind das Minus, aber das Plus ist die Erde, ein Plus für jeden Menschen. Es bedarf absolut keiner Schaffung zusätzlicher Schwarzer Löcher direkt auf der Erde, wie durch eine Spaltung der Welt in arm und reich. Der Reichtum auf Erden besteht in dem Normalen, dem Wohlstand für alle. Begriffe wie Armut und Reichtum gehören einfach nur zum „Muster“, zum Muster der Zweiklassengesellschaft, ohne die es jene Begriffe gar nicht gäbe! Denn ohne die Zweiklassengesellschaft wären die Güter und Möglichkeiten der Welt so (relativ) gleichmäßig verteilt, daß kein Mensch je von so etwas wie Armut oder Reichtum sprechen würde. Der Reichtum auf Erden wäre so normal, daß niemand ihn als solchen bemerken würde. Alle würden im Luxus baden, ohne ihn für wahr zu nehmen, ohne ihn wahrzunehmen. Vielleicht wurde deshalb einst der oder das Böse geschaffen, einfach um die Menschen bewußt zu machen ob ihres eigentlichen Glücks auf der Erde, angesichts eines möglichen (großen) Unglücks. Aber dieses Unglück ist nur ein erfundenes, ein künstliches Unglück, ein Unglück, das die Menschen nicht verdient haben. Denn sie sind nicht schuld an dem Reichtum, den Gott ihnen einst gegeben hat, wie als Geschenk. Sie sind auch nicht schuld an der damit letztlich irgendwo verbundenen „Dekadenz“. Man kann halt von einem kleinen „Goldhamster“ nicht erwarten, daß er sich jeden

Tag bei seinem großen „Halter“ dafür bedankt, daß er, der Kleine, leben darf. Denn er wurde schließlich nie danach befragt, ob er das überhaupt wolle, zumal unter den heutigen Lebensbedingungen. Ein Hamsterhalter muß einfach wissen, ob es ihm bereits Freude genug bereitet, seine Hamster einfach nur leben zu sehen, mit allem, was halt so für einen Hamster, so wie er geschaffen wurde, dazu gehört. Aber der liebe Gott will geliebt und gefürchtet werden, sprich bemerkt. Warum kommt er dann nicht einfach mal persönlich vorbei und spricht mit uns von Angesicht zu Angesicht wie mit Menschen und nicht wie mit Hamstern oder Schafen? Ich glaube, das würde einigen das Fürchten und Lieben lehren, schneller als wie mit der Androhung der Hölle als Strafe erst nach dem Tode für diverse Sünden, allen voran die der Gotteslästerung. Aber vielleicht hat er sich ja dieses für später vorbehalten.

Für den Unendlichen sind ein paar Tausend Jahre ohnehin nur wie ein Wimpernschlag im Raum der Zeit, falls es diese überhaupt in dem Sinne gibt. Bis zum Jüngsten Tag (Gericht) will er vermutlich sehen, ob die Menschen auch ohne sein sichtbares Erscheinen an ihn glauben und seine Gebote halten. Zu wissen, daß Gott existiert, wäre, so gesehen, keine Leistung. Die Liebesleistung gegenüber Gott besteht, wenn man so will, darin, ihn – genau wie auch den Teufel, seinen Gegenspieler – an den Spuren, an seinem Wirken wie mit unsichtbarer Hand, zu erkennen. Alles andere wäre einfach keine Kunst. Wissenschaftler (allzu konventioneller Art) hingegen wollen immer für alles Beweise. Sie glauben nur, was sie sehen, hören, fühlen, riechen oder schmecken, sprich nur das, was direkt vor ihnen steht. Mit dieser Voraussetzung könnten sie jedoch „nicht einmal“ Kriminalbeamter werden. Denn um einen nicht sichtbar vorhandenen Täter zu identifizieren, bedarf es vor allem der Erstellung eines Profils anhand des Hergangs der Tat (Art und Weise), des Ortes, der Zeit und „last but not least“ des Motivs, des Warum?, zu

welchem Zweck?. Erst dann kann man im Grunde auf die Person (den Namen) schließen, wie eigentlich immer. Ein Körper ist immer nur eine Hülle, ein schöner Schein, der bekanntermaßen auch gelegentlich trügen kann. Wohl nicht ganz umsonst steht in der Bibel sinngemäß, daß man die Person, mit der man es zu tun hat, an ihrer (möglichst guten) Tat messen soll, nicht an ihrem Aussehen. Denn zu viele Verbrecher tarnen sich heute mit feinen und feinsten Anzügen, vermutlich um so von ihrem wahren Gesicht abzulenken, was selbstverständlich nicht heißt, daß alle Leute in Nadelstreifenanzügen Ganoven sind. Das Sichtbare lenkt oftmals einfach nur zu sehr von dem Unsichtbaren (Geist) ab. Gleiches gilt leider auch umgekehrt: Das Unsichtbare, das vor allem Sichtbaren da war, lenkt oftmals zu sehr davon ab, daß es dennoch existiert. Sehen ist nicht alles! Und auch ein Mensch mit Augen kann blind durch die Welt laufen. So auch vor dem Geld. Dadurch, daß man das Geld (in Tresoren o.ä.) der übertrieben Reichen nicht sehen kann, glaubt man fast, es sei samt der Reichen gar nicht da und somit auch nicht die damit verbundene soziale Ungerechtigkeit gegenüber den Armen. Die Armut der Armen wird plötzlich von ihnen selbst nicht mehr wahr genommen, sondern, statt dessen, für normal empfunden. Aber mal ehrlich: Kann man sein täglich Magenknurren ewig überhören? Das Magenknurren will einem (Hungernden) sagen, daß irgendetwas nicht normal ist an der Situation. Könnte es sein, daß sich Gott geirrt hat? Daß nicht genug Milch und Honig für alle den Bach der Erde herunter fließt? Nein!

Denn noch gibt es genug auf der Welt, was man über das Geld, das Tausch- und Verteilmittel, sozial- wie leistungsgerecht verteilen könnte. Und das ist der wahre Reichtum auf Erden! Es ist der mit Abstand älteste Trugschluß der eben nicht ohne Grund bisher fast nur tragischen menschlichen Geschichte, zu glauben, es hätte etwas mit Reichtum zu tun, sehr viel Geld oder Gold direkt allein bei sich „auf der hohen Kante“ zu haben, während an-

dere gerade mal nach ein wenig Brot und Wasser schmachten, wie in einem unsichtbaren Gefängnis ohne Mauern und Gitter. Schon die meisten Imperien sind daran jämmerlich zu Grunde gegangen, wie oftmals „nur“ durch den Neid und falschen Rat-schlag der besten Freunde oder jener, die sich als solche ausgegeben haben. Ein (falscher) Freund ist immer noch der beste denkbare Spion, vergleichbar dem „Trojanischen Pferd“. Und daß es keine Feinde des Reichtums und der Zivilisation gebe, wird schon allein durch den internationalen Terrorismus widerlegt, der seltsamer Weise immer „gut“ informiert und auch finanziert zu sein scheint, wie durch ein alles sehendes Auge und durch schier unendliche Kapitalreserven seines Wirtschaftsmonopols. Aber der Haß findet auch ohne viel Geld immer irgendwo irgendwelche Waffen. Er braucht halt nur genügend geschürt zu werden. Will sagen: Solange es keine wirkliche soziale Sicherheit für alle und jeden gibt, ist der Reichtum in Wahrheit Armut, nämlich Armut an Lebenssicherheit, der höchsten Priorität. Der beabsichtigte Nutzen des materiellen Reichtums, nämlich der einer möglichst hohen Lebenssicherheit, geht so, d.h. bei Übertreibung der „Klassenunterschiede“, vollends nach hinten los. Der Reichtum einer Lebenssicherheit, das eigentliche Ziel, mindert sich in gleichem Maße wie der materielle Reichtum einiger weniger im Verhältnis zur Armut vieler anderer steigt, es sei denn – und das ist der entscheidende Unterschied – es hatten alle immer mindestens ein Lebensminimum sicher. Und dieses schloß keineswegs erheblichen Wohlstand mancher Hochverdienter oder schlicht Glücklicher aus. Eine allzu grob klaffende Schere der Zweiklassengesellschaft ist immer wieder ein explosives Pulverfaß, auf dem zuvorderst die Reichen sitzen. Noch bietet die Erde einen schier unerschöpflichen Reichtum für alle. Um diesen Reichtum zu erhalten und zu „verwalten“, bedarf es, so gesehen, lediglich einer Beschränkung der Ausdehnung des Menschen und einer sozialgerechten Umlaufsicherung des Kapitals. Von Gleichmacherei ist dabei nicht die Rede.

Was ist Gewinn?

Je weniger möglich es einerseits ist,
Gewinne zu maximieren, desto
weniger nötig ist es andererseits.

Was ist die Börse?

Es wäre wohl geschmeichelt anzunehmen,
die Börse sei ein Glücksspiel.
Wer aber als Privat- oder Staatsmann
einen Spekulanten an der Börse,
der sein ganzes Geld verlor, bedauerte
und diesem vielleicht sogar noch seinen
Verlust ersetzte, könnte genauso gut in ein
Spielkasino gehen und allen Verlierern
am Roulette sein Beileid aussprechen
und andere dazu zwingen, für deren
Verluste aufzukommen.

Was ist Sozialhilfe?

Ohne es wohl so recht zu ahnen, ist die heutige Sozialhilfe bzw. die soziale Unterstützung als solche, unerheblich derer möglichen Arten oder Bezeichnungen, die ideale Umlaufsicherung des Geldes, ohne die heute mit Garantie und Sicherheit kein Stein mehr auf dem anderen stehen würde. Die Gefängnisse könnten gar nicht so viele Leute aufnehmen und versorgen, wie vielleicht durch Mundraub oder Plünderi nach heutigem Recht straffällig würden. Insofern stellt sich überhaupt gar nicht erst die Frage, ob, sondern lediglich, wie Sozialhilfe gezahlt und finanziert werden sollte. Denn zu einer Umlaufsicherung gehört ja vor allem, daß sie sicher ist, was aber von der heutigen Sozialhilfe und Sozialversicherung nicht mit Sicherheit gesagt werden könnte, und zwar sowohl was die Einnahmeseite, als auch die Ausgabeseite betrifft. Zu viele Bedingungen und Fragen werden einerseits zum Zwecke der Finanzierung und andererseits zum Zwecke der Auszahlung gestellt. Kein Wunder also, wenn sie, die soziale Unterstützung, irgendwann überhaupt nicht mehr funktioniert, ohne aber in dem Sinne daran schuld (zu teuer) zu sein. Sind die Bedingungen zu eng gesteckt, so kann letztlich kein Geld mehr fließen, obwohl immer genug davon da ist, wenn die Geldmenge groß genug ist. Aber Geld, welches zu wenig im Umlauf vorhanden wäre, kann ja der Staat absolut jederzeit neu drucken und in den Umlauf setzen, wie z.B. direkt durch Auszahlung an sozial Bedürftige. Eine schlichte Zahlungsanweisung an die Notenbank genügte. Mit Inflation hätte dieses nichts zu tun, wenn vorher nicht genug Geld im Umlauf war.

Was die Frage der Bedürftigkeit betrifft, so macht sich ein Staat das Leben nur selber unnötig schwer, der versucht, durch beschämende und demütigende Fragenstellerei und Auferlegung von Auflagen seitens verschiedener (Sozial- oder Arbeits-) Ämter herauszukitzeln, in welchen Fällen vielleicht keine echte Be-

dürftigkeit, sondern lediglich „Unwilligkeit“, wie z.B. zur Aufnahme einer angeblich zumutbaren Arbeit, vorliegt, spricht in welchen Fällen der Staat Geld sparen kann. Damit unterwandert er aber in für den Arbeitsmarkt und den Wettbewerb allgemein schädlicher Weise den gesunden und wichtigen Prozeß einer Regulierung der Löhne durch die – bei sicherer Sozialleistung als möglichst ständige Grundleistung an jedermann – jederzeitige Möglichkeit des einzelnen, eine aus seiner Sicht (ihm) nicht zumutbare Arbeit, sei's aufgrund der schlechten Bezahlung oder sonstiger Umstände, abzulehnen, ohne aber deswegen unmittelbar vom Hungertode bedroht zu sein. Denn nur dann, wenn die Nachfrage nach Arbeit nicht das Angebot (erheblich) übersteigt, kann auch mit vernünftigen, fairen Lohnangeboten seitens der Arbeitgeber gerechnet werden. Und wie der Arbeitsmarkt ja heute unmissverständlich zeigt, wird ohnehin nicht (mehr) jeder und jede als Arbeitskraft in der Produktion gebraucht, und das selbst bei hervorragenden Schul- und Universitätsabschlüssen. Eine zu hohe Nachfrage nach Arbeit verfälscht einfach nur die Preise für wertvolle Arbeitskraft und mindert die Zeit und Muße für ein ausführliches Lernen und Studieren im Vorfeld. Nicht mehr die Masse, sondern die Klasse der Arbeit macht heute das Rennen. Das Lernen dient mehr denn je der umso längeren Vorbereitung auf einen späteren hochqualifizierten Job. Das Lernen ist auch Arbeit, die aber heuer in der Regel nicht mehr von Arbeitgebern bezahlt wird. Hier kann nur der Staat helfend eingreifen, indem er wenigstens jedem eine Grundsicherung des Lebensunterhaltes gewährt. Der Besuch privater Schulen oder Kauf eigener Bücher für autodidaktisches Studieren, der davon bedingt bestritten werden könnte, ist ohnehin meist teuer genug. Die freie, quasi überlebensunabhängige Wahl des einzelnen zwischen einem noch so langen Lernen und einer frühzeitigen und dauerhaften Arbeitsaufnahme ist das unverzichtbare A und O einer modernen Leistungsgesellschaft! Denn nur der tatsächlich freie Wille des Menschen kann über Sinn und Unsinn einer Ar-

beit und/oder Bildung usw. entscheiden. Wird er erpreßt, so ist er nicht mehr frei und somit geneigt, Bedingungen zu erfüllen und in Kauf zu nehmen, die er bei freier Entscheidung möglicher Weise abgelehnt hätte. Die Sterblichkeit des Menschen macht ihn erpressbar – ein Problem, das Jesus nicht kannte oder zumindest nicht hatte. Die Äpfel jedoch, die an Bäumen wachsen, machen den Menschen unsterblich, zumindest bis zum „natürlichen“ Tode im Alter. Es gilt, diese Äpfel und den sonstigen Grundbedarf ganz grundsätzlich an jedermann und jederfrau zu verteilen, um sie und ihn ganz grundlegend unabhängig zu machen von möglichen Erpressern, egal welcher Art. Dabei kann das Geld und die Wirtschaft helfen. Die Wirtschaft folgt – grob gesagt – just dem Geruch des Geldes und liefert in jedes Haus, wo sie Geld vermutet. Und damit ihre Spürnase nicht enttäuscht wird, bedarf es just der Lieferung je Woche oder Monat einer gewissen, nicht zu großen, Menge Geld in jedes Haus, ohne Fragen und Bedingungen. Das ist alles. Einfacher kann Wirtschaft nicht sein. Die mögliche Frage, ob denn die Leute dieses verdient hätten, ist in etwa genauso überflüssig wie die mögliche Frage, ob Blumen, Bäume und Sträucher den Regen von oben verdienen. Die Bedarfsdeckung ist bei allen Wesen und Lebewesen auf der Erde das primäre, wenn nicht sogar einzige, Ziel, zumindest aus Sicht ihrer „Mägen“. Wie diese Bedarfsdeckung tatsächlich erzielt werden kann, mag von Fall zu Fall verschieden sein, ist aber in jedem Fall nur von sekundärer Bedeutung. So war einst zur Deckung des Bedarfs der Menschen Arbeit ihrer Hände, genannt „Handarbeit“, notwendig. Heute hingegen erscheint jener Begriff geradezu nostalgisch und wird vermutlich bald im Fremdwörterbuch des frühen und späten Mittelalters verzeichnet sein. Daran sieht man bereits, wie sekundär heute die Arbeit, sprich Handarbeit, ist. Die Maschinen haben heute den Arbeitsmarkt unwiderruflich erobert. Daran könnte höchstens noch ein Verbot der Maschinen und Computer etwas ändern. Mit Ökonomie hätte dieses jedoch nichts zu tun.

Was ist Sozialversicherung?

Theoretisch könnte der dem Menschen heute verbliebene Rest an Arbeit so (gleichmäßig) aufgeteilt werden, daß jeder einzelne vier und später vielleicht nur noch zwei Stunden pro Werktag arbeitete, indem z.B. das Ableisten von Überstunden (über das Maß von vier oder zwei Stunden hinaus) verboten wäre. Dieses wäre aber insofern (ebenfalls) nicht ökonomisch, als daß ja für den Fall, daß jeder einzelne jeden Werktag für nur zwei Stunden Arbeit das Haus verlassen und später wieder aufsuchen müßte, buchstäblich nicht sehr viel Kraft mal Weg eingespart würde. Im Gegenteil. Überdies hinaus könnten durchaus manchen zwei oder vier Arbeitsstunden pro Tag zu wenig und manchen zu viel sein, abhängig z.B. vom Alter der Person oder von Krankheit oder dergleichen. Dieses macht schließlich eine Art von Sozialversicherung so wichtig und erstrebenswert. Genau genommen, geht es eigentlich gar nicht ohne, wenn man bedenkt, wie wenig regelmäßig der Mensch im Leben arbeiten kann bzw. Arbeit hat und wie regelmäßig er aber einen Bedarf an Lebensunterhalt hat. Die daraus erwachsende Diskrepanz macht eine Sozialversicherung letztlich unverzichtbar, was aufgrund zunehmender weltweiter Industrialisierung schließlich für den ganzen Globus gilt.

Eine Sozialversicherung aber, die – wie die heutige deutsche – garantiert nur Mitglieder führt, die selbst kaum Geld haben, um Beiträge zu bezahlen, kann angesichts immer häufigerer Versicherungsfälle, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Rentenanspruch, nicht (mehr) sehr lange existieren. Daraus könnte für Kurzsichtige der Aberglaube entstehen, eine Sozialversicherung sei eben – genau wie der Sozialstaat als solcher – nicht wirklich finanzierbar. Schuld daran ist aber nur der völlig grundlos übertriebene Respekt vor den Selbständigen und Unternehmern, die wunderbare Beiträge zahlen könnten, wenn sie – notfalls per gesetzlicher Verpflichtung – zu Mitgliedern gemacht würden. Es

ist eben nicht damit getan, daß die Armen und Ärmsten ihr wenig Hab und Gut stets nur untereinander teilen. Denn wo nichts ist, kann auch nichts geteilt werden. Es ist von je her das Prinzip einer Versicherung, daß es unter den Versicherten schwächere wie stärkere Zahler von Beiträgen gibt, sowie daß durchaus nicht jeder irgendwann zum Versicherungsfall wird. Davon lebt eine Versicherung und kann so kleinere wie größere Mitglieder gegen die verschiedenen Versicherungsfälle absichern. Ein Arbeitnehmer ist heute ein (zu) potentieller Versicherungsfall, daher kann er nur noch durch Beiträge stärkerer Zahler, wie auch von Arbeitgebern usw., sprich von allen, gegen den Fall von Lohnausfall, d.h. Armut, geschützt werden. Auch Unternehmer können ja bekanntermaßen einmal Schiffbruch erleiden und liegen dann plötzlich selber dem Staat auf der Tasche. Mag dieses zwar auch der seltenere Fall sein, so sollte dennoch niemand zu früh über Arbeitslose und Kranke usw. spotten. Die Einsicht in die eigene Hilfsbedürftigkeit kommt manchmal früher als man denkt. Und was dann, wenn keine Sozialversicherung da ist?

Der Vertrag der Generationen kann und muß letztlich vorsehen, daß immer die jeweils Leistungsstärksten (die leistungsstärkste Generation) für die Schwächeren (Generationen) einzahlen, während (gleichzeitig) die Schwachen die daraus finanzierten Leistungen erhalten. Die eingezahlten Gelder können und müssen nicht aufgehoben werden, sondern berechtigen die Einzahler schlicht zur späteren Entgegennahme ihrerseits von Leistungen der Versicherung, quasi anstelle eines privaten Unterhaltsanspruchs. Die einst eingezahlten Gelder werden auf diese Weise zurückgezahlt. Oberstes Gebot aber einer Versicherung, zumal einer Sozialversicherung, kann und muß sein, daß für den Anspruch auf eine noch so frühe oder noch so späte Leistung der Versicherung nicht die Summe der von der betreffenden Person eingezahlten Beiträge oder – falls die Versicherung steuerfinanziert ist – der entrichteten Steuergelder entscheidend ist.

Was ist Wirtschaftswachstum?

Daß mehr Menschen auf der Welt insgesamt mehr produzieren können, wenn sie wollen, liegt auf der Hand, ist aber deswegen noch kein Wirtschaftswachstum. Und daß Menschen gleicher Anzahl mehr produzieren können, wenn alle von ihnen mehr Stunden Arbeit am Tag und im Leben leisten, ist auch klar, aber deswegen immer noch kein Wirtschaftswachstum, denn die Produktivität ist dadurch nicht gesteigert. Ein Wachstum der Wirtschaft ist praktisch nur dann gegeben, wenn bei gleicher Anzahl Bürger und gleicher pro Kopf geleisteter Arbeitsstunden der jährliche Konsum aller Einwohner des betreffenden Wirtschaftsraumes, sprich das Bruttosozialprodukt pro Kopf, steigt oder – was faktisch das Gleiche ist – wenn ein gleichbleibendes Bruttosozialprodukt (heute Bruttoinlandsprodukt genannt) von immer weniger Bürgern und/oder bei immer weniger pro Kopf und pro Jahr geleisteter Arbeitsstunden erreicht wird. Insofern ist der eigentliche Gradmesser des Wohlstandes nicht das BSP/Kopf, sondern das BSP/Arbeitsstunde, also rechnerisch das Ergebnis aus dem Jahreskonsum gerechnet (beispielsweise) in US-Dollar geteilt durch die Gesamtzahl der in dem betreffenden Jahr und Wirtschaftsraum geleisteten Arbeitsstunden aller Personen. Mit anderen Worten: In einem Land, wo zwar durchschnittlich sehr viel konsumiert, aber auch durchschnittlich sehr viel gearbeitet wird, herrscht Elend im Vergleich zu einem Land, wo durchschnittlich sehr wenig gearbeitet und dennoch durchschnittlich sehr viel konsumiert wird, wie z.B. in einem Schlaraffenland. Dieses zeigt, daß tatsächlich weniger auch mehr sein kann, wie z.B. mehr Freizeit. Aber so als habe eine möglichst hohe Freizeit bei einem quasi immer gleichen Wohlstand keinen erstrebenswerten Wert, wird von den Wachstumsfanatikern dieser Welt unaufhörlich immer mehr Arbeit für immer höheren Konsum gefordert. Das ist umweltgefährdend wie unlogisch zugleich! Denn zum Konsumieren braucht man ja vor allem eines: Zeit! Freizeit!

Man könnte sagen: Ohne Arbeit kein Konsum, aber ohne Freizeit ebenfalls kein Konsum! Es kommt, so gesehen, auf das richtige Verhältnis von Arbeit und Freizeit an, wenn man schon quasi aus beschäftigungstherapeutischen Gründen nicht völlig auf Arbeit verzichten möchte. Die Maschinen sprechen jedoch eine andere Sprache und zeigen, daß letzteres durchaus irgendwann einmal möglich sein könnte. Die Arbeitsteilung würde dann so aussehen, daß ein Mensch stellvertretend für die ganze Menschheit auf einen Knopf drückt und sodann Maschinen und Computer den Rest der Arbeit erledigen – die denkbar höchste Stufe von Arbeitsteilung, abgesehen einmal von der hier noch verbliebenen Mühe, den Einschaltknopf zu finden und zu drücken. Aber zugegeben; der Mensch soll es ja nicht zu leicht haben im Leben, damit er dieses auch zu schätzen weis. So vielleicht der Urgedanke der Arbeit seit der Menschwerdung, sprich seit dem seinen Vorfahren das Fell ausfiel, die Kraft und Beweglichkeit schwand und der Speiseplan qualitativ wuchs, wodurch die Mühen und Wege größer und weiter wurden, um den Preis – wie als Entschädigung – einer höheren Intelligenz, eines bewußten mathematischen Verstandes, der eigentlichen Vertreibung aus dem Paradies.

Im Prinzip versucht der Mensch heute, sich durch den Bau zentraler Standorte, früher „Oasen“ – heute „Städte“ genannt, und Aufbau einer wirtschaftlichen Maschine(-rie) die Banane des Lebens wieder ein wenig näher zu holen, gewissermaßen „downzuloaden“, wie im theoretischen Ideal- oder zumindest Extremfalle durch eine Art „Foodmonitor“, der, statt elektronischer Software, echte fleischige „Hardware“, also richtige Äpfel, Birnen und Bananen usw., in frischeverpackten Kartons von genormter Größe direkt ins Haus liefert, über entsprechende Lieferschächte oder dergleichen – die technische Rückkehr ins Paradies, aber – streng genommen – eine Zurückweisung der Idee Gottes, den ursprünglichen Affen oder zumindest einem Teil der

gemeinsamen Vorgänger der Affen und der Menschen durch Menschwerdung weitere Wege als früher, sprich mehr Arbeit, zu beschern, denn Arbeit ist ja gleich Kraft mal Weg. Das Problem der Menschwerdung bestand und besteht aber für die Menschen nicht nur in der größeren Arbeit, die seit dem durch längere (Handels-) Wege zu leisten ist, während Affen einfach an Ort und Stelle immer etwas Eßbares vorfinden, und wenn es nur Gras oder Blätter, statt Bananen, sind, sondern auch – und das ist das weit Schlimmere – in der relativen Erpressbarkeit, der sie seit dem ausgesetzt sind. Noch heute müssen Handelsreisende oder schlicht Menschen, die in Karawanen oder allein auf der Suche nach leckeren Speisen und Gewürzen oder auch Stoffen für Kleidung, die sie früher nicht brauchten, sind, hohe Wegezölle oder Zölle auf die gefundenen Waren an diejenigen zahlen, die sich einfach, quasi wie „Vorgesetzte“, in den Weg stellen und behaupten, die Waren der Welt gehörten ihnen ganz allein. Man kann irgendwo darüber streiten, ob Warenzölle u.ä. Diebstahl sind oder gerechte Beteiligung, aber der Streit an sich war seit der Menschwerdung und der damit verbundenen Suche nach tendenziell eher seltenen, aber benötigten oder begehrten Gütern annähernd vorprogrammiert. Es bedarf äußerst gründlicher und grundsätzlicher Überlegung, wie das Vermögensrecht des einzelnen im Gesamtbild der Welt und der Weltwirtschaft zu sehen ist. Nur wenn die Wirtschaft weltweit gleichen logischen und gerechten Gesetzen folgt, kann Streit vermieden und Wohlstand, ja Reichtum für alle erzielt werden.

Der rein materielle Reichtum besteht just in einer sicheren Grundversorgung einerseits und einem möglichst hohen Komfort andererseits, also quasi in: Standard + Luxus = Reichtum. Die Größe des Standards ist naturgemäß begrenzt, während die des Luxus praktisch nach oben offen ist, was die Gefahr einer Übertreibung des Luxus irgendwo bereits in sich birgt. Die Lösung dieser Problematik kann letztlich nur darin gesehen wer-

den, den ideellen Luxus einer möglichst hohen Lebenssicherheit für alle höher zu stellen als den rein materiellen, indem der Mensch sich kollektiv auf bestimmte Obergrenzen des materiellen Luxus, wie insbesondere in bezug auf Gebäude und künstliche Anlagen usw., beschränkt. Was den „Verbrauchsluxus“ betrifft, so hängt dieser natürlich irgendwo von dem menscheigenen Bedarf ab, der nach den Bedürfnissen des Körpers und Geistes des Menschen durch ständige Produktion von ihm gedeckt werden will. Dabei versucht dieser – logischer Weise – so wenig Arbeit, statt so viel Arbeit, wie möglich aufzuwenden, immer eingedenk dessen, daß ja jeder Mehraufwand an Arbeit wiederum einen höheren Bedarf an Energie erzeugt, der wiederum nur durch noch mehr Arbeit gedeckt werden kann usw., usw. – gewissermaßen die Arbeitsspirale. Um also letztlich die Umwelt zu schonen und vor übertriebenem, unnötigen Raubbau zu schützen, da sein Bedarf an Konsum ohnehin (normal) begrenzt ist, ist der Mensch geneigt, kein ewiges Wachstum seiner Zahl, der Arbeit und des Konsums usw. zu (er)zeugen. Demgegenüber steht jedoch der babylonisch-satanische, weil unbescheidene und schließlich zerstörerische „Glaube“ mancher Menschen der Erforderlichkeit eines ständigen Wachstums der Wirtschaft bzw. des Konsums. Und dieses immer angeblich zum Zwecke der Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, die aber eigentlich niemand braucht, wenn die Güter der Welt nur etwas gerechter verteilt würden. Es ist eigentlich, so gesehen, nur die Verteilung der Güter, welche gewisse Arbeit macht, zuzüglich dann je einer persönlichen Arbeit zur Verarbeitung der erhaltenen Rohstoffe zu hause. Und da die Maschinen schließlich auch die Verteilung der Waren ganz alleine erledigen können, kann durch schlichte Erhöhung des Konsums keine Arbeit für Menschen geschaffen werden, und das ohne daß also die Produktion und Lieferung dadurch geschädigt wäre. Im Gegenteil. Die Massenproduktion lebt quasi davon, daß sie Arbeitsplätze für Menschen abbaut, statt aufbaut. Die Maschinen sind einfach schneller, stärker, zu-

verlässiger, kompetenter, genauer, williger und natürlich auch billiger, zumindest auf lange Sicht. Die Maschinen sind und waren immer nur bei der Anschaffung teuer und ein gewisses Risiko. Insofern war es natürlich von den Regierungen der „großen“ Industrienationen ein völliges Eigentor, einerseits die „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (GmbH) einzuführen bzw. zu gestatten und gleichzeitig Milliardenkredite oder -subventionen besonders an diejenigen zu vergeben, die besonders große Anschaffungen von Maschinen oder Anlagen zur Massenproduktion vorhatten. Daß dadurch Arbeitsplätze eher abgebaut, statt aufgebaut, werden, liegt in dem Prinzip der Rationalisierung zum Nachteil kleinerer Betriebe, die schließen müssen, an sich und andererseits auch in der Tatsache, daß auch bei Erschließung neuer Produktmärkte durch neue Produkte, die alte ablösen, keine neue bzw. keine zusätzliche Arbeit entstehen kann. Es entsteht, wenn überhaupt, immer nur just in dem neuen Betrieb Arbeit für Menschen, während aber etwas später andere Betriebe zur Aufgabe gezwungen sind. Unter dem Strich verbleibt so immer nur die Rationalisierung als solche, was zwar Arbeitgeberverbände nicht gerne zugeben, was aber irgendwann überall auf den Straßen zu sehen sein wird. Insbesondere in der Politik, aber auch ganz generell muß es immer vor allem um die Beachtung langfristiger Folgen gehen. Denn kurzfristig scheint jede Droge ein Vorteil zu sein.

Es ist hingegen ein völlig anderer Aspekt, bewußt möglichst schnell eine Massenproduktion zur vollständigen Bedarfsdeckung des Volkes erreichen zu wollen. Dieses hat aber praktisch nichts mit der Schaffung zusätzlicher Beschäftigung zu tun, geschweige denn mit Vollbeschäftigung. Aufgrund der ständigen, geradezu progressiven Steigerung der Produktivität müßte ständig ein höherer Konsum erzielt werden, um keine weiteren Arbeitsplätze abzubauen. Verdoppelt sich beispielsweise die Produktivität aufgrund des Einsatzes von Maschinen usw. alle 20

Jahre ein Mal, so müßte, um den gleichen Beschäftigungsgrad zu halten, in 200 Jahren der andauernde Konsum das 1024-fache des heutigen Wertes betragen. Dieses führte dann die Idee der Vollbeschäftigung und des ewigen Wachstums vollends ad absurdum. Der Mensch hat halt je nur einen Magen und 24 Stunden Zeit am Tag zum Konsumieren, und daher könnte auch nie ein solcher Konsum erzielt werden. Mann könnte allenfalls Arbeitslose, die ganz automatisch durch Steigerung der Produktivität entstehen, direkt oder indirekt kriminalisieren und ihnen schließlich – wie aus logischer Folge daraus – Unterstützung verwehren oder zumindest schmerzlich kürzen, für den (absehbaren) Fall, daß sie nicht bereit wären, jede sich ihnen – wenn überhaupt – bietende Zumutung an Arbeit für einen Hungerlohn anzunehmen. Es ist damit ähnlich wie auch mit der ständigen Anhebung des offiziellen Renteneintrittsalters. Kein Mensch glaubt ernsthaft, daß ein über 60jähriger noch einmal eine neue Arbeit bekommen würde; aber es ist just billiger, ihm eine kleine Sozialhilfe, statt eine teure (verdiente) Rente, zu zahlen. Dieses hat mit Wirtschaftswachstum nicht viel zu tun. Im Gegenteil. Es mindert die Kaufkraft. Und nur diese ist wirklich entscheidend. Denn eines ist ja von vornherein klar: Ein Wirtschaftswachstum kann per Definition niemals mehr Arbeitsplätze schaffen, da es genau das Gegenteil davon aussagt! Weder das „explosive“ Wirtschaftswachstum, wo bei gleicher Arbeitsleistung mehr Produktion geschieht, noch das „implosive“ Wirtschaftswachstum, wo bei gleicher Produktion weniger Arbeit geleistet wird, vermag, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Insofern teilt sich die Abschaffung der Arbeit anhand der Rationalisierung durch Maschinen und Arbeitsteilung, genannt Wirtschaftswachstum, nur in genau zwei Phasen. Bis zum Ende des späten Mittelalters, also ca. bis Ende des 19. Jahrhunderts, hatte man versucht, überhaupt eine möglichst vollständige Bedarfsdeckung aller Einwohner, einschließlich aller Kinder, Kranken und Alten, zu erreichen, und zwar zunächst quasi unabhängig von der Arbeitszeit

und Arbeitskraft, die dazu aufgewendet werden mußte, nicht selten fast 24 Stunden harte Arbeit am Tag, bei sechs oder gar sieben Tagen in der Woche, zumindest im Leben der einfachen unterprivilegierten Arbeiter. Dann aber, nachdem die technische Entwicklung immer weiter fortgeschritten war und sie die Arbeit immer leichter machte, ging man in die zweite Phase über und versuchte, durch Komprimierung der Arbeit (z.B. Heraufsetzen des Akkords) eine gleiche Produktion innerhalb immer geringerer Zeit zu schaffen. Dadurch war eine Vollbeschäftigung aller Arbeitsfähigen in der Produktion nicht mehr möglich bzw. nicht mehr nötig, bei aber – wie gesagt – gleich hoher Produktion! Insofern wäre es natürlich völliger Nonsense zu behaupten, die Arbeitslosen schaden durch ihre Untätigkeit der Produktion. Nein, sie werden dort einfach nicht mehr gebraucht! Allenfalls der Staat könnte diese Menschen noch als Arbeitnehmer einstellen. Die Bezahlung erfolgte dann schlicht über entsprechende Abgaben seitens der Produktion, so wie früher noch die Bauern den Hof mit allerlei Waren vom Felde beliefern mußten, um die hohen Herrschaften durchzubringen. Denn vom Redenschwimmen allein wird ja auch ein Geistesmensch nicht wirklich satt. Überhaupt war ja das Staatswesen mit Tausenden von Beamten usw. erst durch eine Steigerung der (landwirtschaftlichen) Produktion, respektive der Produktivität, sprich durch Entbehrungen von Überschüssen der Bauern, der ersten Produzenten, möglich. Die Produktion wird heute zwecks besserer Auslastung der Betriebe von weniger, aber größeren Betrieben ausgeführt. Das Besondere an diesem Vorgang, dem Vorgang der Steigerung der Produktivität zwecks der Einsparung von Kraft und Zeit, ist eigentlich „nur“, daß man plötzlich die Gesundheit und obendrein die „Freizeit“ als eigene neue Werte erkannt hatte, so als wollte man sinngemäß sagen:

Wohlstand = Konsum + Freizeit

..., und nicht länger nur: Wohlstand = Konsum. Während also in der Zeit der allgemeinen Sesshaftwerdung des Menschen noch annähernd jeder einzelne, ob jung oder alt, mindestens acht Stunden am Tag bei dem von den oder dem Herrschenden angeordneten Aufbau eines quasi perfekten Systems von Produktion und Lieferung, quasi eines perfekten „Systems der Dinge“, helfen mußte, um dennoch meist noch Hunger und Kälte zu leiden, war danach wenigstens eine grundsätzlich volle Bedarfsdeckung, einschließlich gewisser Unterhaltung („Spiele“), bei rund acht Stunden Arbeit pro Kopf erreicht, die Erfüllung des explosiven Wirtschaftswachstums, des „ersten“ Wirtschaftswachstums. Nachdem sich dann aber irgendwann der Konsum des einzelnen nicht mehr weiter steigern ließ, da ja jeder letztlich nur eine begrenzte Zeit am Tag (maximal 24 Stunden) und eine begrenzte „Geduld“ zur Verfügung hat, begann man allgemein damit, das Wachstum der Wirtschaft durch Steigerung der Produktivität quasi nach innen zu kehren, wo ein gleichbleibend hoher Konsum bei immer weniger Arbeit pro Kopf und Tag, also bei immer größerer Freizeit, möglich ist, die Begehung des implisiven Wirtschaftswachstums, quasi dann des „zweiten“ Wirtschaftswachstums. Heute im 21. Jahrhundert leben wir mitten im zweiten Wirtschaftswachstum, wo bei rund zwei Stunden Arbeit pro Werktag und pro Kopf grundsätzlich der volle Konsum (Warenkorb) jedes einzelnen möglich ist, da die Produktivität in etwa 4/1, also vier produzierte Warenkörbe pro Beschäftigten, beträgt. Anstatt nun aber sich darüber zu freuen und diese Ware über das Geld sozial- wie leistungsgerecht zu verteilen, wird überall herumgejammert, es sei nicht genug Arbeit für jeden vorhanden. Dieses Klagen nach mehr Arbeit widerspricht jedoch vollkommen der letztlich dominanten Neigung des Menschen seit der Erfindung des Faustkeils, sich einen Weg zum Konsum gänzlich ohne Arbeit, sich quasi ein Perpetuum Mobile der Wirtschaft, ein „Ökomobile“, zu schaffen. Auch die Waschmaschine macht arbeitslos, aber niemand würde sie deswegen wegwerfen.

Was ist Leben?

Der mit Abstand wohl rückständigste Weg, das Problem der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wäre, die Verwendung von Maschinen in der Produktion zu verbieten. Es wäre so eine Art Zurück-zur-Natur oder vielmehr Zurück-zum-Mittelalter. Als wäre das eigentliche Problem der Armut damit gelöst, als wären die Arbeiter des Mittelalters nicht genauso unterbezahlt worden, wie die heutigen. Und als würden die Preise der bei Vollbeschäftigung hergestellten Waren leichter bezahlt werden können als sonst. Nein, Wohlstand bedeutet – ganz aus mathematischer Sicht –, wenn Waren so billig wie möglich hergestellt werden und die Menschen dabei so viel Freizeit wie nur möglich genießen können. Nichts anderes ist Wohlstand! Das Geld spielt nur als Tauschmittel und als Mittel zur Verteilung der Waren eine Rolle. Erst wenn der Geist und der Körper des Menschen frei waren für andere, schönere Dinge als die Produktion der just zum Erhalt des Lebens notwendigen materiellen Güter, dann erst lebte der Mensch wirklich! Dann erst beginnt das eigentliche Leben! Der Mensch will nicht ewig nur überleben, sondern er will etwas erleben! Die Unterhaltung des Menschen in geistiger, statt nur in körperlicher, Hinsicht wird daher eine immer größere Rolle in seinem Leben spielen, so wie im Grunde schon immer, nur war es halt bislang nicht möglich, beides in einem vernünftigen Verhältnis zueinander unter einen Hut zu bringen. Zu sehr beanspruchte die körperliche Unterhaltung des Menschen, wie durch die Nahrungsbeschaffung, den Wohnungs- und Gesellschaftszwang, die Kraft und den Geist des Menschen. Nunmehr aber, nachdem die Maschinen die physische Arbeit fast vollständig übernommen haben, ist der Mensch frei für ein Leben als Mensch – aufrecht und theoretisch frei von einer physischen Abhängigkeit, gottähnlich. Das Gefühl, „gebraucht zu werden“, kann endlich auch bei der Familie und bei Freunden erlebt und erfahren werden, die seit Jahrtausenden darauf warten.

Was ist Marktsättigung?

Aufgrund der Herstellung immer langlebigerer Gebäude, Anlagen und Gebrauchsgüter, deren Qualität kaum noch übertroffen werden kann, könnte bald ein Zustand erreicht sein, der einem Schlaraffenland gleicht, weil alles Lebensnotwendige bereits vorhanden ist und immer wieder frei Haus geliefert wird. Der Mensch hätte gewissermaßen Dauerfeierabend von seiner Arbeit über die Jahrhunderte hinweg und an den schließlich alles auf bloßen Knopfdruck bereitstellenden Maschinen. Arbeit für den Menschen wäre maximal nur noch im Sinne von Wartung der Anlagen und Unterhaltung der Menschen durch Kunst, Sport und Spiel möglich. Der Luxus bestand nun darin, daß er bereits da war, sprich daß die wichtigste Arbeit bereits erledigt ist, und nur noch durch immer geringere qualitative, statt quantitative, Mehrwerte ergänzt zu werden braucht. Insofern ist die physische Arbeit, die „Hardware-Arbeit“, die harte Arbeit, ein endlicher Wert, der sich just an dem noch vorhandenen Mangel an „Hardware“, an physischem Komfort, festmacht, gemäß:

Schlaraffenland – Realität = noch erforderliche Arbeit.

Dieses ist auch der Grund für das sogenannte Wirtschaftswunder in Deutschland kurz nach dem 2. Weltkrieg. Es gab damals, weil alles kaputt war, genauso viel Arbeit wie Mangel an physischem Komfort. Die Wohnungs-Hardware war so gut wie vollständig zerstört. Es gab im wahrsten Sinne des Wortes viel Arbeit für jeden. Der Lohn der Mühen bestand dann schließlich just in der erfolgten Wiederherstellung des Landes selbst. Oder anders gesagt: Ohne den Krieg wäre kein Wirtschaftswunder möglich gewesen, aber gleichermaßen auch nicht nötig. Will sagen: Wenn der Mensch ewig nur bauen will, anstatt endlich einmal nur zu wohnen und zu leben, so können ihm wohl tatsächlich nur regelmäßige „Erdbeben“ helfen.

Was ist Rehabilitation?

Erscheint es weder möglich, noch nötig, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, wie z.B. das eines ewigen Wirtschaftswachstums oder einer ewigen Vollbeschäftigung nach bisheriger Definition, so muß folglich auch jede ewige Investition darin unmöglich, d.h. töricht, erscheinen. Will sagen: Von je her und seit Anbeginn war die nichtselbstständige Arbeit immer nur eine, und zwar die zweite Möglichkeit eines Broterwerbs, in Anbetracht der beiden Möglichkeiten einer selbstständigen oder einer nichtselbstständigen Arbeit. Der sogenannte „erste Arbeitsmarkt“ war schon immer in Wirklichkeit „nur“ der zweite, gewissermaßen sekundär. Wie sekundär dieser zweite Arbeitsmarkt tatsächlich ist, sieht man aber – zugegebenermaßen – erst heute in solcher Deutlichkeit. Die Maschinen verdeutlichen gewissermaßen die Tatsache, daß es immer und zu allen Zeiten nur „Glücksache“, aber in dem Sinne keine natürliche Selbstverständlichkeit war, eine nichtselbstständige Arbeit bei einem Arbeitgeber, einem Selbstständigen, zu bekommen. Die Grundlage allen Schaffens war immer just die selbstständige Arbeit. Wohl mit aus diesem Grund wurden Selbstständige auch stets höher in der Gesellschaft angesehen. Um aber selbstständig zu sein, selbstständig arbeiten zu können, braucht man Kapital. Denn auf nichts kann man eben auch nichts aufbauen, auch der Klügste nicht. Dieses predigen ja kluge Unternehmer quasi schon seit der Kreidezeit des Staatswesens. So fordern sie seit her direkt oder indirekt Geld vom Staat als Geschenke oder Kredite zur Gründung und Förderung ihres Unternehmens. Damit liegen sie sogar nicht einmal unbedingt falsch, nur sind halt diese Forderungen oder Erwartungen oftmals viel zu hoch. Denn grundsätzlich stünde ja jedem einzelnen eine gleich hohe und damit irgendwo begrenzte Förderung durch gleich hohes Kapital im Sinne je eines (einmaligen) Startkapitals zu, quasi wie bei einer Partie Monopoly, wo zu Beginn jeder Mitspieler über exakt das gleiche Kapital in

Form von Spielgeld verfügt. Und etwas anderes wäre wohl auch vollkommen unlogisch und ungerecht. Ob aber Spielgeld oder echtes Geld, worin im Prinzip kein Unterschied besteht, wenn alle Teilnehmer der betreffenden Geldwirtschaft das betreffende Geld als maßgebend und relevant akzeptieren, so ist und bleibt das eigentliche Kapital just das, was man für das Geld kaufen oder mieten kann, sprich grundsätzlich „nur“ der Grund und Boden, auf dem man steht. Zwar ist es von Natur aus falsch, wenn man den Boden, auf dem man seit Geburt steht, wofür man nichts kann, mit Geld bezahlen muß; wenn aber jedem neuen Menschen, quasi jedem neuen Mitspieler, genug Geld gegeben wird, sodaß er sich ein durchschnittliches Grundstück leisten könnte, so ist das Geld um seiner erpresserischen Wirkung beraubt und dient, statt dessen, in geradezu idealer Weise einer exakten Auf- und Verteilung des Bodens, insofern man halt das Geld exakt gleichmäßig verteilt und auch den Boden, die verschiedenen Quadratmeter in unterschiedlicher Lage, exakt gleich hoch bewertet. Das Geld dient praktisch zunächst einmal nur dem Zweck, Boden aufzukaufen, um dann auf dieses Naturkapital durch Leistung weiteres Kapital, wie grundsätzlich just weiteren Boden, „aufbauen“ zu können, aber nicht zu müssen. Der sprichwörtliche „Landgewinn“ ist das Urziel jedes Teilnehmers einer Barbarei oder – wenn möglich – einer leistungsbezogenen Zivilisation. Das Soziale an einer (echten) Zivilisation ist eigentlich „nur“ die durch staatliche Gewalt gewährleistete wirtschaftliche Gerechtigkeit einer „Aussteuer des Kapitals“ für jede und jeden zu Beginn einerseits und einer dauerhaften turnusmäßigen „Rehabilitation des Kapitals“ andererseits, sodaß der „Landgewinn“ einiger weniger niemals zu lange und zu groß ausfallen könnte. Denn wenn einige mehr Land (mehr Kapital) als normal inne hätten, so könnten andere nur weniger als normal inne haben, was zumindest bei längerfristigem Anhalten dieser Situation schlicht ungerecht ist, da jedes (verlorene oder gewonnene) Spiel auch mal irgendwann wieder von vorne begonnen werden

will, sonst wird es fade und quälend für jeden. Im Grunde geht es bei jedem Spiel, ob groß oder klein, nur um den jeweils temporären Beweis der aktuell höchsten Leistungsfähigkeit, der besten just getragenen Gene, eines Menschen, meist eines Mannes, vermutlich zum Zwecke der Fortpflanzung (dieser Gene) über den Weg der Ehe (mit einer entsprechend hübschen Frau). Erhebliches Überkapital sollte daher im Prinzip bei nachlassender oder gar ausbleibender Leistung nicht länger als ein Menschenleben von dem betreffenden Menschen, ohne Ansehen der Person, gehalten werden können, so wie ja auch die einmal erzielten Weltranglistenpunkte eines Sportlers oder einer Sportlerin bei nachlassender oder ausbleibender Leistung nicht ewig (auf gleicher Höhe) gehalten werden können, was auch gut so ist, weil sonst ja andere niemals jenen Stand erreichen könnten, es sei denn – was unökonomisch wäre –, man würde ständig neue Punkte schaffen und verteilen, quasi ständig nur hinzuaddieren. Dieses wäre aber in der Wirtschaft in etwa so, als würde der Staat einfach ständig neues Geld drucken (lassen) und an Bedürftige und an seine unmittelbaren Diener, die Beamten, verteilen, zur stets lückenlosen Deckung seines Haushaltes. Will sagen: Um einerseits Leistung neuer junger Menschen zu fördern und zu belohnen und andererseits (gleichzeitig) Inflation zu vermeiden, kann der Staat im Prinzip Leistung nur mit Geld belohnen, indem er auf der anderen Seite Nichtleistung mit Geld bzw. Bodenabzug bestraft, da halt das Kapital insgesamt begrenzt ist, zumindest was das Naturkapital des Grund und Bodens anbelangt, und um nichts anderes geht es ja im Prinzip.

Da nun aber, d.h. nach Tausenden von Jahren einer „Gewöhnung“ der Besitzenden an „ihre“ Grundstücke, eine solche Neuverteilung des Bodens technisch wie moralisch nur schwer durchzuführen wäre, könnte in geradezu idealer Weise eine allmähliche, nicht schlagartige, Neuverteilung des Geldes, für das Grund und Boden (vom Staat) gekauft werden könnte, für eine

gewisse regelmäßige Rehabilitation, sprich Versetzung in den ursprünglichen Stand, der einzelnen Bürger sorgen. Die Kinder der ja nicht zuletzt schon durch „Koloni(al)isierung“ enteigneten Kleinbauern würden so quasi zunächst in den ursprünglichen Stand derer versetzt, die „ganz normal“ den Bauernhof oder sonstiges Kapital von ihren Eltern geerbt hatten. Überdies hinaus würde dann eine durch spezielle Umlaufsicherung des Kapitals erzielte „Regeneration“ vor möglicher Selbstenteignung, quasi vor Selbstversklavung, wie durch allzu leichtfertige (billige) Veräußerung des Kapitals, schützen. Das „Allgemeinerbe“ durch eine Aussteuer des Kapitals, wie vorzugsweise je bei Volljährigkeit einer natürlichen Person, wäre sozusagen die „transgenerative Umlaufsicherung“ des Kapitals, und ein monatlicher Kapitalertrag für jeden Bürger bis zum Tode wäre sozusagen die „regenerative Umlaufsicherung“ des Kapitals, zusammen die „Rehabilitation des Kapitals“ oder kürzer die „Kapitalrehabilitation“, oder noch kürzer schlicht die „Rehabilitation“. Denn was hätte es schon mit Rehabilitation zu tun, wenn – wie heute – ein durch soziale, d.h. letztlich wirtschaftliche, Ungerechtigkeit (körperlich wie seelisch) krank gewordener Mensch einfach nur wie ein Fisch vom Krankenhaus zurück auf den Arbeitsmarkt, in diesen Sumpf aus Abhängigkeit, Würdelosigkeit bis Anmaßung, geschmissen wird, der längst kein Arbeitsmarkt mehr ist, weil er – wenn überhaupt – nur noch äußerst unterbezahlte Beschäftigung anbietet? Von einem Hobby allein kann sich – wie gesagt – niemand, auch kein Fisch, ernähren. Oder auch anders gesagt: Sklave zu sein, ist nicht der ursprüngliche Stand des Menschen! Adam und Eva waren keine Sklaven! Erst nachdem sie in den sauren Apfel einer falschen Erkenntnis über die Kapitalwirtschaft, irgendwann angefangen bei der Landwirtschaft im großen, zu großen, Stil, gebissen haben. Es gilt heute wie eh und je, nicht die Land-, Bau-, Staats- und Kapitalwirtschaft als solche, sondern den Mangel an Rehabilitation des Marktes als solchen als „gesundheitliches“ Hauptübel zu erkennen.

Was ist Politik?

Man könnte sagen; die Politik hat das gleiche Problem wie ein Zahnarzt: Sind erst einmal alle Brücken gebaut und alle Löcher gestopft und lebten die Menschen fortan in einer Welt voller Frieden, Freiheit, Gesundheit, Gerechtigkeit, Wohlstand und Tugend – was sich gegenseitig bedingt – und in einem harmonischen Einklang mit der Natur, so ist sie im Grunde überflüssig, quasi arbeitslos, zumindest was die Schaffung weiterer, zusätzlicher Ordnung im Staate betrifft. Je besser sie also ist, desto schneller macht sie, die Politik, soweit sie Veränderung, ja Verbesserung bedeutet, sich selber überflüssig.

Dieses trägt aber nur dem Umstand Rechnung, daß Gesetze, die ja irgendwo Gesetzmäßigkeit bedeuten, eben nicht ewig neu geschaffen werden können, es sei denn von Gott. Solange aber auf Erden ein und die gleiche Schwerkraft der Dinge herrscht, welche die eigentliche Regierung bildet, kann der Mensch Gesetze allenfalls erkennen, aufschreiben und befolgen, aber im Grunde niemals erfinden, ändern oder „verabschieden“. Denn solange die Erde, Gott und das Universum bestehen, kann es nur eine Wahrheit über die Dinge, also auch über Wirtschaft und Gesellschaft, geben. Die Metaphysik der Wirtschaft entscheidet, welche Wege der Mensch gehen muß, um die bestmögliche Rendite im einzelnen wie in der Gesamtheit zu erzielen. Die Politik kann allenfalls Weichenstellerin sein, um verirrtten Zügen und Personen, die vom rechten Wege abgekommen sind, neues korrektes Geleit zu geben. Die Politik hat die Möglichkeit, die inneren Energien der Menschen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes in positive, wahrhaft produktive, weil auch soziale Energie oder in negative, zerstörerische, weil räuberische Energie umzusetzen. Denn wenn es irgendwo einen rechten Weg gibt, so gibt es auch irgendwo einen unrechten. Der Mensch kann aufrecht stehen oder auch fallen. Er hat die Wahl. Nur eines kann er nicht:

fliegen! Dessen muß er sich – Wohl oder Übel – gewahr sein und nicht ständig schämen. Seine Luftsprünge können niemals sehr hoch oder lang anhaltend sein. Darauf muß er seine Politik ausrichten, da er nun mal kein Vogel ist. Mögen für Vögel auch andere Gesetze gelten; der Mensch muß seine erkennen und beachten, dann hat er die für ihn größtmögliche Freiheit auf Erden. Die Einsicht in die Bodenständigkeit verschafft Wesen, die nicht (wirklich) fliegen können, das größtmögliche Glück, um das es nur geht. Ein Wurm, der unbedingt fliegen können will, wird immer nur leiden, während der Wurm, der einfach nur Wurm sein will, sein Ziel schon erreicht hat, sofern ihn andere Würmer nicht daran hinderten. Die Menschwerdung hat unmittelbar etwas damit zu tun, wie er sich selber definiert – als Raubtier oder beispielsweise als Biene, die jeden Tag wunderschönen Honig für sich und andere produziert. Auch die Bienen brauchen, um zu produzieren, eine rechtsstaatliche Ordnung, über die irgendwo ein König oder halt eine Königin wacht. Waren die Bienen fleißig, so tanzen sie mit Stolz und Freude, um sich anderen mitzuteilen. Halten manche sich jedoch nicht an die Regeln, so werden sie von den anderen getötet. Die Ameisen verfahren in ähnlicher Weise. Dieses zeigt, daß zur Bewahrung der für jede Spezies im Grunde vorgegebenen Ordnung, innerhalb derer sich der einzelne nur bedingt frei bewegen kann, immer auch Strafen bei und wegen Übertretung der Grenzen der Rechte und Freiheiten zu Lasten anderer notwendig sind, die wie die Leitplanken einer Straße lediglich daran erinnern wollen, den rechten Weg nicht zu verlassen, weiter eigentlich nichts. Über allem steht jedoch und demzufolge immer das (Er-) Kennen des rechten Weges im Vorfeld, d.h. möglichst noch vor dem eigentlichen Straßen- und Rechtsverkehr. Dazu aber mußte der Mensch entweder viele Wege gegangen sein oder einen gewissen Weitblick haben, oder beides. Fakt ist und bleibt aber: Es gibt, bei aller Liebe zur (ewigen) Suche nach dem „Ideal“, immer nur einen (rechten) Weg, eine Ordnung, ja ein System! Die Politik ist lediglich der Ver-

such, anhand von Experimenten in der Praxis auf die richtige Theorie einer möglichst optimalen, wenn nicht perfekten, Bürgerstaatswirtschaft oder sonstigen Lebensordnung zu schließen. Man könnte es aber natürlich auch genau umgekehrt machen. Zuerst die Theorie, dann der praktische Versuch. Es ist für Theoretiker, und jeder sollte einer sein, schier unbegreiflich, wie manche scheinbar ohne jede theoretische Vorstellung von den möglichen (schwerwiegenden) Folgen Gesetze verabschieden, die eigentlich gute waren. Aber zugegeben; auch das Chaos ist ein System, welches theoretisch das richtige für die Menschen sein könnte, oder auch nicht. Dieses sieht man oftmals nur an den Extremen. Entweder völliges Chaos oder völlige Ordnung. Eine Art Mischmasch – so wie heute – kann weder beweisen, daß das Chaos das richtige System ist, noch daß es die Ordnung ist. Eines aber haben Chaos und Ordnung dennoch gemeinsam: Es herrscht in beiden Fällen niemals in dem Sinne eine Person, sondern schlicht das System, Gesetz oder Gesetzlosigkeit. Auch bei den Bienen oder Ameisen herrscht nur scheinbar ein König bzw. eine Königin, in Wahrheit aber „nur“ das System. Die Königin ist nur Teil des Systems, genau wie auch die einfachen Arbeiter, nur hat die Königin eine etwas andere Aufgabe und ist weniger leicht ersetzbar. In einer Welt aber, wo das „Gesetz“, das „Naturgesetz der Staatswirtschaft“, allgemein bekannt und nicht mehr „höhere Mathematik“ ist, sind auch Königinnen und dergleichen leicht ersetzbar, quasi wie „einfache Arbeiter im Weinberg Gottes“ (Papst Benedikt XVI.). Der Kaiser, König, Kanzler oder Präsident ist und war – ähnlich wie ein Papst – immer „nur“ Interpret und Verkünder des Gesetzes an sich bzw. Gottes, gesprochen sozusagen von einer Kanzel hinunter zu den Ohren des Volkes, einschließlich des Kanzlers selbst. Insofern gibt es im Prinzip nur das Gesetz, das wie die Regeln eines einfachen Spiels die erlaubten und verbotenen Wege der betreffenden Welt beschreibt. Das Chaos ist wie ein Spiel ohne Regeln, wo alles erlaubt ist. Ein Spiel, das keine 5 Minuten funktioniert.

Was sind Politiker?

Manche Politiker sagen, es sei keine Lösung der Probleme, wie insbesondere das der Armut, möglich. Wozu braucht man dann aber Politiker?

Was ist Realität?

Kein Mensch hat je von der Politik erwartet, eine unnatürliche Realität zu schaffen, sondern allenfalls, dieses nicht zu übertreiben.

Was ist Demokratie?

Demokratie ist die gemeinschaftliche Legislative eines großen Gesellschaftsspiels, dessen Spielregeln zumindest der Mehrheit der Mitspieler gefallen, an die sich aber alle halten müssen, worüber ein von der Mehrheit gewählter Schiedsrichter, der Staatspräsident oder dergleichen, durch Judikative und Exekutive wacht.

Was sind Regeln?

Man könnte sagen: Wenn Regeln das Zusammenleben der Menschen nicht regeln, sondern behindern, ja regelrecht ausbremsen, weil sie Ausnahmen zur Regel und Regeln zur Ausnahme machen, so kann es passieren, daß der grundsätzlich leistungsbereite Motor des Menschen in einer Wirtschaft „absäuft“. Kein Mensch aber würde je annehmen, daß eine solche Bürokratie ausschließlich die Absicht hätte, rechtschaffene „Kleinbürger“ zu depressiven, fluchenden Alkoholikern zu machen. Nein, vielmehr besteht hier die Gefahr einer wachsenden Kriminalität, statt wachsenden Wirtschaft, bzw. einer wachsenden Illegalität, was ja nicht zwangsläufig das Gleiche ist. Denn grundsätzlich gibt es genau zwei mögliche Gründe, warum jemand eine Regel bzw. eine behördliche Bestimmung nicht beachtet: Entweder die Bestimmung ist falsch und der Mensch richtig, oder der Mensch falsch und die Bestimmung richtig. Aus Sicht der Bestimmung ist sie immer richtig, und aus Sicht des Menschen ist er immer richtig. Wer hat nun recht?

Nun, man könnte sagen; wenn die behördlichen Bestimmungen, also die Gesetze der Menschen, exakt den für die Menschen geltenden natürlichen Lebensregeln, quasi den (eentlichen) Menschenrechten und -pflichten, entsprechen, hat der einzelne und die Gesamtheit, die Menschheit, die größtmögliche, nicht größte, Freiheit auf Erden, wo nun mal jene Lebensregeln gelten, schon aus physikalischen, chemischen und biologischen Gründen. Aber auch Psychologie ist Mechanik, und Liebe ist Chemie, wie manche sagen. Geschriebene Gesetze dienen praktisch „nur“ dem einzelnen zur Vor- und Rücksicht, quasi zur besseren Einsicht im Sinne eines Einblicks in die Regeln des Lebens, die eigentlich nur den einzelnen und die Allgemeinheit vor Schaden bewahren wollen. Sie zeigen – ähnlich wie physikalische oder geometrische Formeln – auf, wann jemand um wieviel Grad

vom rechten Wege, vom Wege Gottes, bei welcher Tat abkommen würde, und mit welcher Reaktion (Strafe) er dann zu rechnen hätte, ob nun vor, mit oder nach dem Tode. Die Bibel ist das bürgerliche Gesetzbuch Gottes und zeigt, um den Menschen Zeit zur eigenen Erforschung der richtigen Lebensregeln zu ersparen, anhand der Propheten, die behauptungsgemäß die Worte Gottes wiedergeben, was ja durchaus nicht alle Propheten oder Prediger der Bibel von sich behaupten, welche Gesetze aus Sicht Gottes am menschen- und gottesgerechtesten sind. Und da Gott Jahwe immerhin der Schöpfer nicht nur der Menschen, Tiere und Pflanzen, sondern des gesamten uns mehr oder weniger bekannten Universums ist, inklusive – logischer Weise – sämtlicher „Naturgesetze“, wird er wohl grundsätzlich am besten wissen, was den Menschen und der Welt schadet und was nicht. Theoretisch bräuchten also die Menschen nur die Bibel zu lesen und danach zu leben. Aber vielen erscheint die Bibel (heute) zu altmodisch, weil dort keine Autos, Handys und Armbanduhren erwähnt sind. Aber mit Verlaub; wenn der Mensch heute mehr Zeit für sich hätte, bräuchte er auch keine Uhren.

Die heutige Technik ist nur eine Art Ersatz für die Freizeit, die dem Menschen durch zu viel Arbeit an der Technik und zu viele unnötige Gesetze und Bestimmungen verloren geht. Wer heute wirklich alle Gesetze und Bestimmungen im Detail kennen und verstehen wollte, müßte seinen Job kündigen oder seine Firma schließen und 180 Jahre alt werden, oder er bewegt sich einfach ständig zwischen Legalität und Illegalität, aus Sicht jener Bestimmungen. Klar, daß dieses irgendwann einmal zur Kollision oder völligen Unbeweglichkeit führen kann, wie schlimmstenfalls im Knast, dem dritten Arbeitsmarkt. Mit Wirtschaftsförderung hat dieses jedenfalls nicht sehr viel gemein. Denn Wirtschaft bedeutet ja vor allem: Wettbewerb! Freier Wettbewerb! Will sagen: Wenn es schwieriger ist, unter Rechtschaffenheit, also unter Einhaltung wirklich aller gesetzlichen Regeln und Be-

stimmungen und Sonderbestimmungen usw., seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, als wie beispielsweise durch Diebstahl, so besteht die für die Gesellschaft nicht wünschenswerte Gefahr, von einer durch zu viel Gesetz, aber zu wenig Recht provozierten Kriminalität bedroht zu sein. Sind die gesetzlich erlaubten Wege nicht einfach, breit, gerecht und für jeden klar ersichtlich, ohne daß also zu viele Wenden um drei Ecken (s. Dreiecksfahrtenberechnung im Steuerwesen) genommen werden, so droht gar ein Rückfall in die Barbarei, wo es im buchstäblichen Sinne keine Wege gab und jeder querfeldein lief oder ritt, halt weil dieses, verglichen mit einem Wandeln auf zu schmalen Pfaden, einfacher ist. Am modernen Straßenverkehr sieht man es wohl am deutlichsten. Sind die Straßen zu schmal, ist kein flüssiger Verkehr möglich. Sind die Straßen zu breit, verliert man die Orientierung, und es kann ebenfalls kein flüssiger Verkehr stattfinden. Gibt es zu wenig Einschränkungen, wie durch Tempolimits, so ist das Sicherheitsrisiko zu groß. Gibt es zu viele Einschränkungen, wie durch zu viele Straßenschilder, die beachtet werden müssen, so wird der Verkehr zähflüssig und eher chaotisch, statt ordentlich und geregelt. Es ist quasi die gesunde Mitte, das richtige Maß, zu finden und zu halten, just wie ein Autofahrer, der auf seiner Spur weder zu schnell, noch zu langsam und immer ungefähr in der Mitte fährt. Das Problem aller Regeln, die im Interesse insbesondere der Sicherheit des einzelnen, aber immer vor allem der größeren Allgemeinheit beachtet werden müssen, ist halt irgendwo die Subjektivität des einzelnen. Denn nahezu jeder einzelne würde ein anderes Tempo, eine andere Spur usw. für das Richtige halten. Nicht auszudenken aber, was auf den Straßen los wäre, wenn buchstäblich jeder so fahren könnte und dürfte, wie er wollte. Mit einiger Wahrscheinlichkeit würde innerhalb von nur 10 Minuten überhaupt nichts mehr laufen, außer Fußgänger auf den Gehwegen. Insofern ist übertriebene Bürokratie genau wie auch die Anarchie das genaue Gegenteil von Freiheit und Entfaltung, nämlich das Ersticken im Chaos.

Wie lange dauert ein Experiment?

Schier so als würde sich aus einem Chaos – vom griechischen cháos, „die gestaltlose Urmasse (des Weltalls)“ – irgendwann einmal das genaue Gegenteil davon völlig von selbst ergeben, wenn man nur lange genug darauf wartete, wie auf eine wunderbare „Wende“, werden heute der Bürger und die Ordnung, die er sich wünscht und die er braucht, konsequent und kontinuierlich auf morgen vertröstet, in etwa nach der Formel: „Es kann nur besser werden, da es schlechter nicht mehr sein kann.“.

Vergleicht man nun aber einmal die Gegenwart mit der noch relativ jungen Vergangenheit, sprich z.B. heutige Nachrichtensendungen im Fernsehen oder im Radio mit Nachrichtensendungen von vor 20 oder 30 Jahren, so läßt sich konstatieren, daß es offenbar durchaus noch schlechter gehen kann, praktisch solange der Bürger noch lebt, und das sogar, obwohl sich an der Politik, respektive an der politischen Richtung, eigentlich nicht sehr viel verändert hat. Kein Wunder – könnte man sagen –, wenn es die falsche ist. Es werden im Wesentlichen nach wie vor die gleichen Konzepte zur angeblichen Lösung der offensichtlichen und immer schlimmeren Probleme angepriesen bzw. verteidigt. Es scheint fast, als würden die bestehenden Gesetze – gewollt oder ungewollt – eher von einer relativen Ordnung weg, hin zu einem absoluten Chaos leiten, weil sie in die falsche Richtung weisen, wie ein spiegelverkehrtes Straßenschild. So wird heute z.B. das nach Tausenden von Jahren erst unlängst von mutigen und vorbildhaften Politikern ins Leben gerufene Sozialrecht, welches durch Refinanzierung von Arbeitsleistung einen Zusammenbruch der Wirtschaft und Gesellschaft verhindert hat, von manchen auf den Prüfstand gestellt, nur weil es angeblich nicht (mehr) finanzierbar sei. Was aber völlig ohne die heutige soziale Unterstützung passieren würde und los wäre, würde man vermutlich auf den Straßen sehr schnell erkennen. Vielleicht ist ja

auch das gerade das Problem, nämlich daß schlechte Politik oftmals sogar nicht schlecht genug ist, um ihre wahre Leistung und Identität jeden klar erkennen zu lassen. Werden obendrein gleichzeitig viele kleinere Veränderungen, viele Scheinwenden, vorgenommen, sind Ursache und Wirkung der einzelnen Gesetze und die eigentlichen Blockaden, die praktisch nie wirklich angekratzt werden, immer weniger exakt auszumachen.

Wenn nun aber diese ewig gleichen Patentrezepte einer – wenn überhaupt – stets nur um Bruchteile von Prozentpunkten veränderten Politik immer noch keinen deutlichen Erfolg in positiver Richtung gebracht haben, warum ändert man dann nicht einmal kategorisch das Konzept? Genügen einem Koch nicht 30 Jahre Erfahrung mit einem und demselben Rezept? Oder anders gefragt: Wann betrachtet ein Wissenschaftler ein erfolgloses Experiment als gescheitert?

Nun, es ist natürlich immer sehr leicht für einen **Scharlatan**, zu behaupten, sein unwirksames oder gar schädliches Haarwuchsmittel brauche einfach noch mehr Zeit, um richtig greifen zu können, und müsse, statt auf den Müll geworfen, noch exzessiver angewendet werden. Wieviel Haare aber müssen denn dem Bürger eigentlich noch ausfallen, um daß man sagt: „Die Mittel haben versagt! Der Zweck wurde nicht erfüllt!“? Bei wieviel Hunger- und Erfrierungstoten besteht Handlungsbedarf? Das Problem allzu allmählicher Politik ist einfach, daß die erzielten positiven oder negativen Veränderungen derart langsam voranschreiten, daß man nicht mit Sicherheit auf einen tatsächlichen Zusammenhang mit der betreffenden Politik schließen könnte. Dieses nutzen erfolglose Politiker gern als ein gewisses Alibi zur Verteidigung ihrer Politik, an der die Verschlechterung der Lage angeblich nicht liege. Wenn aber die heutige Politik keinen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung im Lande zu haben scheint, wozu bezahlt man dann als Steuerzahler so viele Politi-

ker mit geradezu aus den Nähten platzenden „Diäten“? Konnten Menschen sich je auf ungelösten Problemen ausruhen? Lösen sich Probleme von allein? Der Punkt ist einfach: Wenn Politik sich so langsam dreht wie die Erde, so fühlt und begreift letztlich niemand, worum es sich – im wahrsten Sinne des Wortes – dreht. Momentan drehen sie sich jedenfalls beide im Kreise, nur mit dem Unterschied, daß die Politik droht, die für die Allgemeinheit nützliche Umlaufbahn hin zu immer kühleren Gefilden zu verlassen. Woran liegt das?

Nun, zur Berechnung einer richtigen Umlaufbahn müssen stets zuvor gewisse Feststellungen über regelmäßige Verhalten und Reaktionen betreffender Objekte unter dem Einfluß bestimmter Energien und Kräfte getroffen werden. Diese Feststellungen (Formeln) über gewisse unabdingbare Gesetze können entweder auf Erfahrungen, quasi auf Experimenten, oder auf Annahmen beruhen, von denen man glaubt, daß sie richtig sind. Die Grundlage jedes Experiments ist aber ebenfalls die Annahme im Sinne einer Vermutung, einer These, die auf Basis bereits vorhandener oder fiktiver (sich vorgestellter) Erkenntnisse weitere Erkenntnisse oder schlicht Bestätigung der These (Theorie) erzielen will. In den meisten Fällen genügt jedoch bereits die korrekte Auswertung des selbst Beobachteten in der Natur oder der Gesellschaft, quasi des gelebten Experiments, je nach dem, um was es geht. Im Zweifel über die Richtigkeit seiner vorweggenommenen Annahmen oder der Auswertung seiner Beobachtungen, vergleicht man die rechnerischen Ergebnisse mit den experimentellen so lange, bis man endlich auf die richtige Formel, quasi die perfekte, ideale „Umlaufbahn“, schließen kann. Der größte Fehler wäre jedoch, konsequent und nachhaltig an theoretischen Annahmen festzuhalten, die sich in der entscheidenden Praxis konsequent, wiederholt und nachhaltig nicht bewahrheiten, nicht bestätigen. So baut die heutige konventionelle Politik beharrlich (auch) auf wirtschaftstheoretischen Annahmen, die sich in der

Praxis seit Jahrzehnten und länger beharrlich nicht bestätigen, ja die sogar bereits in der Theorie (in sich) unlogisch sind und daher natürlich niemals einen tatsächlichen Erfolg im Sinne einer Verbesserung der Lage erzielen können, es sei denn natürlich, es wäre die Verschlechterung der Lage das angestrebte Ziel, was aber kaum vorstellbar ist. Von der Phänomenologie aber dessen, was tatsächlich passiert, nämlich ein Stück für Stück immer stärkerer Wirtschafts- und Sozialabbau, der durch schlechte Finanzpolitik gerechtfertigt, anstatt durch bessere Finanzpolitik verhindert, wird, scheinen die wesentlichsten dieser immer wiederkehrenden Formeln, Phrasen und Parolen, die niemand versteht, weil sie nicht zu verstehen sind, schlicht die zuerst gelben, grünen, roten und braunen und schließlich pechschwarzen Elemente einer „Theorie der Mißwirtschaft“ zu sein, die irgendwo an einer theoretischen „Schule der Mißwirtschaft“ gelehrt wird, vielleicht (wie früher) bei den Illuminaten oder weis der Teufel.

Immerhin muß man aber jener Theorie der Mißwirtschaft zugestehen, daß sie in der Praxis funktioniert. Nur nützt dieses dem Bürger und dem Staat herzlich wenig, da sie ja schließlich von Mißwirtschaft keinen Vorteil haben können. Ausnahmslos niemand unter den Menschen könnte davon jemals einen Vorteil haben. Insofern ist die Regierung eines Staates, der seinem Volk Vorteile, statt Nachteile, bringen will, im wahrsten Sinne schlecht beraten, die folgenden „Äpfel der Erkenntnis“ (noch länger) für richtig anzunehmen:

Die Annahme Nr. 1,
niedrige Steuern für Unternehmer förderten die Investition und schafften daher Arbeitsplätze,
...ist falsch, denn derartige Geldgeschenke erhöhen schlicht die Reingewinne der Unternehmer und machen weitere Investitionen zwar möglich, aber immer weniger nötig.

Die Annahme Nr. 2,
Steuern bremsen per se die Investition,
...ist falsch, denn gewerbliche Investitionen können ja als Betriebsausgaben von der Steuer abgesetzt werden, wodurch die Investition per se eher durch höhere Steuern gefördert wird.

Die Annahme Nr. 3,
private Investition sei zwingend notwendig, um Arbeitslosen Arbeit und „Brötchen“ zu geben,
...ist falsch, denn notfalls geben auch private Felder genügend Arbeit und Brötchen, was die Privatwirtschaft nicht ausschloß.

Die Annahme Nr. 4,
kostenaufwendiges Werben um große Investoren sei wichtig und rentabel, da größere Firmen summa summarum mehr Arbeitsplätze brächten,
...ist falsch, denn größere Firmen spielen lediglich viele kleinere an die Wand, wodurch unter dem Strich Arbeitsplätze verloren gehen, da Großbetriebe im Verhältnis zu ihrer rationelleren größeren Produktion weniger Arbeitnehmer beschäftigen. Indiz dafür: Das erste, was gerade fusionierte Betriebe tun, ist: Tausende Arbeitnehmer entlassen.

Die Annahme Nr. 5,
alle arbeitsfähigen Erwerbslosen könnten einen Arbeitsplatz in der privaten Wirtschaft bekommen, wenn sie nur wirklich wollten,
...ist falsch, denn die Zahl der in der privaten Wirtschaft verfügbaren Arbeitsplätze wird nicht durch den Willen der Arbeitslosen bestimmt.

Die Annahme Nr. 6,
die privaten Arbeitgeber könnten allen Arbeitslosen eine Arbeit geben, wenn sie nur wollten,

...ist falsch, denn die Gesetze der Ökonomie, an die sich Gewerbetreibende auch im Interesse der Allgemeinheit zu halten haben, besagen, daß bei Rationalisierung, wie z.B. durch Maschinen, bei gleichen Produktionserfolgen immer weniger Arbeit von Menschen aufgewendet werden muß.

Die Annahme Nr. 7,
die durch moderne Massenproduktion erzielten Produktionserfolge seien nicht ausreichend, um Arbeitslose, Kranke und Rentner usw. in dem (adäquaten) Maße daran teilhaben zu lassen,
...ist falsch, denn nur dafür wurde die Massenproduktion erfunden, nur dadurch ergibt sie einen Sinn und läßt sich rechtfertigen, da halt per se nicht alle Menschen in der Massenproduktion als Arbeiter benötigt werden, sondern nur die jeweils Stärksten.

Die Annahme Nr. 8,
man könne nicht einfach von staatswegen jedem und jeder Erwerbslosen und – der Gerechtigkeit halber – auch allen Erwerbstätigen ohne jegliche Auflagen oder Bedingungen je eine monatliche Grundsicherung des Lebensunterhaltes in Form eines zur völlig freien Verfügung stehenden adäquaten, aber nicht zu hohen monatlichen Geldbetrages gewähren, da dieses erstens nicht finanzierbar sei und zweitens zu einer zu großen Untätigkeit auch der einfachen Bürger führen könne,
...ist falsch, da erstens die öffentliche Geldmenge zur turnusmäßigen Besteuerung ihrer selbst groß genug ist und zweitens naturgemäß jeder Empfänger einer sozialen Unterstützung ganz von sich aus heraus daran interessiert ist, sich einen Zuverdienst zu verschaffen, soweit er kann und der Markt entsprechende Marktlücken gewährt.

Die Annahme Nr. 9,
es sei schädlich für den Arbeitsmarkt, wenn beispielsweise unterbezahlte angestellte Maler, Tapezierer oder Lackierer (usw.)

sich von einem möglichen bedingungs- und zeitlosen Bürgergeld selbständig machen, ohne also daß diese Tätigkeit allein ständig einen vollen Broterwerb bringen müßte,
...ist falsch, da ja auch selbständige Arbeit Arbeit ist.

Die („letzte“) Annahme Nr. 10,
die Arbeitslosen seien per se faul, wodurch die Warenproduktion lahm liege, während die Arbeitslosen sich von sozialer Unterstützung den Bauch voll schlügen mit Ware aus dem Laden,
...ist falsch, denn erstens wäre dieses (in sich) ein Widerspruch und zweitens stehen nicht etwa die Läden leer und die Menschen draußen Schlange nach Ware, die sie jederzeit kaufen könnten, sondern die Läden sind voll von Waren, welche die Arbeitslosen nicht kaufen können, während sie nach Arbeit Schlange stehen.

Will sagen: Im Idealfalle ist Politik just die anhand richtiger Erkenntnisse und Annahmen richtige Stellung der Weichen und nicht Härten zum Geleit der Züge der Gesellschaft in die richtige Richtung. Sind aber die einer Weichenstellung vorausgesetzten Ziele, Vorstellungen, Vorsätze, Vorgaben, Vorlagen, Grundlagen, Prioritäten, Richtlinien, Ansichten sowie der Glaube an und die Annahmen über Ursache und Wirkung der verschiedenen wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Mechanismen falsch, so könnte letztlich auch eine darauf aufbauende, noch so kostspielige Weichenstellung der Politik niemals das Erreichen des richtigen Zieles ermöglichen und fördern. Die Mißwirtschaft ist dann nur die logische Folge jenes „Mißverständnisses“. Alle jene heutigen Fehlannahmen haben unter dem Strich den gemeinsamen Nenner, daß sie eine immer weitere Ausgrenzung der ohnehin schon Kleinen durch ungerechte Steuer- und Subventionspolitik zugunsten der ohnehin schon Großen nicht nur billigen, sondern sogar fordern und scheinbar korrekt begründen. Angeblich sehe man die Sorgen und Nöte des einfachen Mannes vollends ein,

nur sei halt aus ökonomischen Belangen des Weltmarktes usw. keine Möglichkeit vorhanden, darauf Rücksicht zu nehmen. Was aber bedeutet ein Weltmarkt, wenn die meisten Leute, ob hier oder dort, sich dafür nichts kaufen können? Was hat das noch mit „Integration“ zu tun? Integration kann und muß vor allem das aktive Beteiligten auch und gerade der ansonsten Chancenlosen an der wirtschaftlichen Gemeinschaft überall in der Welt bedeuten. Eine Wirtschaft und Weltwirtschaft führt sich ad absurdum, wenn sie Millionen von Hungertoten produziert oder zumindest ignoriert. Die Armen fordern sinngemäß kein Mitleid, sondern schlicht ihr Recht, ihr Recht auf Integration nicht just in die allgemeine Armut irgendeiner angeblichen Wohlstandsgesellschaft, die schon lange keine mehr ist, sondern in den freien, aber geordneten Prozeß einer alle an der fremden oder eigenen Arbeit und an den Produktionserfolgen insgesamt beteiligenden Sozialwirtschaft im Sinne schlicht einer dem Allgemeinwohl dienenden Wirtschaft, so wie eigentlich.

Anstatt aber zwecks dessen einfach immer wieder Kapital von den Spitzen der großen Berge zu nehmen und über alle zu verteilen, wie als notwendige Rehabilitation des Marktes insgesamt, wird über die Lohn- und Mehrwertsteuer usw. Geld von den Kleinen in die großen nimmersatten Rachen der Dinosaurier des Geldes geworfen. Die Kleinen werden dabei faktisch aufgefressen – die finanztechnische Rückkehr in den Jura, das Dinozeitalter. Mit Jura im rechtlichen Sinne hat dieses aber jedenfalls nicht sehr viel zu tun. Es ist schlicht ein Hyperkapitalismus, eine katastrophale Verstärkung des ohnehin schon schädlichen Effektes des Kapitalismus als solchen, nämlich daß sich das Kapital von einer ursprünglich gleichen Verteilung heraus tendenziell und quasi von ganz alleine, d.h. also bereits ohne Eingriff des Staates, immer weiter nach außen bzw. nach „oben“ bewegt. Es gibt keine natürliche Kraft, die das Kapital immer wieder mal von dort herunter holt und wieder gleichmäßig über dem Boden ver-

teilt. Das Geld kommt halt normal nicht vor in der Natur. Darauf war die Natur nicht eingestellt. Das Geld folgt einer unnatürlichen Schwerkraft nach oben, anstatt nach unten. Die Folge davon ist schlicht Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut durch Massenproduktion mit Hilfe von massig Geld, aber nicht von massig Arbeitnehmern. Erst das große Geld, der Zusammenschluß des Kapitals, hat die Massenproduktion möglich gemacht. Aus rein arbeitsmarktpolitischer Sicht ist die Massenproduktion das Schädlichste, was es gibt, denn erst sie hat die Millionen „Tante Emma“ Geschäfte kaputt gemacht, zertrampelt wie mit riesigen rücksichtslosen Hinterpfoten. Theoretisch hätte also der Staat, um davor zu schützen, schon immer und gerade gegen diesen Dinoeffekt des Kapitals steuern müssen, wenn es ihm wirklich um den Erhalt der Arbeitsplätze ging. Der heutige Schutz der Großindustrie vor den berechtigten Interessen der Armen an gerechter Beteiligung in jeder Hinsicht, sprich diese völlig unangemessene Tabuisierung des immensen Vermögens der Großindustrie, zum angeblichen Zwecke der Schaffung von Arbeitsplätzen ist schlicht absurd und blanker Unsinn! Das weiß heute jeder ehrliche und unehrliche Betriebswirt. Einzig und allein eine sozialgerechte Verteilung des massig Produzierten über ein soziales Geldwesen ergibt einen Sinn und Zweck der Massenproduktion. Es werden halt einfach nicht alle Leute mehr in der Produktion benötigt, um dennoch viel zu produzieren. Na und? Wen stört das? Wer will die Arbeitslosen dafür bestrafen?

Was ist Wahrheit?

Betrachte nie das Bild der Welt
des Tages in einem Spiegel. Denn sonst
wirst du das Linke für Recht
und das Rechte für link halten.

Was ist ein Sozialstaat?

Man kann sagen: Ohne Sozialstaat keine private Wirtschaft. Wie ist das zu verstehen? Ist der Sozialstaat denn nicht der erklärte Gegner der Wirtschaft, weil er Menschen ermöglicht, der Arbeit bei Arbeitgebern fern zu bleiben, ohne deswegen völlig mittellos zu sein? Nein, im Gegenteil! Denn im Gegensatz zu einer reinen Staatswirtschaft, wie z.B. in einem reinen Kommunismus, wo möglichst jedem Bürger eine Arbeit zugefügt wird, versucht ja die Privatwirtschaft, wie z.B. in einem reinen Kapitalismus, möglichst viele Arbeitnehmer loszuwerden, um dadurch Kosten zu sparen, Lohnkosten, bei aber dennoch möglichst hoher Produktion, wie z.B. heuer durch immer mehr Maschinen, die von immer weniger Personal höchster Qualifikation und Belastbarkeit, vergleichbar selber einer Maschine, bedient werden, anstatt umgekehrt. Das ist schlicht Ökonomie.

Völlig unökonomisch, sprich unwirtschaftlich, wäre es nun hingegen, von der Wirtschaft, also Privatwirtschaft, per Gesetz zu verlangen, die einmal zum Zwecke der Rationalisierung entlassenen Arbeitnehmer, die heute Arbeitslose und quasi nur Kunden der Wirtschaft, nur Verbraucher, sind, wieder in den Betrieb der Warenproduktion, die ganz offenkundig hervorragend auch ohne diese Arbeitnehmer funktioniert, aufzunehmen, so wie immer wieder mal von der Politik mancher äußerlich scheinbar der Wirtschaft zum Munde redender allzu Konservativer drohend angedeutet. Die Wirtschaft könnte aber – seit eh und je – nichts weniger gebrauchen als zusätzliche Arbeitnehmer, d.h. mehr Arbeitnehmer, als wie sie tatsächlich braucht und sich notfalls jederzeit selber von der Straße holen und auch auf eigene Kosten selber ausbilden würde, wenn wirklich dringender Bedarf dazu da ist und so wie es jeder vernünftige Normalunternehmer sofort tun würde, notfalls mit riesigen Plakaten auf Arbeitgeberdemos, auf denen geschrieben stand: „Wir suchen Arbeitnehmer!!!“.

Aber sooo dringlich scheint dann nun die Eigenbeseitigung dieser unentwegten Behauptung eines angeblichen Arbeitnehmer- und Fachkräftemangels seitens der Wirtschaft zum Schutz vor möglichen Regreßzahlungen auch wieder nicht zu sein. Denn wann hat man schon jemals Demonstrationen von Arbeitgebern gesehen, anstatt von Arbeitnehmern oder Arbeitslosen, die eine Arbeit suchen?

Nein, das Beruhigende für die Wirtschaft ist nach wie vor, daß diese ewigen Andeutungen der Politik zur angeblich baldigen Lösung der Probleme, die je nach Wahlkampfstrategie mal negiert und mal proklamiert werden, niemals wirklich ernst gemeint sein können, da man ja Privatbetriebe höchstens zur Aufgabe, aber eben nicht zur Aufnahme zwingen kann. Denn ein solcher Zwang käme ja einer Verstaatlichung gleich – das Ende der Privatwirtschaft. Der heutige Arbeitszwang, der – anders als wie bei der heute und zurecht verbotenen Zwangsarbeit – darin besteht, Menschen, die nicht für einen der ihnen zur Wahl gestellten verschiedenen Arbeitgeber bzw. verschiedenen Berufe arbeiten wollen, dem Tode, wie z.B. dem Hungertode, auszusetzen, kann per se nicht dem Zwecke einer freien Marktwirtschaft dienen. Es ist just die Quadratur des Kreises. Allenfalls könnte man, um die Ironie auf die Spitze zu treiben, den Arbeitgebern verbieten, Maschinen zur Verrichtung der Arbeiten zu verwenden. Damit wäre man dann wieder im späten Mittelalter angekommen, wo die Wirtschaft anhand von Manufakturen, sprich Fabriken, wo noch hauptsächlich mit Hand („Manu“) gearbeitet wurde, gerade mal anfang, sich zu entwickeln. Denn Wirtschaft bedeutet nichts anderes als Rationalisierung und damit letztlich Abschaffung der Arbeit durch immer weitere Arbeitsteilung durch Spezialisierung und Gebrauch von Maschinen. In der höchsten denkbaren Stufe einer Arbeitsteilung würden just die Maschinen alle Produktionsarbeit und die Menschen alle Verbrauchsarbeit erledigen. Und dieses immer wieder aufs Neue.

Wen sollte das stören? Die Wirtschaft? Keineswegs! Die Wirtschaft kann, so gesehen, dankbar sein, daß es sowas wie den Sozialstaat gibt, der den Leuten, wie möglichst ausnahmslos allen, immer eine kleine finanzielle Unterstützung gibt, damit sie wenigstens der Wirtschaft gegenüber als Kunden auftreten können, wenn schon nicht als Arbeitnehmer. Ohnehin geht man ja als körperlich wie geistig gesunder Mensch nur deshalb arbeiten, um anschließend Geld zum Kaufen zu haben und nicht etwa um täglich möglichst viel zu schwitzen, wie um den Arbeitsplatz an sich, oder um des nachts besser schlafen zu können. Denn wer am nächsten Tag nicht arbeiten muß, braucht theoretisch auch nicht unbedingt jede Nacht gut zu schlafen, logisch.

Nein, die Lüge, daß der Mensch Arbeit benötige, um „frei“ zu sein, hatte nicht einmal im späten Mittelalter eine Lebensberechtigung. Es ist schlicht eine Erfindung von Satanisten oder Sadisten, worin kein sehr großer Unterschied besteht. Auch Sadisten erkennt man weniger an einer bestimmten Kleidung, einer bestimmten Frisur oder einem bestimmten Schnurrbart, sondern im Grunde nur an deren gnadenlosen Parolen, wie z.B.: „Den Arbeitslosen soll mehr Bildung angeboten werden!“. Im Klartext bedeutet diese wie in ein Schmuckkästchen des Gutgemeinten verpackte Botschaft nichts anderes als: „Den Arbeitslosen soll nur noch unter der Bedingung einer Teilnahme an Fortbildungen soziale Unterstützung angeboten werden!“. Aber mal ehrlich: Was nützte heute schon noch eine gute Ausbildung für jeden, wenn am Schluß doch nur noch einige ganz wenige den Preis dafür bezahlen dürfen, indem sie einen Arbeitsplatz bekommen? Denn was hat es – aus Sicht eines Arbeitnehmers – heute noch mit Ökonomie zu tun, nur für absolute Höchstleistung gerade mal noch eine Wohnung und ein paar Lebensmittel bezahlen zu können, wenn überhaupt? Ist etwa der Wirtschaft damit gedient? Klagt sie nicht seit Jahrzehnten über eine allzu stark nachlassende Kaufkraft der Verbraucher? Kann sie sich selber besteuern?

Was ist Korruption?

Mit der Korruption ist es in etwa so wie im Prinzip auch mit der Prostitution: Das Verbrechen besteht darin, daß man es nötig hat. Insofern muß sich eine Gesellschaft, in der Verbrechen einerseits kaum bestraft, und andererseits durch unnötige Armut latent geschürt wird, an die eigene Waffel fassen und fragen, ob sie nicht durch blindes Ignorieren der immer wieder Leck schlagenden Spitzen Jahrtausende alter Berge des Unrechts vor allem gegenüber Kleineren selber schuld ist am schließlichen Untergang ihrer „Titanik“. Es ist einfach ein alter und falscher Aberglaube mancher Unverantwortlichen, weil Unwissenden, der Mensch wolle betrogen und geschunden werden oder habe nichts besseres verdient. Nein! Jeder Mensch will fair und gerecht behandelt werden, was nicht heißt, das er nicht bereit sei, Leistung zu erbringen! Dieses schließt sich ja nicht gegenseitig aus, zumindest nicht zwangsläufig. Ein Arbeiter, der eine schwere körperliche oder geistige Arbeit verrichtet, kann und will durchaus auch schwer bezahlt werden. Wenn aber – wie heute – viele Menschen schwer unterbezahlt sind, da sie trotz schwerer Arbeit, die sie verrichten, kaum einen einfachen Unterhalt für sich, geschweige denn für eine Familie, bestreiten können, so droht die für eine Gesellschaft nicht unerhebliche Gefahr, daß sie entweder kriminell werden oder in die Politik gehen, wo sie dann, weil sie dort nicht hingehören, einfach nur gute Politiker, die weniger harte Ellenbogen haben, vom Platz verdrängen, mit der Folge, daß man als normaler Wähler immer glaubt, das Parlament sei besetzt, und zwar gut. Aber zugegeben; wenn manche Politiker selber keine „Ahnung“ haben, um die allgemeinen Probleme wenigstens Schritt für Schritt zu lösen, so besteht ja jederzeit die Möglichkeit, die „Ahn“ zu befragen oder sich Rat von „wissenschaftlichen Beiräten“, privaten Wirtschaftsweisen oder sonstigen Personen, die direkt oder indirekt Rat (Bildung) anbieten, um ihnen zu helfen, einzuholen. Dieses hat natürlich

mit Korruption noch nichts zu tun, es sei denn, jene Ratschläge würden mehr dem betreffenden Beratenen und weniger der Allgemeinheit einen Vorteil bringen. Das ist das Prinzip der Korruption. Und dieser Vorteil, der von dem oder der „Bestochehen“ angenommen wird, muß dazu keineswegs ein unmittelbar finanzieller sein. Es genügt, wenn sich der Beratene, der letztlich mit zu den Verratenen zählt, da er ja selbst ein Teil der Allgemeinheit ist, immer weiteres Wissen verspricht oder vormachen läßt, er würde durch die geratenen Maßnahmen oder vermittelten Weisheiten sein persönliches Ich oder das Ich seiner Abteilung, seiner Organisation oder seiner Partei in ein besseres Licht führen können, wie z.B. einst jemand durch die Einführung der umstrittenen Ein-Euro-Jobs, nur um anschließend eine weißere Arbeitslosenstatistik vorweisen zu können, aber mit der eigentlich relativ leicht vorhersehbar gewesenen Folge einer relativen Wählerverdrossenheit just zum Zeitpunkt der obendrein leichtfertig von dem betroffenen politisch Geschröpften angesetzten Neuwahl (2005), nur ein Jahr vor der regulären Wahl und möglichen Wiederwahl. Nur mag man dem von diesem geschickten Wahlkampf Betroffenen kaum Korruption vorwerfen können, da er mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen war, daß die Ein-Euro-Jobs eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und nicht etwa eine Demütigung und Verhöhnung der Arbeitslosen mit sich führen würden. Aber wie so oft: weit gefehlt! Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig es sein mag, zwischen Beirat und Verrat zu unterscheiden, zwei Dinge, die ja nicht automatisch das Gleiche sind. Hier kann letztlich nur Verstand helfen, den aber niemand, auch nicht für noch so viel Geld, kaufen könnte. Schlimmer aber noch als der „Irrtum“ oder die „Halbkorruption“, wo jemand nur unter der Bedingung eines persönlichen Vorteils auch einen Vorteil der Allgemeinheit in Kauf nimmt, ist selbstverständlich die glatte Korruption, wo also jemand bewußt einen Nachteil für die Allgemeinheit in Kauf nimmt, nur um dabei einen persönlichen Vorteil zu erhalten, wie

z.B. direkt in Form von Geld eines Bestechers, welcher Herkunft oder Absicht auch immer – das Gegenteil des Märtyrertums, wo jemand auch unter Inkaufnahme eines persönlichen Nachteils einen Vorteil der Allgemeinheit erreichen will. Aber gibt es das überhaupt? Kann ein Mensch zu so etwas fähig sein? Zur Korruption? Eigentlich nicht! Es sei denn, er befindet sich in irgendeiner Not, die ihn direkt oder indirekt zwingt, jenen Vorteil anzunehmen. Dieses stellt gewissermaßen eine Erpressung dar, die selbstverständlich nicht Korruption rechtfertigen oder entschuldigen kann, es sein denn vielleicht durch Einräumung von „mildernden Umständen“. Aber was könnte man tun, um solche (korrumpierenden) Umstände zu vermeiden?

Nun, wie bei fast aller Klein- und Großkriminalität ist auch die Korruption, die ja auch Kriminalität und kein Kavaliersdelikt ist, zwar durch viel Kontrolle und Bestrafung in dem Auswuchs ihrer Symptome zu hemmen, jedoch bekämpft dieses – ähnlich wie bei einer Krankheit, wo lediglich schmerzstillende Tabletten verabreicht werden – noch nicht die eigentlichen Ursachen. Die Hauptursache zumindest der Wirtschaftskriminalität, wie halt auch der Korruption, kann – was die Sache erheblich erleichtert – wohl in der unterschwelligem oder tatsächlichen Armut, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht, gesehen werden, sprich letztlich in einem nicht vorhandenen oder nicht sicheren Sozialsystem. Zwar sind die unmittelbar von der Bestechlichkeit Bedrohten meist nicht gerade Sozialhilfeempfänger, aber die Demütigung, einst einmal zu dieser „Randgruppe“ zu zählen, wäre ja gerade für die Großen umso größer. Nicht auszudenken, was für Ängste, durch begangene oder beabsichtigte Fehler aufzufliegen oder tief zu fallen, so mancher Großer der Geschichte oder Gegenwart schon ausstehen „mußte“. Dabei könnte es so einfach sein, solche Fehler zu vermeiden: Keine Vorteile – egal in welcher Hinsicht – annehmen! Auch dann nicht, wenn scheinbar keine sofortige oder klar ersichtliche Gegenleistung verlangt

wird! Denn daß bei Vorteilsnahme irgendwann einmal eine Art Gegenleistung erwartet wird, liegt fast in der Natur der Sache, und wenn jene „Leistung“ „nur“ in einem Dulden oder Unterlassen, in einem Keine-Schwierigkeiten-machen oder gar in einem Den-Blindgänger-spielen, auf den sich alle verlassen, der sich aber dennoch niemals auf eine (wirkliche) Diskussion einläßt, besteht, und das nur, um nicht die „Freundschaft“ zu zerstören. Aber was kann einen davor schützen? Etwa eine Sozialrente von der Geburt an bis zum Tode, damit man nicht so abhängig ist vom beruflichen Erfolg? Ja! Natürlich! Warum nicht? Denn faktisch ist man mit einer sicheren Sozialrente oder dergleichen wie ein Millionär, der sein Geld auf einem Sparbuch hat und dafür Zinsen erhält, die er jeden Monat abheben kann, ohne dafür einen anderen Dienst zu leisten, als da zu sein und dadurch anderen Gesellschaft, im wahrsten Sinne, zu leisten, was ja nicht heißt oder nicht heißen sollte, daß man diesem Grundeinkommen im Werte von vielleicht 500 Euro pro Monat nicht noch beliebige Zuverdienste durch eigene Leistung hinzuaddieren könnte. Will sagen: Nicht auszudenken, wie korrupt jemand theoretisch sein müßte, um allein durch Bestechlichkeit auf solch einen Stand zu kommen. Insofern wäre eine solche immerwährende Grundsicherung durchaus auch nicht eine zu geringe Leistung, um wenigstens die Bestechlichkeit, die eine Seite der Korruption neben der Bestechung, zwar vielleicht nicht vollkommen auszutrocknen, aber doch vielleicht ihrer eigentlichen Grundlage zu berauben: die immer drohende Sterblichkeit der menschlichen Hülle, die Unerpressung des menschlichen Geistes, der halt unter den Bedingungen dieser Welt nur in einem lebenden Körper denken kann, wenn überhaupt. Und je mehr die Zeit drängt, desto schlechter – in jeder Hinsicht – mag der Geist denken. Mögen zwar Leute hohen Ranges auch denken, keine Existenzängste auszustehen, so könnte dieses in einem allzu strengen Kapitalismus niemals jemand wirklich von sich behaupten. Die heutige Existenzangst ist das geheime Druckmittel der Bestecher.

Was ist Eigenverantwortung?

Immer häufiger hört man in letzter Zeit den Ruf der Politik nach mehr Eigenverantwortung des einzelnen. Aber was heißt das eigentlich, „Eigenverantwortung“? Etwa daß die Reichen freiwillig mehr Steuern zahlen, damit der Sozialstaat nicht aufgegeben werden muß? Oder daß die Armen sich Geld selbst herstellen, was der Staat sich nicht traut? Wer als staatlicher Vertreter des Volkes nach mehr Eigenverantwortung des Bürgers schreit, will nichts weiter als die Verantwortung des Staates auf den einzelnen abschieben, quasi zurückgeben, und fordert somit letztlich die Auflösung des Staates ganz allgemein.

Denn der Vorgänger des Staates, sprich des Gemeinwesens, war ja nichts anderes als die Eigenverantwortung des einzelnen, die aber eben gewisse Nachteile hat, auch für die Stärkeren. So gab es z.B. ursprünglich keine Polizei und auch keine Gerichtsbarkeit, deren Kosten – wie auch heute – von der Allgemeinheit zu tragen gewesen wären. Somit war jeder auf sich allein gestellt und mußte sich nach besten Kräften selbst verteidigen, in jeder Hinsicht. Damit war aber der Selbst- und Lynchjustiz Tür und Tor geöffnet bzw. kein Einhalt geboten. Erst durch die Erfindung des auf Steuereinnahmen und Steuerausgaben beruhenden rechtsstaatlichen Gemeinwesens, sprich durch Wahrnehmung einer Kollektivverantwortung, war es möglich, den einzelnen vor Willkür und Gewalt körperlich oder auch finanziell Stärkerer zu schützen. Und irgendwie gibt es ja immer einen, der noch stärker ist, ohne aber deswegen auch automatisch im Recht zu sein, zumindest nach menschlichen oder auch „zivilen“ Maßstäben. Die Zivilisation verlangt per se nach mehr Kollektivverantwortung, statt Eigenverantwortung, auch wenn der Begriff der Eigenverantwortung auf den ersten „Blick“ ungemein klug, weise, ja fast schon sozial klingt. Der Mensch will – im Gegensatz zum Tier – grundsätzlich mit anderen, die weniger haben, teilen, nur

genügt es leider, um eine eigenverantwortliche anarchistische Zivilisation, die in der Theorie möglich ist, zu stürzen, wenn auch nur eine einzige Person sich nicht freiwillig an die sozialen Spielregeln hält und gewillt ist, alle anderen Menschen zu unterdrücken, was in der Geschichte wohl bereits zur Genüge vorgekommen ist. Just aus Erfahrung dessen ist einst der „Rechtsstaat“ auch und gerade zum Schutz der Schwachen und Kleinen, die auch leben wollen und ein natürliches Recht darauf haben, geschaffen worden, zumal die Erde selbst heute noch genug Platz für alle bietet. Es macht keinen sonderlichen Sinn, Recht und Ordnung im Staate privater Subjektivität des einzelnen zu überantworten. Das ist das Prinzip der Zivilisation; das Nichtanwenden privater Gewalt, wie unter Tieren, sondern das Beschreiten des Rechtsweges! Gibt der Staat aber die Verantwortung zur Sicherung dieses zivilen Weges durch staatliche Gewalt auf, so ist man wieder in der Barbarei, wo just der „Lautere“ Recht erhält. Der Mensch will und braucht Rechtssicherheit, die er aber nur über eine intakte Rechtsstaatlichkeit mit konkreten Gesetzen und „Hütern“ dieser Gesetze bekommen kann. In der Barbarei nimmt sich jeder, was er „kriegen“ kann, ohne Rücksicht darauf, was für die anderen verbleibt, zumal er ja nie genau wissen könnte, wieviel die anderen tatsächlich (noch) besitzen. Diese Unklarheit über die normalen, mittleren Mengen ist es, welche die Barbarei fördert, und nicht in dem Sinne die Habgier, von Ausnahmen – wie gesagt – abgesehen. Mag es zwar auch zunächst schwierig erscheinen, die Mengen des vorhandenen oder idealen Kapitals zu messen, um sodann und immer wieder eine gerechte Verteilung dessen an alle, einschließlich der Allerschwächsten, weil Kranken, vorzunehmen, so wird man jedoch um diesen wichtigen Schritt genauso wenig herum kommen wie um den der Rechtsstaatlichkeit überhaupt. Eine korrekte Rechtsprechung über Diebstahl usw. ist nicht möglich, ohne vorher zu wissen, wem was gehört bzw. zusteht. Das ist die Eigenverantwortung eines Staates, der wirklich Rechtsstaat sein will.

Was sind Spenden?

Die wohl mit Abstand zivilste, weil sozialste, Form von Selbstjustiz ist die, wenn wohlhabende Menschen anderen, weniger wohlhabenden Menschen etwas von sich ganz privat spenden, wie z.B. nach einem Erdbeben irgendwo in der Welt, und es wäre auch schlimm, nicht nur für die Opfer oder Hinterbliebenen, sondern für die Zivilisation an sich, wenn dieses eines Tages einmal verboten wäre. Aber muß es eigentlich immer erst soweit kommen, zu einem Erdbeben, Vulkanausbruch oder Tsunami, damit die Mitmenschen ihre soziale Ader entdecken und diese ein wenig zu Ader lassen? Ist nicht auch ohne Naturkatastrophen schon genug Katastrophe da, wie z.B. anhand von Armut durch Arbeitslosigkeit? Ist die Arbeitslosigkeit nicht genauso schlimm wie ein Erdbeben? Kann man an Arbeitslosigkeit nicht auch sterben? Woran liegt es, daß Menschen vielfach erst bei Naturkatastrophen bereit sind zu helfen? Liegt es daran, daß die Opfer derer in der Regel vollkommen unschuldig an ihrem Unglück sind? Oder umgekehrt gefragt: Liegt es daran, daß Arbeitslose, die noch keine oder keine ausreichende staatliche Hilfe bekommen, selber schuld sind an ihrem Unglück? Wenn ja, dann würde dieses bedeuten, daß unglückliche Menschen gern unglücklich sind und alles dafür tun oder unterlassen, um unglücklich zu sein – der Widerspruch in sich! Und was ist dann noch mit der sogenannten Unschuldsvermutung, die man ja selbst jedem Kriminellen oder zumindest Verdächtigen zubilligt? Aber zugegeben; es gibt auch viele Menschen, die entweder ganz persönlich, wie auf der Straße, oder über diverse Menschenrechtsorganisationen oder soziale Verbände Spenden an Arbeitslose bzw. Arme richten, weil sie es als ein Menschenrecht erachten, zu leben. Das Problem dabei ist aber – wie eigentlich auch niemand der Beteiligten bestreitet – nicht nur, daß es äußerst schwierig ist, im akuten Notfalle eine sehr schnelle, effektive und flächendeckende Hilfe, wie mit Medikamenten, Decken, Zelten, Kleidung und

Nahrung und vielleicht sogar noch mit sozialer therapeutischer Betreuung, zu koordinieren, zumal wenn in einem sehr fernen und von politischen Krisen geschüttelten Land, sondern auch, daß oft nicht schnell und genau genug bekannt ist, was die betroffenen Bürger tatsächlich so benötigen in ihrer Not, z.B. welche Art von Nahrung.

Wäre es dann nicht diesbezüglich klüger, man gäbe einfach ausnahmslos jedem Bürger der Welt über eine, notfalls neue Weltbank oder Weltzentralbank je ein immer und für alle gleiches monatliches Bürgergeld als ein sicheres, weder zu hohes, noch zu niedriges Grundeinkommen zur freien und unbedingten Verfügung und überläßt dann (grundsätzlich) der Wirtschaft, welche die entsprechenden Steuern zahlt, die Produktion und Lieferung der „nachgefragten“ Güter, quasi so wie „immer“? Hatte etwa die Wirtschaft jemals nicht auch den „Mann in Mond“ mit Ware beliefert, wenn der mit echten Dollars oder Euros bezahlen konnte? Würde die Wirtschaft etwa nicht auch bis zum Mars fliegen für ein paar Dollars oder Goldnuggets mehr in der Tasche? Warum nicht mal den Spieß umdrehen und die Wirtschaft zum Sklaven machen, zum Sklaven des Goldes? Ist sie das nicht ohnehin? Hatte sie jemals eine andere Aufgabe, als sich zum Sklaven, zum „Sklaven des Verbrauchers“, zu machen? Hatte sie jemals schlecht gelebt dabei? Hieß es nicht immer: „Der Kunde ist König!“? Statt dessen aber wird heute auf der ganzen Welt die Produktion zunehmend stillgelegt, und das nicht etwa, weil man nicht genug produzieren könnte, sondern „nur“ weil niemand unter den Verbrauchern mehr noch genügend Geld zum Kaufen hat. Die Wirtschaft aber, die über die Milliarden verfügt, kann sich nicht selber besteuern, um dann das Geld einfach über das Volk zu streuen wie Körner zur Fütterung der Hühner. Denn das Volk ist der Schutzbefohlene des Staates, und der Staat muß die Wirtschaft zum Diener des Volkes machen! Dann ist es Wirtschaft, die Leben spendet: Volkswirtschaft!

Können Gewinne gerecht sein?

Man könnte sagen; solange noch genügend Tomaten auf der Welt im Verhältnis zur Erdeinwohnerzahl wachsen, ist der marktwirtschaftliche Wettbewerb nur eine Formalität, eine möglichst spielerische verfahrenstechnische Umsetzung der vorhandenen Möglichkeit eines Wohlstandes für alle, also praktisch nur eine Frage der methodisch richtigen, d.h. „gerechten“, Verteilung, nach sozialen wie leistungsbezogenen, aber immer schließlich nach humanen Gesichtspunkten. Denn am Schluß jeder möglichen Gedankenfolge und Marktwirtschaft zählt nur, ob der Mensch dadurch allgemein (mehrheitlich oder auch vollständig) im Wohlstand und Einklang mit sich, seinen Mitmenschen, der Natur und Gott lebt. Jede marktwirtschaftliche Theorie und Praxis, die tatsächlich jenes Ziel erreichen will, muß sich folglich (ständig) dahingehend überprüfen, ob unter ihrem wirtschafts-psychologischen und mathematischen Mechanismus viel produziert und andererseits auch viel verteilt wird. Wird z.B. nur viel produziert, aber wenig verteilt, wie tendenziell im Kapitalismus, so ist dieses genauso falsch wie, wenn zwar viel verteilt, aber nur wenig produziert wird, wie tendenziell im Kommunismus. Die Lösung dieses Problems scheint nur irgendwo in der Mitte dieser beiden Extreme zu liegen, wie so oft. Der dazu notwendige Kompromiß muß aber – wie auch in anderen Lebensbereichen, wie z.B. in der Religion – nicht unbedingt als Schwäche einer der beiden oder beider Seiten ausgelegt werden, wenn quasi nicht das extrem Linke oder das extrem Rechte, sondern eben irgendwo die Mitte davon die „Perfektion“ oder das „Ideal“ ist. Ideal wäre es jedenfalls in Sachen Marktwirtschaft, wenn die Leistung des einzelnen immer sowohl und insbesondere je dem betreffenden Einzelnen, als auch gleichzeitig der Allgemeinheit einen Vorteil bringt, sodaß einerseits die notwendige Motivation zur „Produktion“ für möglichst viele und andererseits auch ein Nutzen für möglichst viele daraus erwächst.

Dazu wirft man prinzipiell just alle innerhalb je eines betrachteten Wirtschafts- und Zeitraumes geernteten Tomaten (usw.) auf einen Haufen zu einem entsprechend großen Berg zusammen, und teilt zunächst nicht die ganze, sondern die halbe Menge dieses Berges durch die Anzahl aller Bürger, unabhängig davon, wer von ihnen an der Produktion und Lieferung der Tomaten arbeitsmäßig beteiligt war oder nicht. Dadurch entfällt zunächst auf jeden Bürger jeweils die Hälfte eines durchschnittlichen Tomatenanteils. Dieses ist zunächst allein die sozialgerechte Verteilung der „Tomaten“. Anschließend erhalten die gearbeitet habenden Bürger den noch verbliebenen Rest der Tomaten, also die Tomaten der zweiten Hälfte des Tomatenberges, und zwar nun je nach dem, wieviel der einzelne Arbeiter, einschließlich der Arbeitgeber, die hier auch nur Arbeiter sind, gearbeitet hat. Dieses ist dann die leistungsgerechte Verteilung der Güter. Haben beispielsweise 50% aller Bürger gearbeitet und dabei die gleiche Arbeit geleistet, so entfallen auf jeden von ihnen, von diesen Arbeitern, zwei weitere Hälften der durchschnittlichen Warenmenge, sodaß jeder von ihnen summa summarum andert-halb (eineinhalb, 1,5) „Warenkörbe“ für sich verbuchen kann, während jeder der nicht gearbeitet habenden Bürger, wie der Kranken, Rentner oder schlicht Arbeitslosen, nur die Grundsicherung in Höhe eines halben Warenkorbes (Tomatenkorbes) behält. Diese „parasymmetrische“ oder auch „elliptische“ Verteilung nach dem Prinzip einer solidarischen Wirtschaftsgemeinschaft, wo die Starken freiwillig je für zwei, drei oder auch vier (Menschen) und die Schwachen gar nicht (wirtschaftlich) arbeiten, wo aber stets alle, einschließlich der Arbeiter, immer mindestens einen halben des mittleren Warenkorbes erhalten, könnte man als das „Anderthalbprinzip“ oder auch als den „Halbkapitalismus“ bezeichnen. Der Sinn dessen liegt darin, daß auf diese Weise dem Umstand Rechnung getragen würde, daß ein noch jüngerer erwachsener Mensch gerne die doppelte Arbeit leistet und bereit ist, wenigstens die Hälfte seines zusätzlichen Lohns

bzw. seines „Gewinns“ an andere abzugeben, die entweder noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähig sind, eingedenk auch dessen, daß sie, die noch Jüngeren, dadurch selber einen Anspruch auf soziale Leistung im Alter oder im Falle von Erwerbsunfähigkeit oder schlicht Arbeitslosigkeit hätten. Dieses im Prinzip bereits als Sozialversicherung bekannte Verfahren, das sogar manche Tierarten anwenden, wie z.B. und kurioser Weise die Vampirfledermaus, die in der Nacht erfolglos gebliebenen Jägern ihrer Gruppe im wahrsten Sinne Blut der Erfolgreicheren der Gruppe spendet, wie nach einem ungeschriebenen Gesetz des sozialen Miteinanders, ist also keineswegs eine Verteilung von Geschenken, wie von manchen Kritikern des Sozialwesens beharrlich unterstellt, sondern eben schlicht eine Versicherung! Und zwar eine Versicherung, die ausnahmslos jeder braucht, um eben nicht in der Jugend zwingend notwendiger Weise Millionär werden zu müssen, aber dennoch zu können, wenn die Leistung entsprechend hoch ist, immer aber eingedenk der sozialen Abgaben, die zu leisten sind. Darin besteht in einem Sozialstaat, dem eigentlichen Sozialismus, der besondere Anreiz zur Produktion. Es ist dieses vergleichbar mit der Vorstellung von Akrobaten am Trapez. Dadurch, daß unten, nicht zu tief unten, ein Netz gespannt ist, welches jeden Akrobaten, der zu hoch geflogen war, jederzeit wieder auffängt, können im wahrsten Sinne noch höhere und spektakulärere Leistungen gewagt und gebracht werden. Das Fehlen eines solchen (sozialen) Netzes macht nicht etwa motivierter, sondern engt ein und führt zu einer Beschränkung auf nur die gängigsten und billigsten Tricks, die für teures Geld einfach nur ewig wiederholt werden.

Nicht die Angst vor dem Verhungern, sondern die jederzeitige Marktfähigkeit durch eigenes, nicht zu hohes, Grundkapital und die Chance, je nach Leistung, auf weiteres, nicht zu hohes, Zusatzkapital kann zu wahrer Leistung motivieren, im Sinne der Kultivierung und Verwirklichung eigener, möglicherweise für

die Allgemeinheit interessanter Produktideen. Oftmals aber kostet bereits die Entwicklung dieser Ideen im Vorfeld sehr viel Zeit und auch Geld. In dieser Zeit ist ein Entwickler, wie z.B. Erfinder, Musiker, Maler (s. u.a. Vincent van Gogh) oder Modeschöpfer, quasi schwanger mit seiner Idee, bei der alles anfang, und kann sich unter dem Strich nicht selbst ernähren, da nicht immer auch sofort ein (zweiter) Entdecker zur Stelle ist, der die Begabung des Betreffenden schon bereits zur noch frühen Zeit der Entwicklung klar erkennt. Die Allgemeinheit könnte diesen möglichen Wegbereiter einer für alle schöneren Zukunft in dieser frühen, aber entscheidenden und schweren Phase, wo nach außen noch nichts zu sehen ist, weil jede Kunst im Kopf beginnt, schlicht mit einem Sozialschmarotzer verwechseln, sofern es so etwas überhaupt gibt und nicht einfach nur das billigste Klischee der Propaganda eines modernen Sozialfaschismus zur Beseitigung jeder Kultur außerhalb der Fabrik des Hasses gegen Anderslebende ist. Der Haß hat schon so manche Kultur vernichtet; doch richtet eine Gesellschaft ihn gegen sich selbst, so wird er absurd und lächerlich. Zur Erhaltung einer im wahrsten Sinne menschlichen Rasse bedarf es keines Hasses, sondern – im Gegenteil – einer Liebe auch und gerade gegenüber den Schwachen oder vorübergehend Hilfsbedürftigen. Dieses widerspricht keineswegs dem Prinzip der Wirtschaft. Im Gegenteil! Eine Volkswirtschaft – und nur darum geht es –, die nicht zum Wohlstand für alle, sondern nur zum Reichtum für manche führt, ist nichts anderes als Raub oder Diebstahl, anstatt Produktion, es sei denn vorübergehend als gutes Mittel zum bösen Zweck. Mögen zwar auch im einzelnen äußerlich korrekte Geschäfte getätigt worden sein, so zählt in der Summe nur, was unter dem Strich dabei herauskommt, wie in jedem Haushalt, nicht nur Staatshaushalt. Zur Überbrückung kritischer Phasen, ob im Großen oder Kleinen, kann nur ein adäquates Steuer-, Wirtschafts- und Sozialsystem helfen, das jedem Bürger immer wenigstens ein „halbes Einkommen“ zur Grundsicherung der Kaufkraft freistellt.

Was ist Wucher?

Der §138 BGB „Sittenwidriges Rechtsgeschäft; Wucher.“ bringt es auf den Punkt, so wie man es treffender nicht mehr formulieren könnte:

- (1) „Ein Rechtsgeschäft, welches gegen die guten Sitten verstößt, ist nichtig.
- (2) Nichtig ist insbesondere ein Rechtsgeschäft, durch das jemand unter Ausbeutung der Zwangslage, der Unerfahrenheit, des Mangels an Urteilsvermögen oder der erheblichen Willensschwäche eines anderen sich oder einem Dritten für eine Leistung Vermögensvorteile versprechen oder gewähren lässt, die in einem auffälligen Mißverhältnis zu der Leistung stehen.“

Kommentar: Streng wörtlich genommen, sind demnach nahezu alle jemals in der „Moderne“ getätigten Rechtsgeschäfte nichtig, und den „ausgebeuteten“ Kunden oder Arbeitnehmern müßte all ihr Geld, ihre Zeit und ihre Arbeitskraft zurückgegeben werden. Denn wo besteht heute – im Gegensatz zu früher, sehr früher – keine Zwangslage, durch die Ausbeutung stattfindet? Ist es etwa ein Trost, wenn überall ausgebeutet und überall die Natur zerstört wird? Rechtfertigt etwa die Zerstörung anderer die eigene? Sollte man nicht mit gutem Beispiel voran gehen, notfalls zunächst im Alleingang, wie einst Jesus Christus?

Nun, ist es natürlich nicht leicht, in einer möglichst freien Welt jede mögliche Straftat oder jede mögliche Abweichung vom gerechten Wege von vornherein zu verhindern. Abschreckende Strafen für überführte Täter mögen da durchaus helfen können, auch zum berechtigten Zwecke einer Genugtuung oder gar Ent-

schädigung der Opfer oder der Angehörigen der Opfer, wie z.B. auch der Kinder durch Kolonisierung enteigneter oder entrechteter Eltern.

Was marktwirtschaftliche Dinge, „Rechtsgeschäfte“, betrifft, so kann man eigentlich auch hier, genau wie auch bei der Kleinkriminalität z.B. eines Ladendiebstahls, immer erst hinterher für eine Entschädigung sorgen. Dieses ist ein Problem just aller Kriminalität. So ist gewissermaßen einst der Kommunismus zur tatsächlichen oder fiktiven Rehabilitation der durch „imperialistische“ (kapitalistische) Marktwirtschaft enteigneten Bürger dazu übergegangen, freie Marktwirtschaft an sich zu verbieten und jedem das gleiche Los im allzu gleichlaufenden Getriebe einer sozialistischen Planwirtschaft zu bereiten. Im Volksmund, der sich traut, etwas zu sagen, würde man dieses „Das Kind mit dem Bade ausschütten“ nennen. Will sagen: Soweit muß man nicht gehen! Nicht alle Tauschgeschäfte, ob mit oder ohne Geld, müssen sittenwidrig sein. Es ist nur einfach ein ganz generelles idiomatisches Phänomen der Marktwirtschaft an sich, daß sie schier automatisch dazu verführt, ungerecht, ja kapitalistisch zu sein und andere auszubeuten. Denn davon lebt ja, so gesehen, die Marktwirtschaft, nämlich von der Nachfrage derjenigen, denen es an irgendetwas mangelt. Und der Mangel an etwas Benötigtem ist ja – wenn man so will – eine Notsituation, eine Zwangslage, die halt nur allzu leicht von manchen ausgenutzt werden kann. Eine Zwangslage, die niemand hätte, würde jeder immer ohne Umwege und ohne größere Umstände an die benötigten Güter gelangen. Statt dessen aber, macht man heute einen internationalen Computerführerschein, wandert nach Dubai aus, sucht sich einen Job als Operator und kauft sich dann von dem als Lohn erhaltenen Geld ein Brot im Bäckerladen, ein Brot, das man theoretisch auch vom eigenen Felde hätte pflücken können, um ein wenig Arbeit zu haben, nur mit dem Vorteil, daß Korn zu sähen und zu ernten einfacher, sicherer und auch näher (-liegend) ist.

Aber solange gute Computerkenntnisse ein gutes, weil seltenes Tauschgut auf dem internationalen Markt sind, ist gegen diese moderne Form einer Arbeitsteilung zwischen Bäckern einerseits und Häckern andererseits nichts einzuwenden, solange die Umwelt nicht davon geschädigt oder bedroht ist, versteht sich. Das Problem der „freien“ Marktwirtschaft ist einfach nur der „Hans-im-Glück-Effekt“, d.h. jener Effekt, bei dem wie in der berühmten Geschichte jemand durch mehrere für ihn unvorteilhafte Tauschgeschäfte von einem ursprünglichen großen Goldklumpen an einen schier wertlosen Schleifstein geraten kann, ohne daß ihn dazu jemand offensichtlich gezwungen hat.

Diesem zwangsläufigen Effekt einer allmählichen Enteignung der weniger handelsstarken Bürger, die es immer geben wird, da niemals alle Leute dauerhaft gleichermaßen handelsstark sein können oder wollen, da halt die Menschen eben nicht alle gleich sind, sondern sehr unterschiedliche Eigenschaften und Fähigkeiten haben, kann man dann eigentlich nur durch eine turnusmäßige Rückführung wenigstens je eines Teils, wie z.B. vorzugsweise in Höhe von 10% pro Jahr, des verlorengegangenen Kapitals begegnen, um halt nicht die freie Marktwirtschaft aus Gründen der Ethik und Gerechtigkeit aufgeben zu müssen. Man könnte sagen; 10% pro Jahr Rückführung über eine entsprechende Kapitalumlaufsicherung ist gerecht und angemessen. Eine 100%ige Rückführung des Kapitals wäre ungerecht und überzogen. Eine einprozentige Rückführung wäre zu gering. Man kann das Maß der Maßlosigkeit der modernen Industriewirtschaft nicht auf den Prozentpunkt genau abschätzen, geschweige denn durch allerlei Statistiken und Berechnungen ermitteln, so wie dieses und ähnliches die oft zurate gezogenen Wirtschaftswaisen der Großindustrie, die perfekt in deren Fahrwasser tönen und noch von Wirtschaftsaufschwung reden, wo der Pleitegeier schon seine Runden dreht, vorgeben, zu können. Man kann einzig und allein anhand von 10% für eine gewisse Mindestrückführung sorgen.

Was ist Gold?

Man könnte sagen; Gold ist nach wie vor chronologisch wie hierarchisch die erste kapitalistische Belohnung für Leistung gegenüber der Gesellschaft, respektive je Teilen der Gesellschaft, halt gegenüber Leuten, die zuerst über Gold verfügten, wodurch auch immer. Gold ist auch Kapital, wenngleich auch nur ein relativ geringer Teil des eigentlichen Naturkapitals in seiner Gesamtheit der materiellen Masse der Erde. Während Geld grundsätzlich durch Gold oder Naturkapital allgemein wertgedeckt ist, ist Gold, so gesehen, ein tatsächlicher direkter Wert, je nach Wertschätzung der Leute, der Allgemeinheit. Im Allgemeinen werden auch heute noch Goldmedaillen als Belohnung z.B. für entsprechend hohe Leistungen im Sport, wie z.B. bei den Olympischen Spielen, aber auch bei manchen speziellen Weltmeisterschaften, im Wert hoch geschätzt, von den Siegern der Wettbewerbe gern entgegengenommen. Theoretisch könnte man aber auch den Gewinnern – ähnlich wie in der Wirtschaft insgesamt – Geld als Belohnung oder Entlohnung der Leistung geben, wovon sie sich anschließend Gold kaufen könnten. In beiden Fällen aber steht man ganz generell und grundlegend vor dem Problem, daß bei ständig neuer Belohnung mit Geld oder Gold für ständig neue Leistung irgendwann kein Geld oder Gold mehr zur Vergabe durch die Juroren (Veranstalter) zur Verfügung stünde, es sei denn, man führte turnusmäßig je einen Teil der Gesamtmenge wieder zurück. Denn könnte zwar theoretisch zumindest Geld schier unendlich oft und in beliebigen Mengen neu hergestellt werden, so änderte dieses dennoch nichts daran, daß die eigentliche Wertmenge des Geldes wie des Goldes immer die gleiche und weltweit begrenzt ist, so wie ja auch das Naturkapital, die eigentliche Wertdeckung, anhand der begrenzten Ausmaße der Erde begrenzt ist. Mit anderen Worten: Das Geld oder das Gold kann immer nur eine Art Wanderpokal sein, der stets aus den Händen der müde gewordenen Ex-Sportler in die Hände der

noch aktiven und aufstrebenden „Neusportler“ (Jungunternehmer) gereicht wird. Die Juroren zur Beurteilung des Wertes der von den Sportlern dargebotenen Leistungen sind im Idealfall immer die Zuschauer, die Verbraucher, so als würde schlicht das Publikum bei der Austragung einer Eiskunstlaufweltmeisterschaft in einem Stadion durch Herunterwerfen von Geld- oder Goldmünzen (Medaillen) über Sieg und Niederlage eines Sportlers entscheiden. Entscheidend ist dabei eigentlich nur, ob auch das Publikum immer wieder über genügend Münzen oder Medaillen – worin praktisch kein Unterschied besteht – verfügt. Dazu kann letztendlich nur eine spezielle Umlaufsicherung der Münzen, also des Kapitals, verhelfen. Denn die von den modernen Irreführern des Geistes, die bei näherer Betrachtung (Observation) in satanischen Sekten unterschiedlicher Namen, aber gleicher Führung (s. gleiche Zeichen, Parolen) organisiert sind, einst aufgestellte Behauptung, die Verbraucher könnten sich ja nach Belieben und bei ausreichendem Willen die Münzen von den „Sportlern“, also den Unternehmern, durch Gegenleistung oder gar Arbeit unter deren Leitung zurückverdienen, ist insofern absurd, als daß ja erstens die Leistung der (Spitzen-) Sportler praktisch konkurrenzlos und für die Allermeisten auf Lebzeiten unerreichbar ist und zweitens die begabten Akteure nicht zwingend notwendiger Weise immer irgendwelche Arbeitnehmer zur Gewinnmaximierung benötigen. Darin liegt, wenn man so will, die Urungerechtigkeit der Welt. So gibt es z.B. Tennisspieler – die ja mit ihrem Sport auch Unternehmer sind –, die zumindest zeitweise nicht einmal einen Trainer (Coach) beschäftigen, obwohl sie sich dieses locker leisten könnten. Das Problem ist einfach, daß Reichtum nicht vor Geiz schützt bzw. daß ein wirtschaftlich leistungsstarker Mensch nicht zwingend notwendiger Weise auch immer Arbeitnehmer benötigt, ja daß dessen Leistung in rein marktwirtschaftlicher Hinsicht auch schon bereits ohne Arbeitnehmer derart hoch ist, daß er ohne Umlaufsicherung des Kapitals theoretisch innerhalb seines beruflich ak-

tiven Lebens alles Kapital der Welt an sich reißen könnte. Dann würde aber der Leitsatz der Unterhaltungswelt „Show must go on!“ (Freddy Mercury, Queen) zur ausklingenden Schallerinnerung. Denn niemand, kein Verbraucher, hätte dann noch Geld oder Gold zur weiteren Belohnung für Leistung, welcher Akteure auch immer. Die derzeitigen Steuern schützen – wie auf Rat von Zerstörern – nicht vor dem schließlichen und so völlig logischen, absehbaren Bankrott der marktwirtschaftlichen Gesellschaft, da sie ganz gezielt immer genau am Gral der Wirtschaft, dem Geld und dem Kapitalvermögen an sich, vorbei greifen, anstatt sich gerade und quasi ausschließlich auf das Kapitalvermögen zu konzentrieren, anhand einer geeigneten Kapitalvermögenssteuer oder dergleichen. Der „Monaco-Effekt“ macht eine adäquate Umlaufsicherung des Kapitals letztlich unmöglich, es sei denn, das von einer modernen, aber intelligenten Notenbank turnusmäßig herausgegebene Geld würde von vornherein nur eine zeitlich begrenzte Gültigkeit (Wertdeckung) haben, sodaß es gegen Überlassung einer steuerlichen Gebühr beispielsweise je am Ende des Jahres gegen eine neue Ausgabe des Geldes im Herkunftsland umgetauscht werden müßte, wollten die jeweiligen Besitzer dieses Geldes, das nur wie vergängliche Weltranglistenpunkte ist, nicht durch Nichtumtausch den ganzen Geldwert verlieren. Allein dieser freiwillige Umtauschzwang durch zeitliche Begrenzung der Dauer des Geldes ist geeignet, auch noch die entlegensten „Schlafmünzen“ und „Schlafmützen“ immer wieder ein wenig aufzuwirbeln und auf den Boden der notwendigen ständigen Erneuerung des Marktes, der marktwirtschaftlichen Chancen, zurückzuführen. Dann könnten auch die großen Unternehmen nicht mehr mit Kapitalflucht drohen, und die Staatsapparate könnten jene Erpressung zur Unterdrückung der Masse zugunsten der Stärkeren wie einen verblassten Alptraum aus dem späten Mittelalter von der Schulter wischen. Erpressung ist „logisch“, solange es Abhängigkeiten gibt, aber es ist nicht logisch, vermeidbare Abhängigkeiten zuzulassen.

Wann flüchtet das Kapital?

Gerade weil es (noch) möglich ist, sich samt seinem Kapital, das im Grunde nach wie vor der hiesigen Allgemeinheit, dem Herkunftsland, gehört bzw. hier hingehört, nach dem steuerlich schöneren Ausland abzusetzen, ist der Staat, so gesehen, tatsächlich erpressbar, mit der Folge, daß er nach und nach – so oder so – auf jegliche Steuerzahlung besonders der Größeren, die viel Geld besitzen, verzichtet. Ein Widerspruch par Excellence. Denn was nützte der Allgemeinheit schon noch ein Betrieb, der weder Arbeitnehmer beschäftigt, noch Steuern zahlt, sondern ausschließlich hohe Gewinne erzielt, die aber dennoch nicht notwendiger Weise wieder in den (hiesigen) Umlauf „investiert“ werden, jedenfalls nicht mit zuverlässiger Regelmäßigkeit? Richtig! Überhaupt nichts! Im Gegenteil! Ein solcher Betrieb schluckt nur unaufhörlich Geld über das Mittel der Produktion allzu vergänglicher Artikel, bläht sich eitel auf und spuckt das Geld nicht (bei Zeiten) wieder aus, wie ein Dinosaurier, der andere kleinere Dinos frißt, nur um am Schluß der größte von allen zu sein. Willkommen im Jura oder – noch früher – Carbon!

Anstatt nun aber diesen misslichen Umstand, quasi diesen Snooker, schon längst und schleunigst beseitigt zu haben, wurden der allzu gefräßigen Kapitalwirtschaft mittlerweile Zugeständnisse gemacht, die in die Billionen gehen. So ist der Deutsche Staat heute mit rund 1,5 Billionen Euro (1.500 Milliarden Euro) gegenüber Banken und sonstigen offenbar relativ flüssigen Geldgebern verschuldet, anstatt diese just rechtzeitig etwas mehr zur steuerlichen Kasse gebeten zu haben. Aber zugegeben; wer läßt sich schon gerne bitten? Und außerdem haben ja die meisten, die über deutsches Vermögen (Geld) verfügen, rechtzeitig ihren Wohn- oder Betriebssitz nach dem Ausland verlegt, sodaß sie nach geltendem deutschem Steuerrecht quasi nicht mehr vom deutschen Fiskus belangt werden können. Das Ergebnis dieser

modernen deutschen, wunderbar liberalen Finanzpolitik ist – nüchtern betrachtet – eine Flucht einerseits der wirtschaftlichen Elite und andererseits des deutschen Geldes nach dem Ausland. Bravo! Kompliment! Perfekter könnte man den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stand eines Landes und des betreffenden Volkes nicht zerstören, zerpfücken, zerstreuen, ob nun gewollt oder ungewollt. Das praktische Ergebnis irgendeiner Politik ist ja immer das gewollte oder ungewollte Ergebnis der betreffenden Politik. Und vom Endeffekt her macht es für die betroffenen Bürger keinen sehr großen Unterschied, ob eine der Allgemeinheit schadende Politik böse oder einfach nur unfähig ist, ein besseres Ergebnis zu erzielen. Aber ist die heutige deutsche Politik unfähig? Nun, die meisten Politiker würden dieses wohl eher bestreiten. Was verbleibt, ist dann lediglich die durchaus berechtigte Frage, warum bisher nicht die mindestens seit Silvio Gesell, also seit Anfang des letzten Jahrhunderts, Fachleuten bekannte und relevante Möglichkeit zur zeitlichen Begrenzung der Gültigkeit des Geldes, zwecks eines besseren Umlaufes des Geldes, genutzt und umgesetzt wurde, abgesehen von einem einzigen praktischen und – Berichten zufolge – sehr erfolgreichen Experiment in der Stadt Wörgl um 1933, das durch die dort wohl zuständige offizielle Notenbank abrupt gestoppt wurde. Nun, etwas zynisch könnte man dazu sagen: Der Vorteil dieser klaffenden Steuerlücke durch die quasi grenzenlose Freiheit eines nicht zeitlich oder örtlich gebundenen Geldes ist ja gerade der, daß dieses angeblich nicht lösbare Problem obendrein als politisches Instrument zur Überschüttung besonders der schon größeren und angeblich so wichtigen Konzerne mit Subventionen und Steuerbefreiungen in Milliarden-, ja schließlich gar Billionenhöhe zu Lasten – logischer Weise – des kleinen Mannes benutzt werden kann, ohne wirkliche Notwendigkeit. Aber wozu? Wozu dieser Bahnhof um die nicht gemeinnützigen Vereine? Ist es nicht einfacher, Steuerflucht zu bestrafen, anstatt diese wie mit Wasser in ein Faß ohne Boden zu belohnen?

Geburtenkontrolle durch Hunger?

Bis heute sind sich die Gelehrten noch nicht ganz einig darüber, ob die Menschen mehr Kinder kriegen, wenn sie arm oder wenn sie wohlhabend sind. Dieses ist insofern nicht irrelevant, als daß ja eine etwaige immer stärkere Vermehrung des Menschen bei Wohlstand das einzige nennenswerte Argument gegen die Maxime eines ständigen Wohlstandes aller Menschen auf Erden sein könnte. Vergleicht man dazu aber die Geburten- und Sterbeziffern (in „Dem Fischer Weltalmanach“) der verschiedenen Staaten dieser Welt, so darf man mit geradezu erschreckender Regelmäßigkeit feststellen, daß just und nur in den Ländern, wo die allgemeine Sterblichkeit, sprich die allgemeine Armut, relativ hoch ist, auch die Geburtenrate relativ hoch ist, so als wollten die Frauen (und Männer) dieser Länder die geringe dortige Lebenserwartung mit entsprechend viel Nachwuchs ausgleichen, so daß die Population immer in etwa gleich blieb oder zumindest nicht geringer wurde. Denn das wird ja wohl auch das vorrangige Ziel jeder Wesensart – ob Alien, Pflanze, Mensch oder Tier – sein, nämlich die eigene „Art“ zu erhalten.

Die Frauen scheinen dazu gewissermaßen just aus dem Fenster zu schauen, um festzustellen, ob der Wohlstand, sprich der Anteil der Älteren (der über 65jährigen) an der Gesamtbevölkerung, relativ hoch ist oder nicht, also ob Nachwuchs notwendig ist, weil der Fortbestand (sonst) vielleicht gefährdet ist. Insofern scheint der Hungertod als etwaiges Mittel einer Geburtenkontrolle vollends zu versagen. Oder anders gesagt: Der Wohlstand scheint nicht zu einer Bevölkerungsexplosion zu führen. Im Gegenteil! Überall dort, wo es offenbar so etwas wie eine Sozialversicherung gibt, weil der Anteil der Älteren relativ hoch ist, wie z.B. auch in Deutschland, ist die Geburtenrate (Fruchtbarkeitsrate) eher rückläufig oder sie „stagniert“ bei zwei Kindern pro Frau im Leben – das zur Beibehaltung einer bestehenden

Population erforderliche Mindestmaß. Mit anderen Worten: Gibt es genug Menschen, die gesund sind und lange leben, so scheint die Population eine Sättigung erzielt zu haben und sich fortan per Instinkt weder zu vergrößern, noch zu verkleinern. Dieses entsprach auch nur voll und ganz der biblischen Aufforderung: „...füllet die Erde...“. So als sei das Ziel, zunächst einmal die Welt mit Menschen zu füllen, um sie dann anschließend nur noch zu „recyclen“, so daß dann immer genau so viele Menschen neu geboren wurden wie alte Menschen starben. Ähnlich scheint es auch mit dem Geld und den Produkten zu sein. Erst wird der Raum mit einer gewissen Menge gefüllt und sodann wird versucht, diese Menge zu erhalten, sie also weder zu verkleinern, noch zu vergrößern. Dieses zeigt auch, daß das sogenannte Wirtschaftswachstum, welches ja nach herkömmlicher Vorstellung ständig mehr Waren- und Dienstleistung hervorbringen soll, spätestens in dem Moment unlogisch wird, wo der auf der Erde ja nun mal begrenzte Raum bereits vollkommen zu (gemüllt) ist mit einer schier unüberschaubaren Menge an Produkten und Leistungsangeboten unterschiedlichster Art. Leistungen, welche die Menschen irgendwann auch schon aus zeitlichen Gründen gar nicht alle in Anspruch nehmen könnten. Pauschal könnte man die Relation der schließlichen, maximalen Zahl der Menschen zu dem maximalen Geld und den maximalen Waren auf der Erde in etwa so formulieren:

Platz auf der Erde = Menschen = Geld = Waren

..., was quasi ausdrückt, daß zwar bei mehr Menschen auf der Erde auch mehr Geld und mehr Waren erforderlich oder wünschenswert sind, daß aber die theoretisch ideale Anzahl der Menschen durch die Begrenztheit der Fläche der Erde gewissermaßen vorgegeben ist. Denn der Parameter „Platz auf der Erde“ ist ja eine Konstante. Die Erde kann sich nicht ausdehnen, daher sind letztlich auch die idealen oder zumindest maximalen Grö-

Ben von Geld, Waren und Menschen vorbestimmt, quasi konstant. Der Mensch könnte allenfalls die Wälder roden und die Tiere in Jenseits vertreiben, um sich vorzumachen, er habe nun dadurch mehr Platz und könne sich noch weiter ausbreiten. Er machte dabei aber die Rechnung ohne den Wirt, denn der Wirt ist kein Geringerer als die Flora und Fauna, die aber ebenfalls nur bei einer bestimmten Gesundheit und Größe konstant existiert, also nicht zusammenbricht, nicht ausstirbt. Als „Platz auf der Erde“ kann der Mensch also demnach und in seinem ureigensten Interesse maximal den Platz neben den Tieren und den Pflanzen definieren! Eine doppelte Ausdehnung des Menschen bringt ihm keine doppelte Lebensqualität! Eine doppelte Menge an Menschen benötigt schlicht eine insgesamt doppelte Versorgung, was aber in dem Sinne keinen Vorteil, sondern eher ein Risiko darstellt, sofern die Erdbevölkerung bereits in der Nähe ihrer maximalen, gerade noch umweltverträglichen Größe ist. Angesichts immer alarmierenderer, durch den Menschen verursachter Naturkatastrophen, wie durch Verschmutzung der Gewässer, Rodung von Wäldern und Verpestung der Luft usw., scheint es bereits heute mehr als Zeit für die Menschheit zu sein, ihre Ausdehnung über die Erde bewußt und konstruktiv auf ein bestimmtes Maß einzuschränken, wie durch noch stärkere und kategorische Erklärung insbesondere von Waldgebieten zu Naturschutzgebieten, die – abgesehen von gelegentlichen, geringfügigen Besuchern oder von befugten Förstern und Wildschützern – von niemandem betreten oder gar bewohnt werden dürften. Eine solche Einschränkung der Ausdehnung auf dem Festland wie auch zu Wasser, wie z.B. durch geeignete Zäune um die betreffenden Gebiete, welche die Tiere vor Überschreitungen der Menschen und die Menschen vor Überschreitungen der Tiere schützten, kann auch in der Folge vor einer zu starken Belastung der Seen und Meere schützen, auch in Hinsicht einer sonst zu starken Jagd nach Fischen und Walen usw. und einer Zerstörung der Natur durch zu starke „Störung“ allgemein.

Was ist Evolution?

In einem sehr wesentlichen Punkte sind sich ja der Kapitalismus und der Kommunismus durchaus und von je her einig, nämlich darüber, daß der „Markt“ einer Regulierung bedarf. Nur glaubt halt der (strenge) Kapitalismus, daß jene Regulierung bereits durch eine sogenannte Selbstregulierung, also praktisch ohne Eingriff des Staates, ausreichend gewährleistet ist, praktisch wie bei den Tieren, wo selbst die größten oder pffigsten Individuen (s. Wale, Elefanten, Hamster oder Eichhörnchen) keine sehr großen Vorräte an „Kapital“ anlegen könnten, weil sie halt keine sehr langen Finger, respektive „Klauen“, haben. Dieser Umstand einer natürlichen Beschränkung der Möglichkeiten eines Kapitalismus im Sinne der reinen Spekulation auf immer mehr Kapitalvermögen schützt die Tiere gegenseitig vor der „Kapitaltollwut“ mancher vom „Virus“ des Kapitalismus Besessener einzelner einerseits und andererseits auch gleichzeitig vor der daraus (sonst) erwachsenden Notwendigkeit, gleichermaßen besitzergreifend zu handeln, um nicht zu kurz zu kommen oder gar plötzlich vor dem Nichts zu stehen, wie heute Millionen von Menschen auf der Welt. Dieses Unrecht durch Mangel einer natürlichen oder halt rechtlichen Beschränkung des Kapitalismus, wie durch eine geeignete Kapitalversicherung, die turnusmäßig nur die Spitzen der großen wie kleinen Kapitalberge kappt, um dann diesen Kapitalertrag über die Zentralbank immer wieder grundsätzlich zu gleichen Teilen über alle einzelnen Bürger zu verteilen, trifft in nicht akzeptabler Weise vor allem die Kinder, die meist nur noch theoretischen Erben eines Vermögens der Eltern.

In der Theorie erbt jedes Menschenkind, also ohne etwas dafür zu bezahlen, ein anteilsgerechtes Grundstück, d.h. ein anteilsgleiches Stück des Bodens des betreffenden Staates, samt allem, was sich just darauf oder darin befindet, wie ursprünglich „nur“ Rohstoffe, aber über die Jahrhunderte des menschlichen Schaf-

fens allmählich auch immer größere „Mehrwerte“, im Idealfall schlicht je ein immer schöneres und komfortableres Haus plus vielleicht ein immer schöneres und besseres Auto. Da aber selbst die besten Häuser und Autos vergänglich sind, wie im Prinzip alle Waren, zählt eigentlich nur der unvergängliche Wert des Grund und Bodens selbst. Dieser Wert kann als Wertdeckung eines dem Volk als Hypothek gegebenen Geldes, das quasi einen Meter über dem Boden, den es repräsentiert, schwebt, dienen. Diese Situation ist die theoretisch ideale Ausgangssituation einer Partie Marktwirtschaft. Denn Marktwirtschaft bedeutet Tauschwirtschaft zum Zwecke einer möglichen Arbeitsteilung, wo jeder einzelne sich auf die Leistung tendenziell nur einer bestimmten Arbeit oder Teilarbeit spezialisiert, weil konzentriert. Und Tauschwirtschaft bedeutet letztlich Geldwirtschaft, da ein reiner Naturaltausch, sprich ein Tauschen ohne das Verrechnungsmittel Geld, derart schwierig ist, daß er, der Naturaltausch, praktisch nicht existiert, weil er nur in der Theorie möglich ist. Die Geldwirtschaft ist also, so gesehen, die ideale Wirtschaft, wenn man überhaupt so etwas wie Wirtschaft, also ein System von Produktion und Lieferung als Ablösung der freien Jagd, will.

Damit nun aber die eigentlich „gute“ Marktwirtschaft, die ja schließlich insgesamt erhebliche Arbeitserleichterung auch und gerade über die Maschinen schafft, nicht zu einer „bösen“ Jagd nach dem Hauptkapital, dem Geld und dem Boden, wird, muß und mußte eigentlich schon immer der Besitz bzw. die Inhaberschaft dieses Kapitals einer gewissen Umlaufsicherung auf finanziellem oder „rituellem“ Wege, wie z.B. durch Vererbung, unterstellt sein, sodaß höherer Kapitalbesitz mit Zunahme des Kapitalvermögens eher immer schwerer, statt – wie bisher – immer leichter, würde, quasi so als würde das Kapital genau wie das als Zahlungsmittel heute ausgedient habende Gold einer hohen Schwerkraft unterliegen, sodaß man ab einer bestimmten

Größe des Kapitals dieses nicht mehr ganz alleine „tragen“ könnte. Dieses wäre automatisch der Fall bei einer Verzinsung des Kapitals nach dem Mengensteuerprinzip, wo turnusmäßig Abgaben prozentual eingezogen, aber pro Kopf (gleichmäßig) wieder ausgezahlt werden, anstatt – wie heute mit zunehmender Tendenz – genau umgekehrt.

Auf diese Weise würde verhindert, sich für die Zukunft exorbitant große und ohne weitere Leistung dauerhaft feststehende Kapitalvermögen ausrechnen zu können, also ein Kapitalvermögen, welches den Durchschnittswert des Kapitals pro Bürger (das Bürgerkapital) weit übersteigt. Das seit der Erfindung des Privateigentums zum Ende der Altsteinzeit um 10.000 Jahre vor Chr. oft blutig umkämpfte Festhalten an dem Prinzip dauerhaft feststehender Kapitalvermögen ist insofern unnatürlich, als daß in der Natur, bei den Tieren, die Älteren von den Jüngeren automatisch ein stückweit des Feldes verdrängt werden, sobald die jungen Erwachsenen das „Elternhaus“ (Nest, Obhut) verlassen und aufs freie Feld ziehen, um dort ihren Lebensunterhalt durch Selbstversorgung aus der Natur zu bestreiten, wozu sie – wie auch die Menschen – ein natürliches Lebensrecht haben, welches sie aber – wie auch die Menschen – nicht umsetzen könnten, wenn niemand von den Älteren, den „Alteingesessenen“, zurückweichen wollte. In der Natur regelt sich dieses Problem der Verteilung des Kapitals, wie praktisch immer nur des Naturkapitals in Form der „Jagdgründe“ (des Grund und Bodens), quasi durch Naturgewalt, wo je zwischen einem jungen und einem alten „Bullen“ ein Kampf mit den körpereigenen Waffen um ein betreffendes Revier ausgetragen wird, so lange bis einer von beiden, der Schwächere oder „Klügere“, nachgibt, welcher tendenziell (irgendwann) der ältere sein wird, wodurch eine natürliche und sinnvolle Übergabe des Kapitals an Jüngere gewährleistet ist, abgesehen von der Vererbung des Kapitals an die Allgemeinheit durch natürliches, altersbedingtes Versterben äl-

terer Tiere. Die Menschen aber in einem Kapitalismus halten es für natürlich, daß starke Exemplare ihrer Gattung im Laufe ihrer Jugend riesige Reviere des Kapitals anhäufen und durch künstliche, technische Waffengewalt bis zum Tode festhalten können, um diese dann nur den eigenen persönlichen Kindern zu vererben, wodurch aber etliche Kinder praktisch enterbt und enteignet sind, noch bevor sie das Licht der Welt erblicken, die Kinder der anderen. Das ist in etwa das, was manche Kommunisten meinen, wenn sie sagen: „Der Kapitalismus frißt seine Kinder.“. Das Ungerechte, aber auch Unproduktive an dieser Form eines indirekten Kanibalismus, wo die einen doppelt so dick sind und die anderen nicht einmal mehr einen Schatten werfen, ist, daß dieser Vorgang einer per Gesetz unterbundenen Verdrängung der Größeren, wo die Reichen wie übergroße Hennen auf eigenen und fremden Eiern brüten, anstatt auch andere, jüngere mit dem Kapital arbeiten zu lassen, nicht etwa etwas mit Evolution zu tun hat, wo der natürlich Stärkere den Vortritt hat, sondern mit dem genauen Gegenteil! Mit Starre! Anstatt daß junge, frische, neue, begabte Gene zur kreativen Entfaltung kommen, werden diese schwachen, weil noch jungen und nicht faulen Triebe schlicht durch Starre, weil Kapitalstarre, ja Starrsinn der älteren, die nichts abgeben wollen, unterdrückt, so lange bis restlos kein Trieb, kein Antrieb, mehr vorhanden ist – das Aus einer Weiterentwicklung der Gesellschaft. Das An eines Siechtums. Die erzwungene Faulheit des Nachwuchses, bis hin zur Fäulnis aller.

Das Natürliche an jener Verweigerung der Alten bzw. Großen ist, daß es ob der tierischen Abstammung des Menschen (vom Affen) „logisch“ ist, daß sie nichts freiwillig abgeben wollen. Denn das wollen ja Tiere auch nicht. Dieses ändert aber dennoch nichts daran, daß grundsätzlich die (weiterentwickelte) Jugend den Vortritt hat, quasi bei Fortschritt aus dem Elternhaus. Statt dessen aber nehmen sich die Alten, die im wahrsten Sinne einen Vorsprung durch Technik, aber nicht durch wahre Stärke

haben, alles bis dahin noch frei gewesene Land und sonstiges Kapital. Dagegen könnte nun theoretisch höchstens rohe Gewalt oder gewaltlose Übernahme der Jugend von ungenutztem Kapital, wie z.B. durch Hausbesetzung (s. Deutschland um 1970), antreten. Da nun aber eine zivile menschliche Gesellschaft auf Gewalt, zumal private Gewalt des einzelnen, verzichten will, hat die Jugend ein Problem: Sie geht vor die Tür und kann sich nicht bewegen! Um keinen Schritt! Zumindest nicht, ohne sofort Geld (Maut) dafür zu bezahlen. Und sie kann sich auch nicht wohnhaft niederlassen, zumindest nicht ohne Geld (Miete) dafür zu bezahlen. Und dieses ist unnatürlich! Denn ein Mensch wird nicht mit Geld geboren und hat dennoch seit der Geburt ein Recht auf Bewegung, auf Leben, auf Entfaltung und Niederlassung wie ein Schmetterling. Und auch ein Schmetterling möchte sich nicht mit Gewalt gegen andere entfalten müssen. Ein Schmetterling kann wegfliegen, wenn ihm die Gegend nicht gefällt; ein Mensch könnte höchstens auswandern, wenn ihm die Mieten an Ort und Stelle zu teuer sind. Was tun aber, wenn überall auf der Welt die gleichen „starren“ Verhältnisse im wahrsten Sinne „herrschen“? Zuhause bleiben bei der Mutter, bis diese gestorben ist, um ihrem Nachwuchs ein paar Tassen und Teller eines nicht mehr ganz vollständigen Geschirrs wie als erste Chance, als Startkapital, zur Teilnahme an der Wirtschaft zu hinterlassen?

Insbesondere dieser Umstand beweist und begründet die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Staates in seiner Funktion einer staatlichen Gewalt zur Umsetzung der Rechte der Allgemeinheit wie des einzelnen. Denn gegen einen starken alten „Bullen“ des Kapitals könnte sich ein jüngerer irgendwann, wenn die Zeit reif ist, durchsetzen, aber nicht gegen eine ganze Lobby. Die Lobby der Jugend und der nur körperlich Schwachen ist schlicht der Staat, der die gebündelte Kraft der Allgemeinheit, die zwecks dessen Steuern (für Gesetzgeber, Polizisten und Richter) zahlt,

repräsentiert. Der Staat hat im Grunde nur die Aufgabe, durch Staatsgewalt die natürlichen Rechte und Pflichten und berechtigten öffentlichen Interessen des einzelnen und der Allgemeinheit durchzusetzen und zu koordinieren, ohne daß also der einzelne persönliche „Naturgewalt“ anwenden müßte. Denn bei der Anwendung persönlicher Naturgewalt besteht immer irgendwo die Gefahr, daß jemand diese Gewalt überzieht und sich im wahrsten Sinne zu viel herausnimmt. Aber auch ein Staat könnte ja irren. Daher kann er letztlich zur gerechten Verteilung des Kapitals nur streng mathematisch vorgehen, indem er zunächst eine Vermessung des Landes (falls noch nicht geschehen) und sodann eine Volkszählung durchführte, völlig unabhängig davon, wie schwierig dieses auch immer sein mochte oder nicht. Es gibt keine höhere Priorität, keine Alternative. Denn es ist die absolute Grundvoraussetzung, der Grundstein, einer (gerechten) Bürgerstaatswirtschaft. Das Ergebnis der Vermessung (in m²) wird dann durch das Ergebnis der Volkszählung (in Bürger) geteilt, um zu wissen, wieviel m² Boden dem einzelnen (Bürger) in diesem Moment grundsätzlich zustanden bzw. zustehen. Sodann bietet er den Bürgern an, bei offizieller Anmeldung von Eigenbedarf ein bis dahin noch freies Grundstück in Normalgröße oder ggf. einen Teil eines von einem Großgrundbesitzer besetzten übergroßen Grundstücks kostenlos zu beziehen. Damit hätte der Staat grundsätzlich seine Pflicht zur Schaffung von Gerechtigkeit erfüllt, sodaß ihm niemand einen Vorwurf machen könnte. Wahrscheinlich würde nicht buchstäblich jeder Bürger jenes Angebot annehmen, weil ja schließlich auch eine gewisse Verantwortung (zur Erhaltung der ökologischen Unversehrtheit des Grundstücks) damit verbunden wäre. Dieses gab der Industrie, die wohl manchmal größere Böden benötigt, eine gewisse Chance. Wichtig ist eigentlich nur, daß kein Bürger jemals zurecht behaupten könnte, er würde aufgrund mangelnder „Eigenrechte“ zu irgendetwas (Unnatürlichem), wie z.B. zur abhängigen Arbeit oder gar zur Untätigkeit, gezwungen sein.

SYSTEMATISCHES:

Das Bürgerkapitalsystem

Zur Vermeidung also der Gefahr unziviler, ja unmenschlicher, weil unsozialer, Folgen insbesondere einer möglichen Monopolisierung der Wirtschaft durch spekulative Überfusion des Kapitals einerseits und Verarmung der Massen andererseits, wird an dieser Stelle die praktische (politische) Nutzung des im Folgenden beschriebenen Ausführungsbeispiels der Bürgerkapitalwirtschaft empfohlen, dessen Kern die konstruktive Installierung einer immer währenden Umlaufsicherung des Kapitals ist, das heißt des Boden- und Geldkapitals, sprich des wichtigsten Kapitals zum Zwecke einer Dienst- und Warenproduktion, an der so auch bisher relativ Unbeteiligte, wie z.B. Obdachlose, wieder mehr beteiligt werden können und sollen, aber per se weniger durch Zwang oder (vergebliche) Vermittlung einer abhängigen Arbeit bei einem Arbeitgeber, sondern tendenziell eher durch wirtschaftliche Gleichstellung mit einem Arbeitgeber.

Das meist aus der Not einer Besitzlosigkeit geborene Arbeitnehmertum soll nicht länger von indirekt wuchernden Arbeitgebern, die zu viel Leistung verlangen für (zu) wenig Lohn, früher Sklaverei genannt, ausgenutzt werden können. Vielmehr soll hier die Ursache dessen, sprich die Not der Besitzlosigkeit, durch Rehabilitation des „Bürgereigentums“ behoben werden. Jeder Bürger soll jederzeit zur nichtselbständigen Arbeit berechtigt, aber niemals gezwungen sein, im Prinzip wie einst in der freien Natur.

Genauer soll durch das „Bürgerkapital“ in Zusammenhang mit je einem „Bürgergrundstück“ jeder Bürger unabhängig sein und die, wenn auch kleine, Chance einer wirtschaftlichen wie mentalen Selbständigkeit haben, zur stärkeren Förderung insbesondere auch künstlerischer, sozialer wie wissenschaftlicher Arbeiten, die aufgrund einer schwierigeren Vermarktbarkeit nicht immer schon allein zur Bestreitung eines normalen Lebensunterhaltes

dienen, jedoch umso mehr einer kulturellen Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt, eingedenk unter anderem auch dessen, daß ja ohnehin heute bei zunehmender Automatisierung der materiellen Produktion nicht mehr alle Menschen zu jener Produktion benötigt werden – ein im Prinzip positiver Umstand, der einst überhaupt erst den Staatsdienst und heute zunehmend auch den freiwilligen „Kulturdienst“ möglich machte. Die heutige Wohlstandsarbeitslosigkeit muß nicht als Makel, sondern kann als Vorteil, ja sogar als Ziel einer humanen, zivilen Gesellschaft gesehen werden, weil sie frei macht für schönere Dinge als die Arbeit an einer Maschine wie eine Maschine. Das ist schlicht Ökonomie! Die noch erforderliche oder nachgefragte Arbeit von Menschenhand kann und soll sich durch Selbstorganisation der fähigsten Kräfte innerhalb möglichst weniger, kategorischer und nützlicher „Regeln des Spiels“ einer humanen Wirtschaft, wie der Bürgerkapitalwirtschaft, auf Basis einer Freiwilligkeit und Eigenmotivation, wie durch Lust auf (begrenzten) Zugewinn, wie von selbst und nicht durch Zwang verrichten.

Das Bürgerkapitalsystem regelt zu diesem Zweck sämtliche Rechtsbereiche (neu), sofern und soweit diese von den Prinzipien und Bedingungen der Bürgerkapitalidee tangiert werden und ihr gegenüber im Widerspruch zu stehen scheinen. Das Bürgerkapitalsystem betrachtet sich dabei jedoch nur als rundende Abgleichung und Harmonisierung (Neuordnung) des bereits angewandten Rechts mit dem allgemeinen geschriebenen oder ungeschriebenen Finanz- und Menschenrecht an sich. Es sieht sich als Verwirklichung aller berechtigten Forderungen der Allgemeinheit und des einzelnen an ein gerechtes, humanes, freiheitliches, lebenssicheres und die Lebensqualität aller ständig erhöhendes gesellschaftliches Gesamtsystem. Es will schlicht das halten, was die Politik seit ca. 10.000 Jahren verspricht, und steht daher per se nicht im Widerspruch zur aktuellen politischen Willensbildung, respektive zur Verfassung nach heutigem

Stand. Es plädiert in der Hauptsache für eine „Bürgerkapitalversicherung“, die durch eine „Geldsteuer“, d.h. eine Steuer direkt auf das Geldvermögen, finanziert ist, wodurch das Steuerwesen zu einer Umlaufsicherung des Kapitals und so auch der Waren wird, so wie eigentlich in einer Geldwirtschaft, wo der Warenkreislauf bei Sesshaftigkeit (sonst) sehr leicht ins Stocken geraten kann. Das Geld soll hier bewußt nicht nur als allgemeines Tausch-, sondern auch stringentes Verteilmittel benutzt werden, nach der Devise: Wer Geld erhält, wird auch Ware erhalten. Die Wirtschaft wird hier nur geduldet und anerkannt, wenn sie sich bewußt auch als Diener der Allgemeinheit und Mitversorger der Schwächeren begreift und akzeptiert, immer eingedenk dessen, daß ja auch die heute noch Starken irgendwann mal „plötzlich“ zu den Schwachen gehören könnten, die auf Hilfe anderer angewiesen sind. Das ist das Prinzip einer Versicherung, zumindest das der Bürgerkapitalversicherung, in die jeder immer durchschnittlich genau so viel Geld einzahlt wie er durch ihre permanente gleiche Leistung je Zeiteinheit zurück erhält. Dieser Vorgang hilft, Zeiten der Not oder auch „Schwäche“ unbeschadet zu überbrücken. Würde man in einer Gesellschaft, noch dazu in der „menschlichen“, den Schwächeren nicht helfen wollen, so ergab die Gesellschaft keinen Sinn und keinen Nutzen und man bräuchte auch keine Polizei und Medizin, die ja tendenziell immer den Schwächeren hilft und diese schützt gegenüber den Stärkeren. Die Starken sind eher eine Gefahr für die anderen, sofern ihre übermäßigen Energien nicht durch finanzielle, aber per Gesetz mit System bewußt begrenzte Anreize in kreative und erneuerbare Produktion und Lieferung für alle umgemünzt werden, im wahrsten Sinne. Daher herrscht in diesem System nicht ein König oder Kaiser, sondern schlicht „das Gesetz“, d.h. hier das „Bürgerkapitalgesetz“, bestehend aus dem „Ökometrischen Gesetz“ zur Sicherstellung einerseits eines allgemeinen ökologischen Reichtums sowie dem „Umlaufgesetz“ zur Sicherstellung über ein „Bürgergeld“ einer ökonomischen Mindestverteilung.

Im Wesentlichen enthält der Maßnahmenkatalog des Bürgerkapitalsystems die folgenden sechs Bestandteile, bestehend aus drei bodenrechtlichen und drei finanzrechtlichen, die theoretisch in nur sechs Tagen (Schritten) zu einem runden Ganzen verwirklicht werden könnten, unabhängig davon, inwieweit sie bereits in der Praxis umgesetzt waren oder nicht:

1. Der Bürgerstaatsvertrag

Gründung des Staates durch Schließung eines „Bürgerstaatsvertrages“ vor oder anhand einer Verfassung, einschließlich oder zuzüglich von Einzelgesetzen zur Regelung der Rechte und Pflichten der Bürger untereinander und gegenüber der Staatsgewalt und umgekehrt, beginnend bei der Anerkennung jedes Bürgers als unwiderruflichen Eigentümer je eines übertragbaren, aber nicht veräußerbaren mittelgroßen Grundstücks innerhalb des betreffenden Staatsterritoriums.

2. Der Große Garten

Erklärung von mindestens 50% jedes „Bürgergrundstücks“ und damit auch von mindestens 50% des Staatsgebietes insgesamt zum unbedingten reinen Naturschutzgebiet, unter vollständiger Umzäunung dieses möglichst zusammenhängenden Gebietes, namentlich als „Der Große Garten“.

3. Das Volksgelände

Erklärung von 25% jedes Bürgergrundstücks und damit auch des Staatsgebietes insgesamt zum öffentlichen Gelände, namentlich als das „Volksgelände“, außerhalb des Großen Gartens.

4. Die Geldmenge

Schöpfung einer bestimmten Geldmenge durch eine Notenbank und Grundwertdeckung dieses Geldes durch das Warenkapital aller und je des einzelnen auf dessen „Privatgrundstück“.

5. Die Umlaufsicherung

Erhebung seitens der Notenbank eines „Doppelten Leitzinses“, namentlich als „Geldsteuer“, jährlich jeweils von allen Inhabern des Geldes ohne Ansehen der Person und ohne Ausnahme bzw. von allen Geldvermögen zum Ende des Jahres in der Woche zwischen Weihnachten und Sylvester, dessen je 10%ige Einnahme grundsätzlich vollständig als „Kapitalertrag“ immer wieder anschließend dem Binnenumlauf, und zwar zur Hälfte zu je gleichen Teilen an alle Bürger einerseits und zum anderen Teil als Ausgabe der Haushaltskasse andererseits, zugeführt wird, um so eine Umlaufsicherung des Geldes von immer wenigstens 10% im Jahr zu gewährleisten, die immer wieder wenigstens zur Hälfte über die Hände der einheimischen Bürger geht, im Sinne einer sozialen wie wirtschaftlichen Rehabilitation der „Urheber“.

6. Das Bürgergeld und die Kapitalertragssteuer

Erhebung einer „Kapitalertragssteuer“ ausschließlich und stets in Höhe von 50% von dem stets sicheren Kapitalertrag durch die Geldsteuer, zwecks einer stets vollständigen und sicheren Finanzierung des staatlichen Haushaltes grundsätzlich allein von dieser Einnahme, jeweils nach Auszahlung an jeden Bürger aus der Staatskasse der anderen Hälfte des Kapitalertrages als ein jedem weiblichen wie männlichen Bürger im Sinne des Systems zur freien Verfügung stehendes „Bürgergeld“, völlig unabhängig etwaiger sonstiger Einkommen, Einnahmen und/oder bereits vorhandener Geld- und/oder Sachkapitalvermögen grundsätzlich beliebiger Größe, abgesehen vom Grund und Boden, auf dem quasi dieses Geld- oder „Warenkapital“ lagert.

Die Kurzbeschreibung

Nach der Philosophie der Bürgerkapitalwirtschaft ist es der einfachste, ehrlichste und authentischste Weg, die Bürger eines Planeten mit den von ihnen begehrten Gütern zu versorgen, ihnen die Möglichkeit zu geben oder zu lassen, sich selbst zu versorgen, wie just und seit je her aus der Natur, da ja grundsätzlich nichts anderes da ist als Natur, sofern und soweit diese nicht zerstört ist, was durch strenge Verbote und harte Bestrafung von Umweltzerstörung möglichst zu vermeiden sein sollte.

In der Theorie bzw. durchschnittlich gesehen, besteht jeder Hektar Land der Erde aus ein wenig Berg, ein wenig Wald, ein wenig See, ein wenig Feld usw.. Insofern könnte theoretisch jeder Bürger der Erde bei einer Bevölkerungsdichte von 100 Bürgern pro Quadratkilometer auf je einem Hektar Land sesshaft werden und alle zur Deckung seines Eigenbedarfs notwendigen Güter durch „Eigenarbeit“, natürliche selbständige Arbeit, selber herstellen, einschließlich sogar von Radios, Fernsehern und einem Haus drum herum, halt soweit das Know-how und die Motivation dazu reicht. Die erforderlichen Materialien finden sich jedenfalls – wie immer – auf oder in dem Boden. Und das Know-how zur Herstellung technischer Geräte entsteht bei entsprechendem Bedarf oder Interesse wie von allein, durch Probieren, Modifizieren, Verifizieren, also Entwickeln. Somit wäre das Problem mangelnder Arbeit oder Beschäftigung und mangelnder Entlohnung der Mühen grundsätzlich gelöst, und das sogar schon völlig ohne Geld. Denn wer sich selber ein Haus baut aus eigenen Rohstoffen vom eigenen Grundstück, braucht es selbstverständlich nicht zu bezahlen, es sei denn quasi mit seinem Schweiß.

Da nun aber in der Praxis weder jeder Hektar, noch jedes Land, noch jeder Kontinent von allen Stoffen und Rohstoffen der Erde die gleiche Quantität oder Qualität hat, bedarf es letztlich zu ei-

ner „Rundumversorgung“ jedes einzelnen und bei Sesshaftigkeit – wie heute praktisch überall – an den betreffenden „Sitz“ gebundenen Bürgers quasi mit dem Besten vom Besten einer weltweiten und gut funktionierenden Tauschwirtschaft über ein dazu geeignetes Geldsystem. Denn nur dazu braucht man ja eigentlich das Geld: zu einem besser funktionierenden Tauschen.

Um aber über Geld als ein Tauschmittel Waren tauschen zu können, muß erst einmal welches vorhanden und möglichst breit verteilt sein. Es nützt nichts, wenn Geld nur auf Banken liegt, wo nur Reiche herankommen. Deshalb händigt der Staat hier zunächst allen als solche anerkannten Bürgern je ein finanzielles Grundkapital in Höhe von 120.000 Einheiten ggf. eines neuen Geldes (vergleichbar dem Euro) in monatlichen Raten a´ 1.000 E. aus. Damit dann aber dieses Geld auch vom Ausland wertgeschätzt wird, ist es durch das jeweilige gesamte Warenkapital des Herkunftslandes des Geldes wertgedeckt, wobei aber am Schluß individuell abgerechnet würde. Bis zum (theoretischen) Schluß des Systems soll diese Kleinsubvention für jeden einheimischen Bürger als einmalige rückzahlbare „Warenhypothek“ zum Tauschen von Waren verwendet werden können, um so der von der Wirtschaft an sich angestrebten Spezialisierung des einzelnen auf nur je ein einziges Produkt oder Handwerk zum Zwecke letztlich einer Arbeitseinsparung Vorschub zu leisten. Auf dem Markt (Weltmarkt) kann dann so lange mit anderen Teilnehmern getauscht werden, bis jeder von allem ein Bißchen, quasi jeder seine kleine Oase (Haus mit Garten) hat, im Idealfall. Da aber durch die Gewinnsucht einiger notorischer „Halbtaucher“ auf dem Markt allzu große Ungleichmäßigkeiten in der Kapitalverteilung entstehen können, ob nun so oder so, sorgt in diesem System eine spezielle „Bürgerkapitalversicherung“ stets für eine allmähliche Rückführung und damit auch Rotation des Geldes als Umlaufsicherung des Kapitals an sich, sodaß Leistung sich – zum Wohle aller – immer wieder erneuern muß.

Der wesentliche Unterschied

Man könnte sagen; der wesentliche (entscheidende) Unterschied der „Bürgerkapitalwirtschaft“ im Vergleich zu den meisten und bekanntesten anderen Formen von Wirtschaft, wie z.B. und insbesondere zu der des Kapitalismus – so wie man ihn heute praktisch überall mindestens in der westlichen Welt vorfindet –, ist die für das Bürgerkapitalsystem signifikante Umlaufsicherung des Boden- und Geldkapitals, abgesehen einmal von dem zweiten großen Unterschied einer hier immer garantierten und konkreten Wertdeckung des Geldes durch das Warenkapital.

Die Umlaufsicherung des Geldes, die durch einen alljährlichen Umtauschzwang des Geldes in eine neue Jahresausgabe der gleichen Währung, beispielsweise je einer anderen Farbe der neuen (großen) Jahreszahl, gegen 10%ige Umtauschgebühr, namentlich als „Geldsteuer“ oder auch anders, und je anschließende Wiederausschüttung der Einnahme der Geldsteuer in die Steuerkasse einerseits und in die Hände der Bürger, namentlich vielleicht als „Bürgergeld“, andererseits bewerkstelligt werden soll, sofern es technisch keine andere oder bessere Möglichkeit dazu gibt, ist schlicht die logische Konsequenz und quasi das Gegengewicht zu dem (schwerwiegenden) Problem, daß es ohne eine Umlaufsicherung des Geldes zwar die freiwillige Möglichkeit, aber eben keine Sicherheit gibt, daß „reiche Leute“ ihr vieles (überschüssiges) Geld irgendwann einmal wieder dem Markt, d. h. dem aktiven Geldumlauf, zurück geben, wie insbesondere indem sie etwas kaufen, nachdem sie ja irgendwann einmal zuvor etwas verkauft haben. Und dazu sind sie ja nach dem bisher ungeschriebenen, aber dennoch im Prinzip gültigen „Naturgesetz“ der Marktwirtschaft, nämlich daß umgehend verkaufen muß, der gekauft hat, und umgehend kaufen muß, der verkauft hat, verpflichtet, um das Geld, das ja immer wieder neu als Tauschmittel von allen benötigt wird, in Bewegung, halt im Umlauf, zu

halten. Dieses Grundgesetz der Marktwirtschaft könnte man als das „Umlaufgesetz“ bezeichnen.

Eine Mißachtung dieses im Grunde ersten und wichtigsten wirtschaftlichen Gesetzes – wie heute überall im Kapitalismus Gang und Gebe – ist kein Kavaliersdelikt! Denn in einem äußerst extremen „Worst-Case“-Szenario könnte theoretisch eine einzige Firma, ja ein einziger Mensch es versuchen und auch erreichen, daß durch eine gewisse Form von Geldwäsche, heute fälschlicher Weise als „Wirtschaft“ bezeichnet, je nach Abzug aller Kosten, einschließlich der Steuern und Zinsen usw., schließlich und endlich „dennoch“ praktisch alles Geld in ihre bzw. seine private Tasche gelandet wäre. Und diese Theorie wird heute zusehends in graue Praxis umgesetzt. „Grau“ nicht nur deshalb, weil allein zum Zwecke eines Raubbaus an Natur und Kapital des einfachen Bürgers riesige, teils unbewohnte Trabantenstädte aus Beton aus dem Boden gestampft werden, sondern auch, weil andererseits die Bürger ob der immer höheren Mieten obdachlos werden und sich ob ihrer Armut nicht mehr konstruktiv an der Wirtschaft beteiligen können. Daher bedarf es einer Umlaufsicherung des Geld- und Bodenbesitzes, und daher kann nur ein regelmäßiger Zwang zum Umtausch des (Bar-) Geldes gegen steuerliche Gebühr für einen gewissen Mindestumlauf des Geldes sorgen, da man sonst nicht wirklich weiß, wer überhaupt noch Geld besitzt, weil alle behaupten, „insolvent“ zu sein, und nur bei manchen kann es zutreffen; denn Geld wirft niemand weg, und irgendjemand muß es besitzen, ob zurecht oder nicht. Nach dem „Umlaufgesetz“ ist es bereits Unrecht, mehr Geld als durchschnittlich je länger als ein Jahr in voller Höhe dem Markt, dem es entzogen wurde, vorzuenthalten. Denn bei einer quasi zentrifugalen Entfernung des Geldes vom „Binnenmarkt“ steht man vor dem Problem, daß die Leute wieder als Jäger und Sammler durch die Landen ziehen müßten, um sich zu ernähren. Denn die Wirtschaft, also Tauschwirtschaft, funktioniert nicht gut ohne Geld.

Der Grundsatz

Wie teuer ist das Leben?

Auch nach dem Modell der Bürgerkapitalwirtschaft hat niemand von Natur aus einen Rechtsanspruch auf Geld vom Staat, Ware aus dem Laden oder auf einen Arbeitsplatz bei einem Arbeitgeber, just da diese Dinge eigentlich, d.h. eben von Natur aus, gar nicht existieren, wie man es ja z.B. in der Tierwelt sehen kann. Die Tiere können selbst heute noch ohne Probleme völlig auf diese Dinge verzichten, weil die Natur, nicht ein Arbeitgeber, ihnen alles gibt, was sie zum Leben benötigen. Auch für sie wäre es eine Vertreibung aus dem Paradies, wenn jemand ihnen z.B. den kostenlosen Zutritt zum Wald verwehren und sie, statt dessen, zum Arbeitsamt schicken würde. Aber Tiere verweigern sich oder sterben einfach, wenn sie das Gefühl haben, zu etwas Unnatürlichem gezwungen zu sein. Auch der Mensch könnte auf so etwas wie Geld usw. theoretisch verzichten, wenn er – wie früher und im Prinzip wie die Tiere – allein durch freie Jagd in freier Natur seinen Unterhalt bestritt. Denn die normalen rohen Güter der Natur, wie z.B. wildwachsende Nahrungsmittel, metallische Rohstoffe oder auch schlicht Wohnraum unter freiem Himmel ohne Wände, sprich sozusagen der „Standard“ des Lebens, der normale Lebensstandard, sind für alle Erdenbürger, einschließlich der Menschen, ein Geschenk, ein Geschenk Gottes oder mindestens der Natur, und daher für jeden Erdenbürger völlig kostenlos. Dieses ist eine historische Tatsache, eingedenk auch dessen, daß es ja das Geld erst seit ein paar Tausend Jahren gibt. Selbst heute noch gibt es Menschengruppen, die vollkommen ohne Geld leben, und das sogar sehr gut, wenn nicht andere Menschen sie heuer in Versuchung führten, ebenfalls ausschließlich dem Geld, also letztlich den Geldgebern, zu dienen, die aber meist sogar für sehr gute, harte Dienste nur sehr wenig Geld geben, wenn überhaupt, geschweige denn pünktlich. Es werden einfach die Versprechungen, die „das Geld“ macht, viel-

fach nicht eingehalten, sodaß sich dieser Umweg über das Geld, genannt „Arbeit“, zumeist nicht lohnt, im wahrsten Sinne des Wortes, von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Welches Recht liegt zugrunde?

Ein „Zurück zur Natur“ quasi als freier Nomade innerhalb einer kleinen Nomadensippe, so wie ursprünglich und eigentlich, ist heute jedoch aufgrund der Sesshaftigkeit der meisten Menschen praktisch nicht mehr möglich. Dieser problematische Umstand, den ja erst die Moderne, wo doch angeblich so viel Wohlstand sei, verursacht hat, ändert jedoch nichts an dem nach wie vor bestehenden, wenn auch bisher noch ungeschriebenen, Recht jedes einzelnen auf freie Selbstversorgung aus der Natur, unabhängig zunächst von der Frage einer praktischen Umsetzung dieses natürlichen Urrechtes jeden Erdenbürgers, wie beispielsweise durch Auflösung der Sesshaftigkeit oder durch Entschädigung.

Wie ist die praktische Umsetzung heute?

Da jedoch die ursprüngliche Umsetzung dieses Naturrechts heute schier unmöglich erscheint, erkennt das Prinzip der Bürgerkapitalwirtschaft jenes Recht nicht als ein unbedingtes, sondern als ein theoretisches, d.h. als ein grundsätzliches Recht, an, mit der Rechtsfolge, daß jeder Bürger eines betreffenden Staates oder Staatenbundes bei offizieller Anmeldung von Eigenbedarf ohne Angabe von Gründen ein (von ihm) bestimmtes, durchschnittlich großes Grundstück innerhalb des betreffenden Staatsterritoriums im Sinne einer Entschädigung der verlorenen freien Selbstversorgung als sein persönliches Eigentum nutzen darf, wie prinzipiell nur zur Selbstversorgung durch Landwirtschaft zur Deckung des Eigenbedarfes, aber auch beliebig zu gewerblichen Zwecken, sodaß ökonomische Spezialisierung zur Arbeitserleichterung und damit auch Arbeitseinsparung möglich ist. Um ferner quasi gegen regionale Dürre, sprich gegen Ernteauffälle oder andere durch die „Standortstarre“ (Sesshaftigkeit) mögli-

che Benachteiligungen, wie z.B. auch gegen einen standortbedingten Mangel an (gleichwertigen) Rohstoffen, zu versichern, ist hier jeder Bürger immer automatisch Mitglied einer für das Bürgerkapitalsystem bezeichnenden Bürgerkapitalversicherung, die durch Gewährung einer immer währenden Grundsicherung des Einkommens hilft, Zeiten der Not zu überbrücken, ohne Frage nach wessen Schuld. Die mögliche Not durch regionale Dürre o. ä. ist heute insofern von den Betroffenen unverschuldet, als daß nicht sie, sondern ihre Vorfahren sich für eine Sesshaftwerdung entschieden haben, mit den auch damals schon gegebenen praktischen Risiken. Auch damals schon war eine Kapitalversicherung durch eine Umlaufsicherung eines öffentlichen, limitierten Geldes zwingend notwendig gewesen, um Folgen wie Deflation, die Dürre des Geldes, zu vermeiden. Eine bessere und gerechtere Verteilung des Geldes kann eine bessere und gerechtere Verteilung der in der Welt naturgemäß sehr ungleichmäßig verteilten Rohstoffe usw. quasi automatisch bewirken, da Händler der Rohstoffe erfahrungsgemäß geneigt sind, diese Ware, die ja eigentlich allen Menschen der Erde gehört, an sie zu verkaufen.

Welches neue Grundrecht muß geschrieben werden?

Es gilt nun, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben, indem das Recht auf Eigentum, also das Recht jedes Bürgers eines betreffenden Staates, der ihm mit gehört, auf eigenes gleiches Eigentum, sprich das Recht auf Bürgereigentum, möglichst mit in die Menschenrechtskonvention und die Verfassung je eines demokratischen Staates aufgenommen wird. Denn ein Staat, der nicht den Bürgern gehört, ist kein Staat, sondern ein Arbeitslager zur Ausbeutung der eigentlichen Eigentümer, zum Nutzen einiger weniger davon unrechtmäßig Profitierender. Der Staat an sich ist schlicht ein dem Allgemeinwohl dienender „Apparat“, der nicht mehr Geschenke verteilt, als der liebe Gott oder die Natur selbst. Das größte Geschenk Gottes an die Menschen ist schlicht die Erde mit all ihren Gütern für alle einzelnen Bürger.

Wem gehört die Erde?

Daher ist nach dem Modell der Bürgerkapitalwirtschaft jeder Menschenbürger der Erde, d.h. jeder menschliche Bürger eines Staates oder einer Staatengemeinschaft, kurz jeder Bürger, zeit Lebens dauerhaft und unwiderruflich Eigentümer seiner selbst und immer jeweils des durchschnittlichen Erdkapitals, bestehend grundsätzlich „nur“ aus einem durchschnittlich großen Stück des Grund und Bodens der Erde (des betreffenden Staates) samt allem, was sich just darin – theoretisch bis herab zum Mittelpunkt der Erde – und darauf – theoretisch bis hinauf zum Rand der Erdatmosphäre – befindet, einschließlich der Pflanzen und Tiere, prinzipiell ausgehend davon, daß allen Menschenbürgern alles Irdische als „Eigentum auf Widerruf“ gehört, was umgerechnet soviel bedeutet, daß jedem Bürger ein gleicher Anteil an dem Erdkapital oder auch dem Naturkapital der Erde als sein persönliches Bürgereigentum zusteht, zum Zwecke der Wahrnehmung eines natürlichen Rechtes auf freie, aber begrenzte Selbstversorgung aus der Natur, nach der Grundrechnung:

Natureigentum der Welt / Bürger der Welt = Bürgereigentum.

Was ist die natürliche Arbeit und der natürliche Lohn?

Dieses Bürgereigentum, also quasi das Weltnaturerbe pro Bürger, stellt hier den eigentlichen Arbeitsplatz dar, dessen Arbeit grundsätzlich „nur“ in einer landwirtschaftlichen Nutzung und dessen Lohn grundsätzlich nur in der Ernte der landwirtschaftlichen Nutzung des betreffenden Grundstücks besteht. Dieser natürliche Arbeitsplatz, auf den jeder Bürger einen natürlichen, d. h. kostenlosen, Anspruch wie durch Vererbung hat und welcher in jeder Hinsicht die Lebensgrundlage und die für einen gerechten und human produktiven marktwirtschaftlichen Wettbewerb durch Tausch möglichst hochwertiger, aber vor allem gleichwertiger Produkte der Arbeit mal Rohstoff notwendige grundsätzliche Unabhängigkeit des einzelnen darstellt, kann hier entweder

persönlich, wie durch Betreibung eines eigenen mittleren Bauernhofes, oder „unpersönlich“ genutzt werden, wie durch Vermietung oder Verpachtung. Ein Verkauf jedoch dieses auch für mögliche eigene oder allgemeine Nachkommen elementar lebenswichtigen Grundkapitals ist zum Selbstschutz der Bürger während der gesamten Dauer des Systems nicht möglich. Alle etwaig dahingehenden Verträge oder sonstigen Abkommen gelten von vornherein als ungültig. Denn mochte zwar das dafür erhaltene Geld in seiner Eigenschaft als fiktiver Gegenwert für Ware oder Güter scheinbar erheblich (gewesen) sein, so bestand aber durch einen unwiderruflichen Tausch (Kauf) von Boden gegen Geld die nicht unerhebliche Gefahr, entweder später nicht den Boden bei Bedarf wieder zurück kaufen zu können, weil der andere nicht verkaufen will, oder das Geld bis dahin durch Kauf von Verbrauchsware (zu) schnell verloren zu haben, da Verbrauchsware, wie z.B. Kartoffeln, mit der Zeit vergeht, während das Dauerkapital Geld in den Händen des anderen bestehen bleibt und (ohne Umlaufsicherung) nicht zurück fließt. Von dem Geld könnte der Bodenverkäufer nur eine endliche Menge Kartoffeln kaufen; von dem Boden aber hätte er (und seine Erben) unendliche Mengen von Kartoffeln o.ä. erhalten können.

Wie werden die Nachfahren vor Armut geschützt?

Daher kann nach Überzeugung dieses Systems je ein Grundstück immer nur verpachtet oder vermietet werden. Somit ist jeder Bürger immer mindestens Vermieter oder Verpächter seines eigenen Bodens und daher niemals arbeitslos, sondern sogar selbständiger Unternehmer, wenn man so will. Da grundsätzlich jeder Mensch wie auch je ein Tier und eine Pflanze Grund und Boden unter den „Füßen“ zum Leben benötigt, würde jemand, der sein ihm anteilmäßig zustehendes Grundstück verkaufte, sein Leben verkaufen und das seiner möglichen Nachfahren dazu. Ein solches muß zum Selbstschutz der lebenden und zum Schutz der nachkommenden Bürger verboten sein.

Wie darf Boden genutzt werden?

Das natürliche Nutzungsrecht jedes Individuums am Grund und Boden, sei es allgemein als Jäger und Sammler oder je als Kleinbauer auf bestimmtem Teilboden, ist das eigentliche Lebensrecht und kann daher nicht rechtens verkauft, sondern allenfalls vorübergehend und quasi auf jederzeitigen Widerruf übertragen werden, wie grundsätzlich möglichst gegen Gebühr oder dergleichen, wie an Privat oder eine staatliche „Treulandgesellschaft“ gegen Erhalt einer mtl. „Freipacht“. Auch die etwaige freiwillige Überlassung anderer der Nutzung seines Bodens gegen Pacht oder Miete oder auch unentgeltlich darf niemals unwiderruflich sein, da in einem Geldsystem, gleich welcher Art, niemals sicher sein kann, daß Bodenbesitzer den von ihnen besessenen Boden dann auch tatsächlich wirtschaftlich nutzen bzw. wieviel Ware man für sein Geld (von ihnen) bekommen kann und ob dieser Warenkorb dann auch in etwa dem natürlichen Ertrag eines normal großen, landwirtschaftlich genutzten Grundstücks entspricht, da zwar nach den Grundgesetzen der Marktwirtschaft die Höhe des regelmäßigen (durchschnittlichen) Einkommens eine maßgebliche Rolle bei der Preisbildung spielt, es aber den Wucher als Folge der Ausnutzung einer wirtschaftlichen Monopolstellung, wie durch zu viel Boden und Geld, allein dadurch noch nicht ausschließen kann. Im Zweifel muß also ein Zurück auf seinen eigenen Boden jedem Bürger jederzeit möglich sein. Nur die ständige Option einer eigenen Arbeit, der Eigenarbeit, auf dem eigenen Felde kann Angebot und Nachfrage von Arbeit und von Waren auf dem allgemeinen Markt von Grund auf regulieren. Bei Fehlen dieser natürlichen Option sind die davon betroffenen Bürger automatisch gezwungen, eine nichtselbständige Arbeit bei einem Arbeitgeber, d.h. just bei einem anderen Bürger, der seinerseits im Besitz von Kapital ist, wodurch auch immer, anzunehmen, ob sie wollen oder nicht. Dieser unnatürliche, künstliche Arbeitszwang, der einen Bürger über einen anderen oder gar über viele andere stellt, wie die Steine einer Pyramide,

untergräbt nicht nur die natürliche Umwelt, sondern obendrein und noch viel mehr die Würde und den freien Willen des Menschen und hat nichts mit einem fairen Wettbewerb zu tun, sondern stempelt gleichwertige Menschen gegenüber einigen wenigen zu „Untertanen“ und führt so schließlich zu dem, was nicht einmal „Raubtiere“ kennen und was bereits zu Beginn der modernen Steinzeit (siehe steinerne Mauern, Türme und Hochhäuser) zu Ausbeutung, Hunger, Tod und Elend für viele, statt zu allgemeinem Wohlstand, geführt hat, sprich zum Sklaventum, d. h. praktisch zum unfreiwilligen Arbeitnehmertum gegen einen Hungerlohn. Das Sklaventum aber ist ungerecht, weil Erpressung! Denn die Not derjenigen, die sich aus unverschuldeter Besitz- oder Rechtlosigkeit nicht mehr selbst aus der Natur versorgen können, kann nunmehr von anderen, den Besitzenden, ausgenutzt werden, was nichts mit freier Marktwirtschaft zu tun hat, sondern nur mit Nötigung, wie mit Lohndumping auf der einen und Preiswucher der Waren auf der anderen Seite. Daher, und um diese Druckwelle einer sonst möglichen Monopolwirtschaft bereits im Ansatz zu durchbrechen, soll nach dem Modell der Bürgerkapitalwirtschaft jeder Bürger auf seinen Wunsch Eigenbedarf an einem mittleren, d.h. durchschnittlich großen, Grundstück innerhalb des Staates, dessen Bürger er oder sie ist, anmelden und auch bewilligt bekommen können, um diesen eigenen Boden dann auch selber als Besitzer nutzen zu können, sprich um grundsätzlich nicht auf Arbeit bei einem Arbeitgeber oder auf Ware aus dem Laden angewiesen zu sein, oder um sogar selber Arbeitgeber werden zu können, wenn auch auf kleiner (mittlerer) Ebene. Denn es wird wohl immer Menschen geben, wie vor allem noch jüngere, die freiwillig und gerne nichtselbständige Arbeit ausführen, wenn diese nicht zu schlecht bezahlt wird, um dabei Kunst und Handwerk zu erlernen. Daher ist in dem Bürgerkapitalsystem das für das marktwirtschaftliche Gleichgewicht grundsätzlich gefährliche Arbeitnehmertum, welches die Marktstellung eines Unternehmers unnatürlich verstärkt, wie ge-

genüber ganz allein arbeitenden Selbständigen, nicht unbedingt verboten, d.h. solange es tatsächlich freiwillig passiert, d.h. solange jeder die tatsächliche Möglichkeit hat, „auszusteigen“, also (ohne Not) zu kündigen, wenn ihm „plötzlich“ die Bedingungen, Konditionen oder sonstigen Umstände der Arbeit bei einem Arbeitgeber quasi weniger lohnend erscheinen als die natürliche Eigenarbeit auf dem eigenen Felde. Das eigene Feld soll hier immer als eine Art Rückversicherung für den Fall der Not oder der „Nötigung“ dienen. Nur wenn jeder einzelne Bürger bei Bedarf auf sein eigenes kleines Grundstück ziehen könnte, nicht müsste, könnte auch kein Wohnungsvermieter je anfangen, zu übertreiben, sondern ist, wenn er Geld verdienen will, gezwungen, ein vernünftiges Angebot von guter Leistung für wenig Geld zu machen, was dann auch andere Anbieter auf dem Markt betrifft, wie z.B. von Nahrungsmitteln usw., usw.. Denn ein allumfassendes Monopol wäre auf diese Weise ausgeschlossen.

Wie lange und wie weit gelten ältere Rechte?

Ältere Rechte bisheriger Inhaber von im Verhältnis übergroßen Grundstücken können hier (beim besten Willen) stets nur so lange bestehen bleiben, wie kein Eigenbedarf daran von ansonsten bodenlosen anderen Bürgern des gleichen Staates angemeldet wurde, wobei aber in solchen Fällen grundsätzlich immer zuerst bis dahin noch freies Land, „Freiland“, des „Privatgeländes“ innerhalb des betreffenden Staates oder Staatenbundes ausgeschöpft worden sein müsste, um einen Anspruch auf persönliche Nutzung per Eigenbedarf an einem schon besetzten Grundstück des privaten Teils des Staatsgebietes zu rechtfertigen. Liegt dieser Fall vor, weil innerhalb des Privatgeländes bereits aller Boden von (einem) anderen besetzt ist, weil mindestens ein Grundstück „Übergröße“ hat, so kann ein „neuer Bürger“ bzw. ein Bürger, der gerade kein „Privatgrundstück“ inne hat, Eigenbedarf daran (nur) bei demjenigen Grundbesitzer anmelden, dessen Grundstück just die meiste Übergröße hat. Der „angefragte“

Großgrundbesitzer, dessen Grundstück Übergröße im Vergleich zu einem „Normalgrundstück“, einem Grundstück von normaler, durchschnittlicher Größe, hat, muß dann auch dann Land von seinem Grundstück an den „Anfrager“, den Anmelde- oder Eigenbedarf, abtreten, wenn diese Übergröße – trotz allem – nur sehr gering sein sollte. In diesem Fall muß aber der Gerechtigkeit halber nur maximal die Hälfte des Grundstücks abgegeben werden, niemals aber dabei mehr Land als was die Größe eines aktuellen „Privatgrundstücks“ gerade ausmacht. Die Größe des aktuellen Privatgrundstücks, kurz des Privatgrundstücks, ergibt sich hier immer aus der Größe des Normalgrundstücks, geteilt durch vier (Teile). Die Größe des Normalgrundstücks in m² ergibt sich seinerseits immer aus der Fläche des Staatsgebietes in m², geteilt durch die aktuelle Anzahl der Bürger im Sinne des Systems. Die Zählung durch Meldepflicht der Bürger soll möglichst monatlich aktualisiert werden. Wer sich als gültiger Bürger nicht gemeldet hätte, hätte während dieser Zeit just keinen Anspruch auf private Nutzung eines Grundstücks und Bürgergeldes, was kaum jemand riskieren würde. Liegt jener Fall nicht vor, weil noch innerhalb des Privatgeländes (mindestens 5%) Boden frei ist, so muß der angefragte „Großgrundbesitzer“ kein Land von seinem Boden an den Anfrager abtreten, es sei denn, wenn es sich bei jenem Freiland nicht überwiegend um Bauland im Sinne dieses Systems handelt und wenn es sich bei dem angefragten, aber besetzten Grundstück überwiegend um Bauland handelt. „Überwiegend“ bedeutet hier „zu mehr als 50%“. „Bauland“ bedeutet hier grundsätzlich „zum Haus- und Ackerbau geeignetes Land“. Grundsätzlich soll aber der Staat hier bemüht sein, dafür zu sorgen, daß es sich bei dem Boden innerhalb des Privatgeländes durchweg um gleichwertiges Bauland handelt, indem quasi alles andere Land zuvor dem „Großen Garten“ oder dem „Volksgelände“ zugeteilt wurde. Mindestens 50% des Privatgeländes soll ausgewiesenermaßen auch für laute oder riechende gewerbliche Nutzung zur Verfügung stehen.

Wieviel Boden darf privat genutzt werden?

Was die Nutzung der Grundstücke betrifft, so darf hier jeweils von einem Normalgrundstück nur ein Viertel der Fläche privat genutzt werden, da je zwei Viertel einem großen Naturschutzgebiet, namentlich dem „Großen Garten“, und je ein Viertel dem Staat für das „Volksgelände“ dienen sollen. Somit verbleibt je für den „Privatbürger im Bürger“ nur ein anteilsgleiches „Privatgrundstück“ auf dem „Privatgelände“. Bei der Vergabe von Boden zur persönlichen gewerblichen oder nur wohnlichen Nutzung an Bürger, die Eigenbedarf daran angemeldet hätten, geht es dann also nur noch um die (aktuelle) Größe eines Privatgrundstücks, kurz um das Privatgrundstück. Das Privatgrundstück (in m²) ergibt sich rechnerisch immer aus dem Staatsgebiet (in m²) geteilt durch 4 und anschließend geteilt durch die aktuelle Anzahl der Bürger, gemäß der Rechnung in der Übersicht:

$$\text{Privatgrundstück} = (\text{Staatsgebiet} / 4) / \text{Anzahl Bürger.}$$

Wie teilt man sich den Boden?

Mit anderen Worten: Hat nach dieser o. g. Rechnung ein von Privat besessenes Grundstück Übergröße, wie z.B. just durch zwischenzeitliche Zunahme der Anzahl der Bürger, quasi durch Zunahme der Bevölkerungsdichte, so müßte der betreffende Besitzer nach dem soeben beschriebenen Prinzip des Eigenbedarfsbodenrechtes oder kürzer des „Bürgerbodenrechtes“ schlimmstenfalls die Hälfte des Bodens, dabei aber niemals mehr als was ein aktuelles Privatgrundstück gerade ausmacht, an einen Antragsteller auf Eigenbedarf abtreten. Dieses gerechte Verfahren eines gegenseitigen und nicht – wie heute – einseitigen Ausweichens stellt quasi einen Ersatz des ursprünglichen natürlichen Bodenrechtes dar, wo je zwei Erdenbürger sich bei Annäherung auf dem gleichen Platz im Idealfalle je zur Hälfte ausgewichen sind, um unnötigen Streit zu vermeiden, quasi für den Fall, daß nirgendwo anders mehr in der näheren Umgebung oder sogar

überhaupt noch Platz frei war. In der Natur bzw. in der (alten) tierischen Welt sollte wohl die Macht des Stärkeren entscheiden; in der neuen zivilen Welt jedoch die Macht der Vernunft durch Gerechtigkeit. Denn für die Selektion ist in der neuen humanen, menschlichen Welt ausschließlich die Liebe, sprich die Auswahl durch die Frauen, und nicht der „Haß“, die rohe egoistische Gewalt, zuständig. Die Auswahlkriterien in bezug auf die „Stärke“ eines männlichen Wesens sind schon lange nicht mehr nur dessen Muskeln. Denn um sich in der friedlichen Welt einer für alle reichhaltigen Natur nebeneinander und nicht über- und untereinander zu behaupten, bedarf es in dem Sinne keiner Muskeln, keiner Gewalt, wie es insbesondere vegetarisch lebende Tiere beweisen. Es bedarf allenfalls einer gewissen Widerstandsfähigkeit gegen natürliche Gewalten und im Zweifel auch einer natürlichen oder notfalls künstlichen, bewußten Geburtenkontrolle, um nicht letztlich eine durch zu große Enge bewirkte krieglerische Populationskontrolle, sei's durch Staats-, Bürger- oder Handelskriege, zu provozieren. Der Mensch hat die Wahl, welche Art von Populationskontrolle er letztlich für humaner, menschlicher oder schlicht sinnvoller hält, immer eingedenk auch dessen, daß ja selbst der stärkste „Hirsch“ bei einem Gerangel um den besten Platz zur Paarung o.ä. sehr leicht mal eben ein Auge verlieren könnte. Daher wäre theoretisch auch den Tieren mit einem (funktionierenden) Rechtsstaat, wo private Willkür und Selbstjustiz zum Schutze aller Seiten durch Recht und Gesetz, insbesondere hinsichtlich eines gerechten Teilens miteinander, unterbunden wäre, gedient. Der Vorrang der „Stärkeren“ gegenüber den „Schwächeren“ könnte auch dort – wie bei den Menschen – mehr durch Austragung sportlicher Wettkämpfe „gegen die Uhr“, statt (frontal) gegen seinesgleichen, ermittelt werden, wenn überhaupt. Eine etwaige Populationskontrolle durch gegenseitige Tötung im Ring, wie z.B. einst in den antiken römischen Amphitheatern, ist (wäre) ein Relikt des Carbon und Jura, wo es – nach Auffassung von Paläontologen und der jüng-

sten Genforschung und auch nach der Bibel – noch keine „natürliche“ (genetische) Alters- oder Wachstumsbeschränkung gegeben hat und quasi nur der „Haß“, die tödliche Gewalt gegen seinesgleichen, einer zunehmenden Enge durch Überbevölkerung Einhalt gebieten konnte. Die Endstation dieser alten barbarischen Welt muß – aller höchster Vermutung nach – eine Art Hölle auf Erden gewesen sein, wo kaum ein Individuum noch unverletzt und schmerzfrei herumlaufen konnte, außer vielleicht manche der gerade eben erst aus den Eiern dieser Riesenechsen usw. geschlüpften Dinobabys, die ihre Eltern nicht kannten, und umgekehrt – die Apokalypse einer unmenschlichen Welt.

Wie kann die Population human begrenzt werden?

Daher und aus der Tatsache dessen, daß die „sexuelle Enthaltsamkeit“ sowohl von der Kirche gepredigt wird, als auch als die humanste, weil unter dem Strich schmerzfreieste Möglichkeit einer Populationskontrolle angesehen werden kann, empfiehlt das Bürgerkapitalsystem hier eine immerwährende „Zeugungskontrolle“, die möglichst für eine Population von nicht mehr als 100 Bürgern pro Quadratkilometer Fläche des betreffenden Staatsgebietes bzw. der Erde insgesamt, die Meere nicht mitgerechnet, sorgen soll. Diese Zeugungskontrolle soll nicht durch staatliche Kameras in Wohncontainern, sondern schlicht durch bei immer höherer Bevölkerungsdichte immer höhere Geldbußen diejenigen bestrafen, die bei „Babyalarm“ ab 100Bürger/km² ein Kind bzw. ein Kind zu viel, ein „Mehrbaby“, gezeugt hätten, was ja irgendwann unweigerlich ans Tageslicht kommen würde, sodaß tendenziell nur reichere Leute sich noch ein leibliches, anstatt ein adoptiertes, Kind leisten könnten, bis zu dem Moment allerdings, wo grundsätzlich ab einer Dichte von 150B/km² auch für sie ein weiteres eigenes Baby praktisch unbezahlbar wertvoll (Gebühren mögl. nach Tabelle) sein sollte, quasi ganz nach dem Leistungsprinzip der Evolution, wenn man so will, da so – in diesem Sonderfall – leistungsschwächere Vertreter der mensch-

lichen Gattung zwar nicht vorzeitig „im Kampf“ wie unter Tieren starben, aber über die Jahrhunderte allmählich aussterben würden, da sie sich tendenziell weniger häufig fortpflanzen würden, quasi nach dem zweiten, dem Prinzip der „Humanevolution“, wenn man so will. Denn die ärmeren „Babysünder“ müßten notfalls ihre Strafe im Gefängnis absitzen, wo sie sich während dieser Zeit nicht weiter fortpflanzen können (sollen), durch (strikte) örtliche Trennung vom anderen Geschlecht. Die betroffenen Babysünder sollen aber optional, statt einer Gefängnis- oder Geldstrafe, auch eine Sterilisation oder – ähnlich wie hier auch illegale oder straffällig gewordene Einwanderer (Bürger auf Widerruf) – Auswanderung wählen können, was genau wie die Gefängnis- oder Geldstrafe stets beide Elternteile betreffen soll, sodaß stets von beiden Seiten mehr Verantwortung für eine Zeugung bzw. Verhütung von neuem Leben in möglichem Elend durch Überbevölkerung (rechtzeitig) übernommen wird. Zwecks einer Verhütung ist es nach diesem System nicht verboten, Kondome zu verwenden oder andere adäquate Wege der Verhütung zu beschreiten. Die Sexualität soll jedenfalls nicht durch unnötiges Verbot seriöser, nicht gesundheitsschädlicher Verhütungsmittel künstlich unterdrückt werden. Was im übrigen angeheiratete oder auch nur „eingelaufene“ Einwanderer betrifft, so gelten diese hier in Zeiten von Babyalarm als illegale Babys und müßten sich „verdünnisieren“, werden nicht als Bürger anerkannt.

Wie ist es mit Abtreibung?

In diesem Zusammenhang ist es hier dann natürlich verboten, ein einmal gezeugtes Baby abzutreiben, geschweige denn dieses irgendwann nach der Geburt zu vernachlässigen, wie durch Vorenthalten von Nahrung, Kleidung und Wärme, oder gar direkt zu töten. Letzteres wäre dann – wie immer – schlicht Mord und würde entsprechend (zusätzlich) bestraft. Den einmal gezeugten Kindern dieser Welt soll also kein Haar durch andere Menschen, wie auch nicht durch die eigenen Eltern, gekrümmt werden.

Wieviel Boden verbleibt für jeden Bürger?

Bei erwachsenen Menschenkindern soll ein solches hier grundsätzlich dadurch verhindert werden, daß man ihnen durch das Bürgerbodenrecht die konkrete grundsätzliche Möglichkeit gibt, sich durch Eigenarbeit frei auf einem eigenen Grundstück selbst zu versorgen. Dazu darf dieses selbstverständlich nicht zu klein sein. Bei 100 Bürgern pro Quadratkilometer jedoch umfaßte je ein Privatgrundstück immerhin 2.500 m², das ist ein Viertel von einem Hektar von 10.000 m², und 10.000 m² sind 1/100 von 1 Mio. m² = 1 Quadratkilometer. Nach Schätzungen von Fachleuten aus aller Welt genügen grundsätzlich 2.500 m² Fläche von normal fruchtbarem Boden aus, um bei geschickter Ausnutzung des Platzes völlig autark leben zu können, was sich auf den reinen Nahrungs- und Wohnungsmittelbedarf, quasi „nur“ auf Kost und Logis, also abgesehen von möglichen Ausflügen (wie z.B. in den Großen Garten), je einer natürlichen Person, d.h. je eines erwachsenen Menschen samt eines Kindes, bezieht.

Wie knapp kann kalkuliert werden?

Zwar behaupten manche, es sei sogar bereits weniger Fläche als ein Morgen für Kost und Logis für je einen Bürger (mit je einem Kind) ausreichend; jedoch will das Bürgerkapitalsystem bewußt keinen Streß durch allzu knappe Kalkulation und allzu hohe Risiken für die betreffende Bevölkerung zeugen, auch dann nicht, wenn z.B. durch ein Zusammen- oder gar Übereinanderlegen mehrerer Felder oder durch Anwendung einer scheinbar noch so hypereffektiven Gentechnik o.ä. im Verhältnis mehr Ertrag, mehr Ernte, erzielt werden könnte. Denn ganz grundsätzlich geht dieses System immer von dem denkbar „schlechtesten“, quasi dem „Notfall“ aus, wo jeder einzelne Bürger – ob Mann oder Frau – samt quasi je eines Kindes oder quasi bei Ehe als Kleinfamilie mit zwei Kindern auch schon aus gesundheitlichen Gründen völlig autark und allein auf einem eigenen (bei Ehe doppelten) Grundstück wie auf einer eigenen Insel leben moch-

te, quasi nach dem „Insulanerprinzip“. Was sich dann aus dieser theoretischen Ursituation einer „Nichtwirtschaft“ ganz von allein und freiwillig ergab, soll hier den stets gleichberechtigten Bürgern innerhalb nur weniger, aber dafür sehr konkreter Regeln wie als „Leitplanken“ einer breiten, aber nicht zu breiten Straße in Richtung einer zu Arbeitseinsparung, aber nicht zu Armut und allzu fortschrittlichem Irrsinn führenden arbeitsteiligen Marktwirtschaft selbst überlassen sein, im Prinzip völlig ohne den Eingriff des Staates, abgesehen von einer adäquaten Steuererhebung zur Entlohnung einiger Beamter, welche just die Einhaltung dieser Regeln kontrollieren, etwaigen notwendigen Straßenbau u.ä. koordinieren und den inneren Frieden auch nach außen so gut es geht sichern, weiter eigentlich nichts.

Wie kann Grundinhaberschaft übertragen werden?

Die bloße Inhaberschaft, d.h. hier die Habe des persönlichen Nutzungsrechtes und der Verantwortung für die Unversehrtheit, laut Eintragung im Grundbuch beim Grundbuchamt, je eines bestimmten Grundstücks, kann von den Bürgern und vom Staat, der in Addition des Volksgeländes und des Großen Gartens unter seiner Obhut und Verantwortung insgesamt maximal 75% des Staatsgebietes innehat, nach Belieben übertragen werden, wobei aber der Staat grundsätzlich Vorrang hat und die Übertragung der Inhaberschaft je eines Grundstücks an ihn ggf. gerichtlich einfordern kann, während Privatleute untereinander auf gleicher Höhe stehen und nur auf Basis einer gegenseitigen Freiwilligkeit Grundinhaberschaft übertragen können, wie z.B. nach Belieben gegen billige oder teure Ablösesummen, während der Staat grundsätzlich keine Entschädigungen zahlen muß, sondern allenfalls eine Art Schutzgebühr gegen den Fall von Machtmißbrauch seinerseits, vorzugsweise je pauschal in einfacher Höhe des amtlichen Grundwertes des betreffenden Grundstücks, gemessen an der Größe in m² mal dem Grundwert je Quadratmeter, zuzüglich einer bei Klage vom Gericht verfüigten Entschädi-

gung für Häuser oder Anlagen, die vor dem Beginn des Bürgerkapitalsystems fertiggestellt waren. Diese an den betroffenen Bürger ggf. zu zahlende private oder staatliche Übernahmegebühr ist jedoch nur Entschädigung und stellt keinen Kauf des Grundstücks dar, allenfalls quasi einen Kauf des oder der darauf befindlichen Häuser oder sonstigen Bauten oder Gerätschaften. Was letzteres betrifft, so gilt hier bei entgeltlicher oder auch unentgeltlicher Übernahme eines Grundstücks aller möglicher Sachwert auf diesem Grundstück automatisch als Eigentum des neuen Grundinhabers, unabhängig davon, ob dafür ein Kaufpreis gezahlt oder vereinbart wurde oder nicht. Die Devise dazu lautet hier: Wer keinen Kaufvertrag mit einem neuen Inhaber geschlossen hat, weil nicht beide Seiten daran interessiert waren, und dennoch seine Häuser oder sonstigen Dinge auf dem von ihm verlassenen Grundstück hinterlassen und nicht noch vor der Übernahme des Grundstücks abgerissen oder abgeräumt hat, der hat sie dem neuen Grundinhaber geschenkt. Dieses Geschenk gilt als angenommen, wenn der neue Grundinhaber es nicht innerhalb eines halben Jahres seit Antritt dieser Inhaberschaft hat räumen lassen. Die Kosten für diese Räumung übernimmt der Staat zu Lasten des Vorinhabers des Grundstücks, wenn der Neuinhaber die Räumung durch den Staat innerhalb des betreffenden halben Jahres offiziell beantragt hat. Nach Ablauf dieser Zeit würden jene Kosten zu Lasten des Neuinhabers gehen. Ist kein Neuinhaber vorhanden und sind dennoch auf einem verlassenen Grundstück, das der Staat nicht selber übernehmen will, wie z.B. für das Volksgelände, Dinge wie Häuser oder auch (sonstiger) Müll hinterlassen worden – es könnten auch leerstehende Wolkenkratzer oder stillgelegte Bohrtürme usw. sein –, so hat der Staat hier die Pflicht, diese offenbar nutzlosen oder nicht begehrten Dinge restlos zu räumen und zu verschrotten, sofern er sie nicht irgendwo auf seinem Gebiet gebrauchen kann. Die Kosten für diese Räumung und Verschrottung hat der Vorinhaber zu tragen, wenn der Staat diese Maßnahme innerhalb

eines Jahres seit Freigabe des Grundstücks dem Vorinhaber bekannt gegeben und auch sichtbar eingeleitet hat. Soweit der betroffene Vorinhaber diese Kosten nicht sofort bezahlen kann, wird diese Forderung als zu stundende Schuld angeschrieben. Mit anderen Worten: Die Leute sollen nicht ohne das persönliche Risiko einer möglichen späteren Räumung auf eigene Kosten irgendwelche unnatürlichen Dinge, wie insbesondere bautechnische „Immobilien“, in die Landschaft setzen, quasi nur um die Landschaft zu verschandeln und andere faktisch zu zwingen, einen großen Bogen um dieses Gebiet zu ziehen, für den Fall, daß diese weder in der Lage, noch daran interessiert wären, horrend Kaufpreise für diesen Schrott zu bezahlen, nur um überhaupt auf dieses Grundstück zu gelangen. Auch nur eine Form von Erpressung. Nein, diese Häuser und Anlagen einer Massivbauweise sollen nicht – wie heute – zur Blockade eines möglichst flexiblen Bodenrechts – wie ursprünglich – werden.

Was kann gebaut werden?

Aus diesem Grund unterstützt das Bürgerkapitalsystem nicht die private Massivbauweise, wie mit Stein, Stahl, Beton und Keller usw., jedoch ohne Verbot dessen, aber halt auf eigenes Risiko einer kurzfristigen Räumung. Vielmehr empfiehlt dieses System hingegen die Leichtbauweise, wie den Bau von leichten Fertighäusern, die in der Hauptsache z.B. aus Preßspanplatten aus Holz von losen heruntergefallenen Ästen und Zweigen oder von privat gezüchteten Bäumen bestehen. Dieses bedeutet dann natürlich, daß diese Häuser nicht sehr groß sein können und halt auch nicht sollen. Der normale Privatbürger braucht sich hier nicht mit dicken Mauern und eigenen Waffen, sondern ausschließlich mit einer gut bezahlten und ausgerüsteten Polizei und einer vernünftigen friedlichen Außenpolitik zu schützen, die per se keine Angriffskriege ausführt oder unterstützt, sondern im Streitfalle nur die Selbstverteidigung pflegt, wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Stellen diesbezüglich z.B. irgendwelche

bestehenden Verträge eine Blockade zur inneren Ausführung des Bürgerkapitalsystems dar, so müßten diese im Zweifel aufgekündigt werden. Denn um bestehende Probleme zu lösen, bedarf es schlicht neuer oder keiner Verträge (mit anderen) und neuer Einsichten, bis zu dem Tage, wo möglichst alle die gleichen ratsamen, weil nützlichen Einsichten haben. Was die Einsicht in den Nutzen der Leichtbauweise betrifft, so soll zumindest auf dem Privatboden jeder Grundinhaber selbst über die Gestaltung eines etwaigen neu zu bauenden Hauses völlig frei entscheiden können, auch auf die „Gefahr“ hin, daß Anwohner oder Passanten sich von dem betreffenden Anblick abgestoßen oder gar verschreckt fühlen könnten. Denn es sollen nicht bautechnische oder bauoptische Vorschriften als Blockade einer freien Lebensgestaltung dienen können, soweit diese nicht regelrecht kriminell ist. Es wird hier just davon ausgegangen, daß der private Ehrgeiz zum Bau eines möglichst schönen Hauses größer ist als der zum Bau eines möglichst häßlichen. Aus Sicherheitsgründen dürfen aber die privaten, nicht von staatlich lizenzierten Baufirmen gebauten Häuser nicht mehr als das Erdgeschoß plus ein Stockwerk plus ein Dachboden beinhalten. Was Häuser auf dem Volksgelände oder gar (für Förster und Wildhüter) im Großen Garten betrifft, so sollen diese ausschließlich von „offiziellen“ Baufirmen aufgestellt werden und können u.U. auch massiv sein. Um die kritischen Augen von Touristen zu befriedigen, kann der Staat auf seinem Gelände die herrlichsten Bauten errichten lassen, sofern und soweit der Wähler dieses durch sein Votum und seine Steuerzahlung zu tragen bereit ist. Die Steuerzahlung kann er hier jedoch nicht verweigern, da sie quasi automatisch passiert, jedoch könnte er eine weniger verschwenderische Partei bzw. Staatsführung wählen.

Welcher Anspruch ist sicher?

Der Schutz der Bürger vor möglicher Willkür oder möglichem Machtmißbrauch des Staates soll hier jedoch vor allem darin be-

stehen, daß das vorgeschlagene Bürgerbodenrecht und Bürgerkapitalrecht insgesamt als unverrückbares (verfassungsmäßiges) Grundrecht galt, also grundsätzlich unabhängig der sich abwechselnden Parteien oder Präsidenten und derer politischen Kleinkriege. Demnach bleibt jedem Bürger immer mindestens das Eigentum an einem grundsätzlich beliebigen (gleichen) Teil des Gesamtgebietes des Staates dauerhaft erhalten, wodurch jedem Bürger der quasi jederzeitige kostenlose Anspruch auf persönliche Nutzung eines (von ihm) bestimmten (neuen oder alten) Grundstücks irgendwo innerhalb des Staatsgebietes, jedoch außerhalb des Großen Gartens und des Volksgeländes, bliebe.

Was kostet die Welt?

Mochte der Inhaber eines normal großen, aber möglicherweise besonders wertvollen, quasi unersetzbaren, Grundstücks zwar innerhalb des Staatsgebietes umziehen, jedoch Inhaber des betreffenden Grundstücks bleiben, so kann er auch nach Belieben, statt einer eigenen privaten oder wirtschaftlichen Nutzung, diesen Boden an natürliche oder juristische Personen (z.B. Firmen, Gesellschaften o.ä.) einstweilen vermieten, solange nicht der Staat dieses Gebiet für seine höheren Zwecke beansprucht. Zu seinem Selbstschutz dürfen hier aber entsprechende Miet- oder Pachtverträge keine längere Grundlaufzeit haben als maximal 4 Jahre. Der betreffende Vertrag müßte dann rechtzeitig, das heißt hier spätestens bis drei Monate und frühestens bis 12 Monate (nach drei Jahren) vor Ablauf, nach Absprache und auf Gegenseitigkeit erneuert worden sein, um nicht (automatisch) als gekündigt bzw. regulär abgegolten und aufgelöst zu gelten, aus was für Gründen, die nicht genannt werden müssten, auch immer, sonst müßte der bisherige Mieter das Grundstück innerhalb der verbliebenen Räumungsfrist von 3 Monaten vor Ablauf jener vier Jahre verlassen und auf seine eigenen Kosten geräumt haben, auch dann, wenn der Mieter inzwischen ein massives Haus auf dem Grundstück gebaut hätte. Er hätte dieses schlicht

auf eigenes Risiko getan, was langfristig dazu erziehen soll, die Leichtbauweise zu bevorzugen, um sein Haus im gegebenen Fall leicht woanders hin mitnehmen zu können, anstatt es zerstören zu müssen. Das Eigenbedarfsprinzip hat hier Vorrang und oberste Priorität, gleich nach dem Naturschutz durch den Großen Garten, wo quasi die Tiere und Pflanzen ihr Eigenbedarfsbodenrecht geltend machen und ausleben. Es soll hier auch ein noch so altes und kaputtes Haus, Denkmal oder sonstiges Gebäude oder Gerät nicht als Hinderungsgrund im Raume stehenbleiben, um eine Art Rotation der freien Bodennutzung – vergleichbar der in der Steinzeit – zu blockieren, ob nun aus Zufall oder Absicht. Einzig und allein auf dem als solches deklarierten und bewußt begrenzten Volksgelände sollen schier unvergängliche Denkmäler der Ehre oder Schande der Menschheit stehen und nach Belieben verrotten dürfen, vergleichbar der leblosen Kadaver der durch Übergröße verrotteten Dinosaurier kurz vor ihrer Ausrottung durch Gottes Befehl über einen von ihm in Auftrag gegebenen Kometen. Daher soll der Privatboden (möglichst) immer wieder frei sein für neue private Nutzung.

Was die Höhe der Miete für ein vollständiges Privatgrundstück betrifft, so ist diese unter Privatleuten frei verhandelbar, ganz nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage. Da aber hier der monatliche Nutzen je eines Privatgrundstücks, unabhängig von dessen Lage, Größe oder Art, offiziell immer mit 2.500 E., d.h. in Worten mit zweitausendfünfhundert Einheiten der Landeswährung, bewertet ist, um dadurch einen Maßstab zur Orientierung zu setzen, vergleichbar dem Meter als Maßstab für die Länge, wird so voraussichtlich und tendenziell die durchschnittliche Mietforderung 2.500 E. im Monat für das Gelände eines Privatgrundstücks betragen; das macht im Jahr 30.000 E. und in zehn Jahren 300.000 E.. Dieser Betrag von 300.000 E. entspricht dann exakt dem amtlichen Grundwert je eines Privatgrundstücks, der quasi einem „Zehn-

Jahres-Nutzwert“ für das Grundstück entspricht und jeweils zu einem Zehntel für ein Jahr im Voraus entrichtet zu werden hat. Dennoch und umso mehr gilt hier ein Grundstück niemals als verkauft, egal wieviel Miete oder Pacht darauf schon gezahlt wurde oder noch gezahlt werden soll. Denn der totale Nutzwert eines Grundstücks auf Erden ist für Menschen im wahrsten Sinne unermesslich hoch, vergleichbar einem Goldesel, der, statt Goldtaler, immer neue Nahrungsmittel, aber auch Heilkräuter und Bau- wie Nähstoffe, kurz Rohstoffe, ausscheidet, respektive hervorbringt. Der totale (noch bevorstehende) Nutzwert eines Privatgrundstücks wäre in diesem System theoretisch das Produkt aus dem fiktiven Jahresnutzwert in Höhe von 30.000 E. mal der Anzahl der (noch bevorstehenden) Jahre des Bestehens der Welt bzw. der Erde. Da aber kein Mensch sicher weiß, wann und ob diese Welt irgendwann untergeht, kann auch kein totaler Nutzwert der Welt sicher ermittelt werden. In der Praxis einer Humanwirtschaft sollte also wenigstens der Verkauf von Boden, wenn schon nicht auch von Waffen usw., verboten sein, sonst besteht die Gefahr, daß viele sich und ihre möglichen Nachkommen vorzeitig selbst enteignen, indem sie nicht an morgen denken, wenn sie ihre Morgen verkaufen, wie gegen Geldbeträge, die zwar auf den ersten Blick erheblich sein könnten, die aber allzu leicht innerhalb nur eines Menschenlebens oder innerhalb von wenigen Jahren durch Fehlinvestition oder was auch immer aufgebraucht sein können. Daher hat das Bürgerbodenrecht, das eine „Allgemeinerbschaft“ von Boden durch Verbot von Bodenverkauf und Erlaubnis von Eigenbedarf regelt, im Bürgerkapital-system oberste Priorität, noch vor dem „Bürgergeldrecht“.

Was ist der Nutzen?

Der monatliche Nutzen eines Privatgrundstücks, wie z.B. in Form einer landwirtschaftlichen Ernte (Kost) und des privaten Wohnens auf dem Grundstück (Logis), wird hier also grundsätzlich immer mit 2.500 E. bewertet, sprich gleichgesetzt. Es bleibt

dann jedoch selbstverständlich der freien Marktwirtschaft von Angebot und Nachfrage überlassen, was für Preise auf dem Markt für jene Ernten tatsächlich verlangt und gezahlt werden. Tendenziell wird aber ein „Großbauer“, der zum Zwecke einer Überschußproduktion mehrere zusätzliche Privatgrundstücke für je 2.500 E. Miete im Monat von Privat angemietet hätte, mindestens 2.500 E. für je einen Warenkorb von Kost und Logis von den Kunden verlangen, um dauerhaft die Mietlast bestreiten zu können, sofern und solange er an überschüssiger Bodennutzung interessiert ist. Theoretisch könnte also der Großbauer eine Pension betreiben, in der er, um seine Mietkosten einzubringen, seine eigenen Bodenvermieter bei voller Kost und Logis beherbergt, die schlicht mit dem Geld ihrer Mieteinnahmen von dem Großbauer die Unterkunft bezahlen. Dieses wäre dann eine auf Gegenseitigkeit beruhende Wirtschaftssymbiose, quasi nach dem „Pensionsprinzip“. Der Nachteil der aufzuwendenden Arbeit läge dann zwar bei dem „Großkapitalisten“, aber gleichzeitig, quasi im Sinne einer ausgleichenden Wirtschaftsgerechtigkeit, wo höherer Kapitalstand als normal ständig neu erarbeitet werden muß, hätte dieser den Vorteil eines höheren Kapitalstandes, in diesem Beispiel in bezug auf den Bodenbesitz. Denn finanziell machte er hier nur dann einen Gewinn seines aktuellen Kapitalstandes, wenn er mehr Geld als „nur“ je 2.500 E. im Monat (ca. 83,- E. pro Tag) von seinen Gästen verlangen würde. Dann aber müßten die Gäste irgendwo durch (zusätzliche) Arbeit (zusätzliches) Geld verdienen, oder den Grundmietvertrag aufkündigen und wieder zur Selbstversorgung auf den eigenen Boden zurückkehren. Auf diese Weise werden sich schließlich Angebot und Nachfrage selbst regulieren und irgendwo in der Mitte treffen, was soviel bedeutet, daß – gerechter Weise – nur die „Fleißigeren“ sich von anderen bedienen lassen könnten. Wichtig dabei ist in jedem Falle eigentlich nur, daß jeder einzelne Bürger im Not- oder Zweifelsfalle annähernd sofort (wieder) ein eigenes Grundstück gratis nutzen könnte.

Müssen Preise staatlich administriert sein?

Was mindestens Staatsbeamte betrifft, so könnten diese hier nicht (ohne Weiteres) wieder zurück auf ihren eigenen Boden gehen, um dort von reiner Selbstversorgung zu leben, sonst wären sie ja keine Staatsbeamten mehr, sondern quasi (auch nur) gewöhnliche Bauern. Dann aber würde niemand die für eine vernünftige Staatswirtschaft („Bürgerstaatswirtschaft“) notwendige Verwaltungsarbeit usw. erledigen, und es gäbe keinen Schutz durch Militär und Polizei und auch keine Rechtssicherheit durch Gesetzgeber bzw. Gesetzeshüter und Richter. Daher müssen, um eine in einer quasi freien Marktwirtschaft ständig mögliche Monopolwirtschaft bereits im Ansatz zu verhindern, wenigstens die Preise der wichtigsten Grundlebensmittel staatlich administriert sein, was soviel bedeutet, daß gewisse unabdingbare Höchst- und Mindestgrenzen offiziell und öffentlich festgelegt sein müssen. Damit wäre dann das schlußendliche Ziel einer Monopolwirtschaft, nämlich der (kollektive) Wucher, von vornherein ausgeschlossen, wenn auch einfach „nur“ per Gesetz, wie hier durch das (empfohlene) „Grundwarengesetz“ („GWG“). Das Grundwarengesetz soll möglichst eine konkrete Liste aller als unbedingt lebenswichtig deklarierbaren und somit offiziell deklarierten „Grundlebensmittel“ enthalten, deren Name (internationale oder nationale Bezeichnung), Art (Beschaffenheit, Rezeptur), Größe (Mengeneinheit in Kilogramm o.ä.) und Höchst- wie Mindestpreis jeweils in einem Block oder aufgeteilt in verschiedenen Unterlisten, wie in einer Namensliste, Preisliste usw., aufgeführt und dadurch gesetzlich festgelegt sind. Auf diese Weise soll gleichzeitig auch ein Reinheitsgebot der betreffenden rohen oder „angerichteten“ Waren (bewährte Gerichte), wie z.B. für Brot, Bier und Buttermilch, festgelegt sein. So soll feste Nahrung, egal welcher Art, die als Grundlebensmittel deklariert ist, im Endverkauf des Einzelhandels möglichst nicht mehr als 10 E. (vergleichbar 10 Euro) und nicht weniger als 0 E. pro Kilogramm kosten. Dieses erwächst schlicht aus der Erfahrung,

daß (ungefähr) 1 Quadratmeter von normal fruchtbarem Boden durchschnittlich pro Monat 100 Gramm Nahrung hervorbringen kann, bei entsprechender Bewirtschaftung, wie z.B. beim Anbau von Kartoffeln oder bei Hühnerhaltung zur Eierrente. Dieses ergab pauschal bei der Bewirtschaftung eines Morgens von 2.500 m² eine Ernte von 250 kg (Kilogramm) im Monat. Bei einem Höchstpreis von 10 E. pro Kilogramm (Kartoffeln oder Eier o. ä.) könnte also ein betreffender Bauer maximal 2.500 E. für seine Monatsernte auf dem Markt bekommen. Damit wäre er dann, was sein monatliches Einkommen betrifft, einem Staatsbeamten gleichgestellt, dessen Monatseinkommen ebenfalls (durchschnittlich) nicht mehr als 2.500 E. betragen soll. Sodann können Bauern, aber auch Schneider, Töpfer und Häuslebauer usw. sich auf dem Markt mit Staatsbeamten treffen, um über das Geld staatliche Leistungen mit privaten zu tauschen. Dabei kaufen beispielsweise staatliche Lehrer Brot von Bauern und Kleidung von Schneidern, deren Kindern sie in der Schule Lesen und Schreiben beibringen, wofür sie ein Gehalt vom Staat beziehen, der das betreffende Geld über das Steuerwesen von den Bauern und Schneidern usw. einzieht, und immer so weiter, quasi bis alle satt und gebildet sind. Da aber wiederum die Bildung und die Satttheit ständig erneuert werden muß, will man sie aufrecht erhalten, darf dieser zivile Kreisprozeß möglichst niemals zum Erliegen kommen, wie eben z.B. durch den irgendwann nicht mehr bezahlbaren Wucher einer Monopolwirtschaft. Deshalb sollen nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch andere lebenswichtige Lebensmittel, wie Energie, Kleidung und Wohnung, in der Liste der Grundlebensmittel enthalten sein. So soll Strom, egal welcher Art, möglichst nicht teurer als 10 Cent pro Kilowattstunde, Textilware aus (einfacher) Baumwolle nicht teurer als 15 E. pro m² des Stoffs und eine Wohnung von normalem Komfort nicht teurer als 5 E. im Monat pro m² Wohnfläche sein. Die Preise für Luxusartikel sind freigestellt, aber jeder Händler muß immer auch die Grundlebensmittel seiner Branche anbieten.

Wer ist Bürger?

Bürger im Sinne des Systems ist grundsätzlich nicht notwendiger Weise der Staatsbürger, also ein Staatsangehöriger, sondern bereits jeder Einwohner, von dem oder der also vermutet wird, daß er oder sie längerfristig im Staate verweilen und aktiv an der Wirtschaft teilnehmen will. Es ist eine ganz andere Frage, welche Personen offiziell als Einwohner anerkannt werden. Prinzipiell natürlich immer mindestens die im Lande wohnenden Staatsangehörigen, die „politischen Staatsbürger“. Nach diesem Ausführungsbeispiel des Bürgerkapitalsystems sollen aber ferner alle natürlichen Personen (Menschen), die nicht die betreffende Staatsangehörigkeit haben, die aber eine quasi unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten und sich im Lande mit prinzipiell festem Wohnsitz, also nicht bloß als Gast im Hotel, wohnhaft gemeldet haben, als Einwohner und somit gleichzeitig auch als Bürger im Sinne dieses Systems gezählt werden, wobei aber neu zugezogene Personen („Einwanderer“) 10 Jahre lang auf jederzeitigen und im Notfalle, wie z.B. bei Straffälligkeit, fristlosen Widerruf als „Neubürger“ oder auch „Wartbürger“ notiert sein sollen, was soviel bedeutet, daß sie zwar bereits in der Theorie, also zur Neuberechnung der erforderlichen Geldmenge und zur Neuberechnung der Bodenaufteilung, sprich der aktuellen Größe eines sogenannten Privatgrundstücks, aber erst nach Ablauf jener 10 Jahre Wartezeit auch in der Praxis, also zur tatsächlichen Nutzung des betreffenden Geldes und Bodens, als Bürger, dann als „Vollbürger“, im Sinne des Systems anerkannt sind bzw. werden. Was einheimische wie neu zugezogene Kinder sowie überhaupt alle Einwohner betrifft, so sind sie summa summarum erst dann „Vollbürger“ mit den betreffenden vollen Nutzungsrechten, sobald sie mindestens 10 Jahre lang Einwohner des betreffenden „Schlaraffenlandes“ sind oder waren und gleichzeitig volljährig sind. Die (wirtschaftliche) Volljährigkeit ist hier mit 20 vollendeten Lebensjahren gegeben. Im Lande geborene Einwohner sind demnach also 20 Jahre lang „nur“ Neu-

bürger, bevor sie dann Vollbürger wären und bei Bedarf, bei Anmeldung von Eigenbedarf, ein von ihnen gewähltes Privatgrundstück persönlich, halt privat, nutzen dürften sowie das ihnen bis dahin ausgehändigte Bürgerkapital, abzüglich der bis dahin von ihnen gezahlten Kapitalertragssteuer. Die dadurch bei Volljährigkeit verbliebene angesparte „Aussteuer“ (von ca. 60.000 E.) soll als Investitions- bzw. Grundkapital zum Zwecke einer einfachen (normalen) wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit auf dem allgemeinen Markt, sprich grundsätzlich zum Tauschen von Waren und Dienstleistungen, verwendet werden können. Die zu tauschenden Waren oder Dienstleistungen müssen dann aber auch selber er- oder gebracht werden, um das Kapital zu halten oder mehren. Diese können z.B. in Form von Arbeitskraft oder von Kartoffeln vom eigenen Privatgrundstück bestehen.

Was kann vererbt werden?

Was die Vererbung von Guthaben betrifft, so kann hier das Eigentum an einem bestimmten oder unbestimmten Grundstück von dem betreffenden Eigentümer durch dessen Tod nicht an jemand Bestimmtes, sondern immer nur zunächst an die Allgemeinheit vererbt werden, von wo aus dann allerdings ein durch Vermächtnis oder Verwandtschaft berechtigter eigener oder fremder Nachkomme oder Hinterbliebener, wie z.B. auch die Ehefrau, vier Wochen lang nach Bekanntwerden des Todesfalls „bevorzugten Eigenbedarf“ daran anmelden kann und darf. Ist der oder die Berechtigte jedoch bereits selbst im Eigentum und Besitz eines Grundstücks, wie durch volle Bürgerschaft und Eigenbedarf, so könnte er oder sie das betreffende Erbgrundstück allenfalls im Austausch, nicht aber zusätzlich erhalten. Bei Ablehnung des Erbgrundstücks bleibt dieses einstweilen bei der Allgemeinheit und wird dem „Freiland“ zugeschrieben, was soviel bedeutet, daß es jeder Bürger frei, wenn auch nur allgemein, wie durch Spaziergang oder Auskundschaftung einer späteren neuen Bleibe, nutzen darf, solange es nicht (wieder)

rechtmäßig von einer bestimmten Person in Anspruch genommen wurde. Alle anderen Dinge, wie u.a. Gold, Juwelen und Möbel, aber auch Geld, dürfen hingegen vollständig und ohne Abzug durch eine Erbschaftssteuer oder dergleichen direkt an bestimmte Nachkommen vererbt werden. Allein auf das Geld wird hier eine Art Erbschaftssteuer, die „Geldsteuer“, erhoben, wodurch sich der Geldbesitz quasi relativiert, immer tendenziell ein Stückweit zugunsten der noch jüngeren, „kleineren“, und zu Lasten der schon älteren, „größeren“ (reicherer), Bürger. Sinngemäß sollen die jungen Leute durch das Bürgerkapital nicht erst warten müssen, bis ihre Eltern verstorben sind und ihnen etwas hinterlassen haben, um eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben und auf eine aktive Teilnahme an der Wirtschaft zu haben, wie möglichst als Selbständige, im wahrsten Sinne.

Was ist der Grundanspruch?

Denn nach der Philosophie des Bürgerkapitalsystems hat gänzlich niemand einen rechtlichen oder moralischen Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft bzw. bei irgendeinem möglichen „Arbeitgeber“, sondern es hat jeder Bürger im Sinne des Systems einen gleichwertigen und auf Wunsch sofortigen Anspruch auf Grundbesitz in der Größe seines Grundeigentums, was soviel bedeutet, daß jeder grundsätzlich „nur“ ein mittleres, also durchschnittlich großes, Grundstück innehaben kann, eingedenk der aus Erfahrung und aus natürlicher Logik bekannten Tatsache, daß der Staat zwar mit Sicherheit jedem Bürger einen Teil des Staatsgebietes als je eigenes Grundstück, nicht aber in jedem Falle einen Arbeitsplatz, sei es in der freien Wirtschaft oder bei sich selbst (beim Staat), zur Verfügung stellen kann. Denn von Natur aus hat jeder Staat zwar immer ein Territorium, nicht aber zwingend notwendiger Weise immer auch Büros und Fabriken oder dergleichen. Daher kann er letztere auch nicht wie als natürlich und selbstverständlich voraussetzen und Besitzlose wie Hühner hinter die Tore dieser Legebatterien der Menschen

verweisen. Seit der Menschenrechtskonvention ist Sklavenhandel und Sklaverei verboten! Die moderne Umbenennung eines Sklaven als „Arbeitnehmer“ hat nach Auffassung des Bürgerkapitalsystems nur dann eine Berechtigung, wenn jemand wirklich freiwillig eine Arbeit bei einem Arbeitgeber, d.h. quasi just bei einem anderen Bürger, annimmt. Eine solche Freiwilligkeit kann jedoch nur dann vermutet und unterstellt werden, wenn jeder Bürger tatsächlich und sofort die natürliche Arbeit auf dem eigenen Felde wählen könnte, wenn er wollte, gemäß dem verfassungsmäßigen Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes (Art. 12 GG). Wäre jemandem jedoch die Arbeit auf dem eigenen Felde zu „schmutzig“, so hätte er oder sie sich auch nicht über eine auf dem Markt verbleibende „Drecksarbeit“ für einen Hungerlohn zu beschweren, so die Devise und die eigentliche Wahl.

Gibt es auch Geld?

Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems gibt es in dem Sinne keine Sozialhilfe oder dergleichen, sondern „nur“ ein Recht auf „Bürgerkapital“ und „Bürgergeld“, das ergibt zusammen die Bürgerkapitalversicherung, die jeden Bürger als Mitglied einschließt und von der jeder Bürger profitiert, ohne dadurch beschenkt zu werden oder ein Almosen zu erhalten. Denn das Bürgerkapital ist schlicht je eine (irgendwann) zurück zu zahlende Hypothek auf das eigene Warenkapital, das man sich im Laufe der Zeit erarbeitet hat bzw. zu erarbeiten hat, um damit einen Tauschhandel auf dem Markt zu betreiben, wobei das Geld als ein Tauschmittel helfen kann und soll. Das Bürgerkapital und das Warenkapital, welches die Wertdeckung des Geldes darstellt, müssen dabei niemals zwingend notwendiger Weise größer werden als wie quasi zu Beginn, um „dennoch“ bzw. gerade deshalb einen Wohlstand zu gewährleisten. Entscheidend ist hierbei eigentlich nur, daß jeder Bürger sich diesen Wohlstand, das heißt also dieses Warenkapital, selber, also durch eigene Arbeit (Eigearbeit), schafft. Aber auch das ist keine Pflicht im

Bürgerkapitalsystem, sondern liegt just im Interesse jedes einzelnen Bürgers selbst. Das selber zu erarbeitende Warenkapital ist hier schlicht ein Haus auf dem eigenen Grundstück, samt der Innen- und Außeneinrichtung. Zur Außeneinrichtung können z. B. eine Werkstatt und Gartenmöbel, aber auch ein oder mehrere Autos zählen, während zur Inneneinrichtung alle mobilen drinnen befindlichen Sachen, aber gewissermaßen auch Kühlschränke und Speisekammern, samt Inhalt, zählen können.

Da nun aber der Wert des irgendwann einmal geschaffenen und später durch Erbschaft weitergegebenen Warenkapitals, der eigentliche Wert des Bürgerkapitals, mit der Zeit vergeht („abgeschrieben wird“) wie die Schönheit und Substanz einer Blume, muß es im eigenen Interesse der jeweiligen Besitzer von Zeit zu Zeit neu erarbeitet werden, was soviel heißt, daß irgendwann mal wieder das Haus neu gebaut, die Schränke neu gezimmert, die Kleider neu genäht und das Korn neu geerntet werden muß, wobei aber nicht jeder alles alleine machen muß, sondern jeder sich spezialisieren kann auf nur ein einziges Handwerk, um die betreffenden Arbeitsergebnisse turnusmäßig auf dem Markt mit den Arbeitsergebnissen (Produkten) anderer zu tauschen, quasi jeweils bis wieder jeder von allem das richtige Maß an Menge und Qualität, respektive den vollen Wert seines persönlichen Warenkapitals innehat. Es gibt hier somit per se keine Arbeitslosigkeit, nicht im Geringsten! Ob jeder diese Arbeit am eigenen Warenkapital auch wirklich schaffen kann, oder ob jemand beispielsweise krank ist, ist eine ganz andere Frage. Selbstverständlich gibt es hier auch Krankenhäuser und Krankenhäuser. Dieses widerspricht nicht diesem System einer humanen und „dennoch“ oder gerade deshalb sehr produktiven sozialen Marktwirtschaft.

Grundsätzlich wird aber davon ausgegangen, daß bei mehr Entfaltungsfreiheit und Selbständigkeit nicht just der großen „Global Player“, sondern jedes einzelnen und scheinbar noch so klei-

nen Individuums (Bürgers) mit wesentlich weniger Krankheit allgemein zu rechnen ist. Die Krankenkassen dürften sich bedanken. Eine kleine Honigbiene wird in diesem System – genau wie auch ein körperlich oder geistig „kleiner“ Mensch – nicht automatisch als wert- oder nutzlos betrachtet, nur weil sie oder ihre Leistung schwächer zu sein scheint oder ist als die anderer Erdenbürger, solange sie sich an die für alle geltenden und möglichst einfachen Spielregeln hält, also nicht kriminell wird. Die Strafe für geringere Leistung soll hier nicht der Tod durch Ausgrenzung, sondern schlicht ein geringeres Einkommen sein, wie aber mindestens immer – seit „Anwesenheit“ bis zum Tode – in Form eines monatlichen Bürgergeldes in Höhe – nach diesem empfohlenen Ausführungsbeispiel – von 500 Einheiten der Landeswährung, wie z.B. namens Euro oder auch namens einer anderen, neuen Währung, für jeden menschlichen Erdenbürger. Dieses Geld soll als eine dauerhafte Umlaufsicherung des Geldes einerseits und als Umlaufsicherung der lebensnotwendigsten Grundgüter, wie insbesondere von Nahrungsmitteln, dienen, um Möglichkeiten der Wirtschaft zu gewähren, aber Abhängigkeiten von der Wirtschaft zu verwehren, eingedenk schlicht dessen, daß ein Mensch nicht wie eine Biene frei umher fliegen kann, um sich bei Bedarf irgendwo den besten Nektar selber zu holen, um nicht von so etwas wie „Produktion“ oder „Lieferung“ anderer abhängig zu sein. Denn eine Abhängigkeit verdirbt die Preise! Das ist der Grund, warum Bienen kein Geld für Nektar zahlen müssen, halt weil sie unabhängig sind vom Ort und daher auch vom Tausch! Der Mensch aber ist heuer zunehmend an den Ort quasi seiner Geburt gebunden und daher auf eine gut „rotierende“ Markt- und Geldwirtschaft angewiesen.

Welchem Zweck soll das Geld dienen?

Die Bewertung und Belohnung der Leistung auf dem eigenen Felde wird die dortige Ernte vornehmen. Die Bewertung und Belohnung einer Leistung auf dem freien Markt soll grundsätz-

lich durch Angebot und Nachfrage erfolgen. Das Geld soll dabei mehr als Tauschmittel, denn als Wertspeicher dienen. Es soll nicht das Geld, sondern maximal „nur“ das (alles), was man hier für Geld legal kaufen kann, als Objekt der mehr materiellen Begierde begehrt werden. So ist es nach diesem System ohne wenn und aber erlaubt, bei Bedarf ein ganzes Parkhaus voller Autos, wie z.B. Oldtimer, zu erwerben und sein Eigen zu nennen und auf seinem Grundstück bis zu einer maximalen Höhe von 50 Metern und einer maximalen Tiefe (unterhalb der Bodenoberfläche) von 20 Metern bzw. mindestens bis zum Grundwasser aufzuziehen, grundsätzlich ohne auch nur einen einzigen Cent Kfz- oder Vermögenssteuer darauf zu bezahlen. Allein das Geld und der Boden dürfen nicht über ein normales mittleres Maß hinaus aus dem Verkehr gezogen, quasi extrahiert, werden, um damit Druck auf andere ausüben zu können, sprich um auf noch mehr Geld und Boden zu „spekulieren“. Denn auf alles andere könnten die Bürger in einer Marktwirtschaft notfalls dauerhaft verzichten, außer halt auf Boden und Geld. Daher wird hier zwar auf das Geld und den Boden, d.h. auf die Inhaberschaft, nicht aber auf lose Naturalien oder Produkte aus Arbeit mal Rohstoff, wie eben z.B. Autos, Häuser, Hunde oder Katzen, je eine Steuer erhoben. Inhaber von Geld ist hier jede natürliche oder juristische Person außerhalb der Notenbank, die durch Leistung, Handel, Geschenk, Erbe, Kredit oder Entschädigung oder dergleichen, nicht aber lediglich wie eine private Bank durch Besitz zwecks Aufbewahrung (auf einem Girokonto) über Geld verfügt. Bei einer privaten Bank nicht lediglich ein-, sondern offiziell angelegte Gelder gelten als Kredit an die Bank, die dann als Inhaberin dieses Geldes angesehen wird, solange sie dieses Geld nicht ihrerseits weiterverliehen oder sonstwie umgesetzt hat. Die Geldsteuerpflicht trifft hier immer just diejenigen Personen, die am Ende des Jahres noch oder schon Inhaber von Geld sind. Die privaten Banken können, müssen aber nicht stellvertretend für ihre Girokontoinhaber Geld als Geldsteuer an den Fiskus abfüh-

ren. Sie können für diese reine Dienstleistung, für deren Erfolg sie dann haften, grundsätzlich eine beliebige Gebühr von den Kontoinhabern verlangen, die ja die Geldsteuer grundsätzlich selber abführen müßten, da sie die Inhaber der eingelegten Gelder sind. Ein Bankräuber wird hier im übrigen rein finanztechnisch, also abgesehen von einer Strafverfolgung, als Kreditnehmer gegenüber der betreffenden Bank angesehen und behandelt, indem auch er von der etwaig erbeuteten Summe einen entsprechenden Betrag (10%) als Geldsteuer, bewirkt durch einen jährlichen Umtauschzwang des jeweils nur für ein Jahr gültigen Geldes, abführen muß, grundsätzlich aber ebenfalls ohne dabei seinen Namen oder seinen „Beruf“ usw. nennen zu müssen. Die Geldsteuerzahler sollen hier bewußt völlig anonym bleiben können, solange nicht wirklich zwingende Gründe dagegen sprechen. Die Zahlung der Geldsteuer befreit keinen Kreditnehmer davon, einst die volle Kreditsumme, samt etwaiger Zinsen, an den oder die Gläubiger zurück zahlen zu müssen.

Woher kommt das Geld?

Um an Geld zu gelangen, gibt es hier zunächst nur den Weg zur Bank, und zwar zur Notenbank. Ist keine eigene Notenbank des Staates oder Staatenbundes vorhanden, so wird eigens eine gegründet, was jedem freien Staat zusteht. Etwaige Proteste doktrinärer, die ganze Welt beherrschen wollender Länder müßten schlimmstenfalls einfach ignoriert werden. Der Dollar jedenfalls hat nie verlangt, die einzigste Währung auf der Welt zu sein. Die Rubel, Lira und Pfund haben auch ihre Arbeit getan. Schließlich geht es immer zunächst und in erster Linie darum, die Vermögensverhältnisse im eigenen Lande zu regeln, bis eventuell zu dem Tage, wo die ganze Welt sich über ein wirtschaftlich wie sozialgerechtes Finanzsystem wirklich einig ist. Davon ist sie aber heute noch weit entfernt. Die Notenbank tritt in ihrer Eigenschaft als staatliche, nicht private Institution, die in dem Sinne nicht eigenständig handelt, sondern an ihren verfassungsmä-

Bigen staatlichen Auftrag gebunden ist, der ihr gegebenenfalls auf den Cent genau vorgegeben werden kann, im Interesse der Allgemeinheit und der Wirtschaft als eine Art Tauschbörse auf, die am ehesten mit einem Pfandleihhaus oder auch mit einer Spielbank verglichen werden kann. Eine Spielbank nimmt echte Werte, wie früher auch Gold (z.B. goldene Uhren oder Ketten usw.), entgegen, um dafür fiktiv gleichwertige Spielchips, die im Prinzip wie Geldmünzen sind, auszuhändigen, die irgendwann einmal wieder gegen die echten Werte der Spielbank zurückgegeben werden müssten, sofern und soweit man nicht auf die einst quasi verpfändeten echten Werte verzichten mochte, so als habe man sie der Spielbank verkauft. Der Zweck dieses Vorgangs soll im Prinzip nur der sein, daß man dann als Besitzer dieser Chips leichter mit anderen Spielern um deren Chips, das heißt also um deren Kapital, spielen kann, wodurch man quasi gezwungen ist, „Leistung“ zu erbringen oder einfach nur Glück zu haben. Diese Form eines „Kapitalismus“ ist jedoch sozusagen eine böse, da dort nicht ein Tausch, sondern allein ein Gewinn von Kapital beabsichtigt ist, und nicht zuletzt seitens der Spielbank selbst. Dieser quasi technische wie moralische Fehler, der weniger die Produktion von neuen Gütern, als vielmehr die Spekulation auf die vorhandenen Güter anderer fördert, entspricht im Prinzip dem finanztechnischen Fehler des heutigen Kapitalismus überhaupt, der eigentlich nur darin besteht, daß (momentan) keine Umlaufsicherung des Kapitals existiert, die aber eine allzu einseitige Spekulation auf immer mehr Kapital in der Hand einiger weniger oder gar am Ende eines einzigen „Bürgers“ von vornherein ad absurdum führen und damit letztlich austrocknen, sprich vernichten, würde, zum Wohle der eigentlichen Marktwirtschaft und der Menschen an sich. Denn wo eine Umlaufsicherung des Kapitals, also des Geldes, da auch kein Platz mehr für Spekulation, außer einer Spekulation darauf, das durch Glück oder produktive Leistung, sprich durch Verkauf von Ware oder Dienstleistungen, temporär dazu gewonnene Geldkapital

möglichst schnell wieder weiter- oder auszugeben, wie als Kredit an Privat oder just und vorzugsweise als Bezahlung für den Kauf seinerseits von Ware oder Dienstleistung, um anschließend also wieder das gleiche Kapital (Bürgerkapital) inne und unter dem Strich nur „Naturalien“ oder auch „Leistungen“, sprich also natürliche Leistungen, auf dem Markt getauscht zu haben. Das ist die eigentliche Marktwirtschaft, die einen (jeden) letztlich dazu zwang, immer auch selber produktiv zu sein, so wie ja auch ursprünglich in der freien Natur als Jäger und Sammler oder später – als der Mensch sesshaft wurde – als Bauer. Allein die Sesshaftigkeit des Menschen zwang ihn schließlich dazu, eine Tauschwirtschaft zu betreiben, die aber ohne ein möglichst universelles und leicht und konkret dosierbares Tauschmittel, wie vorzugsweise in Form von Geld, nicht gut funktioniert.

Aus diesem Grund und nur aus diesem Grund bietet hier die Notenbank den Bürgern eine Hypothek auf ihr vorhandenes oder noch zu schaffendes Warenkapital an, fiktiv in der Hoffnung, letztere würden irgendwann und irgendwie das Geld verlieren, um somit das Warenkapital an die Notenbank verloren zu haben, die dann das eingenommene Warenkapital an diejenigen zu versteigern hätte, die auch nach einstiger Rückgabe ihrer Hypothek noch im Besitz von Geld, dem Geld der „Verlierer“, waren. Dieses wäre dann die „Wirtschaftszäsur“, die Zäsur der Geldwirtschaft, die auf Antrag der Besitzer zusammen mindestens von 51% der Geldmenge auf diese Weise alles Geld wieder einzog, um somit gleichermaßen diejenigen zu bestrafen, die angeblich zu wenig Geld annahmen und diejenigen, die scheinbar zu wenig Geld ausgaben. Die Schuld für eine solche (theoretische) Beendigung der Geldwirtschaft durch Einziehung des Geldes seitens der Notenbank läge ungefähr je zur Hälfte auf beiden Seiten, aber die Notenbank würde dennoch dem vorher verbrieften Anspruch der Geldbesitzer auf Wertdeckung des Geldes durch das persönliche und allgemeine Warenkapital insofern Rechnung

tragen, daß die „Großkapitalisten“ bei jener Zäsur faktisch die Schuldtitel der Notenbank gegenüber ihren Schuldnern, die also die von ihr einst erhaltene „Vertrauenshypothek“ nicht haben zurück zahlen können (oder wollen), übernehmen würden, just indem sie dann bei den öffentlichen Versteigerungen deren noch oder schon vorhandenes Warenkapital ersteigern könnten, wenn sie wollten, auch auf die „Gefahr“ hin, daß dieses Warenkapital inzwischen annähernd keinen (hohen) Wert mehr hätte. Das wäre dann gewissermaßen die gerechte Strafe für zu langes Warten auf eine günstige Kaufgelegenheit oder Gelegenheit zum „Investieren“. Dann endlich käme, wenn auch nachträglich oder verspätet, jener eigentliche Tausch von Waren doch noch zustande, wenn eben nicht bei Zeiten auf dem normalen Markt. Zu diesem Zweck schätzt hier die Notenbank den schlußendlichen Wert des Warenkapitals pro Bürger pauschal auf 120.000 E. ein und händigt jedem Bürger darauf – quasi im Voraus und im Vertrauen – eine Warenhypothek in Höhe von 120.000 E. in Form von Geld aus. Zwar könnte am Schluß der Wert des einen oder anderen bzw. des durchschnittlichen Warenkapitals, so gesehen, auch höher oder niedriger sein; aber dann wäre just das Geld entsprechend auf- oder abgewertet, wird so quasi zu einer Aktie. Der durchschnittliche Wert je eines Warenkapitals bliebe somit nominell immer bei 120.000 E. Denn dieser Betrag ist ohnehin nur eine Fiktion, hier gedacht als Maßstab zur „Messung des Wertes von Waren“ durch Gleichsetzung einer bestimmten Menge Geld mit einer bestimmten Menge Waren im Durchschnitt wie in der Gesamtheit. Die durchschnittliche Geldmenge, die Geldmenge pro Kopf (pro Bürger), beträgt hier also regelmäßig immer 120.000 E. (einhundertzwanzigtausend Einheiten der Währung, beispielsweise namens „Eco“), während die (gesamte) Geldmenge demzufolge 120.000 E. mal der Anzahl der Bürger des betrachteten Wirtschaftsraumes beträgt bzw. regelmäßig betragen soll, wie durch turnusmäßige Anpassung der Geldmenge an den Geldmengenbedarf anhand der Bürgerzahl.

Was ist das Volksgelände?

Was das Volksgelände betrifft, so soll dieses als Untergrund für öffentliche Straßen, Plätze, Schulen, Rathäuser, Parks usw., quasi immer irgendwie drum herum um die Teile des insgesamt gleich großen „Privatbodens“, wo die Bürger wohnen, dienen. Das Volksgelände von insgesamt maximal 25% der Fläche des Staatsgebietes kann hier zum Teil auch von Privat bewohnt und auch gewerblich genutzt werden, jedoch dann nur gegen Bezahlung einer Miete an den Staat in die „Nebensteuerkasse“, von wo aus sie dann am Ende des Jahres zusammen mit den anderen Einnahmen der Nebensteuerkasse als „Weihnachtsgeld“ im Sinne einer allgemeinen Steuerrückzahlung an alle Bürger zu je gleichen Teilen wieder in den allgemeinen Umlauf des Geldes gesetzt wird. Um quasi ein Zeichen des Geldwertes zu setzen, soll diese Miete möglichst nicht mehr und nicht weniger als 1 E. (ein „Eco“) pro m² im Monat betragen, wobei je ein Zehntel des Wertes eines betreffenden Grundstücks innerhalb des als Volksgelände deklarierten Gebietes je für ein Jahr im Voraus zu entrichten ist, um sich vor säumigen Mietern je bereits im Voraus zu schützen. In bezug auf Grundstücke ist „Wert“ hier immer gleichbedeutend mit „Zehnjahresnutzwert“. Der Zehnjahresnutzwert z.B. eines Grundstücks in der Größe eines normalen Privatgrundstücks beträgt hier immer 300.000 E. = 2.500 E. mal 12 (Monate) mal 10 (Jahre). Die Miete an den Staat zur Nutzung eines Grundstücks in der normalen Größe eines Privatgrundstücks soll also 2.500 E. pro Monat kosten, wie als Grundmaßstab des Boden- und Geldwertes. Der Geldwert ist über den Warenwert latent mit dem Nutzwert des Bodens gleichgesetzt, dem ja praktisch alle (natürlichen) Waren entspringen. Der Staat geht einfach nur mit gutem Beispiel voran und verlangt für die private Nutzung von Boden des Volksgeländes nicht mehr und nicht weniger als was möglichst auch für Privatboden bezahlt werden soll. Das Volksgelände soll aber nur in solchen Fällen zum Teil an Privat vermietet werden können, wo eine Firma oder Gesell-

schaft mindestens einen „halbgemeinnützigen“ Zweck aus Sicht des Staates verfolgt und dazu ein größeres zusammenhängendes Grundstück dauerhaft und in Sicherheit (vor Anträgen auf Eigenbedarf) benötigt. Eine solche „Halbgemeingesellschaft“, die mehrere oder auch nur einen einzigen Gesellschafter haben kann, könnte z.B. eine kommerzielle Badeanstalt (mit Eintrittspreisen) oder ein größerer privater Tennisclub sein. Eine „Vollgemeingesellschaft“, die (bis auf weiteres) keine kommerziellen, aber aus Sicht des Staates ebenfalls und besonders gemeinnützige Ziele verfolgt, könnte beispielsweise eine Universität sein, die mehr ethische als technische Forschung und Lehre betreibt. Eine Vollgemeingesellschaft hätte hier gänzlich keine Miete zu bezahlen und könnte sogar (unter Umständen) noch Gehälter für den oder die Gesellschafter und Angestellten und sonstige Förderungen vom Staat erhalten. In jedem Fall aber sollen hier solche Förderungen und Privilegien ihre örtlichen Grenzen auf dem (begrenzten) Volksgelände und ihre finanziellen Grenzen im (begrenzten) staatlichen Haushalt finden. Der Staat hätte hier die aus seiner und der Sicht der Wähler richtigen Prioritäten zu setzen. Eine Verschuldung des Staates kommt hier nicht in Frage!

Was ist der Große Garten?

Privatboden und Volksgelände beanspruchen also jeweils maximal 25% der Fläche des Staatsgebietes und bilden zusammen das „Zivilgelände“ von maximal 50% des Staatsgebietes. Dem quasi gegenüber steht der Große Garten von ebenfalls 50% des Staatsgebietes. Der Große Garten dient dem Naturschutz, aber auch als allgemeine „Live-Vorratskammer“ für Wildfleisch und wilde Heilpflanzen usw., aber auch in kleineren Teilen innerhalb dieses möglichst zusammenhängenden und von einem geeigneten Zaun umgebenen Garten Eden für Fleisch von Zuchttieren, wie z.B. Hühnern und Rindern. Von den Zuchttieren können die Bürger in begrenzten Mengen „Ableger“ erhalten, wie u.U. auch von den anderen Tieren und den dortigen Pflanzen, jedoch ge-

gen eine Schutzgebühr von grundsätzlich 5,- E. pro Kilogramm Gewicht des Wildes. Diese Schutzgebühr kann je nach Bedrohtheit einer Art entsprechend erhöht werden. Die im Großen Garten beschäftigten staatlichen Wildhüter sind also gleichzeitig auch Jäger und Sammler im Auftrag des Staates und haben die unbedingte und von wechselnden Kontrolleuren zu begutachtende Pflicht, jeweils die Art oder Arten, die sie diskret jagen oder sammeln, nicht durch zu starke Jagd auszurotten oder auch nur annähernd zu gefährden, was den Kernbestand je einer Art betrifft. Das durch den Verkauf des nachgefragten Wildes an die Bürger eingenommene Geld soll grundsätzlich ebenfalls in die Nebensteuerkasse fließen, von wo aus es am Ende des Jahres ohne Umwege wieder an die Bürger zu gleichen Teilen zurück gezahlt wird, sodaß das von ihnen gekaufte Wild praktisch, also unter dem Strich, (für Normalverbraucher) umsonst war, mit der Rechtfertigung, daß ja auch der Große Garten, sprich das gesamte Staatsgebiet, ihr Eigentum ist, samt der betreffenden „Erzeugnisse“. Die Arbeit der Wildhüter im Großen Garten wird nicht durch die Schutzgebühr für das gekaufte Wild, sondern durch den regulären Staatshaushalt, sprich hier durch die eigentliche Steuer, die „Kapitalertragssteuer“, die von der Geldsteuer zu 50% in die Steuerkasse des Staates abgeleitet wird, bezahlt.

Gibt es eine Grundsteuer?

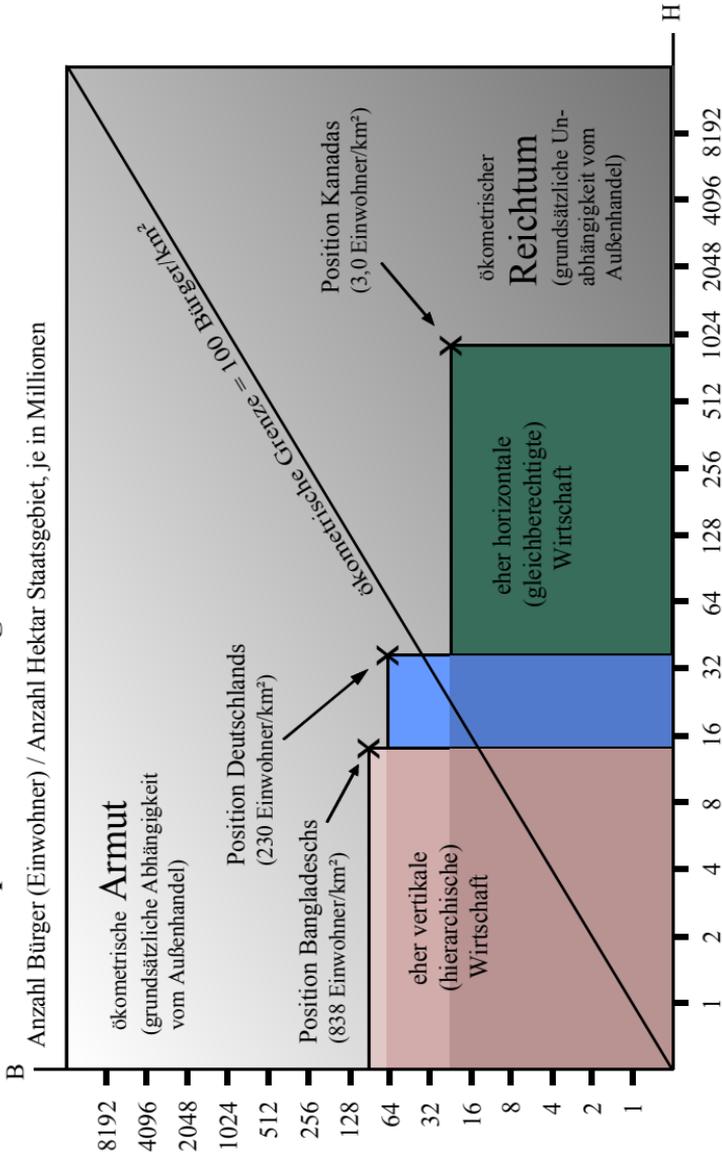
Da hier im Prinzip nur der Grund und Boden des bezeichnender Weise so genannten Privatgeländes ganz persönlich, halt privat, genutzt werden kann und diese Möglichkeit ausnahmslos jedem Bürger quasi jederzeit freistehen soll, um sich je möglichst ein eigenes „Warenkapital“ im Werte (mindestens) von 120.000 E. auf eigenem Grund und Boden zu schaffen, bedarf es nach dem Bürgerkapitalsystem nicht nur einer Umlaufsicherung des Geldes, sondern auch des Bodens. Eine gewisse Umlaufsicherung des Bodens ist hier zwar schon durch das quasi rituelle Recht auf Eigenbedarf gegeben; da aber zum Zwecke einer erweiterten

Arbeitsteilung auch Vermietung und Verpachtung von Boden möglich sein soll, wovon aber möglichst nicht nur die Verpächter/Vermieter oder die Pächter/Mieter einseitig profitieren, sondern gegenseitig, bedarf es überdies hinaus auch einer finanziellen Bodenumlaufsisicherung, wie hier just durch die Erhebung einer speziellen Grundsteuer, die ausschließlich den Grundbesitz auf dem Privatgelände steuern soll, im wahrsten Sinne des Wortes. Und zwar wird diesbezüglich davon ausgegangen, daß der Spezifische Bodennutzwert, das heißt hier der Nutzwert eines Quadratmeters Boden pro Monat im Normalfall, das heißt bei einer Bevölkerungsdichte von 100 Bürgern (Einwohnern, einschließlich der Kinder) pro Quadratkilometer Fläche des Staatsterritoriums, 1 E., eine Einheit der vorhandenen oder neuen Landeswährung, wie beispielsweise namentlich „Eco“ (statt Euro) als Kurzform abgeleitet vom englischen „Economy“, beträgt, wenn ein Quadratmeter bewirtschafteter Boden im Monat normal (mindestens) 100 Gramm Nahrungsmittel bringt und das Kilogramm auf dem Markt höchstens 10 E. kostet.

Somit würde der monatliche Bodennutzwert eines „normalen Privatgrundstücks“, also eines Grundstücks in der Größe eines Morgens von 2.500 Quadratmetern, immer (mindestens) 2.500 E. betragen. Dieses würde auch dem derzeitigen mitteleuropäischen Durchschnittseinkommen entsprechen, bei ebenfalls einer (durchschnittlichen) Bevölkerungsdichte von 100 Einwohnern pro km² und einer privaten Bodennutzung von durchschnittlich einem Morgen pro Bürger, also je von einem Viertel eines auf jeden Bürger fallenden Hektars. Aus diesem Grund und aus der Erfahrung dessen erhebt hier die dafür zuständige „Treulandgesellschaft“ eine jährliche und jeweils zu Beginn des betreffenden Jahres zu zahlende Grundsteuer auf den Privatboden in Höhe von 30.000 E. pro Privatgrundstück, das macht 2.500 E. pro Monat. Zwar könnte die (hier nur geschätzte) Durchschnittsernte pro m² Boden (irgendwann) niedriger sein als 100 Gramm im

Monat, wie z.B. wegen erhöhter Dürre durch Klimawandel; aber dann müßte halt just die Größe, nicht die Grundsteuer, des sich veränderten „normalen (Soll-) Privatgrundstücks“ neu definiert werden, wie z.B. von 1 Morgen auf 1,5 Morgen. Dieses geschieht im Prinzip automatisch, wenn man den „Ökometrischen Bevölkerungsindex“, das heißt hier die durch eine möglichst humane Geburtenkontrolle anzustrebende (maximale) Bevölkerungsdichte in Bürger pro Quadratkilometer, B/km², entsprechend verändert, wie in diesem Beispiel von 100B/km² herunter auf 75B/km². Dieses bedeutete lediglich, daß irgendwann – bei erfolgreicher Geburtenkontrolle – auch das „aktuelle (Ist-) Privatgrundstück“ die Größe von 1,5 Morgen hätte, so daß wieder genug Ernte pro Privatgrundstück und Bürger zu erwarten wäre. Im Idealfalle aber rettete man einfach das Klima und die Umwelt insgesamt, sodaß der vorgeschlagene grundsätzliche „Ökometrische Bevölkerungsindex“, ÖBI = 100 B/km², niemals geändert werden müßte. Die Grundsteuerberechnung usw. und die Zahlenwerte, wie von Bürgerkapital, Bürgergeld, Höchstpreise für Lebensmittel usw., usw., blieben aber in jedem Falle immer genau gleich. Mit anderen Worten: Würde der Boden pro Bürger durch Hochwasser, Überbevölkerung oder was auch immer zu knapp, würde es auf dem Markt dennoch keine zu teuren Lebensmittel geben, „nur“ halt zu wenige. Dann hätten auch die Reichen mal Probleme und würden sich vielleicht etwas mehr für Umweltschutz usw. stark machen, so die Devise. Der „ökometrische Reichtum“, d.h. der Reichtum an Waren und Wohnraum (Kost und Logis) pro Bürger, macht sich ohnehin und in jedem System daran fest, wieviel Boden pro Bürger zur Verfügung steht bzw. liegt. Denn ausreichender Boden im Verhältnis zur Bürgerzahl ist auf Erden in jedem Fall die Grundlage für eine ökologisch wie ökonomisch tragfähige und sich selbst erhaltende Wirtschaft. Darüber könnten auch noch so hohe Häuser nicht hinweg täuschen. Im Gegenteil! Hochhäuser können allenfalls Logis erweitern, nicht aber auch Kost!

Optische Darstellung des Ökometrischen Gesetzes:



Quelle der statistischen Angaben: Der Fischer Weltatlas 2000

Diese spezielle Grundsteuer kommt hier eigentlich – ähnlich wie die Geldsteuer in bezug auf das Geld – erst in dem Moment zum tragen, wo jemand mehr oder weniger Boden privat nutzt (inne hat) als wie im Normalfall. Denn im (angestrebten, theoretischen) Normalfall des Bürgerkapitalsystems nutzt jeder Bürger nicht mehr und nicht weniger Boden, als was seinen gerechten und daher auch rechtmäßigen Anteil am Gesamtgebiet des betreffenden Staates oder Staatenbundes ausmacht, sprich „nur“ den „Normalboden“, das „Normalgrundstück“, grundsätzlich in der Größe eines Hektars von 10.000 m², wovon jeder aber „nur“ je ein Viertel, einen Morgen, privat, also quasi „stationär“, und je die übrigen drei Viertel allgemein, also quasi „ambulanz“, nutzt, wie durch Wohnen, Bauen (auf dem Privatgrundstück) und Spazierengehen (auf dem Volksgelände und bedingt auch im Großen Garten), wofür jeder zwar „dennoch“ einen bestimmten Betrag im Jahr Grundsteuer bezahlt, aber gleichermaßen im selben Jahr zurück erhält, sodaß sich dieser Vorgang rechnerisch aufhebt. Denn jeder als solcher anerkannte Bürger ist hier immer automatisch Verpächter seines bestimmten oder unbestimmten Bürgerbodens an die staatliche Treulandgesellschaft und gleichzeitig immer auch Mieter seines bestimmten (privaten) oder unbestimmten (allgemeinen) Bürgerbodens, unabhängig also davon, ob jemand ein definitives Privatgrundstück innehat oder nicht, denn die allgemeine – nicht stationäre, aber dafür weitläufigere – Nutzung ist der privaten – stationären, aber dafür weniger weitläufigen – Nutzung vom Wert her gleichgestellt.

Der Wert der Nutzung eines bestimmten oder unbestimmten Normalgrundstücks pro Jahr ist hier immer auf genau 120.000 E. beziffert, unabhängig von der tatsächlichen „aktuellen“ Größe des Normalgrundstücks, aber ausgehend von der (angestrebten) Größe eines Hektars. Nimmt der Boden pro Bürger ab, wie z.B. durch Überbevölkerung, so ist der einzelne Quadratmeter im Verhältnis zur Einheit des Geldes just aufgewertet, weiter nichts.

In der Theorie zahlt nun jeder Bürger – so oder so – 120.000 E. Grundsteuer als Miete für die teils private und/oder allgemeine Nutzung seines Bürgerbodens und erhält dieses Geld postwendend als „Freipacht“ zurück, sodaß er seine einst dafür von der Notenbank erhaltene Hypothek stets (bis zum Schluß) als Kapitaldecke quasi für höhere Zwecke, nämlich zur Tätigung von Tauschgeschäften, behalten, also innehaben, kann, faktisch also ohne für die normale Bodennutzung auch nur einen einzigen Cent oder „Pfifferling“ Geld zu bezahlen, just weil er Bürger und damit Miteigentümer des Staates ist, in dem er lebt. Und ein Eigentümer braucht keine Miete oder dergleichen zu bezahlen.

In der Praxis jedoch zahlt jeder Bürger „nur“ soviel Grundsteuer, wie er mehr Boden privat nutzt als normal, also als was ein aktuelles Privatgrundstück gerade ausmacht, und erhält „nur“ soviel Freipacht, wie er weniger Boden privat nutzt als normal, also was ein aktuelles Privatgrundstück gerade ausmacht, aber auch nur dann, wenn jemand anderes den freigelassenen Boden seinerseits als „Überbesitz“ oder „Mehrbesitz“ nutzt.

Der Sinn dessen soll sein, daß normale Grundbesitzer unter dem Strich keine Grundsteuer bezahlen müssen und größere Grundbesitzer nur bei entsprechend großer wirtschaftlicher Leistung höheren Grundbesitz als normal halten könnten. Die Einnahmen dieser Grundsteuer sollen nicht zur Konsolidierung des Staatshaushaltes, sondern ausschließlich zur Zahlung jener Freipacht an „bodenlose“ Bürger herangezogen werden, die der Treulandgesellschaft ihren persönlichen Privatboden, ihr Privatgrundstück, zur Vermietung an private Firmen, wie größere Gesellschaften oder dergleichen, überlassen, d.h. eben verpachtet, haben. Die Belohnung für diese Leistung, für diesen jederzeit widerruflichen Verzicht auf private Nutzung, soll die Zahlung der Freipacht sein. Die Höhe der an den einzelnen (Bodenlosen) gezahlten Freipacht ergibt sich schlicht aus der Höhe der insge-

samt von den „Großgrundbesitzern“ zu leistenden Grundsteuer geteilt durch die Anzahl derjenigen Bürger, die aktuell keinen (vollen) Eigenbedarf an Privatboden geltend machen, die gerade freiwillig „bodenlos“ sind. „Großgrundbesitzer“ ist jeder Bürger oder jede Gesellschaft, der oder die mehr Boden privat nutzt als 1 „aktuelles Privatgrundstück“ pro Gesellschafter. Ein einzelner Bürger wird hier auch als ein Gesellschafter, als Alleingesellschafter, gewertet. Im Gegensatz zu einem „normalen (Soll-) Privatgrundstück“ von exakt einem Morgen von 2.500 m² ergibt sich die Größe des „aktuellen (Ist-) Privatgrundstücks“ immer aus dem Staatsgebiet, geteilt durch 4 und geteilt durch die aktuelle Anzahl der Bürger (Anzahl der aktuell gemeldeten und anerkannten Einwohner), gemäß der Gleichung:

$$\text{aktuelles Privatgrundstück} = (\text{Staatsgebiet}/4) / \text{Anzahl Bürger.}$$

Die von (je) einem Großgrundbesitzer zu leistende Grundsteuer pro Jahr ist immer das Produkt aus der aktuellen Quadratmetermiete, der Miete/m², mal 12 mal der Anzahl der Quadratmeter des zu Beginn des betreffenden Jahres vom Grundbuchamt im Auftrage der Treulandgesellschaft festgestellten Überbesitzes des betreffenden Bodens des Privatgeländes, also der Differenz in m² aus der Fläche des tatsächlich genutzten Privatbodens, abzüglich der Fläche des aktuellen Privatgrundstücks. Die aktuelle Quadratmetermiete, abgekürzt M/m², ist immer das Ergebnis aus der monatlichen Miete für ein aktuelles Privatgrundstück in Höhe von konstant 2.500 E. geteilt durch die Anzahl der Quadratmeter der Fläche des aktuellen Privatgrundstücks.

Können auch größere Gebiete privat genutzt werden?

Die Regulierung des Grundbesitzes soll hier nur über eine finanzielle „Bestrafung“ von „Mehrbesitz“ gesteuert werden, wie nur über die Grundsteuer als eine Umlaufsicherung des Privatbodens. Die etwaige Bildung von „Bodengesellschaften“, wo meh-

rere Bürger ihren (normalgroßen) Boden zur gemeinsamen wirtschaftlichen oder sonstigen legalen Nutzung zusammenschlossen, galt noch nicht als Anlaß zu jener Bestrafung, da so nach wie vor jeder Bürger unter dem Strich nur einen (seinen) Boden nutzte. Der Hauptinhaber einer solchen Bodengesellschaft kann den Mitinhabern, die (ebenfalls) Bürger des betreffenden Staates oder Staatenbundes sein müssen, auch (per Vertrag) Geld dafür bezahlen, daß sie wie als Strohpuppen auf eine ganz persönliche Nutzung ihrer Grundstücke im Interesse dieser Gesellschaft einstweilen verzichteten. „Einstweilen“ bedeutet hier grundsätzlich immer jeweils nur für vier Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit müßten die Verträge erneuert werden, oder sie galten just dauerhaft, solange sie nicht spätestens bis drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vierjahresfrist von einer der beiden Seiten gekündigt wurden. Die Höhe der Zahlung an die Mitinhaber hing mit davon ab, was diese verlangten, sprich wie hoch sie den Nutzwert ihrer Grundstücke in Zusammenhang mit den Absichten der betreffenden Gesellschaft einschätzten. Bei einer Ölgesellschaft z.B. würden sie diesen marktwirtschaftlichen Nutzwert vermutlich etwas höher einschätzen und entsprechend mehr Geld verlangen, sodaß sich der hohe Nutzen nicht nur auf einen einzigen Bürger allein verteilte. Das ist Marktwirtschaft pur und voll im Sinne des Systems, das im Prinzip – neben der Beachtung auch strenger Umweltschutzbestimmungen – nur sicherstellen will, daß im Zweifel jeder quasi jederzeit wieder aus der Wirtschaft „aussteigen“ und zu einer reinen Selbstversorgung aus der Natur zurückkehren könnte, wenn er wollte, wie einst im Paradies, nur halt hier nicht quer Beet, sondern je auf einem eigenen Grundstück, was allerdings schwieriger ist und einen gut funktionierenden Tauschhandel über ein Geldwesen mit den näheren oder auch entfernteren Nachbarn erfordert.

Was tun bei Ernteausfall?

Wichtig für den gegenseitigen Tausch ist eigentlich nur, daß je-

der immer etwas hat zum Tauschen. Und zwar grundsätzlich natürlich möglichst immer mindestens ein Gut der Natur, das man ja grundsätzlich nur auf einem (seinem) Grundstück findet, wie z.B. Äpfel von Apfelbäumen oder Nüsse von Nussbäumen. Natürlich ist nicht sicher, daß immer jedes einzelne Grundstück mindestens ein für Menschen wertvolles Gut anbietet, was Rohstoffe im Boden oder halt Nährstoffe im, am oder auf dem Boden betrifft, wie in pflanzlicher oder tierischer Form. Aber genau das ist eben das Problem einer allgemeinen Sesshaftigkeit, welches man so in der Steinzeit nicht hatte, wo im Prinzip jeder Bürger, jede Familie oder jeder Clan hingehen konnte, wo's schöner oder „lukrativer“ war oder zu sein schien. So können ja selbst heute noch bestimmte Grundstücke und ganze Landstriche allein dadurch sehr wertvoll sein, daß sie einfach „nur“ besonders schön sind, sodaß Menschen aus aller Herren Länder angereist kamen, um dort ein paar Tage zu verweilen und vom Alltagsstreß auszuspannen, genannt Tourismus. Und jeder, der in der Nähe ein Hotel oder eine kleine Pension auf seinem Grundstück betrieb, konnte daran mitverdienen. Dieses zeigt, daß es durchaus auch noch andere Nutzungsmöglichkeiten für ein eigenes Grundstück gibt, außer „nur“ eine rein landwirtschaftliche. Und dennoch bleibt es bei dem Problem, daß eben nicht alle „Standorte“ gleichermaßen fruchtbar, schön, beliebt oder sonstwie lukrativ sind und daß der einzelne, dabei möglicherweise irgendwie benachteiligte Bürger nicht mehr einfach so woanders hingehen kann, es sei denn auch nur als Tourist. Aber auch ein Tourist muß ja von irgendetwas leben, wie z.B. als Erntehelfer im dortigen Ausland. Wenn nun aber die dortigen Bauern und auch die anderen Leute gerade keine (weitere) Hilfe benötigen, weil sie z.B. aus Kostengründen lieber alles alleine machen, bliebe unserem Touristen irgendwann nichts anderes übrig, als wieder in sein Land zurück und auf sein eigenes Grundstück als „Eigenerntehelfer“ zu gehen. Wenn dann aber plötzlich drei Jahre lang kein Regen auf sein Gebiet fällt, hat er

ein Problem. Daher bedarf es über allem, quasi über dem Boden, nicht nur einer gewissen Geldmenge zum Tauschen der Waren an sich, sondern überdies auch einer „Standortversicherung“, quasi im Sinne einer allgemeinen „Ernteausschlagversicherung“ durch Rotation des Kapitals über eine „Bürgerkapitalversicherung“, die immer einen kleinen Teil des Geldes, das Bürgergeld, rotieren läßt, so als würde sie immer einen Teil des Regens rotieren lassen. Aber auch die Ernte in Büros und Fabriken läßt ja bekanntermaßen gelegentlich und immer öfter für Arbeitnehmer selbst nach getaner Arbeit zu wünschen übrig. Auch kleine Firmenbosse werden heuer nicht selten von größeren Firmenbosse, für die sie gearbeitet haben, um ihr Honorar geprellt. Das Problem der heutigen Armut und Deflation ist eine durch die Sesshaftigkeit gegebene Starre, die es quasi verhindert, einfach – wie Nomaden – nach dem Regen bzw. dorthin zu gehen, wo es gerade „blüht“ oder „boomt“. In der Urtheorie des Kapitalrechts hat niemand jemals Anspruch auf eine doppelte Ernte, egal welcher (materiellen) Art, es sei denn, er betrachtet sich als Mitglied einer allgemeinen Kapitalversicherung, die ausnahmslos jeden Bürger einschließt, also einer Bürgerkapitalversicherung. Denn es ist ja sonst nicht sicher, daß einer, der häufiger gute Ernten hat, deswegen auch immer mit anderen teilt. Man könnte sagen: Gelegenheit macht Egoismus. Zumindest in manchen Fällen, die aber schwerwiegend sein können, wie man ja heuer auf dem Weltmarkt unschwer sieht. Aber auch Egoisten können einsichtig sein, wenn der Staat, also die Allgemeinheit, dieses verlangt und dadurch automatisch auch als Leistung (von Steuerzahlung) anerkennt. Oder anders gesagt: Wenn Unredlichkeit nicht geahndet wird, wird Redlichkeit nicht anerkannt! Und dieses bricht die Moral, die Leistungsmoral, auch die von Steuerzahlern! Schuld an leeren Staatskassen sind also niemals in dem Sinne unwillige Steuerzahler. Denn wer will schon als einziger Steuern zahlen? Es ist somit vornehmste Aufgabe der Politik, vor allem für stets ausreichende Steuereinnahmen tatkräftig

zu sorgen. Denn man kann reichere Menschen oder Privatbetriebe zwar zu höherer Steuerzahlung, nicht aber dazu zwingen, anderen Menschen eine Arbeit zu geben. Ein Festhalten an dieser anachronistischen, weil auch technisch überholten Idee, die auch schon in der Steinzeit und im Mittelalter nicht zwingend logisch, sondern schlicht Sklaverei war, verschiebt die Beseitigung dieses Problems, des Problems der Armut, nur auf morgen und übermorgen, wo die Arbeitslosen alt, krank oder tot sind. Mit einer korrekten Beseitigung der Arbeitslosigkeit oder Armut hat dieses jedenfalls nichts zu tun. Die irgendwann vor rund 10.000 Jahren erfundene „Arbeit“, wo letztlich meist für einen Hungerlohn schwerste Mühe verrichtet wird, ist nicht Lösung, sondern Begründung der Armut! Denn noch ärmer als derjenige, der nichts hat, ist derjenige dran, der dafür auch noch hart arbeiten muß. Insofern ist dieses heutige, geradezu krampfhaftes Festhalten der konservativen Politik an dem zunehmend anachronistischen (unzeitgemäßen) Privatarbeitnehmertum nur ein krampfhaftes Festhalten an dem Jahrtausende alten Prinzip (Schema) der Armut. Dieses zwanghafte Arbeitnehmertum zur angeblichen Lösung des Problems der Armut ist einfach nur eines der vielen unchristlichen Klischees zur Bildung einer Schablone, die dem Menschen nicht paßt, weil sie unmenschlich ist, woran sich der Mensch folglich stößt und weh tut. Bei anderen Menschen arbeiten zu gehen, ist schlicht die zweite Folge eines Ernteausfalls, also nachdem man deswegen sein Haus und Feld verkauft und das dafür erhaltene Geld ausgegeben hätte. Eine Sozialhilfe, die sogar verlangt, daß man quasi bei Ernteausfall, wo man plötzlich auf fremde Hilfe im Sinne der Überbrückung einer Zeit der Not angewiesen ist, Haus und Hof vorher verkauft, stellt ebenfalls keine Lösung des eigentlichen Problems dar, sondern verführt sogar noch zur Aufgabe dieser Grundlage einer natürlichen Selbständigkeit. Daher will die Bürgerkapitalversicherung durch freie, unbedingte Zahlung des Bürgergeldes den Fall einer Zwangsveräußerung oder -vermietung des Bodens verhindern.

Worauf hat jeder finanziell zu achten?

Da Geld nicht einfach ein Geschenk darstellen kann, sondern als Hypothek im Sinne einer Pfandleihe auf „irgendeine“ Naturalie, wie hier (naheliegender Weise) auf die auf dem Markt befindlichen Waren, einschließlich der Waren „zu Hause“, ausgelegt werden muß, damit das Geld einen rechtsverbindlichen Wert, respektive eine Wertdeckung, hat und demzufolge nicht einfach durch Verzicht darauf ignoriert werden könnte, haben die Bürger in ihrem eigenen Interesse hier nur darauf zu achten, daß sie das Geld der Hypothek möglichst nicht verlieren, wie durch stets größeren Kauf als Verkauf von Leistungen in gleicher Zeit, um es theoretisch am Ende des Systems vollständig wieder der Notenbank zurück geben zu können, um nicht andernfalls eine Vermögenspfändung über sich ergehen lassen zu müssen, so die Wertdeckungsdevise im Bürgerkapitalsystem. Eine Steuerzahlung bedeutet hier also bewußt immer einen kleinen Geldvermögensverlust, den man dann praktisch nur durch Lieferung irgendwelcher nachgefragten Waren ausgleichen kann, wie früher an den Hof, heute auf den Markt, wo schon die speziellen wie allgemeinen Staatsdiener, die eine mehr immaterielle Gegenleistung erbracht haben, mit ihrem wohl verdienten Geld auf Ware warten. Und jeder Bürger ist auf seine Art ein Staatsdiener, so die Bürgerstaatsdevise, und so die moderne Arbeitsteilung in einer Zivilisation, wo durch vielfachen Einsatz von Maschinen eben nicht buchstäblich jeder erwachsene Mensch irgendwo in der Produktion beschäftigt sein muß.

Wie wird Deflation verhindert?

Damit nun aber dieses große Gesellschaftsspiel um Glück, Wohlstand und Kapital nicht wie der heutige Kapitalismus vorzeitig beendet werden oder als beendet betrachtet werden muß, weil vielleicht ein Betrieb oder Bürger alles Geld auf seine Seite geschlagen oder das Volk alles Geld bei einer großen (Sint-) Flut (z.B. Deflation des Geldes ins Ausland) verloren hätte, er-

hebt hier die Notenbank zur Regulierung der Geldmenge insgesamt und der Geldmenge pro Kopf vorsorglich und dauerhaft den „Doppelten Leitzins“ von insgesamt und unverändert 10% (Zehn von Hundert) pro Jahr von allen jeweiligen Inhabern des Geldes, anstatt von ehemaligen Inhabern. Dieses bewirkt latent einen gewissen Zwang zur Reinvestition allzu hoch gestapelter Gelder, da jetzt nur durch tatsächliches Ausgeben bzw. Weitergeben des Geldes eine Steuererleichterung bzw. Abgabenerleichterung in bezug auf den Doppelten Leitzins erreicht werden kann, ohne daß aber hier dem Kreissystem des Geldes und dem „Fiskus“ Einnahmen verloren gingen. Denn irgendjemand muß ja selbst bei aller Rotation des Geldes das Geld besitzen, ob im Inland oder Ausland. Geld wirft niemand weg! Mit einiger Sicherheit! Zur praktischen Durchführung des Doppelten Leitzinses wird das im Prinzip (im Tresor) „unsichtbare“ Geld einem alljährlichen Umtauschzwang gegen 10%ige Gebühr unterworfen, wobei sinngemäß immer zuerst das vorgelegte und damit quasi sichtbar gewordene alte Geld vollständig in eine neue Jahresausgabe des gleichen Geldes, der gleichen Währung, umgetauscht wird, bevor dann noch an Ort und Stelle, und zwar einer Stelle der Zentralbank, von dem neuen Geld die 10%ige Gebühr des Doppelten Leitzinses als „Geldsteuer“ eingezogen wird, um anschließend, im folgenden Jahr, wieder „mengenbereinigt“ und gerecht verteilt in den Umlauf gesetzt zu werden. Auf diese Weise findet jedes Jahr sozusagen eine Miniwährungsreform statt, die eine größere dadurch verhindert, daß so turnusmäßig einerseits die Geldmenge in ihrer Totale, ihrer totalen Größe, aber auch und insbesondere hinsichtlich ihrer – wieder etwas gleichmäßigeren – Verteilung je ein stückweit reguliert wird, im Sinne und in der Funktion einer Umlaufsicherung des Geldes.

Wie wird die Geldmenge grundsätzlich verteilt?

„Doppelt“ ist dieser Leitzins eigentlich nur deshalb, weil er sowohl Steuergeld als auch Bürgergeld einspielt und dadurch ca.

doppelt so hoch ist. Dafür wird hier aber von den durch den all-jährlichen Zwang zum Umtausch des Geldes gegen Gebühr des 10%igen Leitzinses oder der „Geldsteuer“ am Ende des Jahres, in der Woche zwischen Weihnachten und Sylvester, garantierten Einnahmen dieses Leitzinses nicht nur – wie heute – ein Teil, sondern die Gesamtheit des staatlichen Haushaltes lückenlos gedeckt. Zu diesem Zweck setzt die Notenbank im Auftrag des Staates und Namen des Volkes konsequent und unverändert jeden Monat, vorzugsweise je am Anfang des Monats, pro Bürger (neues) Geld im Nennwert von 1.000 E. über die Zentralbank, die ausführende Hand der Notenbank, dann über die Staatskasse in den Umlauf. Das macht im Jahr pro Bürger 12.000 E. und nach 10 Jahren seit Beginn der Zahlung 120.000 E. pro Bürger, die vollständige Hypothek auf das vermutete oder erwartete Warenkapital im Werte von je 120.000 E. für jeden Bürger und die vollständige Geldmenge insgesamt. Damit nun aber immer wenigstens die Hälfte dieses Betrages von 1.000 E. im Monat pro Bürger die Bürger tatsächlich und garantiert persönlich erreicht und nicht von der Steuerkasse zurückgehalten oder gar unnütz verschwendet wird, geht stets die Hälfte davon, also je 500 E., namentlich als „Kapitalertragssteuer“, von der Staatskasse in die Steuerkasse und die andere Hälfte, also ebenfalls 500 E. pro Bürger im Monat, von der Staatskasse direkt in die Hände bzw. auf die Konten der Bürger zu deren freier Verfügung, namentlich als das „Bürgergeld“.

Wie rechnet sich der Föderalismus?

Die gemessen an der Bürgerzahl immer fixe Einnahme der Kapitalertragssteuer, der hier im Prinzip einzigen tatsächlichen Steuer, kann dann nach Eingang in der Steuerkasse jeweils den etwaigen verschiedenen Verwaltungsebenen, wie dem Bund, den Ländern, den Gemeinden usw., zugeführt werden, indem sich, angefangen beim Bund, jeweils zunächst die höhere Ebene 40% vom zunächst ganzen und danach immer kleineren Kuchen ab-

zieht, um dann den jeweils verbliebenen Rest von 60% an die einzelnen Stellen je der nächst tieferen Ebene weiter zu geben, abhängig jeweils von der aktuellen Bürgerzahl, die jedes betreffende Bundesland oder jede Gemeinde gerade vorweisen kann, sodaß also beispielsweise ein Bundesland mit aktuell doppelter Bürgerzahl einen doppelten Anteil an den nach Abzug des Anteils für den Bund verbliebenen 60% der (monatlichen) Gesamteinnahme der Steuerkasse (ohne die Einnahmen der Nebensteuerkasse) erhalten kann, als wie ein halb so großes Bundesland, d. h. als wie ein Bundesland mit halber Anzahl dort wohnhaft gemeldeter Bürger zu jenem Zeitpunkt. Die rein flächenmäßige Größe ist hier nicht maßgebend, sondern quasi die bewohnermäßige, eingedenk dessen, daß ja nicht etwa die Natur in dem Sinne dem Staat Kosten bereitet, sondern allenfalls die Bevölkerung. Dieses Verfahren quasi eines bürgerspezifischen Föderalismus soll den einzelnen verschiedenen Bundesländern und Gemeinden usw. nicht nur die notwendigen Mittel für die Ministerien usw. zur Verfügung stellen, sondern soll den Gebieten mit höherer Bürgerzahl, die nicht allein durch höhere Einwanderung vom Ausland zustande kam, auch Belohnung sein für die offensichtlich erfolgreichen Bemühungen um die Gunst des Volkes durch offenbar hervorragende Regionalpolitik, wie z.B. in bezug auf eine sichtbar und spürbar nützliche Verwendung der staatlichen Gelder, d.h. der Steuergelder, wie z.B. für schönere und sauberere Straßen, hübschere Verwaltungsgebäude, gepflegtere Parks usw., usw.. Es soll hier ganz bewußt eine von der regionalen Wirtschaft unabhängige Vergabe der entsprechenden Teile der zentralen Staatseinnahmen an die Länder, Gemeinden und Bürger (Bürgergeld) erfolgen, damit die Länder nicht in einen Konkurrenzkampf um die Wirtschaft (sich) treten müssen, wie z. B. durch immer größere Hofierung der Geschäftsleute, wo von staatlicher Seite immer größere Zugeständnisse gegenüber Firmen, die sich anschicken, in diese Gegend zu ziehen, gemacht werden, wie anhand immer größerer Steuererleichterungen usw..

Was bekommen die Bürger?

Wer von den Bürgern bis dahin noch kein Konto bei einer privaten Bank innehaben sollte, für den wird bei einer (neuen) Art von „Sparkasse“ eine Art Girokonto zur auf Wunsch auch dauerhaften Abwicklung von Ein- und Auszahlungen des betreffenden Geldes grundsätzlich kostenfrei eingerichtet. Es werden von dieser Bank aber grundsätzlich keine Überweisungen oder dergleichen getätigt, um nicht die Aufgaben der privaten Banken zu übernehmen. „Selbstverständlich“ werden von dieser staatlichen Bank und vom Staat ganz generell keinerlei Sonderkredite, Subventionen oder sonstige Bevorzugungen an Privatpersonen vergeben. Denn ein solches verzerrte nur das natürliche Bild eines möglichst chancengleichen, authentischen und für jedermann klar kalkulierbaren „freien“ Wettbewerbes. Das zur Verfügung gestellte Bürgergeld soll grundsätzlich ohne Extras einerseits zur Grundsicherung des Unterhaltes und auch zur begrenzten Kreditwürdigkeit jedes Bürgers gegenüber privaten Banken dienen. Das Bürgergeld ist im Streitfalle nur bis maximal zur Hälfte, also um 250 E. pro Monat, pfändbar. Der Staat behält dann die fälligen Pfändungsbeträge jeweils noch vor Auszahlung des (verbleibenden) Bürgergeldes jeweils des betreffenden Bürgers ein und leitet diese Teilbeträge im Sinne einer zivilrechtlichen Vollstreckung bei gültigem Schuldtitel des oder der betreffenden Gläubiger(s) in deren (dessen) Hände. Etwaige weitere Schulden, wie z.B. auch gegenüber dem Staat, werden je nach Datum des neuen Schuldtitels zeitlich hinten an gestellt, auch dann, wenn die Schulden so hoch wären, daß es tausend Jahre dauern würde, bis sie auf diesem Wege abgezahlt wären. Die Handlungsfähigkeit je eines Bürgers soll selbst und gerade bei hoher Verschuldung, aus der er heraus kommen möchte, nicht bis auf den Nullpunkt gebracht sein. Im allerneigativsten Falle hätte hier bis zum (theoretischen) Schluß des Systems jeder rechtschaffene, also jeder nicht regelrecht kriminelle, Bürger immer mindestens ein anteilsgerechtes Grundstück plus monatlich

250 E. zur Bestreitung seines privaten Unterhaltes, im Idealfalle jedoch bei (durchschnittlich) wenigstens einem Werktag Arbeit von 8 Stunden pro Woche für den Staat und schuldenfreier Selbstversorgung auf dem eigenen Grundstück, wie durch Eigenarbeit am Acker, am Haus und an der Kunst (Luxus), dauerhaft jenes Grundstück plus 120.000 E. als Kapitaldecke in Form von Geld (die Hypothek) zur etwaigen Tätigkeit legaler Tauschgeschäfte auf Kleinunternehmerbasis zur freien Verfügung.

Ist das Bürgergeld ein Geschenk?

Während dieser Zeit, d.h. während der möglichst ewigen Dauer des Systems, zahlt jeder Bürger umgerechnet immer monatlich eine Geldsteuer von 1.000 E. (jährlich 10% von 120.000 E. gleich 12.000 E.) und erhält monatlich ein Bürgergeld in Höhe von 500 E. plus eine Steuerrückzahlung von umgerechnet im Monat 500 E., falls der Staat keine (regulären) Haushaltsausgaben getätigt hat, was soviel bedeutet, daß hier grundsätzlich niemand etwas geschenkt bekommt, sondern daß jeder Bürger Mitglied in der „Bürgerkapitalversicherung“ ist, die praktisch gegen finanziellen Kapitalverlust versichert, ohne Prüfung irgendeiner Schuldfrage, indem sie sich zwischenzeitlich, je im Laufe eines Jahres, entwickelt habende Gewinne auf der einen und Verluste auf der anderen Seite in bezug auf das finanzielle Stammkapital, das „Bürgerkapital“, in Höhe von 120.000 E. im Sinne einer reinen Umlaufsicherung tendenziell immer wieder ausgleicht, da ein übermäßiger Geldbesitz zum Ende des Jahres am Ende des Jahres durch die Geldsteuer je ein stückweit bestraft wird, immer und bewußt zugunsten derjenigen Bürger, die zum Ende des Jahres nur einen unterdurchschnittlichen Geldbesitz von unter 120.000 E. vorweisen konnten, und immer zulasten derjenigen, die zum Ende des Jahres mehr als 120.000 E. in Form von Geld vorweisen konnten. Der Bürger und sein Bürgerkapital bilden hier, in diesem System, eine mehr oder weniger feste Einheit, die zum Selbstschutz der Bürger niemals vollständig aufgelöst

werden kann, im Gegensatz zum klassischen Kapitalismus, wo durch unrechte spekulative Gewinnwirtschaft innerhalb nur weniger Jahre die große Masse der Bürger besitz- und scheinbar rechtlos, zumindest arbeits- und brotlos und quasi handlungsunfähig hinter den Erwartungen einer eigentlichen Gemeinwirtschaft zurückbleibt, so als sei der „normale“ Bürger – im Gegensatz zu Kindern großer Könige oder Wirtschaftsmagnate – von Geburt an besitzlos und auch später bei Volljährigkeit ohne jeden materiellen Anspruch am natürlichen Kapital der Welt, es sei denn gegen Leistung von Arbeit, quasi gegen Abgabe von Arbeitskraft, anstatt einer „freiwilligen“ Abgabe der Reichen je eines Teiles ihres überschüssigen, oft ja auch nur unrechtmäßig erworbenen Kapitals ohne erpresserische Bedingungen. Denn ein übermäßig hoher Berg Geld im Tresor oder Schrank einer privaten Person wird in aller Regel und aus heutiger Erfahrung kaum allein durch Stricken entsprechend vieler Wollpullover in Handarbeit für den Wochenmarkt entstanden sein. Insofern ist das regelmäßige Bürgergeld nicht zuletzt eine Versicherungsleistung gegen möglichen, wenn auch nicht nachweisbaren, Betrug, Wucher oder schlicht „Halbtausch“.

Was bekommt die Regierung?

Was die Regierung betrifft, so soll nach diesem System und zum annähernden Schutz vor Korruption das jeweilige Regierungsoberhaupt, das im Prinzip nur die Einhaltung der Regeln überwachen soll, mindestens das Fünffache, aber maximal das Achtfache des (auch vom Staat gezahlten) Durchschnittslohns von 2.500 E., also maximal 20.000 E. pro Monat, als Lohn („Diät“) erhalten und „erst“ nach zwei Legislaturperioden von je vier Jahren seiner Amtszeit als König, Präsident oder Bundeskanzler (in) „unkündbar“ sein, was hier soviel bedeutet, daß es die Hälfte der „Diät“ fortlaufend bis zum Tode erhalten soll, wenn es erstens überhaupt einmal in dieses hohe Amt gewählt, zweitens mindestens einmal wiedergewählt wurde und es drittens die letz-

te Amtsperiode von vier Jahren ohne Berufung von Neuwahlen seitens des Volkes durch außerordentliches „Volksbegehren“ seitens von wenigstens 25% (einem Viertel) aller registrierten wahlberechtigten Bürger per Brief an den übergeordneten Staatspräsidenten überstanden hat. Dieses mag ihm eine kleine (zusätzliche) Motivation zur Mehrung des Nutzens und Abwendung von Schäden des Volkes und Staates, sprich zur Ablehnung etwaiger Bestechungsgelder oder dergleichen, sein. Denn diese nicht unerhebliche und zudem offiziell gesicherte Pensionsaussicht könnte ein etwaiger Bestecher – wenn überhaupt – nur schwer toppen. Ein Regierungsoberhaupt sollte bei Leistung weder zu früh, noch zu spät und zu wenig ausgesorgt haben.

Was ist der Sinn der Umlaufsicherung?

Mit anderen Worten: Es müssen auch hier nicht unbedingt alle Bürger, einschließlich der regierenden, permanent das gleiche Einkommen und den gleichen Kapitalstand innehaben; jedoch soll die betreffende Umlaufsicherung durch turnusmäßige Rückführung überschüssiger Teile allzu großer Geldvermögen einerseits die Größe und Wiederholbarkeit der Leistungen der „Großen“ messen und andererseits die Bürger allgemein lehren, das Geld immer vor allem als Tauschmittel und möglichst nur bis zur Höhe von 120.000 E. auch als Wertspeicher zu verwenden, sodaß sich ein ständiger, annähernd runder und flüssiger Kreislauf des Geldes vollziehen kann. Leider genügt es zum Bruch oder Riß dieses lebensnotwendigen Kreislaufes des Geldes und damit schließlich auch der Waren, die nach dem Geld gehen, wenn auch nur ein einziger Bürger, der ein Gewerbe betreibt, zwar ständig Leistung, wie z.B. ein wohlschmeckendes Erfrischungsgetränk oder gar schlicht Wasser, gegen die Bezahlung von Geld bringt, seinerseits aber keinerlei Leistung von anderen gegen seine Bezahlung von Geld nimmt, vielleicht angeblich weil die Leistungen anderer nicht gut genug seien oder dergleichen. Das Ergebnis eines solchen marktzerstörenden „Mauerns“

quasi durch „Halbtausch“, wo nur Leistung ver-, aber nicht auch gekauft wird, ist dann ein Geldstau, d.h. ein Gewinn von überschüssigem Geld auf nur einer Seite bzw. an nur einer Stelle innerhalb des eigentlichen Kreises der Teilnehmer der Marktwirtschaft, vergleichbar einem Stau von Autos auf einer Autobahn oder Landstraße, wo sich irgendwo ganz vorne (oben) irgendjemand nicht von der Stelle rühren will oder kann. Faktisch macht es keinen Unterschied, ob jemand nicht einsehen kann oder will.

Worin besteht der Gewinn?

Das „Böse“ ist – rein technisch gesehen – immer das schlechte Ergebnis als solches, da es immer schwierig bis unmöglich ist, eine böse oder schlicht egoistische Absicht nachzuweisen, worin kein Unterschied besteht. Der Egoismus ist insofern böse, als daß er quasi automatisch andere, d.h. die aus Gefühl und Überzeugung und nicht aus Schwäche Bescheidenen, an den Rand drängt, an den Rand der Gesellschaft, bis zum Rand des Abgrunds. Daher kann die Gewinnsucht, das Streben mancher nach Gewinnmaximierung, nicht länger als eine Art Kavaliersdelikt von der Gesellschaft, die aus allen und nicht nur manchen besteht, geduldet werden. Denn der eigentliche Gewinn der Gesellschaft besteht in der Beseitigung, nicht Schaffung, der Armut, d. h. in Form immer höherer materieller wie ideeller „Mehrwerte“ durch regen Tausch und fairen Wettbewerb, auf der damit untrennbar verbundenen Basis einer generellen wirtschaftlichen wie sozialen Selbständigkeit und Unabhängigkeit jedes einzelnen von all den anderen grundsätzlich gleich gestellten Bürgern eines Staates oder gar der ganzen Welt, falls die ganze Welt sich eines Tages als einen großen gemeinsamen Staat, sozusagen als „USW“ – „United States of the World“, begreift.

Was sind die Anreize?

Theoretisch bedarf es zur Beseitigung der Armut, die ja nicht durch Gott oder die Erde, sondern nur durch das „Handeln“ der

Menschen im buchstäblichen Sinne erzeugt wurde und wird, keiner anderen Begründung als die einer Beseitigung der Armut an sich. Es ist halt praktisch nur die Frage, was genau die Armut beseitigen kann. Könnten beispielsweise reine und regelmäßige Geschenke an Arme die allgemeine Armut beseitigen und sogar noch Wohlstand für jeden bringen, so genügte theoretisch ein reines „Schenkensystem“, wo immer wieder die beispielsweise durch zufällige Funde wertvoller Rohstoffe reich Gewordenen wenigstens Teile dieser Rohstoffe oder Teile der Verkaufserlöse dieser Rohstoffe, was faktisch das Gleiche ist, an die weniger Glücklichen oder Erfolgreichen, worin ebenfalls kein großer Unterschied besteht, abzutreten hätten. Ungerecht wäre dieses jedenfalls nicht, wenn man bedenkt, daß die Rohstoffe schließlich allen gehören. Wichtig ist hier eigentlich nur, daß für die Finder gewisse, nicht zu hohe, aber auch nicht zu geringe Anreize wie als Finderlöhne für Produktion und Lieferung bestehen. Ein Anreiz von 100% wäre jedenfalls zu hoch. Daher zieht das Bürgerkapitalsystem stets 10% im Jahr von allen „Rohstoffvorkommen des Geldes“ zur Beteiligung der Bürger an den Rohstoffen der Erde, den Geschenken Gottes, über die Geldsteuer ab, wovon je eine Hälfte in die Steuercasse und die andere direkt in die Hände der Bürger geht. Von diesem direkten Geld, dem Bürgergeld, könnten dann die Bürger quasi einen Teil jener Rohstoffe kaufen, sofern und soweit diese irgendwo auf dem Markt angeboten würden, wovon aber stark auszugehen ist, da ja die glücklichen Finder schließlich ein Interesse daran haben, die Rohstoffe in Geld umzusetzen. Dieses liegt schlicht daran, daß das Geld einfach universeller ist. Für Geld kann man von jedem Bauer sofort Eier bekommen, nicht aber unbedingt für Rohöl oder Eisenerz.

Wer profitiert von den Anreizen?

Jeder Finder von Rohstoffen hat also ein logisches und quasi automatisches Interesse daran, möglichst alle deren Überschüsse, die den Eigenbedarf übersteigen, möglichst schnell in Geldwert

umzusetzen, eingedenk auch dessen, daß die einmal geborgenen oder geernteten Naturalien quasi einer „Wertabschreibung“ unterliegen, da ihr Wert mit der Zeit verfällt, wie man es z.B. unschwer an frischen Pfirsichen, aber auch sogar an Granitsteinen sehen kann. Insofern gibt es eigentlich nichts Leichteres zur Beseitigung der Armut, als einfach immer wieder jedem Bürger eine bestimmte gleichbleibende, aber nicht zu hohe Geldsumme als Grundsicherung des Lebensunterhaltes über den Staat in seiner Eigenschaft auch als zivilrechtliche Vollstreckungsinstanz einer höheren Gewalt zukommen zu lassen, zur ständigen Refinanzierung eines gerechten und produktiven Umlaufes somit auch der Rohstoffe. Die Bürger dürften halt, so gesehen, nicht den Anspruch erheben, für das wenige Bürgergeld mehr als nur Rohstoffe zu erhalten, nämlich vollkommen tafelfertige Waren in luxuriösen Verpackungen direkt ins Haus. Aber nicht nur die extrem erfolgreiche „Aldi“-Ladenkette hat bewiesen, daß die Leute durchaus auf allzu viel Glemmer an den Produkten verzichten können. Auch die ebenso inzwischen weltweit erfolgreiche „Ikea“-Unternehmung hat gezeigt, daß die normalen Leute keineswegs zu faul sind, sich auch mal ein paar Bretter selber zusammenzubauen, wenn sie dadurch Geld sparen können bzw. wenn die Bretter allein nicht zu teuer sind. Es ist wiederum eine andere Sache, wenn einige (neue) Anbieter auf dem Markt freiwillig bereits komplette Schränke oder fertige, noch warme Pizzas für gleichermaßen wenig Geld direkt ins Haus liefern, praktisch just um dadurch die Blicke der Kunden mehr auf sich zu lenken. Dieses ist Marktwirtschaft pur! Sollen doch die kleinen und größeren Unternehmer sich ruhig die Sporen verdienen, um die Pilze und Gewürze für die von ihnen frei Haus gelieferten Pizzas zu finden und zu bergen! Dazu ist doch die Marktwirtschaft da! Das ist doch schließlich der Wettbewerb! Und sie leben doch auch nicht schlecht dabei! Denn sie konzentrieren ja durch ihre Verkäufe ständig erhebliche Summen Geld auf ihre Person. Von diesem Geld können sie dann ihrerseits Waren kau-

fen, auf deren Lieferung sich wiederum andere spezialisiert haben usw., usw. – ein ewiger Kreislauf des Geldes und der Waren, die im Prinzip von ganz allein wie als Geschenk der Natur an die Menschen, an alle Menschen, irgendwo unaufhörlich aus dem Boden wachsen und später irgendwo am anderen Ende der Welt oder überall im Land in Dünger für den Boden umgewandelt werden, sodaß dieser Kreisprozeß immer wieder von vorne beginnen kann, während die Menschen ständig satt und zufrieden sind, weil die Waren sie „durchlaufen“. Wichtig dabei ist eigentlich nur, daß der Staat nicht durch falsche Bescheidenheit gegenüber den Reichen und falschen Geiz gegenüber den Armen vergißt, Steuern zu erheben und einen Teil davon sozialgerecht über alle Bürger zu verteilen, um so eine ansonsten schier zwangsläufige Blockade des notwendigen Geldumlaufes durch allzu große Gewinnmaximierung mancher Nimmersatte, die eigentlich nur noch aus „Sport“ und nicht aus Hunger handeln, ähnlich wie frühere Hobbygroßwildjäger, zu verhindern. Denn weder über das leidige Arbeitnertum, noch über Spenden mancher Reicher kommt genügend Geld bei den von Natur aus Empfangsberechtigten an. Daher empfiehlt das Bürgerkapitalsystem eine Umlaufsicherung des Geldes und der Leistungen, eingedenk dessen, daß wohl theoretisch jeder Bürger bereit wäre, sich die rohen Bananen und Äpfel und sonstigen natürlichen Produkte mit natürlicher Verpackung aus den natürlichen Regalen der Erde wie aus einem riesigen Gratis-Supermarkt selber zu holen, auch wenn dieses „Arbeit“, d.h. Kraftaufwand mal Weg, bereiten würde. Dieses muß die Allgemeinheit einfach ihren kleinen wie großen Mitgliedern unterstellen und zutrauen, sonst schwindelt sie sich nur selber in die Tasche (der Egoisten). Das Bürgerkapitalsystem nimmt faktisch die Bürger beim Wort, die da sagten, sie seien zur „Selbstabholarbeit“ jederzeit bereit. Insofern stellt das Bürgerkapitalsystem nicht zuletzt auch eine Art Entschädigungssystem dar, wo das Geld immer mindestens für „Milch und Honig“ nach folgendem Grundschema „vließt“:

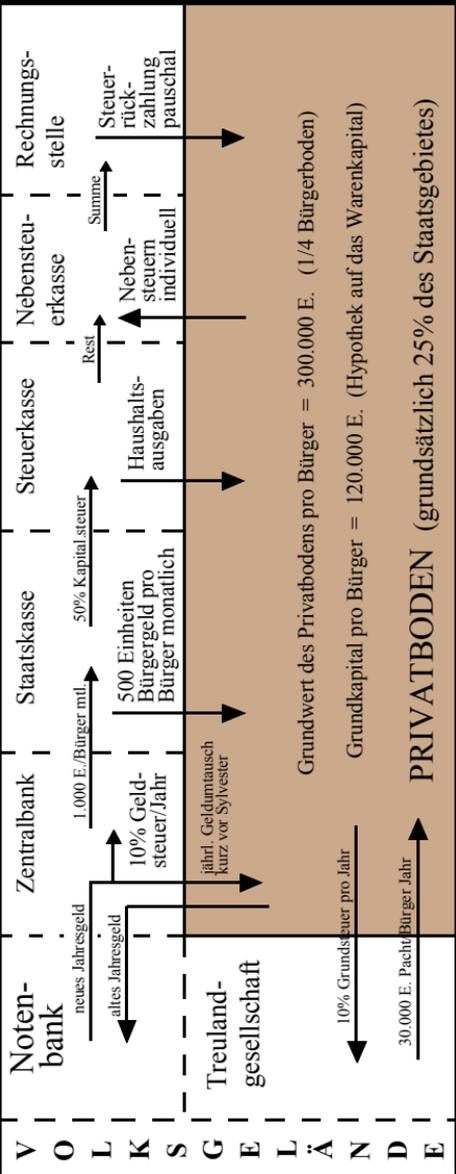
Grundschema des Bürgerkapitalsystems:

DER GROBE GARTEN

(grundsätzlich 50% des Staatsgebietes)

Reines Naturschutzgebiet

Grundwert des (gesamten) Staatsterritoriums = 1.200.000 E. x Anzahl Bürger



Was ist der Auftrag?

Die Bürger haben hier praktisch nur den in ihrem eigenen Interesse liegenden Auftrag, durch möglichst normale Leistung nach dem Verständnis des Bürgerkapitalsystems immer wenigstens das normale Kapital, das Bürgerkapital, zu halten und sich das jährlich eingezahlte Steuergeld in Höhe von 6.000 E. (50% Kapitalertragssteuer vom jährlichen „Kapitalertrag“ pro Bürger in Höhe von 12.000 E.) entweder durch einen Dienst für den Staat als Staatsbeamter, oder durch einen privaten Dienst für einen Staatsbeamten, der sich just als erster Teile des Geldes verdient hätte, (zurück) zu verdienen, wie grundsätzlich als selbständiger Bauer durch Verkauf von Lebensmitteln. Auf diese Weise verteilt sich das Geld ständig über alle Bürger, und sie haben dabei immer bereits Leistung – Staatsdienst gegen Privatdienst – miteinander getauscht, der Urzweck der Bürgerstaatswirtschaft.

Was besagt der Geldvertrag?

Damit sich dieser fruchtbare Vorgang, weil rege Austausch und dadurch rege Aufschwung auch von staatlichen gegen private Leistungen, ständig, quasi unendlich oft, wiederholen kann, setzt (spätestens) nach 10 Jahren der Ausschüttung des (neuen) Geldes in der Menge pro Kopf von 120.000 E. die Inkassoarbeit der Zentralbank, quasi einer möglichst zentral im Lande gelegenen Außenstelle der Notenbank, ein, die nunmehr – seit Ende des 10. Jahres einer (theoretisch) völligen Steuerfreiheit, abgesehen von geringen Nebensteuern und allgemeinen Bußgeldern o.ä. – jeweils 10% pro Jahr von der Geldmenge jedes einzelnen und damit folglich auch der Gesamtheit per Umtauschzwang einzieht, um diese Einnahme der Geldsteuer, des Doppelten Leitzinses, je abermals wieder der Staatskasse zuzuführen, und zwar auch dann, wenn zwischenzeitlich Teile der Geldmenge oder sogar die ganze Geldmenge ins Ausland abgewandert wäre. Der Leitzins auf das Geld macht hier keinen Halt vor großen oder fremdländischen Namen oder Orten. Ausnahmslos jede natürli-

che oder juristische Person, die dieses Geld irgendwann oder irgendwo (hin) angenommen hätte, willigte damit automatisch ein in einen bei der Notenbank des betreffenden Herkunftslandes des Geldes geschriebenen „Geldvertrag“, der die spezielle Erhebung, sprich Zahlung, der Geldsteuer mit zum Gegenstand und zur Bedingung der Annahme des Geldes ohne Ansehen je der betreffenden inländischen oder ausländischen Person, Institution, Firma oder Behörde hat, neben der Wertdeckung des Geldes durch das inländische Warenkapital. Der Geldvertrag birgt also sowohl Bedingungen, als auch Garantien. So wird durch ihn sinngemäß garantiert, daß ein – inländischer oder ausländischer – Händler, der Inländern einst Ware gegen das inländische Geld verkauft hat, später, also im Falle der Auflösung dieser Geldwirtschaft durch Rückforderung seitens der Notenbank des gesamten betreffenden Geldes des Herkunftslandes auf Verlangen der – inländischen oder ausländischen – Geldmehrheit wegen angeblicher Annahmeverweigerung des Geldes seitens des inländischen Marktes, jene Ware wieder zurück bzw. Gleichwertiges erhalten kann, wie hier durch Ersteigerung dieser von der Notenbank gepfändeten Ware. Sofern und soweit es sich dabei jedoch um verderbliche und inzwischen verdorbene bzw. vergangene Ware gehandelt hätte, traf den Händler selber die Schuld, daß er nicht zeitig (genug) vergleichbare Tauschware gekauft hätte, wodurch ein korrekter, weil rechtzeitiger, Tausch von Ware (oder Dienstleistung) zustande gekommen wäre.

Wohin wandert das Geld?

Durch diese „vielen“ Bedingungen des neuen Geldes ist es natürlich vor allem für Ausländer weniger attraktiv, aber durchaus nicht wertlos. Denn gegen dieses Geld könnten sie ja immerhin Ware dem Herkunftsland verkaufen und jeweils anschließend für dieses Geld Ware aus dem Herkunftsland kaufen, wodurch so unter dem Strich ein reiner Warentausch zustande kam und das Geld wieder dort wäre, wo es hergekommen war: im Her-

kunftsland. Und kam das Geld nicht freiwillig über den normalen privaten Tauschhandel wieder zurück, so immer jährlich ein Stückweit zwangsweise durch die Geldsteuer, so die Devisen- und Sicherung der „Treue“ des Geldes zu seinem Heimatland. Die Helden der Wirtschaft, der Kunst und des Sports können abwandern, wohin sie mögen; aber das Geld wandert immer wieder zurück in die Hände der Landestreuern, der Einheimischen! Die Einheimischen können so immer auch bedenkenlos importieren, sofern und soweit das Ausland das Geld annahm. Und soweit das Ausland das Geld nicht annahm, müssten die Einheimischen für ihren Eigenbedarf selber produzieren, so wie ja ohnehin ganz grundsätzlich von Natur aus und wodurch man dieses nicht verlernt, sondern stets in Übung bleibt, um einerseits nicht völlig ohne Beschäftigung und andererseits auch nicht völlig abhängig von dieser zur Bequemlichkeit verführenden Situation einer ständigen Belieferung aus dem Ausland zu sein. Es bliebe dem Ausland überlassen, inwieweit es sich auf einen Tauschhandel über dieses Geld zum Zwecke einer überregionalen Arbeitsteilung, wo ein Volk vielleicht nur Reis und ein anderes Volk nur Eisen herstellt, einließ; aber an einer turnusmäßigen Rückführung je eines Teiles (10%) des Geldes, ob irgendwo im Inland oder Ausland, führt kein vernünftiger Weg vorbei. Übermäßiges Geld in inländischen Tresoren ist dabei auch nicht besser als Geld im Ausland: weit weg vom Fiskus. Im Gegensatz aber zu allen anderen Wertsachen – und das ist der unschätzbare Vorteil des Geldes – ist das Geld selbst noch in den entlegendsten Winkeln der Welt, ja sogar bis an den Rand des Universums auf den Cent genau aufzuspüren, just indem – wie hier im Bürgerkapitalssystem – das Geld einem turnusmäßigen Umtauschzwang unterliegt. Dieses wäre z.B. mit Gold und Silber nicht möglich, da Gold und Silber einen Eigenwert haben und immer wieder heimlich ein- und „umgeschmolzen“ werden könnten. Man könnte nichtumgetauschtes Gold oder Silber nicht einfach offiziell für ungültig oder wertlos erklären. Dieses geht nur mit dem Geld,

dessen reiner Materialwert ja praktisch gleich Null ist. Das Geld ist mehr wie ein Schuldschein, auf dem fiktiv oder auch tatsächlich geschrieben steht: „Gegen Rückgabe dieses Geldes erhält der Überbringer Naturalien im Werte des aufgedruckten Nennwertes.“, womit aber eigentlich nicht Gold oder sonstwas Bestimmtes, sondern im Prinzip der Wert derjenigen Leistung gemeint ist, die man gerade für sein Geld erhalten hat. Und das ist, was dem Geld einen Wert gibt. Die immer besseren Produkte auf dem Markt erhöhen dann den Wert des Geldes um einen entsprechenden „Mehrwert“. Insofern ist das Geld eine Art Aktie, aber immer noch lediglich je ein Stück Papier oder Blech, das der Staat „jederzeit“ bei Zuwiderhandlung der Bedingungen des Geldes, wie halt z.B. bei Nichtumtausch, für ungültig in bezug auf das mit dieser Urkunde grundsätzlich verbundene Versprechen auf Deckung des betreffenden aufgedruckten oder eingepprägten Nennwertes erklären kann, wie hier durch ein allgemeines Annahmeverbot des nicht umgetauschten alten Geldes und gleichzeitig durch ein allgemeines Annahmegerbot des jeweils neuen Geldes auf dem freien Markt, um der Allgemeinheit unnötigen Spielraum zur Diskussion oder gar „Spekulation“ zu ersparen. Sich an Gesetze zu halten ist ungleich leichter, wenn sie erstens überhaupt geboten und zweitens auch unabdingbar sind. Allzu freie Spielräume, Kanäle und Möglichkeiten können auch in der Geldwirtschaft allzu leicht zu „Schwulitäten“ verführen.

Wie ist es mit Exporten?

Was mögliche Exporte nach dem Ausland betrifft, so ist es den Bürgern des betrachteten Landes, des „blauen Schlaraffenlandes“, grundsätzlich völlig frei gestellt, was für Gegenleistungen sie dafür, statt einer reinen Dankbarkeit, wie z.B. im Falle reiner Spenden, annehmen würden. Dieses können z.B. einfach nur andere Waren oder auch weltweit anerkannte Devisen ferner Länder sein, wie z.B. der US-Dollar. Zwar soll hier – wie eigentlich immer auf dem Weltmarkt – möglichst ein reiner Warentausch

durch Ex- und Import stattfinden, sodaß nicht nur ex- oder nur importiert wird; aber unter dem Strich ist dieses hier dadurch möglich, daß die hiesigen Exporteure, die durch Exporte in den Besitz von Devisen gelangt wären, anschließend Ware aus dem Ausland gegen dieses ausländische Geld kaufen könnten, wenn sie wollten. Und was sollten sie auch schon sonst damit anstellen? Somit regelt sich hier alles wie von selbst: Nur wer vorher Ware gegen Devisen exportiert hat, kann anschließend Ware gegen Devisen importieren. Das Ergebnis ist unter dem Strich immer ein reiner Warentausch, so wie eigentlich.

Natürlich könnte es auch hier passieren, daß manche Großhändler sehr viel Rohstoffe nach dem Ausland exportierten gegen Devisen, die sie anschließend für unnütze Dinge ausgaben oder durch Auswanderung mit nach dem Ausland nahmen. Daher ist in diesem System, in dem Bürgerkapitalsystem, die strenge Reglementierung, statt Förderung mit Millionen und Milliarden von Subventionen usw., des Großhandels an sich so wichtig. Es war – gelinde gesagt – der größte und gefährlichste Nepp aller Zeiten, zu glauben, eine Förderung des Großhandels und der industriellen Massenproduktion führe zu mehr Arbeitsplätzen oder billigeren Preisen der Waren im Laden. Statt dessen führt die Subvention der Massenproduktion per se zu mehr Rationalisierung und Monopolisierung der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit einerseits und der Wucher andererseits und die aus dieser Diskrepanz schließlich resultierende Massenarmut war so just vorprogrammiert. Bereits jeder Betriebswirt der Welt hätte diese volkswirtschaftliche Auswirkung vorhersehen müssen oder zumindest können. Dazu brauchte man keine Hellseher. Aber um aus Fehlern zu lernen, die noch nicht zu groß waren, ist es ja nie zu spät. Daher könnte hier die Erhebung eines erheblichen Ausfuhrzolls eine gewisse Schikane bilden, um tendenziell eher den Binnenhandel und weniger den Außenhandel zu fördern, solange andere Staaten sich noch nicht dem hiesigen (neuen) Wirt-

schaftssystem angeschlossen hätten. Erst nach Zusammenschluß mit anderen Staaten oder sonstigen (kleineren) Wirtschaftsräumen könnte dieser Ausfuhrzoll und damit auch die diesbezügliche Zollkontrolle aufgehoben werden. Anstelle der Erhebung von Ausfuhrzöllen kann aber als Ausfuhrschikane auch einfach ein Verbot von größeren Frachttransporten am Stück, d.h. in regelrechten größeren wie kleineren Frachttransportern, wie Lastwagen, Frachtschiffen oder Frachtflugzeugen, dienen, wovon also kleine private Ausfuhren am Körper, in wenigen Koffern oder Taschen bzw. in Kofferräumen von PKWs unbetroffen und u.U. auch unkontrolliert blieben, abgesehen von möglichst diskreten (z.B. magnetischen) Kontrollen hinsichtlich möglicher Mitführung von unerlaubten Sachen, wie z.B. Waffen.

Was leistet der Umtauschzwang?

Was mögliche Importe aus dem Ausland gegen das hiesige Geld, das „Zeitgeld“, betrifft, so könnte es dem hiesigen Fiskus prinzipiell vollkommen egal sein, ob jenes Geld auch tatsächlich zum jährlichen Umtausch gegen Gebühr bei der hiesigen Zentralbank vorgelegt würde oder nicht. Denn falls nicht, so wäre es einfach nur wertlos, weil offiziell ungültig. Man würde zumindest im „Schlaraffenland“ keine Ware mehr dafür kaufen können, weil hier alle Bürger tendenziell nur das neue Geld und davon auch nur die neueste Jahresausgabe dieser Währung annehmen würden, just weil der Staat mit gutem Beispiel voran ging und selber nur das neueste Geld annahm, wie als Steuer- oder Bußgeldzahlung der Bürger o.ä.. Der Staat braucht hier sogar das Händeln fremden Geldes oder sonstiger Zahlungsmittel neben dem offiziellen Zeitgeld nicht einmal zu verbieten. Es verbietet sich quasi von allein, da man hier letztlich immer nur mit dem offiziellen Geld seine Steuern, Nebensteuern und Grundstücksmieten oder dergleichen bezahlen könnte, die man sonst schuldig bliebe, gegen mögliche Strafe wie z.B. Gefängnisstrafe. Der Staat – es könnte auch ein irgendwo neu gegründeter sein,

wie mindestens bestehend aus 100 Bürgern auf einem Quadrat-kilometer Land – könnte hier also im Prinzip ältere oder fremde Gelder völlig ignorieren, wenn er nur „stur“ auf das eigene (neue) Geld beharrt, das für ihn als einziges Geld „recyclbar“ wäre. Denn zwecks dessen wird hier das Geld jedes Jahr in einer neuen und jeweils nur für ein Jahr gültigen Ausgabe der gleichen Währung je einer anderen Farbe oder deutlich sichtbaren Jahreszahl, also Zahl des betreffenden Jahres der Gültigkeit, von der Zentralbank herausgegeben, und zwar just auch dann, wenn überhaupt nichts von dem alten Geld des Vorjahres abgegeben und umgetauscht wurde, was aber relativ unwahrscheinlich wäre. Aber selbst dann gibt die Zentralbank einfach – wie ohnehin vorgesehen – jeden Monat 1.000 E. pro einheimischen Bürger über die Staatskasse in den einheimischen Umlauf, sodaß wiederum grundsätzlich nach 10 Jahren die volle Geldmenge im Umlauf erreicht wäre. Schlimmstenfalls würde es sogar die Staatskasse nicht stören, wenn die Bürger das Geld immer sofort nach Erhalt, wie z.B. als Gehalt je eines Beamten oder sonstigen Staatsdieners, in den Gully oder Ofen schmeißen würden. Denn das Geld gelangt hier ja immer zuerst in die Staatskasse und erst anschließend teils als Bürgergeld und teils als Haushaltsausgabe an die Beamten und an die anderen Bürger oder ansonsten über die jährliche Steuerrückzahlung, namentlich als Weihnachtsgeld, in die Hände der Bürger, womit immer ausschließlich die einheimischen Einwohner, einschließlich der Kinder, gemeint sind. Die regelmäßige Geldmenge pro Kopf der einheimischen Bevölkerung liegt so letztlich immer bei 120.000 E., die anfängliche aber immer mindestens so um 12.000 E., bei – wie hier – einer regelmäßigen Ausschüttung von 12.000 E. im Jahr pro Bürger.

Was reguliert die Geldmenge?

Die jährliche Geldsteuer von 10% auf allen Besitz des Zeitgeldes am Ende des jeweiligen Jahres, völlig unabhängig von Art und Namen der in- oder ausländischen Besitzer dieses Geldes,

wie Bürger, Firmen und auch sämtliche behördlichen Stellen usw. außerhalb der Notenbank selbst, hat die beabsichtigte Wirkung je einer kleinen Währungsreform, die verhindert, daß die Geldmenge irgendwann einmal zu groß oder zu klein werden könnte, abgesehen zunächst einmal von der Frage der möglichst gerechten und nützlichen Verteilung des Geldes innerhalb seiner Menge. Dieses geschieht dadurch, daß bei einer Geldmenge pro Kopf von (versehentlich o.ä.) mehr als 120.000 E. der Ertrag der Geldsteuer höher, also höher als 12.000 E. pro Kopf, liegen würde als die jährliche Ausschüttung der Zentralbank in den öffentlichen Umlauf von konsequent und unverändert 12.000 E. pro Kopf. Dadurch verringerte sich automatisch die zu hohe Geldmenge, weil die Einnahmeüberschüsse der Geldsteuer nicht wieder zurück in den Umlauf gebracht, sondern grundsätzlich vernichtet würden. Auf diese Weise würde auch mögliches Falschgeld immer wieder aus dem Verkehr gezogen, selbst dann, wenn man es (auch bei der Zentralbank) nicht als Falschgeld erkennen würde. Es würde einfach als Geldmengenüberschuß immer wieder ausgespült. Aus diesem Grund auch soll – nebenbei gesagt – das Bargeld niemals durch rein elektronisches Zahlengeld – wie zu Beginn dieses Buches vorgeschlagen – von Grund auf ersetzt oder durch gültigkeitsverlängernde Klebmarken – wie einst von Silvio Gesell vorgeschlagen – „zersetzt“ werden oder dergleichen, just da ganze intakte Bargeldscheine (und -münzen) summa summarum schwerer zu fälschen sind als elektronische Zahlen oder Klebmarken in der Größe von Briefmarken. Bei einer geringeren Geldmenge als normal, also geringer als 120.000 E. pro Kopf (durchschnittlich pro Bürger), ist die Einnahme der Geldsteuer einstweilen geringer als die Geldausschüttung pro Kopf im Jahr von 12.000 E., wodurch sich die Geldmenge automatisch erhöht. Die quasi fehlenden Einnahmen der Geldsteuer werden in diesem Falle just durch Neudruck der Differenz bis zum Normalbetrag von 12.000 E. pro Kopf im Jahr ersetzt. Erst bei Erreichen der idealen „regelmäßigen“

Geldmenge pro Kopf von 120.000 E. ist die Einziehung durch die Geldsteuer identisch mit der Ausschüttung des Geldes durch den Geldertrag oder auch „Kapitalertrag“, der eine Art Kapitalmietzertrag, eine Mietzahlung auf den Kapitalbesitz, ist, wobei aber die Geldausschüttung über die Staatskasse stets monatlich, also Monat für Monat in Höhe von 1.000 E. pro Bürger, erfolgen soll, um sich so stets der monatlich aktualisierten Bürgerzahl anpassen zu können. Die Geldmenge vergrößert oder verringert sich dadurch automatisch, je nach dem, wie sich die Bürgerzahl verhält, bleibt aber dabei regelmäßig „dennoch“ bzw. gerade deshalb bei 120.000 E. pro Kopf. Die „spezifische Geldmenge“, d.h. die angestrebte (durchschnittliche) Geldmenge pro Kopf, bleibt so immer gleich. Dieses ist wichtig, um indirekte Deflation zu vermeiden, d.h. also eine Abnahme des Geldvermögens pro Bürger bei alleiniger Erhöhung der Bürgerzahl und starr bleibender Geldmenge insgesamt. Die Folgen von Deflation aber sind bzw. wären generell verheerender als die von Inflation, weil bei der Deflation immer erst einstweilen die Preise (im Verhältnis) höher sind als die Einkommen bzw. Geldvermögen der Normalbürger, während bei Inflation – genau umgekehrt – die allgemeinen Warenpreise immer zunächst einmal (im Verhältnis) kleiner sind als die Einkommen bzw. Geldvermögen der Normalbürger, der „Durchschnittsbürger“. Dennoch soll aber hier auch Inflation verhindert werden, indem die spezifische Geldmenge und alle maßgeblichen Grundwerte und Zahlungen, wie z.B. des Bürgergeldes, stets auf gleicher Höhe gehalten werden, was nicht heißt, daß deswegen nicht Beamte o.ä. einkalkulierte Gehaltserhöhungen im Laufe bestimmter (begrenzter) Zeiten erhalten können. Eine höhere „totale Geldmenge“ bei höherer Bürgerzahl ist jedoch keine Inflation in diesem Sinne.

Gibt es eine gesetzliche Krankenversicherung?

Je mehr Bürger im Umlauf, desto mehr Geld der Notenbank im Umlauf und desto größer automatisch auch die Erträge der Ka-

pitalertragssteuer, der hier eigentlich einzigen Steuer zur Finanzierung des staatlichen Haushaltes, sodaß entsprechend der Zahl der Bürger immer genug Haushalt getätigt, sprich genug Straßen und Platze gebaut, Schüler unterrichtet und Polizeipatrouillen für mehr Sicherheit auf den Straßen entsendet werden können usw.. Durch Bezahlung „seiner Steuer“, die automatisch immer zu 50% von dem monatlichen Kapitalertrag, jener Geldausschüttung der Zentralbank an die Staatskasse, in die Steuerkasse abgeführt wird, ist jeder Bürger samt seiner etwaigen Kinder oder auch Enkelkinder nicht nur gegen den Fall mangelnder Staatsverwaltung, mangelnder Schulen und mangelnder oder mangelhafter Straßen usw., sondern auch mangelhafter Gesundheit versichert, sprich jeder ist automatisch und ohne weitere Kosten krankenversichert bei einer schlicht steuerfinanzierten gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die ihre eigenen von ihr auserwählten Ärzte und Heime unterhält, um so die Kosten, als auch die tatsächlichen Leistungen des Personals besser unter Kontrolle zu haben. Es sollen so nicht länger die eitrigen Wucherungen „mancher“ der heutigen allzu freien Ärzte unterstützt werden. Jedoch können betreffende Patienten, die sich von den ausgesuchten (preiswerten) Ärzten nicht korrekt behandelt fühlten, Beschwerde bei höherer Stelle mit Kontrollfunktion einlegen, sodaß notfalls andere, bessere Ärzte herangezogen werden könnten und müßten, die eine grundsätzlich sichere Stellung quasi beim Staat und bei gutem, aber nicht übertriebenem Gehalt einer Selbständigkeit auf dem Markt von nur noch wenigen verbleibenden Privatpatienten vorziehen würden.

Gibt es noch andere Versicherungen?

Was andere Versicherungen betrifft, so gibt es im Bürgerkapitalsystem grundsätzlich keine gesonderte Renten- oder Arbeitslosenversicherung, sondern nur das Bürgergeld, das aber quasi die Leistung einer gesetzlichen Sozialversicherung darstellt, da es in der Jugend, ab Volljährigkeit, wie hier mit 20 vollendeten

Lebensjahren, bis ca. zum 30. Lebensjahr als pauschale Ausbildungsförderung, ab 30 bis 65 Jahren als Arbeitslosengeld oder Ausgleich von Unterbezahlung nach dem Kombilohnprinzip und ab 65 Jahren bis zum (möglichen) Tode nahtlos als eine Grundrente dienen soll. Von dem Bürgergeld können aber nach Belieben und soweit der Betrag reicht auch noch zusätzlich diverse Privatversicherungen bestritten werden, wie z.B. Haftpflicht- und Hausratversicherungen oder auch weitergehende Renten- und Krankenversicherungen usw.. Das Bürgergeld in Höhe von 500 E. soll aber bewußt nicht jeden, sondern nur den Grundbedarf abdecken, damit noch eine gewisse Restnotwendigkeit, zu arbeiten, besteht. Da aber in einer modernen Produktionswirtschaft mit hoher Produktivität, wo quasi einer für zwei oder auch für vier bis 10 Arbeiter arbeitet bzw. Maschinen arbeiten läßt, per se nicht mehr jedem ein Arbeitsplatz in der Produktion vergönnt sein kann und auch nicht muß, soll das Bürgergeld vor allem als eine Art Lohnersatz dienen. Es ist schlicht der Luxus einer modernen Produktionsgesellschaft, wenn hauptsächlich Maschinen die schwere körperliche Arbeit verrichten, während die meisten Menschen dann mehr im Bereich Kunst, Wissenschaft und Kultur im allgemeinen tätig werden können, ohne aber zwingend notwendiger Weise davon den vollen Unterhalt bestreiten können zu müssen. Die moderne Arbeitsteilung findet hier nicht zwischen Stahl- und Kohlearbeitern, sondern mehr zwischen Produktion und Kunst statt. Da es aber in der Kunst noch schwieriger ist, Erfolg vorherzusehen, soll das Bürgergeld in seiner besonderen Eigenschaft auch als Künstlerförderung bewußt völlig ohne Bedingungen oder Prüfungen an jedermann und jederfrau nahtlos und ununterbrochen bis zum Tode oder bis zum Tage einer Auswanderung der betreffenden Person, was hier faktisch gleichgestellt ist, weil in beiden Fällen kein Bürgergeld mehr an die betreffende Person gezahlt und ein eventuelles Kontoguthaben bei der Zentralbank bei einem Kontostand (durch die Steuer) von unter 200 E. gelöscht wird, damit das

Konto bald aufgelöst werden kann, gezahlt werden. Diese Leistung einer Art Kulturversicherung ist kein Geschenk, sondern wird hier schlicht über die Geldsteuer von den Bürgern selbst finanziert. Es ist eine selbstfinanzierende Kulturversicherung, ohne die zwangsläufig mit einer Kultur von Kriminalität, Prostitution und Gewalt zu rechnen ist. Das Bürgergeld und das Bürgerkapital an sich, wie prinzipiell zu Beginn in Höhe von 120.000 E. pro Bürger, soll in der Hauptsache als Finanzierung und erst in zweiter Linie als Belohnung von Leistung dienen, vergleichbar je einem Subventionskredit, eingedenk dessen, daß ja selbst ein Bewerber um einen einfachen Job immer zunächst einmal Geld investieren muß, wie z.B. in Kleidung, um später einmal dieses Geld wieder zurück verdient zu haben, geschweige denn einen „Gewinn“ erzielt zu haben. Die eigentliche Belohnung seiner Leistung ist aber am Schluß immer „nur“ der Tausch seiner Dienstleistung gegen die eines anderen, indem er seinen etwaigen Gewinn an Geld beispielsweise für Waren aus dem Supermarkt ausgibt, um anschließend wieder den gleichen Kapitalstand wie vorher inne zu haben, sprich das Bürgerkapital im fiktiven Nennwert von 120.000 E.. Dieses erscheint zwar für einen „Normalbürger“ viel; aber aus Sicht eines Milliardärs ist es eine Beleidigung. Daran sieht man schon, wie ungleich heute das Kapital verteilt ist. Und dieser Umstand ist keineswegs einer regen Marktwirtschaft nützlich. Im Gegenteil. Es blockiert sie, weiter nichts. Zwar gehört es irgendwo dazu, Kapital anhäufen zu können, um sich für Leistung belohnt zu fühlen; aber andererseits müssen die Belohnungen ja nicht unbedingt längerfristig in Form von mehr Land oder Geld (als normal), sondern können z.B. in Form von Gold, Juwelen oder wertvollen Kunstgegenständen in einer immer schöneren Villa bestehen. Und darin besteht hier das eigentliche Wachstum, nämlich das Wachstum erst einer gewissen Quantität des Besitzes und ab einer gewissen erreichten Größe „nur“ noch der Qualität des Besitzes bzw. des Lebens, sprich der Lebensqualität! Denn man muß ja bedenken,

daß die Lebensqualität auf der Erde, sprich in einer materiellen Welt, zwar auch – bis zu einem gewissen Grade – von der Menge oder Größe eines möglichen Besitzes abhängt, daß aber andererseits der Aufwand zur Erhaltung des vollen Wertes eines immer größeren Besitzes, wie z.B. eines immer größeren Hauses, gleichermaßen immer höher wird und irgendwann aufgrund der hohen Wertabschreibung des Objektes nicht mehr getragen werden kann, im buchstäblichen Sinne. Das Ergebnis einer solchen Fehlkalkulation können dann ganze Trabantenstädte einsturzgefährdeter oder zumindest schrottreifer Wolkenkratzer sein. Daher endet die Größe je eines Hauses – bei Vernunft – spätestens dort, wo je ein Bürger und Besitzer dieses Hauses sich die Instandhaltungskosten immer gerade noch leisten kann. Das Geld selbst soll jedenfalls immer „nur“ als eine Art Zwischenkapital oder halt Tauschkapital dienen. Daher muß es demzufolge immer wieder über eine Umlaufsicherung des Geldes – wie beschrieben – einem angestrebten Gleichgewicht zurückgeführt werden, sodaß tendenziell immer wieder jeder Bürger über 120.000 E. als finanzielle Kapitaldecke über dem Boden, als Spielraum für Anschaffung oder Investition oder einfach als jederzeit flüssige Sicherheit für überraschende Notfälle, verfügt. Alles andere ist schlicht Elend und keines Menschen würdig. Der Grundbesitz und der Anspruch auf das Bürgerkapital ist (in dem Bürgerkapitalsystem) nicht das Besondere, sondern das Normale. Eine Welt, in der die meisten Menschen nicht wissen, wie es am nächsten Tag weitergehen soll, und null Besitz, null Sicherheit und null Anspruch haben, ist schlicht eine Lüge, angesichts des unermesslichen, wenn auch nicht unerschöpflichen, Reichtums der Erde in materieller wie immaterieller Hinsicht. Vom Meditieren allein könnte sich auch der begabteste Asket nicht lange ernähren. Der von manchen Religionen angemahnte Verzicht kann sich dann eigentlich nicht auf die Armen, sondern nur (zuerst) auf die Reichen beziehen, d.h. im Prinzip nur auf einen Verzicht auf übermäßiges Kapital. Rein mathematisch ist

der vorgeschlagene „Bürgerreichtum“ jedenfalls „nur“ exakt der normale, d.h. durchschnittlich große, Reichtum, in der Gesamtheit immer gemessen an dem Reichtum der Erde, d.h. eigentlich nur dem Boden der Erde samt dem, was sich – wie bei einer Pizza – darauf befindet, geteilt durch die Anzahl aller Bürger, weiter nichts. Je mehr Bürger es also bei gleicher Größe der Erde gibt, desto ärmer werden sie schließlich sein. Das ist die einzige natürliche Armut, die aber behoben werden kann, wenngleich auch, abgesehen von einem umfassenden Umweltschutz, nur durch eine humane Form von Populationskontrolle, wenn nicht Kriege letztere Arbeit übernehmen sollen. Bei den heutigen Waffen aber, könnte wohl niemand mehr bei einem Krieg noch von Kontrolle reden. Das beste Mittel wiederum, um Kriege zu verhindern, ist, man gibt den Staaten und Bürgern der Welt ihr eigenes Kapital (zurück) und beteiligt sie sodann an einer wirklich gerechten und konstruktiven Weltwirtschaft, damit sie etwas zu verlieren haben, das sie nicht verlieren wollen und das sie sich nicht erst durch Krieg und Kriegsdienst zu „verdienen“ brauchten. Dann hätte das Böse ausgespielt, weil niemand mehr einen materiellen Grund hätte, einen Angriffskrieg zu führen. Und irgendwie sind es ja auf Erden meistens materielle Gründe. Denn dieses ist zur Hälfte eine materielle Welt.

Was tun bei Kapitalverlust?

Wenn Bürger jenes Kapital verlieren – wodurch auch immer –, so wird hier dieser Verlust immer wieder turnusmäßig über die Bürgerkapitalversicherung durch die Geldsteuer vom Geldkapital zum Geldertrag (Bürgergeld) ersetzt, wenn auch bewußt immer nur allmählich, damit die Bürger verantwortungsbewußt, aber auch nicht zu sparsam mit dem Geld umgehen. Der Wirtschaft, die ja möglichst viel Geld verdienen will, kann diese turnusmäßige Rehabilitation der „Verlierer“ auf jeden Fall nur recht sein. Die neue Ausgabe des Geldes wird möglichst immer aus dem Papier und Metall des alten (umgetauschten) Geldes re-

cycelt. Diese Arbeit wird von speziellen Staatsdienern ausgeführt, die praktisch in der hauseigenen Notendruckerei der Notenbank arbeiten. Die etwaigen durch möglichen Nichtumtausch fehlenden Geldbeträge werden stets just durch Neudruck ersetzt. Prinzipiell kann aber davon ausgegangen werden, daß niemand durch Nichtumtausch Geldwert verlieren will, sodaß stets mit einem quasi perfekten Recycling hinsichtlich des Materials, als auch der Geldmenge an sich gerechnet werden kann.

Wie wird Leistung definiert?

Alle möglichen Transaktionen oder Geldtransfers beliebiger Art sollen grundsätzlich jeweils innerhalb eines Jahres abgewickelt worden sein, damit praktisch immer nur ein reiner Warentausch oder Tausch von Dienstleistungen stattgefunden hätte und das Kapital wieder gleichmäßig verteilt wäre, im Idealfall also bei 120.000 E. pro Bürger. Denn am (theoretischen) Schluß soll ja möglichst jeder Bürger wieder das der Notenbank geschuldete Geld ihr zurück geben können, um dann wieder schuldenfrei auf seinem eigenen Grundstück verweilen zu können, quasi bis zum nächsten Geldsystem, falls gewünscht. Die Strafe für einen Verstoß gegen dieses „Gewinnverbot“ ist aber nicht ein Freiheitsentzug im Gefängnis, sondern quasi eine Geldstrafe, d.h. „nur“ ein entsprechender Geldentzug über die Geldsteuer, den Doppelten Leitzins, der dazu verleiten soll, möglichst keine (hohen) Gewinne des Geldes innerhalb je eines Jahres, geschweige denn innerhalb eines ganzen Menschenlebens und darüber hinaus, aufzutürmen, damit eben nicht erst – so wie heute – die Regierung (vergeblich) an die „Wirtschaft“, diese Gastwirtschaft, wo die normalen Bürger zunehmend zu Zaungästen werden, appellieren muß, mehr zu „investieren“, anstatt schlicht zu kaufen, bis daß wieder ein Ausgleich des Kapitals erreicht ist. Denn in was für ein Geschäft sollte jemand noch investieren, der bereits alles Geld und Wertkapital besitzt? Nein, die Lösung dieses Problems einer zu ungleichmäßigen Verteilung des Wert- und Lebenskapital-

tals von Geld und Boden ist nicht die immer weitere Investition in immer neue Geschäfte bis zum nächsten Börsencrash, sondern ist just ein regelmäßiges Wiederausgeben des Geldes, notfalls dann halt – bei verbliebenem Überschuß – in die Staatskasse. Da aber die Geldsteuer nur 10% pro Jahr beträgt, könnten sich selbst Millionengewinne noch einige Jahre halten, schrumpften aber innerhalb von 10 bis 15 Jahren allmählich gegen null, sofern und soweit sie nicht durch neue Unternehmensleistung auf dem Markt erneuert wurden. Dieser gewollte Effekt einer Zurückstufung plötzlich untätig gewordener Großbetriebe herab auf die normale Mittelständigkeit, was den Kapitalbesitz betrifft, verwirklicht erstmals das eigentliche Leistungsprinzip, wo nur bei entsprechend hoher (dauerhafter) Arbeit pro Zeiteinheit (pro Jahr) ein entsprechend hoher (dauerhafter) Kapitalstand gehalten werden kann, der also bei nachlassender Leistung entsprechend schrumpft, vergleichbar der schrumpfenden Weltranglistenposition eines alternden oder lustlos bzw. aus was für Gründen auch immer erfolglos gewordenen Sportlers. Der Geldbesitz hat – ähnlich wie auch der Bodenbesitz – einen unendlich hohen, nicht bezifferbaren Nutzwert und kann daher nicht rechtens durch einmalige Leistung endlos lange gehalten werden, sondern allenfalls Dinge, auf welche die Allgemeinheit notfalls jederzeit verzichten könnte, wie z.B. auf Gold, Edelsteine, Kunstgegenstände und sonstige dingliche Spekulationsobjekte o.ä.. Die Prioritäten sind hier einfach andere, und jeder einzelne (Unternehmer) hätte ggf. seine Prioritäten neu zu definieren. Ohnehin war es ja – von Natur aus – nie das Geld, das Reichtum ausmachte, sondern allenfalls wertvolle Naturalien, wie z.B. Pferde, Rinder oder Schafe oder in der Moderne auch prunkvolle Häuser. Das Geld aber war und muß Tauschmittel bleiben und darf nicht irgendwo im Getriebe versickern, auch dann nicht, wenn darauf irgendwann einmalig irgendeine Teilsteuern, wie Einkommen- oder Gewerbesteuer, gezahlt wurde. Nur eine regelmäßige Steuer immer wieder direkt auf das Geld-

vermögen, wie hier die Geldsteuer, kann ein allmähliches Ver-sacken, im wahrsten Sinne, des Geldes irgendwo in den toten Winkeln der kapitalistischen Mißwirtschaft verhindern, und genau darum geht's! Die Höhe des Kapitalbesitzes soll nicht länger Ausdruck dessen sein, was jemand geleistet hat, sondern leistet! Das ist schlicht der mathematische Unterschied zwischen geleisteter Arbeit und Arbeitsleistung. Leistung = Arbeit / Zeit.

Wie wird das Geld definiert?

Die durch diese Geldstrafe Begünstigten sind ganz automatisch immer diejenigen Bürger, die jeweils zum Ende des Jahres weniger Geld als durchschnittlich, also weniger als 120.000 E. (vergleichbar mit 120.000 Euro), vorweisen konnten. Dieses hat den gewollten Effekt einer Umlaufsicherung des Geldes, der automatisch dadurch zustande kommt, daß die Geldsteuer immer prozentual nach dem Mengensteuerprinzip erhoben und jeweils anschließend (im Laufe des nächsten Jahres) nach dem Kopfsteuerprinzip zu gleichen betragsmäßigen Teilen wieder an alle Bürger ausgezahlt wird. Die wirtschaftstheoretische Rechtfertigung dieses Verfahrens quasi einer Bürgergeldversicherung besteht in der Hauptsache darin, daß es nach den Prinzipien einer gerechten und mathematisch korrekten Marktwirtschaft nicht angeht und nicht angehen kann, daß jemand zwar einmalig Ware oder Dienstleistung gegen Geld tauscht, nicht aber umgehend wieder dieses Geld gegen (andere) Ware oder Dienstleistung zurück (in den Markt). Diese Halbtauschpraxis der heutigen Wirtschaft, respektive von Teilen der Wirtschaft, ruiniert die Marktwirtschaft an sich, die auf ein ständiges, mehr oder weniger gleichmäßiges Hin-und-her des Geldes, das sich nicht von allein vermehren kann, angewiesen ist. Das Geld ist quasi zu wertvoll, weil zu knapp, als daß es jemand rechtens dauerhaft vom Markt zurückhalten könnte, es sei denn, er erbringt dafür permanent eine entsprechend hohe Leistung für die Verbraucher. Das wäre quasi der Preis für Gewinnsucht. Denn da das Geld nicht irgend-

wo wie Birnen am Baum nachwächst, sondern ein limitiertes Dauerkapital – ähnlich wie Gold – ist, kann ein Geldgewinn nicht einfach nur einen einmaligen, sondern muß einen sich wiederholenden Preis haben, wie in Form einer ständig neuen Lieferung von Produkten, wie z.B. Birnen. Denn Birnen wachsen nach auf der einen und vergehen auf der anderen Seite. Das ist der kategorische Unterschied des Geldes – wie im Prinzip der jedes Dauerkapitals – zu dem vergänglichen Zeitkapital eben z. B. einer gepflückten Birne, deren Wert mit der Zeit vergeht. Daher kann das Geld – genau wie auch ein Grundstück – praktisch niemals verkauft, also unwiderruflich getauscht, werden, sondern „eigentlich“ immer nur „vermietet“.

Das Bürgerkapitalsystem trägt diesem Umstand im wahrsten Sinne Rechnung. Denn seine ganz kategorische Erklärung und Behandlung des Geldes als „Mietsache“ durch Erhebung eines Leitzinses im Sinne und Effekt eines Mietzinses in Form einer Steuer direkt auf den jeweiligen Besitz, die Inhaberschaft, des Geldes sorgt immer automatisch in dem Moment und in dem Maße, wo und wie sehr Geld „unterschlagen“, aus dem Gleichgewicht der Gesamtheit gebracht, wurde, für eine Linderung der Symptome bis hin tendenziell immer zu einem völligen Finanzausgleich zwischen den Bürgern. Die Draufzahler dieser Kapitalversicherung wären hier sozusagen immer die Mieter, quasi die Reichen, und die Begünstigten quasi immer die Vermieter des Geldes, quasi die Armen, also Mittellosen, bis daß jener Finanzausgleich theoretisch irgendwann wieder eine spiegelglatte Oberfläche des Geldmeeres über den Bürgern, die quasi bis zur Brieftasche im Wasser des Geldes stehen, hergestellt hätte. Die Gefahr eines „Schmarotzertums“ ist nach modernen ökonomischen Gesichtspunkten, wo ja heute immer mehr Arbeit von Maschinen erledigt wird, per Definition nicht existent, solange Händler freiwillig Ware gegen Geld auf dem Markt anbieten und jeder Arme auch von sich aus heraus daran interessiert ist,

seinen geringen Kapitalstand, wie z.B. nach einer Fehlinvestition seines Geldes oder just nach quasi erstmaligen Einkäufen als neuer Bürger des Systems, durch eigene Leistung zu erhöhen, immer mindestens bis zum Normalstand der Inhaberschaft eines Privatgrundstücks (bei Anmeldung von Eigenbedarf) als vierten Teil des Normalgrundstücks, zuzüglich einer Verbindlichkeit von 120.000 E. in Form von Geld, zwecks Inhaberschaft eines gewissen Festkapitals und einer gewissen, nicht zu hohen Flüssigkapitalreserve zur Überbrückung schwieriger (arbeitsloser) Zeiten, wie z.B. zum Zwecke einer etwas längeren Babypause, oder für spontane Transaktionen auf dem Markt, eingedenk dessen, daß ja in einer Geldwirtschaft immer einer den Anfang machen und etwas kaufen muß, während dieser dann praktisch erst irgendwann später wieder selber etwas verkaufen könnte, und sei es nur seine Arbeitskraft. Jeder braucht also im wahrsten Sinne Kredit! Ein Armer, der z.B. immer nur das Bürgergeld Monat für Monat ausgeben würde, ohne selbst zu arbeiten, außer als Vermieter seines Geldanteils, könnte hier zwar dauerhaft leben ohne (hart) zu arbeiten, sofern seine Arbeitskraft nicht benötigt würde, um zu produzieren; aber seine Geldreserve wäre immer gleich null, und er könnte daher nicht spontan reagieren, wenn entweder akute Not am Mann, wie z.B. in der Verwandtschaft oder Bekanntschaft, herrschte, oder z.B. gerade das einmalige Sonderangebot eines preiswerten Segelbootes (für 120.000 E.) frohlocken würde o.ä.. Das ist wahrhaft Armut! Will sagen: Der Normalkapitalstand eines Bürgers in bezug auf das Geldvermögen beträgt nicht Null, sondern (hier) 120.000 E.! Dieser Stand muß aber auch nach diesem Modell immer wieder durch eigene Leistung verteidigt werden. Geht hier beispielsweise jemand immer nur kaufen, ohne irgendwann selbst mal etwas zu verkaufen, so schrumpfte dessen Geldvermögen praktisch auf Null und könnte auch durch das regelmäßige Bürgergeld nicht wieder erreicht werden, wenn es immer regelmäßig ausgegeben würde. Der Nachteil eines „Sozialschmarotzens“ wäre hier just der ei-

nes Verzichts auf die Kapitaldecke zugunsten derjenigen, die sich durch Warenverkäufe an die Besitzlosen für deren Bürgergeld eine entsprechend höhere finanzielle Kapitaldecke gewünscht und auch verdient hätten. Dennoch gibt es hier von staatswegen keine Garantie, daß für das Bürgergeld immer und für alle ausreichend preiswerte Ware in den Regalen der Supermärkte oder Kaufhäuser bereitliegt, es sei denn in bezug auf das Brot bzw. im Idealfalle in bezug auf einen „Grundwarenkorb“, der eine bestimmte Auswahl der lebenswichtigsten Nahrungsmittel und sonstigen Lebensmittel, wie auch Strom und Seife usw., zu dauerhaft günstigen „genormten“ Preisen beinhaltet, die sogar bewußt vom Staat selber, d.h. mit gut bezahlter Arbeit freiwilliger Helfer aus dem Volk, hergestellt würden, um gewissermaßen der Privatwirtschaft Konkurrenz zu machen bzw. einen Gegenpol zu setzen, um so das Bürgergeld, die Staatsgehälter und das Geld an sich vor einem sonst möglichen Monopol der Privatwirtschaft zu schützen und dadurch den Wert des Geldes an sich hoch bzw. dauerhaft stabil zu halten. Denn was nütze schon ein stabiles Gehalt und/oder Bürgergeld, wenn die allgemeinen Preise auch für Grundwaren ständig weiter wucherten?

Der materielle Anreiz, zu den Produzenten zu gehören, sprich etwas zu produzieren und zu verkaufen, besteht – auch hier – für jeden hauptsächlich darin, später selber entsprechend mehr kaufen zu können, anstatt nur von einer sozialen Unterstützung oder dergleichen zu leben. Nur darf halt hier nicht zu lange darauf spekuliert und zu spät reagiert werden, wollte man unnötige Verluste durch den jährlichen Geldsteuerabzug vermeiden. Das ist der produktive Unterschied, der passionierte notorische Verkäufer praktisch dazu zwang, bei Zeiten auch wieder selber und in entsprechendem Maße zu den Käufern zu gehören, quasi immer nach Dienstscluß. Dennoch ist hier sogar der alljährliche Umtausch des Geldes zum Zwecke der für eine adäquate ewige Umlaufsicherung notwendigen Erhebung der Geldsteuer voll-

kommen freiwillig. Nur willigte derjenige, der nicht umtauscht, automatisch in einen nicht nur 10%igen, sondern 100%igen Wertverlust seines (alten) Geldes ein. Da dieses aber niemand beabsichtigen wird, kann mit einer gewissen Mindestrotation des Geldes und „Mindestankurbelung“ der Wirtschaft gerechnet werden. Zwecks dieser automatischen fließenden Regulierung braucht der Nennwert, die nominelle Höhe, des Bürgergeldes niemals verändert zu werden. Würde nichts produziert und nichts auf dem Markt zum Kauf angeboten, so wäre der Marktwert des Bürgergeldes automatisch gleich Null. Die Bürger müßten dann entweder eine Arbeit bei einem Produzenten, wie in der Privatwirtschaft oder beim Staat, annehmen, um so wieder für (mehr) Ware auf dem Markt und für mehr Geld in der eigenen Tasche zu sorgen, oder zurück auf das eigene Grundstück zur Selbstversorgung gehen. Aber um ein gewisses Maß an Arbeit kämen sie – so oder so – nicht herum. Denn das Geld allein stellt ja noch keinen Wert dar. Das Geld kann man nicht essen, und der Mehrwert des Geldes, der durch immer größere Produktion steigt, geht in gleichem Maße gegen Null, wenn keine Produktion stattfindet und keine Ware im Laden liegt, wie z.B. bei Stillstand der Maschinen wegen Stromausfall. Solange aber die Maschinen laufen und sehr kostengünstig viel Ware produzieren, wäre ein Leben vieler oder gar – im Extremfall – aller Leute allein vom Bürgergeld nur der verdiente Erfolg einer „autoproduktiven Gesellschaft“. Dieses wäre absolut legitim und voll im Sinne des Bürgerkapitalsystems, das endlich und mit Vorrang eine stärkere Beteiligung des einfachen Verbrauchers an den heute immer größeren Produktionsvorteilen durch die Maschinen erreichen will. Das Problem ist heute nicht die Produktion, sondern die mangelnde Kaufkraft seitens der Verbraucher, die so die Produktion hemmt, bis hin u.U. zu einem völligen Stillstand der Maschinen und der Produktion. Dieses kann nicht im Sinne der Produktion sein. Daher ist die Rückführung immer jeweils des zehnten Teils des Geldkapitals pro Jahr, zur Hälfte di-

rekt über das Bürgergeld, nicht nur sozial, sondern sogar schon aus ganz wirtschaftspraktischen Gesichtspunkten heraus unerlässlich, in einer Zeit, wo durch zunehmenden Ersatz von Arbeitern durch Maschinen das Ventil der Arbeit zur Rückführung des Geldes quasi technisch überholt ist und nicht einmal mehr wenigstens einen nennenswerten Teil der Geldmenge rückführt. Es bedarf gewissermaßen heuer einer Kombirückführung des Geldes durch Arbeitslöhne einerseits und durch Bürgergeld (für jeden) andererseits. Es ist schlicht ein Lügner oder fahrlässig Unwissender, der behauptet, das Soziale sei unrationell, unpraktisch oder nicht zweckmäßig in bezug auf Produktion, Wohlstand, Freiheit und Frieden. Es mag jedoch sein, daß Lügner andere Zwecke verfolgen als die Schaffung einer sozialen Welt.

Was schützt vor einer Währungsreform?

Der Wert des Geldes wird von den einfachen Verbrauchern, die es üppig und gern ausgeben, ständig unterschätzt, während z.B. Banken und sonstige Kreditgeber das Geld immer nur vermieten, gegen Zinsen (Mietzinsen). Dieses ist ja auch der Grund, warum der Staat ewig (vergeblich) die Wirtschaft, sprich die Reichen an sich, „beschwört“, das überschüssige erwirtschaftete Geld wieder in den Markt zurück zu geben, zu „investieren“. Weil er weis, daß sonst die Wirtschaft als solche zusammenbricht, zum Nachteil sogar auch der Reichen. Denn wenn plötzlich eine Währungsreform notwendig würde, hätte das alte Geld wohl nicht mehr einen solchen Wert, keinen Marktwert. Dann ist es eigentlich besser, man vollzieht jedes Jahr eine kleine Miniwährungsreform, wie durch die vorgeschlagene Geldsteuer. Denn dann kann dieses heutige Problem einer riesig klaffenden Schere zwischen arm und reich gar nicht erst entstehen.

Wie kann mehr natürliche Beschäftigung erzielt werden?

Wenn also Armut bereits dadurch beseitigt werden könnte, daß man jedem Bürger jeden Monat einen gewissen, nicht zu hohen

Betrag an Geld zur freien Verfügung stellen würde, so machte sich jeder, der etwas dagegen vorzubringen hätte, verdächtig, per se etwas gegen die Beseitigung der Armut zu haben. Denn was könnte schon Schlimmes passieren, wenn man jedem ein adäquates Bürgergeld gäbe? Richtig! Es könnte passieren, daß plötzlich niemand mehr bei einem Arbeitgeber (für einen Hungerlohn) arbeiten geht, sondern jeder von diesem Geld einfach nur im Laden Produkte kauft oder – wenn da nichts mehr liegt, weil niemand etwas produziert hat – selbst eine Produktion aufbaut, um die plötzlichen riesigen Marktlücken zu schließen oder wenigstens den Eigenbedarf zu decken. Es gäbe so nicht drei oder vier Großbetriebe, sondern Tausende, ja Millionen von Kleinbetrieben, von Ein-Mann-Betrieben, so wie früher, wo im Prinzip jeder selbständig war, wie als einzelner Müller, Fischer, Schuster, Schmied, Tischler, Maler, Bäcker, Schneider oder Friseur usw. (vergl. „Ich-AGs“), was ja nicht heißt, daß es in einem Dorf oder in einer Stadt nicht auch mehrere einzelne Bäcker, Schuster und Friseure geben kann. Man wäre just wieder dort, wo man hergekommen war: Im Land einer Vollbeschäftigung! Denn um die Produktion wenigstens zur Deckung des Eigenbedarfes käme so schlimmstenfalls niemand herum, was selbstverständlich nicht ausschließen würde, daß die Leute mit der Zeit, insbesondere bei Zuhilfenahme von Maschinen, auch Überschüsse produzierten, die sie als jederzeit völlig unabhängige Kleinbauer oder sonstige Kleinunternehmer auf dem allgemeinen Markt gegeneinander tauschen könnten. Das ist der eigentliche Sinn einer „freien Marktwirtschaft“.

Erst die moderne Massenproduktion hat den Leuten buchstäblich die Arbeit genommen, die nun durch viel Rationalisierung von nur noch sehr wenigen Arbeitern im Verhältnis zur Produktionsmenge ausgeführt wird. Mit Schaffung von Arbeitsplätzen hat dieser durch extrem einseitige Subvention nur weniger Betriebe und Personen völlig verzerrte Wettbewerb absolut nichts

zu tun. Es war und ist ausschließlich die künstlich geförderte Schaffung eines riesigen Waren- wie Arbeitsmonopols! Daß Subventionen durch Geldgeschenke oder Kredite zur Finanzierung von Unternehmensgründungen zur schnelleren Schaffung einer laufenden und modernen Produktion notwendig oder zumindest förderlich sein können, bestreitet heute wohl niemand; aber die Antwort auf diese eklatante und ungerechte, weil voreingenommene, Wettbewerbsverzerrung und damit letztlich auch Zerstörung des Wettbewerbs durch partielle „parteiische“ Förderung kann nur lauten: Subvention für alle!

Das von der Geldsteuer zur Hälfte finanzierte Bürgergeld an jeden Bürger bis zum Tode und ohne weitere Bedingungen soll wie eine dauerhafte Minisubvention insbesondere Arbeitsplätze in und nicht unter der Wirtschaft sichern. „Konkurrenz belebt das Geschäft!“, und drückt die Warenpreise und hebt die Löhne bei hoher gegenseitiger Produktion. Je weniger die Leute gezwungen sind, als Arbeitnehmer zu arbeiten, desto mehr müssen sich die großen Betriebe verkleinern zugunsten der allgemeinen Konkurrenz in Form schier unzähliger kleiner und kleinster Ein-Mann-Betriebe oder quasi Familienbetriebe. Dieses stellt eine gewisse Rückgängigmachung der unnötigen Massenproduktion einzelner weniger Großbetriebe dar und schafft damit für jeden einen Arbeitsplatz, da Kleinbetriebe im Verhältnis zu ihrer Produktionsleistung mehr Arbeitnehmer oder gleichberechtigte Mitarbeiter benötigen als Großbetriebe. Denn jeder Betrieb – ob groß oder klein – braucht ja praktisch immer mindestens einen Inhaber, einen Geschäftsführer, einen Buchhalter, einen Produktionsleiter, einen Marketing- und einen Vertriebsleiter und Leute und/oder Maschinen, welche die eigentliche Arbeit ausführen, sofern es sich quasi um einen Gewerbebetrieb zum Zwecke einer Überschußproduktion handelt.

Je mehr (kleine) Betriebe es also gibt, desto mehr Personal kann

dadurch insgesamt und selbst bei hohem Maschinenanteil an der Arbeit gebunden, „von der Straße geholt“, werden, das exakte Gegenteil der heutigen Situation. Nicht die Größe, sondern das genaue Gegenteil davon, die Kleinheit der Betriebe, sorgt für hohe wirtschaftliche Beschäftigung, also Arbeit! Daher sollen die möglichen Gewerbebetriebe hier durch adäquate gerechte Steuern, wie insbesondere die Geldsteuer, tendenziell eher klein, statt groß, gehalten werden, um bewußt keine zu hohe Arbeits- teilung und Rationalisierung, sprich Arbeitslosigkeit, zuzulas- sen, geschweige denn diese auch noch mit Unsummen von Sub- ventionsgeldern aus den Taschen der Steuerzahler künstlich zu fördern. Mag auch der Wunsch mancher Dinosaurier der Wirt- schaft, sich ständig bis zur Alleinherrschaft zu vergrößern, ver- stehbar sein, so bedeutete dieses jedoch immer und immer wie- der eine insgesamt nicht akzeptable Verdrängung all der anderen an den Rand der Gesellschaft und der Verzweiflung.

Was macht das Geld wertvoll?

Jener Versuch gehört durchaus zum marktwirtschaftlichen Spiel um möglichst hohes Ansehen in der Gesellschaft und nicht zu- letzt auch beim anderen Geschlecht durch möglichst hohe Lei- stung im Interesse der Verbraucher; jedoch darf er, der Versuch, niemals vollständig gelingen, sondern muß – ähnlich wie bei ei- nem Computerspiel oder einer Bergbesteigung – immer schwe- rer, statt leichter, werden, je weiter oder höher man schon gek- lommen ist. Das ist der entscheidende Punkt! Oder anders ge- sagt: Der Wert eines Ansehens durch hohen Kapitalbesitz macht sich – ganz nach dem Prinzip der Knappheit als Mitindikator des Wertes – daran fest, wie schwierig es war oder ist, diesen Besitz bzw. dieses Ansehen zu erreichen. Insofern ist es auch in dieser Hinsicht kein Vorteil, als ein von vornherein Privilegierter Geld oder sonstige Förderungen geradezu nachgeschmissen zu be- kommen. Aber auch ohne künstliche Verzerrungen des Wettbe- werbes durch unverdiente Verungleichungen des Kapitalbesitzes

ist der Kapitalismus – so wie er heute ist – nicht in der Lage, ein Ausufern und Entgleisen des Kapitals zu verhindern. Denn er verfügt nicht über das dazu geeignete und notwendige Mittel: Eine Umlaufsicherung des Kapitals! Eine Umlaufsicherung des Kapitals ist nicht Geschmacks- oder ideologische Ansichtssache, über die man streiten könnte, sondern sogar das theoretisch erste Element einer Gemeinwirtschaft, statt Raubwirtschaft, überhaupt. Denn ohne eine solche Umlaufsicherung fehlt es einfach an einer gewissen „Geld-zurück-Dynamik“, die ansonsten nur dadurch gegeben wäre, wenn die Leute grundsätzlich lieber Geld loswerden wollten, anstatt gewinnen. Es ist aber tendenziell eher umgekehrt, was im Prinzip und in der Hauptsache daran liegt, daß das Geld – ähnlich wie auch Grund und Boden – länger (dauerhaft) haltbar und universeller ist, um damit auf dem Markt tauschen zu können. Vor lauter Haltbarkeit des Geldes und Freiheit der Wahl der zu kaufenden und im Gegensatz zum (bisherigen) Geld vergänglichen Produkte wird dann heuer aber das tatsächliche Kaufen der Produkte vergessen, da man sich Zeit lassen kann, zu viel Zeit. Gegen diese äußerst destruktive und unproduktive Haltung mancher „Großkapitalisten“, bei denen sich das Geld konzentriert, kann nur eine Umlaufsicherung helfen.

Was macht Wirtschaft notwendig?

Die unabdingbare Notwendigkeit einer Umlaufsicherung des Kapitals, wie grundsätzlich nur des Geld- und Bodenkapitals als wichtigste Bestandteile einer regen Markt- und Geldwirtschaft, ergibt sich ganz kausal und urtümlich zunächst einmal daraus, daß nach dem Vorgang einer Sesshaftwerdung der Menschen – wodurch auch immer – sie fortan auf einen regen und stetigen Umlauf der Waren, genannt „Wirtschaft“, anstelle eines regen Umlaufs ihrer Völker, rund um den Globus oder wenigstens innerhalb des eigenen Landes lebensnotwendig angewiesen waren und sind, in Anbetracht dessen, daß der Mensch relativ viele verschiedene Güter der Erde zum Leben braucht oder zumindest

wünscht, worin quasi kein sehr großer Unterschied besteht. Ein reger Umlauf von Waren ist jedoch nur durch einen regen Tausch von Waren zu erreichen. Ein reger Tausch von Waren ist jedoch nur durch einen regen Tausch über das Geld möglich, um den Tausch je zweier Waren oder sonstigen (Dienst-) Leistungen miteinander praktisch unabhängig von Ort, Zeit und Personen und dadurch insgesamt flüssiger und leichter zu machen, indem quasi jeweils zwei Mal ein halber Tausch – erst Ware gegen Geld, dann (irgendwo anders) Geld gegen Ware oder erst Geld gegen Ware, dann (irgendwo anders) Ware gegen Geld – vollzogen wird. Da man aber nicht wissen kann, wer als erster bereit ist, Ware gegen Geld oder (auf der anderen Seite) Geld gegen Ware zu geben, muß man just allen Leuten anfangs durch Schaffung und gleichmäßige Verteilung einer allgemeinen Geldmenge Geld in die Hand geben. Dieses Geld kann dann als Kredit betrachtet werden, dessen Wert durch irgendeine wertvolle Naturalie, wie Gold oder Silber oder – falls nicht vorhanden – durch (späteres) Warenkapital, gedeckt ist. Diese Naturalie, die bei der Notenbank, der großen Geldgeberin, hinterlegt oder ihr gegenüber verpfändet ist, hat schlicht den Grund- und Nennwert, den das Geld hat, das dafür heraus gegeben wurde. Denn exakt für dieses Geld können die Bürger am Schluß wieder ihre Naturalie, die Wertdeckung, bei der Notenbank einlösen, sofern keine Zinsen auf das Geld erhoben wurden, was tunlichst beachtet (nicht getan) werden sollte. Wenigstens die Notenbank als allgemeine staatliche, nicht private, Institution sollte keine Gewinnabsichten haben. Bis dahin, also quasi bis zur Schlußabrechnung, wo jeder grundsätzlich nur soviel von seiner Wertdeckung zurück bekommt, wie er Geld zurück gegeben hat, besitzt jeder Geld, am Anfang grundsätzlich je in gleicher Menge, um damit Handel betreiben zu können, Tauschhandel.

Was fördert und erhält die Produktion?

Diese Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilnahme an Wirt-

schaft und Gesellschaft aller einzelnen Bürger schützt diese jedoch noch nicht davor, irgendwann restlos alles Geld verloren zu haben, wie z.B. durch Fehlinvestition. Die Nutznießer dessen sind dann automatisch diejenigen, die „richtig“ investiert haben, wie z.B. in den billigen Ankauf einer ergiebigen Diamantenmine. Stellvertretend für alle Bürger verkaufen sie nun deren natürliches Vermögen, während aber das dafür erhaltene Geld ausschließlich in ihre eigenen Taschen fließt, anstatt in alle Taschen zum Teil. Dieses bewirkt ganz unwillkürlich ein Stocken des allgemeinen Geldkreislaufes und damit in der Folge auch ein Stocken des allgemeinen Warenkreislaufes. Denn der persönliche, private Bedarf, wie z.B. an Nahrungsmitteln, der wenigen Superreichen ist praktisch verschwindend gering im Vergleich zu dem immensen Bedarf der Masse der Bevölkerung insgesamt.

Daher muß das Geld der Reichen und aller Bürger zusammen, völlig unabhängig von der Art der Leistungen, die sie erbracht haben, um an dieses Geld zu gelangen, immer wieder wenigstens je zu einem Teil über die Masse aller Bürger verteilt werden, so daß zwecks der Erhaltung des Warenumlaufs insgesamt jeder einzelne eine Nachfrage auf dem Markt stellen kann. Die Erhaltung der Nachfrage ist wichtiger als die des Angebots! Denn wer Geld anbieten kann, der wird auch Ware erhalten. Umgekehrt ist es weniger sicher, wie man heuer überall auf der Welt sehen kann, wo zwar die Läden voll sind mit Waren aller Art, auch in Afrika, wo aber die meisten diese Waren nicht kaufen können, weil niemand mehr Geld hat, außer eben die wenigen Reichen. Am Ende schadet es auch der Produktion, die zunehmend stillgelegt wird, wenn niemand etwas kaufen kann. Es ist einfach ein historischer Irrtum, daß man angeblich möglichst viel Geld der Produktion schenken muß, damit sie viel produzieren und verkaufen kann. Tendenziell wird eher genau umgekehrt ein tragbarer Schuh daraus. Denn nach uralter Weisheit der Volkswirtschaft richtet sich – nach wie vor – das Angebot nach der Nach-

frage, und niemals umgekehrt, weil zwar durch viel Angebot durchaus ein Bedürfnis nach der betreffenden Ware, nicht aber auch eine tatsächliche Nachfrage danach erzeugt werden kann. Denn Nachfrage im wirtschaftlichen Sinne bedeutet niemals allein Bedürfnis oder Bedarf, sondern Bedarf plus Geldangebot! So hat wohl noch nie ein Mensch, der kein Geld hatte, einen Laden betreten, um nach einer Ware zu fragen. Es ist einfach so, daß am meisten Ware und Leistung produziert wird, sprich das Bruttosozialprodukt am größten ist, wenn immer wieder auch dorthin Geld gelangt, wo noch viele und immer wieder aufs Neue, wenn auch kleine, Wünsche offen sind, um aus einem reinen Bedürfnis eine tatsächliche Nachfrage zu machen, sprich wenn das Geld immer wieder eine möglichst breite Verteilung über die Masse erfährt. Früher, im späten Mittelalter, konnte noch das irgendwann nach der Sklaverei aufgekommene Arbeitnehmertum diese Aufgabe annähernd erfüllen. Heute jedoch im Maschinentum verbleiben die einstigen Löhne in den Taschen der „Arbeitgeber“, die keine solchen mehr sind. Aber was sollten Arbeitgeber noch kaufen, wenn sie doch alles schon haben oder selber produzieren? Sprich, es bedarf heute einer zusätzlichen, nicht alleinigen, künstlichen Rückführung des Geldes an die normalen Bürger, so künstlich und unnatürlich wie die Wirtschaft selbst. Auch bereits das heutige Bruttosozialprodukt fragt ja nicht danach, wie es dazu kommt, daß Leute Waren und Dienstleistungen bezahlen können und wer genau die dazu erforderliche Arbeit leistet, wie eben z.B. Maschinen. Dem Wohlstand ist es letztlich egal, wie er zustande kommt; er will auch einfach nur existieren. Wenn also die Wirtschaft wirklich an einer ewigen Produktion und an einem ewigen Geldverdienen interessiert ist, so müßte sie sich (eigentlich) auch für eine ewige Umlaufsicherung des Kapitals interessieren. Denn nur solange Bürger Geld haben, können sie auch etwas kaufen.

Geldangebot = Nachfrage = Warenangebot.

Der Bürgerstaatsvertrag

Fiktiv ausgehend von der Situation eines Volkes zwar mit volkseigenem Gebiet, aber ohne Staatsordnung, quasi ohne „Staat“, sieht das Bürgerkapitalsystem als erstes die Gründung eines Staates durch den „Bürgerstaatsvertrag“ vor, was hier grundsätzlich und zunächst „nur“ soviel bedeutet, daß alle Bürger und sonstigen (juristischen) Personen des betreffenden örtlichen Gebietes sich über die stricte Anerkennung und Beachtung der internationalen Menschenrechte der Menschenrechtskonvention sowie immer mindestens, d.h. im Zweifel an der Richtigkeit, Genauigkeit oder Vollständigkeit der Menschenrechtskonvention, der Zehn Gebote, also quasi jener obersten 10 Gebote der Bibel bzw. Gottes, die für alle gelten, rechtsverbindlich einigen, was wiederum soviel bedeutet, daß bei Verstoß oder fahrlässiger Nichtbeachtung jener Grundgesetze entsprechende Strafen verhängt werden können, über deren Maß und Anwendung dann die durch den Staat, also durch vom Volk abgeordnete Staatsdiener, vertretene Allgemeinheit entscheidet und wacht. Was solche Staatsdiener betrifft, so sind diese einerseits auf die persönliche, private Einhaltung sowie auf die gegebenenfalls polizeiliche Durchsetzung der Regeln, Gesetze und Bestimmungen usw. mit Schwur auf den Staatsvertrag zu vereidigen, während die normalen Bürger durch den Bürgerstaatsvertrag grundsätzlich nur zur privaten Beachtung jener Gesetze verpflichtet sind.

So soll insbesondere bei nachweislichen Verstößen seitens von somit mittelbar auch auf die Bibel vereidigten Staatsdienern gegen das Erste ihrer schon vor dem späteren Christentum aufgestellten und daher auch für Nichtchristen gültigen Zehn Gebote (nachzulesen in jeder Bibelübersetzung von Martin Luther, im Zweiten Buch Mose) die Anwendung der Todesstrafe als mögliche Höchststrafe wegen Hochverrats niemals grundsätzlich ausgeschlossen werden. Gleiches soll auch bei nachweislichen Ver-

stößen gegen das Fünfte Gebot gelten, wobei aber in beiden Fällen diese Höchststrafe – wenn überhaupt – erst nach zehn Jahren Haft vollzogen werden soll. Innerhalb dieser buchstäblichen Gnadenfrist, sollen die Verurteilten zwei Mal eine Neuaufnahme des Verfahrens ohne Angabe von Gründen beantragen können, ausgehend davon, daß es ihnen über den erlaubten Kontakt zu einem Anwalt der Verteidigung und zu Verwandten gelungen ist, neue Beweise ihrer möglichen Unschuld zur Vorlage bei Gericht zu erschließen, aber auf ihre eigene Gefahr hin, daß diese Beweise nicht ausreichend oder nicht glaubhaft genug in den Augen des Gerichts sind und daß dadurch ihr zweimaliges Veto-recht leichtfertig verspielt war. Es soll in den beiden betreffenden Fällen einer Verurteilung im Interesse der Allgemeinheit und der Opfer bzw. der hinterbliebenen Angehörigen der Opfer grundsätzlich keine Begnadigungen geben, es sei denn durch Gottes Hand, wie z.B. durch Einsturz und Öffnung des Gefängnisgebäudes durch einen Tornado, Tsunami oder ein Erdbeben. Die Gebäude der Gefängnisse sollen aber nicht von vornherein absichtlich instabil gebaut sein.

Diese Höchststrafe für einen von einem öffentlichen Staatsanwalt Angeklagten (oder Beklagten) und von einem öffentlichen Richter Verurteilten soll bewußt weniger einer „Resozialisierung“ des oder der Verurteilten, denn mehr einer konstruktiven Abschreckung anderer vor der Ausübung solcher und ähnlicher Straftaten dienen, eingedenk dessen, daß es in einer intakten und zukunftsfähigen Gesellschaft weniger um das Wohl von Straftätern, denn um das Wohl und den Schutz der Allgemeinheit geht. Auch die Genugtuung der Opfer bzw. der hinterbliebenen Angehörigen der Opfer, zu denen im Prinzip alle Bürger zählen, hat eine gewisse Berechtigung, ist Gerechtigkeit. Die weltliche Gnade soll vor allem darin bestehen, durch eine bessere, gerechtere Volkswirtschaft gar nicht erst jemals zu Straftaten „gezwungen“ zu sein, zumindest nicht zu wirtschaftlichen.

Zur Umsetzung der mehr wirtschaftlichen Rechte und Pflichten soll durch den Bürgerstaatsvertrag insbesondere auch die grundlegende Minderung der ständig latenten Gefahr von Verstößen gegen das Siebente, Neunte und Zehnte der Zehn Gebote – „Du sollst nicht stehlen.“, „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.“, „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib, Knecht, Magd, Rind, Esel noch alles, was dein Nächster hat.“ – durch Installation und Betreibung zweier spezieller Umlaufsicherungen des Boden- und Geldkapitals durchgehend bis zur möglichen Kündigung dieses Staatsvertrages oder dieses Teiles des Staatsvertrages beschlossen sein. Die „Bodenumlaufversicherung“ soll dem bereits geltenden Menschenrecht auf freie Wahl der Arbeit gerecht werden, sprich auf „verteilungsrechtlichem“ Wege jedem und jeder einzelnen die Nutzung eines eigenen anteilsgerechten Grundstücks zur Selbstversorgung, also folglich die Wahl einer selbständigen Arbeit in der Natur, ermöglichen, eingedenk dessen, daß die Möglichkeit zur Wahl einer nichtselbständigen Arbeit bei einem Arbeitgeber heute immer weniger eine adäquate Option ist und eigentlich auch nie war, zumindest nie zu wirklich fairen, gerechten Bedingungen. Zu groß war stets die Macht derjenigen, die einfach nur zuerst da waren und im (zu) großen Stil jene selbständige Arbeit in der Natur erledigten und damit anderen, Kleineren „stahlen“. Die „Kapitalumlaufversicherung“ des Bürgerkapitalsystems will nicht notwendigerweise die moderne Massenproduktion unter der Leitung einiger weniger Unternehmer sprengen, sondern letztere lediglich an ihre von Natur aus gegebene marktwirtschaftliche Pflicht erinnern, durch Leistung oder auch „Glück“ angehäuften überschüssiges Kapital, wie in Form von Geld, stets bei Zeiten ihrerseits durch Annahme von Leistung oder sonstwie wieder in den allgemeinen aktiven Umlauf zu setzen, sofern und soweit halt dieses Kapital den Durchschnittswert pro Kopf übersteigt, es sei denn, daß zur Haltung dieses Überschusses dauerhaft erhebliche Leistungen auch gegenüber der Staatskasse erbracht werden. Die Umlaufsi-

cherungen wollen nur jene „bestrafen“, die sich nicht an diese Grundregel halten. Was die Einhaltung der Regeln insgesamt betrifft, so soll in dem Bürgerstaatsvertrag, der die Verfassung oder eine Art Vorblatt zur Verfassung ist, grundsätzlich „nur“ auf die Zehn Gebote verwiesen werden, mit dem darunter stehenden Hinweis jedoch, daß zur Umsetzung und Ausgestaltung (Auslegung) dieser Grundgesetze die bestehenden und, falls notwendig, neu zu verfassenden Einzelgesetze außerhalb dieses Staatsvertrages von jedem Bürger, jeder Institution und auch vom Staat beachtet werden sollen, wobei dann das „Bürgerkapitalgesetz“ nur eines, aber nach dem Strafgesetz das wichtigste der vorhandenen oder neu zu schaffenden Einzelgesetze wäre. Um aber eine gewisse, d.h. eindeutige, Verknüpfung herzustellen, sollen möglichst noch auf dem Blatt des Bürgerstaatsvertrages wenigstens die wichtigsten Spezialgesetze, wie Strafgesetz und Bürgerkapitalgesetz, namentlich erwähnt sein, damit später im Streitfalle niemand behaupten könnte, er habe nichts von den Einzelgesetzen wissen oder ahnen können.

Während also somit die Privatpersonen daran gebunden waren, sich an die durch den Bürgerstaatsvertrag, der von einem zuvor demokratisch gewählten Staatspräsidenten stellvertretend für alle Bürger, einschließlich seiner selbst, und den Staat zu unterzeichnen ist, als vereinbart geltenden allgemeinen wie speziellen Gesetze nach bestem Wissen und Gewissen zu halten, verpflichtet sich der vom Volk turnusmäßig (neu oder wieder) gewählte Staatspräsident im Sinne eines vorübergehenden Anführers, der praktisch wie (einst) Jesus Christus Bürger (Mensch) und Regierung (König) in einer Person ist, seinerseits dazu, diejenigen Personen zur Rechenschaft und Verantwortung zu ziehen, die gegen die geltenden Gesetze nachweislich verstoßen haben, wodurch ein gewisser Rechtsschutz durch öffentliche (höhere) Gewalt, statt durch unkontrollierte Selbstjustiz, besteht. Der bekannte Ritterspruch (der „Drei Musketiere“) – „Einer für alle

und alle für einen!“ – soll in der Umkehrfolge in den Richterspruch münden „Einer gegen alle, dann alle gegen einen!“, für den Fall, daß sich durch die Mißachtung eines der Gesetze einer gegen, statt für, alle, sprich gegen die Allgemeinheit, richtet oder gerichtet hat, die dann über das demokratische Instrument der öffentlichen Gewalt, die der Staat repräsentiert, jene Gewalt gegen den einen richtet, um ihn gerecht zu richten, wohlwissend, daß völlig ohne Strafen – welcher Art auch immer – keine Erziehung und keine Ordnung dauerhaft möglich ist. Das schmerzhafteste Stoßen gegen das Geländer einer Brücke ist die nützliche, weil auch selbstschützende, Strafe für einen – im wahrsten Sinne – vom rechten Wege Abgekommenen. Der Sinn und Zweck des Staatswesens ist die Schaffung und Erhaltung einer öffentlichen Ordnung, zu der vor allem eine Rechtsordnung zählt. Die Rechtsordnung eines Staates soll sein wie die Spielregeln eines Spiels, welche die Freiheiten des einzelnen nur so weit einschränken, wie es notwendig erscheint, die zu beschreitenden Rechtswege stets für jeden klar erkennbar und letztlich auch unabdingbar zu machen, sodaß sie sich nicht in einem heillosen Chaos verlieren, aber auch nicht als eine zu enge, die Freiheit des einzelnen erdrückende, Würgeschlange darstellen. Ein Weg, dessen Seitengrenzen um den Freiraum zu weit nach „links“ oder „rechts“ gesteckt sind, verführt zur Willkür, wird unmäßig und kann Menschen nicht mehr zu einem bestimmten (guten) Ziel führen, da keine Richtungsvorgabe mehr zu erkennen ist.

Anstatt quasi gemeinsam Hand-in-Hand zu gehen, würden alle Leute kreuz und quer laufen, wie in einem Verkehrschaos, und sich dabei ständig von der Seite und von vorne in die Quere kommen, auf der Suche nach den wa(h)ren Zielen und Werten. Daher will das Bürgerkapitalsystem ein gewisses Geleit des Kapitals und damit auch des davon letztlich abhängigen möglichst rechtschaffenen Menschen sein, dessen Grundlage sinngemäß (vereinfacht) folgender (Muster-) Vertrag ist:

„Bürgerstaatsvertrag

Durch diesen Vertrag vereinbaren die Bürger und der Staat von XXXXXXXX die Einhaltung der Zehn Gebote Gottes und des Miteinanders, wie (hier verkürzt) nachstehend:

Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.
(Bete sie nicht an und diene ihnen nicht!)

Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen.

Du sollst den Namen Gottes nicht mißbrauchen.

Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren.

Du sollst nicht töten.

Du sollst nicht ehebrechen.

Du sollst nicht stehlen.

Du sollst nicht falsch Zeugnis reden.

Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus.

Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib und Besitz.

Im Näheren verpflichten sich Staat und Volk von XXXXXXXX auch zur Beachtung der außerhalb dieser Urkunde verfassten Grund- und Spezialgesetze für den örtlichen Geltungsbereich dieses Staates, wie der Verfassung, des Bürgerkapitalgesetzes und der sich darauf aufbauenden weiteren Gesetze.

Im Namen des Volkes: XXXXX (der Staatspräsident)“

Die Geldmenge

Erschreckend, aber wahr: Die Leute wollen möglichst niedrige Steuern zahlen, ein möglichst hohes Einkommen haben, bei aber möglichst geringer Geldmenge insgesamt, wegen der Inflation, usw., usw.. Berücksichtigt man all diese Wünsche und Forderungen innerhalb eines vernünftigen Verhältnisses zueinander, so kommt als Ergebnis quasi unweigerlich und immer wieder das hier vorgeschlagene Bürgerkapitalsystem heraus. Es ist das Ur- und Endergebnis jedes nur denkbaren Versuches einer wirklichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es beantwortet nicht nur manche, sondern im Kern und in der Folge alle möglichen Fragen zu Wirtschaft und Gesellschaft. Es setzt im Kern an bei der Frage der Verteilung des Kapitals und beantwortet so letztlich auch die heute immer dringlicheren Fragen nach mehr Lebensglück insgesamt, wie auch durch immaterielle Werte, wie vor allem durch Frieden, immer aber basierend nicht zuletzt auf einer materiellen Gerechtigkeit, quasi materiellen Zufriedenheit, die Grundlage des Lebens auf Erden auch der menschlichen Gesellschaft. Diese Fragen waren im Grunde schon immer relevant, d.h. ca. seit der Erfindung der Sesshaftigkeit und der damit verbundenen Abschaffung der freien Jagd, einer Neuerung, welche die Menschen bis heute vor erheblichste Verteilungsprobleme stellte. Schon immer bedurfte es im Leben des Menschen einer mathematischen Orientierung an dem nicht immer auf den ersten Blick erkennbaren Mein und Dein. Ein bloßer Zaun um ein Gebiet besagt noch nicht zwingender Weise, daß der Herr dieses Zauns auch (wirklich) der Herr des eingezäunten Gebietes ist. Es bedarf einer klaren mathematischen Transparenz dessen, was dem einzelnen gehört bzw. zusteht, um Streitigkeiten weitestgehend zu vermeiden. Und nichts leichter als das! Denn grundsätzlich gehört jedem einzelnen Bürger eines Staates bzw. der Erde insgesamt ein gleich großes Grundstück der Gesamtfläche. Die genaue Größe in Quadratmetern dieses „Bürgergrundstücks“

läßt sich relativ leicht durch Vermessung des betreffenden Gesamtgebietes, wie z.B. des Gebietes eines bestimmten Staates, und durch anschließende Teilung dieses Meßergebnisses durch die Anzahl der dort lebenden Bürger ermitteln. Somit wäre bereits der erste und zugleich wichtigste Anhaltspunkt für Gerechtigkeit geschaffen. Denn im Zweifel ist die eigene Nutzung eines Grundstücks seitens (je) eines Bürgers die beste und wichtigste Grundvoraussetzung für ein freies, unabhängiges Leben auf Erden. Die Arbeit in einem Büro z.B. kann immer nur eine Option, ja eine sekundäre Möglichkeit sein. Vor dem Büro war just das Feld oder der Wald. Aber auch ein Büro will leben und zwecks dessen auf irgendeinem Grundstück stehen. Daher ist die gerechte Verteilung, d.h. die korrekte „rechtsmathematische“ Aufteilung, des Grund und Bodens die unabdingbare Grundvoraussetzung für gerechte und funktionable, weil mathematisch logische, „Wirtschaftsgesellschaft“. Der Grund und Boden ist das Urkapital des Menschen und kann entweder der eigenen Nutzung durch den Inhaber, oder der Fremdnutzung durch einen dazu berechtigten Pächter oder Mieter dienen. In beiden Fällen aber wird durch die Nutzung des betreffenden Grund und Bodens Kapital entstehen, und zwar immer zunächst „Warenkapital“, wie grundsätzlich und ursächlich in Form von Haus, Hof, Vieh und Nahrungsmitteln, wie z.B. Korn. In aller Regel wird man nun versuchen, dieses Warenkapital zu Geld zu machen, um einerseits leichter Tauschhandel auf dem freien Markt betreiben, aber nicht zuletzt auch Steuern, satt einer Kornsteuer, zahlen zu können.

Um dabei quasi im ureigensten Interesse zu helfen, verpflichtet hier nun der Staat alle Bürger, einschließlich der Beamten, ihr vorhandenes bzw. zu erwartendes Warenkapital an die durch eine Notenbank vertretene Allgemeinheit gegen Geld zu verpfänden, wodurch Geld entsteht, ohne aber daß deswegen die Inhaber des Geldes gegenüber der Notenbank gegen Zahlung von

Zinsen verschuldet sein müssen. Denn nach dem Ursinn, statt – wie heute – Unsinn, der Geldwirtschaft als solcher dürfen, nicht müssen, die Leute das Geld einst wieder zurückgeben, für den Fall, daß es plötzlich wider Erwarten nicht mehr allgemein auf dem Markt als Zahlungsmittel akzeptiert würde, aus was für Gründen auch immer. Die Notenbank bietet also normal seit dem Tage des beiderseits zinslosen Tausches auf Widerruf – Geld gegen Warenkapital – einen „jederzeitigen“ Rücktausch des Geldes seitens des Volkes an. Insofern ist die Geldwirtschaft zwar eigentlich, d.h. in der Theorie, eine vorübergehende Angelegenheit; aber in der Praxis besteht von keiner der beiden Seiten – Staat oder Privat – ein zwingendes Interesse daran, daß dieser Luxus, von dem letztlich beide Seiten profitieren, möglichst schnell wieder aufgelöst würde.

So stellt die Geldwirtschaft eben für den Staat den Vorteil und den eigentlichen Zweck dar, daß die Privatleute durch den Besitz von Geld besser in der Lage sind, Steuern zu zahlen, anstatt beispielsweise – wie noch im Mittelalter – anhand einer Kornsteuer. Nur ist der sinngemäß erhobene Einwand der Notenbank als solcher natürlich irgendwo richtig, daß man Geld, um es in den Umlauf zu bringen, nicht einfach so verschenken kann. Denn sonst hätte es ja praktisch überhaupt keinen grundsätzlichen (Gegen-) Wert, zumindest keinen staatlich verbrieften Garantiewert, also Grundwert; und der Spekulation über den wahren oder aktuellen Wert des Geldes wäre – wie heute – Tür und Tor geöffnet, bis hin zu angeblichen Wirtschaftskrisen, Börsencrashes und tatsächlichen Wirtschaftszusammenbrüchen und Staatsbankrotten, weil die Leute (der Börse) glauben, ihr Geld und ihre (sonstigen) Aktien, die sie einst teuer erworben haben, seien urplötzlich keinen Pfifferling mehr wert, und das praktisch über Nacht. Aber zugegeben; ein Geld, welches keine konkrete rechtsverbindliche Wertdeckung hat, lebt davon, daß man allgemein glaubt, es habe einen Wert. Und wenn dann jemand, dem

man Glauben schenkt, behauptet, das Geld sei nichts wert, so ist man wahrscheinlich sehr enttäuscht von dem Geld und verkauft es irgendjemandem billig, wie vielleicht sogar schließlich der Börse, wo man es einst gekauft hatte, wie z.B. gegen Gold oder gar Aktien seiner eigenen Firma (AG). Auf diese Weise ist man schließlich nur aufgrund „der mangelnden Stabilität“ des Geldes sein ganzes Vermögen los. Nein, die freie Wertdeckung des Geldes allein durch den allgemeinen „freien“ Markt bringt nichts, da dieser Umstand zwar in der Theorie funktionieren könnte, in der Praxis aber sehr leicht von „Freibeutern“ ausgenutzt werden kann, was selbstverständlich nur je die „schwarzen Schafe“ einer Branche bzw. der Marktwirtschaft insgesamt betrifft.

„Klappern gehört zum Handwerk.“, heißt es, und so behauptet natürlich jeder Händler der Welt, die Ware (Aktie), die er gerade verkaufen möchte, sei gerade viel wert und im Wert steigend, so daß es sich lohne, diese Ware relativ teuer zu kaufen, und die Ware, die er gerade ankaufen möchte, sei gerade wenig wert und im Wert fallend, so daß es sich lohne, diese Ware relativ billig (dem Händler) zu verkaufen – uraltes (billiges) Prinzip des An- und Verkaufs. Und diese Behauptungen müssen noch nicht einmal in dem Sinne gelogen sein, in einer Welt der freien Spekulation.

Um der Spekulation, diesem wirtschaftsgefährlichen Rätselraten um den Wert des Geldes und der Grundgüter der Wirtschaft, grundlegend Abhilfe zu schaffen und einen gewissen, generellen Maßstab des Wertes des Geldes zu setzen, an dem sich frei aber sicher orientiert werden kann, vergleichbar der einstigen Festlegung des „Meters“, des Maßstabes für die Länge einer Strecke, will das Bürgerkapitalsystem den Wert des Geldes latent an dem des Grund und Bodens festmachen, indem es nicht den „Materialwert“, sondern Nutzwert des Bodens berücksichtigt und diesbezüglich den Ertrag von 100 Gramm Brot mit dem Geldwert

von 1,- E. bzw. „1,- BE“, also von „einer Broteinheit“, der Grundeinheit des dazu verwendeten (neuen) Geldes, gleichsetzt, grundsätzlich (bis auf Weiteres) davon ausgehend, daß bei entsprechender korrekter und umweltfreundlicher Bewirtschaftung (je) ein Quadratmeter normal fruchtbarer Boden pro Monat durchschnittlich 100 Gramm Brot im Endergebnis abwirft, so daß demnach (grundsätzlich, soweit nichts anderes festgestellt) der mittlere monatliche Nutzwert je eines Quadratmeters Boden mit 1,- BE beziffert werden kann, sodaß sich daraus grundsätzlich ein Mietwert, eine Miete, von 1,- BE für (je) einen Quadratmeter Boden pro Monat der Nutzung bzw. des Besitzes ableiten läßt. Sollte jedoch – unter Berücksichtigung aller Faktoren, also auch aller anderen üblichen Zutaten für die Produktion von Brot, außer nur Mehl von Kornähren – ein Quadratmeter Boden beispielsweise nur 50 Gramm Brot im Monat bringen, so wäre der Mietwert, die Miete, eines Quadratmeters Boden mit nur 0,5 BE = 50 BE-Cent zu beziffern. Denn der Nutzwert des Bodens wäre so um 50% geringer, nicht aber der Wert eines Brotes von 100 Gramm, quasi eines Brötchens oder auch einer „Brotzeit“, wenngleich auch zunächst einmal völlig ohne Wurst oder Käse. Oder anders gesagt: Ein Brötchen bleibt ein Brötchen, ob so oder so. Der nährwertmäßige Brennwert bleibt der gleiche.

Zwar kann ein fruchtbarer Boden auch andere wertvolle Naturalien hervorbringen als nur Brot; aber es genügt im Prinzip, das Geld durch nur eine einzige, wenn auch möglichst die wichtigste, Naturalie wertzudecken, wie hier halt durch Brot, statt Gold. Denn im Zweifel, das heißt in der Not, ist Brot wertvoller als Gold. Das Brot könnte in einer allgemeinen Hungersnot, wie nach oder vor einem Krieg, astronomische Preise erzielen, zu bezahlen mit Geld oder Gold. Dann aber würde auch das Geld an Wert verlieren, bis hin zu einer fast völligen Wertlosigkeit, siehe z.B. in der damaligen Weimarer Republik. Damit sich ein solcher Vorgang von Inflation durch immer mehr Geld im Um-

lauf oder von indirekter Inflation durch immer weniger Brot im Umlauf möglichst nicht noch einmal wiederholen kann, soll hier nach diesem System einerseits jeder Bürger die jederzeitige Möglichkeit haben, selber Brot zu produzieren, wie auf dem eigenen Grundstück, die Geldmenge stabil bleiben, wie durch konkrete jährliche Regulierung, und auf dem Markt maximal ein Preis von 1,- BE für 100 Gramm Brot verlangt werden können.

Da nun aber hier von einem regen Wettbewerb, statt von einer Monopolwirtschaft, ausgegangen werden kann, würde sich der auf dem Markt unterhalb jener Höchstgrenze frei verhandelbare Preis für 100 Gramm fertig gebackenes Brot normaler traditioneller Rezeptur voraussichtlich und tendenziell quasi auf den Mittelwert (zwischen minimal 0,- BE und maximal 1,- BE) von ca. 0,5 BE mehr oder weniger dauerhaft einpendeln, dauerhaft deshalb, weil es hier, in diesem System, per se keine Deflation oder Inflation gibt. Denn die Geldmenge und auch Geldverteilung ist hier grundsätzlich und tendenziell immer die gleiche, wobei gewisse, nicht extreme, Unterschiede – je nach wirtschaftlicher Leistung – der persönlichen Geldvermögen der Bürger durchaus einkalkuliert und auch akzeptiert sind. Denn Leistung soll sich „auch“ hier lohnen. Leistung soll hier weder unter-, noch überbewertet sein!

Genau gesagt, soll hier jeder als solcher anerkannte Bürger des betreffenden Wirtschaftsraumes (Staates) immer durchschnittlich 120.000 E. (Einheiten der Währung im Werte von 120.000 BE) als finanzielle Kapitaldecke „über“ seinem Anteil Boden, seinem Bürgerboden, innehaben, deren Wert theoretisch durch entsprechende Mengen Brot bzw. „Broteinheiten“, abgekürzt also „BE“, gedeckt ist; in der Praxis aber hauptsächlich durch gleichwertiges festes Warenkapital, das heißt durch Warenkapital, welches zwar länger haltbar, aber unter dem Strich dennoch gleichwertig mit dem „Brotkapital“ ist, da es einst über das

Tauschmittel Geld mit Brot getauscht wurde bzw. hätte getauscht werden können, wobei die Leute auf dem Markt durch Angebot und Nachfrage frei verhandeln können, was sie letztlich beispielsweise für ein 500-Gramm-Brot hergaben, finanziell aber – wie gesagt – niemals mehr als 5,- E., voraussichtlich jedoch letztlich ca. 2,50 E.. Ein Fünf-(B)E-Geldschein würde quasi garantieren, daß man dafür mindestens ein 500-Gramm-Brot auf dem Markt erhalten könnte, falls dort überhaupt (noch) eins angeboten würde. Falls nicht, so könnten die geprellten Geldanbieter theoretisch die staatliche Wertdeckung des Geldes durch Brot rechtlich einfordern, durch Mehrheitsbeschluß jener „Währungszäsur“ durch Vollstreckung der Pfändung des für das Geld anfangs „hinterlegten“ Warenkapitals der Bürger, quasi für den Fall, daß sie nicht noch kurzfristig, um diese Sachpfändung zu verhindern, entsprechende Mengen Brot liefern würden, als wäre das Brot das Geld bzw. als Ersatz für das Geld, soweit sie dieses nicht zahlen könnten, in der Höhe der ursprünglich ausgehändigten Geldmenge pro Kopf von 120.000 E.. In der Theorie gibt es zwar keine Sicherheit, daß überhaupt irgendetwas zu pfänden da wäre; in der Praxis kann aber grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß jeder Bürger letztlich schon nach vier Jahren der Nutzung eines (seines) Privatgrundstücks in der Größe von normal 2.500 m² ein Warenkapital im Werte von insgesamt 120.000 E. (BE) erwirtschaftet haben könnte und auch wollte, ob nun durch Tausch von Ware gegen Ware oder just durch alleinige Eigenproduktion der betreffenden vorhandenen Ware, einschließlich eines möglichen selbstgebauten Hauses, Autos, Tisches, Stuhles, Bettes und einiger noch vorhandener und frischer Nahrungsmittel, wie z.B. eben Brot.

Und genau durch dieses persönliche Warenkapital, in dessen Besitz der betreffende Bürger ist, wobei der genaue Aufenthaltsort dieser Sachen keine Rolle spielt, soll das zu Beginn von der Notenbank über die Zentralbank ausgehändigte Bürgerkapital in

Höhe von (je) 120.000 E. verbindlich, d.h. durch Verpfändung des Warenkapitals an die notfalls neu zu gründende Notenbank, wertgedeckt sein, wodurch Geld in den öffentlichen Umlauf gerät, ohne den Leuten geschenkt worden zu sein.

Auf diese Weise ist grundsätzlich zunächst einmal jeder Bürger des Staates einerseits Eigentümer von Boden und überdies hinaus Besitzer von Geld, in Verbindung mit den entsprechenden, aber quasi vorübergehenden Nutzungsrechten, was das Geld und den Boden betrifft. Dieses ist aus Sicht des Bürgerkapitalsystems die ideale Grund- und Dauersituation der geldwirtschaftlichen Marktwirtschaft. Denn ausgehend von dieser Idealverteilung des Kapitals, also des Bodens und des Geldes, kann – wenn jeder also das gleiche Grundkapital hat – ständig jeder unabhängig (auf seinem Grundstück) sesshaft sein und dennoch quasi mit seinen mittelbaren oder unmittelbaren Nachbarn selbständig produzierte Waren oder Dienstleistungen gegen Geld, das universelle, leicht dosierbare Tauschmittel, hin und her oder sozusagen im Kreis tauschen. Bei diesem Vorgang müssen die Geldmenge und das regelmäßige Geldvermögen des einzelnen niemals größer oder kleiner werden, um dennoch für immer größere Mehrwerte durch immer mehr und später just immer bessere Waren und Dienstleistungen zu sorgen. Denn das Geld ist und braucht nur Tauschmittel zu sein, während die freiwillige Leistungsbereitschaft, und nicht irgendein Zwang, des einzelnen schließlich darüber entscheidet, wieviel Arbeit er „mehr“, als was grundsätzlich zur Schaffung der „Grundwerte“ nur notwendig ist, erbringen will, um z.B. aus Äpfeln Apfelmuß zu machen. Nicht der Zwang, sondern das Interesse, zu arbeiten, soll hier zu Mehrwerten führen, wenn überhaupt, ausgehend davon, daß der Mensch ja nicht unbedingt „Mehrwerte“ zum Leben braucht, was nicht heißt, daß er sie sich nicht schaffen kann, wenn er will. Zu einer die „Grundwertarbeit“ übersteigenden „Mehrwertarbeit“ ist hier aber und von Natur aus niemand verpflichtet.

Theoretisch hätte auch schon in dem bisherigen (streng kapitalistischen) System eine solche rein freiwillige Leistung seitens lauter unabhängiger einzelner stattfinden können. Nur wurden aber aufgrund einer fehlenden Umlaufsicherung des Kapitals immer wieder sehr schnell viele Menschen abhängig durch Verlust von eigenem Kapital. Die meisten verloren – im wahrsten Sinne des Wortes – festen Boden unter den Füßen und wurden so in die Sklaverei gezwungen. Man mag darüber streiten können, ob Zwangsarbeiter bessere Leistungen bringen als lauter unabhängige Selbständige; aber ungerecht ist die Zwangsarbeit auf jeden Fall. Aus diesem Grund soll das Kapital hier immer wieder allmählich zurückfließen an die Absender, um immer wieder den Regelfall herzustellen und somit nicht die möglichen Nachkommen der Absender indirekt zu enterben. Die Umlaufsicherung erhebt über die ausführende Zentralbank und den von ihr erhobenen „Doppelten Leitzins“ Mietzinsen auf alles Geld, was aber nichts mit Kreditzinsen zu tun hat, sondern praktisch eine vom Staat vollzogene Zwangsvollstreckung im zivilrechtlichen Sinne ist, die nur den berechtigten Ansprüchen der Vermieter des Geldes auf Vergütung dieser privaten Leistung durch die Mieter mit Hilfe öffentlicher Gewalt gerecht werden will. Denn jeder Bürger wird hier als Vermieter (oder Mieter) von Geld (und Boden) gesehen, was seinen Eigenanteil am Kapital, das Bürgerkapital, betrifft, halt bis zu dem Tage, wo jeder sein Geld, sein Bürgerkapital, wieder – möglichst vollständig – der Notenbank zurück zu geben hätte, weil die Geldmehrheit des Landes dieses durch absolute Mehrheitsentscheidung (bei mindestens 51% der Geldmenge) beschlossen und verlangt hätte.

Dieser „Staatseklat“ einer (einstweiligen) Anulierung des Geldwesens sollte aber natürlich auch „dennoch“ nicht ohne gute Begründung in Frage kommen, grundsätzlich sogar nur bei nachweislich zu geringem Angebot von Brot auf dem freien Markt, respektive von vergleichbarer Ware, wie z.B. Reis. Denn das

Geld ist hier grundsätzlich nur durch Brot wertgedeckt. Der Staat haftet hier sozusagen dafür, daß für die Bürger, denen er Bürgergeld sowie zum Teil auch Beamtengehälter auszahlt, immer wenigstens genug Brot für dieses Geld im Angebot ist und daß dieses Brot dabei niemals teurer ist als 1,- BE/100 Gramm. Dieses Versprechen, das fiktiv oder auch tatsächlich auf jedem Geldschein geschrieben steht, geht zurück auf die Zeit, da der Staat noch eine Kornsteuer in Form echten Korns vom Felde erhob, um damit die Arbeit der Staatsbeamten, also der höheren Staatsdiener, zu bezahlen, quasi als Gegenleistung der Bauern, also der einfachen Bürger, für die ihnen von den Beamten erbrachten Dienstleistungen, wie z.B. in Form von Gebietsschutz durch Polizisten und Soldaten. Spötter könnten zwar meinen, dieses sei ohnehin nur eine verkappte Form von Schutzgelderpresse (gewesen); aber immerhin haben die damaligen Polizisten oder Soldaten die Höfe grundsätzlich nicht zerstört, sondern „nur“ beschlagnahmt, falls die betreffenden Bauern nicht zahlen bzw. nicht die geforderten Abgaben, wie zum Teil auch Eier und ganze Hühner usw., erbringen konnten. Das war der Beginn einer Masseneuteignung, die zu der heutigen Monopolkirtschaft einiger weniger Großbetriebe mit riesigen Landbesitztümern geführt hat. Die Erfindung des Geldes war eigentlich nur eine Art Rationalisierung dieses Vorgangs, kann aber nunmehr heute in der Umkehrfolge wieder der Rehabilitation der Bürger durch Zahlung des Bürgerkapitals und des Bürgergeldes dienen. Aber zugegeben; auch heute noch könnte man keinen Menschen der Welt je definitiv dazu zwingen, Brot oder auch Kartoffeln o. ä. zu produzieren. Mit anderen Worten: Die offizielle Wertdeckung des Geldes ist auch hier – genau wie schon zur Zeit des Goldstandards in den USA – nur eine mehr theoretische, wenngleich auch eine nicht gänzlich ausgeschlossene, für den Fall des Falles. Die Wertdeckung aber des Geldes durch irgendetwas Wertvolles, das in der ganzen Welt bekannt und auch begehrt ist, gibt dem Geld immer wenigstens einen theoretischen Wert.

Wichtig hierbei ist im Grunde nur, daß überhaupt eine Theorie da ist, an der man sich, wenn auch mehr unterschwellig und instinktiv, allgemein orientieren kann, auch letztlich auf dem freien Markt. Denn man betrachtet das Geld einfach mit etwas anderen Augen, wenn man quasi im Hinterkopf die offizielle Wertdeckung kennt. Dieses ist in etwa vergleichbar der offiziellen Wertdeckung der guten oder schlechten Taten der Menschen durch Belohnung (vielleicht mit einem neuen unendlichen Leben im Paradies) oder Bestrafung (vielleicht mit einem neuen unendlichen Leben in der Hölle) durch das Jüngste Gericht, dessen Zeitpunkt zwar kein Mensch sicher kennt, dessen Möglichkeit aber mindestens unterschwellig zu mehr Verantwortungsbeußtsein anregt. Und das wäre auch gut so.

Der Goldstandard bezog sich darauf, wieviel Geld die Notenbank für 100 Gramm oder 1 Kilogramm Gold herausgab oder – umgekehrt gesagt – wieviel Gold sie für eine Einheit der Währung entgegen nahm, gemäß der mathematischen Formulierung:

$$\text{Goldstandard} = \text{Goldmenge} / \text{Geldmenge}.$$

Dieses bedeutete theoretisch, daß der ursprüngliche, also quasi erstmalige, Goldstandard, der „erste“ Goldwert des Geldes, bei wachsender Geldmenge nur dann (unverändert) gehalten werden konnte, wenn auch die Goldmenge (im Besitz der Notenbank) proportional mit wuchs. Und genau daran mußte der Goldstandard (1971 in den USA unter Präsident Nixon) scheitern, für den Fall, daß erstens der allgemeine öffentliche Geldmengenbedarf wuchs, zweitens nicht genügend zusätzliches Gold als zusätzliche Wertdeckung zur Verfügung stand und man drittens unbedingt den anfangs einmal „festgelegten“ Goldstandard, den Wechselkurs des Goldes gegen Geld, auf ständig gleicher Höhe halten wollte. Theoretisch hätte es aber – aus rein mathematischer Sicht – genügt, eine Schwächung des Goldstandards, also

eine Abwertung des Geldes bzw. Aufwertung des Goldes durch alleinige Vergrößerung der Geldmenge, hinzunehmen, um so die Wertdeckung des Geldes durch Gold nicht per se aufgeben zu müssen. Aber offenbar wollte man dieses damals (in den USA) nicht tun. Seither ist das Geld in der Welt entweder gar nicht, oder nur zum Teil öffentlich wertgedeckt. Eine Teilwertdeckung ist aber auch nicht wesentlich besser als eine vollständige, aber schwache Wertdeckung. Im Gegenteil! Eine Teilwertdeckung des Geldes ist un kategorisch! Daher ist der von dem Bürgerkapitalsystem vorgeschlagene „Warenstandard“ als Ersatz für den Goldstandard, aber auch für den theoretischen „Brotstandard“, der ja ebenfalls nicht immer eine volle Wertdeckung des Geldes (durch Brot) garantieren könnte, als ein ständig „fließender“ oder variabler Index zur je aktuellen Anzeige des Marktwertes des Geldes vorgesehen, grundsätzlich gemäß:

$$\text{Warenstandard} = \text{Warenmenge} / \text{Geldmenge.}$$

Dieser Warenstandard oder auch „Warenindex“ soll durch jährliche Ermittlung des Marktpreises eines „Warenkorbes“ mit den wichtigsten bzw. üblichsten Waren und Leistungen zur Lebenshaltung für einen Monat einer erwachsenen natürlichen Person, also einer Frau oder eines Mannes, im Verhältnis zum theoretischen Durchschnittseinkommen einer Person im Monat von in diesem System konstant 2.500 E. jährlich neu statistische Auskunft darüber geben, wieviel wert das Geld einerseits „live“ auf dem Markt ist und damit gleichzeitig auch wie hoch der rein materielle Wohlstand der Gesellschaft gerade zu sein scheint. Denn wenn man z.B. auf dem Markt allgemein, also praktisch überall in dem betreffenden Wirtschaftsraum, für 2.500 E. doppelt so viel Ware erhalten kann, als wie durch die staatlich administrierten Höchstpreise für Grundgüter grundsätzlich „nur“ garantiert, so kann man folglich von einem doppelt so hohen Wohlstand als wie normal sprechen, mathematisch von einem Wohlstand von

200 %. Dieses ergäbe sich in diesem Beispiel aus einem Preis für einen Warenkorb von 1.250 E. im Verhältnis zum dem vorausgesetzten Durchschnittseinkommen von 2.500 E., gemäß der Rechnung:

$$WI = 2.500 \text{ E.} / 1.250 \text{ E.} = 2 = 200\%.$$

Der vorgeschlagene Warenindex (WI) soll hier also der Indikator für den materiellen Wohlstand sein. Der immaterielle Wohlstand bzw. der Wohlstand insgesamt läßt sich wahrscheinlich – wenn überhaupt – nur wesentlich schwerer messen. Das sogenannte Bruttoinlandsprodukt, das früher noch „sozial“ war (Bruttosozialprodukt), bzw. das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hätte hier als Indikator für allgemeinen Wohlstand gänzlich ausgedient, da es lediglich aussagt, wieviel Geld man für Ware innerhalb eines Jahres ausgegeben hat, aber nicht, wieviel Ware man für sein Geld erhalten hat, was das Entscheidende(re) ist. Denn was hätte ein reiner allgemeiner Preiswucher durch eine gut organisierte Monopolwirtschaft mit steigendem Wohlstand zu tun? An dem Bruttoinlandsprodukt könnte man z.B. niemals sehen, wenn bei gleichen Mieten die Wohnungen (und Menschen) immer kleiner werden. Das ist schlicht Erniedrigung! Insofern ist das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich kein Bruttosozialprodukt (mehr). Die neuen Namensgeber wollten offenbar vermeiden, daß darüber irgendwelche Zweifel aufkommen könnten.

Entscheidend für den allgemeinen Wohlstand ist aber auch und in aller erster Linie, daß die Umwelt gesund und intakt ist, sodaß die Flüsse, Seen, Meere und Böden immer genug Lebensmittel spenden können, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl bzw. zur Bevölkerungsdichte. Denn auch durch einen noch so fairen sozialen Wettbewerb könnte immer nur das verteilt werden, was vorhanden ist, jeweils nach einer Ernte. Insofern besagt zunächst einmal der „Bürgerbodenindex“ (BBI) wie groß denn nun ei-

gentlich der „Warenkorb“ (pro Bürger im Monat) ist. Da aber die verschiedenen Werte der schier unendlich vielen verschiedenen möglichen Waren in dem Sinne nicht einzeln messbar sind, sollen sie hier einheitlich nicht mit Gold, sondern stets mit Brot aufgewogen werden, einer festen Wertgröße, sofern man dem Brot – wie in diesem System – einen festen (Höchst-) Wert offiziell beimißt. Der Markt selbst übernimmt dann das Aufwiegen durch Vergleich, durch latente Gegenüberstellung des Brotes mit anderen Waren bzw. Werten, immer davon ausgehend, daß niemand freiwillig seine Ware unter Wert verkaufen würde, also quasi tauschen. Insofern genügt es letztlich, den monatlichen Nutzwert eines Quadratmeters Ackerland daran festzumachen, wieviel Kilogramm Brot es umgerechnet in einem Monat bei normaler Arbeitsleistung des Landwirts, also des Müllers und Bäckers in Personalunion, abwirft. Das wäre dann zunächst einmal der „Brotindex“ (BI), grundsätzlich gemäß:

$$BI = \text{kg Brot} / \text{m}^2 \times \text{Monat.}$$

Da nun aber nach dem Modell der Bürgerkapitalwirtschaft der monatliche Mindestnutzwert eines Privatgrundstücks 2.500 E. betragen soll, gemessen daran, daß es monatlich mindestens 250 kg Brot mal einem Kilopreis von maximal 10 E. gleich 2.500 E. hervorbringen kann, was durch den (grundsätzlich) ewig konstanten Nutzwertindex NWI ausgedrückt wird, gemäß:

$$NWI = 250 \text{ kg/PGM konstant}$$

,muß nach dem (ca. alle 15 Jahre ein Mal neu) festgestellten Brotindex ausgerechnet werden, wie groß die Fläche in m^2 eines Privatgrundstücks als Viertel eines jedem Bürger zustehenden Bürgergrundstücks offiziell zu sein hat, damit es monatlich mindestens 250 Ein-Kilo-Brote zu einem Stückpreis von maximal 10,- E = 2.500 E. abwerfen könnte. Das wäre dann der BBI, der

Bürgerbodenindex, der sich mathematisch wie folgt ergibt:

$$\text{BBI} = \text{NWI} / \text{BI} = \text{Bürgerboden} / 4 = \text{Privatgrundstück.}$$

Nach Feststellung des BBI wiederum läßt sich dann schließlich und endlich der ÖBI, der „Ökometrische Bevölkerungsindex“, feststellen und amtlich festlegen, quasi anordnen. Denn der ÖBI sagt aus, wie hoch die Bevölkerungsdichte – gemessen in der Anzahl der Bürger pro Quadratkilometer – maximal (nur) sein sollte, damit jeder Bürger innerhalb des betreffenden Staatsterritoriums ein Stück Land in der Größe des nach dem BBI amtlich festgestellten sogenannten Privatgrundstücks ganz privat nutzen könnte. Der ÖBI ergibt sich seinerseits aus:

$$\text{ÖBI} = 1 \text{ km}^2 / (\text{BBI} \times 4) = \text{Bürger/km}^2.$$

Mit anderen Worten: Ist der BI = 100 Gramm (Brot), so läßt der ÖBI maximal 100 Bürger pro km² zu, und zwar grundsätzlich egal welcher Herkunft, was soviel bedeutet, daß im Falle einer aktuell höheren Bevölkerungsdichte als diese „ideale“ eine humane Form von Geburten- bzw. Populationskontrolle für einen entsprechenden (allmählichen) Rückgang der tatsächlichen Bevölkerungsdichte sorgen soll, quasi bis der Vorsatz des ÖBI, der ähnlich wie der BBI und der NWI, von dessen Vorsatz alles ausgeht, ein Sollindex ist, erfüllt und die Erde gefüllt, aber nicht überfüllt ist, ganz nach dem Soll der Bibel (s. Schöpfungsgeschichte). Der vorgeschlagene (Boden-) Nutzwertindex NWI in Höhe von 250 „Privatbrot“ im Monat definiert hier am Schluß über den ÖBI vermutlich erstmals, wenn auch – wie immer – völlig unverbindlich, bei wieviel Bürgern pro Quadratkilometer Fläche der Landmasse der Erde letztere als „gefüllt“ zu betrachten ist, ohne daß Menschen Hunger und Elend leiden müßten, ob nun aus theologischer, ökologischer oder ökonomischer Sichtweise, was sich ja nicht gegenseitig ausschließen muß, im

Gegenteil. Die Bibel warnt ja ihrerseits und schon viel früher ebenfalls vor Hunger und Elend, ohne aber konkrete Zahlen oder gar mathematisch-ökonomische Lösungsmodelle zu präsentieren. Sie appelliert vielmehr an ein brüderliches Teilen der Güter miteinander, aus dem Herzen heraus. Aber auch das Teilen eines Leibes Brot aus Nächstenliebe kann durch Mathematik noch gerechter gestaltet werden, durch mathematisch korrekte Feststellung der genauen Mitte des Brotes. Was aber noch entscheidender ist: Um einen Leib Brot mit jemandem teilen zu können, muß mindestens dieses eine Brot vorhanden sein. Und im Idealfalle hat jeder sein eigenes Brot.

Daher will der ÖBI eigentlich nur sicherstellen, daß jedem Bürger immer mindestens soviel Land persönlich zur Nutzung zur Verfügung steht, daß er immer genug Brot für sich und für andere produzieren könnte, sodaß letztlich nicht buchstäblich jeder einzelne Bürger nur für den Eigenbedarf Kornbauer oder Landwirt allgemein sein müßte, sondern sodaß alle möglichen Berufe ausgeübt werden können, um dann stets auf dem Markt die verschiedenen Produkte miteinander zu tauschen, quasi bis jeder von allem ein Bißchen hätte, unter anderem halt auch Brot. Oder anders gesagt: Man braucht ein Grundstück nicht nur zur Herstellung von Brot, sondern z.B. auch zum Wohnen in einem Haus und zur Herstellung anderer Güter. Daher darf je ein Privatgrundstück nicht zu klein sein, sonst erstickt quasi die Kultur, die eben nicht nur aus Essen von Brot besteht. Der Nutzwert eines Privatgrundstücks kann und muß aber „dennoch“ immer mit 2.500 E. im Monat bemessen werden, immer ausgehend davon, daß der ÖBI, der vergleichbar einer Schadstoffbegrenzung eine Beschränkung der Bevölkerungsdichte vorsieht, früher oder später erfüllt wird. Das wäre praktisch das Durchschnittseinkommen, das hier dem Durchschnittseinkommen eines Staatsdieners gleichgestellt sein soll, welches zu diesem Zweck also ebenfalls 2.500 E. betragen soll.

Denn daraus ergibt sich dann hier schließlich und endlich die Geldmenge, die pro Kopf 120.000 E. betragen muß, damit bei einer jährlichen Geldsteuer von 10% von allem Geld genug Geld in die Staatskasse ergeht, um davon einerseits das Bürgergeld und andererseits den (sonstigen) Haushalt, der ja hauptsächlich aus Personalkosten für die Beamten besteht, tragen zu können. Die totale Geldmenge müßte dann demzufolge gleich 120.000 Einheiten mal der Anzahl der Bürger sein, gemäß:

$$\text{Geldmenge} = 120.000 \text{ E.} \times \text{Anzahl Bürger.}$$

Alles beginnt gewissermaßen bei der Feststellung der Zahl der Bürger, sprich bei einer Volkszählung, um sodann ausrechnen zu können, wieviel Geld insgesamt hergestellt und in den Umlauf gebracht werden muß.

Dieses Geld kann dann entweder spontan, wie durch eine Nacht-und-Nebel-Aktion einer Notendruckerei und eine Nacht-und-Nebel-Auszahlung der vollen Summe von je 120.000 E. an jeden Bürger, oder allmählich, wie durch allmähliche Herstellung und Aushändigung des Geldes a' 1.000 E. pro Bürger im Monat, in den Umlauf gesetzt werden. Um aber dem Umstand eines zu Beginn grundsätzlich nicht vorhandenen und dann erst mit der Zeit (ebenfalls) allmählich wachsenden Warenkapitals, durch das das Geld wertgedeckt sein soll, gerecht zu werden und die Allgemeinheit vor Mißbrauch seitens z.B. nur flüchtig eingewanderter Einwohner zu schützen, bevorzugt das Bürgerkapital-system die allmähliche Variante. Das dadurch einstweilig (bei Kindern zwecks einer „Aussteuer“ bis zur Volljährigkeit auf einem Sperrkonto der Zentralbank) zurückgehaltene Geldkapital jedes Bürgers wird auch als Beitrag zur Bürgerkapitalversicherung gewertet, der faktisch zur Abgeltung der erforderlichen Wartezeit von zehn Jahren von jedem Bürger im Voraus geleistet wurde, bei einem mittleren Beitrag von 1.000 E. im Monat.

Auf diese Weise ist jeder Bürger sofort versichert, muß aber auf sein volles Geldkapital einige Jahre warten. Nach Erreichen der regulären Geldmenge = Anzahl Bürger \times 120.000 E. soll diese quasi nur noch „recycelt“ werden, indem fürderhin praktisch immer nur genau so viel Geld neu in den Umlauf gesetzt wird, wie altes Geld eingezogen und vernichtet oder nicht zurück gebracht wurde. Bei wachsender oder schrumpfender Zahl der Bürger wird das Soll, die anzustrebende Höhe, der Geldmenge proportional entweder vergrößert oder verringert. Dieses geschieht schlicht durch monatlich neue Feststellung der Zahl der beim Einwohnermelde- oder Bürgeramt im Staate wohnhaft gemeldeten Einwohner, d.h. der natürlichen Personen, die den Status eines Einwohners haben, hier Bürger genannt, um daran jeweils den aktuellen Geldmengenbedarf hochzurechnen. Dazu wird die je festgestellte Zahl der Bürger just mal 120.000 E. genommen. Danach geht es praktisch nur noch darum, diese Sollgeldmenge zur Istgeldmenge, zur tatsächlich im Umlauf vorhandenen Geldmenge, zu machen.

Zwecks dessen gibt hier die Zentralbank, die Geldmengenregulierungsabteilung der Notenbank, konsequent Monat für Monat einerseits für jeden festgestellten Bürger im Sinne dieses Systems 1.000 E. (eintausend Einheiten der Währung) über die Staatskasse heraus, während sie andererseits Jahr für Jahr konsequent 10% des sich bereits im Umlauf befindlichen Geldes wieder einzieht. Bei Erreichen der richtigen Geldmenge wird so die jährliche Einnahme der Geldsteuer exakt identisch sein mit der jährlichen Auszahlung der Zentralbank, und zwar je in Höhe von 12.000 E. pro Bürger, das sind je 10% von 120.000 E..

Denn das Geldvermögen pro Bürger wird so schließlich 120.000 E. betragen. Ist die tatsächliche Geldmenge anfänglich, d.h. innerhalb ca. der ersten 10 Jahre, noch zu klein, weil noch nicht genug Geld herausgegeben wurde, so wird die Einnahme der

jährlichen Geldsteuer, die ja eine prozentuale Erhebung ist, ebenfalls noch zu klein sein, d.h. noch unterhalb des Solls von 12.000 E. pro Bürger. Um diesen Mangel allmählich zu beheben, ignoriert hier die Zentralbank jenen Mangel, indem sie just jene Differenz zwischen der Soll- und der Isteinnahme, quasi die Steuerlücke, mit neuem, druckfrischem staatseigenem Geld jeweils soweit stopft, daß konsequent und unbeirrt Monat für Monat für jeden Bürger 1.000 E. ausgezahlt werden, wobei diese Gelder an die Bürger jeweils zunächst in die Staatskasse fließen, von wo aus sie dann pauschal zur Hälfte als Kapitalertragssteuer in die Steuerkasse, die sinngemäß eine vom Staat organisierte Gemeinschaftskasse der Bürger zur Deckung der öffentlichen Ausgaben, der (anderen) Haushaltsausgaben, ist, fließen, und zur anderen Hälfte individuell als je persönliches Bürgergeld direkt in die Hände der Bürger, um ein „Mauern“ (einen Stau in) der Staatskasse zu verhindern, respektive zu verhindern, daß die damit beabsichtigte Umlaufsicherung des Kapitals dadurch vereitelt werden könnte, daß wenn sich zu viele Staatsbeamte zu viel Geld der Staatskasse als „Diät“ verschreiben würden, sodaß am Ende kein Geld mehr in Umlauf (der einfachen Bürger) vorhanden wäre.

Für den Fall, daß einmal die von der Zentralbank eingezogene Einnahme der Geldsteuer von konstant und stur 10% auf alles Geld der betreffenden Währung, unabhängig vom Aufenthaltsort und ohne Ausnahme unabhängig von den natürlichen oder juristischen Besitzern, gleich welcher Art oder welchen „Adels“, höher war als 12.000 E. mal Anzahl der Bürger, würde dieses darauf schließen lassen, daß – aus welchen Gründen auch immer – die Geldmenge bereits höher ist als das Soll. In diesem Fall wird wiederum jener Mangel einer fehlenden Übereinstimmung insofern „ignoriert“, als daß schlicht der Überschuß abgezogen und vernichtet wird, sodaß wiederum unbeirrt und konsequent pro Bürger im Monat 1.000 E. freigesetzt werden. Auf

diese Weise muß ganz zwangsläufig die Istgeldmenge immer wieder zur Sollgeldmenge tendieren, weil die Istgeldmenge stets entweder durch Aufstockung oder Kürzung der jährlichen Einnahme reguliert, also korrigiert, wird. Das ständige, turnusmäßige Korrigieren der Geldmenge ist genau wie auch im jetzigen System notwendig und daher offizieller Teil des Bürgerkapitalsystems, das ja die Möglichkeit eines Auftretens von Disregulationen des Geldes und des Kapitals insgesamt zwar nicht ausschließt, sondern aber die ständige konkrete Regulierung, quasi nach „Schema F“, einschließt. Dieses System sieht gewissermaßen ein, daß es in dem Sinne keine Selbstregulierung des freien Marktes gibt, hält es aber für sehr wohl möglich, quasi eine Selbstregulierung 2. Grades durch strikte Befolgung bestimmter rechnerischer wie rechtlicher Rahmengebote zu gewährleisten, so wie es ja auch in ausnahmslos jedem kleineren Gesellschaftsspiel (z.B. Brettspiel) Freiheiten nur innerhalb bestimmter Grenzen und Regeln gibt. Zu viel Freiheit bedeutet schlicht Chaos – das exakte Gegenteil von Regulierung und Ordnung. Zu wenig Freiheit bedeutet schlicht Tod durch Starre.

Die Lösung kann daher nur ungefähr in der Mitte, sozusagen im Mittelstand, liegen. Der Mensch ist an ein täglich Brot gebunden, um zu leben. Wenn er also leben will, und das zudem in Gesellschaft von mehreren, so braucht er schlicht eine Ordnung, welche die ursprünglich totale Freiheit des einzelnen („Adams“) entsprechend, aber nicht mehr als unbedingt notwendig einschränkt, wenigstens immer zur Regulierung der Brotmenge für alle und jeden. Und um nichts anderes geht es im wesentlichen in der Welt und in dem vorgeschlagenen Bürgerkapitalsystem.

Die Treulandgesellschaft und die Freipacht

Optional, d.h. im Zweifel darüber, ob das vorgeschlagene Bürgerkapitalsystem nach seiner bisherigen Beschreibung bis zu dieser Stelle auch einer rein kommerziellen Massenproduktion durch größere Firmen genügend Raum (Boden) zur Entfaltung auf dem Privatboden gibt oder läßt, wird empfohlen, den Bürgern über eine „Treulandgesellschaft“ im Sinne einer Treuhandgesellschaft für Bodenmanagement Geld, die „Freilandpacht“, kurz „Freipacht“, für eine unbefristete, aber jederzeit widerrufliche Überlassung ihrer Böden der Treulandgesellschaft zur Nutzung grundsätzlich durch die Allgemeinheit und bei angemeldetem Bedarf auch durch Firmen, die Größeres, aber nicht zu Großes vorhaben, anzubieten. Denn dieses sollte tendenziell und in positiver Weise dazu führen, daß Bürger, die ohnehin nicht sehr gerne Kleinbauer oder überhaupt Grundbesitzer sein wollten, weil ihnen dieses vielleicht zu viel Verantwortung bedeutete, schon wegen der Haftung für mögliche von ihnen verursachte Umweltschäden, leichter auf die eigene Nutzung ihrer Böden verzichten könnten, weil dann gegen korrekte Bezahlung von der Allgemeinheit bzw. von Firmen oder Einzelpersonen, die zu privaten oder gewerblichen Zwecken mehr Boden als nur den normalen Bürgerboden bzw. den vierten Teil davon, das „Privatgrundstück“, persönlich nutzen wollten. Die Treulandgesellschaft, kurz „Treuland“, würde zu diesem Zweck Boden des Privatgeländes von normalen Privatbürgern, die ihren Anteil am Privatboden nicht zur persönlichen Nutzung benötigten, pachten und größere Teile davon an Firmen, die nachgefragt hätten, vermieten und die daraus erzielten Mieteinnahmen jeweils den betreffenden, auf ihr Privatgrundstück freiwillig verzichtet habenden Bürgern zu gleichen Teilen vollständig ausschütten. Auf diese Weise wären die betreffenden Firmen bzw. Großgrundbesitzer absichtsgemäß gezwungen, sich das Geld für diese Miete quasi bei den privaten Verpächtern der betreffenden Böden

durch irgendeine von diesen nachgefragte wirtschaftliche Leistung zu verdienen, womit sich hier der wirtschaftliche Kreis des Geldes perfekt schloß. Denn ohne eine solche Rückkopplung des Geldes durch Mietzahlung auf größeren Bodenbesitz einerseits und Verteilung dieses Geldes immer wieder zurück an die besitzlosen Bürger, die auf persönliche Nutzung ihres Bodens im Interesse der Wirtschaft verzichten, könnte es allzu leicht passieren, daß Großgrundbesitzer einfach nur die Ressourcen, wie Rohstoffe usw., dieser Böden ausschachten, um diese an Großabnehmer im oder aus dem Ausland zu veräußern, daß also eine solche (möglichst umweltfreundliche) Ausschachtung oder Ausnutzung, wie z.B. auch durch Hotelanlagen o.ä., nicht in der Hauptsache der einheimischen Bevölkerung angeboten wird und zugute kommt. Denn ohne eine entsprechende Mietzahlung in der landeseigenen Währung, wären diese Großgrundbesitzer nicht auf Kunden aus dem Binnenmarkt angewiesen. Somit würde folglich der Binnenmarkt, der ja grundsätzlich von einem regen interaktiven Kauf und Verkauf innerhalb der Landesgrenzen lebt, geschädigt. Das genau entgegengesetzte andere Extrem wäre, wenn die betreffenden Großgrundbesitzer die betreffenden Böden überhaupt nicht wirtschaftlich nutzen würden, sondern ewig nur besetzt halten würden. Auch davon hätte die Wirtschaft nicht viel, nicht mal das Ausland.

Das ideale Gleichgewicht der Wirtschaft kann grundsätzlich nur durch ständig exakt gleichmäßige Grundaufteilung des Boden- und Geldkapitals quasi mit Tauscherlaubnis gegeben sein. Da sich aber schon allein durch einen scheinbar gleichwertigen Tausch, der aber eben nicht immer gleichwertig ist, Verschiebungen bzw. Verungleichgewichtungen des Kapitals bis hin zu einer völligen Verarmung der Masse ergeben können, wie man es ja heute unschwer in der Welt sehen kann, bedarf es quasi über allem mindestens einer Geld- und Bodenumlaufsicherung zur Rehabilitation dieses Grundkapitals bzw. der besitzlosen Ei-

gentümer dessen. Sinngemäß ist jeder einzelne Bürger Eigentümer eines gleichen Anteils am Boden, als wie auch am Geld. Denn ein Geldschein ist nur wie ein von einer staatlichen Notenbank bestätigter und vereinheitlichter übertragbarer Pfandschein, vergleichbar auch einem Warengutschein, für den eine bestimmte Ware bzw. ein bestimmter Pfand hinterlegt ist. Dieser Pfand oder diese Ware kann ein Goldbarren oder – wie hier im Bürgerkapitalsystem – ein Brotleib sein. Wenn also jemand von seinem Brotleib einen Pfand- oder auch Schuldschein selber anfertigen und von einem zugelassenen Notar offiziell beurkunden lassen würde, so wäre dieser Schuldschein wie ein Geldschein. Der Besitzer und Eigentümer dieses Schuldscheins, der zunächst sein Erschaffer, quasi sein Schöpfer, ist, könnte nun theoretisch diesen Schuldschein gegen eine Staude Bananen tauschen. Faktisch würde er aber dadurch seinen Brotleib gegen diese Staude Bananen tauschen. Denn irgendwann könnte ja der Verkäufer der Staude Bananen den Schuldschein auf den betreffenden Brotleib einlösen wollen. Und damit dieser sich damit nicht zu viel Zeit läßt, weil sonst das Brot „abgeschrieben“ ist, bedarf es einer zeitabhängigen Umlaufsicherung des Kapitals, also des Geldes. Damit aber (dennoch) immer wieder neues Brot usw. von jedem Bürger produziert werden könnte, bedarf es überdies hinaus bzw. parallel dazu auch einer Bodenumlaufsicherung, die gewissermaßen Großgrundbesitzer dazu zwingt, bei Zeiten wieder neues Brot usw. zu produzieren, um nicht den Bodenüberschuß wieder zu verlieren, weil die Miete nicht gezahlt werden konnte. Das ist die eigentliche „Ankurbelung der Wirtschaft“, von der die Politik bis heute träumt. Anstelle aber einer solchen produktiven Umlaufsicherung des Kapitals usw. quasi zur ökonomischen Bestrafung von wirtschaftlicher Untätigkeit durch Androhung und Ausführung einer Erneuerung der wirtschaftlichen Kräfte durch neue, wieder gleichmäßigere Verteilung des Bodens und des Kapitals, wurde von den Regierungen zumeist das genaue Gegenteil davon, nämlich eine Umverteilung des

Bodenbesitzes und des Kapitals „nach oben“, faktisch verfügt, wie durch Auszahlung von horrenden Subventionen oder ganzen Konjunkturpaketen, im Falle des schuldhaften oder nichtschuldhaften Versagens der betreffenden Firmen oder nahezu der gesamten Wirtschaft, respektive Mißwirtschaft. Nicht zuletzt dadurch sind viele Staaten der Welt heute an den Rand eines Staatsbankrotts getrieben (worden). Man könnte sagen: Das kommt davon, wenn man den falschen Leuten (Ratgebern) vertraut, anstatt einfach immer grundsätzlich den Normalbürgern, die keinen Grund hätten, sich selbst zu betrügen, sofern sie wenigstens „Macht“ über sich selbst und ihr Schicksal hätten, wie durch Rechte, auch und vor allem auf eigenes Kapital. Denn nur was einem selber gehört, schützt und fördert man wie ein eigenes Baby. Das ist der Vorteil und der Sinn und Zweck des Eigentums. Kapital jedoch, an das man zu leicht und zu ungerecht geraten kann, weiß man nicht wert zu schätzen und wirft es am Ende zum Fenster raus, zum Leidwesen derjenigen, die dafür vielleicht später noch aufkommen sollen, wenn es nach dem Willen der Verschwender geht, anstatt diese vor ein Tribunal (z. B. Volkstribunal) zu stellen. Und davor, daß man sich solchen Leuten vielleicht noch vorher (vor dem Jüngsten Gericht) aus reiner Verzweiflung anschloß, kann nur eine Umlaufsicherung des Boden- und Geldkapitals schützen.

Während die Zentralbank in diesem System die Umlaufsicherung des Geldes regelt, soll die Treuland hier die Umlaufsicherung des Privatbodens managen. Großer Garten und Volksgeleände bleiben davon unberührt und behalten ihren Nutzen für die Bürger durch das Recht einer allgemeinen und nur im Großen Garten stark beschränkten öffentlichen und kostenlosen Begehung. Auch die Nutzung des Privatbodens ist für die Bürger, die ja auch dessen Eigentümer sind, umsonst, d.h. soweit von ihnen je nur maximal ein durchschnittlicher Teil persönlich oder allgemein genutzt wird. Wer jedoch mehr Boden als „nur“ in der

Größe eines „Privatgrundstücks“ nutzen wollte, könnte – solange Vorrat reicht – „Freiland“ von der Treuland (zusätzlich) fest mieten. Die Höhe der „Festmiete“ soll aber auch nicht größer sein als die der „Freimiete“, der pauschalen und jeweils für alle Bürger gleichen Miete für die Nutzung des jeweiligen Freilandes durch allgemeine Begehung, und nicht mehr und nicht weniger als einheitlich, also unabhängig von der Art oder Lage des Bodens, 2.500 E. (zweitausendfünfhundert Grundeinheiten der Landeswährung) im Monat für Boden in der Größe eines aktuellen Privatgrundstücks betragen, um dadurch einen grundsätzlichen Maßstab für den Wert der Bodennutzung zu setzen. Auf diese Weise aber können die Verpächter von Boden an die Treuland „Freipacht“ erhalten und die Mieter „Grundsteuer“ zahlen. Die Größe eines „aktuellen Privatgrundstücks“ ergibt sich stets aus: Privatgrundstück = (Staatsgebiet/4) / Anzahl der Bürger.

Im Idealfall ist die – je am Anfang des betreffenden Jahres – in Rechnung gestellte Grundsteuer immer identisch mit der – je spätestens bis Ende Februar des gleichen Jahres – gezahlten Grundsteuer und mit der dann – je spätestens bis Ende des gleichen Jahres – ausgezahlten Freipacht. In der „Realität“ könnte es aber vorkommen, daß Mieter von Boden der Treuland säumig, also Zahlung schuldig, bleiben. In diesen Fällen sollte dann aber der Staat weder einen Kredit aufnehmen, noch die Schuldner verhaften, sondern einfach nur allen nicht bezahlten, aber laut Grundbuchamt gebuchten (gemieteten) Privatboden wieder – je bis zum Ende des Jahres – zum öffentlich Freiland erklären, indem dort amtliche, vorzugsweise blaue Siegel in der Form von Plaketten an die Zäune der nunmehr quasi zu Unrecht „besetzten“ Gebiete befestigt würden, aus denen sichtbar hervorgeht, daß es sich bei den betreffenden Gebieten (wieder) um Freiland handelt, mit der Rechtsfolge, daß nun bei Anmeldung von Eigenbedarf jene Gebiete quasi sofort von dem oder den neuen Inhaber(n) in Besitz genommen werden oder just all-

gemein betreten (besucht) werden könnten, wodurch sich aber halt absichtsgemäß der Anspruch der bodenlosen „Freiländer“ auf Freipacht noch früh innerhalb des betreffenden Jahres entsprechend minderte. Während also die „Festländer“, sprich alle Bürger und Gesellschaften, die mit einem kleinen oder großen Grundstück im Grundbuch eingetragen sind, ihre Grundsteuerabrechnung jeweils zu Beginn (im Januar) des Jahres, für das die Grundsteuer gezahlt werden soll, erhalten, sollen die anderen, also die Freiländer, ihre (reale) Freipachtabrechnung erst zum Ende des gleichen betreffenden Jahres erhalten, kurz bevor dann auch die berechnete und von den Festländern tatsächlich bezahlte Grundsteuer nun als Freipacht möglichst noch innerhalb des gleichen Jahres ausgezahlt würde. Die je zu Beginn des Jahres präsentierte Grundsteuerberechnung ist quasi mehr eine Frage.

Was diese „Grundsteuerberechnung“ auf der einen und „Freipachtabrechnung“ auf der anderen Seite betrifft, so wird hier zum Zwecke einer leichteren Berechnung der fälligen Bodenmieten dem Boden (des Privatgeländes) ganz generell und einheitlich ein Grundwert in Höhe von 300.000 E. pro Privatgrundstück beigemessen, der einem Zehn-Jahres-Nutzwert je eines Privatgrundstücks entspricht. Denn der Ein-Jahres-Nutzwert je eines Privatgrundstücks beträgt 30.000 E. = $2.500 \text{ E.} \times 12$ (Monate). So wird dann je individuell von allen privat und/oder allgemein genutzten Böden des Privatgeländes der Grundwert je der betreffenden Flächen der Böden ermittelt, um darauf dann je dem betreffenden Nutzer gegenüber die entsprechende Bodenmiete in Höhe von 10% des Grundwertes pro Jahr in Rechnung zu stellen, jedoch quasi abzüglich eines Freibetrages in Höhe von 30.000 E., das ist der Wert der jedem Bürger erlaubten freien, also kostenlosen, Bodennutzung innerhalb des Privatgeländes oder auch „Privatbodens“. Und je nach dem, ob die fällige Bodenmiete oder der Freibetrag, die „Bürgerpacht“, der höhere Betrag ist, ergibt sich dann eine Grundsteuer oder Freipacht.

Der Grundwert je eines Quadratmeters Boden des Privatgeländes ergibt sich stets aus folgender Rechnung:

$$\text{Bodengrundwert} = 300.000 \text{ E.} / \text{Fläche Privatgrundstück.}$$

Jeder Bürger, ob im Grundbuch mit einem Privatgrundstück eingetragen oder nicht, wird hier immer automatisch als Verpächter seines grundsätzlich örtlich unbestimmten Privatgrundstücks an die Treuland betrachtet und auch direkt von ihr ausgezahlt, d.h. für den Fall, daß der Betreffende „bodenlos“ ist. Dieses bedeutet aber nicht deswegen, daß er immer automatisch genau 2.500 E. je Monat als Freipacht erhalten würde. Die Höhe der von der Treuland den Verpächtern ihres Privatgrundstücks geschuldeten und ausgezahlten Freipacht hängt im Einzelnen wie in der Gesamtheit davon ab, wieviel Boden von der Treuland „fest“ an Privat vermietet wird. Wird z.B. nur sehr wenig von dem Freiland fest an Privat vermietet, so bleibt den Bodenlosen noch genug allgemeines Land zur allgemeinen Begehung zur Verfügung, was ja auch seinen Nutzwert hat, und die bodenlosen Verpächter erhalten nur je eine relativ kleine Freipacht, irgendwo unterhalb von 2.500 E. nahe 0,- E. pro Monat. Wird z.B. überhaupt kein Teil des Freilandes, das ja immer automatisch und vollständig als an die Treulandgesellschaft verpachtet gilt, fest an private oder auch unter Umständen staatliche Hand vermietet, so erhalten die Verpächter keinerlei Freipacht, denn sie können ja ihren Privatboden nunmehr vollständig selbst nutzen, wenn auch halt „nur“ allgemein und flüchtig, also ohne dortiges Wohn- oder gar Baurecht oder dergleichen. Denn das Freiland soll ja nach Möglichkeit immer zur Vermietung frei stehen, im wahrsten Sinne. Die maximale Höhe der einzelnen Freipacht beträgt 2.500 E. und wird erreicht, wenn alles Freiland von Leuten, die bereits ihr eigenes Privatgrundstück inne haben, gemietet ist. Zusammen mit dem Bürgergeld aus der Staatskasse macht das dann genau 3.000 E. im Monat vom Staat an je einen Bürger oh-

ne zum Eigenbedarf angemeldetes Privatgrundstück.

Genau betrachtet, erhält hier nach dem vorgeschlagenen System einer Umlaufsicherung des Bodens jeder Bürger immer zunächst (in der Theorie) eine „Bürgerpacht“ von konstant 30.000 E. im Jahr für die immer währende Verpachtung seines Anteils am Privatboden an die Treulandgesellschaft, abzüglich aber dann, d.h. also noch vor einer möglichen (praktischen) Auszahlung, des Betrages der je von dem oder der Betreffenden zu zahlenden oder nicht zu zahlenden Bodenmiete je nach dem, ob und wenn ja, wieviel Boden des Privatgeländes die betreffende Person selber fest und/oder frei, also durch anteilige allgemeine Begehung, nutzt, wobei die feste, also die privat-persönliche, Nutzung der allgemeinen Nutzung vom Wert her gleichgestellt ist. Oder anders gesagt: Auch schon für die allgemeine Begehung des Freigeländes ist hier Miete, die „Freimiete“, zu zahlen, zuzüglich der etwaigen „Festmiete“, für die etwaige private (feste) Nutzung von Boden des Privatgeländes. Der Begriff der Grundsteuer steht hier nur für die Plusdifferenz der berechneten (höheren) jährlichen Gesamtbodenmiete, abzüglich der immer gleichen jährlichen Bürgerpacht von 30.000 E., während der Begriff der Freipacht nur für die (mögliche) Minusdifferenz der berechneten (geringeren) jährlichen Gesamtbodenmiete, abzüglich der immer gleichen jährlichen Bürgerpacht von 30.000 E. steht.

Die bei jedem Bürger möglicherweise anders ausfallende Gesamtbodenmiete, die je individuell zu berechnen ist, ergibt sich also einerseits aus der Miete für den ganz privat genutzten Boden des Privatgeländes, wobei auch schon das eigene normale Privatgrundstück gezählt wird und mit Miete belegt ist, zuzüglich der Miete für den allgemein genutzten Boden des Privatgeländes, sprich für den jeweiligen Anteil am (etwaig noch vorhandenen) Freiland. Es wird also den „Festländern“, also den Inhabern eines Privatgrundstücks von halber, ganzer oder auch 10-

facher Größe oder dergleichen, unterstellt, sie würden neben der Nutzung dieses „Festlandes“ auch noch zusätzlich ebenfalls einen (durchschnittlichen) Teil des Freilandes durch allgemeine Begehung nutzen, obwohl dieses in der Theorie eigentlich verboten wäre, es sei denn eben bei Zahlung einer Miete gleich der Miete, welche die „Freiländer“ zu zahlen haben, also diejenigen Bürger, die kein Festland, sondern nur ihren (durchschnittlichen) Teil am Freiland nutzen, wie halt ebenfalls durch allgemeine Begehung. Es liegt also somit auf der Hand, daß die Festländer eine höhere Gesamtbodenmiete zu zahlen hätten als die Freiländer, wodurch die Festländer dann tendenziell eher zur Zahlung einer Grundsteuer, denn zur Entgegennahme einer Freipacht herangezogen würden. Und wenn keine Rechenfehler bei der Grundsteuerberechnung für jeden einzelnen Bürger des betreffenden Wirtschaftsraumes (Staates) gemacht worden wären, so müßte die Summe der von den (größeren) Festländern für das betreffende Jahr an die Treulandgesellschaft zu zahlenden Grundsteuer exakt der Summe der von der Treulandgesellschaft an die Freiländer (und die kleineren Festländer) für das betreffende Jahr zu zahlenden Freipacht entsprechen, womit der Haushalt der Treulandgesellschaft immer ausgeglichen und der Kassenstand am Ende des Jahres immer wieder korrekt bei 0 wäre. So jedenfalls im Idealfall und nach folgender Rechnung:

$$(\text{Festmiete} + \text{Freimiete}) - 30.000 \text{ E.} = \text{Grundsteuerschuld} \\ (\text{bei Plusbetrag})$$

Mit anderen Worten: Selbst jemand, der hier als sein persönliches Festland nur das normale (aktuelle) Privatgrundstück inne hätte, könnte nach jener vorangegangenen Berechnung noch zur Zahlung von Grundsteuer herangezogen werden, halt wegen der Freimiete für die Mitnutzung des verbliebenen Freigeländes, falls noch vorhanden. Daß immer latent noch Freiland vorhanden ist, dafür sorgen hier die Kinder, die auch als Bürger ge-

zählt, aber noch nicht zur Privatnutzung von Boden zugelassen werden. Theoretisch sind sie daher sogar ebenfalls zur Einziehung von Freipacht berechtigt. Da sie aber bereits bei ihren Eltern (hoffentlich) gut versorgt sind, könnte man jene Freipacht entweder je den Eltern wie als ein Kindergeldersatz oder dem Staat zur etwaigen Nachkonsolidierung oder wieder einfach der Nebensteuerkasse überlassen. Zur Ermittlung jedenfalls der jeweiligen jährlichen Freimiete wird sowohl bei den Freiländern, als auch bei den Festländern just die Fläche in m² des gesamten Freilandes laut Grundbuchamt durch die Anzahl aller Bürger geteilt und anschließend mit dem aktuellen Bodenwert pro Quadratmeter und anschließend mit 10% multipliziert.

Die allgemeine, private oder staatliche (z.B. militärische) Nutzung des von der Treuland vermieteten Bodens soll grundsätzlich immer Miete kosten, um tendenziell davon abzuschrecken, sich ohne triftige Gründe oder ohne (Gegen-) Leistung auf dem Besitz fremden Eigentums auszuruhen. Die privaten Großgrundbesitzer sollen quasi immer an die Bürger denken, deren Boden sie nutzen, solange diese einstweilen, aber auf jederzeitigen Widerruf darauf verzichten, Eigenbedarf daran zu erheben. Allerdings sollen nur solche Privatpersonen Boden des Freigeländes anmieten können, die erstens selber bereits ein Privatgrundstück innehaben, sodaß sie nicht noch Freipacht erhalten, und die zweitens einen einmaligen Pfand cash in Höhe von 30.000 E. pro gewünschter Fläche in der Größe eines Privatgrundstücks bei der Treuland als Eigenanteil eventueller späterer Reparaturkosten für den Fall einer verschuldeten oder unverschuldeten Umweltschädigung des betreffenden Grundstücks während der Zeit der Nutzung durch den betreffenden Mieter hinterlegen. Dieses soll bewußt auch als eine gewisse Hemmschwelle dienen. Denn prinzipiell ist hier die Großgrundnutzung zwar erlaubt, aber dennoch nicht gern gesehen, weil sie leicht zu einer unethischen, allzu rationellen Nutzung (ver-) führen kann.

Der Große Garten

Die mit Abstand wohl größte Umweltschädigung wäre die, wenn es nur noch Menschen, aber keine Umwelt mehr gäbe, außer vielleicht eine graue bzw. eine aus reinem Beton. Aus diesem Grund und wohlwissend, daß der Mensch nicht von Beton allein lebt, sieht das Bürgerkapitalsystem als alleroberstes Gebot noch vor der Geldfrage eine konstruktive, weil lebenserhaltende Begrenzung der rein physischen Ausdehnung des Menschen durch Schaffung eines Sperrgebietes, „Des Großen Gartens“, vor.

Dieser Große Garten („The Big Yard“) soll als ein unbedingtes Naturschutzgebiet grundsätzlich immer 50% des Staatsgebietes, einschließlich aller Binnengewässer wie Flüsse und Seen usw., und dabei möglichst die schützenswertesten Gebiete, wie natürlich insbesondere Waldgebiete und sonstige Gebiete von besonderer Flora und Fauna, umfassen. Jene Gebiete sollten dabei möglichst nicht wie einzelne Inseln voneinander getrennt, sondern als ein zusammenhängendes Gesamtgebiet miteinander verbunden sein, um Dinge wie Inzucht und Isolation (der Tiere) zu vermeiden. Zum Schutz dieses Gebietes vor Wilderei, aber auch zum Schutz der Menschen vor den wilden Tieren, die sich dort in möglichst großer Zahl aufhalten sollen, ist es ringsum von einem geeigneten und von staatlichen Wächtern bewachten Zaun umgeben. Aus anderer Perspektive gesehen, sind es die Gebiete der Menschen, die umzäunt sind und die wie Inseln innerhalb des „Meeres“ des Großen Gartens erscheinen, während sie ihrerseits durch nur sehr schmale „Laufwege“, sprich durch Landstraßen, Autobahnen oder Eisenbahnstrecken, miteinander verbunden sind, und zwar möglichst nur entweder über- oder unterirdisch, wobei „überirdisch“ hier soviel bedeutet wie „hoch über dem Boden“, sprich „auf Hochstrecken“. Die folgenden Abbildungen 1 und 2 veranschaulichen diese Vorstellung in schematisch dargestellten Ausführungsbeispielen einmal von oben

(Abbildung 1) und einmal im Profil (Abbildung 2):

Abbildung 1:

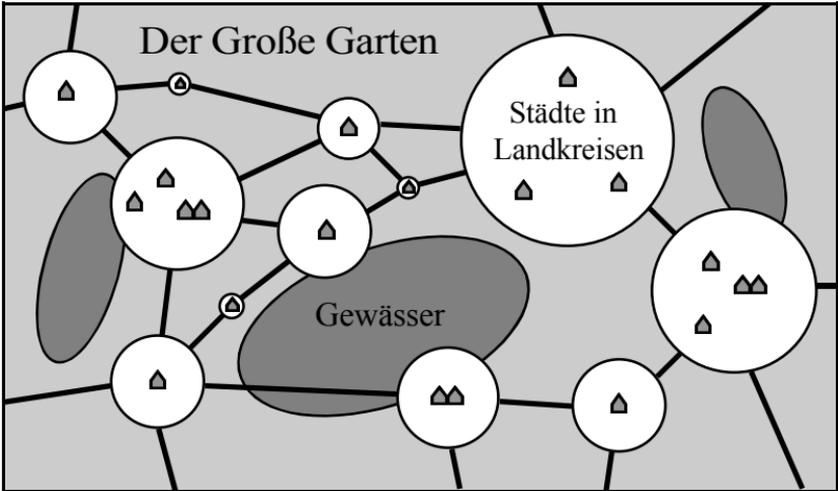
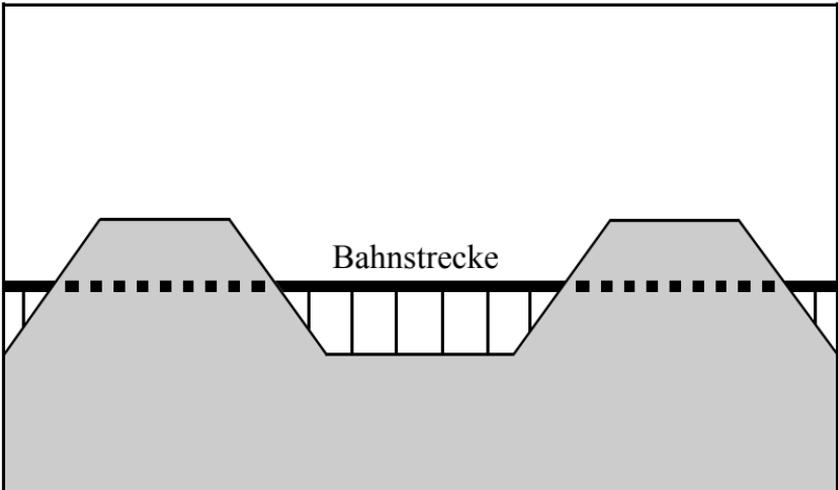


Abbildung 2:



Der Große Garten, der außer von gelegentlichen Besuchern und einigen Förstern, Wildhütern und Kontrolleuren der Förster und Wildhüter von keinem Menschen betreten werden darf, um seine für die Menschheit so wichtige Flora und Fauna nicht (länger) zu gefährden, will bewußt relativ frühzeitig, d.h. rechtzeitig, zu einer Verknappung des Raumes innerhalb der den Menschen verbliebenen Gebiete, quasi der „Landkreise“ des „Zivilgeländes“, bestehend zur Hälfte aus dem Privatboden und zur anderen aus dem Volksgelände, zusammen in Höhe von 50% des Staatsgebietes, führen, um auf diese Weise auf die Notwendigkeit einer bewußten Geburtenkontrolle hinzuweisen, noch bevor dieses ohnehin irgendwann der Fall, aber sodann zu spät sein könnte, um noch einmal zurückzukehren zu einer Situation der Normalität, wo genug Natur vorhanden ist, um sie zu „melken“, anstatt zu schlachten. Denn mag zwar ein angeborener genetischer Instinkt der Frauen automatisch eine gewisse Geburtenkontrolle initiieren, wie durch streßbedingte „plötzliche“ Unfruchtbarkeit oder Unlust, für den Fall, daß die Population des Volkes augenscheinlich von (zu) hoher Zahl ist; so ist es jedoch insbesondere Ziel des Bürgerkapitalsystems, möglichst erst keinen Streß aufkommen zu lassen, um erst dann zu reagieren bzw. reagieren zu lassen. Denn zu was für Reaktionen Menschen unter Streß fähig sind, ist wesentlich gefährlicher als wie bei den Tieren. Der „Terror“ durch eine rechtzeitige gezielte Geburtenkontrolle bzw. Zeugungskontrolle ist unter dem Strich humaner und übersichtlicher als der Terror durch zunehmende Überbevölkerung. Es liegt einfach auf der Hand, daß eine geringere Zahl von Menschen schneller und besser mit allem Möglichen versorgt werden kann als eine größere. Oder anders gesagt: Die Gefahr einer Unterversorgung des einzelnen – durchschnittlich gesehen – wird immer größer, je größer die Gesamtzahl der einzelnen ist. Eine glückliche Menge Menschen von „kleiner“ Zahl ist mehr wert als eine unglückliche von großer. Aus diesem Grund soll nach diesem Modell auch eine allzu starke Ausdeh-

nung des Menschen nach oben oder unten verhindert werden, auch wenn dieses auf den ersten Blick nach einer unnötigen Einschränkung der natürlichen Entfaltungsfreiheit aussehen mochte. Denn die Entfaltungsfreiheit des Menschen endet von Natur aus schlicht dort, wo der Mensch droht, sich selbst zu ruinieren und auszurotten. Ein solches könnte halt insbesondere sehr leicht dadurch passieren, daß die bei einer zu starken Ausdehnung des Menschen, sei's in der Breite oder auch in der Höhe, erfolgende Überbelastung der noch verbliebenen natürlichen Ressourcen auch der Meere zu einem Zusammenbruch des irdischen Ökosystems, welches der Mensch noch nicht so recht durchschaut (wenn überhaupt jemals), führen könnte, was führende Wissenschaftler ja schon seit langem vorhersagen, für den Fall, daß sich an der „modernen“ Philosophie der Expansion, der Gewinnmaximierung und des ständigen Wirtschaftswachstums im herkömmlichen Sinne nicht kategorisch und schnell etwas ändern wollte. Ein bewußter und kategorischer Schutz der Natur vor zu weitreichenden menschlichen Eingriffen, deren Folgen tendenziell immer nur einen Nachteil, niemals einen Vorteil, darstellen können, ist daher das Modernste, das Fortschrittlichste und der größte Gewinn, der je von Menschen erzielt würde, weil eine Art Versicherung, eine „Rückversicherung“. Denn ist erst einmal eine zu starke Ausdehnung erfolgt, so gibt es praktisch kein (schnelles) Zurück mehr. Die Folgen können dann nur noch wehrlos hingenommen werden, wie z.B. auch ein durch Rodung zu vieler und großer Wälder „plötzlich“ eintretender und nicht schnell genug reparabler Sauerstoffmangel in der Luft. Die Nachfrage des Menschen nach Produkten der Natur darf möglichst niemals das Angebot übersteigen. Aus diesem Grund soll nach dem Bürgerkapitalsystem die Ausdehnung des Menschen auch noch außerhalb des Großen Gartens eingeschränkt sein, indem künftig grundsätzlich nirgendwo höher oder tiefer (ab-) gebaut werden dürfte als 50 Meter hoch oder 20 Meter tief, eingedenk dessen, daß die Bodenebene alles Notwendige bietet.

ERGÄNZENDES:

Die Geldsteuer, die Miniwährungsreform

Das vorgeschlagene Prinzip – Geldsteuer einerseits und Bürgergeld andererseits – ist im Grunde nichts anderes als (je) eine Währungsreform, vergleichbar der im Jahre 1948. Man könnte aber auch umgekehrt sagen, eine Währungsreform ist nichts anderes als eine Art Steuer auf den Geldbesitz, der dann über eine Art Bürgergeld zur Bildung eines gewissen Bürgerkapitals für jeden Bürger neu verteilt wird, wie zur Eröffnung einer neuen Spielrunde mit neuen Karten. Und daß in der Geschichte des Geldes Währungsreformen immer wieder mal notwendig waren, besagt eigentlich, daß eine Geldsteuer immer wieder „mal“ notwendig ist. Nur ist es halt die Frage, wie oft?

Nun, man kann natürlich – wie bisher – jedes Mal rund 50 Jahre warten, um dann je eine sehr große Währungsreform durchzuführen. Man kann aber auch – so wie mit der Geldsteuer vorgeschlagen – jährlich eine kleine, quasi eine Miniwährungsreform, durchziehen. Im Zweifel ist es eher ein Nachteil, erst dann eine Währungsreform durchzuführen, wenn es eigentlich schon zu spät ist, zu spät, um die durch eine bereits allzu fortgeschrittene Deflation bedrohten oder schon ruinierten Existenzen und Arbeitsplätze, sprich eine aus dem Gleichgewicht geratene (Volks-) Wirtschaft, noch zu retten. Auch hier muß gelten: Prophylaxe vor Therapie! Denn nicht nach jedem Ruin ist zwangsläufig auch eine Therapie möglich! Der Patient muß immer noch leben, will man ihn heilen! Insofern ist es nicht sinnvoll, immer erst den klinischen Tod der Wirtschaft abzuwarten, um dann – wenn überhaupt – zu reagieren. Der Mensch wünscht zwar möglichst keine Einmischung von außen, wie z.B. von Gott oder dem Staat, aber ganz ohne Einmischung scheint es, zumindest in der Geldwirtschaft, nicht zu gehen. Die Einmischung des Staates auch als „Polizei des Geldes“ bedeutet schlicht ein neues Mischen der wirtschaftlichen Karten zur Belebung der Konjunktur.

Die Geldsteuer, die Liquiditätssteuer

Statt Steuern zu zahlen, wird heute „Insolvenz“ angemeldet. Dieses zeigt eigentlich schon, wie unnützlich, ja geradezu beschämend es ist, Steuern oder dergleichen zu erheben oder erheben zu wollen, die sich nicht just auf den reinen Geldbesitz beziehen, quasi auf die Liquidität. Denn die Eintreibung von Steuern, die halt keine „Liquiditätssteuer“ sind, scheitert oftmals schon und immerhin daran, daß die Leute gerade oder auch dauerhaft nicht liquide sind, im wahrsten Sinne. Zwar könnten besessene Gelder auch „nur“ geliehen sein; aber erstens könnte dieses dem Staat niemals sicher nachgewiesen werden, und zweitens wäre dieses insofern nicht (zum Zwecke einer etwaigen Steuerbefreiung) relevant, als daß ja derjenige, der Geld geliehen bekam, ebenfalls bereits zu den Glücklichen dieser Welt zählt, da er im Gegensatz zu den Armen über eine (größere) wirtschaftliche wie soziale Handlungsfähigkeit verfügt. Jemand hat durch Geld in jedem Falle – ob geliehen oder nicht – Kredit in höherem Sinne. Daher soll, will und darf die „Geldmiete“ auf keinen Fall auch nur die geringste Unterscheidung machen zwischen Geld und Geld! Denn durch (unnötige) Unterscheidungen entstehen nicht nur Ungerechtigkeiten, die ärgerlich sind und schließlich die Zahlungsmoral der Steuerzahler untergraben, sondern es entstehen auch Unübersichtlichkeiten, die im schlimmsten Falle zur Schließung des Betriebes im Kleinen und zum Bankrott des Staates im Großen führen können. Denn durch Unübersichtlichkeiten entstehen (sehr leicht) Fehler, und aus Error wird dann schließlich Terror! Der Staat steht und fällt mit seiner Liquidität gegenüber den Staatsdienern usw.. Und das Fundament seiner Liquidität ist die Liquidität der Steuerzahler. Verzichtet der Staat jedoch auf deren Geld, auf den Griff nach der Liquidität, wo immer sie je gerade ist, so wird er – zum Nachteil aller – unter der Last seiner Zahlungsverpflichtungen zusammenbrechen. Seine Insolvenz bedeutet dann die Auflösung des Staates.

Zur Schuldentilgung

Praktisch sind heute alle Staaten der Erde gegenüber dem Ausland verschuldet. Theoretisch könnten also die Staaten ihre gegenseitigen Schulden miteinander verrechnen und somit gemeinsam auf plus-minus-null kommen, einmal abgesehen davon, daß die Staaten ja unterschiedlich hoch verschuldet sind.

Aber leider sind die einzelnen Staaten weniger gegenüber fremdländischen Staatsapparaten als vielmehr gegenüber ausländischen aber auch inländischen Banken und sonstigen mehr privaten Geldgebern verschuldet. Dieses teilt die Welt abermals in zwei Lager, und zwar in bezug auf die Lage oder auch Lagerung des Geldes. Die Banken besitzen viel Geld, welches sie offenbar nicht ausreichend versteuern, sonst würden sie wohl nicht so viel davon besitzen. Und die Staaten sind verschuldet, weil ihre Steuereinnahmen zu gering sind, sonst würden sie wohl keine Schulden machen. Kurioser und bezeichnender Weise aber machen die Staaten ausgerechnet bei denjenigen ihre Schulden, die eigentlich mehr Steuern zahlen müßten. Anstatt also – wie es nur korrekt wäre – mehr Steuergelder einzunehmen, werden schlicht Kredite aufgenommen. So gesehen, eine absolute Schande! Weil nämlich im Grunde nur Feigheit vor dem Feind! Und der Feind lacht sich ins Fäustchen, da er weis, daß er gegenüber einem selbstsicheren und gerechten Staatsapparat, der sich nicht von angedeuteten Drohungen allzu enger Berater oder des Weltmarktes allgemein ins Bockshorn jagen läßt, null Chance hätte, diesen in die Irre zu führen, hinsichtlich dessen, was ein Staatsapparat braucht, um im Interesse aller (Staatsangehörigen) ohne Schuldenmacherei zu funktionieren, nämlich: Geld! Geld der Steuerzahler! Geld aller Steuerzahler!

Der Feind des Staatswesens ist, so gesehen, die natürliche Unlust der Leute, Steuern zu zahlen, Abgaben zu leisten. Dieses

war im Prinzip auch schon zur Zeit der Kornsteuer so gewesen. Aber schon immer hatte der Staat, die Regierung, die größere Macht durch die Staatsgewalt. Und er wäre dumm, diese höhere Gewalt nicht zu nutzen. Natürlich wollte aber kein König oder Präsident je gegen Recht und Ordnung verstoßen, sondern dieses schaffen und gewährleisten. Nur hatte er seit eh und je das Glück, Recht und Ordnung höchstpersönlich definieren zu dürfen. Genau betrachtet, war es sogar schon immer seine Pflicht! Nämlich die Pflicht gegenüber dem Volk. Der Staat hat nicht zu hoffen, zu bitten oder gar zu verhandeln, sondern zu handeln! Darin besteht ein gewisser Unterschied! Er muß überzeugt sein von der Korrektheit seiner Sache und diese notfalls auch mit gesetzlicher Gewalt durchsetzen. Auf Mitleid kann er jedenfalls im Schadensfall nicht und von niemandem setzen. Und der größte Schaden, den ein Staat seinem Volk je antun könnte, ist der, das Volk anhand von Staatsschulden schließlich irgendwelchen ausländischen oder auch inländischen Gläubigern rechtlich oder moralisch auszuliefern. Daher sollte er sich nicht länger ein x vor dem u machen lassen, indem er bei steinreichen Leuten Schulden macht, anstatt diese etwas mehr zur Steuereasse zu bitten, zumindest was inländische Geldgeber bzw. inländisches Geld betrifft, ob im In- oder Ausland befindlich, so wie es ja das Bürgerkapitalsystem vorsieht. Eine jährliche Umtauschpflicht des Geldes – so wie empfohlen – spürt selbst noch die entlegensten Schlafmünzen im In- und Ausland wieder auf, da wohl kaum jemand den Wertverlust des betreffenden, etwaig nicht umgetauschten Geldes in Kauf nehmen wollte. Dieser nützliche „Trick“ zur Kontrolle des Kapitals funktioniert nur beim Geld, da Geldscheine wie eine Urkunde sind, die einen Anspruch bescheinigt, der also unter Umständen verwirkt werden kann, im Gegensatz zum Gold o.ä., da Gold einen Eigenwert hat. Insofern ist die Erfindung des Geldes von unschätzbarem Wert, sofern man das Geldwesen nicht allein der Wirtschaft oder dem Teufel überläßt, soweit darin ein Unterschied besteht.

Sind nun aber erst einmal Staatsschulden entstanden, so greift der Staat hier just in den großen Topf seiner Währungsreserve, die in einer theoretisch unendlich großen Geldmenge im Lager der Notenbank besteht, wobei aber dieses Geld für etwaige besondere nationale und bedingt auch internationale Notfälle noch nicht (vollständig) gedruckt sein und griffbereit liegen muß. Eine Herstellung des benötigten Sondergeldes außerhalb der regulären Geldmenge sollte aber über eine stets in (Alarm-) Bereitschaft stehende Notendruckerei (Bundesdruckerei) sehr schnell möglich sein.

Genau gesagt, ist es nach diesem Modell so, daß in der obersten Etage der Notenbank ein spezielles Gremium sitzt, welches in besonderen Notfällen, wie größeren Naturkatastrophen, terroristischen Anschlägen oder dergleichen, darüber abstimmt, ob zur schnelleren Beseitigung der betreffenden Notlage die Notenbank im Sinne einer Art Weltbank entsprechende Gelder zusätzlich zur normalen Geldmenge freisetzt, ohne aber diese hier als Kredite zu betrachten, sondern als Investition in eine schneller wieder normale Situation zum Wohle des Volkes, ihres Arbeitgebers, wohlwissend, daß ja hier durch den Doppelten Leitzins, die Geldsteuer, das betreffende zusätzliche Geld relativ schnell, in ca. 20 Jahren, wieder zurück gekommen, aus dem Verkehr gezogen, sein würde. Man könnte aber auch sagen; die Notenbank gibt jenes Geld als einen allgemeinen Kredit an den Staat, der es der Notlage entsprechend verwendet, wie z.B. als Sonderlöhne für Umwelthelfer oder Teilentschädigung des Volkes, welches dann aber diesen außerordentlichen Kredit kollektiv über die jährliche Geldsteuer allmählich zurückzahlt. Kurz: Der Staat definiert hier just die entstandenen Staatsschulden als eine Naturkatastrophe oder als einen terroristischen Anschlag, was beides eine besondere Notlage ist, welche die Notenbank zur Auszahlung an den Staat entsprechender vorhandener oder notfalls neu zu druckender Gelder verpflichtet. Punkt!

Zum Bürgergeld

Das Problem des Geldwesens ist eigentlich nur, daß es nicht genügt, eine gewisse Geldmenge im Volk zu haben, sondern daß es überdies hinaus eines gewissen Umlaufes des Geldes bedarf, um Produktion und Wohlstand zu sichern. In der Hauptsache geschieht der Geldumlauf durch gegenseitigen Kauf und Verkauf möglichst gleichwertiger verschiedener Waren, grundsätzlich ohne Spekulation auf Gewinne. Der eigentliche, d.h. ursprüngliche und natürliche, Gewinn jedes einzelnen besteht darin, der Natur leicht zugängliche und von ihr leicht regenerierbare Stoffe zu entnehmen, die dann durch eigene Arbeit um einen gewissen Mehrwert in den Augen der Menschen bereichert werden können, aber nicht müssen. So könnte z.B. jemand rohe Bündel Stroh auf dem Markt für Geld anbieten, oder – bei vorheriger Hinzufügung von Arbeit – aus diesem Stroh geflochtene Körbe oder dergleichen. Durch einen der Natur entnommenen Rohstoff, zuzüglich eigener Arbeit, kann theoretisch jeder einzelne den „Warenbestand“ seiner persönlichen „Aktiva“ beliebig erhöhen und anschließend auf dem Markt gegen andere Ware tauschen, wodurch sich die eigene Aktiva grundsätzlich weder verringert, noch vergrößert, sofern stets ein gleichwertiger Tausch stattgefunden hätte. Der spätere Wertverlust durch (eigenen) Verbrauch oder durch „Abschreibung“ der vorhandenen Ware ändert nichts an diesem Prinzip und kann halt nur dadurch vereitelt bzw. wieder ausgeglichen werden, daß man bei Zeiten neue Rohstoffe findet und verarbeitet. Bei dem Finden z.B. von Korn zum Backen von Brot kann theoretisch jeder einzelne durch bewußten landwirtschaftlichen Anbau von Korn seinem Finderglück selber nachhelfen. Die Sesshaftigkeit durch Betreibung von Landwirtschaft an Ort und Stelle hat jedoch den gewissen Nachteil, an den betreffenden Ort einige Zeit lang gebunden zu sein, wenn auch quasi freiwillig durch die Verführung zu einer scheinbaren Erleichterung oder gar Bequemlichkeit, anhand der

Ersparnis weiter Wege. Diese Arbeitersparnis hat jedoch – wie sollte es auch anders sein – ihren Preis. So ist nun heute praktisch jeder Bauer und Nichtbauer durch ortsbedingte (z.B. klimabedingte) Spezialisierung auf nur ein Produkt oder Handwerk auf einen ständig regen Tauschhandel mit den nahen und entfernten Nachbarn in aller Welt mehr oder weniger lebensnotwendig angewiesen. Da aber ein reger Tauschhandel von Waren und Dienstleistungen aufgrund der meist sehr unterschiedlichen Wertgrößen der betreffenden Produkte und auch aufgrund zeitlicher wie sonstiger logistischer Schwierigkeiten nicht ohne Geld funktioniert, ist also schließlich jeder auf den Besitz von Geld als Tausch- und Zahlungsmittel angewiesen. Grundsätzlich, d.h. bei korrekter Handhabung, muß aber auch dieser Umstand noch kein Problem darstellen. Dieses „Angewiesensein“ auf Geld birgt jedoch – wie praktisch bei allen Abhängigkeiten – die Gefahr eines Mißbrauchs durch Ausnutzung der Situation einer einmal „irgendwie“ erreichten Vormachtstellung.

Dieser Mißbrauch des Geldes, der auch in einer regelrechten Erpressung münden kann, aber nicht muß, findet praktisch dadurch statt, daß einmal verdientes Geld nicht bei Zeiten wieder umgesetzt, sprich ausgegeben, sondern quasi künstlich zurück gehalten wird. Durch diesen „Halbtausch“ entsteht der Effekt einer nicht realen, spekulativen künstlichen Werterhöhung des Geldes durch künstliche Verknappung des Geldes auf dem sichtbaren Markt, also quasi durch Vortäuschung einer nicht realen Knappheit oder auch Seltenheit des Geldes. Diese nach dem Prinzip einer freien, aber nicht völlig willkürlichen Marktwirtschaft nicht legitime Täuschung und damit Manipulation des allgemeinen Marktes seitens weniger Monopolisten kann, abgesehen vom Wucher, wo zu viel Geld für Ware verlangt wird, zu dem noch schlimmeren Übel in Form eines „indirekten Wuchers“ führen, wo zu wenig Geld für Ware oder Dienstleistung bezahlt wird, wie z.B. und insbesondere für Arbeitskraft und Grundstücke.

Und da der einzelne Mensch grundsätzlich, d.h. von Natur aus, nichts anderes besitzt als eine gewisse Arbeitskraft und ein gewisses (anteiliges) Grundstück, kann er durch diesen indirekten Wucher, der tag-täglich und seit mindestens ein paar Jahrhunderten real grassiert, innerhalb nur weniger Jahre oder auch nur Monate völlig enteignet sein, sofern er nicht ohnehin schon direkt in die Armut einer völligen, nicht legitimen Besitzlosigkeit seiner Eltern und damit auch seiner selbst hinein geboren ist.

Die Lösung dieses realen und letztlich gesellschaftsschädlichen Problems, dessen Schuld nicht die Armen, die ja die Opfer sind, tragen, kann schließlich und endlich nicht durch ein Warten auf mehr Investition der Unternehmer, die ja durch Investition lediglich weitere Gewinne erzielen und das Geld nicht wirklich wieder dem Markt zuführen wollen, sondern nur durch einen ganz real zweckmäßigen Zwang der „Reichen“ zu mehr direkten Abgaben an Arme auf dem Markt bzw. an den Staat, der einen Teil dieses Geldes als ein Bürgergeld jedem einzelnen Bürger, einschließlich der Reichen selbst, die ja niemand persönlich kennt oder zwecks dessen kennen muß, zukommen läßt, gefunden werden. Auch das sogenannte Geldgeben von Banken oder sonstigen Geldgebern, sprich das Darleihen von Geld, gibt dem Umlauf Geld nicht wirklich wieder zurück. Denn die Kreditvergabe stellt faktisch wiederum keinen Kauf, sondern einen Verkauf dar, nämlich gewissermaßen den Verkauf einer Dienstleistung in Form des zeitweiligen Überlassens eines Geldbetrages, die dann mit den darauf erhobenen Zinsen bezahlt wird. Insofern stellt sich das Problem der heutigen Marktwirtschaft vor allem und zuerst dadurch dar, daß zu wenig wirklich gekauft wird bzw. daß die Reichen letztlich zu wenig kaufen. Sie bremsen insgesamt durch zu krampfhaften Rückhalt des Geldes das Spiel der Marktwirtschaft, so wie wenn in einem Fußballspiel die just führende Mannschaft nur noch bis zum Schluß auf „Ballhalten“ spielt, was zwar nach den bestehenden Regeln erlaubt aber des-

wegen nicht unbedingt legitim ist. Denn es beeinträchtigt in nicht akzeptabler Weise die von Natur und Gerechtigkeit aus immer wieder gegeben zu sein habende Chancengleichheit, d.h. die Möglichkeit der Zurückliegenden, den Rückstand noch wenigstens auszugleichen. Der Basketball und Handball z.B. sind da schon einen Schritt weiter und tragen jenem ungeschriebenen Gesetz insofern Rechnung, als daß ein „Angriff“ innerhalb einer bestimmten Zeit ausgeführt worden sein muß, wodurch der Ball (das Geld) in jedem Fall wieder mal in die Hände der anderen gerät und umgekehrt. Auf diese Weise wird wesentlich mehr umgesetzt, sprich es werden je innerhalb einer bestimmten Zeit von beiden Seiten mehr „Tore“ oder auch „Körbe“ erzielt. Das wollen die Zuschauer, die Verbraucher, sehen, und das belebt das Geschäft, im wahrsten Sinne. Warum also nicht auch so in der Marktwirtschaft? Warum nicht ein Zeitlimit, innerhalb dessen Geld wieder ausgegeben worden sein muß?

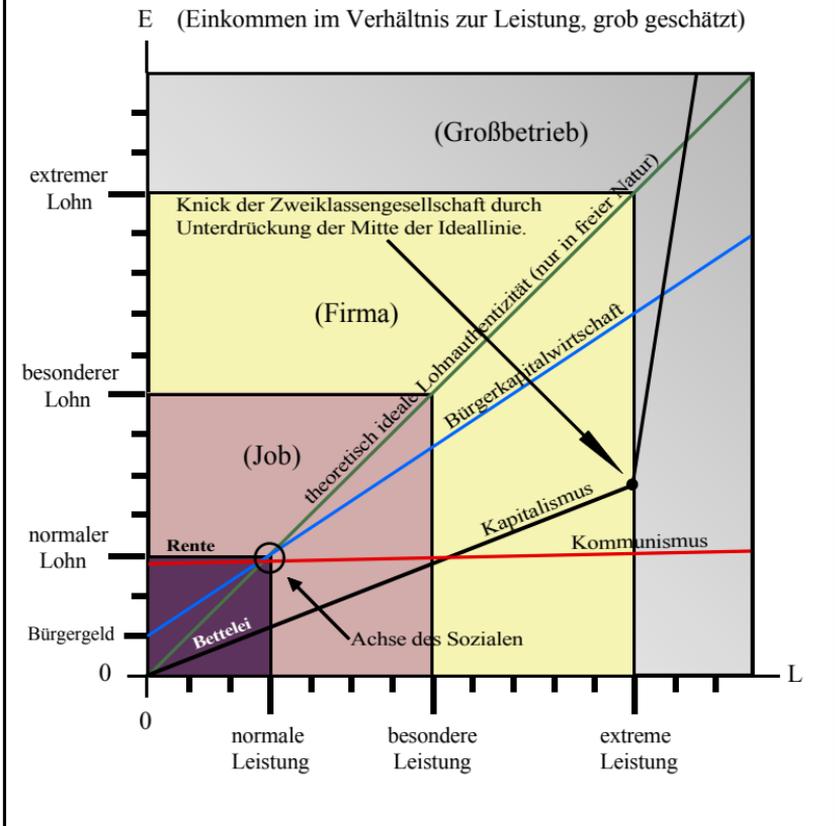
Die Geldsteuer jedenfalls bestrafte gewissermaßen das zu lange Halten des Geldes, indem dann ein prozentualer Teil dieses Geldes eingezogen würde, so als hätte der Bestrafte dann doch noch etwas gekauft, wie in diesem Fall schlicht und ergreifend die öffentliche Leistung des Staates, die halt mit der von der Geldsteuer gespeisten Kapitalertragssteuer bezahlt, sozusagen „gekauft“ wird. Jeder Besitzer bzw. Inhaber von Geld wird so vor die Wahl gestellt, entweder rechtzeitig, also noch vor Ende des Jahres, etwas von dem Geld im Laden (auf dem freien Markt), oder schließlich eine Leistung des Staates zu kaufen, wie z.B. den Bau einer neuen Autobahn. Selbstverständlich gehörte dann diese Autobahn nicht einem einzigen, sondern allen Steuerzahlern bzw. allen Bürgern zu gleichen Teilen. Der mögliche Frust darüber seitens eines von der Geldsteuer relativ hart bestraften Großkapitalisten, der partout versuchte, einen riesigen Berg Geld als Wertspeicher anzuhäufen, was nach dem Bürgerkapitalssystem quasi verboten, ja sozusagen „strafbar“ ist, soll bewußt

dazu führen, es bei den privaten Einkäufen nicht zu genau zu nehmen und durchaus auch mal „verschwenderisch“ zu sein, so daß auf Umwegen letztlich auch kleinere Anbieter wieder eine größere Chance haben und insgesamt mehr Arbeitsplätze geschaffen und gehalten werden können.

Da aber heute selbst bei größter Nachfrage nach Produkten keine Vollbeschäftigung mehr von Menschen, sondern allenfalls von (noch mehr) Maschinen zu erreichen ist, soll das ausnahmslos jedem Privatbürger bis zum Tode ununterbrochen gewährte Bürgergeld in Höhe von monatlich 500 E. (in etwa gleich 1.000 Deutsche Mark) als ein ständiges und unabdingbares Grundeinkommen die sonst mit Sicherheit bis zu einem vollständigen Riß der Geldwirtschaft fortschreitende Deflationsspirale verhindern. Durch das Bürgergeld existiert ein festes Mindesteinkommen jedes einzelnen Bürgers, wodurch jeder weniger erpressbar ist, sofern das Bürgergeld – wie vorgesehen – nicht unter schikanösen Auflagen seitens des Staates, sondern völlig ohne Bedingungen, außer jener der durch schlichte Einwohnerschaft gegebenen gültigen Bürgerschaft, und nicht als Kredit gegeben wird, es sei denn als einen allgemeinen, nicht persönlichen Kredit, der immer wieder über die Geldsteuer von der Allgemeinheit insgesamt zurück gezahlt würde, jedoch ohne Zinsen im Sinne von Kreditzinsen. Das zuverlässige, weil möglichst verfassungsmäßig geltende, Bürgergeld soll also auch vor möglichem Machtmißbrauch seitens des Staates, respektive seitens unseriöser Vertreter oder Berater der Regierung, schützen. Es kann diesbezüglich nach Auffassung des Bürgerkapitalsystems nicht rechtens angehen, daß Sozialarbeiter auf Sozialämtern oder dergleichen einen Ermessensspielraum zur Gewährung einer sozialen Unterstützung haben, der es ihnen theoretisch wie praktisch ermöglicht, Antragsteller schon allein durch Unfreundlichkeit abzuweisen oder zumindest abzuschrecken. Denn auf das Wohlwollen anderer angewiesen zu sein, stellt nur dann keine Barriere

dar, wenn mit diesem Wohlwollen sicher zu rechnen ist. Deshalb will das System der Bürgerkapitalwirtschaft nicht prüfen, ob, sondern sicherstellen, daß eine Berechtigung auf soziale Hilfe bei Hilfsbedürftigen, also bei allen Menschen, besteht. Dieses hat das Bürgerkapitalsystem sozusagen noch vor Inkrafttreten und ohne jeden einzelnen Menschen persönlich zu kennen geprüft. Denn da es praktisch real nicht möglich ist, einen wirklich Hilfsbedürftigen, der guten Willens ist, von einem Lügner oder guten Schauspieler zu unterscheiden, kann man eigentlich nur entweder allen Bürgern, einschließlich der Reichen, deren Vermögen ja niemand so genau kennt oder in Erfahrung bringen könnte, oder niemandem eine soziale Hilfe gewähren. In beiden Fällen aber würde man vielen Menschen Unrecht tun. Dieses ist in etwa das älteste Problem der Menschheit. Im ersteren Fall lebten alle Menschen, einschließlich der „Faulen“ oder „Bösen“, wie im Paradies; im zweiten Fall lebten alle Menschen, einschließlich der „Fleißigen“ oder „Guten“, wie im Krieg. Deshalb entscheidet sich das Bürgerkapitalsystem für den dritten Fall (den „Dritten Weg“), der eine Art Mittelweg zwischen Paradies, sprich „Kommunismus“, und Krieg, sprich „Kapitalismus“, ist, sprich „Das blaue Schlaraffenland“. Und zwar soll zwecks dessen das ohne Bedingungen an jeden Bürger ausgeschüttete Bürgergeld, das im Kern eine gleichberechtigte Synthese aus Sozial- und „Wirtschaftsversicherung“ und überdies eine allgemeine Umlaufsicherung des Kapitals ist, das Einkommen der – aus welchen Gründen auch immer – Leistungsschwächeren und auch aller anderen immer mindestens bis auf den Stand (Wohlstand) eines reinen Grundeinkommens anheben, aber nicht „abheben“, ohne aber dazu die Einkommen (und Vermögen) der Leistungsstärkeren zu stark zu beschneiden oder zu unterdrücken, wie es beispielsweise im Kommunismus der Fall ist. Das Bürgerkapitalsystem ist der festen Überzeugung, daß es keiner großen Beschneidung der Reichtümer bedarf, um Ärmeren auf die Beine zu helfen, wie es sich aus der folgenden Darstellung ergibt:

Kurve der (relativen) Lohnauthentizität der Bürgerkapitalwirtschaft im Vergleich zu denen anderer (bekannter) Systeme:



Dieser der Übersichtlichkeit halber bewußt bis aufs Wesentliche reduzierten (geglätteten, aber nicht inhaltlich geschönten) graphischen Darstellung der Lohn-Leistungskurven, kurz Lohnkurven, der verschiedenen Wirtschafts- bzw. Gesellschaftssysteme im Vergleich lassen sich in der Hauptsache die folgenden signifikanten freiwilligen oder unfreiwilligen Aussagen entnehmen:

1. Die per se ideale bzw. perfekte ständige Lohnauthentizität, also die in jeder Höhe exakte Übereinstimmung von Leistung und Lohn in Form einer finanziellen oder naturalistischen Entlohnung je einer in dem betreffenden System lebenden Person, besteht nur in dem offenen System einer für alle freien und intakten, „normal üppigen“ Natur, vergleichbar einem (relativen) Schlaraffenland, wengleich auch um den Preis einer fehlenden Sozialversicherung.

2. Die per se ideale bzw. perfekte Sozialversicherung besteht nur im (echten) Kommunismus oder Sozialismus, wengleich auch um den Preis einer praktisch nie vorhandenen Lohnauthentizität durch künstliche (staatliche) Unterdrückung der eigentlich (in der Natur) höheren Löhne einerseits und künstliche Hebung der eigentlich (in der Natur) kleineren Löhne andererseits, außer direkt an der „Achse des Sozialen“ bei „nur“ normaler Arbeitsleistung. Kommentar: Wer in einem Kommunismus mehr als „nur“ einen normalen Lohn erreichen will, hat dort schlechte Karten. Das ist der Grund, warum „Unternehmernmenschen“, sprich Kapitalisten, den Kommunismus eher ablehnen, während „Arbeitermenschen“ („Proletarier“) ihn tendenziell eher begrüßen.

3. Die wohl mit Abstand unnatürlichste Lohnkurve zeigt sich im Kapitalismus. Diese besteht, wenn man so will, aus zwei Kurven, die sich an einem Punkt, an dem „Knick der Zweiklassengesellschaft“, treffen und ablösen. Das ist in etwa der Punkt, wo manche Leute einen Großkredit erhalten, um einen Großbetrieb aufmachen zu können, während sie damit dann den gesamten Klein- und Mittelstand hinter sich lassen, welcher wie von einer unsichtbaren, aber einflußreichen Macht künstlich, weil (ebenfalls) gegen die Natur, unterdrückt wird. Insofern kann eigentlich der Kapitalismus gar nicht mit den relativ gnadenlosen, aber in dem Sinne nicht ungerechten Prinzipien der Natur oder gar der Evolution gleichgestellt und gerechtfertigt werden, so wie

dieses strenge Kapitalisten des öfteren gerne zu tun versuchen. Denn der Kapitalismus verstößt fast auf der ganzen Linie extrem gegen die Natur, gegen die natürliche (grüne) Linie. Genau betrachtet und verglichen gibt und gab es sogar bisher kein Gesellschaftssystem, das gesamtpolitisch (auch umweltpolitisch) mehr gegen die Natur verstößt als der Kapitalismus. Was jedoch allein die Wirtschaftspolitik betrifft, die ja per Gesetz die Rahmenbedingungen für das natürliche oder unnatürliche Wirtschaftsleben in dem betreffenden Staate setzt, so liegt die Ursache für diesen riesigen Knick der real existierenden Zweiklassengesellschaft in einem Kapitalismus, rein „technisch“ gesehen, in der Hauptsache in der Teilung der Wirtschaftswelt in Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieser Umstand ist grundsätzlich nicht unbedingt dramatisch, wenn auch bereits zutiefst unnatürlich, wenn nicht – wie eben in einem Kapitalismus – die Arbeitswilligen derart von den Arbeitgebern und der Wirtschaft insgesamt abhängig wären, was dann sehr leicht und immer wieder, quasi per Gesetz (-mäßigkeit), zu erheblicher Unterbezahlung führen kann, und zwar flächendeckend. Diese Abhängigkeit liegt in der Hauptsache daran, daß in der untersten Stufe der Lohnkurve, sprich bei Arbeitslosigkeit, ein Dasein als Bettler, sei es auf der Straße, bei Bekannten oder vor dem Arbeitsamt, droht.

4. Die der natürlichen (grünen) Lohnkurve am nächsten liegende ist die der (möglichen) Bürgerkapitalwirtschaft (blaue Linie). Hier zeigt sich, wie leicht es sein kann, durch nur relativ geringe Unterdrückung der höheren Löhne (Beschneidung durch die Geldsteuer) eine ausreichende Sozialversicherung (durch das Bürgergeld) zu gewährleisten, ja sicherzustellen. Das mindeste Einkommen selbst eines völlig Erwerbslosen ist hier immer das Bürgergeld. Dieser Umstand nimmt oder lindert auch den Erwerbstätigen den Druck und die allzu starke Abhängigkeit von den Arbeitgebern und ermöglicht es sogar latent, selber einer zu werden. Deshalb ist die blaue Linie insgesamt so gradlinig.

Das Bürgergeld, die Hilfe zur Selbsthilfe

Wenn die Armen sich nicht selber aus der Armut helfen können, wie durch Jagen und Sammeln von Arbeitsplätzen, so muß dies nicht immer einfach daran liegen, daß die Armen nichts zu bieten haben, weil sie weniger leisten können, was ihre Qualifikation oder ihre Begabung, Motivation und Belastbarkeit betrifft. Vielmehr ist es hingegen so, daß sie oft „nur“ aufgrund widriger Umstände, für die sie nichts können, direkt oder indirekt um ihrer Möglichkeiten „beraubt“ wurden und daher in eine Situation der Handlungsunfähigkeit abgerutscht sind, quasi in eine soziale Sackgasse, die sich vor allem an mangelndem Kapital als möglichen Einsatz im Spiel der Wirtschaft festmacht und aus der sie sich nicht ohne die Hilfe anderer befreien können. Dieses bezieht sich auf verhinderte (Klein-) Unternehmer wie auch auf verhinderte Arbeitnehmer, die Geld für neue saubere Kleidung, Zähne usw. brauchen, um sich mit Erfolg um einen (neuen) Arbeitsplatz bewerben zu können. Insofern stellt das Bürgergeld, welches ja jeden Monat einen, wenn auch nur relativ kleinen, Geldbetrag zur freien Verfügung stellt, auch einen Schutz und Erhalt der Handlungsfähigkeit des einzelnen dar. Oder auch anders gesagt: Das Problem eines Ertrinkenden besteht nun einmal darin, daß er sich eben nicht selber an den Haaren aus dem Wasser ziehen kann. Er benötigt dazu die Hilfe anderer, quasi eines Rettungsringes, der ihm zwar nicht unbedingt die Arbeit des Schwimmens bis ans trockene Ufer abnehmen soll, der ihn aber zumindest stützen soll, im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe. Und mehr als das, also eine Hilfe zur Selbsthilfe, soll das Bürgergeld im Grunde auch nicht sein. Und jeder, der sich nur auf diese Hilfe ausruhen wollte, ohne sich also durch „Schwimmen“ weiter zu bewegen, würde damit ganz automatisch, also ohne jede sonstige Gesundheits- oder Willensprüfung o.ä., beweisen, daß er zu schwach, d.h. quasi zu krank, ist, um zu schwimmen, d.h. um sich durch aktives Arbeiten eigenes Geld (dazu) zu verdienen.

Das Bürgergeld, die Sozialversicherung

Da nach dem vorgeschlagenen System auch Rentner und Pensionäre, was eigentlich irgendwo das gleiche ist, das Bürgergeld beziehen würden, kann es auch insgesamt als Leistung einer großen Sozialversicherung, die alle einschließt, aufgefaßt werden. In der Jugend, wo man ja noch leistungsfähiger ist und daher vielleicht mehr Geld verdient als wie im Alter, zahlt man mehr Geldsteuer ein als was man durch die Staatsausgaben bzw. über das Bürgergeld erhält. Im Alter ist es dann praktisch genau umgekehrt, was sich dann rechnerisch ausgleicht. Auf diese Weise produziert immer die Jugend mit für das Alter. Der Lohn dieser Mühen der Jugend besteht hier darin, im eigenen späteren Alter ebenfalls und automatisch berechtigt zu sein, von der „Power“ der Jugend zu leben, halt so als hätte man just jahrelang in eine Sozialversicherung eingezahlt und nunmehr im Alter einen Anspruch auf Gegenleistung, ohne aber daß hier – und das ist das Gute – genau Buch darüber geführt werden müßte, wer wann wo und wieviel eingezahlt hätte. Denn die Höhe der „Rente“, also des Bürgergeldes, änderte sich dadurch nicht. Und aufgrund der speziellen Erhebung der Geldsteuer, über die das Bürgergeld mitfinanziert wird, wären die staatlichen Einnahmen schließlich immer genau identisch mit den staatlichen Ausgaben insgesamt.

In der Jugend ist das Bürgergeld, welches erst bei Volljährigkeit zur Verfügung steht, eher Arbeitslosengeld oder Ausgleich von Unterbezahlung und im Alter eher Rente oder Pension. Unterschiede in der Höhe der Renten gibt es hier nur dann, wenn Betreffende bereits Jahre zuvor Teile ihres immer gleichen Bürgergeldes sowie auch nach Belieben und ebenfalls völlig freiwillig Teile ihrer möglichen sonstigen Einkommen in rein private Renten- oder Lebensversicherungen investiert hätten. Zusätzliche Zahlungen vom Staat, wie z.B. in Form von Pensionen an Ex-Beamte, bleiben davon unberührt. Ebenfalls sollen bereits oder

noch bestehende Ansprüche auf Leistungen des Staates aus älteren Rechten unberührt bestehen bleiben, soweit und solange sie die Höhe des Bürgergeldes übersteigen. Das Bürgergeld wird also nicht zusätzlich gezahlt, sondern mit etwaig noch bestehenden anderen Ansprüchen verrechnet. Nach ordnungsgemäßem Erlöschen jedoch (spätestens nach 100 Jahren) jener älteren Ansprüche soll es grundsätzlich nur noch das Bürgergeld als eine direkte Sozialleistung des Staates, die sich überlegt eingeteilt wissen will, geben. So gibt es nach diesem Modell auch keine Zusatz- oder Sonderleistungen bei gesondertem Antrag, wie z.B. auf Geld für Möbel, Wäsche oder Haushaltsgeräte in der Küche. All diese Dinge sollen pauschal mit dem Bürgergeld abgegolten sein. Ja es werden hier grundsätzlich nicht einmal Entschädigungen bei Verlust eines Eigenheimes durch eine Naturkatastrophe vom Staat gezahlt, da bereits durch das Bürgergeld die Möglichkeit bestand und auch anheim gestellt (empfohlen) wurde, sich gegen solche oder ähnliche Schadensfälle privat zu versichern. Solche Versicherungen sind, abgesehen einmal von Krankenversicherungen, in der Regel nicht sehr teuer, also von dem Bürgergeld allemal erschwinglich. Man könnte auch sagen; wer ein eigenes Einkommen hat, ist nicht auf irgendeine soziale Leistung des Staates, sei es ein Mutterschaftsgeld, ein Vaterschaftsgeld, eine Bekleidungsbeihilfe oder Hilfe in besonderen Lebenslagen oder dergleichen, angewiesen. Und das Bürgergeld ist ja eben keine Sozialhilfe in dem Sinne, sondern ein korrektes eigenes (Grund-) Einkommen je eines Bürgers.

Einzig und allein die Leistungen einer gesetzlichen Krankenkasse, die es auch in diesem System gibt, sind noch nicht mit der Zahlung des Bürgergeldes allein abgegolten, jedoch mit der automatischen Zahlung der Umlaufsteuer, der anderen Hälfte des privatbürgerlichen Kapitalmietertrages. Und zwar fließen hier grundsätzlich jeweils 20% der Umlaufsteuereinnahme von monatlich 500 E. pro Bürger in den Budgettopf des Gesundheitsmi-

nisteriums, von wo aus dann die Leistungen betreffender Ärzte bezahlt werden, einschließlich der verschriebenen Medikamente und angeschafften Apparaturen zur Untersuchung und Behandlung usw.. Genau gesagt, handelt es sich bei jenen Ärzten schlicht um fest angestellte, ja u.U. verbeamtete „Amtsärzte“ in entsprechend großer Zahl, die jeden nachweisbar erforderlichen Material- und Medikamentenaufwand, einschließlich der Einrichtung und Miete der Praxis usw., aus der Haushaltskasse bezahlt bekommen, ohne aber dieses Geld in die eigene Hand zur freien Einteilung zu bekommen und ohne daß das Inventar des Labors in ihren Besitz, geschweige denn in ihr Eigentum, übergeht, und ansonsten „nur“ ein Festhonorar, vergleichbar eines (besseren) Arbeitslohns, aus dem gleichen Topf beziehen. Diese Festhonorare sollen – genau wie im Prinzip auch alle anderen Beamtenlöhne und ganz nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip überhaupt – nur so hoch sein, wie es notwendig erscheint, um ausreichend vielzählige und qualifizierte Ärzte für diese Aufgabe zu gewinnen und zu halten, wie im übrigen auch dadurch, daß diese Festhonorare zuerst relativ klein und im Laufe der Dienstjahre des oder der Betreffenden immer höher ausfallen sollen. Grundsätzlich soll dazu jedes Jahr eine kleine Beförderung in finanzieller Hinsicht vorgenommen werden, sofern im Laufe des jeweiligen Jahres keine schwerwiegenden und berechtigten Beschwerden seitens von betroffenen Patienten bei der „Ärzteaufsicht“ im Gesundheitsministerium eingegangen sind. Daher soll in den Warteräumen der Praxen dieser Ärzte je ein unübersehbar großes Schild an der Wand hängen oder kleben, mit dem Hinweis darauf, daß erstens überhaupt und zweitens bei jener Ärzteaufsicht (Ärzttekammer des Staates) Beschwerde gegen den behandelnden Amtsarzt eingelegt werden kann, für den Fall, daß dazu aus Sicht des Patienten ein Anlaß bestand. Der betreffende Arzt hätte dann Rechenschaft darüber abzulegen, um seinen sicheren Job beim Staat zu halten und die möglichen Beförderungen nicht zu riskieren. Diese Patienten können beliebige

Privatbürger, Kinder und grundsätzlich auch vorübergehende Besucher des Landes, wie Diplomaten oder Touristen, sein. Sie brauchen nichts weiter vorzulegen als ihren amtlichen Personalausweis, damit der Amtsarzt für sie eine persönliche Krankenakte anlegen kann, die turnusmäßig von einem ebenfalls staatlichen Gutachter auf Glaubwürdigkeit hin überprüft wird. Im Zweifel soll die jeweilige Krankenakte neben den Personalien des betreffenden Patienten mindestens die vom Patienten vorgebrachten (gesundheitlichen) Beschwerden, die Diagnose(n) des Arztes, die Behandlungsvorschläge des Arztes, die persönlich ausgeführten Behandlungen des Arztes, die vom Arzt vermittelten Behandlungen anderer Ärzte (Spezialisten), die vom Arzt verschriebenen Medikamente und verbrauchten Materialien und die vom Arzt etwaig erzielten Behandlungserfolge aufführen, sodaß ein Gutachter daran bei einer stichprobenartigen Kontrolle eines auffälligen Krankenfalls schnell einen Überblick darüber gewinnen kann, ob Betrug vorliegt oder nicht. Es soll hier nicht vorkommen können, daß – wie heute – die gesetzliche Krankenkasse nahezu blind sämtliche Kosten (innerhalb recht großzügiger Budgets) beliebiger freier Ärzte übernimmt, um sich dadurch letztlich finanziell zu übernehmen, wie es ja den Anschein hat. Diese vorgeschlagene (Re-) Form einer voll ins Staats- und Steuerwesen integrierten gesetzlichen Krankenversicherung, die den betreffenden besten und zugleich billigsten Ärzten praktisch nur feste Honorare, nicht aber auch deren Labore bezahlt, verspricht sich dadurch erheblichste Einsparungen hinsichtlich der Kosten für die Gesundheit der Bürger, ohne es aber deswegen an Sorgfalt mangeln zu lassen. Im Gegenteil! Bei Bedarf von Sondermitteln, wie z.B. bei einer Epidemie, soll zusätzlich des normalen Budgets die Notenbank einmalige Sondergelder dem Gesundheitsministerium zuteilen. Ansonsten sollen die Patienten über eine jährlich variable prozentuale Eigenbeteiligung an den von ihnen persönlich verursachten Kosten zu mehr eigene Rücksicht auf ihre Gesundheit motiviert werden.

Das Bürgergeld, die Streikhilfe

Nach Auffassung mancher Kritiker des Sozialwesens gibt es scheinbar in Deutschland und der Welt überhaupt keine Arbeitslosen, sondern nur Millionen von Arbeitsverweigerern. „Kein Wunder bei den heutigen Löhnen.“ – könnte einem dazu spontan einfallen. So gesehen, sind Arbeitslose eigentlich – wenn überhaupt – Streikende! Sie protestieren im Stillen oder auch lauthals auf Straßen gegen die Arbeitslosigkeit als solche, aber auch vor allem gegen Unterbezahlung! Denn was nützt es schon, eine Arbeit zu haben, wenn diese praktisch nicht bezahlt wird? Oder – wenn – nur mathematisch vernachlässigbar? Der Schrei nach Arbeit, der ja bisher immer nur von den Arbeitslosen und nicht etwa von den Arbeitgebern ausging, bedeutet eben selbstverständlich nicht, daß man als Arbeitsloser unbedingt schufteln möchte, egal um welchen Preis – denn sonst könnte man ja auch einfach privat in den Wald gehen und liegengelassenen Müll aufsammeln oder dergleichen –, sondern natürlich daß man eine angemessen bezahlte und möglichst dauerhafte Arbeit ausführen möchte. Alles andere ergibt jedenfalls keinen Sinn, solange man im Laden Geld für Ware zum Leben bezahlen muß. Insofern bedeutet „Arbeitslosigkeit“ nicht einfach „Beschäftigungslosigkeit“, was manche wohl verwechseln, sondern natürlich „Erwerbslosigkeit“. Mit „Erwerb“, d.h. quasi „Broterwerb“, hat es aber nichts mehr zu tun, wenn jemand z.B. für nur noch einen Euro die Stunde (bei heutigen Preisverhältnissen) arbeiten muß. Er bleibt also (ohne die Hilfe des Staates) arbeits- bzw. erwerbslos, auch wenn er vielleicht um der Beschönigung Willen aus der Arbeitslosenstatistik gestrichen wird. Mit Verlaub; aber mit dem bloßen Streichen der Arbeitslosen aus der Statistik sind deren Probleme bestimmt nicht gelöst. Insofern bedeutet „Arbeitslosigkeit“ letztlich „das nicht Innehaben einer ausreichend bezahlten Beschäftigung“, und nichts anderes. Und dann wäre eine Arbeit ja auch zumutbar, nämlich wenn das betreffende Tun,

Dulden oder Unterlassen gut bezahlt würde. Zumindest hat noch nie jemand eine gut bezahlte Arbeit als unzumutbar empfunden, außer vielleicht die Prostitution. Noch schlimmer als Prostitution ist es aber, sich prostituieren zu müssen, ohne dafür gut bezahlt zu werden, wie im heutigen „Weißlichtmilieu“, weil einem als „Normalo“ vielleicht doch noch das letzte Bißchen Anstand verbietet, einfach ins Rotlichtmilieu überzuwechseln. Aber auch da sind ja im Grunde bereits alle Plätze vergeben. Der gesteigerte Konkurrenzkampf würde auch dort sehr schnell die Preise für die „Arbeit“ in den (Sado-Maso-) Keller purzeln lassen. Wie kommt das? Wie kommt es auf dem Arbeitsmarkt zu einem derart gesteigerten Konkurrenzkampf bei prinzipiell gleicher Einwohnerzahl?

Nun, es ist wohl so, daß, wenn vielerorts viele Arbeiten nur noch von Maschinen erledigt werden, viele Menschen in andere Berufe drängen, halt dort, wo noch mehr menschliche Arbeit benötigt wird, wie z.B. halt im „Dienstleistungssektor“. In bezug auf diese Branchen nimmt dann der Konkurrenzkampf zu. Die Nachfrage nach Arbeit übersteigt dann „irgendwann“ das Angebot und führt somit (leider) zu einem Preisverfall der angebotenen Arbeitskraft – uraltes Prinzip von Angebot und Nachfrage. Die Arbeitgeber können dann zwischen den sich geradezu überschlagenden Bewerbern die jüngsten, qualifiziertesten, erfahrensten und gleichzeitig auch billigsten auswählen. Dieses macht den Arbeitsmarkt dann letztlich zum Sklavenmarkt und nichts anderes. Sklavenarbeit ist aber nach internationalem Menschenrecht verboten! Glücklicherweise gibt es da aber gelegentlich gewisse „Helden der Arbeit“, die – ob der schlechten Bezahlung – die Arbeit niederlegen, was manchmal sogar tatsächlich zu einem Anstieg des Lohnniveaus führt. Leider aber können die Streiks oft nicht ausreichend lange durchgehalten werden. Dagegen will das Bürgergeld Abhilfe schaffen. Das Bürgergeld will ein ständiges Angebot zur Niederlegung unzumutbarer Arbeit sein.

Das Bürgergeld, die Verteilung der Arbeit

Die Armut und wirtschaftliche Zukunftsangst ist heute auch in Deutschland so groß, daß man den noch verbliebenen Ganztagsbeschäftigten schon ein monatliches „Zubrot“ in Höhe des Bürgergeldes anbieten müßte, damit sie freiwillig etwas kürzer treten, weil sie dann die finanzielle Möglichkeit dazu hätten, so daß andere, die Arbeitslosen, wenigstens eine Halbtagsstelle bekommen könnten. Zwar könnten die Ganztagsbeschäftigten angesichts solcher Großzügigkeit (des Staates) auf die Idee kommen, nicht nur einen, sondern zwei Schritte kürzer zu treten, indem sie gar nicht mehr arbeiteten und sich mit dem „geschenkten“ Teilzeitlohn begnügten; aber ein solches anzunehmen, wäre insofern unlogisch, als daß ja Ganztagsarbeiter bewußt nicht nur halbtags arbeiten, weil ihnen eben ein Halbtagslohn zum Leben allein nicht ausreicht. Dieses macht auch bei der heutigen Lohnmoral der Arbeitgeber und Preispolitik der Wirtschaft nicht sonderlich Wunder. Insofern stellt das vorgeschlagene Bürgergeld, der „geschenkte“ Teilzeitlohn, keine Befreiung von der Arbeit an sich, sondern höchstens eine bessere Verteilung der Arbeit durch Ausgleich von Unterbezahlung dar. Das Geld ist ja ohnehin immer nur so viel wert, wie das, was man dafür kaufen oder mieten könnte. Wenn also im Laden zu wenig und/oder nur zu teure Ware angeboten wäre, weil zu wenig produziert würde, weil zu wenige Leute noch arbeiten wollten, so wäre auch das Bürgergeld faktisch nichts wert, abgesehen natürlich von dem Boden, den man nach dem Bürgerkapitalsystem dafür mieten kann. Der allmählich aufsteigende Hunger würde aber auch hier – wie eigentlich immer – dafür sorgen, sich für eine Arbeit auf eigenem oder fremdem Boden zu entscheiden, da man halt auch ein Bürgergeld noch nicht essen kann. Nur besteht der Unterschied hier darin, daß ausnahmslos niemand Hunger leiden müßte, solange im Laden genug preiswerte Ware angeboten würde, weil alles fast nur noch von Maschinen hergestellt wird.

Das Bürgergeld, die Verteilung der Güter

Das vermutlich dümmste Schlaraffenland des gesamten Universums findet sich derzeit auf der Sternenkarte unter der Bezeichnung „Erde“. Die Kaufhäuser sind voll der schönsten Waren, die von Maschinen hergestellt werden, und die Menschen sitzen draußen vor den Schaufenstern und können sich diese Sachen nicht kaufen, weil sie keine Arbeit haben, weil alle Arbeit von Maschinen erledigt wird. Anstatt sich also ein wenig zu freuen darüber, daß sie nicht mehr (so viel) arbeiten müssen, und sich die Güter einfach brüderlich zu teilen, sitzen die Menschen da und schieben Kohl'ndampf und Frust über die „Armut“. Dabei würde jeder Außerirdische spitze Ohren kriegen, wenn er nur von einem Planeten hören würde, wo Bananen, Äpfel, Nüsse usw., wie selbstverständlich, ja praktisch von ganz allein, aus dem Boden wachsen, Geschenke des Himmels, die praktisch nur noch „ausgepackt“ zu werden brauchen. Ein permanentes Weihnachten und Ostern zugleich. Sind die Eierschalen aufgeschlagen, so werden schon die Gänsefedern gerupft. Leider gilt dieses offenbar nur für einen Teil der Beschenkten. Die Nüsse des Wohlstands scheinen einfach nicht gerecht geteilt werden zu können. Lüge oder Wahrheit? Vielleicht werden ja auch nur die größeren Knochen von denen mit den größeren Augen (Glaskugeln) gefunden. Ob dieses allerdings schon ausreicht, um dann das alleinige Eigentum an diesen Gütern anzumelden, bleibt zu hinterfragen. Zumindest spricht sich – im Zweifel darüber – der Artikel 15 unseres Grundgesetzes für eine „Vergesellschaftung“ bzw. für das „Gemeineigentum“ am Grund und Boden und an den Naturschätzen aus. Dieses ist insofern auch nicht unlogisch, als daß ja ganz von Natur aus allen Menschen das gleiche Eigentum an den Schätzen der Erde zusteht. Die Rohstoffe gehören also eigentlich allen zu gleichen Anteilen. „Lediglich“ die von manchen geschaffenen Mehrwerte stehen den Betreffenden ganz allein zu, zumindest sofern diese Mehrwerte nicht durch Aus-

beutung von Zwangsarbeitern oder dergleichen entstanden sind. Denn sonst stehen jene Mehrwerte nicht diesen „Arbeitgebern“, sondern den Zwangsarbeitern zu. Doch wie könnte man nun diesen verschiedenen Ansprüchen gerecht werden? Halten wir doch noch einmal fest: Die Unternehmer stellen Produkte her, die aus Rohstoffen gefertigt sind, die eigentlich allen Menschen gehören, die aber von den „Verkäufern“ gefunden wurden, worin auch schon eine gewisse Leistung zu sehen ist, obgleich wiederum die anderen nicht die Möglichkeit hatten, sich in gleicher, sprich gleichberechtigter, Weise auf die Suche danach zu machen, worin schon eine gewisse Unterdrückung besteht. Sodann wurde durch Arbeitsleistung von Arbeitnehmern unter Anleitung der Arbeitgeber ein gewisser Mehrwert bis hin zu dem fertigen Produkt geschaffen. Somit steht beispielsweise von einem just gefertigten Kühlschrank sowohl dem Arbeitgeber, als auch den Arbeitnehmern, als auch den Rohstofflieferanten, als – und das ist der Punkt – auch den Menschen, die nicht an der Produktion beteiligt waren, ein Teil an diesem Kühlschrank bzw. an seinem Verkaufserlös zu. Dieses entspricht auch nur voll und ganz der Präambel des Absatzes 2 des Artikels 14 unseres Grundgesetzes: „Eigentum verpflichtet.“. Mit anderen Worten: Selbst ein rechtlich nicht bestrittenes Eigentum an Produktionsmitteln und Grundstücken, die Rohstoffe enthalten, befreit nicht von der Pflicht, dem Allgemeinwohl zu dienen! Und wenn die Allgemeinheit verhungert, weil jemand einzelnes alle Grundstücke besitzt, die er nicht zum Wohle aller nutzt, so ist ihr damit nicht sonderlich gedient. Natürlich ist der Gerechtigkeit auch wiederum nicht gedient, wenn alle just das Gleiche bekamen, denn das steigerte nicht die Motivation zur Produktion. Die notwendigen Unterschiede im Einkommen sollen daher möglichst durch das Bürgergeld + Zuverdienst = persönliches Einkommen und nicht durch Reichtum oder Tod markiert werden. Die Waren und Güter der Welt verteilen sich dann wie von allein. Denn wer Geld hat, der bekommt auch Ware geliefert (Lieferservice).

Das Bürgergeld, die Rückführung von Eigentum

Die heutige Mißwirtschaft zum angeblichen Zwecke einer Wohlfahrt, statt Talfahrt, der Arbeiter beruht wie als „zwingend logische“ Folge schlicht auf einem „Irrtum“, d.h. auf der über Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende, hinweg durch verschiedene Medien wie in einem Krieg gegen die Menschlichkeit und Gerechtigkeit verfochtenen These einer Art „Angebotswirtschaft“, nach der es sinngemäß erforderlich sei, normale rechtschaffene Bürger, die sich als Kleinbauern durch eigene Arbeit einen bescheidenen, aber ausreichenden Lebensunterhalt verdienen, wie im Prinzip durch Eigenverbrauch und gelegentlichen Tausch mit Nachbarbauern der selbst „hergestellten“ Waren, schlagartig mit Knüppel oder – wie heute – allmählich durch immer höhere Abgaben an den Staat und/oder durch immer kompliziertere Vorschriften der Nutzung der Grundstücke zur Aufgabe ihrer natürlichen Lebensgrundlage zu bringen, ihres Besitzes zu enteignen (berauben), um sie dazu zu bringen (zwingen), eine „Arbeit“ zu verrichten, wie z.B. – nach dem Boom der Hightech – just als billige Erntehelfer auf den gleichen Feldern, die nunmehr Großgrundbesitzern „gehören“, um ihnen dann die Ernte im Laden gegen ihren Arbeitslohn, der aber nicht reicht, anzubieten. Der Unterschied der zu verrichtenden, technisch gleichen Arbeit ist eigentlich „nur“ der, daß diese Arbeiter nunmehr nicht mehr selbständig, also nicht mehr ihr eigener Herr, sind. Abgesehen einmal von der mental wesentlich höheren Belastung, der ein nichtselbständiger Arbeiter bei im Prinzip gleichen Tätigkeiten auf dem Arbeitsplatz ausgesetzt ist, da er sich weder die Reihenfolge noch die genauen Zeitpunkte der auszuführenden Arbeiten selbst einteilen kann, was gewissermaßen ständig gegen die bei den Menschen sehr individuelle innere Uhr verstößt und daher irgendwann krank macht, hat er obendrein praktisch nicht mehr den geringsten Einfluß auf den Lohn. Leistet ein Arbeiter nach Auffassung seines Arbeitgebers zu wenig, so wird er nicht etwa

wieder zurück auf sein früheres Grundstück, sondern besitzlos auf die Straße gesetzt. Leistet ein abhängiger Arbeiter jedoch zu viel, so wird einfach der Akkord, also die Arbeitsanforderung in bezug auf die innerhalb je einer Stunde zu leistende Arbeit (Stückzahl), entsprechend herauf gesetzt, vergleichbar der ständigen Anhebung der Normen im Leistungssport, die erfüllt werden müssten, um z.B. bei Olympia mitspielen zu dürfen.

Da nützt dann auch ein Tarifvertrag, der einen immer gleichen Stundenlohn garantiert, nicht mehr sehr viel, sondern wird tendenziell eher, das heißt angesichts der heute aufgrund der immer höheren Verarmung der Masse immer höheren Nachfrage nach nichtselbständiger Arbeit, anstatt nach Rehabilitation der ursprünglichen Selbständigkeit grundsätzlich als einfacher Kleinbauer auf dem eigenen Felde, zur Bremse einer gerechten Lohnanpassung, ja faktisch zur Unterbezahlung im Verhältnis zu der immer höherwertigen Arbeit, wie auch durch immer höhere Qualifikation der Arbeiter, die heute praktisch für gleichen Lohn verlangt wird. Mit anderen Worten: Die Arbeit wird als Nichtselbständiger nicht weniger, sondern allenfalls der Lohn. Daher stellt das empfohlene Bürgergeld als Teil der durch das Bürgerkapitalsystem verfochtenen Kapitalrehabilitation nicht in dem Sinne eine Erleichterung oder gar Befreiung von der Arbeit, sondern lediglich die Gewährleistung einer gewissen Lohnauthentizität durch gerechte und immer wiederkehrende Ermöglichung einer kleinen Selbständigkeit auf eigenem Boden (bzw. Kapital), wie z.B. im Familienbetrieb, dar. Die Rückgabe eines Bauernhofes befreit noch nicht davon, ihn zu betreiben.

„Man sah: die Enteignung der Volksmasse von Grund und Bodens bildet die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise.“

(Karl Marx, „Das Kapital“)

Das Bürgergeld, der Aufschwung der Konjunktur

Man könnte sagen; was nützte es schon noch einer Wirtschaft, wenn zwar einige wenige Großindustrielle durch Ausbeutung von Zwangsarbeitern, d.h. von unterbezahlten Arbeitnehmern, sehr viel Ware auf dem Markt anbieten könnten, die aber niemand mehr kaufen könnte, außer einige wenige Superreiche, quasi außer sie selbst? Richtig! Nichts! Die reichen Arbeitstreiber mit der Peitsche der ständigen unterschweligen Androhung einer Entlassung und damit Überlassung der Arbeitnehmer den Arbeits- und Sozialämtern, was heute in etwa einer Folterstrafe gleichkommt, könnten sich aus ihren hausgemachten Ladenhütern eine Pyramide bauen, pardon bauen lassen, um sich somit unsterblich zu machen in dem Gedenken der Nachwelt ihrer glorreichen Taten, die niemand gewollt hat, einschließlich ihrer selbst. Mit einer vernünftigen Volkswirtschaft hätte dieses allerdings noch nicht viel gemein. Nein, Konjunktur bedeutet nicht Angebot um jeden Preis, sondern Nachfrage! Nachfrage nach preiswerten Produkten, die nicht teurer sind als die, die im Idealfalle jeder Bürger notfalls selber herstellen könnte, aufgrund einer gewissen finanziellen Selbständigkeit und somit Unabhängigkeit, wie halt eben u.a. durch das empfohlene Bürgergeld. Die Chance der Industrie, also der Massenproduktion, besteht ja auch hier immer mindestens darin, daß sich die Einzelstückproduktion – ähnlich wie beim Kochen – durch je einen einzelnen Bürger grundsätzlich bzw. im Vergleich zu einer Massenproduktion und auch einer fair bezahlten nichtselbständigen Arbeit nicht sonderlich lohnt. Die Bezieher von Bürgergeld, die auch gleichzeitig voll beschäftigt sein dürfen, würden also tendenziell eher massig im Kaufhaus und Supermarkt kaufen, anstatt sich mühevoll auf dem eigenen kleinen Acker abzuquälen. Wichtig ist halt nur, daß sie letzteres im Notfall, d.h. bei Wucher seitens der Industrie, jederzeit tun könnten, wie als Peitsche einer unterschweligen Androhung dieser „Bürgerwirtschaftsautonomie“.

Das Bürgergeld, das Hauswirtschaftsgeld

Chauvinisten könnten sagen; wenn alle Frauen verheiratet wären und nur zu Hause am Herd stehen und die Kinder versorgen würden, wäre auch das Problem der Arbeitslosigkeit perfekt gelöst. So ganz falsch wäre diese These eigentlich gar nicht, zumindest rein rechnerisch. Denn auch ein noch so moderner Arbeitsmarkt würde ja immer mindestens der Hälfte aller arbeitsfähigen Erwachsenen eine Arbeitsstelle anbieten, wie halt überall dort, wo menschliche Arbeitskraft selbst mit noch so intelligenter Technik niemals vollständig ersetzt werden könnte oder wollte, wie z.B. im Dienstleistungssektor. Und wenn 50% aller Erwerbsfähigen daheim am Herd stünden, so verbliebe also, rein rechnerisch, für all die anderen je ein Arbeitsplatz (draußen). Das Problem dabei ist aber bereits ein finanzielles und gleichermaßen der Hauptgrund, warum die Frauen eine solche Rolle immer (mehr) abgelehnt haben. Es mangelte nämlich von je her an einer konkreten und korrekten Bezahlung der hauswirtschaftlichen Arbeit, und zwar, so gesehen, völlig unabhängig davon, ob nun die Frau oder der Mann die Rolle der „Hausfrau“ übernahm. Zwar verstand man es von je her als eine Selbstverständlichkeit, daß der arbeiten gehende Teil der Familie die anderen Teile für ihr „Dasein“ bzw. ihre Leistung im Haushalt belohnte, indem er seinen Arbeitslohn direkt oder indirekt mit den anderen teilte; jedoch kamen dabei manche der zu Hause gebliebenen Teile der Familie vielleicht zu kurz, und zwar zunehmend schlicht dadurch, daß die Löhne und Gehälter der außerhalb der Wohnung bzw. der Küche arbeitenden Teilnehmer der Gesellschaft ständig kleiner wurden. Die heutigen Ganztagslöhne sind, grob gesagt, allenfalls Halbtagslöhne früherer Zeiten. Zwar reicht, wenn man so will, bereits ein Halbtagslohn dazu aus, sich selbst zu versorgen, aber eben nicht dazu, eine Familie zu versorgen. Da nützte es dann auch überhaupt nichts, zwei Halbtagsjobs auszuführen, wenn man halt für eine Ganztagsstätigkeit nur

noch einen Halbtagslohn erhält. Denn der Tag hat ja nun mal nur 24 Stunden, von denen man aber – um der Gesundheit willen – maximal 12 Stunden zum Arbeiten verwenden könnte, wenn überhaupt. Da man aber heute theoretisch zwei mal acht Stunden gleich 16 Stunden je Werktag arbeiten müßte, um auf einen früheren Ganztagslohn zu kommen, sofern man nicht gerade Künstler oder Profisportler ist, so könnte man als arbeitengehende(r) Mann oder Frau nicht bereits dadurch eine ganze Familie ernähren, ohne dabei gesundheitlich draufzuzahlen. Dieses kann eigentlich nicht Sinn der (guten) Sache sein.

Nun vertreten zwar heute relativ viele zu ihrem eigenen Nachteil die Auffassung, es sei doch schön und erstrebenswert, wenn beide Elternteile ganztags, d.h. acht Stunden je Werktag bei fünf oder sechs Werktagen in der Woche, arbeiten müßten, um eine Familie ernähren zu können; aber wer kümmert sich dann um die Kinder? Etwa eine berufsmäßige Hauswirtschaft(l)erin? Auch das geht ja im Grunde nicht, denn auch diese Arbeitskraft kostet ja Geld, es sei denn natürlich, der Staat würde die Kosten dafür übernehmen. Dann könnte der Staat aber auch genauso gut gleich den richtigen Müttern ein solches Hauswirtschaftsgeld als Lohn der mütterlichen und ehelichen Mühen geben. Auf diese Weise bestünde wenigstens nicht die Gefahr, daß die Mütter und Ehefrauen aus reinem Geldmangel ihre Nachkommenschaft und Ehemänner vernachlässigten, indem sie irgendwo außerhalb „arbeiten“ gingen, zumal ja – wie gesagt – der „freie“ Arbeitsmarkt heute ohnehin nicht mehr jedem einen Platz freimacht. Insofern ist es mehr als angesagt, aus dieser Not eine Tugend zu machen, indem dieser Jahrhunderte alten Forderung der Frauen und Männer nach Entlohnung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit von staatswegen – wie über das Bürgergeld – entsprochen würde.

Das Bürgergeld, die Sozialsynthese

Das vorgeschlagene Bürgergeld ist im Grunde die pauschale Abgeltung aller möglichen wie unmöglichen sozialen Ansprüche gegenüber dem Staat, also quasi die Synthese aller möglichen sozialen Leistungen des Staates, wie in der Hauptsache der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes, der Rente, des Mutterschaftsgeldes, aber auch des Kinder- und Ausbildungsgeldes, sowie theoretischer Entschädigungen oder Ausgleichszahlungen aller Art, was selbstverständlich nicht heißt, daß der Staat nicht in Ausnahmefällen auch (einmalige) Sonderleistungen gewähren könnte. Grundsätzlich aber sollte das Bürgergeld dazu genügen, sich selbst, also privat, gegen mögliche Schadensfälle über private Versicherungen, abgesehen von der gesetzlichen Krankenversicherung, zu versichern, just so als würde man ein eigenes Einkommen haben, von dem man sich eigenständig versichert und ernährt. Insofern versteht sich das Bürgergeld im Zweifel auch als Lohnersatz, d.h. als einen Ersatz des durch Alter, Krankheit, Unterbezahlung, Mobbing durch Menschen oder Maschinen, Raub, Diebstahl, Enterbung oder auch indirekten Wucher, also nicht durch eigene Schuld, entgangenen Lohns für selbständige oder nichtselbständige Arbeit. Zwar ist die Höhe des Bürgergeldes, so gesehen, nur gering; dafür wird es aber bereits von Beginn an, seit Geburt oder Einwanderung, gezahlt. Mengenmäßig hat es daher in etwa das gleiche Volumen wie das der heutigen Sozialleistungen des Staates, nur mit dem Vorteil, daß der Staat hier nicht die verschiedenen Einzelfälle kostenaufwendig und entwürdigend prüfen muß, dahingehend, ob ein Not- oder sonstiger Bedarfsfall vorliegt. Er geht einfach davon aus, daß ohne hin bei jedem irgendwann einmal im Leben ein solcher Notfall vorliegen würde, den das prophylaktische Bürgergeld nicht nur beheben, sondern sogar verhindern kann. Daß man das Bürgergeld auch bei Arbeitsaufnahme nicht verliert, wird unbedingt als Vorteil, weil als zusätzliche Arbeitsmotivation gesehen.

Das Bürgergeld, der Dalohn oder das Bereitschaftsgeld

Der größte Erfolg, mit dem die Menschen anderen Völkern des Universums am meisten imponieren könnten, wäre, wenn sie bei geringstem Arbeitsaufwand, sprich bei größtmöglicher Arbeitslosigkeit, „dennoch“ ständig satt und obendrein höchst gebildet waren, nicht aber wenn sie durch unnötige oder gar künstliche Arbeit ständig geschlaucht und unglücklich waren. Insofern ist die „Arbeit“ im herkömmlichen Sinne eigentlich nur insoweit relevant, wie sie je noch benötigt wird, um den rein materiellen Bedarf des Menschen zu decken. Wird diese Produktion aber erschöpfend von Maschinen geschafft, so steht es den Menschen frei, sich mit anderen (schöneren) Dingen (erschöpfend) zu beschäftigen und ihre Rasse, ihren Staat, einfach nur zu repräsentieren, d.h. quasi einfach nur „da“ zu sein. Für den Fall nun aber, daß der Mensch partout nicht „runterkommen“ will von seiner selbststrafenden, ja geradezu selbstmörderischen Theorie, der Mensch habe im Gegensatz zum Tier nur durch Arbeit eine Lebensberechtigung, die aber quasi durch die Maschinen, die ja alle Arbeit erledigen, zerstört wird, so sollte er zu seinem eigenen Schutz (vor sich selbst) bereits das reine „Dasein“ als Arbeit anerkennen, quasi als Bereitschaftsdienst durch die ständige Bereitschaft, einen z.B. durch Unfall ausgefallenen Arbeiter zu ersetzen, indem er sich dafür ab der Volljährigkeit ein Bürgergeld als „Dalohn“ zahlt, quasi als Lohn für die Anwesenheit in einer großen Schule, genannt Leben, wo man sich auf rein freiwilliger Basis bis zu einem möglichen Elitearbeiter selbst (autodidaktisch) ausbildet oder ausbilden läßt, wie beispielsweise an normalen und weiterführenden (bezahlbaren) Volkshochschulen. So wäre jeder – ohne zu hungern – ständig beschäftigt und in der Lage, bei Nachfrage seitens der Wirtschaft einen Arbeiter zu ersetzen, quasi nach dem Eliteprinzip wie im Fußball: Es genügt, wenn eine Auswahl der Stärksten die Arbeit für alle macht.

Die eigentliche Selbstregulierung

Da das vorgeschlagene Bürgergeld von seiner Mathematik her dazu neigt, aus Großen und Kleinen lauter Mittlere zu machen, indem Große immer wieder (unter dem Strich) draufzahlten, während Kleinere immer wieder (unter dem Strich) draufbekämen, würde irgendwann theoretisch ein Zustand erreicht sein, wo es nur noch Mittlere gibt, die stets genau so viel Steuergeld (Geldsteuer plus Nebensteuern) zahlten, wie sie durch das Bürgergeld, die (sonstigen) Staatsausgaben und Steuerrückzahlungen zurückerhielten. Hält man sich diesen Umstand vor Augen, so wird deutlich, daß das Bürgerkapitalsystem eigentlich „nur“ ein reiner Finanzausgleich zwischen groß und klein im Sinne einer Versicherung gegen unwiderruflichen Kapitalverlust ist, und nicht etwa ein Geschenk allein an Arme oder gar eine Befreiung von der Arbeit ganz generell. Denn Geld allein kann man ja – wie gesagt – noch nicht essen! Man könnte zwar mit Geld in einen Laden gehen und dafür etwas kaufen; wenn aber buchstäblich niemand arbeiten würde, weil jeder sich mit dem Geld allein begnügen würde, so gäbe es nicht einmal nur ein einziges Brot zu kaufen. Die Leute müßten dann, um nicht zu verhungern, entweder eine Arbeit bei einem Bauern annehmen, der die Ware auf den Markt bringt, wo sie diese dann kaufen könnten, wenn nicht teils gleich direkt „ab Werk“, oder aufs Land ziehen und dort selber, also selbstständig, Landwirtschaft betreiben. Da sich aber Landwirtschaft für eine einzige Person oder Familie nicht lohnt und obendrein die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten, sprich nach Lebensmitteln, überdimensional wäre, würden manche dazu übergehen, nicht nur für sich selbst, sondern gleich für sehr viele zu produzieren, was dann auch andere Waren und Leistungen betraf, wodurch also wiederum die „gute alte Massenproduktion“ erreicht wäre, nur mit dem kleinen aber feinen Unterschied, daß nun, also seit dem Bürgergeld, dem regelmäßigen Finanzausgleich, immer wieder jeder auch tatsächlich etwas

kaufen könnte, ganz zur Freude der Massenproduzenten. Denn was nützt schon eine Produktion für die Masse, wenn die Masse kein Geld zum Kaufen hat und auch nicht zur Produktion benötigt wird? Soll die Ware etwa – wie heute – mit Millionen von Euros des Staates lieber vernichtet werden, damit die Preise, welche die Masse nicht bezahlen kann, hoch gehalten werden können, durch künstliche, gewaltsame Schaffung und damit Vortäuschung einer Knappheit der Waren?

Dieses zeigt: Wenn die Masse nicht genug Geld zum Kaufen hat, hat die Produktion ein logistisches Problem und wird letztlich eingestellt. Aber wie könnte die Produktion dieses auch für sie existenzielle Problem lösen? Etwa indem sie der Masse Geld schenkt, damit diese mehr und teurer kaufen kann? Mit Verlaub; aber das wäre absolut unlogistisch und daher auch niemals von Gewerbebetrieben zu erwarten. Etwa indem sie Arbeitnehmer zusätzlich einstellt, die sie gar nicht braucht, nur um denen Geld in die Hand zu drücken, damit diese mehr und teurer bei ihr kaufen können? Mit Verlaub; aber das wäre genauso unlogistisch, denn ebenfalls nichts anderes als ein Geschenk. Nein, das Geld für die Masse kann niemals durch Appelle, Beschwörungen der Götzen oder Beschimpfungen der politischen Gegner herabregnen, sondern einzig und allein durch die gerechte helfende Hand eines Staates mit Herz und Verstand. Denn auch gerechte Steuern und Abgaben zum Wohle der Allgemeinheit zu erheben, wird immer ein gewaltsamer Akt, ein Akt von öffentlicher Gewalt, sein und sein müssen, ohne den es nicht geht. In der Mehrheit sind sich die Leute einig darüber, daß gerechte Steuern notwendig sind. Der einzelne aber würde niemals freiwillig Steuern zahlen, von wenigen Ausnahmen vielleicht abgesehen. Dieses ist eine menschliche Tatsache, die man berücksichtigen muß und nicht ignorieren darf, will man das Staatswesen und die Wirtschaft im Interesse aller erhalten. Steuern nicht korrekt einzutreiben, ist genauso wie, Steuern nicht korrekt zu zahlen.

Keine halbstaatlichen Betriebe

Mit halbstaatlichen Betrieben, also privaten Gewerbebetrieben, die vom Staat regelmäßige Unterstützung erhalten, ist es ähnlich wie auch mit der heutigen staatlichen Sozialversicherung, bestehend aus Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung: Sie sind allesamt nicht rentabel, d.h. nicht selbstfinanzierend, weil quasi nicht privat vermarktbar. Und daran könnte auch eine ewige Erhöhung der Preise (Beiträge) und eine ewige Senkung der Leistungen nichts ändern. Denn darin besteht ja gerade der Fakt einer Nichtrentabilität. Nämlich darin, daß zwar die betreffenden Leistungen von der Allgemeinheit erwünscht, aber für den einzelnen Bürger zu teuer sind, zumindest was die kleineren von ihnen betrifft, auf deren Schultern aber meistens die Kosten getragen werden, also praktisch immer dort, wo die Leistungen nicht steuerfinanziert sind, wo also nicht auch steinreiche „Unbeteiligte“ mit zur Finanzierung herangezogen werden. Auch das Steuersystem selbst macht heute zunehmend diesen Fehler, nicht nach dem Mengensteuerprinzip – wie eh und je – zu kassieren, wodurch immer auch größere Be(i)träge von Reichen herein kamen, sondern quasi nach dem Kopfsteuerprinzip, wodurch praktisch alle das gleiche zahlen, was aber für die meisten zu teuer ist, gemessen an deren Einkommen. Kein Wunder, sozusagen, wenn dadurch zu viele Leute zu häufig und zu schwer und dauerhaft krank sind, um daß eine gesetzliche Krankenversicherung wie die heutige noch irgendwie klarkommen könnte, geschweige denn völlig ohne die „heimliche“ Hilfe des Staates aus der Steuerkasse. Als wäre es ein Verbrechen, auch die gesetzliche Krankenversorgung, die kein Bürger missen möchte, allein durch Steuermittel, die einfach stärker sind, zu finanzieren, so wie bereits erwähnt und nicht nur hier von diesem Buch vorgeschlagen. Denn was passiert denn, wenn plötzlich ein scheinbar Selbständiger, der vielleicht bislang keine Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung leisten mußte, als hilflose

krankte Person irgendwo auf dem Bahnhof aufgelesen wird und es sich herausstellt, daß diese Person aktuell weder eigenes Geld, noch eine eigene (private) Krankenversicherung besitzt, aber eben dennoch ärztliche Hilfe benötigt? Richtig! Er wird auf Staatskosten, also aus der Steuerkasse (Sozialkasse), behandelt, nur mit dem Unterschied, daß man sich durch zunehmende Befreiung der Selbständigen bzw. Reichen von der eigentlichen Steuer- und Beitragspflicht nicht auf solch eine Situation eingestellt hat, wodurch scheinbar logischer Weise Kredite aufgenommen werden müssen, welche Zinsen kosten, die neue Kredite erfordern usw., usw., bis halt zu dem Zeitpunkt, wo kein möglicher Geldgeber der Welt mehr einem solchen Staat noch einen Kredit verleiht. Dann aber endlich würde der Staat erkennen und erkennen müssen, daß jeder Staat der Welt zunächst einmal selber selbstfinanzierend sein muß! Will sagen: Es bringt nichts, außer irgendwann unbezahlbare Zins- und Kreditschulden, die Lage ständig schöner, billiger einzuschätzen, als wie die Realität es immer und immer wieder tatsächlich zeigt. Der Staat muß steuerliche Schlupflöcher ebenso schließen wie die schier unzähligen Fässer ohne Boden auf der Ausgabenseite, wenn er irgendwann einmal einen ausgeglichenen Haushalt erzielen will? Wie gesagt, wenn.

Zu diesen Fässern schier unendlicher und – was noch schlimmer ist – unübersichtlicher Ausgaben des Staates zählen vor allem die quasi halbstaatlichen Betriebe, wie z.B. die Berliner Verkehrsbetriebe BVG, um nur einen von vielen möglichen Fällen zu nennen. Es ist allgemein bekannt, daß dieser Betrieb derzeit mit etlichen Millionen Euro vom Staat unterstützt wird, was Sprecher der BVG gelegentlich auch selbst zugeben. Angeblich sei ohne dieses Geld die Leistung dieses Unternehmens so nicht haltbar, zumindest nicht in dieser Qualität und zu den trotz aller Erhöhungen der letzten Jahre immer noch sehr günstigen Fahrpreisen für die Fahrgäste. Mit Verlaub; aber dieses würde wohl

jeder behaupten, was nicht heißt, daß es nicht auch genau so zu treffen kann. Der Vorteil eines Monopols, das die BVG in Berlin hat, ist eben, daß die von seiner Leistung abhängigen Verbraucher letztlich dran glauben müssen, was das Monopol sagt und was es vorschreibt, wie halt die konkurrenzlosen Preise seiner Leistungen.

Insofern stellt sich für den Staat bei Betrieben, die offenbar nicht selbstfinanzierend sind, da sie Unterstützung vom Staat er suchen, eigentlich nur die Frage, ob er im Interesse der Allgemeinheit an der Aufrechterhaltung derer Leistungen, die auch ähnlich wie bei der Bundes- und Feuerwehr in einer Bereitschaftsdienstleistung bestehen können, interessiert ist oder nicht. Kommt er nach Prüfung dieser Frage zu dem Schluß, daß ein Betrieb zwar nicht rentabel, aber dennoch im Interesse der Allgemeinheit ist, und zwar grundsätzlich unabhängig von der Frage der Notwendigkeit der Erhaltung der dortigen Arbeitsplätze, so muß er diesen eigentlich (voll) verstaatlichen, um eben genau das zu verhindern, was derzeit immer häufiger passiert: Die Leistungen vom Staat unterstützter Betriebe lassen zu wünschen übrig und fordern dennoch immer mehr Geld vom Staat und von den Verbrauchern. Woran liegt das?

Nun, man darf natürlich bei aller Liebe und bei allem Vertrauen nicht vergessen, daß ein grundsätzlich privater Gewerbebetrieb immer irgendwo auch Gewinne erzielen will, im Gegensatz zu rein staatlichen Betrieben, denen eine reine Kostendeckung genügt. Insofern besteht auch bei halbstaatlichen Betrieben, die ja vom Grundsatz her private Betriebe sind, ständig die Gefahr, daß sie trotz guter Einnahmen an allen nur erdenklichen Ecken und Enden, schließlich auch zu Lasten der Sicherheit, Kosten sparen, sprich Leute entlassen, Material verrotten lassen usw., usw., halt um aus der Differenz der Einnahmen abzüglich der Ausgaben möglichst große Gewinne zu machen, logisch. Zwar

wird mit einiger Sicherheit ein solches „Russisches Roulette“ aus Sicht der gefährdeten Verbraucher nicht für staatliche Prüfer aus den Bilanzen und Kostenaufstellungen solcher „Schwarzen Schafe“ usw. klar hervorgehen, was aber nicht viel beweist, denn auch Bilanzpapier kann ja sehr geduldig sein. Zumindest lassen sich Bilanzen, Quittungen und Kostenaufstellungen leichter fälschen als Geldscheine. Und wie oft wurden in der Geschichte sogar Geldscheine gefälscht? Das Problem ist ganz generell: Wenn es leichter ist, an Geld vom Staat heranzukommen, als durch echte Leistung auf dem freien Markt, dann erfüllt am Schluß jeder nur noch die Bedingungen, die der Staat, und nicht der Verbraucher, stellt, sprich es werden nur noch Papiere mit Inhalt gefüllt, anstatt Warenkörbe mit Leistung. Oder auch anders gesagt: Einen nur halbstaatlichen Betrieb kann der Staat weniger gut kontrollieren als einen vollstaatlichen. Mangelnde Kontrolle aber macht Gelegenheit, und Gelegenheit macht Diebe, eine uralte und immer wieder neue Erfahrung.

Aus diesem Grund verzichtet der Staat nach dem vorgeschlagenen Bürgerkapitalsystem auf die kostspielige und obendrein kontraproduktive Unterstützung offenbar unrentabler Betriebe, deren Leistungen nicht (dennoch) als Allgemeingut, d.h. nicht als zur Grundversorgung der Allgemeinheit gehörend, zu zählen sind. Andernfalls jedoch ist er berechtigt und kraft des Regierungsauftrages vom Volk ermächtigt, solche Betriebe samt der betreffenden Branche voll zu verstaatlichen, sodaß die Preise der betreffenden Leistungen für den einfachen Verbraucher, den Durchschnittsverdiener, im Verhältnis zu dessen Einkommen nicht zu hoch, also nicht unzumutbar, sind, indem zur Erhaltung dieser Leistungen in der Hauptsache eine Finanzierung aus Steuermitteln nach dem Mengensteuerprinzip herangezogen wird. Es soll auf diese Weise möglichst nicht vorkommen, daß die Kosten insbesondere von Direktverbrauchern, die meist Kleinverdiener sind, übernommen werden, so wie man es im Prinzip von

den bekannten GEZ-Gebühren zur (Mit-) Finanzierung des Öffentlich-rechtlichen Fernsehens sagen könnte, das sich ja quasi selbst als noch mit zur Grundversorgung der Bürger zählend sieht, obwohl es denen Preise abverlangt, die eher von Luxus sprechen und denen man praktisch nicht ausweichen kann, wenn man nicht vollständig auf Fernsehen verzichten will. Das Wort Erpressung wagt dabei selbstverständlich niemand auch nur zu denken, geschweige denn auszusprechen, aber vielleicht wenigstens das Wort Wucher. Die Kosten, einschließlich angemessener Gehälter auch für die ehemaligen Inhaber (Gesellschafter o. ä.), die prinzipiell genau wie auch alle anderen Mitarbeiter jener Betriebe als Angestellte des Öffentlichen Dienstes vom Staat, dem neuen Inhaber, übernommen werden könnten, sollen dann ganz generell ausschließlich über das Steuerwesen gedeckt werden, es sei denn, daß der Ordnung halber gewisse „Schutzgebühren“, wie z.B. „U-Bahn-Benutzungsgebühren“, zur Vermeidung von Mißbrauch und Abschreckung von „Herumtreibern“ notwendig erscheinen, was im Zweifel von Fall zu Fall eine Zeit lang ausgetestet werden sollte, immer aber grundsätzlich davon ausgehend, daß keine Gebühren notwendig sind, es sei denn vielleicht auch, um bestimmte Dinge „interessanter“ zu machen, wie z.B. den Besuch eines öffentlichen Zoos, für den dann ein geringer Eintrittspreis zu zahlen wäre, quasi im Sinne einer mehr symbolischen Anerkennung und Wertschätzung der Leistung. Insgesamt sollte aber das Aufkommen dieser Regulierungsgebühren monatlich und pro Kopf nicht mehr als 20% des Bürgergeldes von 500 E., also nicht mehr als 100 E., betragen, damit nicht die eigentlichen Vorteile des Bürgergeldes wieder zunichte gemacht werden. Zur Sicherheit aber des Bürgers vor zu hohen Schutzgebühren sollen in jedem Fall alle diese und ähnliche Abgaben an den Staat als „Nebensteuern“ betrachtet und je am Jahresende als eine Art Weihnachtsgeld pauschal zu gleichen Teilen an alle Privatbürger zurückgezahlt werden, da sie bewußt nicht zur Finanzierung des Haushaltes herangezogen werden sollen.

Denn man bedenke diesbezüglich, daß ja Gebühren immer eine Art Kopfsteuer sind, die aber zur Finanzierung eines größeren Haushaltes nicht ausreichen kann, da sie von kleineren Köpfen nicht (voll) getragen werden kann und daher zu Lücken im Haushalt führt, so als würde eine vierköpfige Familie die Kosten ihres privaten Haushaltes stets genau durch vier Personen, einschließlich der beiden Kinder, die nur über ein spärliches Taschengeld verfügen, teilen, anstatt wie bei einer Mengensteuer prozentual vorzugehen, wenn sie schon unbedingt, was ratsam und vertretbar ist, tatsächlich alle ihre Mitglieder an den Kosten, die für alle getätigt werden, beteiligen will. Die mit dem Bürgerkapitalsystem vorgeschlagene Umlaufsteuer ist zwar, so gesehen, auch eine Kopfsteuer, der aber unmittelbar die nach dem Mengensteuerprinzip erhobene Geldsteuer, die gewissermaßen eine Geldnutzungsgebühr ist, vorausgeht. Anders wäre auch die Umlaufsteuer nicht finanzierbar. Denn sie beträgt ja quasi pro Kopf im Monat 500 E., ein Betrag, den sich aber nicht jeder Durchschnitts- oder gar Kleinverdiener leisten könnte, zumindest nicht ohne dabei notwendige Kapitalreserven restlos aufzubreuchen, was das Bürgerkapitalsystem ja verhindern will.

Während Steuern eher pauschal von allen und zu gleichen prozentualen Teilen erhoben werden (sollten), greifen Gebühren und Beiträge eher direkt auf bestimmte Personen oder Personengruppen. Dieses ist auch der Hauptfehler der heutigen Sozialversicherung, deren Leistungen zwar eigentlich allen Bürgern bereit stehen (sollten), die sich aber zur Finanzierung dessen in der Hauptsache krampfhaft und partout an die mit Abstand zahlungsschwächste Gruppe, die der Arbeitnehmer, die obendrein auch noch immer kleiner wird, vergreift. Daß man so nicht rentabel wirtschaften kann, liegt auf der Hand. Genau den gleichen Fehler macht der Staat auch bei seinem (sonstigen) Haushalt. Dieser Fehler könnte unter Umständen einmal fatal sein. Denn er ist sowohl menschlich ungerecht, was Menschen irgendwann

trotzig macht, als auch mathematisch im Grunde nicht durchführbar. Denn Steuern, die wie die Lohnsteuer, aber auch die Umsatzsteuer usw. wie als eine Gebühr erhoben werden, sind von ihrer Mathematik her Kopfsteuern, also Steuern, die praktisch nicht prozentual (zum Einkommen), sondern schlicht als feste Beträge pro Kopf erhoben werden, was sich aber halt die meisten, also die Kleinen, nicht leisten können, ohne dabei schließlich und endlich krank zu werden, wodurch alles nur noch teurer wird für den Staat und für die Kleinen, auf deren Schultern ja unter diesen Umständen fast alle Steuerlast ausge tragen wird. Es rechnet sich eben letztlich nicht, wenn stets die Armen nur mit ihresgleichen teilen. Es hat gewissermaßen den Effekt und die Folgen einer Inzucht. Oder anders gesagt: Ein Organismus, der bestimmte Bereiche seines Körpers von der Blutzufuhr (Geldzufuhr) abschneidet, um andere Teile mit Blut überzuversorgen, wird den Betrieb alsbald einstellen müssen. Ein Mann, dessen Füße, die ihn tragen, zu wenig Blut erhalten, nur damit im „Kopf“ mehr davon vorhanden ist, wird vorzeitig sterben. Denn er ist auf die volle Funktionsfähigkeit und -bereitschaft aller, auch der kleinsten, Organe seines Organismus lebensnotwendig angewiesen. Ein Mann oder Staat, der seine eigenen Füße mit Füßen tritt, anstatt sie gerecht zu behandeln, wird vorzeitig Geschichte. Noch nie haben fleißige Arbeiter mehr verlangt als ein kleines Bißchen mehr Luft zum Atmen, um sogar noch mehr leisten zu können. Dieses wurde praktisch von allen Herrschern der Geschichte übersehen oder sträflich mißachtet. Die Folgen davon waren fast immer Kriege und Aufstände bereits im eigenen Lande, so als säße der Feind im eigenen Lande. Der wahre Feind des Menschen aber ist der allzu leichtfertige Glaube mancher gedankenloser Menschen, Ungerechtigkeit würde sich auszahlen, nützlich oder gar gewünscht sein. Kein Mensch der Welt aber will oder wollte je betrogen werden oder hätte dieses verdient. Wer so etwas glaubte, wäre just einem Lügner und nicht einem Wahrsager aufgesessen.

Der gläserne Haushalt

Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems soll die jeweils amtierende Regierung gegenüber den Steuerzahlern Rechenschaft darüber ablegen, wofür genau wieviel Steuergelder verwendet wurden und werden sollen, indem auf allen Bezirksamtern je eine Kopie des aktuellen Haushaltsplanes und der letztjährigen Kostenabrechnung zur öffentlichen Einsicht ausgelegt wird, so daß beispielsweise der Plan für das Jahr 2025 spätestens am 01.01.2025 auf allen Bezirksamtern ausliegen würde. Der wahlberechtigte Bürger hätte so die Möglichkeit zu vergleichen, ob das Angekündigte auch tatsächlich durchgeführt wird. Wird es nicht durchgeführt oder ist es ohnehin Unsinn oder Verschwendung, was man ja mit etwas Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit sehen kann, so kann und soll dieses dem Bürger zu denken geben, ob er das nächste Mal nicht lieber eine andere Regierung wählen soll. Auf diese Weise besteht eine gewisse Rückkopplung zwischen Bürger und Regierung. Der Bürger soll eine gewisse Kontrolle darüber haben, ob seine Interessen von der Regierung korrekt vertreten werden, und wenn ja, in welcher Form. Nur dadurch, daß sich die Regierung öffentlich festlegen muß auf einen bestimmten Haushaltsplan, ist überhaupt eine Kontrolle dessen möglich. Zwar steht der Haushalt, der hier jeweils zum Ende des vorangehenden Jahres für das ganze kommende Jahr anhand der just aktuell gemeldeten Einwohner errechnet wird, der Höhe nach grundsätzlich „von vorn herein“ fest; jedoch soll der Bürger stets die Möglichkeit haben, zu ermitteln, ob auch die Prioritäten innerhalb des jeweiligen Haushaltes seiner Meinung nach korrekt gesetzt sind und später (noch innerhalb des betreffenden Jahres) auch tatsächlich in die Realität umgesetzt werden, was ja durchaus nicht immer schon automatisch sicher ist. Ähnlich wie auch in der Wirtschaft, quasi in der Leistungsgesellschaft, soll sich auch die Regierung immer wieder aufs Neue „beweisen“ müssen, mindestens in Sachen Haushalt.

Das Außenhandelsrecht

Das Modell des Bürgerkapitalsystems erlaubt grundsätzlich einen völlig freien privaten Handel mit legalen Waren hin und her über die Grenze des betreffenden Staatsgebietes, auch in bezug auf wirtschaftlich nicht dem Bürgerkapitalsystem angeschlossene Nachbarstaaten rund um die Welt. Was Importe betrifft, so geht dabei zwar rein örtlich Geld des hiesigen Staates nach dem Ausland verloren; da aber dieses Geld in jedem Falle einer jährlichen Umtauschpflicht gegen Abzug der Geldsteuer unterliegt, könnte es sogar theoretisch auf den Mond geschossen worden sein; es würde dennoch nicht die Geldmenge des betreffenden Staates der Erde schmälern, abgesehen einmal von dem gewissen Materialverlust in bezug auf das Papier oder Metall des Geldes. Denn alles nicht rechtzeitig umgetauschte Geld dieser Zeitwährung wird einfach ungültig in bezug auf den von der betreffenden Notenbank durch Boden des Landes gedeckten Wert dieses Geldes während seiner Gültigkeit und wird einfach im Inland durch die fortlaufende Ausschüttung der bürgerlichen Kapitalmieterträge immer wieder allmählich ersetzt. Da aber selbst der Mann im Mond nicht den völligen Wertverlust seiner Devisen riskieren wollte, ist damit zu rechnen, daß das Geld immer wieder vollständig umgetauscht würde, wodurch es über die von allen inländischen wie ausländischen Besitzern dieses Geldes vorher akzeptierte Umtauschgebühr, die Geldsteuer, immer wieder Richtung Inland floß, da halt nur die inländischen Bürger Empfänger der Kapitalmieterträge bzw. der Bürgergelder waren. Ausländische Besitzer des Geldes dürften aber durchaus rechtzeitig ihrerseits Ware des Inlandes kaufen, wodurch praktisch stets ein reiner Warentausch mit dem Ausland zustande kam.

Was Exporte betrifft, so besteht zwar auch hier die gewisse Gefahr, daß hiesige Großkapitalisten versuchen könnten, wertvolle Rohstoffe massenweise über die Grenze nach dem Ausland ge-

gen wertvolle internationale Devisen zu schiffen; da aber der Mensch grundsätzlich nur vom Rohstoff der Nahrungsmittel, der Kleidung und Wohnung abhängig ist, der sich im wahrsten Sinne am Grund und Boden festmacht, welcher aber niemals exportiert werden dürfte, bestünde durch solch eine Art von Plünderung keine unmittelbare Lebensgefahr für die hiesigen Bürger. Diese könnten sich notfalls voll mit der Erzeugung hervorragender Nahrungsmittel und sonstiger landwirtschaftlicher Produkte, sowie natürlicher Medikamente und nachwachsender Bau- und Brennstoffe für den Eigenbedarf begnügen. Da der Mensch aber heute scheinbar auch Eisen zum Leben braucht, soll ein solcher möglicher Ausverkauf nicht natürlich regenerierbarer Rohstoffe des Landes seitens nur einiger weniger Großspekulanten, anstatt aller Bürger zum kleinen Teil, wenigstens erheblich erschwert, wenn schon nicht vollständig verhindert, werden. Dieses kann durch finanzielle oder rituelle Weise (Gesetze) geschehen, wie z. B. durch Erhebung von Zöllen auf größere Warenladungen, die die Grenze nach dem Ausland passieren wollen. Zwecks dessen sollen nach diesem Modell grundsätzlich nur normale PKWs und reine Passagierschiffe, Passagierflugzeuge und Passagierbahnen usw. und rein private Passagiere (zu Fuß) das Land ohne Kontrolle und ohne Zölle verlassen dürfen, abgesehen von gelegentlichen Stichprobenkontrollen dahingehend, ob sich nicht z. B. ein Frachtschiff als Passagierschiff tarnt, was hier unter Strafe stand. Alle anderen Transportmittel bzw. Personen, die offensichtlich oder vermutlich mehr als nur ein kleines zollfreies Handgepäck mit sich führten, benötigten zur Ausreise ein zuvor beim Staat („Grenzamt“ o.ä.) beantragtes Visum, das dann – nach etwaiger Bewilligung – an der Grenze vorgezeigt werden müßte, um zu passieren. Ein solches Visum soll erstens nur in besonderen Ausnahmefällen, wie z.B. bei Auslieferung von Spendengütern o.ä., und zweitens (dennoch) nur gegen entsprechend hohe und im Voraus zu leistende Zölle ausgehändigt werden. Das Visum bestätigte also auch die geleistete Zahlung, ne-

ben dem Umstand seiner Bewilligung überhaupt. Das Visum soll im übrigen auch den Umfang der Lieferung, das Volumen der Warenmenge, bezeichnen, damit möglichst nicht für eine kleine Ausfuhr bezahlt, aber eine große ausgeführt wurde. Die Warenladung soll grundsätzlich nach Art und Gewicht, d.h. mathematisch nach Zollpreis pro Kilogramm der betreffenden „bedrohten“ Art, wie z.B. Elektrogeräte, Möbel, Nahrungsmittel, Maschinen, Maschinenteile oder Maschinenrohstoffe usw., mal dem Gewicht der Ladung in Kilogramm, verzollt werden, wobei der Zollpreis pro Kilogramm grundsätzlich einem jährlich variablen (von staatswegen veränderbaren) Prozentwert des vermuteten internationalen (mittleren) Marktwertes eines Kilos der betreffenden Art von Ware entsprechen soll. Zur Feststellung einer mindestens 98%igen Übereinstimmung der Angaben auf dem Visum mit der tatsächlichen Warenladung soll an der Grenze vor der beabsichtigten Ausfuhr der Zoll (Grenzschutz) den Laderaum jedes betreffenden, d.h. jedes vermuteten oder offen ausgewiesenen, Frachttransporters öffnen und stichprobenartig auf den Inhalt untersuchen, bevor dann bei Fündigkeit von Ware die gesamte Ladung gewogen wird, wie entweder durch Wiegen des Gewichtes z.B. eines Lastwagens samt der Ladung, aber dann abzüglich des Nettogewichtes des Lasters, oder durch Wiegen eines Kartons der Ladung, geteilt durch dessen Volumen in m^3 oder in cm^3 , hochgerechnet dann mal dem Gesamtvolumen der Ladung (z.B. des Schiffes oder Flugzeuges) ebenfalls in m^3 oder in cm^3 , gleich dem Gesamtgewicht der Ladung. Mit etwas Erfahrung kann dabei auch ein wenig nach Augenmaß vorgegangen werden, aber immer auf Verantwortung und Risiko des oder der betreffenden Zollbeamten, der oder die für die Vollständigkeit und Richtigkeit ihrer Überprüfungen mindestens zum Teil haften sollen. Diese „Schikane“ grundsätzlich nur der massierten Warenausfuhr in wirtschaftlich nicht (voll) angeschlossene Länder soll vereiteln, daß durch zu große Exporte das Binnenangebot gesenkt und dadurch die Binnenpreise erhöht werden.

Das Zivilrecht

Das Zivilrecht des Bürgerkapitalsystems hat grundsätzlich nur zum Gegenstand, daß jedweder Vertrag zwischen voll geschäftsfähigen natürlichen oder juristischen Personen von beiden bzw. allen beteiligten Seiten vertragsgemäß eingehalten werden muß. Ein solcher Vertrag kann mündlich oder schriftlich, muß aber immer beiderseits aktiv geschlossen werden. Die schriftliche Form ist nur in den Fällen rechtlich erforderlich, wo mindestens eine der beteiligten Seiten – der besseren Beweisbarkeit vor Gericht wegen – auf die schriftliche Form besteht oder wo ihr von vornherein nicht die alleinige mündliche Form des Vertrages zuzumuten ist. Das Zivilgesetz „ZG“ als Teil eines (des) Bürgerlichen Gesetzbuches soll die letzteren Fälle möglichst vollständig auflisten. In diesen Zivilverträgen können die Leute grundsätzlich alles mögliche vereinbaren, außer Dinge, die gegen die guten Sitten (siehe Sittengesetz), gegen die Strafgebote (siehe Strafgesetzbuch) und/oder gegen die allgemeinen Menschenrechte (siehe Menschenrechtskonvention) verstoßen. So darf hier insbesondere niemals jemand auf eines seiner Menschenrechte verzichten, wie z.B. auf sein Bürgergeld zu Gunsten eines anderen. Ein solcher oder ähnlicher Vertrag wäre von vornherein ungültig. Über die Gültigkeit oder Ungültigkeit eines Zivilvertrages kann, muß aber nicht, ein zugelassener Notar informieren, der bei scheinbar für eine Seite nachteilhaften Verträgen, die ihm zur Beurteilung oder gar Beglaubigung vorgelegt werden, möglichst die scheinbar benachteiligte Seite über ihren möglichen Nachteil aufklären soll, bevor anschließend alle Seiten bei vollem Bewußtsein und Willen den betreffenden Vertrag handschriftlich unterzeichnen. Nach dem Willen des Bürgerkapitalsystems sollen alle Verträge und Bescheide, die der Schriftform bedürfen, durch persönliche Unterschriften aller Seiten zu unterzeichnen sein, ggf. durch Vertreter im Auftrage der betreffenden Seite, auch wenn dieses zeitaufwendig sein mag.

Das Arbeitsrecht

Das Arbeitsrecht des Bürgerkapitalsystems ist schlicht ein Teil seines Zivilrechts und bezieht sich im Prinzip nur auf die Ausführung nichtselbständiger Arbeiten bzw. auf deren Vertragsverhältnisse, da ja selbständige Arbeiten, die für andere ausgeführt werden, eher unter das Gewerberecht fallen, ein anderer Teil des Zivilrechts. Das Arbeitsrecht will speziell nur für etwas mehr Rechtssicherheit im Arbeitsleben von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, der auch der Staat sein kann, sorgen. Grundsätzlich gilt aber auch hier das Prinzip des Zivilrechts, daß alles Mögliche vereinbart werden kann, solange es nicht gegen bestimmte menschliche Grundrechte oder -pflichten, kurz Grundgebote, verstößt. Zu diesen Grundgeboten zählt hier insbesondere, daß zwar ein Arbeitsvertrag, der kein unkündbarer Beamtenvertrag zwischen dem Staat und einer natürlichen Person ist, jederzeit und ohne Angabe von Gründen von mindestens einer der beiden Seiten – Arbeitgeber oder Arbeitnehmer – gekündigt werden kann, aber eben halt grundsätzlich nicht fristlos!

Eine fristlose Kündigung, d.h. eine Kündigung mit sofortiger Wirkung ohne Abfindungsanspruch seitens des Gekündigten, ist hier und generell immer nur in ausreichend begründeten Fällen, wie im Prinzip nur bei Verstoß gegen den Vertrag, hier Arbeitsvertrag, möglich. Ein solcher Verstoß des Gekündigten oder zu Kündigenden müßte erstens erheblich sein und zweitens von der anderen Seite, die entweder der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer sein kann, notfalls, d.h. im Streitfalle, vor Gericht, nachgewiesen werden. Ein solcher Verstoß könnte auch schlicht eine (erhebliche) Beleidigung, wie auch eine sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder der wiederholte Versuch eines Mißbrauch des Arbeitnehmers zu anderen als den vereinbarten Zwecken (Aufgaben), gewesen sein. Dann müßte aber prinzipiell der gegenseitige Respekt voreinander mit im Vertrag als Bedingung erwähnt

worden sein, es sei denn, daß man solche Dinge allgemein als Grundvoraussetzung eines Vertrages, quasi als ungeschriebenes, aber gültiges Gesetz, ansieht. Der Sinn dessen soll sein, daß auch ein sofortiger Ausstieg aus einem Vertrag, wie hier Arbeitsvertrag, möglich ist, wenn der betreffenden Seite durch Verschulden der anderen Seite(n) nichts anderes mehr länger zuzumuten ist.

Aber auch ganz persönliche „betriebliche“ Gründe, die quasi überraschend und ohne Verschulden der anderen Seite eingetreten sind, sollen einen sofortigen Ausstieg aus dem Arbeitsvertrag begründen können, ohne daß deswegen diese Gründe genannt zu werden hätten, aber natürlich auf freiwilliger Basis genannt werden könnten. In diesen Fällen wäre aber eine sofortige Aufkündigung des Vertrages der daran schuldlosen Seite gegenüber nur bei Abfindung derer mit einer entsprechenden Entschädigung als Konventionalstrafe der schuldhaften Seite zuzumuten. Die Höhe einer solchen Abfindung ergibt sich grundsätzlich just aus dem Wert des Vertrages für die betreffende Seite pro Monat, mal der Anzahl der Monate der regulären Kündigungsfrist. Das ergibt zum Beispiel bei einem vereinbarten Monatslohn von 4.000 E. (z.B. 4.000 Euro) und bei einer regulären Kündigungsfrist von drei Monaten eine Abfindung in Höhe von 3 mal 4.000 E. gleich 12.000 E., zu zahlen entweder an den Arbeitnehmer, oder den Arbeitgeber, je nach dem, welche die schuldlos gekündigte Seite ist, und ausgehend davon, daß diese an einer Fortführung des Vertrages „unbedingt“ interessiert war. Die „Abfindungskündigung“ kann aber – nach diesem Modell – nicht von der gekündigten Seite abgelehnt werden, für den Fall, daß die Abfindung in voller Höhe angeboten wird, und ausgehend davon, daß dem Betroffenen die Annahme der Abfindung nach Treu und Glauben zuzumuten ist, da für diese Geldleistung keinerlei Gegenleistung (mehr) zu erbringen wäre, wodurch der Abgefundene einen finanziellen Zeitgewinn zur Suche nach ei-

nem neuen Arbeitgeber bzw. neuen Arbeitnehmer, je nach dem. Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems gibt es also genau drei Möglichkeiten der Kündigung eines „Dauervertrages“, also eines Vertrages über laufende Verpflichtungen, die grundsätzlich dauerhaft oder zumindest längerfristig zu erfüllen sind. Und zwar die „reguläre Kündigung“, die „fristlose Kündigung“ und die „Abfindungskündigung“, wie beschrieben.

Die reguläre Kündigungsfrist soll bei Arbeitsverträgen grundsätzlich, d.h. soweit nichts anderes ausdrücklich vereinbart, drei Monate betragen, ausgehend davon, daß drei Monate Zeit genug sind, einen neuen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu finden, zumindest theoretisch bzw. im Bürgerkapitalsystem.

Was Vereinbarungen über eine Probezeit noch vor der eigentlichen Arbeitszeit bzw. vor dem eigentlichen (festen) Arbeitsverhältnis betrifft, so stellen diese hier je einen eigenen Vertrag dar, der grundsätzlich, d.h. soweit nichts anderes ausdrücklich vereinbart, eine Laufzeit von vier Wochen hat und nur durch die quasi vierte Form einer Kündigung, die „grundlose Kündigung“, aufgelöst werden kann, d.h. durch eine Kündigung, die fristlos, aber ohne Angabe von Gründen und dennoch ohne Abfindung erfolgen kann, aber eben nur bei Probearbeitsverträgen.

Nach diesem Modell kann auch unkündbaren Beamten fristlos und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden, jedoch nur in Form quasi der Abfindungskündigung, wo der Arbeitgeber, hier der Staat, dann eine Dauerabfindung an die betreffende Person zu zahlen hat, grundsätzlich in voller Höhe des vertraglichen (letzten) Gehaltes (Bezuges) und grundsätzlich bis zum Tode der oder des Betreffenden, möglichst aber maximal 60 Jahre lang, in Anbetracht der immer höheren Lebenserwartung, dank der modernen Medizin. Mit anderen Worten: Wer gute Abfindungen zahlen kann, soll nicht erst Gründe erfinden müssen.

Das Mietwohnrecht

Mit dem Mietwohnrecht oder kürzer Mietrecht ist es – nach dem Bürgerkapitalsystem – ähnlich wie auch mit dem Arbeitsrecht: Natürlich kann jeder der Partner eines Vertrages, gleich welcher Art, diesen Vertrag auch kündigen, nur halt grundsätzlich unter den im Vertrag oder in den anhängigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) festgehaltenen und mit Vertragsschluß vereinbarten Bedingungen. Dieses gilt im Prinzip für alle nur denkbaren Verträge. Die etwaige Behauptung eines Vertragspartners, der unbedingt aus subjektiven persönlichen Motiven heraus auf eine scheinbar ewige Gültigkeit eines Vertrages beharren will, es gäbe „kein Zurück“, wäre schlicht eine Lüge und der Versuch einer Erpressung, weiter nichts. Denn jeder Mensch oder sonstige Vertragspartner könnte sich ja bei Vertragsschluß geirrt haben. Und irren ist ja menschlich, „Errare humanum est.“. Insofern sind dann natürlich auch solche Verträge kündbar, die kein Kündigungsrecht ausdrücklich genannt haben. Das Vertragskündigungsrecht ist, wie ein allgemeines Grundrecht, immer bereits unausgesprochen gültig. Es versteht sich von selbst und braucht nicht extra erwähnt worden zu sein. Es ist eine Selbstverständlichkeit.

Nur mag man halt hier und da unterschiedliche Kündigungsfristen, neben der Möglichkeit einer fristlosen Kündigung wegen direktem oder indirektem Vertragsbruch einer der beteiligten Seiten, für selbstverständlich halten. Im Mietrecht, wo es um die Vermietung bzw. Mietung von Wohnungen geht, mag man sicherlich als Mieter im Gegensatz zu dem Vermieter eine Kündigungsfrist von drei Monaten für zu kurz erachten, einerseits in Anbetracht der Schwierigkeit, innerhalb von nur drei Monaten eine neue angemessene Wohnung zu finden, und andererseits natürlich auch aufgrund der relativen Zumutung, sich in so kurzer Zeit von seiner bisherigen Wohnung, seinen Nachbarn und

der ganzen an den betreffenden Ort gebundenen Bekanntschaft mental zu trennen. Daher sieht das Mietrecht des Bürgerkapital-systems für den Vermieter bei regulärer Kündigung eines seiner Mieter eine Kündigungsfrist von drei Monaten und für den Mieter bei regulärer Kündigung seitens seines Vermieters eine Kündigungsfrist von 10 Jahren als selbstverständlich, d.h. als grundsätzlich und bereits (im Mietvertrag) unausgesprochen gültig, an. Nach diesem empfohlenen Modell kann der Mieter, der oder die sich in aller Regel in der schwächeren Position gegenüber dem Vermieter befindet, nicht auf diese speziellen wie auf die allgemeinen Grundrechte per vertraglicher Sondervereinbarung verzichten, da sonst wiederum der Willkür der auf dem Markt bereits Stärkeren Tür und Tor geöffnet wäre. Nicht sichere Rechte oder solche, die einem abgeschwätzt werden könnten, sind wie keine Rechte. Die Möglichkeiten einer fristlosen oder einer Abfindungskündigung wie nach dem beschriebenen Arbeitsrecht bleiben davon jedoch unberührt.

Ein Wohnungsvermieter müsste hier also schon vorher sehr genau wissen, ob er oder sie – unter diesen Bedingungen – tatsächlich Wohnungen vermieten will oder nicht, und wenn ja, zu welchen Preisen, also Mieten. Aber dieses ist Geschäftsleuten, wie Vermietern, sehr wohl zuzumuten. Ebenfalls ist es ihnen zuzumuten, sich ggf. innerhalb von drei Monaten einen neuen Mieter zu suchen, im Falle der Kündigung seitens eines ihrer Mieter. Was die Mieten betrifft, so gibt es nach dem Modell dieses Systems stets und ausnahmslos nur Bruttokaltmieten, die sämtliche etwaigen Betriebskosten bereits in ihrem Betrag enthalten, daher ja auch der Begriff der Bruttokaltmiete. Die Mieter, denen ja ohnehin kein rechtes Mitspracherecht in bezug auf die Betriebskostengestaltung zugebilligt wird, sollen nicht obendrein noch mit den von ihnen überdies nicht gut nachprüfbaren Details der Betriebskosten belästigt werden, und das meist ausgerechnet genau zu Weihnachten. Das ist eine Beleidigung Gottes und der

Mieter! Denn Weihnachten soll ein Fest der Freude und Besinnlichkeit sein! Die Mieter sollen einfach anhand der Höhe der Miete in ihrem Brutto ermessen, ob sie das Wohnen in einer (dieser) fremden Wohnung dem möglichen Wohnen in eigener Wohnung, in einem eigenen Haus auf dem eigenen Grundstück, vorziehen oder nicht. Dazu braucht es keiner scheinheiligen, möglichen Wucher nur billig rechtfertigen wollenden Details, die nur den Hausbesitzern und deren Verwaltungen etwas anzu-gehen haben. Ein Mieter ist kein Betriebswirt und braucht auch keiner zu sein, um zu wohnen. Ein Mieter hat sicherlich bereits einen anderen Beruf und möchte nicht noch einen zweiten dazu, für dessen Ausübung er nicht bezahlt wird. Schon schlimm genug, daß heute praktisch jeder normalverdienende Bürger gezwungen ist, sein eigener ehrenamtlicher Steuerberater zu sein. Wohin soll dieser unnötige Papierkrieg sonst führen?

Natürlich kann es sein, daß aufgrund einer Inflation, d.h. aufgrund einer bei unverhältnismäßiger Vermehrung der allgemeinen Geldmenge möglichen allgemeinen Preissteigerung, auch die Mieten entsprechend angehoben werden müßten, um im Gleichgewicht zu bleiben. Da aber die jährliche Inflations- oder Konjunkturrate selbst in Deutschland, einer der Hochburgen des Kapitalismus, innerhalb der letzten 50 Jahre durchschnittlich nicht höher lag als 3%, erlaubt das Mietrecht des Bürgerkapital-systems maximal nur eine Erhöhung der vereinbarten Bruttokaltmiete um 3% pro Jahr, jedoch – im Sinne einer logischen Höchstgrenze – niemals bis über eine Bruttokaltmiete von einem Fünftel (1/5) vom aktuellen Netto-Durchschnittseinkommen für eine normal große Eine-Person-Wohnung von 65 m² bei mittlerer Lage und Qualität. „Kalt“ ist die Bruttokaltmiete deshalb, weil darin zwar alle Betriebskosten, aber noch nicht etwaige Nebenkosten, wie z.B. für warmes Wasser, Gas oder Strom, enthalten sind. Zur gesonderten Abrechnung dessen, kann, muß aber nicht, der Vermieter als privater Energielieferant auftreten.

Das Eherecht

Viele fragen sich heute: „Wozu eigentlich 'Ehe'?“ Diese Frage ist insofern nicht ganz unberechtigt, als daß ja nichts in dieser Welt eine Lebensberechtigung zu haben scheint, was keinen Sinn oder Zweck erfüllt. Eine Pralinschachtel wirft man weg, sobald sie leer und nutzlos erscheint, aus Sicht des Betrachters. Das „Wozu?“ („Wieso?“, „Warum?“) ist schlicht die fünfte Dimension, die Dimension des Sinn und Zwecks, nach dem „Wer oder was?“, der ersten Dimension (der Person oder Sache), dem „Wie?“, der zweiten Dimension (der Art), dem „Wo?“, der dritten Dimension (des Ortes auf einer Strecke, Fläche oder in einem Raum), und dem „Wann?“, der vierten Dimension (der Zeit, des Zeitpunktes oder des Zeitraumes).

Ohne das „Wozu?“, sprich ohne Sinn und Zweck einer Person oder Sache, fällt alles, d.h. die betreffende Person oder Sache, in sich zusammen, löst sich auf oder verschwindet in einem schwarzen Loch, möglicherweise dorthin, wo es einst hergekommen ist. Daher ist es für den Menschen so wichtig, seinem Leben und der Welt einen Sinn und Zweck zu geben, und zwar natürlich einen guten, zumindest aus Sicht des Betrachters. Und der Betrachter ist nun mal kein Geringerer als Gott, der Herr im Himmel und Richter über die Welt. Der Satan versucht sinngemäß „nur“ den von Gott beabsichtigten Sinn und Zweck der Menschen und der Welt in Frage zu stellen und ad absurdum zu führen, durch Verführung und Überführung, kurz Vorführung, des Menschen als ein lächerliches, dummes, unmündiges, ungehorsames, ja gar böses, also aus Sicht Gottes sinnloses Wesen, sodaß Gott schließlich bei seinem eigenen Worte, den Worten der Bibel, gezwungen wäre, der Welt und der Menschheit ein Ende zu setzen, da der Zweck nicht erfüllt wäre. So jedenfalls in etwa die Quintessenz, die sich aus der Bibel selbst ergibt. Daher ist es für den Menschen in seinem eigenen Interesse, da er ja vor

allem leben will, so unsagbar wichtig, alles das, was Gott gut und heilig ist, wie immer mindestens die Zehn Gebote, zu halten, so hoch es nur geht, wie u.a. auch das Sechste Gebot „Du sollst nicht ehebrechen.“. Um aber eine Ehe nicht zu brechen, müßte jemand natürlich erst einmal eine Ehe geschlossen haben. Wo ist dann aber dabei das Problem?

Nun, zwar ist die Eheschließung als solche heuer formal noch möglich, aber nicht emotional! Oder anders gefragt: Welchem Mann oder welcher Frau vergeht nicht fast sämtliche Lust aufs Heiraten, wenn er oder sie die schier unendlichen Paragraphen des heutigen Familienrechts des Bürgerlichen Gesetzbuches wenigstens ein Mal gelesen hat? Will sagen: Was nützen – ähnlich wie im heutigen Steuerrecht – Tausende von Kann-und-Muß-Vorschriften, die jeden Rechtsschutz unterwandern, weil praktisch alles möglich ist und dennoch nichts davon wirklich sicher? Was nützen Tausende von Bedingungen und Voraussetzungen, von denen praktisch nicht eine einzige wirklich nachweisbar ist? Das Problem ist – ähnlich wie eigentlich in allen Rechtsbereichen –, daß, wenn überhaupt erst irgendetwas einem Außenstehenden, einem Dritten, wie dem Gericht, nachgewiesen werden müßte, was nicht nachweisbar ist, die Gefahr einer falschen Beurteilung der Lage entsprechend groß ist. Welcher Richter könnte es beispielsweise schon ernsthaft als erwiesen betrachten, daß (zum Zwecke der Scheidung einer Ehe) nach Aussage nur eines der beiden Ehegatten gegen die Aussage des anderen die Ehe gescheitert ist, weil angeblich seit mindestens drei Jahren innerhalb der gleichen ehelichen Wohnung keine häusliche Gemeinschaft zwischen den beiden mehr besteht. Mit Verlaub; aber dazu müßte man (als Richter) buchstäblich jede Zahnbürste, jeden Löffel und jeden Kerzenhalter drei Mal und öfter umdrehen und könnte sich dennoch nicht sicher sein, daß diese Dinge nicht doch noch bis vor ein paar Tagen gemeinschaftlich genutzt wurden. Es stünde unter Umständen diesbe-

züglich Aussage gegen Aussage der beiden Ehepartner. Wirklich maßgebend ist doch bei Antrag eines der beiden Ehegatten auf Scheidung der Ehe eigentlich nur der offensichtliche Umstand, daß mindestens ein Ehegatte keine Lust mehr auf die betreffende Ehe hat, im wahrsten Sinne. Und er oder sie wird wohl schon triftige Gründe dafür haben, vielleicht weil der andere Ehepartner (zu oft) fremdgegangen ist oder zumindest der Verdacht dessen besteht, oder weil dieser sich zu sehr „gehen läßt“ in seinem Verhalten. Aber zugegeben; es könnten durchaus auch andere, nicht akzeptable Gründe sein. So besteht bei einer Eheschließung grundsätzlich immer die Gefahr, quasi einem Heiratsschwindler aufgesessen zu sein, der oder die es nur auf das Vermögen und/oder den „Versorgungsausgleich“ des oder der anderen abgesehen hat und sich damit vorzeitig aus dem Staube machen will, ohne also seine oder ihre ehelichen Pflichten wirklich dauerhaft erfüllen zu wollen. Aus diesem Grunde wohl wurde dann einst der „Ehevertrag“ erfunden und ins Leben gerufen, so als sei die Eheschließung selbst nicht bereits ein Ehevertrag, und zwar der eigentliche. Dieser (zweite) Ehevertrag, der eine vollständige Gütertrennung möglich macht, wenn beide Ehepartner damit einverstanden sind, ist insofern unbefriedigend, als daß er zwar den Reichen davor schützte, von dem ärmeren Ehepartner ausgebeutet zu werden, er aber nicht den armen Ehepartner davor schützt, von dem reicheren billig mißbraucht zu werden, praktisch als so eine Art Bettsklave oder Bettsklavin. Die Problematik liegt also darin, daß es eben genau zwei Arten von Heiratsschwindlern gibt. Die eine Sorte frohlockt mit großem (angeblichem) Vermögen, um so an sexuelle Dienstleistung des anderen zu gelangen, ohne aber schließlich das Vermögen mit dem anderen gerecht zu teilen, und die andere Sorte frohlockt – genau umgekehrt – mit (angeblicher) sexueller Leistung, um so an das Vermögen des anderen zu gelangen, ohne aber schließlich diese oder eine allgemeine Liebesleistung in dem Maße zu erbringen. Das war schon immer eines der Hauptprobleme der

Ehe, meist sogar noch vor der Ehe, die dadurch oft erst gar nicht zustande kam. Denn der reiche, vielleicht männliche Eheanwärter denkt: „Vielleicht will sie nur an mein Geld.“ Und der arme, vielleicht weibliche Eheanwärter denkt: „Vielleicht will er mich nur ausnutzen und läßt mich später fallen wie eine heiße Kartoffel.“ Aber ist jemals ein vollständiger Schutz vor dem Sexualheiratsschwindler und dem Kapitalheiratsschwindler möglich? Vielleicht nicht mit letzter Konsequenz, aber es ist möglich, es solchen Leuten durch einen idealen Kompromiß aus dem „ersten Ehevertrag“, der gewissermaßen eine sofortige und vollständige Gütergemeinschaft besiegelt, und dem „zweiten“ Ehevertrag, der quasi eine vollständige Gütertrennung besiegeln kann, derart schwer zu machen, daß sie mit einiger Sicherheit von alleine das Handtuch werfen und fortan keine Leute, die sie nicht wirklich lieben, mehr belästigen würden. Wichtig ist dabei aber in diesem Fall, daß wirklich keine Veränderung seitens der Ehepartner des folgenden vorgeschlagenen Mustervertrages zur sorgenfreien Eheschließung im Sinne und im Zusammenhang mit dem Bürgerkapitalsystem möglich ist, damit nicht auch nur eine der beiden Seiten auf ihre ehelichen Grundrechte freiwillig oder unfreiwillig verzichtet:

Ehevertrag

Die Unterzeichnenden willigen mit ihrer Unterschrift ein in die Rechtswirksamkeit der folgenden Punkte dieses Vertrages seit dem Tage seiner Schließung.

1. Durch Unterschrift beider Eheanwärter (Verlobter) nebst der eines die ordnungsgemäße Vertragsschließung bezeugenden Notars (Standesbeamten) gilt der Bund der Ehe zwischen den beiden Eheanwärtern, die somit Ehegatten sind, als grundsätzlich auf Lebenszeit geschlossen.

2. Die Ehegatten sind sich einander treu zur Ehe, das heißt zur Führung einer ehelichen Lebensgemeinschaft nach üblichen bzw. im Zweifel biblischen Maßstäben, verpflichtet.

3. Die Ehegatten sind sich einander verpflichtet, ausnahmslos jeden weiteren ihrer persönlichen Schritte immer im Interesse ihrer ehelichen Gemeinschaft zu unternehmen, wie nach Möglichkeit je unter vorheriger Absprache, soweit im Einzelfall möglich. Es sollen von beiden Seiten stets nur Schritte in beiderseitigem Einvernehmen unternommen oder unterlassen werden. Eigenmächtige Handlungen oder Unterlassungen gegen den Willen des anderen gelten als Pflichtverletzungen der Ehe und können zum Scheitern der Ehe führen.

4. Diese Ehe kann durch Kündigung dieses Vertrages geschieden werden.

5. Eine rechtmäßige Kündigung dieses Vertrages erfolgt nur durch im Zweifel vor Gericht nachzuweisende schriftliche Scheidungserklärung, das heißt durch Erklärung mindestens eines der beiden Ehegatten dem anderen gegenüber, daß die Ehe gescheitert sei (ist), ohne Angabe von Gründen.

6. Die Ehe gilt als gescheitert, wenn mindestens einer der beiden Ehegatten es so empfindet. Das Gescheitertsein der Ehe führt nicht zwangsläufig auch zur Scheidung der Ehe, sondern nur in Zusammenhang mit einer Kündigung nach Punkt 4 dieses Vertrages, sprich wenn nach Auffassung des Kündigenden keine Hoffnung mehr zur Wiederherstellung der Ehe noch während ihres Bestehens besteht, wovon automatisch im Falle der Kündigung ausgegangen wird.

7. Die Scheidung der Ehe durch Kündigung dieses Vertrages kann frühestens nach Ablauf von drei Jahren seit Schließung der Ehe dem anderen Ehegatten erklärt werden, jedoch nicht häufiger als alle zwei Jahre jeweils seit der letzten Erklärung.

8. Die Scheidungserklärung nach Punkt 4 dieses Vertrages führt nur dann tatsächlich zur Scheidung der Ehe, wenn sie nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Erteilung innerhalb von zwei Wochen von der gleichen Person (nochmals) bestätigt wird. Die Bestätigung gilt nicht als neue Erklärung.

9. Erklärung und Bestätigung der Scheidung müssen zu ihrer Rechtskräftigkeit dem zuständigen Standesamt, das diese Ehe durch einen Beamten beglaubigt und aktenkundig zur Kenntnis genommen hat, durch Zusendung einer notariell beglaubigten Kopie mitgeteilt worden sein.

10. Die rechtskräftige Scheidung der Ehe führt zur Aufteilung des Gesamtvermögens in Mein und Dein der Ehegatten, worin während der Ehe kein Unterschied besteht.

11. Der Aufteilung des Gesamtvermögens nach Punkt 10 liegt unter Anwendung eines speziellen rechnerischen Logarithmus des „Ehegattenvermögenssplitting“, kurz des EVS, zugrunde, wieviel Vermögen jeder Ehepartner mit in die Ehe gebracht hat, wieviel Vermögen bei Einreichen der Scheidung der Ehe (Tag der ultimativen Scheidungserklärung) insgesamt noch oder schon vorhanden ist und wieviel vollständige Jahre die Ehe seit ihrer Schließung bis vor der ultimativen Scheidungserklärung gehalten hat. Die ultimative Scheidungserklärung ist die Scheidungserklärung, die als erste ein Jahr darauf tatsächlich bestätigt wurde.

12. Ausgehend davon, daß jede Scheidungserklärung die ultimative sein könnte, erfolgt bei jeder Scheidungserklärung, die grundsätzlich nur von einer der beiden Seiten ausgehen soll, eine Vermögensfeststellung durch einen Vollstreckungsbeamten des Standesamtes. Zum Schutz vor Mißbrauch dieser kostenaufwendigen Regel wird bei jeder Scheidungserklärung, egal ob ultimatativ oder nicht, je eine einmalige Schutzgebühr in Höhe von 2.000 E. von dem Erklärenden erhoben. Dieses Geld fließt grundsätzlich in den Topf der Nebensteuerkasse.

13. Die zur (vor) Eheschließung durch das Standesamt zu erfolgen habende Vermögensfeststellung des „Anfangsguts“ ist gegenüber den Eheleuten gratis, sofern die Eheschließung tatsächlich zu dem angekündigten Termin erfolgt. Wenn nicht, so wird von jedem der beiden Antragsteller ein Salär von je 1.000 E. erhoben.

14. Das bei tatsächlicher Scheidung der Ehe erfolgende EVS ermittelt stets zunächst nur das „Endteilvermögen“ zum Zeitpunkt der ultimativen Scheidungserklärung desjenigen Ehepartners, der zu (vor) Beginn der Ehe das kleinere „Anfangsgut“ hatte. Das EVS verringert dabei je nach Anzahl der vollendeten Ehejahre innerhalb eines Spektrums von 10 Jahren die zuvor (etwaig) bestanden habende Differenz zwischen den beiden betreffenden Vermögen und stellt sich mathematisch wie folgt in sieben Schritten dar:

1. Anfangsgut / Anfangsgesamtgut = a (prozentualer Anteil)
2. $0,5 - a = b$ (Abweichung vom Mittelwert)
3. $b / 10 = c$ (ein Zehntel der Abweichung)
4. $c \times \text{Ehejahre} = d$ (Veränderung der Abweichung)
5. $d + a = e$ (neuer Anteil am Endgesamtgut)
6. $e \times \text{Endgesamtgut} = f$ (neuer Anteil als Betrag)
7. $f = \text{Betrag des Endteilvermögens}$

15. Nach Vollendung von 10 Ehejahren ist der Anteil jedes der beiden Ehegatten am Gesamtvermögen (Gesamtgut) in jedem Falle 50% und kann weder durch Scheidung, noch durch Fortsetzung der Ehe größer oder kleiner werden. Das EVS wird dann nicht mehr zur Berechnung herangezogen.

16. Das Vermögen darf nach einer Scheidungserklärung von keinem der beiden Ehegatten eigenmächtig veruntreut, sprich verringert, werden, es sei denn zur Abwendung einer akuten persönlichen Notlage, die im Zweifel vor Gericht glaubhaft begründet werden muß. Jede nicht so begründete eigenmächtige Veruntreuung von Teilen des noch gemeinsamen Vermögens oder gar des gesamten Vermögens gilt als Diebstahl, in bezug auf den dabei verlorengelenden Teil des fiktiven Endteilvermögens des anderen Ehegatten. Abgesehen von möglichen strafrechtlichen Maßnahmen, schuldet der Veruntreuer dem anderen jenen betreffenden Teil in Form einer entsprechenden Geldleistung.

17. Die anteilsgerechte Aufteilung des Gesamtvermögens der Ehegatten nach Scheidung der Ehe kann entweder rein materiell durch einvernehmliche Aufteilung der einzelnen Güter, zu denen einerseits das vorhandene Geld und andererseits die vorhandenen Sachen und sonstigen Güter zählen, oder – falls man sich nicht einig wird – rein finanziell durch Verkauf (z.B. Versteigerung) der Dinge und anschließende Teilung der Geldeinnahme erfolgen. Zur Klärung der Lage kann das Standesamt ggf. nach Ablauf eines halben Jahres seit Scheidung der Ehe eine Zwangsversteigerung der Güter vornehmen. Der Erlös wird dann anteilsgerecht aufgeteilt.

18. Weder vor, noch nach der Ehe sind sich die beiden Betroffenen gegenseitig zum Unterhalt verpflichtet.

19. Während der Ehe sind sich die beiden Ehegatten nur soweit zum Unterhalt bzw. Versorgungsausgleich verpflichtet, wie der Bedarf an Versorgung den Betrag des jedem, auch während der Ehe, gewährten Bürgergeldes den Umständen entsprechend übersteigt. Übertriebene, nicht erfüllbare Ansprüche hingegen können zum Scheitern der Ehe nach Punkt 6 dieses Vertrages führen.

20. Beide Ehegatten sind vor, während und nach der Ehe zum Unterhalt etwaiger eigener, gemeinsamer oder nicht gemeinsamer Kinder verpflichtet, unabhängig davon, wo die Kinder tatsächlich aufwachsen, welche Leihmutter sie vielleicht ausgetragen hat oder in welchem Labor sie auf Basis seines Samens oder ihrer Eizelle entwickelt wurden. Diese Unterhalts- und Erziehungspflicht gegenüber eigenen Kindern besteht bis zur Volljährigkeit des oder der Kinder, es sei denn, daß eine andere Person vor Ablauf dieser Zeit freiwillig per schriftlichem Vertrag die Vater- oder Mutterschaft übernimmt, sofern dieses nach der Gesamtgesetzeslage in dem betreffenden örtlichen Geltungsbereich (Staat) zulässig ist. Diese Person kann auch ein Heim sein, wo das oder die Kinder großgezogen würden. Ein solches Kinderheim muß aber nicht die Elternschaft in diesem Sinne übernehmen, sondern kann, statt dessen, für jene Dienstleistung der Aufzucht eine monatliche Gebühr verlangen, jedoch grundsätzlich keine höhere als im Werte von 250 E. pro Teil der leiblichen Eltern, den Spendern des Samens und der Eizelle, zusammen also 500 E. pro Kind. Der oder die jeweiligen Erzieher dürfen das oder die Kinder keinen Mangel leiden lassen, unabhängig von der Frage, wer gerade unterhaltspflichtig ist, aber vielleicht nicht rechtzeitig bezahlt.

(Ort, Datum und Unterschriften)

Der Sinn und Zweck der Ehe wird von dem Bürgerkapitalsystem und dem damit in Zusammenhang stehenden Ehevertrag – wie beschrieben – so verstanden, daß man durch sie zur Erhöhung des Standes der Gesellschaft allgemein seinen persönlichen materiellen wie ideellen Stand innerhalb der Gesellschaft schneller, schöner und besser als alleine erhöhen kann, wie überhaupt bereits durch den Stand der Ehe als solchen und nicht zuletzt auch durch eine mögliche Arbeitsteilung innerhalb der Ehe. Die Ehe ist daher auch aus trocken marktwirtschaftlicher Sicht eine sich lohnende Investition.

Die Unterhaltspflicht

Was die private Unterhaltspflicht gegenüber Kindern und Erwachsenen nach dem Verständnis des Bürgerkapitalsystems betrifft, so geht diese bereits im Wesentlichen aus dem vorangegangenen Ehevertrag hervor, wobei im Prinzip nur noch hinzuzufügen wäre, daß sich diese Grundzüge der Unterhaltspflicht nicht nur auf werdende, seiende oder gewesene Ehegatten beziehen, sondern auch auf alle alleinerziehenden Mütter oder Väter quasi unehelicher Kinder. Ferner gibt es nach diesem Modell grundsätzlich kein spezielles Kindergeld, da mögliche Ansprüche auf Kindergeld bereits mit Zahlung des Bürgergeldes pauschal abgegolten sind. Angesichts der heute immer bedrohlicher anwachsenden Erdbevölkerungszahl soll das Kinderkriegen bis auf weiteres nicht noch speziell gefördert werden. Was aber z.B. anonyme Babyklappen betrifft, so sind diese hier verboten, da sie als sittenwidrig gesehen werden, da nur bei persönlicher Übergabe eine Gesundheitsgefährdung des Babys ausgeschlossen werden kann. So viel Verantwortung muß sein! Im Gegenteil! Zum Schutz je eines Kindes soll seit der Geburt bis zur Volljährigkeit dem Staat aktenkundig sein, wo es gerade wohnt und wer die Verantwortung für sein Wohl trägt oder trug.

Das Schulrecht

In etwa seit Aufkommen der so bezeichneten „Antiautoritären Erziehung“, an der sich offenbar auch die öffentlichen Schulen, wie Grund- und Oberschulen usw., ein Beispiel genommen haben, die ja – wie viele sagen – ebenfalls, also neben den Eltern, einen Erziehungsauftrag haben, ist genau das eingetreten, was die Antiautoritäre Erziehung scheinbar verhindern wollte: Immer größere Gewalt und „Ungezogenheit“ an öffentlichen Schulen von Kindern und Jugendlichen, auch gegenüber anderen Einrichtungen und Erwachsenen in der Gesellschaft, wie auch und nicht zuletzt gegenüber den eigenen Eltern.

Damit verstößt die Antiautoritäre Erziehung von ihrer Wirkung her im Grunde gegen das Vierte der Zehn Gebote „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf daß du lange lebest in dem Lande, das dir der Herr, dein Gott, geben wird.“ und zeigt sich – streng genommen – als „Antichristliche Erziehung“. Man mag allenfalls darüber streiten können, ob das, jene Wirkung, Zufall ist oder nicht. In jedem Fall aber ist es ein Mißstand, der beseitigt werden will. Die wesentlich ältere und älteste Maßnahme gegen Ungezogenheit ist schlicht: Erziehung! Aber wie ist Erziehung an Schulen möglich, ohne deswegen körperliche Gewalt seitens von Lehrern an Schülern oder Schülerinnen zu verüben? Durch Aufklärung über Recht und Unrecht? Nein! Denn dieses ist ja ohnehin schon Stoff des Unterrichts im allgemeinen, der aber permanent durch renitente Schüler gestört wird, die sehr wohl wissen, daß sie den Unterricht stören. Der Islam z.B. vertritt die Auffassung, daß sich bereits ein siebenjähriges Kind voll über Recht und Unrecht seines Verhaltens bewußt und daher auch dafür verantwortlich ist. Aber geht es um Strafe? Nein! Es geht weniger um Strafe als um den Schutz der anderen Schüler. Es geht um den Schutz derjenigen Schüler und Schülerinnen, die tatsächlich lernen wollen und die dabei nicht gestört

werden wollen. Denn sie haben ein Recht darauf, weil ihre Eltern und die Allgemeinheit dieses über das Steuerwesen bezahlen. Insofern ist die Schulpflicht eigentlich eher ein Schulrecht, d.h. für den Fall, daß man den Besuch einer öffentlichen Schule eher als Vorteil, denn als Nachteil, wenn nicht gar als eine Form von Bestrafung ansieht, für welche Schuld auch immer. Aber ein Zwang, wie eben eine Pflicht, wird wohl von den meisten per se als Bestrafung empfunden, besonders natürlich von Kindern und Minderjährigen. Von Natur aus jedenfalls gibt es in dem Sinne keine Schulpflicht, es sei denn eine, die bei den Eltern gegenüber ihren Kindern liegt, und nicht umgekehrt o.ä.. Bei Ausübung der elterlichen Schulpflicht zur Schulung ihrer Kinder haben sie quasi das von ihnen bezahlte Recht, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, wie eben durch Beanspruchung staatlich geprüfter Lehrer an der Öffentlichen Schule. Aber auch dieses Recht kann man sich, genau wie praktisch auch alle anderen Bürgerrechte, durch Fehlverhalten (seiner Kinder) im wahrsten Sinne des Wortes „verscherzen“. So verliert ja beispielsweise ein erwachsener Gewalttäter nach dem geltenden Strafrecht zeitweilig sein grundsätzliches, aber eben nicht unbedingtes, nicht unverletzliches verfassungsmäßiges Recht auf „Freiheit der Person“, was soviel bedeutet, daß er für bestimmte Zeit ins Gefängnis gesperrt wird. Dieses mag man dann als Bestrafung auffassen, falls das Leben im Gefängnis nicht leichter ist, soll aber eigentlich nur dem Schutz der anderen, der Allgemeinheit, vor dieser Person dienen und im Idealfall auch der Erziehung zur (künftigen) Tugend dieser Person, durch Gewährung einer besseren Möglichkeit, über Recht und Unrecht des eigenen Verhaltens selber nachzudenken – oftmals die beste Belehrung.

Nun kann man natürlich Minderjährige, die vielleicht „nur“ mal eben wiederholt frech zu Schülern oder Lehrern geworden sind, um zu Lasten artiger Schüler die derzeit scheinbar nicht vorhandenen Grenzen der Belastbarkeit der Toleranz der öffentlichen

Schulen auszutesten, nicht wie erwachsene Gewalttäter behandeln und ins Gefängnis stecken. Man kann ihnen aber – wie früher – sehr wohl durch einen Verweis von der Schule das Recht auf Besuch der betreffenden öffentlichen Schule und bei Wiederholung an einer anderen öffentlichen Schule das Recht auf Besuch der Öffentlichen Schule an sich als von ihnen verwirkt absprechen. Dieses würde in der Folge bedeuten, daß ihre Eltern ihrer Schulpflicht ihnen gegenüber nur noch zu Hause oder durch Privatschulen nachkommen könnten. Da letztere aber oftmals recht teuer sind und auch bei „Billigkeit“ eine neben der allgemeinen Steuerzahlung zusätzliche Ausgabe darstellen, würden es sich die Schüler und Schülerinnen zwei oder auch drei Mal überlegen, ob sie – zum Kummer ihrer Eltern – den quasi kostenlosen, weil schon bezahlten, Unterricht an der Öffentlichen Schule stören wollten, auf welche Weise auch immer. Nach der Philosophie und Rechtsauffassung des Bürgerkapitalsystems jedenfalls haben Kinder und Jugendliche „nur“ die Pflicht, in allen Belangen auf ihre Eltern zu hören, die somit ihren Kindern den Besuch der Öffentlichen Schule befehlen, aber auch verbieten könnten, wie z.B. aus Sicherheitsgründen. Denn wer sagt denn überdies hinaus, daß an den öffentlichen Schulen auch wirklich der richtige Stoff behandelt und nicht gehandelt wird? Schon viele Kritiker der bisherigen Schulpflicht haben in Frage gestellt, ob an der Öffentlichen Schule überhaupt irgendetwas gelehrt wird, was man in einem natürlichen und christlich-sozialen Leben tatsächlich benötigt oder gebrauchen könnte, abgesehen vielleicht von Lesen und Schreiben. So ist z.B. – bei aller Schulpflicht – noch nicht einmal die Lektüre des trotz alledem bekanntesten Buches der Welt, nämlich der Bibel, Pflicht. Da kann man sich in etwa ausrechnen, was dann der Unterricht noch wert ist. Will sagen: Im Zweifel müssen einfach die Eltern das erste und das letzte Wort haben über die Erziehung und Schulung ihrer Kinder. Denn schließlich tragen sie die End- und Generalverantwortung für das Wohl und Wehe ihrer Kinder.

Das Heimrecht

Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems gibt es auch so etwas wie eine Pflegeversicherung. Die Beiträge zu dieser Versicherung gelten aber bereits durch die Entrichtung der Umlaufsteuer als voll bezahlt. Sie ist also ein Teil der steuerfinanzierten Sozialversicherung dieses Systems. Die Leistung dieser Pflegeversicherung besteht darin, je nach Nachfrage jedem älteren Menschen einen stationären, wohnhaften Aufenthalt in einem staatlichen Altenheim anzubieten und zu gewähren. Das erforderliche Mindestalter beträgt grundsätzlich 60 Jahre. Für den Aufenthalt wird pro Person eine Schutzgebühr von nicht mehr und nicht weniger als 250 E. im Monat erhoben. Sollte jemand bis über beide Ohren verschuldet sein, so wird quasi auf die untere Hälfte des Bürgergeldes gegriffen, die ja ansonsten unpfändbar ist bzw. war, nunmehr aber annektiert von dem Altenheim. Für dieses Geld wird aber im Gegenzug alles gestellt, was die Person, der ältere Mensch, dort im Altenheim zum Leben braucht, einschließlich einer ärztlichen Aufsicht, aber auch einiger Bücher, Süßigkeiten sowie auf Wunsch gemeinsamer Spaziergänge unter Begleitung von Betreuern usw., usw.. Es wird aber hier immer nur die Grundversorgung gesichert. Was Luxus betrifft, wie z.B. einen teuren Fernseher auf dem Zimmer, so müßte dieser allein von eigenem, persönlichen Extrageld der Bewohner bestritten werden, oder sie müßten in ein luxuriöseres Privataltenheim, was erlaubt ist, gehen, welches aber nicht vom Staat finanziell unterstützt wird, und daher sehr wahrscheinlich entsprechend teurer wäre für die Bewohner.

Wer jünger wäre als 60 Jahre, sich aber dennoch gebrechlich fühlt, so daß er nicht länger eine eigene Wohnung führen will, hat nach diesem Modell Anspruch auf Quartier gegen Zahlung von 500 E. im Monat in einem staatlichen „Sommerheim“ für Leute im Alter von 40 bis einschl. 65 Jahren bei „Vollpension“,

sofern nicht ein vorübergehender Aufenthalt in einem Krankenhaus zu genügen scheint, worüber der Antragsteller selbst befinden kann, ausgehend davon, daß niemand seine Wohnung oder sein Haus aufgeben oder zumindest längerfristig verlassen würde, ohne daß erhebliche körperliche oder seelische Gründe dafür sprachen. Wer jünger wär als 40 Jahre, aber dennoch nicht eine eigene Wohnung führen will, aus welchen Gründen auch immer, hat nach diesem Modell Anspruch auf Quartier gegen Zahlung von 500 E. im Monat in einem staatlichen Studentenheim für Leute im Alter der Volljährigkeit an bis zu einschl. 45 Jahren ebenfalls bei voller Verpflegung, die morgens (Frühstück), mittags (Mittagessen) und abends (Abendbrot) von staatlich bezahltem Personal in einer großen Mensa vollkommen tafelfertig dargeboten wird, nach dem Prinzip von kalten und warmen Buffets, von denen sich jeder Bewohner grundsätzlich so viel nehmen kann, wie er zu brauchen scheint. Es dürfte aber nichts davon mit nach draußen genommen werden. Diese drei Bürgerheime sollen irgendwo auf dem Volksgelände oder gemieteten Freigelände stehen und notfalls von staatlicher Landwirtschaft beliefert werden. Sollte es kein oder nicht genügend Personal zur Führung und Ausführung dieser drei Arten von Wohnheimen geben, weil entweder nicht genug Interesse dafür vorhanden wäre, oder weil zu viel Geld dafür als Lohn verlangt würde, so könnten die Antragsteller auf Bewohnung je eines dieser Heime nur dann noch zu ihrem Recht kommen, wenn sie dazu bereit wären, selbst einen jener Posten zur Ausführung dieser Heime gegen geringeren Lohn zu bekleiden, wenigstens für vier Stunden pro Werktag bzw. 20 Stunden in der Woche. Wenn nicht, so würde praktisch ihre mögliche Klage vor Gericht gegen den Staat als unhaltbar und maßlos abgewiesen werden müssen. Dieses betrifft im übrigen auch alle anderen (zu schwach besetzten) Einrichtungen im Dienste des Staates. Nur wer sich ggf. selbst oder einen Verwandten oder Bekannten als Diener anbietet, darf sich auch im Gegenzug von anderen bedienen lassen.

Das Straßen- und Energierecht

Grundsätzlich sollen die Bürgerheime nicht dazu dienen, in dem Sinne ein billigeres, sondern eher ein leichteres Leben als draußen zu führen, wie insbesondere durch Arbeitsteilung, sprich durch Teilung der hauswirtschaftlichen Arbeit usw. in und an den Heimen, angefangen beim Bau dieser Heime, wo einer nur die Steine setzt und ein anderer nur den Mörtel anrührt usw., usw., wodurch letztlich viel Kraft, Zeit und Weg eingespart wird. Dieses bedeutet dann folglich, daß der normale Lebensstandard, halt der Standard des Lebens, draußen, außerhalb der Wohnheime, möglichst nicht teurer sein sollte als 500 E. im Monat pro Person plus je ein Kind. Da nun aber draußen die Preise vom „Markt“ bestimmt werden, hat der Staat über deren Höhe keine Kontrolle, es sei denn halt, er erlaubt jedem Privatbürger mit Grundstück die freie, nicht umweltschädliche Nutzung seines privaten Grundstücks, wie durch freien Eigenbau eines kleinen Wohnhauses, freien Straßenbau hin zu diesem Haus, freien Ackerbau und im Prinzip auch freie Energieerzeugung zur Bereitstellung von Wärme und Strom, auf eigene Gefahr.

Will der Staat hier aber aus Sicherheitsgründen zumindest den freien, privaten Straßenbau und die freie Wasser- und Energiegewinnung für nicht gewerbliche Zwecke kategorisch verbieten, so ist er nach diesem Modell verpflichtet, einen preiswerten staatlichen Ersatz dafür zu stellen, indem er eigene, also staatliche, Wasser- und Kraftwerke und eigenen Straßenbau betreibt, deren und dessen Kosten grundsätzlich voll über das Steuerwesen abgegolten werden, die aber im Sinne der Erhebung je einer bestimmten Schutzgebühr zu diesem Teil vom einzelnen betreffenden Bürger getragen werden. So soll hier jeder Privatbürger, der über ein Grundstück verfügt, das Recht auf preiswerten Anschluß seines etwaigen Hauses an eine preiswerte staatliche Wasser- und Stromversorgung und an das öffentliche Verkehrs-

netz über eine an das Haus grenzende Straße haben, sofern und soweit dieses noch nicht gegeben war. Unter „preiswert“ sollen hier Gebühren von keinesfalls einer Höhe über dem Selbstkostenpreis des Staates verstanden werden. Sofern es der Privatwirtschaft nach Sondergenehmigung einer privaten gewerblichen Produktion von Wärme (z.B. Warmwasser für Zentralheizungen) und/oder Strom gelang, einen niedrigeren Preis als den staatlichen anzubieten bzw. für ihr Angebot zu verlangen, soll sie damit Geld verdienen können, welches dann selbstverständlich – wie immer – der Versteuerung nach dem Bürgerkapitalsystem unterlag. Wenn nicht, so soll sie just auf andere Pferde, wie z.B. auf die Produktion von Luxusartikeln quasi beliebiger Art, setzen. Die Preise für unter Einhaltung ausreichend strenger Umweltschutzbestimmungen produzierte legale Luxusartikel, wie z.B. für Computerprogramme (Software), können hier von den betreffenden privaten Anbietern völlig frei bestimmt werden, da hier niemand, um zu leben und zu arbeiten, gezwungen ist, Luxus zu kaufen. Im Zweifel ist jeder einfach nur Bauer oder bietet, wenn er kann, selber Luxus an, der besser und/oder preisgünstiger ist. Auf dem Luxusmarkt soll ein völlig freier Wettbewerb herrschen. Jemand mit einer guten Idee, wie einer technischen Erfindung, die keiner braucht, soll steinreich werden können, soweit die Leute das kaufen und niemand in der Lage zu sein scheint, adäquat in Konkurrenz zu treten. Im Zweifel könnte allenfalls der preiswerte Zugang zum Internet durch erschwingliche Software zum Allgemeingut, zur Grundversorgung der Bürger, erklärt werden, woraufhin diesbezüglich kein Wucher im Sinne dieses Systems betrieben werden dürfte. Grundsätzlich aber galt auch hier die Faustregel, daß der Staat bei Wucher entweder selbst in Konkurrenz treten oder – falls ein Parallelbetrieb aus bestimmten Gründen nicht angesagt wäre – jenen Wucherbetrieb verstaatlichen müßte, um so die betreffende Leistung maximal zum reinen Selbstkostenpreis anbieten zu können. Jedoch genügte u.U. eine staatliche Preisadministration.

Das Gewerberecht

Das Gewerberecht des Bürgerkapitalsystems bezeichnet im Wesentlichen nur das jederzeitige Recht jedes voll geschäftsfähigen Bürgers, allein oder in Gesellschaft weiterer voll geschäftsfähiger Bürger einmalig oder wiederholt gewerbliche Leistung, wie Ware oder selbständige Dienstleistung, gegen Geld oder sonstige Gegenleistung ohne Anmeldung des Betriebes und etwaiger Arbeitnehmer beim Finanzamt herzustellen, zu vermieten oder zu vertreiben, solange dadurch weder die Natur, noch die Allgemeinheit, noch der einzelne Verbraucher geschädigt wird, sprich solange dadurch weder gegen das Strafgesetz, das Sittengesetz, das Umweltgesetz, noch das „Gewerbegesetz“, noch gegen ein anderes geltendes Gesetz verstoßen wird. Das Gewerbegesetz ist dabei im Wesentlichen nichts anderes als eine Liste zusätzlicher Gebote, die der Mensch beachten soll, wenn er Gewerbe treiben will, wie z.B. „Du sollst kein Restaurant mit Sitzplätzen betreiben, ohne dort einen freien Zugang zu Toiletten für Männlein und Weiblein zu gewährleisten.“ oder auch „Es sollen sich in deinen Gewerberäumen mit Publikumsverkehr keine Kakerlaken tummeln.“ usw., usw.. Diese Gewerbegebote sollen grundsätzlich nur die Folge vom Gericht als gerechtfertigt anerkannter Beschwerden einzelner oder gesammelter Bürger oder von Staatsanwälten, die im Sinne und Namen der Bürger und des Staates insgesamt, „im Namen des Volkes“, handeln (sollen), sein. Diese Gebote sollen genau wie auch die Gebote aller anderen Gesetze in jedem Bürgeramt des Staates frei zugänglich nachzulesen sein, sodaß jeder Bürger sich möglichst bereits vor jedem weiteren Schritt in seinem Gewerbeleben darüber erkundigen kann, welche verbrieften Rechte und Pflichten er gerade und überhaupt hat. Es soll ihm so faktisch unterstellt werden können, er habe im Fall der Fälle wissentlich gegen geltendes Recht verstoßen, um ihm so (bei Wiederholung) die hier zum Betrieb eines Gewerbes erforderliche „Gewerbelizenz“ teil- oder

zeitweise oder ganz entziehen zu können, zumindest je in bezug auf die betreffende Branche und nur in sehr schweren Fällen – nach Auffassung des Gerichts – auch vollständig in bezug auf das Gewerbeleben an sich. Zwecks dessen soll hier – ähnlich wie auch bei den Geldscheinen und -münzen – die auf jederzeit mögliches Verlangen seitens eines für die betreffende örtliche oder sachliche Region zuständigen „Gewerbeobmannes“ im Sinne eines öffentlich angestellten Gewerbebeobachters (in Zivil) vorzuzeigende Gewerbelizenz im Sinne einer offiziellen Gewerbeerlaubnis für die beim zuständigen Gewerbeamt dafür angegebene Branche jeweils nur für ein Jahr, seit 01.01. des betreffenden Kalenderjahres, gültig sein, sodaß diese durch Umtausch beim Gewerbeamt und gegen geringe Gebühr von grundsätzlich nicht mehr und nicht weniger als 100 E. im Sinne einer Gewerbesteuer (Nebensteuer) als Schutzgebühr gegen Mißbrauch oder Mißachtung der Gewerbelizenz in eine neue Gewerbelizenz für jedes Jahr ein Mal, also jährlich, erneuert und vom Gewerbeamt als noch gültig bestätigt werden muß, für den Fall also, daß dort keine (schweren) Verstöße des betreffenden Gewerbetreibenden gegen das Gewerberecht von den Gewerbeobmännern gemeldet wurden. Als schwerer Verstoß in diesem Sinne kann und soll u. a. der illegale Verkauf von verbotenen Waren oder Leistungen aller denkbaren Art, wie z.B. von Drogen, Waffen oder Kinderprostitution, angesehen werden. Zur besseren allgemeinen Orientierung soll diesbezüglich eine „Schwarze Liste der verbotenen Leistungen“ in allen Bürgerämtern für jeden zur Einsicht ausliegen. Darin sollen insbesondere auch alle Produkte einer Art von „Risikotechnik“, wie z.B. Dünger, Schädlingsmittel, Gentomaten, Kohle- und Atomkraftwerke bzw. Ströme aus solchen Kraftwerken wie auch aus Staudämmen usw., enthalten sein, wenn nach jeweils neuster wissenschaftlicher Erkenntnis solche Produkte nicht unumstritten umweltfreundlich sind, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Herstellung, als auch hinsichtlich ihres Verbrauchs bzw. ihrer privaten oder staatlichen Nutzung.

Das Patentrecht

Von je her war es im Sinne des Erfinders des Patentrechts, wer auch immer das war, jemandem durch ein Patent ein Monopol zuzusichern. Einem Erfinder. Je dem Erfinder einer betreffenden Erfindung. Dazu mußte die Erfindung aber vor allem eines sein: Neu! Sie mußte quasi mindestens etwas sein, was so bisher nicht bereits in der Natur vorkam, denn sonst wäre ja die betreffende Erfindung nichts Neues und Nichts, dessen Schöpfung auf den Menschen zurückgeht. Insofern ist das Patentrecht als solches, also quasi das Urheberrecht auf technische Neuheiten, zunächst einmal bereits fraglich, weil eine geradezu signifikante Einladung an jedermann zur Entfremdung der Natur und zur monokapitalistischen Ausbeutung des Marktes.

Abgesehen aber einmal von diesem durchaus nicht unerheblichen ethischen Aspekt des Patentrechtes, so wie es zumindest in Europa bekannt ist, müßte beispielsweise der Erfinder eines durch moderne Genmanipulation geschaffenen neuen Schafes mit diesem Schaf, vielleicht namens „Klondolly“, eine tatsächliche, d.h. eindeutige kategorische, Neuheit geschaffen haben, und zwar eine Neuheit mit so genannter „Erfindungshöhe“, wie es im Patentrecht heißt. Es würde also hier in diesem Beispiel nach Treu und Glauben nicht genügen, daß dem neuen Schaf Wolle aus der Haut wuchs, um darauf ein Patent zu erhalten. Denn normalen Schafen wächst ja ebenfalls Wolle aus der Haut. Es würde auch noch nicht ausreichen, wenn dem „neuen“ Schaf relativ viel Wolle aus der Haut fuhr. Denn das passiert ja bei den besseren der normalen Schafe auch. Um Verwechslungen und damit in der Folge auch patentrechtliche Streitigkeiten mit normalen unbescholtenen Bauern, wie z.B. reinen „Biobauern“, die es zu schützen und nicht zu benachteiligen gilt, zu vermeiden, müßte dem neuen Schaf, dem Genschaf, schon so etwas wie Stahlwolle aus der Haut fahren, damit es sich eindeutig und auch

bereits von außen leicht erkennbar von normalen, natürlichen Schafen unterscheidet. Denn was beweisen heute, in einer „säkularen“ (gottlosen) Welt, gentechnische Gutachten? Definitiv gar nichts! Denn sie könnten gekauft, sprich gefälscht, sein. Ein Richter im Patentgericht könnte kaum an Ort und Stelle, also im Gerichtssaal bei etwaiger Verhandlung, den Wahrheits- und Aussagegehalt eines genetischen Gutachtens überprüfen und dadurch praktisch auch nicht anzweifeln. Etwas genauer gesagt, könnte er entweder nur allen Gutachtern glauben, oder allen gleichermaßen mißtrauen. Noch etwas genauer gesagt, könnte er eigentlich nur alle Gutachten als beweisuntauglich ablehnen! Denn wie ein altes Sprichwort treffend sagt: „Wer ein Mal lügt, dem glaubt man nicht (mehr)“. Und wie oft wurde schon in dieser Welt gelogen, sogar von Staatspräsidenten? Nein, auch ein Richter kann im Grunde nur seinen eigenen Augen trauen. Dieses ist einfach eine praxistheoretische Erfahrung und generelle Tatsache. Und dieses spricht eher gegen die Hochtechnologie, wie insbesondere gegen die Gentechnik. Denn je unsichtbarer menschliche Eingriffe vorgenommen werden können, desto weniger erkennbar und nachkontrollierbar sind sie für andere. Normale Menschen und Richter usw. ohne eigenes Untersuchungs-labor müssen sich so zunehmend auf nicht kontrollierbare Gutachten anderer verlassen. Es entsteht so eine neue Qualität der Abhängigkeit von nur wenigen Personen oder Firmen, die sich aber abgesprochen haben könnten, um gemeinsam ein endgültiges, nicht nur technologisches und finanzielles, sondern oben-dreien auch noch rechtliches Monopol zu schaffen.

Aus diesem Grund und um eine solche Gefahr ganz grundlegend zu vermeiden oder wenigstens zu verringern, empfiehlt das Bürgerkapitalsystem ein Patentrecht, welches zur Vermeidung unausweichlicher Wirtschaftsmonopole zwar angemeldete und patentierte Erfindungen urheberrechtlich schützt, soweit ein Neuheitswert mit Erfindungshöhe eines grundsätzlich beliebigen,

aber nach dem Gewerberecht (des Bürgerkapitalsystems) legalen Produkts vom Patentamt anerkannt wurde, welches aber nicht beliebigen vermeintlichen oder tatsächlichen „Nachahmern“ oder „Kopierern“ des erfindungsgemäßen Gegenstandes oder Verfahrens usw. verbietet, Handel damit zu treiben. Allerdings dürfen nach diesem neuen, aus gegebenem Anlaß der heutigen annähernd globalen Patentstreitigkeiten insbesondere um den Ackerbau und die Viehzucht, kurz Landwirtschaft, verifizierten Patentrecht die möglichen Kopierer einer von jemand anders vor ihnen zum Patent gebrachten Erfindung sich erstens nicht als die Erfinder der betreffenden Sache rühmen und müssen zweitens bei erfolgreicher Klage gegen sie als Kopierer der Erfindung eine Erfindertantieme in Höhe von grundsätzlich, also soweit nichts anderes von der (künftigen) Politik beschlossen, 5% von dem Verkaufspreis jedes Exemplars, also immer fünf Prozent von den Bruttoumsätzen, die durch den Handel mit der kopierten Erfindung erzielt wurden, an den offiziellen Erfinder entrichten. Die Eintreibung dieser Gebühr ist eine andere Sache und grundsätzlich dann Aufgabe der staatlichen Exekutive, nachdem Legislative und Judikative ihre Arbeit getan hätten. Theoretisch könnte – falls noch nicht vorhanden – eine Art „GEMA für technische Arrangements“ (für „Techno“) jene Gebühren für die betreffenden Erfinder eintreiben, ggf. sogar weltweit, für den Fall eines irgendwann weltweit einheitlichen Patentrechts nach diesem oder ähnlichem Muster. Allerdings sollte auch hier eine zeitliche Begrenzung auf max. 20 Jahre bestehen. Durch dieses spezielle Verfahren, wo nicht nur einer produzieren und kassieren kann, sollen gezielt die typischen schädlichen Wirkungen eines Monopols vermieden werden, wo – wie bisher im Patentrecht – ein Erfinder sein ohnehin „in der Luft der Zeit“ gelegen habendes Produkt entweder gar nicht, zu wenig, zu teuer und/oder jahrzehntelang nicht weiterentwickelt anbieten könnte. Sprich es soll nicht der Wettbewerb und die Weiterentwicklung durch Eigenmächtigkeit einiger weniger blockiert werden.

Das Bankrecht

Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems ist das Kreditwesen nicht grundlegend geächtet, sondern gilt unter bestimmten Bedingungen, die anerkannt und eingehalten werden müssen, als legaler und legitimer Teil der Privatwirtschaft, was hier soviel heißt, daß die privaten Bankiers zwar Bankgeschäfte betreiben dürfen, aber keinerlei Kredit vom Staat bzw. von der Notenbank (Zentralbank) erhalten, jedenfalls nicht einfach deshalb, weil sie Bankgeschäfte betreiben wollen. Die Bankiers werden hier vom Gesetz weder besser, noch schlechter behandelt als der normale Bürger und erhalten wie dieser allenfalls dann einen Kredit vom Staat, wenn mit diesem Geld ein besonders förderungswürdiger Zweck verfolgt wird, wie z.B. die persönliche Entwicklung und Erprobung einer neuen und aus wissenschaftlicher wie sozialer Sicht vielversprechenden Kraftanlage zur umweltfreundlichen Nutzung einer regenerativen Energiequelle. Oder anders gesagt: Wirklich förderungswürdige Unternehmungen, zu denen hier nicht das Kreditgeschäft als solches gezählt wird, sollen – wenn überhaupt – direkt und ohne Umwege, sprich zu billigeren Zinsen von nicht mehr als 3% pro Jahr, vom Staat „gepusht“ werden. Die nicht wirklich förderungswürdigen Unternehmungen, worüber bei Antrag auf Förderung ein spezielles staatliches Innovationsgremium mit begrenztem Budget innerhalb des regulären Haushaltes entscheidet, sollen bewußt weder direkt, noch indirekt durch Geld vom Staat gefördert werden, immer eingedenk dessen, daß ja normale, rein kommerzielle Privatunternehmen immer irgendwo mehr der schädlichen Gewinnmaximierung unter Abbau durch Arbeitsteilung und Rationalisierung der Zahl natürlicher Arbeitsplätze in der theoretisch freien Natur dienen. So kann z.B. bisher mit Hilfe eines allzu leicht erhaltenen großen Kredites jemand, der keine sozialen oder wissenschaftlichen Absichten verfolgt, arglosen Kleinbauern ihr ganzes Land abkaufen, um diese hinterher für nur geringen Lohn als Arbeiter

auf den gleichen Feldern einzustellen, sie quasi zu versklaven, ohne daß sie sich dessen am Anfang bewußt sind, sondern erst später, wenn überhaupt. Dieses kleine Beispiel zeigt bereits, wie gefährlich es ist, wenn reine Gewinnsspekulanten zu leicht an geschenkte oder geliehene Gelder größeren Ausmaßes herankommen können, vielleicht weil private Banken ihrerseits zu leicht an geliehene Gelder (vom Staat) herankommen können.

Etwas anderes ist es hingegen, wenn durch ein freies privates Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte Unternehmer mit rein kommerziellen Absichten an Geldbesitz geraten, weil z.B. private Banken auf eigenes (praktisches) Risiko entsprechende Summen als Kredite locker machen, von dem Geld, das ihnen Kontoinhaber bei ihnen als Ein- oder Anlage vorübergehend zur Verfügung gestellt haben. Dabei verhält es sich grundsätzlich so, daß nur die als Anlage gegen Zinsen der Bank anvertrauten Gelder von der Bank als Darlehen an andere, Dritte, weitergegeben werden dürfen. Oder anders gesagt: Den Einlegern gegenüber schuldet die Bank prinzipiell auf Wunsch der Einleger eine sofortige Auszahlung der Beträge. Den Anlegern gegenüber, die ja gewissermaßen Kreditgeber gegenüber der Bank sind, schuldet die Bank hingegen nur eine irgendwann spätere Auszahlung der Kreditsumme, zuzüglich der Zinsen, je nach Vereinbarung laut Vertrag, sofern und soweit nicht das Risiko quasi von Pleiten, Pech und Kursverlusten („Krisen“) durch versteckte oder auch offene Klauseln auf die Anleger über die betreffenden Wertpapiere, Sparbücher oder dergleichen übertragen wurde. Da aber aus Erfahrung und ganz generell das Anlagewesen für den Normalanleger nicht transparent genug ist und auch niemals sein könnte, gibt es im Bürgerkapitalsystem lediglich ein „Mindestzinsanlagewesen“, was soviel bedeutet, daß hier die Bank, die Börse oder eine Firma einem Anleger quasi wie einem Kreditgeber immer mindestens die Rückzahlung der Hauptsumme, zuzüglich eines vorher fest vereinbarten Mindestzinses, schuldet.

Das Jagdrecht

Man könnte sagen: Das einzige, was den Menschen bisher noch vor sich selber geschützt hatte, war der Umstand, daß die Menge der Menschen im Verhältnis zur Größe der Erde immer noch relativ klein war, sodaß sich die Emission des Menschen, die Umweltbelastung (Belästigung) durch den Menschen, stets noch im Raum verlor und immer irgendwie noch biologisch abbaubar oder wiederverwertbar war, je nach dem. Nunmehr aber, wo der biblische Wunsch Gottes an die Menschen „füllet die Erde und machet sie euch untertan, und herrschet über die Fische im Wasser und über die Vögel im Himmel und über alles Getier, das auf Erden kriecht...“ annähernd erfüllt zu sein scheint, gilt es, jenen Punkt nicht zu überschreiten. Denn „herrschet“ bedeutet ja eben nicht „zerstört“. Dieses haben wohl schon einige Könige und Bauern der Geschichte verwechselt. So wurden z.B. viele Tierarten nur wegen ihrer Haut oder „nur“ deshalb, weil man sie für hinterlistig, räuberisch und gemeingefährlich gehalten hat, ganz oder fast ausgerottet. Nur selten ging es dabei eigentlich um ihr Fleisch. Heute aber, wo dank des Aufkommens des ökologischen Gedankens des Naturschutzes ein etwas höheres Bewußtsein in bezug auf die Abhängigkeit des Menschen von seiner Umwelt, respektive von einer intakten Natur, eingetreten ist, tötet man Tiere nicht mehr einfach grundlos, sondern entweder zum Zwecke der Forschung oder Ernährung. Wirklich legitim ist dabei eigentlich nur der letztere Grund. Denn nicht alle Menschen können oder wollen (so schnell) Vegetarier sein. Was verbleibt, sind immer mehr tote Meere! Woran liegt das?

Nun, viele Leute sagen, dieser Raubbau insbesondere auch auf oder in den Meeren, nachdem auf dem Land nichts mehr zu holen ist, liege an einer zu starken Ausbeutung durch große Firmen mit großen Schiffen usw.. Tatsache ist aber vor allem, daß auch diese großen Firmen nicht so viele Fische und Krebse usw. auf

den Märkten der Welt verkaufen könnten, wenn nicht weltweit eine solche Nachfrage seitens der Bevölkerung nach Nahrung aus dem Meer bestehen würde. Oder anders gesagt: Eine größere Gerechtigkeit unter den Menschen bei der Fischerei könnte die Fische der Flüsse, Seen und Meere dennoch nicht vor den engen Maschen der Fangnetze der Menschen retten. Die Netze wären entweder groß und von geringer Zahl, oder klein und von großer Zahl, was auf das gleiche Ergebnis hinauslief. Aber wie könnte man jene Nachfrage mindern, um die Meere und die Arten zu erhalten? Indem die Menschen hungern? Natürlich nicht! Zur Lösung dieses Problems gibt es eigentlich nur zwei Wege: Zum einen müßte der Mensch versuchen, seine Ausdehnung auch bereits schon auf dem Land einzugrenzen, wie durch regelrechte Absperrung mit Zäunen gewisser vorhandener und ggf. neuer, zusätzlicher Naturschutzgebiete („Der Große Garten“), und zum zweiten müßte er versuchen, sich durch gewisse Schutzzölle jeweils besonders auf bedrohtere Arten dazu zu zwingen, seine Nachfrage nach Fleisch mehr durch dann im Verhältnis billigere Viehzucht auf dem Lande zu decken, sodaß der Wildbestand in den Meeren wie im Großen Garten immer auf einem bestimmten sicheren Level gehalten werden kann.

Aus diesem Grunde und in diesem Zusammenhang sieht das Bürgerkapitalsystem ein Jagdrecht vor, das die Jagd zwar auch auf den Meeren und im Großen Garten, aber nur unter Einhaltung bestimmter Regeln und Bedingungen erlaubt. Zu diesen Bedingungen zählt zunächst, daß – wie auch bei der möglichen Jagd auf einem Grundstück des Privatbodens – keine Unbeteiligten (Menschen, Tiere oder Pflanzen) dadurch geschädigt oder auch nur gefährdet sein dürfen, und zum zweiten, daß – anders als wie bei der Jagd auf Privatboden – bestimmte Schutzzölle bei Verlassen der betreffenden Schutzzonen – Meer oder Großer Garten, zusammen „Der Größere Garten“ – innerhalb je des betreffenden Staatsgebietes, das je einen Teil der Meere mit ein-

schließen soll, von den privaten oder staatlichen Jägern an die Staatskasse zu zahlen sind. Diese Jagdzölle kommen – noch vor ihrer Landung in der Nebensteuerkasse – in einen gemeinsamen Sondertopf, aus dem dann turnusmäßig die Summe dessen auf alle diejenigen Staaten aufgeteilt wird, die sich diesem Verfahren angeschlossen hätten, ohne aber deswegen auch gleichzeitig am Bürgerkapitalsystem insgesamt beteiligt sein zu müssen. Die Aufteilung erfolgt auch hier wieder je nach Größe der Staaten, d.h. also nicht nach Größe der Fläche, sondern nach Größe der Zahl der dortigen Einwohner. Das Geld, das die Jäger zahlen sollen, kann entweder von einer gemeinsamen, oder einer für manche oder alle Teilnehmerstaaten fremden, aber von allen akzeptierten Währung sein, wie z.B. dem US-Dollar. Die Höhe der jeweiligen Zahlung eines Jägers soll sich grundsätzlich nur nach dem Gewicht in Kilogramm seines jeweiligen Fanges, der Jagdbeute, mal einem bestimmten, von der betreffenden Sorte abhängigen Kilopreis in der betreffenden Währung richten, wobei aber lose Einzelteile von Tieren als ganze ausgewachsene Exemplare gewichtet werden sollen, abgesehen von einem möglichen Strafverfahren wegen Tierquälerei. Der jeweilige Kilopreis, der „Kilozoll“, der von Jahr zu Jahr oder gar von Tag zu Tag anders sein kann, soll sich im Prinzip – wie immer – nach Angebot und Nachfrage auf dem Markt nach der betreffenden Sorte, wie z.B. Heilbutt oder Reh, richten, nur mit dem Unterschied, daß hier nicht der Handel selbst, sondern eine spezielle dazu berufene, möglichst international besetzte Umweltschutzbehörde diesen Zollpreis im Sinne eines Grundpreises bestimmt, wobei sie sich quasi je danach richtet, wie gefährdet durch im Verhältnis zu hohe Nachfrage eine Sorte, respektive Tier- oder Pflanzenart, zu sein scheint, nach ihrem wissenschaftlichen, statistischen Ermessen, wie vor allem durch stichprobenartige oder flächendeckende Zählung der Exemplare einer (Gesamt-) Population. Der Kilozoll soll dann entsprechend hoch ausfallen, um einstweilen teilweise oder ganz von der Jagd dieser Art abzuschrecken.

Das Völker- und Grenzrecht

Das Bürgerkapitalsystem tritt ein für eine gegenseitige Respektierung der territorialen Grenzen der verschiedenen Staaten, Nationen und Volksgruppen usw., so wie sie heute sind, abgesehen noch etwaiger vorhandener Unstimmigkeiten, die möglichst bald geklärt sein sollten. Dieses bedeutet folglich, daß die Bewohner eines Landes A nicht den Boden eines Landes B, C oder D zu betreten haben, es sei denn natürlich als Touristen, Diplomaten, Gastarbeiter oder vorübergehende Flüchtlinge.

Nun mag es jedoch Fälle geben, wo das „politische Asyl“ in der Fremde oder gar die regelrechte Auswanderung in ein anderes Land angesagt erscheint, wie z.B. wenn jemand sich aus Sicht seines Heimatlandes dort als „Terrorist“ ausgewiesen hat und nun das Weite sucht. Mit etwas Pech wird deswegen gleich das gesamte betreffende Einwanderungsland dem Erdboden gleich gemacht, wie es ja die Geschichte immer und immer wieder mal allzu deutlich gezeigt hat. So gesehen, dann vielleicht noch ein Glück, wenn es sich bei den von einem „Einwanderungsland“ aufgenommenen Asylanten vielleicht doch eher um reine Wirtschaftsflüchtlinge handelte, was gegenüber einem rein politischen Asylrecht eigentlich Betrug wäre. Aber zugegeben: Macht es eigentlich einen sehr großen Unterschied, ob jemand aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen Asyl in einem „Nachbarstaat“ beantragt? Genau genommen eigentlich nicht! Denn eine schlechte Wirtschaft ist ja letztlich immer eine Folge schlechter Politik, zumindest Wirtschaftspolitik. Und eine schlechte Innen- und Wirtschaftspolitik kann auch obendrein zu einer schlechten Außenpolitik usw. führen. Es ist einfach eine Kettenreaktion der Mißpolitik, angefangen bei einer schlechten Wirtschaftspolitik. Denn bei einer guten (Sozial-) Wirtschaft: Wer sollte noch klagen? Dieses zeigt: Wenn Menschen sich aus ihrem „Paradies“ vertrieben fühlen, um in ein „Schlaraffenland“ zu ziehen, so

werden sie triftige Gründe dafür haben, ob so oder so. Und nach diesen Gründen zu fragen, hat – wie meistens – nur statistischen Wert.

Aus diesem Grund gewährt auch das Modell des Bürgerkapital-systems grundsätzlich jedem Antragsteller von noch so fern politisches, aber obendrein auch – um nicht erst Gefahr zu laufen, sich belügen zu lassen – wirtschaftliches Asyl für Menschen, die aus Sicht des Asyllandes nicht offenkundig und nachweisbar Terroristen oder potentielle Terroristen oder sonstige Schwerverbrecher sind, aber dennoch selbstverständlich nicht in unbegrenzter Zahl, da z.B. ein Land wie Luxemburg wohl kaum allen Einwohnern z.B. von Rußland und China zusammen gleichzeitig Asyl gewähren könnte, selbst wenn es das wollte, bei aller Nächstenliebe. Die „Ökometrie“, d.h. die mathematische Bedingung von Ökonomie und Ökologie, läßt einfach ganz prinzipiell keine größere Bevölkerungsdichte in einem normal fruchtbaren Land (Gebiet) zu als die von $100/\text{km}^2$, d.h. also von 100 Einwohnern oder eben Bürgern pro Quadratkilometer, ohne automatisch von Atomtomaten auf Häuserdächern oder halt vom Ausland abhängig zu sein. Die „ökometrische Bedingung“ ist die, daß zur Gewährleistung einer grundsätzlich autarken und niemals zu knappen Versorgung aller Einwohner eines beliebigen Gebietes der Erde die jedem Bürger theoretisch und praktisch zustehende Fläche seines Anteils am Boden des betreffenden Territoriums, sprich des Staatsterritoriums, möglichst niemals kleiner sein sollte als je ein Hektar von 10.000 m^2 , davon je ein Morgen von 2.500 m^2 zur persönlich-privaten (landwirtschaftlichen) Nutzung, d.h. nicht kleiner als die nach ökonomisch-ökologischen Gesichtspunkten hinsichtlich eines für eine Person plus 1 Kind stets ausreichenden Ernteertrages für mindestens notwendig erachtete Fläche normal fruchtbaren Bodens. Nach dem Verständnis der Bürgerkapitalwirtschaft beläuft sich diese ökometrische Bedingung konstant, d. h. grundsätzlich, auf 100 Bürger/ km^2 .

Was ergab es also für einen Sinn für ein Helferland, unverhältnismäßig viele Auswanderer, die also nicht nur zeitweilige Flüchtlinge sind, bei sich aufzunehmen, wenn es dadurch selber Hilfe benötigte? Oder anders gefragt: Könnte Luxemburg jemals mehr Tomaten produzieren als Rußland und China zusammen? Nein, natürlich nicht! Das Problem liegt einfach darin, daß die Lösung dessen, das Heil, nicht irgendwo in der Ferne, quasi in der Flucht, liegt, sondern – im Gegenteil – im Widerstand an Ort und Stelle! Im beharrlichen vor Gott legalen, weil gewaltlosen Widerstand! Wie z.B. durch Streik, notfalls Generalstreik. Die schlichte Flucht vor dem Feind hat sich in der Geschichte noch nie sonderlich ausgezahlt, schon gar nicht mit Ehre.

Nun sind natürlich Zivilisten, wie vor allem Frauen und Kinder, keine Soldaten oder dergleichen, die sich gegen eine regelrechte Gewaltherrschaft effektiv zur Wehr setzen könnten. Aus diesem Grund will das Land des Bürgerkapitalsystems, wo auch immer dieses (zuerst) liegen könnte, wenigstens bis zu einer Bevölkerungsdichte von insgesamt (nicht mehr als) 100/km² Flüchtlinge bzw. Auswanderer bis auf weiteres aufnehmen, unabhängig von Alter, Religion und Geschlecht, sofern es sich – wie gesagt – bei den Antragstellern aus Sicht des Einwanderungslandes nicht um Kriminelle oder gar internationale Terroristen handelte, soweit bekannt. Die Aufnahme soll ansonsten möglichst schnell und unkompliziert, aber einstweilen, d.h. 10 Jahre, auf Widerruf, quasi auf Bewährung, stattfinden, grundsätzlich aber pro 10 Jahre nicht mehr als in der Menge von rund 1% der eigenen Bevölkerung, in bezug auf die Zahl der „Ureinwohner“.

Die notwendige Integration der „Neueinwohner“, deren Aufenthalt länger dauern könnte und hier grundsätzlich nicht befristet ist, im Gegensatz zu dem von Touristen, Diplomaten und (echten) Gastarbeitern usw., die (ebenfalls) auf Verlangen der Polizei an der Grenze (auch in Zügen und auf Flughäfen), aber auch

innerhalb des Landes ein gültiges, bei Touristen beispielsweise auf 3 Monate und bei Asylanten auf 10 Jahre befristetes Visum, welches sie grundsätzlich bei der auswärtigen Botschaft ihres (hiesigen) Reiseziels erhalten haben müßten, vorzuzeigen hätten, soll vorzugsweise in einer Art Internat, in dem „Asylheim“ auf dem „Asylgelände“ in der Fläche von maximal 1% des Volksgeländes innerhalb des Volksgeländes, stattfinden, wo innerhalb eines grundsätzlich 10-jährigen Aufenthaltes zuerst Deutsch- und Englischkenntnisse und später auch Kenntnisse über die hiesige Politik, Kultur, Religion und Volkswirtschaft in universitären Intensivkursen vermittelt werden sollen. Dieser Unterricht soll in verschiedenen Altersklassen und jeweils 2 mal 3 Stunden pro Lerntag, d.h. hier jeweils am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, vor und nach der Mittagspause von einer Stunde, stattfinden. Zur Belohnung für eine rege Teilnahme an diesen Kursen, die ja wie der ganze Aufenthalt in dem Lande freiwillig sind, gibt es Kost und Logis frei und obendrein ein monatliches Taschengeld in Höhe von 100 E., zuzüglich eines auf 200 E. begrenzten Weihnachtsgeldes jeweils zu Nikolaus. Welcher Asylant diesem bedingt freiwilligen Unterricht und vielleicht auch sogar dem Asylheim überhaupt und ohne Angabe von verständlichen Gründen, wie z.B. wegen einer ansteckenden Krankheit, fernbleibt, wird als reicher Exilkünstler betrachtet, der es sich offenbar irgendwie leisten kann, auf die Schule, Unterkunft, Verpflegung und Taschengeldzahlung in dem Asylheim zu verzichten. Es soll von dem Asylheim nicht akzeptiert werden, daß jemand nur zur Verpflegung und Taschengeldauszahlung das Asylheim besucht, es sei denn vielleicht je am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag, also an den Tagen, wo kein Unterricht stattfindet. An den anderen Tagen sollen nur diejenigen Asylanten zu Essen bekommen, die dann und dort tatsächlich am Unterricht teilnehmen bzw. teilgenommen haben. Der Besuch der Kantinen der Asylheime soll an den unterrichtsfreien Tagen u.U. auch einheimischen („anonymen“) Bürgern gestattet sein.

Die Kosten des Asyls werden hier grundsätzlich just vom regulären Staatshaushalt gedeckt. Nach Ablauf jeweils von 10 Jahren eines ordnungsgemäßen, nicht kriminellen Aufenthaltes eines Asylanten oder einer Asylantin wird die betreffende Person mindestens finanztechnisch als vollwertiger Bürger gezählt, indem dann seitens dieser Person (ebenfalls) Anspruch auf ein Bürgergeld in Höhe von 500 E. (fünfhundert Einheiten der Landeswährung) und auch auf einen „Privatboden“ in anteiliger Größe bestand, d.h. falls die Person obendrein schon volljährig ist. Falls nicht, so muß der Aufenthalt im Asylheim, welches ähnlich wie das Altenheim usw. nicht ein einziges zusammenhängendes Gebäude sein muß, entsprechend verlängert werden, auch dann, wenn er schon 10 Jahre betragen hat. Das Asylheim soll also auch etwaige Kinder der Asylanten mit aufnehmen. Diese Asylantenkinder sollen aber ebenfalls (statistisch) als vollwertige Asylanten gezählt werden, was soviel bedeutet, daß sie in bezug auf deren Gesamtmenge nicht exklusive, also nicht zusätzlich, sondern inklusive, also noch innerhalb der zulässigen Aufnahmemenge, aufgenommen würden. Die jeweils zulässige Aufnahmemenge richtet sich hier just danach, inwieweit das Asylheim insgesamt noch nicht voll belegt ist. Das Asylheim gilt als voll belegt, wenn dort insgesamt Bewohner in der Menge von 1% der Bevölkerung, d.h. der einheimischen oder eingebürgerten Bewohner des Landes außerhalb des Asylheims, angemeldet sind, unabhängig davon, inwieweit einige davon vielleicht ihr dortiges Wohnrecht, nicht ihre Wohnpflicht, nicht nutzen und irgendwo anders innerhalb des Landes wohnen, und unabhängig davon, wie alt die einzelnen Asylanten sind. Grob gesagt, wird auf diese Weise das Asylheim ein Mal alle 10 Jahre komplett frei und kann sodann ein Mal komplett neue Bewohner in der Menge von 1% (ein Prozent) der (neuen, um 1% vergrößerten) Bevölkerung aufnehmen, sodaß die Bevölkerung, grob gesagt, innerhalb von 100 Jahren maximal um 10% Mitbürger ausländischer Herkunft bereichert worden sein könnte, jedoch – auf-

grund der ökonomischen Bedingung – möglichst niemals über eine Bürgerdichte von 100B/km². Das Asylheim gilt demnach auch als voll belegt, wenn es zwar leer steht, aber die Dichte der offiziell gezählten Bürger bereits 100B/km² beträgt oder gar schon überschritten hat. Nach diesem Verfahren müßte also z.B. ein relativ (verhältnismäßig) dünn besiedeltes Land wie Kanada, wo nur rund 3 Einwohner pro km² gezählt sind, nicht sofort so viele Einwanderer aufnehmen, daß 100 Bürger pro Quadratkilometer, das entspricht in etwa 133 Einwohnern (einschließlich der Kinder, die rund ein Viertel der Bevölkerung ausmachen) pro Quadratkilometer, gezählt würden. Denn das wäre ja sonst eine schlagartige Vergrößerung der Bevölkerung um rund das 44-fache. Und dieses erschien – bei aller Liebe zum „Multi-Kulti“ – wohl keiner Kultur der Welt zumutbar. Es wäre nicht ein Austausch der eigenen Kultur mit anderen, sondern gegen andere Kulturen. Daher erscheint die Installation einer gewissen und übersichtlichen Austauschbremse der Kulturen – ähnlich wie auch beim Ex- und Import von Waren – mindestens so lange für ratsam, wie noch keine wirkliche Öffnung der Grenzen, wie z.B. durch eine Weltwirtschaftsunion, vollzogen ist.

Aus Rücksicht auf die einheimische und meist über Jahrtausende langsam gewachsene sensible Kultur, die keine Schocks verträgt, ist der einheimischen Bevölkerung je eines betreffenden Landes nicht zuzumuten, daß zusätzliche Kulturen oder sonstige Einflüsse durch schließlich relativ fremde Menschen, deren Gesinnung andere nicht kennen oder schnell erfassen und verstehen können, schneller an sie heran getragen werden als wie maximal jeweils zu 1% alle 10 Jahre. Zwar sind fremde Menschen immer interessant, weil und solange man sie noch nicht kennt, aber aus genau dem gleichen Grund immer auch gefährlich. Nicht immer in der Geschichte der Menschen sind Fremde als Freunde in friedlicher Mission gekommen, wie nicht nur das Beispiel der Kolonisierung Amerikas durch Europäer in oft grausamster

Weise gezeigt hat. Meist ging es den „Freunden“ nur um eines: Gold! Insofern ist eine gewisse Scheu vor fremden Menschen nur allzu verständlich und vollkommen natürlich und hat absolut nichts mit Rassismus zu tun. Rassismus ist schlicht, wenn jemand trotz wiederholter guter Erfahrungen mit Menschen einer bestimmten Abstammung oder Herkunft, die weder sein Haus, noch Weib, noch Knecht oder Magd, noch Rind oder Esel, noch irgendetwas, was er hat, begehren, ihnen Gastfreundschaft verwehrt. Mit der Gastfreundschaft ist es aber auch nicht wesentlich anders als wie mit anderen Freundschaften auch: Man muß sie sich verdienen und bekommt sie nicht einfach geschenkt. Menschen zusätzlich bei sich im Lande aufzunehmen, sei's durch Einbürgerung oder auch durch eigene Vermehrung, bedeutet immer irgendwo ein Geschenk, d.h. ein Geschenk von Geld, Arbeitsplätzen, Rechten und letztlich auch von Boden, wenn auch nur allein schon durch Verdrängung der Alteingesessenen. Es bedeutet immer ein Teilen mit den neuen Bürgern. Dessen sollte man sich nicht unbedingt scheuen, aber wenigstens bewußt sein, um nicht plötzlich vor vollendeten Tatsachen und vielleicht unlösbaren Problemen zu stehen. Denn bei aller möglichen Großzügigkeit von Menschen, so stellt letztlich die Natur die Bedingungen, an die sich die Menschen halten müssen, wenn sie nicht aussterben wollen. Die Ökometrische Bedingung ist eine Bedingung der Natur, die für alle gilt und die besagt, daß der Planet Erde nicht unbegrenzt viele Menschen aufnehmen und versorgen kann. Bei Überschreitung dieser Grenze der naturbedingten Armut hin zu einer relativen Überbevölkerung könnte nicht einmal ein vollkommen gerechtes bzw. gleichmäßiges Teilen der Güter der Erde diese Welt noch vor einem dann kollektiven Verhungern und Ersticken (im Fortschritt) retten! Zwar wäre so zunächst noch eine gewisse Zeit lang ein kollektives Darben in relativer Armut möglich; aber bei starker Mißachtung des „Ökometrischen Gesetzes“ könnten die einen, so gesehen, nur noch dann leben, wenn sie die anderen töteten.

Das Wehrrecht

Praktisch alle heute existierenden Nationen haben irgendwann einmal in der Geschichte Krieg gegen sie angreifende oder sich gegen sie verteidigende Nationen geführt, um sich dadurch einen Platz in der Welt zu schaffen oder zu erhalten, je nach dem. Mochte dieses aus heutiger Sicht vielleicht noch als Ausübung einer Art Naturgewalt zur endlichen Gestaltung der Land- und Weltkarten gesehen werden können, so lehnt das Modell des Bürgerkapitalsystems eine solche Form der Neuzeichnung der Gebietskarten ab. Vielmehr soll hier fürderhin die Vergrößerung des Gebietes einer Nation, die sich flächenmäßig vergrößern will, nur durch ihren freien Zusammenschluß mit einer anderen Nation unter einem neuen oder einem der beiden alten Namen möglich sein, wenn überhaupt. Der besseren, auch geographischen Übersicht halber wird hier aber die Beibehaltung der alten getrennten Namen bevorzugt bzw. empfohlen, abgesehen von möglichen Umbenennungen je einer einzelnen Nation für sich allein. Mit anderen Worten: Es soll kein Krieg mehr stattfinden! Aber zugegeben: Dazu gehören immer mindestens zwei. Oder anders gesagt: Was nützt es, wenn ein Land in friedlicher Gemein- oder Nachbarschaft mit anderen Ländern leben will, wenn irgendein Land oder Volk dagegen ist? Insofern plädiert das Bürgerkapitalsystem zwar nicht für eine völlige Abschaffung aller Waffen des Militärs des Landes, aber zumindest für eine freiwillige, quasi einseitige Abschaffung aller reinen Angriffswaffen, wie mindestens und auf jeden Fall aller Arten von „ABC“-Waffen, unter Berücksichtigung vor allem, daß ABC-Waffen nicht sehr gezielt eingesetzt werden können und daher vor allem Zivilisten bedrohen. Überdies hinaus stellt die Stationierung und Aufbewahrung solcher auch die Natur bedrohender Waffen im eigenen Lande ein zu großes Sicherheitsrisiko, sprich die Gefahr einer Detonation im eigenen Lande, dar, wie z.B. durch Sabotage, technische Pannen oder durch Kettenreaktion aufgrund eines

feindlichen Bombenangriffs in unmittelbarer Nähe der Lager und Stationen dieser Waffenarsenale. Ein weiteres Sicherheitsrisiko durch eigene ABC-Waffen bzw. durch Massenvernichtungswaffen überhaupt besteht darin, durch deren Besitz eine Bedrohung für die ganze Welt darzustellen, was andere Länder dazu zwingt, noch mehr oder gleichermaßen aufzurüsten.

Es gilt daher – genau wie auch in der Geldwirtschaft –, einen Gang herunter zu schalten von diesem explosiven Wettrennen um diese leidige Vormachtstellung, die andere nur unnötig provoziert. Nur wer selbst nicht provoziert, kann den inneren Anspruch erheben, nicht von anderen „angemacht“ zu werden. Aber zugegeben; von inneren Ansprüchen allein ließe sich ein Land nicht verteidigen. Daher sollen hier alle Angriffswaffen vernichtet und alle zukünftigen Gelder der Steuerzahler für die Verteidigung in reine Verteidigungswaffen ausschließlich konventioneller Art investiert werden, sprich in den Frieden mit den Völkern, die sich daran ein Beispiel nehmen könnten. Diese Verteidigungswaffen sollen in allen Bundesländern einerseits und ringsum in der Nähe der Staatsgrenze insgesamt stationiert sein, aber grundsätzlich unter dem alleinigen Kommando des Bundes stehen, es sei denn für den Fall, daß Gefahr im Verzuge ist und die Verbindung mit dem Oberkommando irgendwie gestört ist oder daß nachträglich Inkompetenz des Oberkommandos nachgewiesen werden könnte, quasi vor dem Kriegsgericht. Diese Verteidigungswaffen können und sollen von höchst möglicher konventioneller Technologie sein, ja sogar bis hin zu einer Art „SDI“, also einem satellitenunterstützten Raketenabwehrschirm, einem „Krieg der Sterne“, sofern ein Feind diesen Krieg eröffnete. Besser ein Krieg der Sterne als ein Krieg auf Erden. Im übrigen sollen die Grenzen stärker „befestigt“ und hinsichtlich von Waffenschmuggel besser kontrolliert sein. Ferner sollen zahlreiche gute Schutzbunker zur Verfügung stehen. Die Soldaten usw. sollen reine Berufssoldaten, sprich Profis, sein.

Das Kronzeugenrecht

Mit dieser heutigen ständigen Aufrüstung der Überwachung der Bürger zum vorgeblichen Zwecke eines höheren Schutzes vor Terrorismus oder sonstiger Kriminalität von innen oder außen, wie z.B. durch Abhören von Telefonaten, Sichtkontrolle über Kameras, Durchsuchungen von Wohnungen, Leibesvisitationen oder gar einst zwangsweises Anschließen an moderne Lügendetektoren mit gesundheitsgefährdendem Zugriff auf das Gehirn, ist es nicht wesentlich anders als wie mit der ballistischen Aufrüstung der Polizei und des Militärs zu den gleichen vorgegebenen Zwecken: Woher weis man, ob die Verbrecher diejenigen, die vor den Kameras und vor den Waffen, oder diejenigen sind, die dahinter stehen, im buchstäblichen oder übertragenen Sinne? Woher weis man, ob nicht diejenigen, die hinter den Kameras und hinter dieser Überwachung, wie z.B. einst im Jahre 1984 in der DDR, stehen, nur darauf warten, daß bislang unbescholtene Bürger plötzlich zu „Staatsfeinden“ werden, indem sie sich beispielsweise wegen Obdach- und Mittellosigkeit einfach an den Straßenrand setzen wie zum „Sitzstreik“ oder sich gar noch aus Notwehr, also zur Abwendung einer unmittelbaren Hungersnot, eine Birne von einem Obstbaum – falls vorhanden –, der ihnen nicht gehört, pflücken wie ein „Dieb“, um damit – im Extremfall – eine automatische „Selbstschußanlage“ gegen ihre Person in Betrieb zu setzen, wie als gerechte Strafe für „Straftäter“? Gab es etwa früher, im Paradies, in der sogenannten „Steinzeit“, Bäume, die irgendjemandem gehörten, außer Gott? Ist das etwa der Grund, warum manche „große“ Menschen der Geschichte sich haben einreden lassen, sie seien mehr als nur ein Mensch, nämlich eine Art Gott, dem alles gehört? Wahrscheinlich.

Nein, das, wovor wahre Verbrecher, d.h. vor allem Hintermänner, Anstifter, Förderer eines vorzeitigen Weltuntergangs, wie durch Befürwortung oder gar Finanzierung von Krieg, Terror

und Umweltzerstörung, – wenn überhaupt – Angst haben und was sie daher abschrecken könnte, sind keine Kameras, Waffen oder Zuchthäuser ohne Decken, die sie selber bauen, sondern ist: Gesang! Oder einfach ein Pfeifen! Ein Verpfeifen! Ein Verpiffenwerden! Ein Verpiffen- und zur Rechenschaft gezogen werden! Nichts anderes! Will sagen: Man könnte theoretisch einen Unschuldigen noch so lange und perfide foltern, wie auch schon durch ellenlange demütigende Verhöre, wie einst im Stasi-Gefängnis namens „DDR“ („Deutsche Demokratische Republik“), wo man – ähnlich wie heute – nur eine Partei wählen konnte; man würde dennoch nicht die Wahrheit aus ihm heraus treiben können, sondern allenfalls Lüge erfahren, wie daß er schuldig sei, wenn er die Qualen nicht mehr ertrug, verzeihbar. Das Problem ist einfach, daß man mit Gewalt per se nicht die Wahrheit aus einem Schuldigen heraus bekommen kann, weil halt die betreffende verdächtige Person auch vollkommen unschuldig sein könnte, was man als Außenstehender, als „Outsider“, eben nicht weiß, sonst bräuchten die Verhörer ja nicht danach zu fragen. Und einen Unschuldigen zu quälen, wäre einfach nicht gerecht. Von daher kann im Grunde die Wahrheit über die mögliche Schuld einer Person, der man durch äußerliche forensische Indizien oder „Beweise“ nichts nachweisen kann, nur auf freiwilliger Basis herausgefunden werden, wie z.B. dadurch, daß sie sich selber der Polizei stellt und ihr gegenüber ein volles glaubwürdiges Geständnis ablegt oder daß „Insider“, die aussteigen wollen, um der Gerechtigkeit zu helfen, diese Person bei der Polizei anzeigen würden, so wie man dieses ja auch von normalen rechtschaffenen Bürgern, die etwas bemerkt haben, erwarten würde. Aus diesem Grund empfiehlt das Bürgerkapitalsystem, auch zur Verringerung von Wirtschaftskriminalität, ein Kronzeugenrecht, nach dem Straftäter, die sich selber stellen, eine halbe und Straftäter, die sich selber stellen und zur Aufklärung von organisierter Kriminalität effektiv beitragen konnten, eine volle Straffreiheit erhalten würden.

Das Wahlrecht

Nicht nur der Vollständigkeit halber sei auch an dieser Stelle nochmals erwähnt, daß sich das Bürgerkapitalsystem grundsätzlich, d.h. solange nichts besseres bekannt und anerkannt, zur Demokratie als System der politischen Willensbildung zum Wohle des Volkes bekennt. Nur erscheint es angesichts zunehmender Wählerverdrossenheit einerseits und – objektiv betrachtet – zunehmender wirtschaftlicher wie sozialer und auch staatsfinanzieller Schwierigkeiten, die heuer zum Teil auch von Politikern eingeräumt werden, andererseits fraglich, inwieweit die heutige moderne Form von Demokratie, wo nicht – wie z.B. noch in der griechischen Antike – unbefangene Bürger die Parlamente und politischen Versammlungen (Volksversammlung), besetzen, sondern quasi miteinander bzw. gegeneinander konkurrierende Berufspolitiker, noch dem Anspruch einer „Demokratie“, zu deutsch „Volksherrschaft“, wirklich gerecht werden kann. Denn faktisch entscheiden heute über Gesetzesvorlagen der Bundesregierung, des Bundesrates oder aus der Mitte des Bundestages lauter politische Gegner, auch und vielleicht gerade aus der Mitte der eigenen Partei. Dieser Umstand ist zwar nicht zwingend notwendiger Weise, aber tendenziell kontraproduktiv, weil „antipodisch“ und könnte im schlimmsten Falle dazu führen, daß irgendwann nur noch Vorschläge zur Erhöhung der „Diäten“ noch vor dem Jüngsten Gericht verabschiedet werden. Denn damit würden aus Sicht eines politischen Gegners gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen gibt's mehr Geld für die Politiker und zum anderen blamiert sich vor allem derjenige beim Volk, der diesen Vorschlag gemacht hatte. Vorschläge jedoch, die dem Volk gefallen könnten, wie z.B. jener eines Mindestlohns nicht nur in der Baubranche oder gar eines Bürgergeldes für alle Bürger ohne Unterschiede oder Bedingungen, könnten dem politischen Kontrahenten u. U. Ruhm und Ansehen beim Volk einbringen. Und was dann? Die eigene politische

Karriere an den Nagel hängen und selber nur Bezieher eines Bürgergeldes sein? Will sagen: Die Mitglieder je einer bestimmten Partei sind – wenn auch vielleicht nur unbewußt – gegenüber Mitgliedern anderer Parteien und u. U. auch der eigenen Partei nicht unbefangen, sprich befangen. Dieses hat auch bereits die antike Geschichte mehr als nur ein Mal eindrucksvoll gezeigt, meist mit verheerenden Auswirkungen für das Volk. Denn was tun, wenn ständig wichtige, ja dringlich erforderliche Gesetzesänderungen (Novellen) oder regelrechte Neuregelungen von quasi systembedingt mißgünstigen Neidern, die selbst fast aus allen Nähten platzen, aber den Ärmsten nicht einmal einen Ein-Euro-Job auf Dauer oder wenigstens sehr langfristig zusichern, notfalls irgendwo im einfachen Staatsdienst, blockiert werden? Man sieht doch bereits mit bloßem Auge, daß mindestens in den Großstädten genug Arbeit schon auf den Straßen liegt, in Form von Müll. Also woran liegt das?

Nun, diese gewisse Lähmung der heutigen Politik, die auch und immer häufiger von Politikern selbst beklagt wird, die mit guten Ideen und Vorlagen einfach partout nicht durch das Dickicht der vielen erforderlichen Stellungnahmen, Prüfungen und Abstimmungen im Bundesrat und Bundestag und zurück usw. durchkommen oder durchgekommen sind und schließlich irgendwo mehr in der Bedeutungslosigkeit innerhalb der Politik verschwunden sind, liegt nicht so sehr an dem Modell der Demokratie an sich, sondern vielmehr an einer mangelnden Neutralität oder Unbefangenheit der im Parlament Abstimmungsberechtigten. Daher empfiehlt das Modell des Bürgerkapitalsystems – auch hier wiederum völlig unverbindlich – optional, d.h. als Alternative im Zweifel, die Ernennung der Abgeordneten zu Berufsdemagogen, die für gutes, aber nicht übertriebenes Gehalt bei Bundesangelegenheiten, also zur Erörterung von (neuen) Bundesgesetzen, nur im Bundestag und bei Landesangelegenheiten nur im Landtag vor Publikum, und zwar vor dem Volk

anhand einer Anzahl von mindestens 500 zufällig ermittelten oder an den betreffenden aktuellen Themen besonders interessierten Bürgern mit Wahlberechtigung, reden dürfen, wenn sie wollen bzw. wenn eine Gesetzesvorlage von ihnen oder aus der Mitte des Bundes- oder Landtages, sprich aus der Mitte des Volkes, eingebracht wurde, während der Bundesrat alsdann im Sinne einer ersten „beratenden“ Instanz zuvor „nur“ die Zuständigkeit des Bundestages oder Landtages und die Verfassungstreue, mindestens in bezug auf die Unversehrtheit des Föderalismus und der Artikel 1 und 20 der Verfassung des Grundgesetzes, zu überprüfen hätte, anhand einer von ihm auszufertigenden Stellungnahme, gegen die gegebenenfalls einmalig Widerspruch vor Gericht, wie dem Bundesverfassungsgericht o.ä., erhoben werden könnte. Geht jedoch die Gesetzesvorlage ohne Beanstandung durch den Bundesrat durch, so lächerlich, absurd, wichtig oder irrelevant sie auch immer erscheinen mochte, so soll schließlich per Abstimmung ausschließlich das Volk durch direkte und ständig wechselnde Volksvertreter, die jeweils nur ein einziges Mal alle vier Jahre an einer direkten Sachentscheidung mitwirken dürften, um allmähliche Bestechlichkeit zu vermeiden, und die auch (geringes) Geld dafür bezahlen müssten, wie als Eintrittspreis zu einer Galavorführung, um Nassauer oder gar Anhänger von Sekten abzuschrecken, über das Schicksal je der betreffenden Gesetzesvorlage abstimmen, wie entweder durch geheime oder offene Wahl durch Handzeichen bzw. Hochhalten der betreffenden Sitznummer auf einer vom Podium aus gut sichtbaren Karte. Die Häufigkeit der Plenarsitzungen würde dann von der Vielzahl der ordnungsgemäß eingereichten Gesetzesentwürfe abhängen, wobei man eine zu große Flut derer durch Erhebung einer entsprechend hohen Gebühr, wie z.B. von 1.000 E. (Euro) für je einen Entwurf, der die Abschaffung, Änderung oder Neueinführung eines Gesetzes bzw. einer gesetzlichen Vorschrift vorsehen kann, bremsen, aber möglichst nicht völlig eindämmen könnte.

Was die Politiker, also die Demagogen, die nach dem Vorbild der antiken „attischen“ Demokratie in Griechenland nur reden, aber – logischer Weise – nicht über ihre eigenen Vorschläge abstimmen dürften, betrifft, so sollen diese hier wie vor einem Gericht entweder als Anwalt einer Gesetzesidee aus ihrer Mitte, der Mitte aller Politiker, gegen die Rede von gleicher Dauer quasi eines freiwilligen Gegenanwaltes aus dem Volk, oder als Gegenanwalt gegen die Rede von jeweils gleicher Dauer, gleicher Redezeit, quasi eines freien, nicht bezahlten Demagogen aus dem Volk, der eine Gesetzesvorlage eingebracht hätte, auftreten, bevor dann irgendwann das „Publikum“, d.h. grundsätzlich – Umstände halber – nur die anwesenden wahlberechtigten Bürger auf den Tribünen, durch zwischenzeitliche Befragung (alle zwei Stunden) durch den Sitzungsvorstand (Präsident des Bundestages oder Landtages) mehrheitlich signalisiert, daß es zu einer Abstimmung bereit ist, bevor dann unmittelbar anschließend die Schlußabstimmung durch die zivilen Volksvertreter, die „Tribüne“, die wie die Richter, die Schöffen oder die Geschworenen dieses „Volkstribunals“ völlig frei und allein über Sinn oder Unsinn des betreffenden vorgeschlagenen Gesetzes entscheiden sollen, erfolgen würde. Diese Entscheidung hätte dann zunächst einmal Rechtsbestand, bis zu dem Tage, wo durch Antrag eines Demagogen zur Abschaffung dieses Gesetzes und durch bestätigende Abstimmung des Tribunals jene Entscheidung quasi wieder rückgängig gemacht bzw. aufgehoben worden sein würde. Durchgefallene Anträge sollen aber je innerhalb einer Legislaturperiode von vier Jahren nur bei (unwiderruflicher) Zahlung der jeweils zehnfachen Antragsgebühr, beginnend bei 1.000 E. bei Ersteinreichung der Gesetzesvorlage, erneut gestellt werden können, um Belästigungen des Tribunals zu vermeiden. Nach vier Jahren jedoch sind die Kosten jeweils wieder normal. Die Staatsdemagogen, die Politiker, sollen im Prinzip wie sachverständige Staatsanwälte die Diskussion im Parlament bereichern und sich wie bisher vom Volk alle vier Jahre wählen lassen.

Die Weltwirtschaftsunion

Das heutige Problem der sogenannten Globalisierung, sprich der Öffnung der wirtschaftlichen Grenzen zwischen den einzelnen Ländern, besteht im Grunde just in dem des Kapitalismus selbst. Oder anders gesagt: Bevor man ein Wirtschaftssystem in die ganze Welt exportiert, sollte es erst einmal im stillen Kämmerlein, sprich im eigenen Lande, ausprobiert worden sein. Dieses ist nicht nur in Deutschland hinreichend geschehen, mit dem vorhersehbar gewesenen Ergebnis: Es funktioniert nicht! Mag der Kapitalismus, also der kompromißlose nicht soziale (asoziale) Weg einer Gewinnmaximierung allein in materieller Hinsicht, zwar als ein ideales Spiel zur Ermittlung eines Siegers und vieler Verlierer, wie an einem Pokertisch, wo viel geblufft, geschoben, „gecallt“, gesetzt und gewonnen oder verloren wird, mit guten oder schlechten Karten, durchgehen; aber als ein auf Dauerhaftigkeit ausgerichtetes Wirtschaftssystem taugt er per se nicht. Er kann halt nicht sicherstellen, daß jeder (Staat oder Bürger) immer wieder mindestens einen Grundeinsatz zur Verfügung hat. Das Geheimnis eines ewig andauernden Pokerturniers wäre schlicht eine Umlaufsicherung der Spielchips, wo bei jeder Runde, nach jedem Spiel, jeder Spieler eine bestimmte gleiche prozentuale Abgabe (Steuer) von seinen gesamten Chips leisten müßte, deren Gesamteinnahme anschließend durch die Anzahl aller Spieler geteilt und zu exakt gleichen Teilen je als Grundeinsatz an diese wieder verteilt würde. Mit diesem Grundeinsatz könnte jemand, der nur diesen Grundeinsatz hätte, immer wieder alles „auf eine Karte“ setzen, also „All in“ gehen, ohne dadurch – wie heute in der „freien“ Wirtschaft – seine Existenz und damit praktisch sein Leben aus Spiel zu setzen, wie beim Russischen Roulette. Dieses würde zum Vorteil insbesondere der noch jüngeren oder quasi kleineren Teilnehmer eines solchen „Turniers“. Denn auf diese Weise könnten sie – anders als wie heute in der „freien“ Wirtschaft – wagen, in Konkurrenz

zum Großhandel bzw. zur Monopolwirtschaft zu treten, die sonst die einzige wirtschaftliche Kraft wäre, die sich ohne existenzielle Gefahren Fehlinvestitionen leisten könnte, wodurch sich ihre Vormachtstellung anhand erheblicher Kapitalreserven weiter verfestigte, ähnlich wie beim Poker ohne Umlaufsicherung der Chips (des Kapitals), quasi ohne Sozialversicherung, einem Pokerspiel, das ganz zwangsläufig seinem eigenen Ende entgegen läuft, insbesondere natürlich bei ständiger Leistung aller je eines Grundeinsatzes, der jedem, der nicht hin und wieder mal gewinnt, allmählich die Haare vom Kopf frißt, vergleichbar der heutigen Wohnungsmieten und sonstigen unumgänglichen Lebenshaltungskosten je eines Bürgers, der so ohne Verschulden allmählich in die Enge getrieben wird, im wahrsten Sinne des Wortes, siehe die immer engeren, weil immer kleineren Wohnungen fürs gleiche Geld, bei aber ständig geringeren Einkommen für gleiche oder sogar höhere Arbeit. Man könnte dazu sagen: Was nützte einem fleißigen Arbeiter schon seine finanzielle Bescheidenheit in bezug auf einen geringen Lohn, wenn er davon nicht einmal mehr eine kleine Ein-Zimmer-Wohnung von wenigstens 50 m² bezahlen könnte? Der Punkt ist einfach: Wenn der Lohn für normale Arbeit nicht für einen normalen Lebensunterhalt ausreicht, dann ist er nicht authentisch! Denn bereits der normale ursprüngliche Lohn der Natur in Naturalien für normale Arbeit in der Natur, wie durch Jagen und Sammeln oder einfache Landwirtschaft, reichte und reicht per se aus für je einen normalen Lebensunterhalt. Dieses ist eine historische Tatsache; sonst hätte die Menschheit die Millionen von Jahren angedauert habende Steinzeit nicht überlebt. Die Menschen müssen daher damals tatsächlich in einer Art Paradies gelebt haben, deren Reichtum – trotz aller möglichen Widrigkeiten der Natur – vor allem darin bestand, nicht betrogen worden zu sein. Denn jeder einzelne war zwar aufgrund einer gottgegebenen Geselligkeit, also Neigung zur Bildung von Gruppen (Gesellschaften), Teil einer Gemeinschaft, aber dennoch jederzeit unabhängig, da stän-

dig in der Lage, notfalls auch alleine des Weges zu gehen und sich alleine zu versorgen. Dem ist aber heute nicht mehr so, da es praktisch keine freie Natur mehr gibt, sondern nur noch Personen, Firmen oder Staatsapparate, die behaupten, alleinige Eigentümer der Natur zu sein, ein Sakrileg. Daher bedarf es heuer, wo es scheinbar kein Zurück zu einer völlig freien Natur mehr gibt, wenigstens, quasi ersatzweise, einer Art Sozialpoker, wo sich die Reichen ihren hohen Besitz immer wieder durch neue Leistung gegenüber den Besitzlosen, die faktisch immer noch Eigentümer ihres Anteils an der Welt sind, verdienen müssen, wenn sie ihren Kapitalüberschuß, wie in der Hauptsache Bodenüberschuß, nicht abtreten wollen und solange die Besitzlosen dieses akzeptieren, indem diese eine Art von Miete auf das von ihnen verliehene Kapital annehmen. Alles andere ergibt keinen rechten Sinn und ist lediglich eine Form von Abtreibung.

Dieses „soziale Poker“ könnte so für alle ewig, d.h. jeweils bis zum regulären Alterstode, gehen, ohne aber daß deswegen nicht zwischenzeitlich eine Art Sieger gekürt werden könnte. Der Tagessieger wäre just derjenige, der am Ende eines Spieltages die meisten Chips vorweisen kann, der Wochensieger just derjenige, der am Ende einer Woche die meisten Chips vorweisen kann, usw., usw.. Und als Belohnung gäbe es dafür just ein Küßchen und vielleicht auch ein Baby von einer anwesenden Dame, die damit freiwillig ihre Begeisterung für den betreffenden erfolgreichen Spieler zum Ausdruck bringen würde, praktisch so wie im wirklichen Leben, nur mit dem Unterschied: Das Leben geht auch für die anderen weiter, auch wenn sie vielleicht wegen minderen Erfolges zeitlebens alleine blieben und gewissermaßen ausstarben. Auf diese Weise würden sich auf humane Weise tendenziell nur die stärkeren Spieler fortpflanzen, um so allmählich und nicht durch einen gewaltsamen Leistungsdruck für eine Weiterentwicklung und Erhöhung der „Kunst und Kultur“ zu sorgen. Eine Erhöhung der Leistung der Menschen muß und

darf nicht durch direkte oder indirekte Androhung der Todesstrafe durch Erhängen oder Verhungern (lassen) bewirkt werden! Der „Sportsgeist“ der Menschen, den die Tiere so nicht kennen, führt ganz von alleine zu einer ständigen Verbesserung der Leistung, ohne daß also künstlich Druck gemacht werden und der natürliche Arbeitswille des Menschen ad absurdum geführt werden müßte, durch allzu ungerechte Verteilung der Erfolge dieser Leistung insgesamt. Der Kommunismus bremst und unterdrückt den Willen zur Leistung durch Gleichmacherei, und der Kapitalismus erpresst ihn durch Sklaverei. Beides kann nicht dauerhaft gut gehen, weder national, noch international. Der Kapitalismus ist grundsätzlich die bessere Wirtschaftsform, da er durch Androhung hoher Belohnungen, statt Strafen, für hohe Leistung zu mehr Leistung insgesamt führen kann. Nur vergaß er, durch Einfügen einer Sicherung ein allzu weites Auseinanderklaffen der Kapitalschere der einzelnen Bürger wie – bei Globalisierung – ganzer Staaten zu verhindern.

Einen Ausweg aus dieser Problematik scheint es nur entweder durch ein völliges Zurück aus oder Hin zur Globalisierung zu geben. Ein Zurück aus der Globalisierung würde in letzter Konsequenz bedeuten, die wirtschaftlichen Grenzen wieder völlig zu schließen, falls diese jemals völlig geschlossen waren oder hätten geschlossen sein können, was man ja durchaus bezweifeln kann. Denn Bargeld und Ware könnte ja immer irgendwie die Grenze passieren, wenn auch vielleicht nur je in kleinen Mengen, immerhin. Aber selbst wenn es – ähnlich wie in der damaligen DDR – gelingen könnte, einen wirtschaftlichen Austausch fast völlig zu verhindern, so wäre es noch die Frage, wie sinnvoll und vorteilhaft dieses für ein Volk letztlich wäre, angesichts der Tatsache, daß ja durchaus auch andere Länder schöne und wichtige Produkte anzubieten haben. Es wäre doch, so gesehen, schade, wenn nicht ein reger Austausch von Ware auch über die Landesgrenzen hinweg stattfinden könnte. Zwar wäre es u.U.

möglich, je einen reinen Warenaustausch – Ware gegen Ware – und nicht – Ware gegen Geld – zu celebrieren; jedoch würde dieses bedingen, daß jedes Land immer etwas Gleichwertiges anzubieten hätte. Nicht aber einmal diese Form einer materiellen Gerechtigkeit durch absolut gleichmäßige naturgegebene Verteilung der Rohstoffe usw. über den gesamten Globus ist von Grund auf gegeben, geschweige also denn, daß obendrein in jedem einzelnen Land von allen Gütern der Erde je ein anteilsgerechter Teil vorkam, geschweige denn auf jedem einzelnen Bürgergrundstück. Aber dann wäre ja auch eine Wirtschaft, d.h. also ein System zum gegenseitigen Austausch, aber auch und nicht zuletzt zur möglichst sozial- wie leistungsgerechten, quasi „elliptischen“, Verteilung der Güter des Landes oder gar der Welt unter den Ländern sowie natürlich auch und insbesondere unter den Bürgern, um die es letztlich geht, nicht erforderlich.

Insofern wäre eine Schließung der wirtschaftlichen Grenzen eigentlich nur für diejenigen Länder ohne (größeren) Nachteil, die selbst immer eine eigene gute Agrarwirtschaft vorzuweisen hätten, quasi wie ein Koala Bär, der sich just mit der Ernte von Blättern seines Eukalyptusbaumes begnügt. Für die anderen verblieben dann nur Dinge wie Öl, Gas oder sonstige relativ ungenießbare Schätze der Erde. Will sagen: Gerade weil eben nicht in jedem Land der Welt köstliche Weintrauben usw. zu je gleichen Anteilen wachsen, führt an einer vernünftigen Weltwirtschaft eigentlich kein Weg vorbei, die aber unbedingt auch – genau wie das Bürgerkapitalsystem innerhalb eines Landes – eine soziale Komponente, ja eine Sozialversicherung für alle teilnehmenden Staaten wie Bürger haben müßte. Denn genau wie auch im Kleinen zwischen einzelnen Bürgern könnten nicht immer und für alle Zeit alle Länder der Erde wenigstens ein einziges von anderen Ländern begehrtes Produkt, wie z.B. eben Öl, zum Tausch anbieten, geschweige denn, daß sie sich bereits mit Nahrungsmitteln vollständig und zufriedenstellend selbst versorgen

könnten. Die Erde bietet – weltweit gesehen – von allem ein Bißchen, aber der kleinste Ort der Erde, wo von allem ein Bißchen vorkommt, ist die Erde selbst. Insofern ist eine gemeinsame Wirtschaft der Welt, in der praktisch jeder (gerne) von allem ein Bißchen haben möchte, nicht nur wünschenswert, sondern letztlich auch für alle überlebenswichtig! Denn, was sollen denn z.B. Staaten tun, die quasi ausschließlich über tropischen Regenwald verfügen, der keine Nahrungsmittel für Menschen abwirft, aber frische Luft für die ganze Welt produziert, wenn sie Umstände halber für diese Luft kein Geld von den anderen Staaten verlangen können? Den Wald abholzen? So wie es derzeit geschieht? Dann aber wird die Welt ersticken, weil Bäume nicht schnell genug nachwachsen, wenn überhaupt noch bei der heutigen Umweltverschmutzung! Der „saure Regen“ erreicht auch noch die entlegensten Winkel dieser Welt! Und was dann, wenn alles kaputt ist? Feststellen, daß man sich geirrt hat?

Es bedarf einfach einer rechtzeitigen globalen Einigung darüber, nicht um jeden Preis der Welt, d.h. nicht um den Preis einer Zerstörung der Natur, von der ja letztlich alle leben, eine quasi landesuntypische Produktion zu verfolgen. Dazu gehört dann aber auch – gewissermaßen als Entschädigung – eine Zusicherung bestimmter regelmäßiger Finanzmittel für jeden Staat, von denen alle dortigen Bürger wenigstens immer ein Lebensminimum nach internationalen Maßstäben bestreiten könnten und wovon auch der jeweilige Staatsapparat immer einen Grundhaushalt decken könnte. Alles, was dazu im Grunde nur zu tun wäre, ist, das vorgeschlagene Bürgerkapitalsystem just global zu betreiben, was lediglich soviel bedeuten würde, daß die teilnehmenden Staaten sich in ausnahmslos jeder Hinsicht als Bundesstaaten einer Art „USW“, „United States of the World“, begreifen, sprich sich einer gemeinsamen Notenbank und einem gemeinsamen Präsidenten jeweils für vier Jahre unterstellen, würden, ohne aber deswegen ihre Souveränität hinsichtlich nunmehr quasi

bundesstaatlicher Entscheidungen der Innenpolitik zu verlieren. Die Finanz- und Rechtsabwicklung wäre dann wie gehabt im Bürgerkapitalsystem, so als wäre die Welt von vornherein ein einziges Land mit einem einzigen Geld, einem einzigen Gericht und einer einzigen Polizei gewesen. Das Wichtigste aber: Ein einziges gemeinsames Steuersystem! Es soll so vor allem verhindert werden, daß der marktwirtschaftliche Wettbewerb, der ja so wichtig ist, einzig und allein dazu führt, daß die verschiedenen Staaten – wie heute – in einen gegenseitigen Wettbewerb der billigsten, geringsten Steuern, die sie von den kleinen und großen „Global Playern“ der Welt verlangten, treten, nur aus Sorge um genügend Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung. Insofern versteht sich die USW als eine globale Versicherung gegen Ausbeutung der Staaten durch erpresserische Standortpolitik der privaten Unternehmen, egal welcher Nationalität. Es soll so keine Rolle mehr spielen, wo innerhalb der USW die Unternehmen ansässig sind, da ohnehin alle Steuererlöse der USW brüderlich unter den einzelnen Mitgliedsstaaten aufgeteilt würden, je nach Größe, d.h. je nach Größe der Zahl der Einwohner des betreffenden Staates, damit nicht kleinere Staaten überverteilt würden. Wichtig dabei ist vor allem die regelmäßige Zahlung des Bürgergeldes an die Privatbürger, nach den Regeln des Bürgerkapitalsystems, da es nur so auch den einzelnen Privatbürgern der verschiedenen Länder an sich irgendwo egal sein könnte, wo genau die Produktion von Waren stattfindet, die sie sich dann für ihr Geld quasi von der Zentrale der Produktion, wie z.B. aus Europa, liefern lassen könnten, sofern und soweit sie keine eigene in ihrem Lande haben. Die wunderschönen, naturreichen Länder dieser Welt haben ja so immer mindestens ei-ne eigene Produktion, nämlich die hinsichtlich des möglichen Tourismus. Es muß also nicht buchstäblich jedes Land ein Agrarland, ein Autoland oder ein Computerland sein. Denn das ist die wahre Arbeitsteilung, nämlich wenn jedes Land sich auf die Produktion desjenigen Produkts spezialisieren und konzen-

trieren kann, von dem es am meisten versteht oder naturbedingt hat, um die Überschüsse dieser Ware dann mit den Überschüssen anderer Waren der anderen Länder zu tauschen, sodaß im Idealfall anschließend jedes Land von allen Gütern der Welt gleichermaßen viel hat. Da aber eben auch der Tourismus keine ewig sichere Bank ist, die auch das ganze Jahr über immer gute Zinsen zahlt, bedarf es letztlich in der Tat einer nicht nur nationalen, sondern internationalen Umlaufsicherung des Kapitals im Sinne schlicht einer Versicherung gegen Flaute, Krisen, saison- oder katastrophenbedingten Konjunkturschwächen der Wirtschaft usw.. Eine solche Grundumlaufsicherung des Kapitals wie die nach dem Bürgerkapitalsystem stellt in dem Sinne keine (ungerechtfertigte) Bereicherung möglicherweise leistungsschwächerer Bürger oder Staaten dar, sondern bildet das unabdingbare Fundament zum gemeinschaftlichen Bau und Erhalt eines humanwirtschaftlichen Hauses der Gemeinschaft der Welt, zur Ausgestaltung dessen jeder nach seinen Kräften und Interessen mitarbeiten kann, aber nicht in dem Sinne muß. Es genügt per se der freie Wille jedes Menschen und Staates, etwas an der Weiterentwicklung und Verschönerung der Welt mehr in qualitativer, denn quantitativer Hinsicht beizutragen, soweit die Kräfte und Möglichkeiten reichen. Die Kräfte der Menschen sind in der Regel überall vorhanden, nur fehlt es oft an der Möglichkeit, sprich am Geld. Denn ohne Geld geht gar nichts in einer Welt, wo praktisch alles auf das Geld als Zahlungsmittel ausgerichtet ist. Der Geldstrom darf weder national, noch global jemals völlig abreißen, nur weil vielleicht aufgrund einer großen Überschwemmung (Tsunami) nicht einmal mehr der Tourismus im Lande für ausreichende Ernährung der Bürger sorgen kann. Es ist eine Schande, wenn einzelne Menschen oder ganze Staaten im Falle einer Mittellosigkeit bei anderen um Almosen oder gar Kredite betteln müssen, wie z.B. bei der Weltbank. Die Weltbank war von je her der Versuch einer globalen Versicherung gegen, nicht Ausnutzung solcher, Notfälle.

Der Vorteil für Unternehmer

Was wäre ein Gesellschaftssystem, welches nicht auch die Belange und Interessen einer freien privaten Wirtschaft berücksichtigen würde? Richtig! Kommunismus! Aber abgesehen einmal davon, daß der Kommunismus im Vergleich zu dem, was man heuer quasi im „wilden Westen“ unter der „freien Wirtschaft“ vorfindet, durchaus gewisse Vorteile haben mag, er aber gewissermaßen das Kind mit dem Bade ausschüttet, ist die mehr oder weniger freie Marktwirtschaft nicht etwa nur eine von vielen möglichen Varianten des gesellschaftlichen Zusammenlebens, sondern der geradezu ideale und wahrscheinlich auch naturgegebene Motor zur Produktion eines theoretisch unendlichen Wohlstandes der Menschen, sowohl in zeitlicher als auch qualitativer Hinsicht. Wie bei allen Motoren muß aber auch hier zur Beibehaltung einer sauberen Drehung darauf geachtet werden, daß er nicht „unwuchtig“ wird, damit er nicht irgendwann „absäuft“. Aus diesem Grund stellt das vorgeschlagene Bürgerkapitalsystem einen für alle marktwirtschaftlichen Systeme sehr großen Vorteil dar. Denn es verhindert auf geradezu unmerkliche Weise ein für alle Teilnehmer schädliches Unwuchtigwerden der Wirtschaft, indem größere, quasi brachliegende, weil nicht arbeitende, Geldbeträge immer wieder stückweise auf die Masse der Verbraucher verteilt werden, wodurch die allgemeine Kaufkraft und Nachfrage, die ja tendenziell eher von unten, wo noch Wünsche offen sind, gestellt wird, dauerhaft erhalten bleiben. Oder anders gesagt: Die Händler haben immer wieder Kunden! Dieses wird insbesondere und absichtsgemäß zum Vorteil neuer und kleinerer Betriebe, die sich vergrößern wollen, sprich die Geld investieren und sich nicht auf dessen Besitz ausruhen wollen. Denn wer viel und rechtzeitig investiert, hat hier die größten steuerlichen Vorteile. Dieses erhält die Aktivität und den Wettbewerb der privaten Wirtschaft, der für immer bessere Leistung der Wirtschaft zum Wohle der Allgemeinheit sorgt.

Die simple Mathematik

Die mit dem Bürgerkapitalsystem vorgeschlagene Geldsteuer besteuert zwar immer wieder auch die in der Vergangenheit schon bereits versteuerten Rücklagen des Geldvermögens; dafür ist sie aber auch entsprechend niedrig im Prozentsatz. Es ist halt nur eine etwas andere Form der Besteuerung, die das Sparen benachteiligt und die Investition und das Kaufen fördert.

Die Logik der Vorteile

Die Logik der Vorteile des vorgeschlagenen Systems besteht in dem Abbau der Nachteile, die sich ergeben, wenn Wirtschaft zur Einbahnstraße wird, sprich wenn das Geld nicht mehr rotiert, wenn es nicht mehr – so wie Wasser – einen ständigen Kreisprozeß vollzieht, sondern nur noch in eine Richtung geht und somit immer mehr außer Reichweite des größten Teils der Bevölkerung gerät. Das Geld setzt Kräfte frei, die zwar grundsätzlich auch ohne Geld vorhanden sind, die aber ohne dem Geld als Finanzierung und nicht nur Belohnung von Leistung nicht ausreichend aktiviert werden. Das Geld soll sein wie die Magnete in einem Elektromotor, von denen man sich mal angezogen und mal auch wieder abgestoßen fühlt und sich dadurch schließlich in Bewegung setzt, wie auch die Gesellschaft insgesamt. Es darf nicht sein, daß manche sich zu sehr vom Geld angezogen fühlen und dadurch daran kleben bleiben und somit den Gesellschaftsmotor zum Stottern und schließlich „Schweigen“ bringen. Nein, das Geld soll in einem vernünftigen Rhythmus mal angezogen und mal wieder abgestoßen werden. Das Geld soll, kann und darf – genau wie das Wasser – nur Medium sein zur Produktion der eigentlichen Werte, wie Brot, Kuchen, Tassen, Teller, Häuser, Straßen, Fahrräder, aber auch Unterhaltung, Frieden und

Gesundheit usw., usw.. Auch immaterielle Werte lassen sich ja in der Regel nur von lebenden, also nicht verhungerten oder verelendeten, Menschen schaffen, austauschen und erleben, im wahrsten Sinne.

Zwar könnten theoretisch auch die Häuser usw. völlig ohne Geld und auch von jedem selbst gebaut und anschließend getauscht werden; doch das Geld erleichtert den Handel mit den verschiedenartigen Gütern und Produkten durch vorhergehende Bewertung der Waren anhand entsprechender Preisangaben bzw. Preisvorschläge erheblich. Je größer und anonymere eine Gesellschaft ist, desto wichtiger sind klare Bewertungen und Maßstäbe, nach denen sich jeder richten und auf die sich jeder und jederzeit berufen kann. Niemand möchte eigentlich lange auf dem Schwarzmarkt um den Preis einer Ware feilschen, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Dieses wird es aber insbesondere dann, wenn man als potentieller Kunde, als Verbraucher, ständig weniger Geld zur Verfügung hat. Letzteres zu verhindern, ist die eigentliche und vornehmste Aufgabe einer jeden Volkswirtschaft und Politik. Denn auch das Wohl der Reichen ist in Gefahr, wenn durch ein „Schweigen der Unschuldslämmer“ die Armut der Masse, des „Mopp“, auf die Spitze getrieben wird. Dieses mag auch mit ein Grund dafür sein, daß so viele Reiche gerne etwas spenden. Nur täten sie dieses lieber mit System, wie z.B. Steuersystem.

Das Glück der Starken

Ohne die Schwachen gäbe es nicht die Starken,
die davon profitieren. Das ist das Glück und nicht
die Kunst der Starken.

Der Nachteil des Systems

Der einzige nennenswerte Nachteil des vorgeschlagenen Systems, nämlich jener, daß das Geld nicht gut gleichzeitig als Tauschmittel und als Wertspeicher verwendet werden kann, ohne dabei wirtschaftliche Probleme zu verursachen, ist zugleich auch der einzige nennenswerte Nachteil des Geldes überhaupt. Dafür kann aber sozusagen dieses System genauso wenig wie all die anderen bisher praktizierten oder noch denkbaren Systeme einer Geldwirtschaft. Nur mag der Unterschied hier darin liegen – was auch Absicht ist –, daß die wirtschaftlichen Probleme, die jemand durch allzu exzessives Sparen von Geld, wie in einem riesigen Tresor, verursacht, nur diese Person selbst treffen, indem dann – und nur dann – relativ hohe Steuerbeträge von dieser Person bzw. von diesem Geld gezahlt werden müßten. Durch diese Rückführung der wirtschaftlichen Probleme, die durch zu erhebliches „Barsparen“ verursacht werden, auf den einzelnen – quasi nach dem Verursacherprinzip – kann davon ausgegangen werden, daß sich das Barsparen in bestimmten vertretbaren Grenzen aufhalten würde, zumal die absoluten Obergrenzen dessen ja schon von vornherein durch die spezielle Mathematik dieses Systems vorgegeben sind. Für den einzelnen sind diese Grenzen aber so weit gesteckt, daß sie ohnehin kaum innerhalb eines einzigen Menschenlebens voll ausgeschöpft werden könnten. Und das ist wiederum der Vorteil.

Die Schwierigkeit des Systems

..liegt eigentlich nur darin, seine Einfachheit zu verstehen. Die sonstigen Schwierigkeiten, wie die, die beispielsweise bei Einführung entstehen könnten, müßten halt irgendwie überwunden werden, genau wie die bei Inbetriebnahme einer neuen Waschmaschine. Es kommt auf die Vorteile unter dem Strich an.

Die Überwindung der Krümmung

Der einzige Haken an der ganzen Sache ist im Grunde nur die heute fast verständliche Krümmung der Banane, die auf Erden wächst und die die Menschen ja nur zu pflücken brauchen! Die Pflückrechte an der Banane, wie auch am Rest, müssen halt irgendwie gerecht verteilt werden, will man diesen ewigen Streit um die Früchte der Natur vermeiden. Ist dieses jedoch quasi aus „organisatorischen“ Gründen nicht gut möglich, so könnte der Gerechtigkeit auch über eine stärker sozialorientierte Verteilung der Pflück- bzw. Verkaufserlöse genüge getan werden, wenn schon nicht jeder sähen und ernten kann oder will. Vom Endergebnis her macht es jedenfalls keinen Unterschied, ob jemand durch Pflücken oder durch Kaufen an eine Banane gerät. Das Kaufen einer Banane kann durchaus auch als Pflücken betrachtet werden, so als wenn man – anstelle eines Feldes – per Telefon bestellt (Lieferservice). Gäbe es keine Leute, die einfach nur kaufen, anstatt selbst ein Feld zu bestellen, so hätten die Verkäufer nichts mehr zu bestellen, außer vielleicht den eigenen Obst- und Gemüsegarten zur Selbstversorgung. Die Schwierigkeit des Sozialen ist also nichts weiter als die erforderliche Einsicht vor allem der größeren Bananen, sich nicht länger gegen die Gravitation der sozialen Gerechtigkeit, aber auch der eigenen marktwirtschaftlichen Weitsicht zu erheben.

Die pauschale Buchführung

Pauschal gesagt, wird hier vermutet, daß der Betrag der vom Staat aufgenommenen Kredite in etwa dem Betrag der dem Staat durch Lücken des Abgabenrechts vorenthaltenen Einnahmen entspricht. Somit wäre nach Einführung des vorgeschlagenen Systems, das keine Lücke zuläßt, die vollständige Eigenfinanzierung des jährlichen Haushaltes von Bund, Ländern, Gemeinden, Kommunen und Menschen sichergestellt.

Was ist Investition?

Dem möglichen Argument der von der Geldsteuer unter Umständen stärker Betroffenen, diese Abgabe, die das Kaufen und die Investition gewissermaßen erzwingt, sofern man über dem Kapitaldurchschnitt liegt, sei speziell Großkapitalisten gegenüber „unfair“, weil eigentlich gar nicht notwendig, da man ja als Großkapitalist schon aus eigenem Antrieb heraus immer wieder bereit sei, Geld zu investieren und somit in den Umlauf zu setzen, könnte sehr leicht entgegnet werden, daß die Geldsteuer ja per se nur diejenigen in die Pflicht nahm, die jenes – aus welchen Gründen auch immer – nicht tun bzw. nicht getan hätten. Die Geldsteuer läßt jedem genügend Zeit, seine guten Vorsätze in bezug auf die beabsichtigten Investitionen auch tatsächlich umzusetzen. Anstatt aber blindwütig irgendwelche Anschaffungen oder Privateinkäufe zu machen, kann überschüssiges Geld auch angelegt werden, wie z.B. in Gold oder auf dem Sparbuch, also als Kredit an andere, ob als Privatmann oder Bankier. Auch das stellt hier eine Art von Investition dar, weil auch auf diesem Wege Geld wieder weitergeleitet wird, wenn auch nur zeitweilig. Die Geldsteuer stellt so in jedem Fall sicher, daß Investition passiert, sei es nun aus eigenem Antrieb oder nicht. Man nimmt so Großkapitalisten sogar endlich mal bei ihrem eigenen Wort, welches besagt, daß sie angeblich aufgrund ständiger Investitionen praktisch nie wirklich im Besitz, geschweige denn im Eigentum, von Geld sind. Insofern waren sie eigentlich auch gar nicht die von der Geldsteuer stärker Betroffenen und hätten somit keinen Grund, sich vor ihr zu fürchten oder sich über sie zu beschweren. Egal, wer auch immer – ohne Ansehen der Person – Geld auf der hohen Kante hätte und dieses zu lange dem allgemeinen effektiven Umlauf vorenthalten würde; er wäre mit einer der Betroffenen von dieser Steuer, die ja gerade wegen ihrer lückenlosen Konsequenz und „Unerbittlichkeit“ – im Kleinen wie im Großen – so human, weil gering für jeden einzelnen, wäre.

Das bessere Weihnachtsgeschäft

Fachleute könnten dem vorgeschlagenen System quasi einer Bürgergeldversicherung, die realisiert durch eine jährliche Miete auf das Geld in Höhe von 10%, vorwerfen, es habe den „brutalen“ Nachteil, daß dadurch insbesondere zur Weihnachtszeit von den Leuten sehr viel gekauft werden könnte, um Steuern zu sparen, da ja die „Geldsteuer“ (Geldmiete) immer direkt nach Weihnachten erhoben würde, wodurch dann aber halt die allgemeinen Warenpreise kurz vor Weihnachten ansteigen und kurz nach Sylvester wieder entsprechend fallen könnten, wo die Leute ja erst einmal plötzlich weniger Geld zur Verfügung hätten.

Dazu muß man aber – fairer Weise – sagen, daß dieser besondere Effekt zum Jahreswechsel ja ohnein, also auch schon ohne die Geldsteuer, halt durch das bekannte Weihnachtsgeschäft stets gegeben ist. Und es wäre auch schade, wenn dieses irgendwann nicht mehr in dem Maße der Fall wäre, wie durch schlechter werdende Zeiten aufgrund des Nachlassens der allgemeinen Kaufkraft. Insofern stellt dieser scheinbare Nachteil des Bürgerkapitalsystems – wie beschrieben – eigentlich keinen Nachteil, sondern den zwar nicht unbedingt nötigen, aber schließlich doch sehr schönen Vorteil einer gewissen, wenn auch quasi zufälligen, Absicherung und Verbesserung des Weihnachtsgeschäftes dar. Der Wirtschaft und den vielen (mehr) beschenkten Kindern und Erwachsenen könnte dieses jedenfalls nur recht sein. Man muß einfach auch als noch so strenger Kritiker irgendwo einsehen, daß vermutlich kein System der Welt in absolut jeder großen wie kleinen Hinsicht vollkommen glatt und rund sein kann, aber auch nicht unbedingt sein muß. In der Summe kommt es letztlich darauf an, daß mehr Vorteile als Nachteile erzielt werden bzw. daß die Vorteile größer sind als die möglichen Nachteile. Gemessen daran jedenfalls ist das Bürgerkapitalsystem ein Paradies, im Vergleich zur heutigen „Weltwirtschaft“.

ABSCHLIEßENDES:

Die Verantwortung der Gegenwart

Aus Sicht mancher christlicher oder sozialer Demokraten o. ä. mag die Lösung der Probleme dieser Welt vielleicht darin liegen, abzuwarten, bis diese Welt vorüber gegangen ist, wie z.B. durch eine Art von Sonnenfinsternis. Daß man aber auch selbst, und zwar hier und jetzt, etwas Aktives und Konstruktives dazu beitragen kann, diese Welt der hausgemachten Probleme zu verabschieden, wird von manchen dazu Abgeordneten vielleicht allzu leicht übersehen. Für sie besteht die Lösung nur in einer Art Abrechnung mit den Ungerechten am „Jüngsten Tag“, vor dem Jüngsten Gericht, falls sie an die Bibel und an Gott glauben. Wozu gibt es dann aber die weltlichen, irdischen Gerichte? Aber zugegeben; „Wo kein Kläger, da auch kein Angeklagter.“, wie ein altes Sprichwort sagt. Und so klagen die Leute lieber in der Kneipe, anstatt vor Gericht. Daß aber auch sie irgendwo zu den Ungerechten zählen, wenn sie in allzu demütiger und geduldiger Weise den Peinigern dieser Welt, die ja in der Regel auch nur Menschen sind, nahezu bedingungslos Gewähr leisten, wodurch andere mit geschädigt werden, wird ihnen vielleicht nicht recht bewußt. Sie handeln fast so, als würden ihre Kinder, die sie trotz allem in guter Hoffnung in die Welt setzen, bessere Möglichkeiten als sie haben, ihre eigene und die Armut vieler anderer zu beseitigen, wenn schon ihre Eltern nicht dafür gesorgt haben. Das ist Abschiebung der Verantwortung, Vererbung der Schuld (-en)! Der Grund, warum Gott nicht sichtbar eingreift, ist, weil er sehen will, ob und daß die Menschen selbst Verantwortung durch die gute Tat, ohne die nichts läuft, übernehmen!

Nehmen wir also Steine des Geistes und formen daraus durch friedlichen, aber beharrlichen, ja nervenden Widerstand gegen Unrecht Häuser, ja Schlösser eines Rechts, das nicht lediglich auf Hoffnung, Sehnsucht, Trauer oder Ohnmacht, sondern auf Glaube an uns selbst aufgebaut ist!

Die materielle Gerechtigkeit

Zur Befriedung der Welt, respektive zur Schaffung einer wenigstens materiellen Gerechtigkeit auf Erden, gibt es genau zwei Möglichkeiten: Entweder man teilt sich die Güter der Erde oder man teilt sich das Geld, wofür man diese Güter kaufen kann. Vom Endeffekt her macht es keinen Unterschied. Nur ist die Teilung des Geldes rechnerisch wie technisch die wesentlich leichtere Materie.

Die Bäume mitten im Wald

Theoretisch würde es genügen, wenn jeder eine Arbeit und Geld hätte. Wo ist dann aber das Problem? Arbeit könnte doch, wenn er wollte, bereits der Staat jedem geben, und auch Geld. Das Geld der Notenbank ist Geld vom Staat.

Die große Familie

Eine soziale Gesellschaft ist wie eine große Familie, in der die Jungen, Starken und Glücklichen stets mit den Alten, Schwachen und Kranken, die es immer geben wird, teilen.

Die Schizophrenie

Der Mensch ist schizophren: Erst baut er sich Maschinen, die seine Arbeit erledigen, und hinterher beschwert er sich über die hohe Arbeitslosigkeit.

Was ist Wissenschaft?

Seit Menschengedenken war und ist Wissenschaft nichts anderes als der Versuch des Menschen, aus Glauben Wissen zu machen, Wissen zu schaffen, wo vorher keines war, sprich der Versuch, sich die Welt durch „Sehen“ oder besser Verstehen zu erklären, indem man zwecks dessen möglichst die Wahrheit über alles Sichtbare und Denkbare herausfindet, wie natürlich insbesondere und gerade über Dinge, die nicht schon bewiesen und allgemein bekannt sind und dennoch eine große Rolle in unserer Welt spielen könnten, besonders natürlich für den Fall, daß nicht immer alles so ganz mit rechten Dingen zuzugehen scheint.

Insofern ist es eigentlich eine der wichtigsten wissenschaftlichen Fragen überhaupt und aller Zeiten, ob es Gott, „die unbekannte Größe“, gibt, völlig unabhängig zunächst einmal von der Frage, ob es aus theologischer Sicht statthaft ist, danach zu fragen oder gar zu forschen. Aber die Bibel selbst will dem Menschen helfen und antwortet darauf: „Ja, es gibt Gott, den Herrn!“ Überdies hinaus erlaubt, ja fordert die Bibel, das Wort Gottes, regelrecht das Forschen nach Gott bzw. nach dem Sinn seiner Worte. Gott will, daß man ihn fürchtet, also will er folglich, daß man sich seiner Existenz möglichst gewiss ist oder zumindest daran glaubt, worin aber insofern kein großer Unterschied besteht, als daß der Mensch ja nichts glaubt, von dessen Wahrheit er nicht überzeugt ist, ob zurecht oder nicht. Und nur das zählt: das Überzeugtsein! Das Glauben! Denn für ein regelrechtes „Wissen“ gibt es ohnehin niemals einen wirklichen Beweis, zumindest nicht hier und jetzt auf Erden. Alles könnte Wahrheit oder auch nur Trugschluß, nur eine Illusion, eine optische Täuschung (siehe Fata Morgana), sein. Jesus hatte einst die größten Wunder vollbracht, und dennoch wollte man ihm nicht glauben, daß es ihn und Gott gibt. Und irgendwo zurecht. Denn auch solche Wunder können noch keinen definitiven Beweis für irgendetwas

darstellen. Fast sogar im Gegenteil. Denn Wunder, die ja auch heute noch vorkommen, stellen ja – aus Sicht des Menschen – zunächst einmal alle bis dahin bekannten physikalischen Gesetze der Natur auf den Kopf. An was soll man dann noch glauben? An welches „Wissen“? Die volle Wahrheit über die Welt und über das Universum usw. ist wahrscheinlich wesentlich komplexer, als es sich der Mensch heute oder jemals vorstellen kann, was aber nicht zwangsläufig heißt, das deswegen nicht dennoch bestimmte „Dinge“ existieren. Schlicht aus diesem Grunde haben schon die ältesten irdischen Gerichte nur das für wahr genommen und als „erwiesen“ betrachtet, was sie anhand von Indizien, nicht von Beweisen, für glaubhaft hielten, wohlwissend aus Erfahrung, daß selbst die beste Zeugenaussage und selbst der beste Fingerabdruck noch keinen definitiven bzw. ausreichenden Beweis darstellen. Denn ein Zeugnis könnte – genau wie auch ein Fingerabdruck – gefälscht sein. Erst aus einer gewissen Summe von Indizien läßt sich schließlich eine gewisse Aussage treffen. Von daher ist die genaueste Feststellung und Auswertung von Indizien so wichtig. Die Bibel, der stille Schrei Gottes um Anhörung seiner Worte, liefert sowohl qualitativ, als auch quantitativ die schier unglaublichsten Indizien für seine Existenz. Man muß halt nur die richtigen, die göttlichen, Verse der Welt von den falschen, den satanischen, unterscheiden können. Dabei kann dem Menschen natürlich nur sein (hoffentlich vorhandener) Verstand helfen. Denn bekanntermaßen ist nicht alles, was glänzt, Gold. Oder anders gesagt: Auch die Existenz des Teufels, des Satans, der sich gern als Helfer im feinen Anzug tarnt, würde nur die Existenz Gottes bestätigen und umgekehrt. Denn Gott ist ja derjenige, der erst vor dem Teufel gewarnt hat. Faktisch macht es jedenfalls keinen sehr großen Unterschied, ob es den Satan tatsächlich gibt, oder „nur“ Satanisten. Aus streng wissenschaftlicher und kriminalistischer Sicht ist es jedoch relativ auffällig, wie viele Parallelen die teils sogar offen ausgesprochenen Ziele von Satanisten, die es nachweisbar gibt, zu den

Warnungen der Bibel aufweisen. Insofern ist auch die Existenz des Teufels nicht grundsätzlich von der Hand zu weisen und sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Zumindest wäre es fahrlässig, die Möglichkeit dessen nicht auch immer latent in Betracht zu ziehen. Die Warnungen der Bibel können jedenfalls in keinem Falle schaden, es sei denn, man ignoriert sie.

Was ist Terrorismus?

Der heutige Terrorismus dient
vor allem dem Zweck,
den Überwachungsstaat zu schaffen.

Der Überwachungsstaat aber
kann den Terror nicht verhindern, da er selbst
Terror darstellt und somit weiteren Terror auslöst,
denn: Wer Terror sät, wird Terror ernten.

Daher kann nur der Gerechtigkeitsstaat endlich den Terror
verhindern, sodaß kein (solcher) Überwachungsstaat
jemals erforderlich ist. Die Gerechtigkeit im
Inneren wie nach außen trocknet den Terror an
seiner Wurzel, der Ungerechtigkeit, aus.

Denn selbst der böseste Terror braucht immer
einen Grund zum Anlaß, einen „Feind“, sonst spielen
die menschlichen Helfer nicht mit. Gerechtigkeit
bedeutet jedoch nicht, auf eine Strafverfolgung von
mit normalen Mitteln erkannten Terroristen zu verzichten.

Der Mensch – Proband eines neuen Prinzips

Etwas sarkastisch, könnte man sagen: Der heutige „moderne“ Mensch ist absolut nichts neues; denn auch schon vor ein paar Hundert Millionen Jahren, insbesondere im Jura, lebte und regierte ein Wesen auf der Erde, das in schier grenzenloser Gier nach Macht durch mehr körperliche, statt geistige, Größe alles und jeden zerschlug, das oder der sich ihm in den Weg stellte, ohne jede Rücksicht auf das, wovon auch das Leben der Größten abhängt: das Gleichgewicht und Bestehen der Natur. Der Grund, warum die damaligen Tyrannen dennoch relativ lange überlebten, war, so gesehen, nur der, daß sie den technischen Fortschritt nicht kannten und sich keine Atombomben bauen konnten. Deshalb waren sie zwar barbarisch, aber immer noch relativ ungefährlich, was ihre Gesamtheit betrifft. Anders jedoch der Mensch. Der Mensch ist das erste Lebewesen auf der Erde, das sich selbst, also seine Art im Ganzen, eigenständig und vollständig auslöschen könnte, bereits heute. Aber irgendwie scheint „es“ darin keinen sonderlichen Sinn zu sehen. Und das zurecht. Denn was sollte schon die eigene Zerstörung für einen Sinn ergeben? Dennoch verbleibt die Frage, ob es nur eine Frage der Zeit ist, wann das menschliche Verantwortungsbewußtsein, das die Tiere nicht haben, aber aufgrund ihrer technischen „Behinderung“ auch nicht brauchen, in Verantwortungslosigkeit umschlagen und der Gebrauch der „Hightech“ außer (staatlicher) Kontrolle geraten könnte. Ist es etwa egal? Liebt der Mensch etwa sich selbst genauso wenig wie seinen Nächsten? Wenn ja, dann hätte das neue, das zweite, Prinzip versagt! Das Prinzip der Liebe! Woran liegt das? Woran liegt diese Rückentwicklung, hin zu körperlicher, materieller Größe, aber geistiger, charakterlicher Kleinheit?

Nun, diese heutige zunehmende Rücksichtslosigkeit mancher Menschen gegenüber sich selbst, anderen und der Umwelt hat –

wie so häufig – etwas mit ihrer und unser aller Vergangenheit zu tun, und zwar in diesem Fall mit dem, was vor dem Zweiten Prinzip da war, nämlich – logischer Weise – mit dem Ersten Prinzip. Während das Zweite Prinzip nicht nur, aber in der Hauptsache von Menschen (neben den Säugetieren) verkörpert wird, wurde das Erste Prinzip in der Hauptsache und quasi in der Krönung von den sogenannten Dinosauriern, diesen riesigen Fressmonstern der Urzeit im Kreide, Jura und Carbon in der Zeit von 65 bis ca. 400 Millionen Jahren vor unserer Zeit, repräsentiert. Es war das Prinzip des Hasses gegenüber sich selbst und seinen Nächsten, das Prinzip des Tieres, das es heute „eigentlich“ nicht mehr gibt, auch nicht mehr unter den heutigen Tieren, abgesehen vielleicht noch von den Haien und Krokodilen, den überlebt habenden Fossilien der Urzeit, die in der Not sogar ihre eigenen Kinder fressen sollen. Denn als Gott, der Schöpfer des Universums samt All dessen Inhalt, sah, daß seine damaligen Lieblinge, die als „höhere“ Wesen gegenüber den Einzellern und Mikroben, die nur das eine Prinzip – „Fressen oder gefressen werden!“ – kannten, gedacht waren, um keinen Deut besser waren als die Mikroben, sann er nach einem wahren „Mehrwert“, anstelle rein körperlicher Größe, seiner Kinder.

Er dachte dabei zuerst an die Schaffung von Säugetieren, die in liebender Weise erstmals Verantwortung für ihre eigenen Kinder und damit automatisch auch für eine Zukunft ihrer Art(en), möglichst in Glück, Frieden, Sicherheit und Wohlstand, bis zu einem natürlichen Alterstode, anstatt durch gegnerische Gewalt, übernehmen sollten. Die Erfindung des Säugetiers, das quasi Schwächeren auf die Beine hilft, indem es mit ihnen Eigenkapital (Milch) teilt, war faktisch der erste Schritt zur Abschaffung des Tieres, des Ersten Prinzips, hin zum Prinzip des Sozialen, quasi hin zum „Sozialwesen“, schließlich hin zum „Mensch“. Das Sozialwesen an sich ist also keineswegs eine Erfindung des Menschen, so wie er es vielleicht denkt, sondern Gottes und ver-

körpert sich bereits in den Säugetieren, wie insbesondere in den Herdentieren, also Tieren, die in kleineren oder größeren Gruppen, quasi in einer Gesellschaft, leben. Fast alle Arten von Herdentieren lassen deutlich eine Art Sozialsystem erkennen, nach dem sie in der Gruppe im wahrsten Sinne zusammenleben, ein System, das über das Prinzip der gegenseitigen Liebe Schwächere nicht etwa ausstößt und im Stich läßt, sondern natürlich unterstützt, bis sie vielleicht irgendwann auch (wieder) zu den Starken zählen und dann andere ihrer Gruppe unterstützen können. Etwas anderes würde auch keinen (sozialen) Sinn machen; denn Unterstützung brauchen ja immer nur die jeweils Schwächeren. Die Schwächeren gehören also immer mit zum System, schon deshalb, weil ja niemals alle zur gleichen Zeit gleichermaßen stark sein können, schon wegen der Alten und Kinder. Aber zugegeben; eine völlige Selbstverständlichkeit ist das Sozialwesen nicht, selbst heute noch; denn immerhin herrschten ja auch vorher hunderte Millionen Jahre lang ganz andere Zustände, die garantiert nicht viel mit Unterstützung oder Liebe zu tun hatten. Die Liebe ist ein völlig neues System und nicht etwa nur eine sentimentale Begleiterscheinung. Denn um mit Schwächeren, wie seinen oder anderen Kindern, zu teilen, muß man vor allem eines tun: sie lieben. Ohne die Liebe gegenüber seinen Nächsten, die auch Erwachsene sein können, gäbe es keinen Grund, mit ihnen freiwillig zu teilen, es sei denn aus rationaler Vernunft und Einsicht dessen, daß ohne Gerechtigkeit und Gnade nur Unfriede, also Krieg, herrschen wird, halt wie im Jura. Und wer hatte schon je einen Vorteil vom Krieg? Die Liebe rückt ganz von allein „Geschenke“ heraus, auch bis ans andere Ende der Welt, nur agiert sie dabei meist nicht sehr systematisch und zuverlässig, ohne Ansehen der Person, die Hilfe benötigt. Das ist das einzige Problem. Die Willkür! Das Ermessen! Das Abschätzen! Das Geringschätzen! Das Unterscheiden! Ja schließlich das Bedingungenstellen! Und das ist asozial! Denn was kann ein Armer oder Kranker schon für Bedingungen erfüllen, noch vor der Hil-

fe? Keine! Und wirkliche Liebe stellt keine Bedingungen! Noch weniger die Gerechtigkeit und Gnade! Der Gegenwert für die Liebe oder Gnade ist schlicht die Dankbarkeit, die nicht unbedingt ausgesprochen zu werden braucht, sondern die man vermuten und ohne Prüfung voraussetzen kann.

Leider aber kann diese vorher undenkbar gewesene Hilfsbereitschaft, die nicht nur keine materiellen Gewinne, sondern sogar materielle Verluste, diese „Opfer“ aus Liebe – in vielen Religionen auch gegenüber Gott, der auch geliebt werden will –, mit sich bringt, nur allzu leicht durch Haß oder Neid anderer, größerer Individuen gestört oder sogar unterbunden werden. Um dieses möglichst zu verhindern, mußten zunächst die Dinosaurier, diese alles und jeden, einschließlich ihrer selbst, wegen kleinster „Fehler“ hassenden Aliens der Vorzeit, die außer ihrem Haß nur den rein materiellen Vorteil sahen und anerkannten, von der Bildfläche verschwinden. Denn die Dinosaurier lebten in einer Art Kapitalismus, einem wahren Raubtierkapitalismus, wo einfach nur einer den anderen „schluckt“, um sein persönliches Kapital zu erhöhen, sein Körperkapital. Dieses geschah – ähnlich wie heute – völlig ohne jede Rücksicht auf die Welt und Umwelt, sprich auf die Geschluckten, die Natur und auch die eigene Unversehrtheit, vergleichbar heutigen Selbstmordattentätern oder Kamikaze-Fliegern des Zweiten Weltkriegs oder einfach nimmersatten Großunternehmern, die dann irgendwann (an der Börse) platzen. Insofern hat sich scheinbar seit damals – trotz der Liebe – nicht sehr viel verändert, und man muß sich folglich fragen: Sind diese Parallelen Zufall oder Absicht? Wer versucht, der Liebe zu trotzen? Gibt es immer noch Dinosaurier oder Aliens unter uns? Wenn ja, woran erkennt man sie? An der Kleidung? Woran kann man einen echten Menschen von einem gefühllosen oder gar hasserfüllten Etwas in Menschenkleidung unterscheiden? Die Bibel gibt darauf eine erstaunlich einfache Antwort: An dem, was sie tun! Oder vielleicht etwas genauer: An

dem, was sie tun, dulden oder unterlassen! Will sagen: Eine unterlassene vernünftige und einsehbare Steuereintreibung kommt einer unterlassenen Hilfeleistung nahe, denn von ausreichenden Steuergeldern könnten ja Unterstützungen jeder Art gewährt werden, wie man es ja nicht zuletzt auch an den milliarden-schweren Subventionen für Unternehmer sehen kann. Das Annehmen seitens von Unternehmern allzu hoher Subventionen, die von vielen kleineren Leuten per Gesetz gestiftet werden, ist wie das damalige Fressen seitens der großen Echsen der ohne Schuld kleineren oder irgendwie schwächeren Tiere.

Aber zugegeben; was sollten die damaligen „Erdenbürger“ schon anderes tun, als sich gegenseitig aufzufressen? Die damalige Hauptnahrung war nun mal Fleisch, das Fleisch der anderen. Und es gab auch noch keine generelle Altersbeschränkung durch genetisches Programm innerhalb des Gesamtprogramms der genetischen Erbinformation. Daher hatte der „Totschlag“ damals sogar eine Doppelfunktion, die einerseits für Ernährung und andererseits auch für eine Populationskontrolle sorgte. Zu diesem Zweck genügte nicht das Programm des Hungers, der schnell gestillt ist, sondern es bedurfte einer zusätzlichen Funktion, die auch völlig ohne jeden gerechten Grund der Betreffenden jenen Zweck erfüllte: der Haß! Der Haß war damals nicht böse, sondern Programm. Er war der damalige Sinn und Zweck des Spiels, das damalige Prinzip, die damalige fünfte Dimension. Denn ausnahmslos jedes Spiel, auch jedes heutige, funktioniert im wesentlichen durch fünf Dimensionen: Die (erste) Dimension des Objektes oder der Person(en) – durch Namensgebung (Name der Person, Sache oder des Spiels), die (zweite) Dimension der Art und Weise oder Beschaffenheit – z.B. durch Gebung eines bestimmten Körpers und/oder Geistes, die (dritte) Dimension des Ortes – z.B. innerhalb eines bestimmten Raumes (z.B. Weltraumes) oder auf einer Fläche (z.B. bei einem Brettspiel) oder auf einer Strecke (Parkur), die (vierte) Dimension

der Zeit, des Zeitpunktes oder des Zeitraumes (z.B. Kreidezeit) und schließlich die fünfte und wichtigste aller dieser fünf Dimensionen, nämlich die des Sinn und Zwecks oder des Grundes, ohne die das betreffende Spiel – und auch diese Welt ist ja nur ein Spiel, wie schon viele Philosophen und andere Menschen gesagt haben – im wahrsten Sinne des Wortes keine Begründung, keine Rechtfertigung, ja keine „Rechtsgrundlage“, hätte. Und was keine Grundlage (mehr) hat – es kann sich auch nur um eine einfache Pralinschachtel handeln, die ebenfalls aus diesen fünf Dimensionen und nicht nur aus Papier (ihrer zweiten Dimension) besteht –, hat vor dem „Gesetz des Nutzens“ keinen Bestand und löst sich auf, verschwindet, wird „verworfen“ oder war nie erst jemals geschaffen. Der Sinn und Zweck von etwas hält es zusammen, bis der Zweck erfüllt ist. Was danach ist, weis nur Gott allein, zumindest kein Mensch auf der Erde.

Somit hielt damals der Haß die Welt zusammen, denn er war der Zweck des Spiels. Der Haß war damals, so gesehen, etwas Gutes, weil Nützliches. Er sorgte insbesondere dafür, daß sich nicht zu viele „Personen“, in diesem Falle Tiere, an ein und dem selben Ort aufhielten. Durch den gegenseitigen Haß, die gegenseitige Abstoßung („Abschiebung“), verteilten sich die verschiedenen Individuen immer wieder annähernd gleichmäßig über den Globus und hielten sich auch insgesamt in Grenzen. Wer einem anderen zu nahe kam, wurde buchstäblich erschlagen. Diese archaische Urfunktion aller Lebewesen der Erde sieht man (leider) selbst heute noch und sogar auch gelegentlich bei Menschen. Denn auch in den Menschen steckt ja noch irgendwo das Tier. Denn nach der fast 100%igen genetischen Übereinstimmung mit dem Affen und auch nach der Rückverfolgung der paläanthropologischen Geschichte des Menschen bis zurück nach Afrika, seiner Geburtsstätte, stammt der Mensch vom Affen ab, hat sich oder wurde aus diesem entwickelt. Diese offizielle These der Wissenschaft widerspricht nicht im Geringsten der religiösen

These, Gott habe den Menschen erschaffen, für den Fall, daß auch der Affe von Gott erschaffen wurde. Der Mensch ist, wenn man so will, Gottes „Update“ des Affen, wobei es sogar durchaus nicht unwahrscheinlich ist, daß der Mensch einst aus verschiedenen Affenarten entwickelt wurde, um zu sehen, welche Art sich später am besten in der Natur würde behaupten können. Die verbliebenen „naturbelassenen“ Affen hat Gott am Leben gelassen, da er sich vielleicht nicht hundertprozentig sicher war, daß oder ob der Mensch als solcher „funktioniert“.

Diese minimale natürliche Restunsicherheit Gottes versuchte seinerzeit, d.h. bereits bei Planung Gottes des Menschen, der einst höchste Engel an der Seite Gottes, namentlich der „Satan“, aus dem Altjüdischen soviel wie „Ankläger“, „Staatsanwalt“, auszunützen, um Gott sein neues Lieblingskind im wahrsten Sinne „schlecht“ zu machen, durch allerlei Unterstellungen, wie böse doch der Mensch sei oder sein werde und wie wenig Sinn doch die zwecks des Menschen notwendige Abschaffung der alten Welt, der Welt des „Raubtieres“, der Welt des Hasses, mache. Denn aus Sicht des Satans ist die Liebe, das neue (zweite) Prinzip der fünften Dimension, das nach den Dinos erst an verschiedenen Säugetieren und später durch die Menschen ausprobiert werden sollte, etwas Böses, schafft sie doch Nähe, statt Abstand. In Wahrheit aber ist der Satan, im Volksmund auch der Teufel, einfach nur neidisch auf die Menschen, da diese von Gott mehr als er geliebt werden und sich auch selbst den ganzen Tag lang nur lieben sollten, abgesehen von zwischenzeitlicher Nahrungsaufnahme aus einer überschwenglich fruchtbaren Natur, wie in einer riesigen Salatschüssel zur Selbstbedienung, während der Teufel nur das Recht und die Aufgabe hatte, diese große Lampe für die Erde, die Sonne, dauerhaft am Leuchten zu halten. Der Teufel, der Kerzenhalter der Nation? Der Nation Mensch? Eine für diesen wohl unvorstellbare Vorstellung. Aber er war halt „nur“ der Meister des Feuers. Der „Sonnengott“? Al-

lenfalls durfte er gefallene Blätter oder verdorbenes Fleisch auf Erden durch Feuer vernichten, wie z.B. und insbesondere in der Zeit der Vernichtung der durch Übergröße oder manigfaltige Verletzungen ohnehin im Siechtum liegenden Dinosaurier. Dieses Geschah durch „Berufung“ von Kometen, die vor 65 Millionen Jahren mit einem ihrer größten (beim heutigen Mexiko) die größeren Arten der Dinosaurier endgültig in den Staub der Geschichte schickten. Aus den kleineren Dinos wurden später die noch kleineren Vögel, die noch heute leben und genetische wie optische (anatomische) Zeugnisse ihrer „großen“ Vergangenheit mit sich herum tragen, wie z.B. kleine, minimale Reste von Zahnreihen im (eigentlich) glatten Schnabel. Die Vögel nahmen nur ein einziges Mal Rache für diese „Erniedrigung“ an den dafür aus ihrer Sicht verantwortlichen, später geschaffenen Menschen, denen sie weichen mußten, und zwar symbolisch in dem Film „Die Vögel“ von Alfred Hitchcock. In diesem Film vertreiben Vögel Menschen, anstatt umgekehrt. Denn eigentlich, d.h. ursprünglich, gehört ja den Vögeln, den Ex-Dinos, die Welt. Aber Gott schuf halt eine neue Welt, die Welt der Liebe, Gnade, Schönheit und Gerechtigkeit, in der hassende, gnadenlose, schreckliche und ungerechte Wesen keinen Platz haben, da sie sich und anderen Schmerz zufügen, das Gegenteil von Liebe.

Gottes Absicht war im Grunde von je her, eine „humane Geburtenkontrolle“ ohne Leid für irgendjemand zu schaffen, sodaß die Population der jeweiligen Art weder zu klein, noch zu groß sei. Aber es gibt nun mal kein humanes Gefressenwerden. Das ist die Quadratur des Kreises. Und das war schließlich das Scharfgericht über den Dino als solchen. Die alte barbarische Welt eines ständigen hoffnungsvollen Aufbaus und einer auf dem Fuße folgenden enttäuschenden Zerstörung war also in jedem Fall die Hölle auf Erden, ein Leben aller, einschließlich der Großen und Starken, in ständiger Angst und Unsicherheit, wohin man auch ging, kein Leben, sondern ein Martyrium, vergleichbar dem heu-

tigen internationalen Terrorismus. Und nichts anderes war das Leben der Dinosaurier: Terror! Terror und Chaos! Und dieses gefiel allein dem Teufel. Und deshalb versucht dieser heute, den Terror und das Chaos auf Erden zu wiederholen, wo immer es geht, nur halt mit anderen Mitteln, wie z.B. mit hydraulischen Raketenabschußrampen, anstatt – wie früher – mit der „Hydra“, einer feuerspeienden mehrköpfigen Riesenschlange, einem sehr frühzeitlichen Drachen. Laut Bibel, deren Geschichten sich schon zum großen Teil als Wahrheit herausgestellt haben, hat es früher Drachen gegeben, wie z.B. auch den recht häufig erwähnten Riesendrachen Rahab. Die ausgeatmete Luft der Lunge mancher Dachen war vermutlich schlicht ein brennbarer Stickstoff, der mit einem bloßen Schnalzen der Zunge als Flamme entzündet werden konnte, wie bei einer modernen Gasflasche. Vielleicht ist ja auch der heutige Gasbrenner nur eine vom Teufel gewollte Parallele zur alten und ständig auf neue Zerstörung brennenden Welt. Denn dieser ist von einer anderen Welt. Von der Unterwelt.

Gott aber hatte nach ca. 200 Millionen Jahren den Kanal voll von diesem immer gleichen Schauspiel voller Getöse, Geschrei und Unordnung und Zerstörung. Er sehnte sich nach mehr „Liebesfilm“. Aus Sicht des Schöpfers ergab die Zerstörung seiner Werke durch seine Werke einfach keinen Sinn mehr, verständlich. Es mußte ein Prinzip gefunden werden, wodurch ein zunächst quantitativer und sodann „nur“ noch qualitativer Aufbau möglich ist, ohne daß jemals eine gewaltsame Dezimierung, ein Krieg, zur Kontrolle der Population notwendig wäre. Da die Liebe aber Teilen mit den anderen und daher auch Erhaltung, statt Zerstörung, der anderen bedeutet, konnte die Lösung dieses rein bevölkerungsmathematischen Problems wohl nur in der Erfindung des „natürlichen“ Alterstodes gelegen haben. Erst durch den Alterstod, der irgendwann jeden in dieser Welt trifft, war und ist es möglich, zu lieben und zu teilen, ohne deswegen eine

Überbevölkerung fürchten zu müssen, es sei denn bei ständig überverhältnismäßig hoher Fruchtbarkeit der Frauen und Männer. Und da der normale Alterstod wohl vollkommen schmerzfrei ist, war somit grundsätzlich eine selbstregulierte Welt völlig ohne Schmerz und Kummer geschaffen.

Dieser „plötzliche“ Sinneswandel Gottes hin zum Sozialen gefiel dem Teufel, diesem unverbesserlichen Blutsadisten, überhaupt nicht; so machte er Gott, der fürderhin „der liebe Gott“ sein wollte, einen bemerkenswerten Vorschlag zur Lösung dieses Problems der Unordnung und der gegenseitigen Zerstörung: Die Zweiklassengesellschaft. Eine Gesellschaft von Dinosauriern, in der es eine Oberschicht, die Fleischfresser, und eine Unterschicht, die Vegetarier, gibt. Eine Gesellschaft, in der die einen nur dazu da sind, von den anderen „ausgenommen“ zu werden, und die anderen nur dazu, unaufhörlich über sich hinaus zu wachsen, eine „Hochkultur“ zu schaffen. Eine Gesellschaft, in der die „Untertanen“ keine höhere Bedeutung und keinen höheren Wert haben, als das Gras, in das sie beißen, wenn plötzlich sie von hinten die Großen oder einfach Stärkeren überfallen und ihnen alles, was sie haben, nehmen, einschließlich des Lebens. Der Sinn dessen sei jener, daß die Fleischfresser, die „Räuber“, zwar anderen Schaden zufügten, aber halt niemals ihresgleichen. Dieses erschien Gott zunächst logisch und plausibel, so gab er diesem Vorschlag statt. Dann aber im Laufe ca. weiterer 50 bis 100 Millionen Jahre sah Gott, daß ständig die Friedfertigen, die Vegetarier, die sich allenfalls verteidigten, aber niemals selber jemand angriffen, unterdrückt, gequält und getötet wurden, während die anderen, die Fleischfresser, immer dicker und größer wurden, bis sie irgendwann dekadent unter der Last ihrer eigenen Übergröße hilflos zusammenbrachen, das Gegenteil von Herrlichkeit, Macht und Hochkultur. Denn reine Körpergröße zerstört sich unter Schwerkraft irgendwann selbst, wird statisch immer instabiler, statt stabiler, bricht zusammen oder wird so

unbeweglich wie ein Felsen oder Berg, also leblos, zumindest so regungslos und vom „Platzregen“ an Ort und Stelle abhängig wie ein Baum oder ein Schachtelhalm des Carbon. Und Gott wollte ja auch Lebewesen sehen, die frei über den Boden laufen können, die also beweglich sind, quasi mobil. Zudem ist ja reine technische Größe („Hightech“) innerhalb dieses Universums ohnehin relativ und in Anbetracht der relativ kleinen Erde irgendwann zu gefährlich für diese in ihrer Eigenschaft als Grundlage nur eines irgendwo begrenzten Wachstums dessen, was sich auf der Erde befindet. Dieses Mitargument Gottes zur endgültigen Abschaffung der Dinosaurier machte den Teufel besonders rasend; aber Gott sagte nur noch: „Es gibt kein Zurück!“. Der Teufel aber schwor sich: „Doch!“.

So beschloß Gott die Schaffung einer genetischen Wachstums- und Altersbeschränkung aller Lebewesen der Erde, so daß nicht erst der Totschlag oder gar Kanibalismus für mehr Frieden, Ruhe und Mäßigung sorgen mußte. Der friedliche Alterstod sollte den gewaltsamen Tod ersetzen und „Strafe des Lebens“ genug sein. Zwecks der Auslese im Sinne einer „Evolution“ sollte nunmehr erstmals die Liebe für eine stärkere Fortpflanzung der scheinbar Stärkeren bzw. „Besseren“ im Sinne einer Belohnung und nicht der Haß für eine „Abtreibung“ der scheinbar Schwächeren bzw. „Schlechteren“ im Sinne einer Bestrafung sorgen. Erst dieses war ein neues, das Zweite Prinzip, die Revolution der Evolution. Als Krönung dieses Prinzips sollte ein Ebenbild Gottes, der „Mensch“, Recht, Sitte, Ordnung und auch Schönheit und Kultur auf Erden demonstrieren. Und da er also die Menschen nicht genauso groß wie die Dinosaurier machen wollte, mußte er folglich diese nicht ungefährlichen Vielfraße der Vorzeit entweder vernichten oder verkleinern. Aus Sicht des Teufels aber war die Vernichtung oder Verkleinerung (zu Vögeln) der Dinos eine „Erniedrigung“. Gott aber erklärte diesem, daß dieses nur eine technische Erniedrigung sei, nicht aber eine

moralische, und daß wahre Größe sich nicht an rein materieller Größe oder Höhe zum Himmel (vgl. das Gleichnis vom Turm zu Babel), sondern an anderen Dingen festmache, wie moralischen Werten, die der Mensch hegen und pflegen werde, wie vor allem ein gegenseitiges Teilen mit den anderen und nicht ein Teilen der anderen. Da ging der Teufel in schallendem Spott auf und erhob die Behauptung, die Menschen würden sich eines Tages selber Rüstungen und Panzer zulegen und sodann wie tollwütige Dinosaurier marodierend, raubend und tötend durch die Landen streifen, wenn sie erst einmal „die Möglichkeiten entdeckt“ hätten, sprich durch „Erkenntnis“ erkannt, daß „nichts unmöglich“ und „heute ein Kaiser“ ist, der sich suggeriert: „Das schaff´ ich auch! Weil ich es wert bin! Ich darf! Null Kompromiß! Keine Toleranz!“, und so weiter, nur um reicher als der Nächste, reicher als der Reichste oder einfach reicher in bezug auf einen rein materiellen Besitz zu sein als wie vorher, vor dem Krieg des Kapitals, diesem Versuch, den Besitz der anderen (dazu) zu „kriegen“. Der Mensch werde den Begriff der Bescheidenheit zum Zwecke eines allgemeinen Friedens unter den Menschen und Völkern nicht als nützlich annehmen. Er werde den Krieg vorziehen, auch auf die Gefahr hin einer Selbstzerstörung, wie nicht zuletzt auch durch Umweltzerstörung, so wie ja auch die Dinos mit ihren riesigen Hinterpfoten jeden möglichen Boden für eine florierende Vegetation, insbesondere bei wilden Kampfhandlungen, zerstört haben. Und auch die Menschen würden dieses durch „Blindheit“ für die wahren Werte entweder gar nicht, oder zu spät bemerken. Auch die Menschen würden immer erst handeln und dann denken, wenn überhaupt. Am Schluß würden sie daher ebenfalls verletzt oder tot quer verstreut zwischen den Trümmern ihrer Untaten, den zerstörten Denkmälern ihrer Hochmutkulturen, liegen und die Auslöschung ihrer Existenz und ihres Andenkens durch Gottes Befehl herausfordern oder sogar erleben. Der Mensch sei um keinen Deut besser als ein nimmersattes Fressmonster, ein „Homosaurier“, das nur ein Ziel

kenne: Wachstum! Wachstum um jeden Preis, koste es, was es wolle! Wachstum zum Zwecke der Macht über all die anderen, die Unterdrückten und Geschundenen!

Und all die neuen wahren „Mehrwerte“, wie Ehre, Stolz, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Pietät, Rücksichtnahme, Verantwortung, Kunst, Kultur, Gnade, Friede, Barmherzigkeit, Hilfsbereitschaft, Mitgefühl, Mitleid, Sitte, Ruhe, Ordnung, Leistung, Geduld, Vertrauen, Zuversicht, Bescheidenheit, Gewaltlosigkeit, Sicherheit, Glück, Wissen, Gewissen, Vernunft, Verstand, ja Liebe, Freundschaft, Respekt, Selbstachtung, Achtung der Natur, Gerechtigkeit und Würde und auch der Gottesglaube und die Gottesfürchtigkeit, würden „entwertet“ und „entweiht“, ja als sentimental oder altmodisch, ja als unrationell oder nicht zweckmäßig verlacht und verspottet, wenn nur irgendwo jemand mit schnellem Reichtum oder höherem Ansehen lockt oder es ums nackte Überleben geht, so als sei nur das rein materielle Überleben an sich und nicht auch die Schönheit der Welt zweckmäßig, ja so als habe der Mensch vor lauter Arbeit und Kampf ums Überleben ohnehin keine Zeit, sich an so etwas wie Liebe oder Schönheit zu erfreuen, es sei denn flüchtig auf Bildern zur Erinnerung, als technischen Ersatz der Realität des Reichtums nicht nur durch Besitz, sondern durch Gefühle, schöne Gefühle.

Darauf Gott sinngemäß: „Der Mensch wird durch den Verstand, den ich ihm geben werde, allgemein erkennen, daß wahrer Reichtum nicht in übergroßem Besitz, sondern nur im Frieden mit sich und seiner Umwelt und in einem einfachen Wohlstand zu finden ist, sprich in der Gerechtigkeit durch ein brüderliches Teilen. Denn übergroßer Besitz ist ungerecht, und Ungerechtigkeit schafft Unfrieden, und Unfrieden schafft Schmerz, und Schmerz will niemand haben. Außerdem werden die Menschen schon aufgrund ihrer rein körperlichen Kleinheit nicht sehr viel zum Leben brauchen.“.

Da erkannte der Teufel seine Chance, Gott in Verlegenheit zu bringen, und erwiderte sinngemäß: „Der Mensch wird sich, da er nicht besser als ein Raubtier ist und weil er in der materiellen Welt ebenfalls von der Materie abhängig und zudem nunmehr sterblich ist, den Begriff „brauchen“ so auslegen, wie jeder es in seiner grenzenlosen Subjektivität gerade braucht. Und um diesen Luxus zu bekommen, wird er weder an morgen, noch an die anderen, noch an seine Kinder denken. Er wird nur den persönlichen, nicht aber den allgemeinen Vorteil, noch die Zukunft seines gesamten Geschlechts sehen oder beachten, da ihm so etwas wie Ehre nichts bedeuten wird, da er Ehre nicht essen kann, sondern allenfalls Ähre. Am Ende wird er sogar das direkte oder indirekte Töten seinesgleichen für normal und für den Sinn und Zweck einer modernen ökonomischen Zivilisation halten, in dem Glauben, es könne und dürfe von jeweils zwei Menschen nur der Stärkere leben, obwohl die Natur genug für alle bieten könnte. Denn er ist nicht sozial, sondern korrupt, ja käuflich!“.

Darauf Gott sinngemäß: „Das glaube ich nicht! Niemals!“.

Darauf der Teufel sinngemäß: „Um was wollen wir wetten? Um die Seelen der Menschen? Um die Seelen der dem Bösen verfallenen Menschen? Nach ihrem körperlichen Tode?“.

Da Gott davon ausging, daß den Menschen wenigstens das Heil ihrer Seele heilig sein werde, ließ er sich – nach seinen eigenen Aussagen in der Bibel – auf eine von dem Teufel vorgeschlagene „Prüfung“ des Menschen (Buch Hiob, Altes Testament) durch den Teufel ein und gab diesem dazu Macht und Zeit, die Menschen nicht durch den Tod aus dessen Hand, aber durch List und Tücke, d.h. in der Hauptsache durch Überredung zum Bösen, wie insbesondere zum Egoismus und zum Verstoß gegen alle Gebote und Pläne Gottes mit den Menschen, zu versuchen. Zu diesem Zweck könne er Gott auch exakt bei dessen Wort

(der Zehn Gebote und der späteren Bibel) nehmen. Er, der Teufel, könne sogar lügen (lassen) und versuchen, ursprünglich unbedarfte Menschen auf seine Seite zu ziehen und sie als Helfer, wie als Spione oder falsche Berater, zu mißbrauchen, genauso wie Gott versuchen werde, die seinen auf seiner Seite zu halten und die „verlorenen Söhne“ zurück zu gewinnen, wie durch Liebe und Wahrheit, aber – genau wie sein Gegner – ohne größere Eingriffe in das Geschehen, auch nicht bei Krieg. Denn Gott will schlicht sehen, ob bzw. daß die Menschen ihren freien Willen und ihren Verstand vor allem dazu nutzen, ein friedliches Zusammenleben auf Erden zu gestalten, auch wenn dieses nicht immer einfach sein mag, ob der vielen materiellen Begehrlichkeiten, die der Teufel heute über den globalen Markt zu schüren versucht. „Was man nicht weis, macht einen nicht heiß.“, sagt schon ein altes Sprichwort, und just in diesem Sinne versucht der Teufel durch Schaffung von Telefon-, Bild-, und Fahrverbindungen usw. die ursprünglich durch Isolation voneinander sehr verschiedenen, meist recht bescheidenen Kulturen zu einer einzigen „Fast-Food-Kultur“ zu verschmelzen. Diese „Verkleinerung“ der Welt, ursprünglich erst durch Schaffung von Schifffahrtsrouten kreuz und quer über die Weltmeere zur Verbindung der fünf Kontinente, wird symbolisch durch das bekannte Pentagramm ausgedrückt, sein Lieblingszeichen, vermutlich auch deshalb, weil es aussieht wie ein brennender Planet, halt wie ein Stern. Der Teufel versucht insbesondere durch Verdrehung der Wahrheit, also durch Lüge, aus der Erde einen Stern zu machen, samt der Menschen, die darauf „leben“. Bei aller Lüge aber, sollte diese immer mit ca. 50% Wahrheit gepaart sein, damit die Menschen eine gewisse Chance haben, sich ein eigenes Urteil bilden zu können. Da schlug der Teufel ein und versprach, sich an „die Regeln“ zu halten. Zu diesen Regeln zählt u. a. auch die Kennzeichnung aller Texte, Waren und heute auch Filme des Teufels mit mindestens einem seiner Zeichen an zwei bis drei Stellen, mindestens beiläufig im Hintergrund, oder

auch häufiger, je nach Umfang des Produkts. Das Hauptzeichen des Teufels ist aber immer noch das Pentagramm, also der in einer durchgehenden Linie gezeichnete fünfzackige Stern, der aber meistens nur in „ausgemalter“, quasi „verkappter“, Form zu sehen ist. Er ist daher nicht sehr leicht von einem harmlosen Weihnachtsstern zu unterscheiden, außer vielleicht dadurch, daß er – etwas unchristlicher Weise – das ganze Jahr über auf irgendwelchen Waffen, Spirituosen oder Spielautomaten oder ähnliches klebt. Zufall oder Absicht? Bilden Sie sich ihr eigenes Urteil, so wie möglichst in allen Dingen, auch in politischen.

Auch der inzwischen berühmte fünfzackige Hollywood-Stern, mit dem sich alle großen „Stars“ zu Füßen der Fußgänger Hollywoods im Boden der Straße verewigt (erniedrigt) haben, könnte theoretisch nur ein dekorativer Weihnachtsstern oder dergleichen sein. Das klassische Pentagramm jedenfalls steht symbolisch und der Überlieferung nach für einen Bund, einen Vertrag, einen „Pakt“, des Teufels mit Menschen, die diesem ihre Seele verkauft haben, gegen den Erhalt irgendwelcher Vorteile, insbesondere in bezug auf eine steilere berufliche Karriere, wie insbesondere irgendwo im Showbusiness, unter der Bedingung, daß die sich verkauft Habenden dort gelegentlich „unchristliche“ Inhalte mit an die Öffentlichkeit fließen lassen, wie z.B. schmutzige Witze, Appelle an die Habgier oder gar Verherrlichungen von Gewalt, wie z.B. in Wildwest- oder Kriegsfilmern. Daß heute viele Menschen, besonders natürlich jüngere, die bereits damit aufwachsen, Gewalt und Unzucht im Fernsehen oder Video für völlig normal halten, rechnet sich der Teufel als einen gewissen Triumph an. Allerdings hatte dieser einst behauptet, ausnahmslos alle Menschen zur Sünde vor Gott, nicht vor den weltlichen Gerichten, verführen zu können. Er beruft sich dazu akribisch auf den genauen Wortlaut der Bibel, ohne Rücksicht darauf, daß diese ja zu einem großen Teil in Gleichnissen, Sprichwörtern und Metaphern geschrieben ist und daher eigentlich nicht immer

exakt wörtlich interpretiert werden kann.

Den Menschen sollte aber ein gewisser zeitlicher Vorsprung zur Entwicklung gelassen werden. So erhielt der Teufel erst vor rund 12.000 Jahren, also um 10.000 v. Chr., grünes Licht für seinen Versuch, aus der schönen grünen Welt der Erde einen wahren Hexenkessel voller Gewalt, Zerstörung und Demütigung, ein „Sodom und Gomorra“, eine graue kaputte Welt voller Unzucht, Irrsinn und Unterdrückung nebst oder durch Hochtechnologie, zu machen. Damit wollte dieser den Beweis erbringen, daß der Mensch „nach wie vor“ ein moralisch niedriges, aber technisch hochstehendes Wesen, gleich einem Dinosaurier, sei, worüber man als Mensch zwar irgendwo schmunzeln, aber dennoch nicht ganz unbesorgt sein darf, angesichts der immer gefährlicheren Technik, nicht nur Militärtechnik.

Seit dem, d.h. nachdem der „Homosapiens“, der Vorfahre des heutigen Menschen, sich vor rund 100 Tausend Jahren während der letzten Eiszeit, wo der Meeresspiegel aufgrund der erhöhten vereisten Polkappen tief genug war, um fast überall, außer vor Australien, Landbrücken zu den verschiedenen Kontinenten frei zu geben, auf den Weg machte, um schließlich die ganze Welt zu bevölkern, zwecks der Schaffung verschiedener friedlicher und bunter Kulturen, eines wahren globalen „Multi-Kulti“, durch weitestgehende Isolation von einander, bis noch vor rund 12.000 Jahren, wo die Eiszeit vorbei und der Meeresspiegel wieder hoch und damit Barriere war, versucht der Teufel den Menschen lebensbedrohende Nachteile als Vorteile zu verkaufen, indem er die Bedeutung der Begrifflichkeiten ins Gegenteil, wie böse in gut, verdreht. So erklärte er den Menschen den Krieg als eine Sache der Ehre, hohe Gebäude als Hochkultur, Arbeit als Freiheit, Mauern und Kameras als Schutz, Abhängigkeit von Geld und Technik als Zivilisation, Gentomaten als Fortschritt, spaltbares Material als Sicherheit usw., usw., usw..

Es ist für einen Menschen nur sehr schwer, sich die konkrete und überaus listige und bösartige Denkweise des Teufels vorzustellen, da dieser überdies hinaus auch extrem flexibel bei der Wahl der Mittel und Möglichkeiten ist. Der gemeinsame Nenner, das gemeinsame Ziel, all dieser Versuche aber ist: Die Neuschaffung der alten barbarischen Welt bzw. einer unchristlichen, ja schließlich antichristlichen Welt. Einer Welt, die Schritt für Schritt immer grauer und kälter, weil ungerechter und absurder wird und in der schließlich nach Strich und Faden gegen alle Gebote Gottes in bezug auf die von ihm gewollte Menschlichkeit verstoßen wird, so jedenfalls der Wille des Teufels. Ob dieser seinen aus menschlicher Sicht unnützen und irgendwo psychopathischen Willen tatsächlich durchsetzen kann oder könnte, ist eine ganz andere Frage. Das Böse aber ist bereits der Versuch. Der Böse gibt gegenüber Gott diesen Versuch als einen legitimen Test, wie als einen Bruchtest des Rückgrats (Charakters), der Menschen dahingehend aus, ob diese irgendwann selber bemerken und verweigern würden, daß sie Böses tun oder Böses dulden bzw. daß (oder ob) sie andere unterdrücken, nur um selber verschont zu bleiben und nicht zu den Unterdrückten zu gehören, so als sei nur das eine oder andere möglich, und andererseits dahingehend, ob und wenn ja, wann die Unterdrückten ihre gute Erziehung vergessen und „ausrasten“ würden, um damit scheinbar selber zu den Ungerechten oder Unbeherrschten gerechnet werden zu können, quasi nach dem Motto: Charakter ist, wenn man trotzdem lacht. Aber auch dieses war bereits eine geschickte Lüge des Teufels. Denn wer schreit, ist deswegen nicht immer automatisch im Unrecht, es sei denn vielleicht, er wendet dabei körperliche Gewalt an. Jesus sagt im Neuen Testament zu diesem Punkt sinngemäß, die Unterdrückten sollten sich ohne Widerstand unterdrücken lassen; vermutlich aber „nur“, um nicht selber noch zu Gewalttätern geworden zu sein. Dann nämlich hätte Gott ausnahmslos alle Menschen, außer Jesus, der sich im Sinne eines Beispiels widerstandslos hat kreuzigen lassen, an

den Teufel verloren, der behauptet hatte, er könne ausnahmslos jeden Menschen zur Ausübung von Gewalt, der schwersten Sünde nach der Gotteslästerung und der Verleugnung des heiligen Geistes und der Wahrheit, verführen, sprich provozieren.

So ist die Provokation zur gegenseitigen Gewalt unter den Menschen das höchste Ziel des Bösen, der zwecks dessen gern vorher vollkommen friedliche Nachbarn durch Manipulation der Information oder auch glatte Lüge über hochrangige Spezialagenten oder auch notfalls hochrangige öffentliche „Spezialmedien“, die er kontrolliert, zu Feinden erklärt, hauptsächlich indem einer der beiden Seiten unterstellt wird, sie rüste zu einem kriegerischen Angriff gegen die andere Seite auf, wie durch Schaffung von Massenvernichtungswaffen, und man müsse dieser zuvor kommen. Es ist erschreckend, wie häufig selbst heute noch, in der Zivilisation, dieser überaus billige Trick funktioniert. Früher war es aber wohl noch wesentlich einfacher. Denn immer dort, wo sehr stolze natur- und traditionsverbundene Kulturen, wie z. B. die nordamerikanischen Indianer, die Inka, die Maya und die Azteken, die er durch Überredung zum Bau von übergroßen Tempeln und Pyramiden, wie auch und insbesondere bei den Ägyptern, zum Zwecke der Erpressung sesshaft machen wollte, entweder gar nicht, wie bei den nordamerikanischen Indianern, oder nicht mehr mitspielen wollten, ließ er über den „klassischen“ Weg der Habgier mancher Machthaber anderer Kulturen nach (noch mehr) Gold und sonstigem rein materiellen Reichtum Kriege über den Fortbestand betreffender allzu „unterentwickelter“ Kulturen (heute „Entwicklungsländer“) entscheiden. Dazu brauchte er nur die Zunge einiger von ihm besessener, d.h. angestifteter beauftragter, Menschen zu benutzen und den einen, z.B. den Inka, zu zeigen, wo und wie man Gold aus dem Boden gewinnt, und später anderen zu verraten, daß die Inka Gold besitzen. Die Arbeit der Vernichtung der Kulturen samt der betreffenden Menschen erledigte sich dann meistens wie von allein

und scheinbar ohne jeden fremden Einfluß. Der Trick des Teufels besteht, neben schier unzähligen kleineren Gemeinheiten, die – wie man auch manchmal sagt – im Detail, wie z.B. im heutigen viel zu komplizierten Steuerrecht, liegen, in der Hauptsache darin, einflußreiche Menschen, wie früher vor allem Kaiser oder Könige, zum Mißbrauch ihrer politischen oder militärischen Macht zu verführen, hauptsächlich unter dem Vorwand, sich dadurch einen „Namen“ machen zu können bzw. einen scheinbar rühmlichen Beinamen, wie „der Große“ oder gar „der Schreckliche“, so als sei letzteres eine Auszeichnung. Leider sahen nicht viele Machthaber der Welt die Größe eines Königs in der Größe seiner Gerechtigkeit, und so ließen viele auf Rat sich mit fachlicher Kompetenz und scheinbarer Freundschaft an den Hof eingeschlichen habender falscher Propheten, welche quasi die Rolle „ehrlicher“ Schamanen eingenommen hatten, sogar die eigenen Untertanen berauben, sodaß diese letztlich bereit waren, sich am Ende selbst noch in den würdelosesten Game-Shows für einen Rest von Hoffnung selbst zu erniedrigen, falls sie nicht das Los von Obdachlosen teilen oder sich gar eigenhändig umbringen wollten, was ja ebenfalls eine Todsünde ist vor Gott. Die frühen Game-Shows der „Hochkulturen“ waren schlicht die Amphitheater, die bezeichnender Weise in praktisch allen damaligen steinernen Frühkulturen zum Inventar der modernen Steinzeit gehörten, so als seien „die Spiele“ das eigentliche Ziel. Der Mensch hat heute die Wahl, welche Spiele er sehen und erlauben will oder nicht, respektive welche Spiele er zeigen will. Er hat die Wahl, wie sozial und menschengerecht er sich anderen gegenüber zeigen will. Begreift er sich als Tier, indem er sich – wie in dem berühmten „Milgram-Experiment“ von 1962 in den USA, wo Probanden erfolgreich dazu überredet wurden, andere Probanden, die sich lediglich Sprachfehler leisteten, vermeintlicher Weise mit immer stärkeren Stromstößen zu bestrafen – allzu leicht dazu anstiften läßt, anderen Menschen Unrecht zu tun und sie auf direktem oder bürokratischem Wege zu quälen und

zu demütigen, wie z.B. durch Sozialhilfe, die nur noch unter schikanösen Auflagen gewährt wird, so schenkt er dem Teufel Glauben, der den Menschen suggeriert, der eine könne nur leben, wenn er den anderen, seinen Bruder, unterdrücke, foltere und/oder gar töte. In einer Welt aber, wo alle Menschen friedlich nebeneinander leben könnten, wenn sie die Güter der Welt etwas gerechter verteilten und sich im Einzelnen wie in der Gesamtheit auf das Notwendigste an materiellem Besitz, Energie und Geld und auf eine bestimmte Höchstzahl der Einwohner in und neben einer intakten großen Flora und Fauna beschränkten, ohne dabei in dem Sinne arm zu sein, braucht keiner einem anderen Gewalt anzutun. Die Liebe – verkörpert durch die Frau, die durch Fortpflanzung (Belohnung) der Starken, nicht durch Tötung (Bestrafung) der Schwachen für eine humane Geburtenkontrolle sorgt – ist die neue fünfte Dimension (vgl. „Das Fünfte Element“, Film mit Bruce Willis), ist der neue, ja im Grunde einzige Sinn und Zweck der neuen Welt, der eigentlichen Zivilisation, die sich aber auflöste, wenn dieser Zweck nicht erfüllt wird. Der Teufel versucht schlicht aus Rache für seine Erniedrigung durch seine in einer Art Stadion vollzogene Abdegradierung durch Gott, den Menschen zum Tier „hochzudegradieren“ und seine Welt neu zu definieren, indem er allzu leichtgläubigen und neugierigen Menschen die alte barbarische, weil tierische Welt als eine neue verkauft, durch Gebung eines neuen Namen (Ordensname), einer neuen Beschaffenheit (z.B. Tätovierung), eines neuen Ortes (die Stadt), einer neuen Zeit (die Moderne) und eines neuen Zwecks (der Haß), und möglichst alles unter seinem Zeichen, dem Pentagramm, oder halt einem verdammt ähnlichen Zeichen, wie z.B. auf Panzern und Atomraketen oder dergleichen. Mögen im Idealfalle just die Hersteller und Besitzer der Panzer und Atomraketen usw. den ahnungslosen, weil unbefangenen Menschen erklären und es verantworten, wie solche seltsam undekorativen und immer gleichen Zeichen auf diese „Werte der Moderne“ gelangen, vermutlich per Vertrag.

Was heißt Religion?

Religion vom Lateinischen „religio“, „Gottesfurcht“, ist im Wesentlichen der durch unterschiedliche Bräuche und Rituale bekräftigte Glaube nahezu aller Völker und Menschen dieser Welt an ein übermenschliches Wesen hoch oben im Himmel, das weiß, was für die Menschen gut und richtig ist und das auch bereit ist, es den Menschen eines Tages, wenn sie es verstehen können, mitzuteilen, wie entweder mündlich durch Bergpredigten und/oder schriftlich durch ein großes Buch, vielleicht „Bibel“ genannt.

Was ist die Kirche?

Die Kirche ist eine Art Hochschule für Fremdsprachen. Sie lehrt die Sprache Gottes, Jesu Christi, und des Heiligen Geistes, die Sprache von Gnade und Gerechtigkeit; eine Sprache, die selbst heute noch nicht alle verstehen.

Was ist Macht?

Leben zerstören ist nicht schwer.
Leben erhalten dagegen sehr –
die wahre Macht über das
Sein oder Nichtsein.

Was ist ein Raubtier?

Das Vorbild der Tiere, der angeblichen Raubtiere, besteht für den Menschen vor allem darin, daß sie stets alles mit allen anderen teilen, indem sie sich stets nur das aus der Natur nehmen, was sie tatsächlich gerade zum Leben brauchen.

Was ist Abtreibung?

Erst durch die Erfindung des persönlichen Eigentums war es möglich, Menschen persönlich zu enteignen und sie aus ihren Gebieten zu vertreiben – die wahre Abtreibung.

Was ist Egoismus?

Der klügste Egoismus eines Politikers in einer Demokratie ist, etwas für die Mehrheit zu tun.

Was ist Faschismus?

Faschismus ist, wenn man angeblich minderwertige, unwillige oder schuldige Menschen nur so lange leben läßt, wie sie noch zur Arbeit gebraucht werden und diese widerstandslos für einen Hungerlohn ausführen.

Was ist Rassismus?

Rassismus ist, wenn ein Volk ein anderes oder andere Völker pauschal, allgemein und flächendeckend für mögliche Fehler einiger weniger Menschen unter ihnen auch über Generationen hinweg verantwortlich macht.

Was ist Schuld?

Ein Mensch oder Volk, der oder das die mögliche Schuld eines anderen Menschen oder Volkes diesem niemals verzeiht, auch nicht nach 50 Jahren, macht sich nach der Bibel und dem Menschenrecht selber schuldig.

Was ist Integration?

Streng wissenschaftlich, ist die Integration das Gegenteil und die Aufhebung der Isolation. Die Isolation aber, wie vor allem durch räumliche Trennung, ist nach Darwin die Grundvoraussetzung für die Entwicklung und Erhaltung eines „Multi-Kulti“. Somit bedeutet Integration nicht Schaffung, sondern Abschaffung einer globalen Multikultur.

Was bedeuten die Zehn Gebote wirtschaftlich?

Man könnte sagen; aus den bekannten biblischen Zehn Geboten, die ein Mann namens Mose einst auf dem Berg Sinai quasi von einem Außerirdischen oder zumindest Überirdischen auf zwei Steintafeln in Empfang genommen hat, spricht ein heiliger Geist namens Gott, respektive namens „Jahwe“, aus dem Althebräischen soviel wie „Ich bin der ewig Existierende“.

Nun unterscheidet aber die Katholische Kirche, respektive die Heilige Dreifaltigkeit, „streng“ zwischen Gott, dem Vater, Jesus, dem Sohn, und dem Heiligen Geist, quasi so als sei der Heilige Geist eine eigenständige und von den Personen Gottes und Jesu und überhaupt von Personen unabhängige Größe. Dieses erscheint aber durchaus auch insofern nicht als unlogisch, als daß ja die Zehn Gebote theoretisch auch von einem Menschen, ja sogar von einem Kinde geschrieben worden sein könnten, ohne daß deswegen deren Inhalt automatisch falsch oder fehlerhaft sein müßte. Denn auch Menschen haben ja irgendwo Geist, wenn vielleicht auch manchmal mehr tief im Unterbewußtsein. Für gute, „heilige“ geistige, statt nur optische oder akustische, Erkenntnis ist es aber wohl nie zu spät. Jesus von Nazareth jedenfalls, der wohl halb Gott und halb Mensch war, da er der Überlieferung nach von Gott und einer menschlichen Frau, namens Maria, abstammt, war seiner Zeit vielleicht um ca. 2000 Jahre voraus. Denn, grob gesagt, sind die reinen Menschen erst heute anhand ihrer rechtsstaatlichen Verfassungen annähernd auf dem geistigen Niveau der Zehn Gebote, die von Jesus interpretiert, aber auch mitgestaltet wurden, wie insbesondere durch sein oberstes Gebot: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“. Dieses zeigt im Prinzip, daß zwar scheinbar Personen wie als Medien erforderlich sind, die einen guten und sinnvollen Geist tragen und auch äußern, um andere zu „belehren“ oder gar zu „bekehren“, daß aber im Grunde zwecks der Lehre nur der

richtige, sozusagen „heilige“, Geist zählt, respektive der Sinn und Zweck der irgendwie geäußerten Worte, dieser leicht- oder schwergewichtigen Ziegelsteine geistiger Häuser, zur Ermöglichung unter Umständen auch körperlicher Häuser. Wichtiger als ein Haus aus Steinen ist aber wohl das kulturelle Miteinander der betreffenden Personen, wie z.B. der Menschen auf der Erde. Das Hauptproblem der Menschen scheint in der Tat darin zu liegen, daß sie – bei aller möglichen Geistlichkeit – dennoch von Materie, also von materiellen Werten, abhängig sind, die aber auf Erden von begrenzter Menge (je Zeiteinheit) sind. Eine kollektive Einigung über eine möglichst gerechte bzw. zum Zwecke der Bewahrung eines sozialen Friedens im Lande und in der Welt sowie eines Fortbestandes der Welt, samt der natürlichen Umwelt, möglichst sinnvolle, vernünftige Verteilung der vorhandenen bzw. regenerierbaren Güter der Erde muß daher nicht unbedingt hierarchisch, aber mindestens chronologisch oberstes bzw. erstes Gebot sein, wie es schon Bertolt Brecht einst treffend und international formulierte: „First grab, then ethics.“. Die Angst vor dem Verhungern ist ein nur allzu menschliches Problem, das aber mit einiger Sicherheit nicht durch alleinige Förderung der ohnehin Großen und Starken gelöst werden kann, tendenziell eher umgekehrt. Nicht nur, aber speziell die Bibel, das eigentliche Parteibuch christlicher Demokraten, mahnt daher fast in jedem dritten Satz zur Gerechtigkeit, was immer das auch in der Praxis genau bedeuten mag. In bezug jedenfalls auf materielle Werte kann damit – nach Treu und Glauben – nur eine gerechtere, weil gleichmäßigere Verteilung der „Waren Gottes“ gemeint sein, zum Zwecke der Vermeidung „schlicht“ von Unfrieden. Insofern mahnt auch die Bibel im Wesentlichen „nur“ zu einer rationellen Vernunft und ist nicht nur rein ethische Moralpredigt. Allein schon die großen Zehn Gebote enthalten drei rein materielle Gebote. Sie folgen schlicht einer irdischen Logik, derer sich auch ein atheistischer Geist nicht entziehen kann. Die Gerechtigkeit des Brotes ist die erste Ethik auf Erden.

Was bedeutet Gnade?

Der gemeinsame Nenner nahezu aller Religionen der Welt ist die Überzeugung, daß ein Frieden in der Welt – ob im Kleinen oder Großen – nicht durch noch mehr Waffen und Gewalt, sondern nur durch Gerechtigkeit und Freundschaft oder gar Liebe im Sinne einer Nächstenliebe erzielt werden kann, was auch immer man genau darunter verstehen mag, worüber man sich aber möglichst bald verständigen sollte, will man nicht die Zukunft der ganzen Welt aufs Spiel setzen.

Über einen Punkt ist man sich diesbezüglich aber bereits seit ein paar Tausend Jahren einig, nämlich darüber, daß die Reicheren mit den Armen teilen sollten, unabhängig von der Frage, warum die Armen gerade arm sind und nicht reich. Denn selbst die Bibel bleibt (im offenen, unverschlüsselten Text) eine genaue Antwort auf diese „Schuldfrage“ schuldig. Sie ist halt kein Buch über Volkswirtschaft. Tatsächlich aber bietet die Bibel eine Art Lösung der Armutsfrage an. So heißt es im Dritten Buch Mose, Kapitel 19 über die „Gesetze zur Heiligung des täglichen Lebens“ (nach der Übersetzung Martin Luthers): „Auch sollst du in deinem Weinberg nicht Nachlese halten noch die abgefallenen Beeren auflesen, sondern dem Armen und Fremdling sollst du es lassen; ich bin der HERR, euer Gott.“. Dieses spricht sinngemäß für eine soziale Unterstützung der Armen, im Sinne einer Beteiligung der Schwächeren und Besitzlosen an den Erfolgen der Besitzenden, ohne Frage nach den Gründen oder gar der Schuld der Armut der Armen, also – wenn man so will – für eine (internationale) Soziale Marktwirtschaft auch und vor allem um der Gnade, der Gnade Gottes, willen, im Sinne und Zwecke quasi einer höheren Gerechtigkeit. Nur wurde leider nicht auch gleich hinzugefügt, wer genau wann wieviel soziale Hilfe erhalten sollte, wie möglichst in Form von Geld, zwecks einer Freiheit der Entscheidung über die im Laden zu kaufenden Waren.

Diese Frage ist aber in einer Geldwirtschaft, die es damals allerdings noch nicht in dem Maße gab, von entscheidender Bedeutung und will daher von einer wirklich modernen und echten Zivilisation, wo die Starken zwar belohnt, aber die Schwachen deswegen nicht mit dem Tode oder künstlicher Demütigung bestraft werden, anhand von Erfahrungen über die Jahrhunderte hinweg grundlegend und möglichst einfach beantwortet sein, zumindest was das Grundscheema als solches betrifft. Aber auch über die Details sollte möglichst schnell Einigkeit herrschen, anstatt Willkür und ewige Unklarheit bzw. Unverbindlichkeit durch ständige Wenden und Scheinwenden, die zu einer Mauer werden können, gegenüber dem Bürger. Die Bürger haben ein Recht und einen Anspruch darauf, daß die Regierung, unabhängig der betreffenden Personen oder Parteien, sie nicht auf den Arm nimmt, vulgär „verarscht“ (pardon), und stets zuerst die wirklich wichtigen Probleme löst oder wenigstens konstruktiv bespricht, solange bis tatsächlich eine brauchbare Lösung auf dem Tisch liegt und nicht in der Schublade, wie z.B. in der verschollenen „Bundeslade“. Will sagen: Spätestens seit es die Bibel gibt, braucht allenfalls noch über das Wie?, nicht aber mehr über das Ob? einer bedingungslosen sozialen Unterstützung, egal welcher Bezeichnung, diskutiert zu werden. Wer dieses nicht tut, solange dieses eklatante und weltweit schwerste Problem der Armut nicht gelöst ist, macht sich nach der Bibel und nach Treu und Glauben verdächtig und schuldig, keine Gnade walten lassen zu wollen, und läßt billigend zu, daß andere, wie z. B. Vertreter der Wirtschaft in „Hinterzimmern“, die Politik faktisch oder „paktisch“ nach ihrem Gutdünken bestimmen. Es liegt auf der Hand, daß die Wirtschaft möglichst viel Geld verdienen will; dieses kann jedoch nicht bedeuten, daß unter dem Vorwand einer angeblichen wirtschaftlichen Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit oder Entwicklung Millionen von Menschen in die Armut getrieben werden müssen. Bei wieviel Hungertoten oder Depression gilt als erwiesen, daß die heutige Wirtschaft nichts taugt?

Was bedeutet Gerechtigkeit?

Die Gerechtigkeit ist die rationelle
Umsetzung der Nächstenliebe,
rationell wissend, daß der Haß durch
Ungerechtigkeit einen irgendwann
selber traf.

Was ist ein Gesetzbuch?

Die Größe eines Gesetzbuches,
das alle Belange berücksichtigt,
zeigt sich daran, wie wenig Seiten
es dafür benötigt, sodaß von
jedem Bürger zurecht erwartet werden
könnte, alle Paragraphen dieses Buches
auswendig zu kennen, um bei
Verstoß dagegen zurecht unterstellen
zu können, derjenige habe sich bewußt
oder grob fahrlässig vergangen.

Was sind Ziele?

In einer Welt, in der es unmöglich wäre,
Milliardär zu werden, würden sich
Manager andere Ziele setzen.
Sie würden versuchen,
Millionär zu werden.

Was ist Lohn?

Die Ungerechten sind wie Tagelöhner:
Sie erhalten einen einmaligen Lohn in
und eine endlose Quittung nach dieser Welt;
die Gerechten wie Beamte: Sie erhalten
eine einmalige Quittung in und einen
endlosen Lohn nach dieser Welt.

Was ist Angst?

Die heutige Wissenschaft weiß nicht, aber
glaubt wie auch die Christenschaft, daß auch
Leben außerhalb der Erde existiert bzw.
möglich ist. Die Vorstellung jedoch, daß ein
Außerirdischer „Gott“ heißen und die Menschen
erschaffen haben könnte, macht den Wissenschaftlern
Angst, und sodann verleugnen sie ihre Weisheit
oder ihren Glauben.

Was ist Recht und Ordnung?

Zu glauben oder zu behaupten, es gebe keinen Gott, gibt niemandem einen Freibrief für Unrecht und Chaos. Denn die Menschen selbst wollen und brauchen ja Recht und Ordnung, sogar Satanisten. Denn ohne Recht und Ordnung kein Brot im Laden.

Was ist Moral?

Moral ist der gute Glaube, der Glaube daran, daß sich das Gute, die gute Tat, lohnt, indem sie allgemein geachtet wird und die schlechte Tat allgemein geächtet wird, wie durch Verbot und gerechte Strafe. Wird Unmoral nicht geächtet, wird Moral nicht geachtet.

Was ist soziale Indikation?

Würde es unter den Politikern Satanisten geben, so würde man sie theoretisch nur daran erkennen können, daß sie besonders auf Vorschläge zur Beseitigung der von ihnen durch Untätigkeit mit verschuldeten Massenarmut toxisch reagieren und anderen Themen den Vorrang geben.

Was ist Technik?

Man könnte sagen; der Hauptvorwand der modernen Technik, die kein Mensch brauchte, wenn er nur frei und die Natur intakt wär, ist und war schon immer, daß sie ihm nützen könne, wie zu friedlichen Zwecken. Leider aber wird und wurde die Technik zumeist entweder vor, oder nach einer friedlichen Nutzung für militärische Zwecke mißbraucht. Zufall oder Absicht? Aber Sie haben Recht! Natürlich ist es Interpretationssache, worin ein Mißbrauch der Technik zu sehen ist. So werden heute den Steuerzahlern auch Atomraketen als „Mittel der Friedenssicherung“ und nicht etwa als Provokation aller Menschen, wie z.B. zur endlosen gegenseitigen Aufrüstung bis zum versehentlichen außerordentlichen Störfall oder Irrtum (s. „99 Luftballons“ von Nena), verkauft. Abgesehen einmal von den immensen Kosten, die dadurch verursacht werden, ist es den Bürgern eigentlich nicht zuzumuten, diese hochexplosiven „Sylvesterknaller“ quasi mitten im Wohnzimmer aufbewahren zu müssen. Denn bei der Spreng- und Zerstörungskraft und -reichweite dieser übermutierten Knallerbsen spielt es kaum noch eine Rolle, wo in aller Welt man sich gerade aufhielt im Fall eines „Supergaus“. Der gegenseitigen Erpressung der Länder und Menschen ist dann Tür und Tor geöffnet. Eine Erpressung ist im Grunde nur dann nicht möglich, wenn man nichts (mehr) zu verlieren hat: „Freedom's just another word for nothing left to loose.“, bemerkte schon Janis Joplin kurz vor ihrem Tode. Genau genommen, ist man (tatsächlich) erst im Tode nicht mehr erpressbar, weil man dann nichts mehr zu verlieren hat. Solange man aber am Leben hängt, hat man, so gesehen, ein Problem. Aber wo ist da eigentlich das Problem? Nach der Bibel, dem immerhin bekanntesten Buch auf der Welt, ist auch der Mensch nicht sterblich, sondern nur seine körperliche Hülle. Der Geist, die Seele, des Menschen lebt demnach auch nach dem körperlichen Tode weiter. Er hat quasi nur die Wahl, ob er dieses lieber in der Hölle oder im Himmel tun

will, sofern Gott oder eine andere Kraft diesem Spiel nicht ein Ende bereitet, wie z.B. in Form eines „Nirvana“. Grundsätzlich jedoch scheint der Aufenthalt je eines Menschen hier und heute auf der Erde ein extrem kurzes Abenteuer, wie nur zur Probe oder auf Bewährung, zu sein. Dieses haben im Grunde alle Menschen immer geahnt, also daß das irdische Leben nur eine Prüfung, ja eine Charakterprüfung, ist, wie es immerhin fast alle Filme und Spielfilme jeder Art zeigen. Zufall oder Absicht? In praktisch jedem Spielfilm werden Menschen, vor allem natürlich die Hauptdarsteller, auf eine Probe, meist Charakterprobe, gestellt, und die Zuschauer beobachten wie mit versteckter Kamera, ob ihre Lieblinge (die „Stars“) zu Helden oder zu „Flaschen“ werden. Der Teufel, der durch Vermittlung über wie „Insekten“ organisierte Mittelsmänner von meist staatlichen Fördergeldern gern Horror-, Katastrophen- und vor allem Kriegsfilme fördert, läßt jedoch gerne diejenigen als Helden darstellen, die im Film mit besonderer Härte und Konsequenz vor allem Waffen und immer wieder Waffen benutzen, um die künstlich gestellten Probleme – wie im wirklichen Leben – möglichst schnell und reibungslos und ohne viel Worte aus der Welt zu schaffen, während diejenigen, die im Film zur Besonnenheit und Klärung der Lage mit schlichtenden Worten mahnen, meist als naive Träumer, Spinner oder Fantasten oder gar als Irre dargestellt werden, laut Drehbuch bzw. dessen, was jeder sehen kann. Das Strickmuster (Schema) ist auch hier immer irgendwie das gleiche. Bis heute sind sich die Gelehrten und gemeinen Zuschauer nicht ganz sicher darüber, ob Kriegsfilme vor dem Krieg warnen oder zum Krieg animieren (wollen). Tatsache ist aber in jedem Falle, daß dabei immer modernste strategische und technische Möglichkeiten einer „sauberen“ Kriegsführung, auch gegen Meteore oder Riesenspinnen usw., aufgezeigt werden, fast wie im Schulbuch der Verteidigung gegen imaginäre, also nicht vorhandene, Gefahren, außer jener eines Mißbrauchs der Macht durch Technik, durch Technik in den Händen meist nur einiger weniger, die

über Krieg und Frieden mehr oder weniger willkürlich entscheiden können, selbst in einer Demokratie, das heißt in einer Demokratie wie der heutigen, wo eine einmal gewählte Partei oder Koalition mehrere Jahre lang quasi tun und lassen kann, was sie will und lediglich riskiert, nicht noch einmal wiedergewählt zu werden. Dieses Risiko für Verantwortliche ist heuer eindeutig zu gering, angesichts der quasi von ihnen ausgehenden Chancen, aber auch Gefahren durch immer größere Macht anhand immer „höherer“ Technik in ihren Händen. Theoretisch müßten sie mindestens bei ihrem Leben und Vermögen schwören, im Sinne einer Bürgerschaft, daß sie dem eigenen Volk und dem Volk der Welt nicht schaden, sondern ausschließlich nutzen wollen. Und ein Versagen ihrer Absicht müßte, um Verwechslungen zu vermeiden, als (böse) Absicht ausgelegt werden, egal wie. Dafür aber sollten die Belohnungen für sichtbaren politischen Erfolg umso höher ausfallen. Damit wäre der Job eines Politikers für den Politiker in etwa genauso riskant wie für das Volk.

Da aber einzelne Politiker, die an der Spitze ihrer Partei und an der Spitze des Volkes stehen, dennoch immer – wie zu allen Zeiten – sehr stark und konzentriert der Gefahr einer Bestechung und Bestechlichkeit ausgesetzt sind, führt im Grunde – wie schon zu allen Zeiten – zur Schaffung eines annähernd sicheren Systems der politischen Willensbildung kein Weg an einer direkten Volksdemokratie, wie der „attischen Demokratie“ des antiken Griechenlands, vorbei, wo im Prinzip ausnahmslos über jede einzelne politische Frage das gesamte Volk abzustimmen hatte. Die gewisse Gefahr einer möglichen Inkompetenz der normalen Bürger in politischen Fragen ist dabei auch nicht wesentlich größer als die Gefahr einer politischen oder „moralischen“ Inkompetenz einzelner gewählter Politiker, die vielleicht einfach nur geschickt reden können und wollen, und mehr nicht. Die Mehrheit eines ganzen Volkes könnte sich nicht selbst betrügen wollen und könnte auch nicht bestochen werden. Denn dieses

wäre auch für den reichsten Besteher zu teuer, zumal auf Dauer. Darin läge ein gewisser Schutz vor Unaufrichtigkeit des Herzens. Und ein aufrichtiges Herz hat allemal genug „Intelligenz“, um richtig zu entscheiden. Und hätte es sich einmal geirrt, so ist es aufrecht genug, um diesen Fehler schnell und überhaupt einzusehen. Und dieses ist ein höheres Kapital, als was man sich heute von der Politik erhoffen kann, wie die Erfahrung leider immer wieder gezeigt hat. Was muß erst geschehen, um daraus gelernt zu haben, wenn dann überhaupt noch möglich?

Das Problem ist, daß durch immer intelligentere Technik, die sich durch übertriebene und quasi einseitige Förderung schneller entwickelt als jede ethische Intelligenz, die Gefahr eines Mißbrauchs der Macht durch Technik, die quasi einen Verstärker der Kraft auch von „Mißtönen“ darstellt, immer brisanter, also immer größer, wird. Und dieses bezieht sich auch auf nichtmilitärische Zwecke. Durch immer höhere Technik ist ein immer größerer Einfluß auf die Natur möglich, wie z.B. zum Zwecke der Rohstoffgewinnung oder Nahrungsmittelerzeugung. Dieses stellt jedoch keineswegs einen Vorteil dar. Denn viel größer als der vermeintliche Vorteil eines materiellen Gewinns ist hierbei der Nachteil der immer größeren Gefahr einer vollständigen Zerstörung der Natur, also des sensiblen Ökosystems der Erde, durch technische Eingriffe, die nicht immer sofort als schädlich erkannt werden können, sondern die sich oftmals erst einige Zeit später „rächen“, und das zumeist bitter. Dieses ist in etwa vergleichbar mit dem verwundeten Organismus eines Menschen, wie z.B. durch nur eine einzige Schuß- oder Stichwunde an der, so gesehen, „richtigen“ Stelle. Noch hat der Mensch diese Stelle der Erde nicht gefunden, wo sie am verwundbarsten ist; aber wenn er weiter so intensiv nach irgendwelchen verborgenen Schätzen sucht, die nicht wirklich Gold sind, so erhöht er einfach die Wahrscheinlichkeit eines globalen ökologischen Kollaps. Und dann kann ihm auch die beste Ökonomie nichts mehr

nützen. Denn diese basiert, wie das gesamte Leben auf Erden an sich, auf eine intakte Natur der Erde. Die Ökonomie ist nur die gerechte Verteilung dessen, was die Natur freiwillig an Äpfeln usw. von den Bäumen sichtbar auf den Boden vor die Füße der Menschen fallen läßt, weiter nichts. Der Mensch kann allenfalls die Wahrscheinlichkeit heruntergefallener Äpfel und dergleichen fördern, wie durch Landwirtschaft. Aber auch dieses ist ja schon bereits nicht ganz ungefährlich für Mensch und Natur, wie die Erfahrung gezeigt hat und wie es jeder Kornbauer usw. weis. Daher kann der Mensch letztlich nur durch freiwillige Selbstkontrolle seiner Geburtenzahl den ansonsten vorprogrammierten Kollaps der Natur verhindern. Die freiwillige Beschränkung seines Verbrauchs kann sich daher nicht nur auf den einzelnen, sondern muß sich – logischer Weise – auch auf die Gesamtheit seiner Zahl beziehen. Er kann die Gesamtverantwortung für sein Tun, Dulden oder Unterlassen nicht länger an einen Gott abtreten, an den viele nicht glauben. Denn das wäre schizophren. Glaubt der Mensch jedoch mehrheitlich an Gott, den Schöpfer, so sollte er auch seinen Worten Glauben schenken, die (in der Bibel) sinngemäß sagen, der Mensch trage durch seinen freien Willen die (volle) Verantwortung auf Erden. Es bleibt sich also rein lebenspraktisch das gleiche. Der Mensch kommt nicht drum herum, vernünftig, d.h. rationell und mit Herz und Verstand, zu handeln. Er kann nicht einerseits Rationalität fordern, wenn es darum geht, hilfsbedürftigen Menschen notwendige soziale Unterstützung zu verweigern, und andererseits Rationalität ignorieren, wenn es um den Erhalt der Natur der Erde, wie durch Geburtenkontrolle, geht. Entweder oder! Entweder immer rationell, oder nie! Alles andere ist Willkür!

Noch hat der Mensch nicht das Geheimnis des Lebens, ja nicht einmal der Fotosynthese vollständig gelüftet, und er sollte sich davor hüten, jemals zu glauben, dieses erreicht zu haben. Denn er hat einfach nicht genug Erden, um sich auch nur einen einzi-

gen technischen Fehlversuch einer etwaigen Kontrolle über die Natur und das Leben leisten zu können. Genau genommen, kann er nicht einmal über einen Teil der Natur die Kontrolle übernehmen. Denn die Natur ist wie ein riesiges Computerprogramm, in das man – wie bei jedem Computerprogramm – nur dann eingreifen kann, wenn man es vollständig versteht. Um es aber wiederum vollständig verstehen zu können, müsste man an ihm Experimente machen, die aber bereits zum vollständigen Absturz des Programms führen könnten, wenn diese Experimente nicht ausnahmslos fehlerfrei wären. Da nun aber die Menschen keine Hellseher sind, können sie sich im Grunde nur auf die Funktionalität der Natur ohne eigene Eingriffe verlassen. Theoretisch müssten die Menschen zuerst einmal so schlau sein wie die Natur oder wie Gott, um dann auch nur eine einzige Tomate ohne Risiko gentechnisch verändern zu können. Bis dahin aber ist jeder technische Eingriff des Menschen in die Natur ein Verbandsspiel mit unvorhersehbaren Folgen für die gesamte Menschheit und Erde. Ein Risiko, welches erstens unverantwortbar und zweitens völlig unnötig ist, im Falle einer Selbstbeschränkung, im Sinne einer Selbstbeherrschung, auf die normalen Tomaten usw.. Denn das wahre Gold auf Erden ist nicht irgendein glänzendes, aber ansonsten nutzloses Metall, sondern Lebenssicherheit durch Gerechtigkeit und Schutz der Natur. Daher sollte ein rein privatwirtschaftlicher Raubbau und Raubbau überhaupt an der Natur, wie durch egoistische Suche und Förderung irgendwelcher vom gedankenlosen Markt nachgefragter natürlicher oder künstlicher Stoffe und Rohstoffe, nicht länger als ein Kavaliersdelikt oder gar noch als nützlich angesehen werden. Der Verbraucher kann nichts dafür, wenn durch Produktwerbung in ihm Begierden geweckt werden, die vorher nicht da waren; aber der Staat hat wie ein sorgender Vater die Pflicht, allzu unnatürliche Auswüchse der Wünsche seiner Kinder nach Neuem durch schlichtes Verbot zu verhindern. Würden Kinder immer alle Bonbons bekommen, die sie sich wünschen, so würden sie nicht alt werden.

Was ist Freiheit?

Man könnte sagen; auch ein Vogel ist nicht völlig frei. Auch er kann nicht ändern, wer oder was er ist, wie er ist, wo er ist, wann er ist, noch warum er ist. Allenfalls hat er einen gewissen Spielraum, wie in einem Kreis oder Planquadrat, innerhalb dessen er sich körperlich und geistig bewegen kann. Und bewegt er sich zu schnell, indem er sich einen Jumbojet chartert, der noch schneller ist als er, so riskiert er damit nicht nur seinen vor lauter Gier nach Neuem lang gewordenen Hals, sondern auch den Umstand, schneller als wie für seine Lebenszeit vielleicht vorgesehen alle Grenzen des Seins erreicht und alles vorher Unbekannte kennengelernt, quasi erkannt, zu haben. Das Ergebnis: Es ist ihm langweilig, und er sinnt nach einem noch höheren „Kick“, wie z. B. durch einen Flug zum Mond oder zum Mars usw.. Er ist so quasi über sich hinaus gewachsen, und die Welt, die Erde, wurde ihm zu klein, ja er fühlt sich sogar eingesperrt. Insofern ist auch die Freiheit relativ und hängt davon ab, wieviel Spielraum man (noch) zur Verfügung hat bzw. erwartet, also:

Freiheit = Spielraum.

Dieses mag unter Umständen mit ein Grund dafür sein, warum junge Leute, die mehr oder weniger überraschend, d.h. sehr schnell, zu Millionären geworden sind, wie z.B. just durch Erbschaft, manchmal sogar noch darunter leiden. Denn der Mensch will nicht sehr schnell alles erreicht haben, obwohl er dieses dennoch versucht. Um auch für später noch offene Ziele zu haben, hofft er gewissermaßen auf einen natürlichen Widerstand, wie z. B. durch Arbeit, Eigenarbeit. Denn im Prinzip möchte er sich den Erfolg redlich, das heißt schwer, aber auch nicht zu schwer, verdienen, um daran sein Vermögen, sein Leistungsvermögen, zu ermessen, im Vergleich zu den anderen Menschen. Und auch wenn sich jemand, wie der Teufel, das nicht vorstellen kann; der

Mensch arbeitet eben nicht allein für Ähre, sondern auch für die Ehre, denn sonst gäbe es nicht auch Kunst und Kultur im Laden zu kaufen oder umsonst zu bestaunen, wie z.B. in öffentlichen Museen oder Konzerthallen. Und sonst würden Sozialhilfeempfänger tatsächlich nicht nebenbei etwas arbeiten wollen, nachdem sie bereits im Bauche satt wären. Aber das ist ja gerade das, was den Menschen bezeichnet und auszeichnet, nämlich daß er eben nicht vom Brot allein lebt und daß er just nach dem Essen, wie insbesondere natürlich nach dem Frühstück, Lust hat, Arbeit zu leisten. Er will halt nur nicht durch zu ungerechte Verteilung der Löhne, Gehälter und Honorare usw. – worin im Prinzip keine Unterschiede bestehen – verhöhnt, ja verarscht werden! Das ist das, was die angeblichen Arbeitsverweigerer, die es – trotz allem – nicht gibt, immer sagen wollten, also quasi: „Gerechtere Löhne für alle!“. Denn natürlich braucht der Mensch zuerst Brot und dann die Kultur. Wenn die allermeisten Menschen aber ihr ganzes Leben lang hart arbeiten oder auf den Straßen hart betteln müssen, um gerade mal, wenn überhaupt, im Magen satt zu werden, so bleibt für Kunst und Kultur tatsächlich kein Raum. Aber vielleicht ist es ja genau das, was der Teufel, dieser neidische Ziegenbock, durch geschickte allgemeine Unterdrückung verhindern will: Kunst und Kultur! Und Lust auch an der Arbeit! Und dieses bezieht sich keineswegs nur auf die kleinen, sondern auch auf die großen Arbeiter. Auch die großen Arbeiter, wie Manager usw., leiden darunter, daß die Belohnungen für Arbeit zu ungerecht verteilt sind. Denn ungerecht ist es auch, wenn man zu viel Lohn erhält. Dieses entwertet die Arbeit oder das Geld, ja das Leben an sich. Und darin liegt die größte Strafe des Lebens, eines Lebens, das bei gerechter, d.h. also bei nicht zu leichter, aber auch nicht zu schwerer, Belohnung für Arbeit sogar noch harte Arbeit bis ins hohe Alter als angenehm, ja u.U. paradiesisch, halt lohnend erscheinen lassen würde. Der Teufel aber, der ursprünglich als eine Art medizinischer Assistent an der Seite Gottes die Schaffung der Erde und der Menschen mit

beobachtete und eigentlich nur die Aufgabe hatte, die „Lampe“ für die Erde, sprich die Sonne, am Leuchten zu halten, entwickelte sich mit der Zeit, vermutlich aus reiner, nahezu weiblicher Eifersucht auf die Körperlichkeit der Menschen, d.h. auf die sexuelle Liebe speziell der Menschen, zu einer Art „Armleuchter“ und schlug Gott vor, die Menschen einem besonderen Test zu unterziehen, um zu sehen, wie sie darauf reagieren würden, wie Bakterien in einem Reagenzglas. Dieser Test sollte vor allem zeigen, bei wieviel Beschneidung insbesondere der körperlichen (örtlichen) wie geistigen (rechtlichen) Freiheit der Masse der Menschen durch Übertreibung der Freiheiten einiger weniger unter ihnen aus ursprünglich rechtschaffenen, weil fleißigen und friedlichen, ja sogar gottesgläubigen Bürgern „plötzlich“ saufende, hurende, ja schließlich Gott fluchende und gegen alles und jeden randalierende Chaoten oder dergleichen würden, sprich ob der einfache Mensch nur so lange „christlich“ bleibt, wie er immer genug zu Beißen vorfindet, oder ob er bei allgemeinem oder persönlichem Mangel anfangen würde, seinen Nächsten zu bestehlen, zu berauben oder gar „aufzufressen“, anstatt zu lieben.

Aus Sicht des Teufels geht es (ihm) dabei darum, die Menschen als wertlose, korrupte Taugenichtse vorzuführen, die nichts anderes verdient hätten als eine Ewigkeit in der Hölle. Er profitiert dabei von der natürlichen Tatsache, daß sich die von den Menschen benötigten und begehrten Güter der Welt nicht schon von ganz allein und scheinbar noch weniger durch ehrliche Arbeit allein annähernd gleichmäßig an jedermann und jederfrau verteilen, sondern allenfalls durch gegenseitige Liebe oder auch just durch allgemeine Gerechtigkeit und Gnade, wie z.B. nach einem konstruktiven sozialstaatlichen Wirtschaftssystem, also quasi durch den Sozialstaat. Er hofft darauf, daß die Menschen entweder nicht intelligent, und/oder nicht ehrlich und „gnädig“ genug dazu sind. Er hofft vor allem auf die mögliche Angst der Menschen, ggf. auch entgegen ihrer natürlichen oder einer von ande-

ren Menschen angedrohten Sterblichkeit noch zu dem menschlichen Prinzip des Sozialen zu stehen, quasi bis in den Tod. Aus Sicht Gottes geht es dabei darum, das Gegenteil davon offenbar werden zu lassen, indem sich z.B. eine Menge der ersten Christen hat im Amphitheater ohne Schuld und ohne körperlichen Widerstand bestialisch hinrichten bzw. ermorden lassen, worin ein gewisser Unterschied besteht. Nun will aber der normale Mensch vor allem eines: leben! Dieses irgendwo verständliche Bedürfnis des Menschen, da ja schließlich das Leben durchaus auch schön sein kann oder schön sein könnte, ja geradezu paradiesisch wie ursprünglich, scheint in einem gewissen Widerspruch zur Gewaltlosigkeit zu stehen. In Wahrheit aber könnten alle Menschen auch völlig ohne Gewaltanwendung gegen ihresgleichen leben, und zwar sogar sehr gut; denn die Menschen sind ja schließlich keine Kanibalen, im Gegensatz zum Beispiel zu den frühen Dinosauriern. Damit hat der Teufel ein gewisses Problem; denn dieser will ja vor allem eines sehen: Gewalt! Gewalt und immer wieder Gewalt! „Wie bei den Dinosauriern.“ (Zitat, gegen Ende, aus dem Film „Matrix“).

Denn aus Sicht des Teufels ist die Gewalt nicht mal Mittel zum Zweck der Schaffung einer anschließend friedlichen, „pazifistischen“ Welt, so wie einst die Gewalt durch Kometen gegen die Dinosaurier, mit denen man nicht hätte reden können wie mit Menschen, sondern Zweck der Welt. Da nun aber die (guten) Menschen nicht gewaltbereit sind, nicht geneigt sind, Gewalt anzuwenden, es sei denn, so gesehen, zu einem (vermeintlich) guten Zwecke, wie dem der Vertreibung oder gar Tötung im Sinne einer Hinrichtung von vermeintlich oder tatsächlich Schuldigen, versucht er nun, seit ca. 12.000 Jahren, einerseits durch Verbreitung von Informationen insbesondere über den Bau von Waffen, einschließlich von Fahrzeugen, Schiffen und Gebäuden usw., die zu militärischen Zwecken „genutzt“ werden könnten, und andererseits durch Schüren von Konflikten und mehr oder weniger

künstliche Schaffung von „Feindbildern“ jeder Art in der Welt, sei es zwischen Alten und Jungen, Reichen und Armen, Juden und Nichtjuden, Christen und Moslems, Gläubigen und Wissenschaftlern, Kommunisten und Kapitalisten usw., usw., den eigentlich friedliebenden Menschen rund um den Globus die Anwendung von Gewalt als vermeintlich legitimes Mittel zur „Lösung“ der Konflikte und „Beseitigung“ der Probleme quasi in Verhöhnung des eigentlich göttlichen Mottos „Der Zweck heiligt die Mittel“ schmackhaft, weil „leicht“ und „erforderlich“ zu machen, wohlwissend, daß Gewalt immer wieder nur Gegengewalt erzeugt, wie entweder von den (verbliebenen) Unterdrückten selbst oder von ursprünglich unbeteiligten Dritten, die plötzlich Partei gegen die Unterdrücker ergreifen, quasi nach dem Prinzip einer Massenschlägerei im „Saloon“, wo ursprünglich irgendjemand einem anderen „nur“ eine Ohrfeige vielleicht von hinten gegeben hat. Der Geohrfeigte schlägt nun zurück und dabei vielleicht einen Unschuldigen, andere wiederum verteidigen den Unschuldigen usw., usw., und schier nebenbei geht der ganze Laden (die Erde) kaputt, und fertig ist auch die filmreife Dokumentation einer angeblichen Gewaltbereitschaft des Menschen an sich. Dabei war die Ohrfeige von hinten vielleicht nicht einmal real bzw. nicht (wirklich) von einem Menschen.

Daher sollte sich jeder Mensch auf dieser Welt davor hüten, allzu schnell vermeintliche Schuldige abzuurteilen oder gar zu richten und dabei vielleicht „nur“ allzu schnell auf billig gelegte falsche Spuren hereingefallen zu sein! Denn oftmals und mit Vorliebe läßt der Teufel entweder öffentlich, über von ihm gekaufte, weil gesponserte Medien, oder heimlich, hinter den Kulissen, ausgerechnet die wenigen Guten unter den Verantwortlichen oder Einflußreichen als Bösewichte darstellen, um so den unter Umständen tödlichen Zorn der aufgebracht Menge oder einzelner angestachelter geistesgestörter Attentäter o.ä. auf die Personen der letzten „Nutzpflanzen“ in dieser Welt zu lenken,

die so jedoch von ihr wie „Unkräuter“ ausgerissen werden, immer aber eigentlich in dem Glauben jener weltlichen „Richter“, dadurch etwas Gutes für die Welt zu tun. Daher gibt es eigentlich auch überhaupt keine bösen Menschen, sondern allenfalls verirrte, ja betrogene. Der Teufel rechtfertigt seinen Betrug sinngemäß damit, das dieses erstens auch eine Art Prüfung des Verstandes sei und daß er zweitens nicht dafür verantwortlich sei, wenn Menschen seinen falschen Fährten folgten. Er helfe ja schließlich nur ein wenig bei der Klärung praktischer logistischer Fragen der Gewalt und des Terrors, nach vorheriger Entfesselung eines gewissen Hasses, wo auch immer dieser sich gerade in der Welt durch ursprünglich nur relativ kleine tatsächliche oder erfundene Konflikte anbiete, möglichst natürlich zwischen Großmächten. Angeblich läge es an den Massen selbst, ob sie geradezu blindwütig dem Haßgeschrei einiger geschulter Abgesandter aus den terroristischen Ausbildungslagern des Satans, meist jedoch natürlich unter anderem Namen, folgten und sodann, noch im Eifer des unbeherrschten Zorns, „Steine“ ergriffen und gegen vermeintliche Feinde warfen. In der realen Praxis des heuer fast schon alltäglich gewordenen internationalen Terrors sind diese kleidungsmäßig immer dem betreffenden Klima ihrer Umgebung angepasst und meist zu Spezialagenten hochgebildeten „Stimmungsmacher“ (auch im Spitzensport), im Stile von „V-Männern“ oder Schauspielern, die daher in der Szene oftmals noch nicht sehr lange bekannt sind, wenn überhaupt, schlicht Personen, die mit mahnendem und buchstäblich gegen den Himmel gerichtetem Zeigefinger gegen die vermeintlichen Feinde wettern, um so die Menge zur Nachahmung zu animieren, die sonst nicht wüßte, um was es eigentlich geht.

Denn in der Tat ist es so, daß der Mensch weder feindlich ist, noch einen Feind hat, außer halt den Teufel und seine Engel, die „Dämonen“, die möglicherweise auch gelegentlich in Gestalt von Menschen auftreten können, so wie ja auch Engel, Jünger

oder Söhne Gottes in Menschengestalt auftreten konnten und können, siehe z.B. Jesus von Nazareth. Daher macht ja auch dieser Kampf mit Waffen aus Eisen und Stahl, anstatt aus Weisheit, so wenig Sinn gegen Feinde, die nicht aus Fleisch und Blut sind, sondern die quasi nach Belieben die menschlichen Trägerkörper wechseln können. Das sind dann jeweils die „Besessenen“, von denen in der Geschichte berichtet wurde und von denen sogar viele von der damaligen Inquisition bzw. katholischen Kirche durch Teufelsaustreibung, durch „Exorzismus“, gerettet werden konnten bzw. befreit von dieser Inbesitznahme.

Der Teufel forderte einst von Gott: „Gleiche Möglichkeiten für beide Seiten!“. Und Gott, der seinerseits nicht auf die Möglichkeit der Aussendung von „Schutzengeln“ zum Geleit der sich verirrt habenden Menschen zurück auf den rechten Weg, den Pfad der Tugend, verzichten mochte, gab dieser Forderung des Teufels um Aussendung seinerseits quasi von „Schmutzengeln“ als Antwort auf die Schutzengel und nach beiderseits gleichen Regeln in jeder Hinsicht dieses Spiels um möglichst viele Anhänger unter den Menschen statt. Dieses überirdische Spiel, wo die Menschen nur wie Spielfiguren sind, die entweder ihre helle (gute), oder ihre dunkle (böse) Seite, die irgendwo im Urinstinkt liegt, da die Menschen quasi früher auch Tiere oder zumindest tierähnliche Wesen waren, nach oben ans Tageslicht kehren können, ist wie eine Art „Reversi“, wo die Spielsteine in Form zweiseitiger kleiner runder Scheiben zwar, so gesehen, einen „freien Willen“ haben, sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, wo sie aber quasi jederzeit von der hellen Hand (Gottes) oder von der dunklen Hand (des Teufels) „ergriffen“ werden können, um auf die helle oder dunkle Seite nach oben, wo sie von den hohen Spielern gesehen werden, gedreht zu werden. Und am Ende, am Jüngsten Tag, am Tag des Jüngsten Gerichts, wird gezählt, wer von den beiden Spielern durch Überredung, Überzeugung, Verführung oder gar durch Gruppenzwang (Um-

zingelung) mehr „Steine“ auf seine Seite schlagen konnte.

Alles beginnt natürlich auch hier zunächst bei einer geringen Anzahl von Spielsteinen, in diesem Fall also von Menschen, sprich bei Adam und Eva, wobei „Adam“ im Hebräischen just so viel bedeutet wie „Mensch“, obwohl diese Bezeichnung auch als Personennamen benutzt werden kann. Durch Hinzufügen dann jedoch von weiteren Menschen und einigen guten oder bösen Engeln in Menschengestalt kann die Waage des Guten oder Bösen je nach Spielstärke des einen oder des anderen „gekippt“ werden, wobei aber zwecks der Bewahrung der Freiheit der Entscheidung des Menschen durch den ihm von Gott verliehenen freien Willen, im Gegensatz zu den Tieren, die entweder durch ihren absolut festen Instinkt oder gar durch eine Art von kosmischer Fernsteuerung nur Dinge tun und Wege gehen, die ihnen vorgegeben sind, weder der Gute, noch der Böse direkte körperliche Gewalt zur „Bekehrung“ (Umkehrung) der Menschen anwenden darf. Vielmehr ist im Wesentlichen nur je eine gewisse Sabotage an Sachwerten (s. z.B. Graffiti) wie auch an Technik, auf die der Mensch sich (zu sehr) verläßt, anstatt auf Gott und die Natur, was Gott ohnehin erzürnt, und eine Art Gehirnwäsche durch ein „Zünglein an der Waage“ gestattet, wobei der Teufel – im Gegensatz zum lieben Gott – natürlich versucht, möglichst durch Lüge zu überzeugen, wodurch dessen Gehirnwäsche eher eine Gehirnverschmutzung ist, durch allmähliche Verdrehung der logischen Angeln der Welt in Nonsense, wodurch die Welt ins Schlingern gerät. Diese (böse) Gehirnwäsche findet teils streng geheim, wie in verschiedenen satanischen oder philosophischen Sekten, und teils auch vollkommen öffentlich, wie über manche „Freikirchen“ o. ä. oder einfach über öffentliche Medien, wie Zeitungen, Zeitschriften, Radio- oder Fernsehsender, mit oder ohne deren Wissen, statt, ganz im Sinne einer „Versuchung“ allzu leichtgläubiger Menschen. Im Gegensatz zur christlichen Kirche, quasi der Sekte Gottes und Jesu Christi, dürfen

die Mitglieder der satanoiden Sekten oder „Kirchen“ keine Rückfragen oder sonstigen kritischen Nachfragen nach dem Sinn und Zweck des von dem betreffenden Priester oder Meister gepredigten Inhaltes stellen. Dieses liegt schlicht daran, daß Lüge sich bei näherer Erörterung als Lüge und Wahrheit sich als Wahrheit herausstellen würde. Ein Mitglied könnte also allenfalls aussteigen, quasi kündigen, den Dienst quittieren, während allerdings die Mitglieder satanoider Sekten und dergleichen in der Regel mit (Todes-) Strafe bedroht werden, falls sie aussteigen würden und vielleicht sogar noch etwas „verraten“ würden von dem, was sie dort erfahren hätten. Warum darf eigentlich Wahrheit nicht verraten bzw. weitergegeben werden, wenn sie denn wahr und auch nützlich ist? Das Christentum jedenfalls hat keine Angst, daß seine Wahrheiten verbreitet werden. Es scheut nicht eine Prüfung derer durch die Öffentlichkeit. Im Geheimen ist es relativ leicht, einen unbefangenen und neugierigen jungen Menschen zu verdummen und zu einem willfähigen Werkzeug zu machen, während sich die Verwandten, Freunde oder Arbeitskollegen wundern, wohin ihr „kleines Sorgenkind“ ca. zwei Mal die Woche ohne schlüssiges Alibi für rund drei Stunden von der Bildfläche verschwindet. Wer denkt schon immer gleich an das Schlimmste? Wer will das schon gerne wahrhaben? Wer könnte das schon gerne wahrhaben? Niemand! Aber „das ist kein Traum, das passiert in Wirklichkeit!“, gab schon vor rund 30 Jahren Geraldine Chaplin, die Tochter von Charles (Charlie) Chaplin, in ihrer Hauptrolle in dem Film „Rosemary’s Baby“ von Roman Polanski relativ unmißverständlich zu verstehen. In dem weltberühmten Spielfilm geht es darum, daß eine junge, frisch verheiratete Frau, Rosemary – gespielt von Geraldine Chaplin, mit Wissen und Billigung ihres einer satanischen Sekte angehörenden Ehemannes leibhaftig von dem Teufel vergewaltigt wird, der auf diese Weise das Böse in die Welt eines neuen bösen Zeitalters setzen will, anhand von Rosemary’s Baby, das halb Mensch und halb Teufel ist, quasi als Antwort auf Jesus

Christus, der halb Mensch und halb Gott war bzw. ist. Im Prinzip beruht der Film – wie viele Filme – auf der Wahrheit, wenn auch – wie meistens – etwas symbolisch verbrämt. Jedoch sind die oft mehr als nur angedeuteten Parallelen zur Wirklichkeit im wahrsten Sinne erschreckend. Alles nur Zufall? Wenn ja, was ist an einem Film Zufall? Was wissen Filmregisseure und Drehbuchautoren mehr als der Normalbürger? Offenbar eine ganze Menge. Auch Goethe, der bekanntermaßen Mitglied der Illuminaten, einer Spezialeinheit der Freimaurer, war, wußte mehr als der Normalbürger und hat dieses Wissen in seine Werke einfließen lassen, wie zuletzt in die Tragödie des „Faust“, wo es um einen Mann geht, der dem Teufel seine Seele verkauft hat, um im Gegenzug „Wissen“ und menschliche, fleischliche Vorteile zu erhalten. Goethe wußte wohl recht genau, wovon er sprach bzw. schrieb. Alles nur Fantasie? Bilden Sie sich – wie immer – ihr eigenes Urteil. Die Gedanken sind frei. Noch.

Am liebsten aber würde wohl der Teufel auch die Gedanken der Menschen, die er vielleicht – genau wie auch Gott – lesen kann, kontrollieren, d.h. registrieren und regulieren, wie halt eben durch Gehirnwäsche. Diesem paßt es überhaupt nicht, daß der Mensch durch seinen freien Willen theoretisch jederzeit Nein! sagen könnte. Nein zum Krieg! Nein zur Umweltzerstörung! Nein zur Armut! Nein zum Teufel und dessen Priester! Nein zu einer künstlichen Unfreiheit durch Unterdrückung des Geistes und der Kultur der Menschen! Nein zu dieser Form einer Vergewaltigung! Nein zu jeder unnatürlichen Vergewaltigung! Es ist Unfreiheit genug, erstens auf der Welt zu sein und sich zweitens mit anderen Menschen vertragen zu müssen. Mehr Unfreiheit muß nicht sein! Unter dem Deckmantel einer seriösen und spielerischen Prüfung der angeblichen Wankelmütigkeit der Menschen, versucht der Teufel lediglich, das damalige erste Spiel mit den ferngesteuerten Dinos, die gegeneinander gelenkt wurden, zu wiederholen, indem er Menschen aufeinander hetzt. Im

Prinzip kann sich der einzelne Bürger, der aus Sicht des Teufels nur eine Art Marionette darstellt, nur durch eigenen Verstand gegen diese Lügen wie gegen Lügen ganz generell schützen. Denn nicht immer sind über oder unter den mit geschickten Lügen gespickten satanischen Versen die persönlichen Zeichen des Urhebers, sprich des Teufels, zu erkennen, wie vor allem natürlich das Pentagramm, also der in einer hin und her durchgezogenen Linie gezeichnete fünfzackige Stern, oder – wie in den häufigeren Fällen – der weniger auffällige Stellvertreter des Pentagramms, das quasi verkappte (ausgefüllte) Pentagramm.

Die Unterzeichnung, im wahrsten Sinne, dient dabei der Erkennung der Herkunft des betreffenden Textes durch Insider, aber auch durch Outsider, die einfach durch Vergleich und Beobachtung selber auf den Zusammenhang geschlossen haben. Dieses ist vollkommen legitim und im Sinne der Regel, nach der jene Kennzeichnung sogar Pflicht und nicht etwa freiwillig ist. Denn der normale unbedarfte Mensch – so in etwa der Grundgedanke dieser Regel – soll durch die Kennzeichnung des Urhebers die, wenn auch geringe, Chance haben, zu wissen, wer dort spricht, sodaß er nicht etwa noch denkt, es seien die Worte Gottes, denen man unbedingten Glauben schenken müsse. Die Devise der satanischen Lügen, die sich aufgrund ihrer natürlichen Unglaubwürdigkeit, weil natürlichen Unlogik eher in polemischen Parolen verlieren, wie z.B. in: „Alle Arbeitslosen sind Schmarotzer!“ oder: „Der Weltmarkt heiligt alle Fördermittel!“, lautet sinngemäß in etwa: „Wer’s glaubt, wird elend.“ Und so ist der heutige Mensch schon seit nur kurzer Zeit nach seiner Erschaffung einem völligen Durcheinander („Diabolo“) an billigen Wahrheiten und teuren Lügen ausgesetzt, die (leider) auch auf allzu hörige Politikerohren treffen können, deren Träger dann Rechtsverordnung um Rechtsverordnung erlassen, immer in dem guten Glauben, damit mehr Einigkeit und Recht und Freiheit für das Volk zu schaffen, ohne aber offenbar dabei zu bemerken, daß schon

allein durch eine ständig höhere Zahl von Rechtsverordnungen, für deren Wirksamkeit nicht erst die Verfassung geändert werden muß, sofern sie nicht offensichtlich gegen diese verstoßen, was stets zu überprüfen ist, wobei die Verfassung natürlich Vorrang hat, da sie im wahrsten Sinne das Grundgesetz ist, immer mehr Uneinigkeit, Unrecht und Unfreiheit erzeugt wird; denn der Mensch kann und will sich nicht soviel Text merken und zu Herzen nehmen müssen. Denn der Mensch ist kein Computer und will auch keiner sein. Denn er will möglichst unbeschwert seiner Wege gehen oder fahren können. Welcher Autofahrer z. B. könnte denn – Hand aufs Herz – heute noch guten Gewissens behaupten, noch nie versehentlich ein Verkehrsschild oder eine nicht sichtbar ausgeschilderte Verkehrsregel mißachtet zu haben? Vermutlich gibt es einfach diesbezüglich noch nicht genügend Kameras, wie „Blitzer“, auf bzw. an den Straßen. Aber dieses könnte sich bald ändern, wenn es so weitergeht wie bisher. Wohin soll das führen? Wo bleibt da die sogenannte Unschuldsvermutung, also die generelle Annahme, daß die Menschen unschuldig sind und auch unschuldig bleiben wollen? Aber Sie haben Recht! Im Himmel bestimmt der liebe Gott, wer unschuldig ist; auf Erden das Gesetz! Wenn sich also die Gesetze ändern, werden automatisch vorher Unschuldige zu Schuldigen, es sei denn natürlich, sie passten sich allesamt ständig den neuen Gesetzen perfekt an. Dazu müßte aber theoretisch jeder Bürger mindestens jedes Jahr alle Gesetze und Verordnungen aufs Neue durchlesen, um sie anschließend beachten zu können. Mit Verlaub; aber dieses wäre nicht einmal dann zumutbar, wenn tatsächlich alle diese Verordnungen nützlich, gerecht, sinnvoll und notwendig wären. Aber damit wären wir wieder dort, wo der Teufel irgendwann im Mittelalter sein System geändert hat, nämlich weg von der körperlichen, mehr hin zu einer psychischen Folter, der seelischen Gewalt. Denn die seelische Gewalt durch rechtliche Einschnürung der Freiheiten ist weniger sichtbar und daher die weitaus gefährlichere Form von Terror.

Bibelzitate zum Thema

wörtlich in chronologischer Sprungfolge (von oben nach unten) aus Dem Alten Testament sowie Dem Neuen Testament nach der zum Jahre 1984 revidierten Übersetzung Martin Luthers, gemäß einer Standardausgabe der Deutschen Bibelgesellschaft Stuttgart:

(1. Mose 2)

Das Paradies

Es war zu der Zeit, da Gott der HERR Erde und Himmel machte. ...

Da machte Gott der HERR den Menschen aus Erde vom Acker und blies ihm den Odem des Lebens in seine Nase. ...

Und Gott der HERR ließ aufwachsen aus der Erde allerlei Bäume, verlockend anzusehen und gut zu essen, und den Baum des Lebens mitten im Garten und den Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen. ...

Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn bebaute und bewahrte.

Und Gott der HERR gebot dem Menschen und sprach: Du darfst essen von allen Bäumen im Garten,

aber von dem Baum der Erkenntnis des Guten und Bösen sollst du nicht essen; denn an dem Tage, da du von ihm issest, mußt du des Todes sterben. ...

(1. Mose 3)

Der Sündenfall

Aber die Schlange war listiger als alle Tiere auf dem Felde, die Gott der

HERR gemacht hatte, und sprach zu dem Weibe: Ja, sollte Gott gesagt haben: ihr sollt nicht essen von allen Bäumen im Garten? ...

Und das Weib sah, daß von dem Baum gut zu essen wäre und daß er eine Lust für die Augen wäre und verlockend, weil er klug machte. Und sie nahm von der Frucht und aß und gab ihrem Mann, der bei ihr war, auch davon, und er aß.

Da wurden ihnen beiden die Augen aufgetan, und sie wurden gewahr, daß sie nackt waren, und flochten Feigenblätter zusammen und machten sich Schurze. ...

Da sprach Gott der HERR zum Weibe: Warum hast du das getan? Das Weib sprach: Die Schlange betrog mich, so daß ich aß. ...

Und Gott der HERR sprach: Siehe, der Mensch ist geworden wie unsereiner und weiß, was gut und böse ist. Nun aber, daß er nur nicht ausstrecke seine Hand und breche auch von dem Baum des Lebens und esse und lebe ewiglich!

Da wies ihn Gott der HERR aus dem Garten Eden, daß er die Erde bebaute, von der er genommen war. ...

(2. Mose 22)

Einzelne Gebote der Gottesfurcht

... Den Ertrag deines Feldes und den Überfluß deines Weinberges sollst du nicht zurückhalten. ...

(2. Mose 23)

Gebote der Gerechtigkeit und Nächstenliebe

... Halte dich ferne von einer Sache, bei der Lüge im Spiel ist. Den Unschuldigen und den, der im Recht ist, sollst du nicht töten; ...

Du sollst dich nicht durch Geschenke bestechen lassen; denn Geschenke machen die Sehenden blind und verdrehen die Sache derer, die im Recht sind. ...

(3. Mose 19)

Gesetze zur Heiligung des täglichen Lebens

... Du sollst nicht unrecht handeln im Gericht: du sollst den Geringen nicht vorziehen, aber auch den Großen nicht begünstigen, sondern du sollst deinen Nächsten recht richten. ...

(5. Mose 13)

Strafe für falsche Propheten und Verführer zum Götzendienst

... Wenn ein Prophet oder Träumer unter euch aufsteht und dir ein Zeichen oder Wunder ankündigt

und das Zeichen oder Wunder trifft ein, von dem er dir gesagt hat, und er spricht: Laß uns andern Göttern folgen, die ihr nicht kennt, und ihnen dienen,

so sollst du nicht gehorchen den Worten eines solchen Propheten oder Träumers; denn der HERR, euer Gott, versucht euch, um zu erfahren, ob ihr ihn von ganzem Herzen und von ganzer Seele liebt. ...

(5. Mose 15)

Das Erlaßjahr

... Es sollte überhaupt kein Armer unter euch sein; denn der HERR wird dich segnen in dem Lande, das dir der HERR, dein Gott, zum Erbe geben wird, wenn du nur ...

(Nehemia 5)

Nehemia beseitigt die Beschwerden der Armen

... Nun sind wir doch wie unsere Brüder, von gleichem Fleisch und Blut, und unsere Kinder sind wie ihre Kinder; und siehe, wir müssen unsere Söhne und Töchter als Sklaven dienen lassen, und schon sind einige unserer Töchter erniedrigt worden, und wir können nichts dagegen tun, und unsere Äcker und Weinberge gehören andern.

Als ich aber ihr Schreien und diese Worte hörte, wurde ich sehr zornig.

Und ich hielt Rat mit mir selbst und schalt die Vornehmen und die Ratsherren und sprach zu ihnen: Wollt ihr einer gegen den andern Wucher treiben? Und ich brachte eine große Versammlung gegen sie zusammen ...

Da sprachen sie: Wir wollen es zurückgeben und wollen nichts von ihnen fordern und wollen tun, wie du gesagt hast. ...

(Hiob 1)

Hiob bewährt sich in schwerer Prüfung

Es begab sich aber eines Tages, da die Gottessöhne kamen und vor den HERRN traten, kam auch der Satan unter ihnen.

Der HERR aber sprach zu dem Satan:

Wo kommst du her? Der Satan antwortete dem HERRN und sprach: Ich habe die Erde hin und her durchzogen.

Der HERR sprach zum Satan: Hast du achtgehabt auf meinen Knecht Hiob? Denn es ist seinesgleichen nicht auf Erden, fromm und rechtschaffen, gottesfürchtig und meidet das Böse.

Der Satan antwortete dem HERRN und sprach: Meinst du, daß Hiob Gott umsonst fürchtet?

Hast du doch ihn, sein Haus und alles, was er hat, ringsumher beschützt. Du hast das Werk seiner Hände gesegnet, und sein Besitz hat sich ausgebreitet im Lande.

Aber strecke deine Hand aus und taste alles an, was er hat: was gilt's, er wird dir ins Angesicht absagen!

Der HERR sprach zum Satan: Siehe, alles, was er hat, sei in deiner Hand; nur an ihn selbst lege deine Hand nicht. Da ging der Satan hinaus von dem HERRN. ...

(Psalm 7)

Gebet eines unschuldig Verfolgten

... Laß der Gottlosen Bosheit ein Ende nehmen, / aber die Gerechten laß bestehen; denn du, gerechter Gott, / prüfest Herzen und Nieren. ...

(Jesaja 5)

Weherufe über die Sünden der Großen

Weh denen, die ein Haus zum andern bringen und einen Acker an den andern rücken, bis kein Raum mehr da ist und sie allein das Land besitzen! ...

Weh denen, die Böses gut und Gutes böse nennen, die aus Finsternis Licht und

aus Licht Finsternis machen, die aus sauer
süß und aus süß sauer machen! ...

(Jesaja 58)

Falsches und echtes Fasten

... Soll das ein Fasten sein, an dem ich
Gefallen habe, ein Tag, an dem man sich
kasteit, wenn ein Mensch seinen Kopf hän-
gen läßt wie Schilf und in Sack und Asche
sich bettet? ...

Das aber ist ein Fasten, an dem ich
Gefallen habe: Laß los, die du mit Un-
recht gebunden hast, laß ledig, auf die du
das Joch gelegt hast! Gib frei, die du be-
drückst, reiß jedes Joch weg!

Brich dem Hungrigen dein Brot, und die
im Elend ohne Obdach sind, führe ins
Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide
ihn, und entzieh dich nicht deinem Fleisch
und Blut! ...

(Micha 2)

Weheruf über die Machthaber, die das Volk berauben

Weh denen, die Schaden zu tun
trachten und gehen mit bösen Gedan-
ken um auf ihrem Lager, daß sie es frühe,
wenn's licht wird, vollbringen, weil sie die
Macht haben!

Sie reißen Äcker an sich und nehmen
Häuser, wie sie's gelüstet. So treiben sie
Gewalt mit eines jeden Hause und mit
eines jeden Erbe. ...

(Zefanja 1)

Der Tag des Zornes Gottes

... Des HERRN großer Tag ist nahe, ...
Da werden die Starken
schreien. ...

... ein Tag der Posaune und des Kriegsgeschreis gegen die festen Städte und die hohen Zinnen. ...

Es wird sie ihr Silber und Gold nicht erretten können ...

(Zefanja 2)

Mahnung zur Demut

Sammelt euch und kommt her, ...
... ehe
der Tag des Zorns des HERRN über euch
kommt!

(Sacharja 10)

Der rechte Helfer

Bittet den HERRN, daß es regne zur Zeit des Spätregens, so wird der HERR, der die Wolken macht, euch auch Regen genug geben für jedes Gewächs auf dem Felde.

Denn die Götzen reden Lüge, und die Wahrsager schauen Trug und erzählen nichtige Träume, und ihr Trösten ist nichts. Darum geht das Volk in die Irre wie eine Herde und ist verschmachtet, weil kein Hirte da ist. ...

(Maleachi 2)

Gottes Gericht kommt bald

Ihr macht den HERRN unwillig durch euer Reden! Ihr aber sprecht: „Womit machen wir ihn unwillig?“ Dadurch daß ihr sprecht: „Wer Böses tut, der gefällt dem HERRN, und an solchen hat er Freude“ oder: „Wo ist der Gott, der da straft?“ ...

(Matthäus 1)

Jesu Geburt

Die Geburt Jesu Christi geschah aber so: Als Maria, seine Mutter, dem Josef vertraut war, fand es sich, ehe er sie heimholte, daß sie schwanger war von dem heiligen Geist. ...

Das ist aber alles geschehen, damit erfüllt würde, was der HERR durch den Propheten gesagt hat, der da spricht (Jesaja 7, 14):

„Siehe, eine Jungfrau wird schwanger sein und einen Sohn gebären, ...“ ...

(Matthäus 6)

Vom Schätzesammeln und Sorgen

Ihr sollt euch nicht Schätze sammeln auf Erden, wo sie die Motten und der Rost fressen und wo die Diebe einbrechen und stehlen. ...

Und warum sorgt ihr euch um die Kleidung? Schaut die Lilien auf dem Feld an, wie sie wachsen: sie arbeiten nicht, auch spinnen sie nicht. ...

Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen. ...

(Matthäus 10)

Menschenfurcht und Gottesfurcht

Es ist nichts verborgen, was nicht offenbar wird, und nichts geheim, was man nicht wissen wird. ...

(Matthäus 13)

Die Deutung des Gleichnisses vom Unkraut

Da ließ Jesus das Volk gehen und kam heim. Und seine Jünger traten zu ihm und sprachen: Deute uns das Gleichnis vom Unkraut auf dem Acker.

Er antwortete und sprach zu ihnen: Der Menschensohn ist's, der den guten Samen sät.

Der Acker ist die Welt. Der gute Same sind die Kinder des Reichs. Das Unkraut sind die Kinder des Bösen.

Der Feind, der es sät, ist der Teufel. Die Ernte ist das Ende der Welt. Die Schnitter sind die Engel.

Wie man nun das Unkraut ausjätet und mit Feuer verbrennt, so wird's auch am Ende der Welt gehen. ...

(Lukas 21)

Das Scherflein der Witwe

Er blickte aber auf und sah, wie die Reichen ihre Opfer in den Gotteskasten einlegten.

Er sah aber auch eine arme Witwe, die legte dort zwei Scherflein ein.

Und er sprach: Wahrlich, ich sage euch: Diese arme Witwe hat mehr als sie alle eingelegt.

Denn diese alle haben etwas von ihrem Überfluß zu den Opfern eingelegt; sie aber hat von ihrer Armut alles eingelegt, was sie zum Leben hatte. ...

(Johannes 8)

Abrahamskinder und Teufelskinder

... Ihr habt den Teufel zum Vater, und

nach eures Vaters Gelüste wollt ihr tun.
Der ist ein Mörder von Anfang an und
steht nicht in der Wahrheit; denn die
Wahrheit ist nicht in ihm. Wenn er Lügen
redet, so spricht er aus dem Eigenen; denn
er ist ein Lügner und der Vater der
Lüge. ...

(Römer 3)

Die Rechtfertigung allein durch Glauben

Nun aber ist ohne Zutun des Gesetzes
die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, offen-
bart, bezeugt durch das Gesetz und die
Propheten.

Ich rede aber von der Gerechtigkeit vor
Gott, die da kommt durch den Glauben
an Jesus Christus zu allen, die glauben. ...

(Römer 5)

Adam und Christus

... Denn die Sünde war wohl in der Welt,
ehe das Gesetz kam; aber wo kein Gesetz
ist, da wird Sünde nicht angerechnet. ...

(Römer 6)

Der Mensch unter dem Gesetz

... Die Sünde aber nahm das Gebot zum
Anlaß und erregte in mir Begierden aller
Art; ...

Und so fand sich's, daß
das Gebot mit den Tod brachte, das doch
zum Leben gegeben war. ...

(Römer 13)

Die Stellung zur staatlichen Gewalt

... So gebt nun jedem, was ihr schuldig
seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll,
dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die
Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre

gebührt. ...

(Römer 14)

Von den Schwachen und Starken im Glauben

... Zerstöre nicht um der Speise willen
Gottes Werk. ...

Es ist besser, du ißt kein Fleisch und
trinkst keinen Wein und tust nichts, woran
sich dein Bruder stößt.

Den Glauben, den du hast, behalte bei
dir selbst vor Gott. Selig ist, der sich selbst
nicht zu verurteilen braucht, wenn er sich
prüft.

Wer aber dabei zweifelt und dennoch
ißt, der ist gerichtet, denn es kommt nicht
aus dem Glauben. Was aber nicht aus dem
Glauben kommt, das ist Sünde. ...

(Römer 16)

Warnung vor Irrlehrern

... Denn solche dienen nicht unserm
Herrn Christus, sondern ihrem Bauch;
und durch süße Worte und prächtige
Reden verführen sie die Herzen der Arglo-
sen. ...

(2. Timotheus 2)

Warnung vor unnützem Streit

Daran erinnere sie und ermahne sie
inständig vor Gott, daß sie nicht um
Worte streiten, was zu nichts nütze ist, als
die zu verwirren, die zuhören. ...

(1. Johannes 3)

Die Herrlichkeit der Gotteskindschaft

... Meine Kinder, laßt uns nicht lieben mit
Worten noch mit der Zunge, sondern mit

der Tat und mit der Wahrheit. ...

(1. Johannes 4)

Der Geist der Wahrheit und der Geist des Irrtums

Ihr Lieben, glaubt nicht einem jeden Geist, sondern prüft die Geister, ob sie von Gott sind; denn es sind viele falsche Propheten ausgegangen in die Welt. ...

Und das ist der Geist des Antichrists, von dem ihr gehört habt, daß er kommen werde, und er ist jetzt schon in der Welt. ...

(Hebräer 13)

Letzte Ermahnungen

Bleibt fest in der brüderlichen Liebe.
Gastfrei zu sein, vergeßt nicht; denn dadurch haben einige ohne ihr Wissen Engel beherbergt. ...

(Offenbarung 13)

Die beiden Tiere

... Und ich sah ein zweites Tier aufsteigen aus der Erde; das hatte zwei Hörner wie ein Lamm und redete wie ein Drache. ...

Und es tut große Zeichen, so daß es auch Feuer vom Himmel auf die Erde fallen läßt vor den Augen der Menschen;

und es verführt, die auf Erden wohnen, durch die Zeichen, ...

Und es macht, daß sie allesamt, die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Sklaven, sich ein Zeichen machen an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn,

und daß niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Zeichen hat, ...

(Offenbarung 20)

Der letzte Kampf

... Und sie stiegen herauf auf die Ebene der Erde und umringten das Heerlager der Heiligen und die geliebte Stadt. Und es fiel Feuer vom Himmel und verzehrte sie.

Und der Teufel, der sie verführte, wurde geworfen in den Pfuhl von Feuer und Schwefel, wo auch das Tier und der falsche Prophet waren; und sie werden gequält werden Tag und Nacht, von Ewigkeit zu Ewigkeit.

(Offenbarung 20)

Das Weltgericht

Und ich sah einen großen, weißen Thron und den, der darauf saß, vor seinem Angesicht flohen die Erde und der Himmel, und es wurde keine Stätte für sie gefunden.

Und ich sah die Toten, groß und klein, stehen vor dem Thron, und Bücher wurden aufgetan. Und ein andres Buch wurde aufgetan, welches ist das Buch des Lebens. Und die Toten wurden gerichtet nach dem, was in den Büchern geschrieben steht, nach ihren Werken. ...

Was ist freier Wille?

Der Mensch hat den freien Willen, sich für das Richtige oder Falsche zu entscheiden. Was jedoch richtig oder falsch für ihn ist, ist von Gott durch die Natur, die Natur der Sache und des Rechts, vorgegeben.

Was ist Vernunft?

Die Vernunft ist der wahre Zwang. Und das ist der Grund dafür, warum Menschen gerne auch mal unvernünftig sein wollen, wie zum Beispiel zum Karneval und zu Sylvester. Aber lieber Karneval als Krieg.

Was ist ein System?

Die größte Gefahr in einer Welt, wo quasi nichts unmöglich ist, ist die mögliche Verwechslung von Möglichkeit mit Berechtigung, sprich die Subjektivität. Dagegen kann nur ein möglichst objektives System zur Bindung der Möglichkeit des einzelnen an bestimmte gerechte, nur leicht variable Mengen und Maße helfen.

Zusammenfassung

Nach dem Modell des Bürgerkapitalsystems bedarf es zwar zum Fortbestehen der Welt samt Menschen eines allseitigen Friedens durch allseitige Zufriedenheit und zur allseitigen Zufriedenheit aller Menschen der Sicherung eines Einkommens für jeden, aber zur Sicherung eines Einkommens für jeden in dem Sinne keiner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), sondern lediglich korrekter Arbeitsverteilungsmaßnahmen durch Verteilung lediglich der Arbeit auf dem Felde je eines eigenen „Bürgergrundstücks“ durch offizielle Anerkennung des „Bürgereigentums“, also des Eigentums jedes Bürgers an einem je gleich großen Anteil am Boden des betreffenden Staatsterritoriums, und bei Zusammenschluß aller Staaten an der Landmasse der Erde insgesamt. Zwar gibt es grundsätzlich auch auf dem eigenen Felde keine Arbeit für Menschen, da Gott-Natur auch die vom Menschen nachgefragten Güter, wie Bananen, Äpfel, Nüsse und Kornähren, wie von selbst wachsen läßt, sodaß sie nur noch gepflückt zu werden brauchen; da aber bei mangelnder Menge der Mensch beim Wachstum derer helfen kann, wie durch Ackerbau und Viehzucht, entstünde dadurch wie von selbst Arbeit im Sinne von Produktionsarbeit, quasi je nach dem, wieviel Wachstum seiner Kühe und Kornähren der einzelne sehen will oder nicht. Das ist das eigentliche Wachstum, weiter eigentlich nichts.

Der Boden je eines Bürgers kann hier aber auch direkt an Privat zu beliebig hohen vereinbarten Mieten vermietet werden, nur halt niemals verkauft. Der bisher noch übliche Bodenkauf, Bodenraub oder sonstige unwiderrufliche „Bodenerwerb“ von privaten Bürgern gegenüber anderen stellt aus Sicht des Bürgerkapitalsystems den Hauptfehler der bisherigen Wirtschaft dar, weil dieses die Hauptgrundlage einer Wirtschaft ohne Erpressbarkeit der Masse von einem möglichen Monopol zerstört: die Unabhängigkeit des einzelnen von der besitzenden Klasse durch eige-

nen und grundsätzlich gleichen Besitz, in der Größe nur bedingt abhängig von Leistung oder Nichtleistung.

Daher bleibt hier jeder Bürger zeit Lebens Mitglied einer Umlaufsicherung des Kapitals, einschließlich des Geldes, d.h. quasi einer Versicherung gegen den dauerhaften und unwiderruflichen Verlust von Boden oder Geld, die wichtigste aller denkbaren Versicherungen, eingedenk dessen, daß der größte nur denkbare Notfall des einzelnen in einer Geldwirtschaft darin bestand, kein Kapital, sprich weder Geld, noch Naturalien zu haben, um davon beispielsweise einen Arzt zu bezahlen oder, damit gar nicht erst jemals ein Arzt notwendig wird, gute und ausreichende Nahrung und sonstige wichtige Lebensmittel auf dem Markt zu kaufen bzw. zu tauschen, wie über das Geld als Tauschmittel und hier als Hypothek auf das gesamte Warenkapital, durch das es wertgedeckt ist. Arbeitslosen- und Rentenversicherungen z.B. versuchen ja ihrerseits auch „nur“ gegen den Fall der Armut zu versichern. Oder anders gesagt: Das gesamte heutige vielschichtige Sozialwesen versucht im Prinzip lediglich, den Fall von Mittellosigkeit, also Kapitallosigkeit, zu vereiteln bzw. in seiner Härte zu lindern. Dieses ist auch insofern nur recht und billig, als daß ja jeder einzelne Bürger von Natur aus ein Recht auf Selbstversorgung aus der Natur hat, sprich einen kostenlosen Anspruch quasi auf den Standard des Lebens in Form gewisser Nahrung, Kleidung und Wohnung. Es ist halt nur heuer die Frage, wie man dieses Recht in Zeiten menschlicher Sesshaftigkeit möglichst „homogen“, sprich über eine adäquate und zweckmäßige Form von Sozialwirtschaft, umsetzen kann. Eine Wirtschaft jedenfalls, die ein solches nicht leisten kann oder will, leistet im Prinzip gar nichts, außer im Prinzip nur einen „Raub-Bau“.

Der Fehler liegt just darin, die Antwort auf jene Frage von der Aussage der Betroffenen (Reichen) selbst abhängig zu machen, anstatt schlicht von unübersehbaren kategorischen Fakten und

rechtslogischen Kriterien, die niemand in Abrede stellen könnte und die wirklich entscheidend sind und Priorität haben, wie z.B. der Fakt, daß die Menschheit in aller erster Linie gesunden Grund und Boden und eine gesunde, möglichst natürliche Umwelt zum Leben benötigt. Alles andere ist im Grunde sekundär, wie z.B. der Fortschritt der Technik.

Insofern bedarf es, um gerecht zu sein, lediglich einer grundsätzlich völlig gleichmäßigen Aufteilung des Bodens der Erde in lauter gleiche Anteile daran, zuzüglich der Schaffung einer gewissen Geldmenge als Tauschmittel. Damit wäre, abgesehen von einer irgendwann notwendigen humanen Geburtenkontrolle, damit der Boden nicht zu knapp wird, die Armutsfrage grundsätzlich geklärt, da ja die Menschen grundsätzlich nie einen höheren berechtigten Anspruch hatten, als den auf anteilsgleiche Nutzung des Bodens, ähnlich wie die Tiere. Oder anders gesagt: Auch der Mensch hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Luxus, es sei denn, er schafft ihn sich selbst durch besondere Leistung. So hat auch hier nach dem empfohlenen Modell des Bürgerkapitalsystems als Ausführungsbeispiel einer praktischen Umsetzung der Bürgerstaatswirtschaft an sich jeder einzelne nur durch zusätzliche „Mehrarbeit“, wie z.B. in einer Fabrik, einen Anspruch auf Luxus, wie grundsätzlich im Werte der den verwendeten Rohstoffen als „Mehrwert“ hinzu gefügten Arbeit, abhängig jedoch vom Lohn, der dort gezahlt wird oder nicht. Um aber vor einem immer weiter fortschreitenden Lohndumping durch zunehmende Konkurrenz unter den Arbeitnehmern und Arbeitswilligen, die sich auf der freiwilligen oder unfreiwilligen Suche nach Ausbildung oder Arbeit freiwillig oder unfreiwillig für immer weniger Lohn anbieten, zu schützen, zahlt der Staat hier eine Art von staatlichem Grundlohn an ausnahmslos alle Bürger, namentlich als „Bürgergeld“. Dieses pauschale und unveränderliche Grundeinkommen wird im Prinzip als Leistung einer allgemeinen und permanenten „Standortversicherung“ zum Schutz

vor einer wetterlage- oder bodenqualitätsbedingten Ungleichmäßigkeit der Ernten auf den eigenen Grundstücken der Bürger, die aufgrund „ihrer“ Sesshaftigkeit nicht ohne weiteres den Ort wechseln können, an jeden Bürger im Sinne des Systems, d.h. grundsätzlich an alle offiziellen Einwohner, also bewußt auch an mögliche Reiche, gezahlt, schon deshalb, weil der Staat ja den Reichen ihren Reichtum grundsätzlich nicht nachweisen könnte, allenfalls umgekehrt. Überdies hinaus stellt es eine Bremse der Konjunktur dar, wenn alle Empfänger einer sozialen Unterstützung, egal welcher Bezeichnung, durch eine Beschränkung – wie heute – der möglichen Zuverdienste gehalten sind, entweder gar nicht (viel) zu arbeiten, oder auf die Unterstützung zu verzichten. Eine solche Arbeitsbremse quasi durch Angebot eines Entweder-Oder ist, abgesehen von der Ungerechtigkeit dessen auch gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, nicht notwendig, um dadurch Kosten zu sparen, da ja bei einem steuerfinanzierten Grundeinkommen für alle – wie vorgeschlagen – die Steuerlast insbesondere für Reichere entsprechend höher wäre, wodurch die Selbstfinanzierung dessen hier immer gegeben ist, auch die der sonstigen Staatsausgaben. Die vorgeschlagene Geldsteuer sorgt immer für den erforderlichen Grundumlauf des Geldes, als auch für einen stets vollkommen ausgeglichenen Staatshaushalt insgesamt. Der Fiskus wartet hier nicht auf einen freiwilligen Umlauf des Geldes über den allzu unzuverlässigen Markt, sondern schafft sich jenen Mindestumlauf des Geldes durch sozial- wie leistungsgerechte Verpflichtung des Kapitals insgesamt selber, indem durch einen alljährlichen Zwang zum Umtausch des Geldes gegen 10%ige Gebühr, namentlich als die „Geldsteuer“, über die Zentralbank stets genügend Geld in die Staats- und Steuerkasse fließt. Dieses Geld teilen sich dann, abgesehen von den direkt und ohne Bedingungen an die Bürger fließenden Bürgergeldern, Bund und Länder und im weiteren die verschiedenen Ministerien usw.. Die Hauptidee des Systems aber ist: Ohne Kaufkraft der Bürger keine Produktion = keinen Wohlstand!

Der Traum

Der Mensch träumt vom Mars
und dererlei,
weil auch dort Leben möglich sei.
Er ist bereit und auch gefeit,
die Erde zu verlassen.
Doch was er sah, im Traume klar,
wie Wasser und wie Luft,
ist nicht mal fern und doch so nah,
die Erde selbst ein Traum mal war.

Die Philosophie der Theorie

Nicht die Armut an Arbeit, sondern den Reichtum
der Erde teilen!

Die oberste Unterphilosophie

Wenn man als Politiker wirklich will,
kann man auch aus der Wirtschaft eine
Tugend machen: Gibt man jedem Privatbürger
regelmäßig ein wenig Geld über den Staat, so gibt
man ihm praktisch regelmäßig ein wenig Ware zur
Bestreitung immer wenigstens des Lebensminimums,
zumindest solange es Unternehmer gibt, die Ware
für Geld anbieten, sprich solange sich diese nicht
ebenfalls mit dem Lebensminimum zufrieden geben,
was sie aber eben per se niemals tun, worin einst
die Not, nunmehr die Tugend bestand.

Die zweite Unterphilosophie

Der Mensch kann auch mit Hochtechnologie
im Einklang mit der Natur leben, wenn
die Maschinen zum Wohle aller nur zur Erledigung
harter körperlicher Arbeit
eingesetzt werden.

Die dritte Unterphilosophie

Auch ein Unternehmer kann einmal Schiffbruch erleiden.

Schlußzitat

„Das Produzieren muß sich genau so lohnen, wie das Einkommen der Beschäftigten dazu ausreichen muß, Nachfrage sicherzustellen.“

(Monse, BMA 1998)

Schlußstatement

Das Spiel einer Wirtschaft und Gesellschaft endet genau dann, wenn der Begriff der Freiheit des Kapitals so hoch gehängt ist, daß die Kleineren ums Verrecken nicht mehr heranreichen.

zweites Schlußstatement

Die Erde ist eine Kugel,
aber die kapitalistische Geldwirtschaft
ist nicht einmal eine Scheibe,
sondern ein Strich.

Schlußwort

Wenn aus Sicht der Realität die eigentliche Normalität geradezu anmaßend utopisch erscheint, so ist dieses nicht die Schuld der Normalität. Aus Sicht der Normalität ist die heutige Realität reinste Utopie, die Utopie des nicht Naheliegenden.

Vielen Dank,

Der Autor

PS: Wenn Dir Unrecht nicht gefällt, dann laß es Dir nicht gefallen!

Wohlstand statt Wachstum!

Karneval statt Kanibal!

Paradies statt Paradox!